

237

Mitteilungen  
des  
Instituts  
für  
Asienkunde  
Hamburg



Gunter Schubert

# Taiwan

## die chinesische Alternative



**Demokratisierung in einem  
ostasiatischen Schwellenland  
(1986-1993)**

Digitaler Nachdruck, mit freundlicher Genehmigung  
des Instituts für Asien-Studien, GIGA (German In-  
stitute of Global and Area Studies), Hamburg

**Taiwan – die chinesische Alternative:**

**Demokratisierung in einem ostasiatischen Schwellenland (1986-1993)**

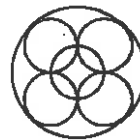
Gunter Schubert

**Taiwan - die chinesische Alternative: Demokratisierung  
in einem ostasiatischen Schwellenland (1986-1993)**

Gunter Schubert

**Taiwan -  
die chinesische Alternative :**

**Demokratisierung in einem  
ostasiatischen Schwellenland  
(1986-1993)**

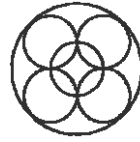


Gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Redaktion der Mitteilungsreihe des Instituts für Asienkunde:  
Dr. Brunhild Staiger

Textgestaltung: Dörthe Riedel  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISBN 3-88910-137-2  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 1994



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet mit anderen, überwiegend regional ausgerichteten Forschungsinstituten den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut.

Dem Institut für Asienkunde ist die Aufgabe gestellt, die gegenwartsbezogene Asienforschung zu fördern. Es ist dabei bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt des Instituts für Asienkunde darstellen.

*Den, der ja sagt zu Schicksal,  
den führt es voran,  
den Widerstrebenden aber schleift es mit.*

Seneca

Für meine Familie  
und Paula

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	7
Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen	12
Verzeichnis der Abkürzungen	19
Vorwort	21
Danksagung	23
Einleitung	25
<b>1 Von der "Entwicklungs-diktatur" zur Demokratie? - Bestimmungsfaktoren und Verlauf der politischen Entwicklung Taiwans im Spannungsfeld von Legitimationserosion und demokratischem Anpassungsdruck (1949-1993)</b>	31
1.1 Die autoritäre Ära (1949-1986)	31
1.1.1 Ausgangsbedingungen und Bestimmungsfaktoren der politischen Legitimation und Herrschaft des autoritären KMT-Regimes	31
1.1.2 Von der ersten zur zweiten Legitimationskrise - politischer Anpassungsdruck in den 70er und 80er Jahren	46
1.2 Die Transitionsphase (1986-1993)	60
1.2.1 Legitimationserhalt durch Reformen und Demokratisierung	60
1.2.2 Flexible Diplomatie, pragmatische Beziehungen und die Nationalen Leitprinzipien - die legitimatorische Innenwirkung der neuen Außenpolitik Taiwans	65
1.3 Zusammenfassung	69
<b>2 Gesellschaftliche Stratifizierung und politische Differenzierung - eine quantitative Annäherung an strategische und konfliktfähige Gruppen als Triebkräfte politischen Wandels auf Taiwan</b>	72
2.1 Historische Ausgangsbedingung: Die herrschenden strategischen Gruppen in der exilierten Regimekoalition und die Stratifizierung der taiwanesischen Gesellschaft am Beginn der autoritären Ära 1949	72

8	2.2	Sozialstrukturelle Transformationsprozesse auf Taiwan 1949-1993: Veränderte Kräftekonstellationen und die Entstehung neuer Mittelschichten	75	3.3.1	Vorbemerkungen	155
	2.2.1	Die Agrarbevölkerung: Großgrundbesitzer und Eigentümerbauern	75	3.3.2	Die Staatsunternehmen	156
	2.2.2	Unternehmer und abhängig Erwerbstätige	78	3.3.3	Die KMT-Parteiunternehmen	162
	2.2.3	Die Staatsbeamten	81	3.3.4	Ergebnisse	165
	2.2.4	Professionals	83	3.4	Erfüllungsgehilfe oder autonomer Machtfaktor? - Zur Rolle der Regierungsbürokratie im politisch-ökonomischen System Taiwans	167
	2.2.5	Die Mittelschichten Taiwans in der Transitionsphase (1986-93)	86	3.4.1	Historische Vorbemerkungen	167
	2.2.6	Zusammenfassung	97	3.4.2	Die Planungsstechnokraten	169
	2.3	Die Rekrutierung politischer Eliten in historischer Perspektive als Indikator für die gesellschaftliche Formierung von herrschenden strategischen und oppositionellen konfliktfähigen Gruppen	99	3.4.3	Die mittlere und untere Beamtenschaft	173
	2.3.1	Methodische Vorbemerkungen	99	3.4.4	Ergebnisse	176
	2.3.2	Untersuchungsbereich I: Die parlamentarischen Institutionen	101	3.5	Parteiarmee, Armee der Republik China oder Armee Taiwans? - Eine politische Standortbestimmung des Militärs	178
	2.3.3	Untersuchungsbereich II: Die KMT-Parteispitze	117	3.5.1	Historische Vorbemerkungen	178
	2.3.4	Untersuchungsbereich III: Die politische Opposition	124	3.5.2	Die materielle Ressourcenbasis des Militärs	181
	2.4	Erste Ergebnisse: Aussagen zur Neufigurierung strategischer und konfliktfähiger Gruppen seit 1949 als Bedingung für die demokratische Transition	127	3.5.3	Die politischen Machtressourcen	188
	3	Ressourcen- und Interessenanalyse I: Kooptierte Professionals, Unternehmer, Technokraten und Militärs - Die strategischen Gruppen der Regimekoalition	131	3.5.4	Einfluß im kulturellen Bereich	192
	3.1	Einleitende Bemerkungen	131	3.5.5	Interessenlagen und innere Fraktionierung	192
	3.2	Vom homogenen Machtblock zur Parteisplaltung? - Die Lagerbildung in der KMT als Hinweis auf Fraktionierungsprozesse innerhalb der Regimekoalition	132	3.5.6	Ergebnisse und Prognosen	195
	3.2.1	"Hauptströmung" und "Anti-Hauptströmung" als Richtungskonflikt in der KMT	132	3.6	Vom unmündigen Zögling zum politischen <i>power broker</i> - Die neue Bedeutung der taiwanesischen Unternehmensschaft	197
	3.2.2	Ergebnisse	141	3.6.1	Vorbemerkungen	197
	3.2.3	Die KMT im Legislativ Yuan - Auf dem Weg in den Faktionismus japanischen Musters?	142	3.6.2	Der Aufstieg der taiwanesischen Unternehmensschaft und ihre Emanzipation vom "starken Staat" - historische Rahmenbedingungen	198
	3.2.4	Ergebnisse	153	3.6.3	Strukturelle Fraktionierung und gegenwärtige Interessenlagen des Privatkapitals	208
	3.3	Das Wirtschaftsimperium der KMT: Staats- und Parteiunternehmen als gemeinsame Ressourcenbasis der Regimekoalition und besondere Ressourcenquelle der Planungstechnokraten und der zivilen Funktionselite	155	3.6.4	Methoden der Interessenrealisierung und Organisation des Privatkapitals	215
				3.6.4.1	"Strukturelle Korruption"? - Moderne Kooptierungsstrategien der taiwanesischen Unternehmensschaft	215
				3.6.4.2	Die nationalen Wirtschaftsverbände - Von korporatistischen Organisationen zu selbstbewußten Interessensachwaltern der Großunternehmer?	218
				3.6.4.3	Traditioneller Klientelismus in modernem Gewande - Taiwans Lokalfaktoren als Vehikel des Klein- und mittelständischen Kapitals	222
				3.6.5	Ergebnisse	237

10	Inhaltsverzeichnis	11
4	<b>Ressourcen- und Interessenanalyse II: Unabhängige Professionals, soziale Protestbewegungen und die Arbeiterschaft - die konfliktfähigen Gruppen der politischen Opposition</b>	300
4.1	Einleitende Bemerkungen	306
4.2	Zwischen Ideologie und Taktik: Das Problem der taiwanesischen Unabhängigkeit als Triebkraft von Differenzierungsprozessen in der politischen Opposition Taiwans	307
4.3	Die Professionals in der Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) und der außerparlamentarischen Opposition	316
4.3.1	Loyale oder radikale Opposition? - Der Parteiloyalismus in der DFP als Ausdruck einer prinzipiellen inneroppositionellen Fraktionierung	334
4.3.2	Die Intelligenz zwischen traditioneller Autorität und modernem Sendungsbewußtsein - Der Aufstieg unabhängiger Professoren- und Studentenverbände	339
4.3.2.1	Vorbemerkungen	347
4.3.2.2	Die Professorenverbände	350
4.3.2.3	Die Studentenverbände	374
4.3.3	Neue Perspektiven für die Unabhängigkeitsbewegung?	394
4.4	Zur Entfaltung von Protest und Widerstand in den 80er Jahren - Entstehung, Organisationsprofil und Führungseliten der sozialen Protestbewegungen Taiwans	397
4.4.1	Vorbemerkungen	416
4.4.2	Die Verbraucherschutzbewegung	
4.4.3	Die Umweltschutzbewegung	
4.4.4	Die Frauenbewegung	
4.4.5	Die Eingeborenenbewegung	
4.4.6	Die presbyterianische Kirche	
4.4.7	Die Bauernbewegung	
4.5	Auf dem Weg zu einer "Klasse für sich"?	
-	Die taiwanesische Arbeiterschaft formiert sich	
4.5.1	Vorbemerkungen	
4.5.2	Repressive Arbeitsgesetzgebung und korporatistische Gewerkschaften - die Gängelung der Arbeiterschaft nach 1949	
4.5.3	Die Entstehung neuer Arbeitnehmervertretungen - überregionale Arbeiterorganisationen und unabhängige Gewerkschaften	

Inhaltsverzeichnis	11	
4.5.4	Die parteipolitische Basis der Arbeiterschaft - eine Bestandsaufnahme	300
4.5.5	Ergebnisse	306
4.6	Zusammenfassung - Ein Organisations- und Allianzprofil oppositioneller konfliktfähiger Gruppen in der Transformationsphase	307
5	<b>Evaluierung - Strategische und konfliktfähige Gruppen im Prozeß des politisch-sozialen Wandels auf Taiwan und ihre Bedeutung für die Konsolidierungsperspektiven der taiwanesischen Demokratie</b>	316
6	<b>Schlussbemerkungen</b>	334
Anmerkungen		
Kapitel 1		339
Kapitel 2		347
Kapitel 3		350
Kapitel 4		374
Kapitel 6		394
Quellenverzeichnis		397
Summary in English		416



## Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen

- 1) Schaubilder:**
- Schaubild 1-1:**  
Das politische System Taiwans in der autoritären Ära 37
- Schaubild 1-2:**  
Das politische System Taiwans nach dem 1. und 2. Verfassungszusatz 1991/92 38
- Schaubild 1-3:**  
Die Organisationsstruktur der KMT 40
- Schaubild 1-4:**  
Etappen der Institutionalisierung der *Tang-wai* auf dem Weg zur ersten Oppositionspartei Taiwans 59
- Schaubild 2-1:**  
Die strategischen Gruppen der Regimekoalition und die politische Ausschaltung der alten taiwanesischen Gesellschaft 1949 74
- Schaubild 2-2:**  
Neufigurierung der strategischen Gruppen der Regimekoalition und die Formierung oppositioneller konfliktfähiger Gruppen 129
- Schaubild 4-1:**  
Radikale Opposition I - Kernorganisationen des *Tai-fu*-orientierten New Tide-Systems 309
- Schaubild 4-2:**  
Radikale Opposition II - Kernorganisationen des *Tung-i*-orientierten China Tide-Systems 311
- Schaubild 5-1:**  
Die Figurierung der strategischen Gruppen in der autoritären Ära (1949-86) 317
- Schaubild 5-2:**  
Gruppenfigurierung in der Transitionsphase (1986-93) 326

## 2) Tabellen:

- Tabelle 1-1:**  
Wahlstatistik - Stadt- und Kreisparlamente 41
- Tabelle 1-2:**  
Wahlstatistik - Bürgermeister und Kreisvorsteher 42
- Tabelle 1-3:**  
Wahlstatistik - Stadtrat von Taipei 42
- Tabelle 1-4:**  
Wahlstatistik - Stadtrat von Kaohsiung 43
- Tabelle 1-5:**  
Wahlstatistik - Provinzversammlung 43
- Tabelle 1-6:**  
Einkommensverteilung der Haushalte auf Taiwan (1964-1991) 45
- Tabelle 1-7:**  
Provinzzugehörigkeit der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT 1952-1988 48
- Tabelle 1-8:**  
Altersgruppenzusammensetzung der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK 1952-1988 49
- Tabelle 1-9:**  
Die Kabinette der Republik China und ihre ethnische Zusammensetzung 1950-1993 50
- Tabelle 1-10:**  
Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan - Ethnische Zugehörigkeit und Sitzverteilung 52
- Tabelle 1-11:**  
Zusatzwahlen zur Nationalversammlung 53
- Tabelle 1-12a:**  
Stimmenanteile von KMT- und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Kreisvorsteher- und Bürgermeisterwahlen 1972-1985 56
- Tabelle 1-12b:**  
Stimmenanteile von KMT- und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Wahlen zur Provinzversammlung und den Stadtparlamenten von Taipei und Kaohsiung 1972-1985 57
- Tabelle 1-12c:**  
Stimmenanteile von KMT- und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan 1972-1983 57
- Tabelle 1-12d:**  
Stimmenanteile von KMT und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Zusatzwahlen zur Nationalversammlung 1972-1980 57
- Tabelle 1-13:**  
Stimmenverteilung bei den Wahlen zum Legislativ Yuan und zur Nationalversammlung 1986-1992 60
- Tabelle 1-14:**  
Stimmenverteilung bei den Wahlen zur Provinzversammlung inklusive der Wahlen zu den Stadtparlamenten von Taipei und Kaohsiung sowie den Kreisvorsteher- und Bürgermeisterwahlen 1989 61
- Tabelle 1-15:**  
Durchschnittliche Verteilung der KMT- und Nicht-KMT-Stimmen in der autoritären Ära (1949-1986) und der Transitionsphase (1986-1993) 61
- Tabelle 1-16:**  
"Alte Abgeordnete" in den Zentralparlamenten vor der Entscheidung des obersten Verfassungsgerichtes 64

<b>Tabelle 2-1:</b>	Agrarbevölkerung nach Landbesitzern und Pächtern	76
<b>Tabelle 2-2:</b>	Beschäftigungsentwicklung nach Sektoren	76
<b>Tabelle 2-3:</b>	Produktivität und Einkommensentwicklung im Agrarsektor und im industriellen Sektor	77
<b>Tabelle 2-4:</b>	Unternehmer, kleine Selbstständige und abhängig Beschäftigte	79
<b>Tabelle 2-5:</b>	Prozentuale Anteile der abhängig Beschäftigten im Privatsektor und im Staatssektor	80
<b>Tabelle 2-6:</b>	Entwicklung der Beamtenzahlen auf Taiwan (1981-1991)	80
<b>Tabelle 2-7:</b>	Rekrutierung von Staatsbeamten nach Tätigkeitsfeldern	81
<b>Tabelle 2-8:</b>	Beamtenzahlen im internationalen Vergleich 1990/91	82
<b>Tabelle 2-9:</b>	Angestellten-Berufsgruppen mit hohem Professionl-Anteil	83
<b>Tabelle 2-10:</b>	Professionals in Taiwan - Ärzte und Professoren/Lehrer	84
<b>Tabelle 2-11:</b>	Studenten (und Schüler) auf Taiwan	84
<b>Tabelle 2-12:</b>	Beschäftigungshintergrund aus dem Ausland zurückgekehrter Studenten	85
<b>Tabelle 2-13:</b>	Die Klassenstruktur Taiwans nach Gates (1979)	86
<b>Tabelle 2-14:</b>	Die Sozialstruktur Taiwans zu Beginn der 80er Jahre nach Asche	88
<b>Tabelle 2-15:</b>	Das Schichtgefüge Taiwans in der Transitionsphase	89
<b>Tabelle 2-16:</b>	Die Berufsstruktur der taiwanesischen Schichten	90
<b>Tabelle 2-17:</b>	Die Berufsstruktur der taiwanesischen Mittelschichten - alte und neue Mittelschichten	91
<b>Tabelle 2-18:</b>	Organisationshintergrund der Mittelschichten	92
<b>Tabelle 2-19:</b>	Die Größe der Mittelschicht in der Selbstestschätzung der taiwanesischen Bevölkerung	93
<b>Tabelle 2-20:</b>	"Ethnische" Zusammensetzung der Mittelschichten - "Festländer" und Taiwanesen	94
<b>Tabelle 2-21:</b>	Die parteipolitische Orientierung der Mittelschichten	95
<b>Tabelle 2-22:</b>	Die parteipolitische Orientierung der "Festländer"	95
<b>Tabelle 2-23:</b>	Die parteipolitische Orientierung der Taiwanesen	96
<b>Tabelle 2-24:</b>	Entstehung des BSP in Prozent (1952-1992)	97
<b>Tabelle 2-25:</b>	Legislativvuan - Altersgruppen der zusätzlichen Abgeordneten	102
<b>Tabelle 2-26:</b>	Legislativvuan - Ausbildungshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten	102
<b>Tabelle 2-27a:</b>	Berufs- bzw. Organisationshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten des Legislativvuan	103
<b>Tabelle 2-27b:</b>	Berufs- bzw. Organisationshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten des Legislativvuan (in Prozent)	104

<b>Tabelle 2-28:</b>	Berufs- und Organisationshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten - alternative Auswertung	105
<b>Tabelle 2-29:</b>	Ausbildungs- und Berufshintergrund der Direktkandidaten für die Wahl zur Nationalversammlung 1991	106
<b>Tabelle 2-30a:</b>	Provinzversammlung - Altersgruppen der Abgeordneten	107
<b>Tabelle 2-30b:</b>	Provinzversammlung - Altersgruppen in Prozent	107
<b>Tabelle 2-31a:</b>	Stadt- und Kreisparlamente - Altersgruppen der Abgeordneten	108
<b>Tabelle 2-31b:</b>	Stadt- und Kreisparlamente - Altersgruppen in Prozent	108
<b>Tabelle 2-32:</b>	Bürgermeister und Kreisvorsteher Altersgruppen der Abgeordneten	109
<b>Tabelle 2-33:</b>	Der Stadtrat von Taipei - Altersgruppen der Abgeordneten	109
<b>Tabelle 2-34:</b>	Der Stadtrat von Kaohsiung-Altersgruppen der Abgeordneten	110
<b>Tabelle 2-35:</b>	Provinzversammlung - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten	110
<b>Tabelle 2-36:</b>	Kreis- und Stadtparlamente - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten	111
<b>Tabelle 2-37:</b>	Kreisvorsteher und Bürgermeister - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten	111
<b>Tabelle 2-38:</b>	Der Stadtrat von Taipei - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten	112
<b>Tabelle 2-39:</b>	Der Stadtrat von Kaohsiung - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten	112
<b>Tabelle 2-40a:</b>	Provinzversammlung - Berufs- und Organisationshintergrund der Abgeordneten	113
<b>Tabelle 2-40b:</b>	Provinzversammlung - Berufs- und Organisationshintergrund in Prozent	113
<b>Tabelle 2-41:</b>	Stadt- und Kreisparlamente Berufs- bzw. Organisationshintergrund der Abgeordneten	114
<b>Tabelle 2-42:</b>	Kreisvorsteher und Bürgermeister Berufs- bzw. Organisationshintergrund	115
<b>Tabelle 2-43:</b>	Der Stadtrat von Taipei - Berufs- bzw. Organisationshintergrund der Abgeordneten	116
<b>Tabelle 2-44:</b>	Der Stadtrat von Kaohsiung - Berufs- bzw. Organisationshintergrund der Abgeordneten	116
<b>Tabelle 2-45:</b>	Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Altersgruppen	118
<b>Tabelle 2-46:</b>	Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinet) - Alterstruktur	119
<b>Tabelle 2-47a:</b>	Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Ausbildungshintergrund	120

<b>Tabelle 2-47b:</b>	Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Ausbildungshintergrund in Prozent	120
<b>Tabelle 2-48a:</b>	Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinet) - Ausbildungshintergrund	121
<b>Tabelle 2-48b:</b>	Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinet) - Ausbildungshintergrund in Prozent	121
<b>Tabelle 2-49:</b>	Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Berufs- und Organisationshintergrund	122
<b>Tabelle 2-50:</b>	Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinet) - Berufs- und Organisationshintergrund	123
<b>Tabelle 2-51:</b>	Führungseliten der DFP - Ausbildungshintergrund	125
<b>Tabelle 2-52:</b>	Führungseliten der DFP - Berufs- und Organisationshintergrund	125
<b>Tabelle 2-53:</b>	CSDP-Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung (Dezember 1991) - Ausbildungshintergrund; Berufs- und Organisationshintergrund	127
<b>Tabelle 3-1:</b>	Die Vertreter von Hauptströmung und Anti-Hauptströmung im Ständigen Ausschuss des 13. ZEK der KMT (Stand: Mai 1993)	138
<b>Tabelle 3-2:</b>	Hauptströmung und Anti-Hauptströmung im Kabinet Hao Po-ts'un (Mai 1990-Januar 1993)	139
<b>Tabelle 3-3:</b>	Ethnische Verteilung der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des 13. ZEK und des Kabinetts Hao Po-ts'un auf die Lager von Hauptströmung und Anti-Hauptströmung	140
<b>Tabelle 3-4:</b>	Entstehungszeitraum und Hintergrund der politisch bedeutsamen neuen KMT-Parlamentsfaktoren (1986-1992; Stand: 1. Dezember 1992)	143
<b>Tabelle 3-5:</b>	Industrielle Wertschöpfung nach Sektoren	157
<b>Tabelle 3-6:</b>	Verwendung des BSP: Bruttofixkapitalbildung nach Sektoren	158
<b>Tabelle 3-7:</b>	Anteil der Gewinne aus staatlichen Monopolen und staatsunternehmerischer Tätigkeit an den Netto-Revenuen des Staates	159
<b>Tabelle 3-8:</b>	Profite und Personalaufkommen - Privat und Staatssektor im Vergleich	160
<b>Tabelle 3-9:</b>	Gesamtrevenuen der 100 größten Privatunternehmen des Dienstleistungssektors und der Staatsunternehmen unter der Zentralregierung	161
<b>Tabelle 3-10:</b>	Vergleich der Revenue- und Profilage der wichtigsten 60 Staatsbetriebe und 500 größten Privatfirmen (1987-1988)	162
<b>Tabelle 3-11:</b>	Kredite und Kapitalvermögen der 36 wichtigsten KMT-Unternehmen 1990	164

<b>Tabelle 3-12:</b>	Anteil von "Festländern" und Taiwanesen im Staatsdienst (ohne Staatsunternehmen) 1950	167
<b>Tabelle 3-13:</b>	Regierungsangestellte und Lehrer auf Provinz-, Kreis- und Gemeindeebene - taiwanesischer Anteil	168
<b>Tabelle 3-14:</b>	Heimatprovinzen und Ausbildungshintergrund der führenden 44 Planungstechnokraten in den 50/60er Jahren sowie der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT 1952 und 1957	170
<b>Tabelle 3-15:</b>	Anteil der durchschnittlichen jährlichen Personalkosten an den Gesamteinnahmen der 27 nationalen Staatsbetriebe 1973-1991	175
<b>Tabelle 3-16:</b>	Konsumptive Verwendung des BSP: Staatssektor und Privatsektor	176
<b>Tabelle 3-17:</b>	Verhältnis von Bevölkerungszahl und der Zahl aktiver Soldaten im internationalen Vergleich	181
<b>Tabelle 3-18:</b>	Anteil der Verteidigungsausgaben im Regierungshaushalt sowie am BSP 1983-92	182
<b>Tabelle 3-19:</b>	Die Verteidigungsausgaben Taiwans im internationalen Vergleich - Anteil am Regierungshaushalt 1988	183
<b>Tabelle 3-20:</b>	Offizielles Gesamtbudget der VACRS in NT und Anteil an den Ausgaben des laufenden Regierungshaushalts	185
<b>Tabelle 3-21:</b>	Einnahmen der RSEA (1960-1990)	186
<b>Tabelle 3-22:</b>	Militärs ( <i>chün-jen</i> ) und vom HFHTP unterstützte "Militärvertreter" ( <i>chün-fang tai-piao</i> ) in wichtigen politischen Gremien	190
<b>Tabelle 3-23:</b>	Stimmenpotential des HFHTP bei den Wahlen zum Legislativ Yuan 1992 nach Wahlkreisen	191
<b>Tabelle 3-24:</b>	Provinzugehörigkeit in der taiwanesischen Armee	193
<b>Tabelle 3-25:</b>	Anteil der Klein- und mittelständischen Unternehmen an allen Unternehmen Taiwans	207
<b>Tabelle 3-26a:</b>	Klein- und mittelständische Betriebe; Anteil an allen taiwanesischen Unternehmen des sekundären Sektors und Betriebsgrößenstruktur	207
<b>Tabelle 3-26b:</b>	Klein- und mittelständische Betriebe; Anteil an allen taiwanesischen Unternehmen des sekundären Sektors und Betriebsgrößenstruktur in Prozent	208
<b>Tabelle 3-27:</b>	Anteil der Klein- und mittelständischen Betriebe des sekundären Sektors an den entsprechenden Gesamtrevenuen aller taiwanesischen Unternehmen	210
<b>Tabelle 3-28:</b>	Die erste Stufe des Privatisierungsprogramms für Staatsunternehmen	211
<b>Tabelle 3-29:</b>	Der indirekte Handel (via Hongkong) zwischen Taiwan und der VR China (in Mio. US-Dollar)	214

<b>Tabelle 3-30:</b>	Finanzielle Unterstützung von Abgeordneten durch private Finanzierungsgesellschaften im Wahljahr 1989	217
<b>Tabelle 3-31:</b>	Verteilung der "zusätzlichen Abgeordneten" ( <i>tseng-e tai-piao</i> ) im Legislativuan (1969-1989)	222
<b>Tabelle 3-32:</b>	Gewählte Faktions- und Nicht-Faktionskandidaten insgesamt und mit KMT-Parteimitgliedschaft bei den Wahlen zur Provinzversammlung (1954-1985)	231
<b>Tabelle 3-33:</b>	Gewählte Faktions- und Nicht-Faktionskandidaten insgesamt und mit KMT-Parteimitgliedschaft bei den Zusatzwahlen zum Legislativuan (1972-1986)	232
<b>Tabelle 3-34:</b>	Faktionszugehörigkeit von Abgeordneten aller Zentralparlamente (Nationalversammlung, Legislativuan, Kontrollvuan) nach Kreisen und Städten (Stand 1. Dezember 1992)	234
<b>Tabelle 3-35:</b>	Besitz-/Teilhaber von Faktions- und Nicht-Faktionskandidaten an lokalen Wirtschaftsmonopolen (1951-1985)	236
<b>Tabelle 4-1a:</b>	Faktionsaufteilung innerhalb des Zentralen Exekutivkomitees ( <i>chung-yang chih-hsing wei-yuan-hui</i> ) der DFP	252
<b>Tabelle 4-1b:</b>	Faktionsaufteilung im Ständigen Ausschuß des ZEK ( <i>chung-ch'ang wei-yuan-hui</i> ) der DFP	253
<b>Tabelle 4-1c:</b>	Faktionsaufteilung in verschiedenen parlamentarischen Gremien und Parteikomitees (1986-1992)	254
<b>Tabelle 4-2:</b>	Hintergründe wichtiger aus dem Exil zurückgekehrter Mitglieder von TAFI (Stand: Anfang 1993)	269
<b>Tabelle 4-3a:</b>	Zahl der Teilnehmer an Protestkundgebungen (1983-1988)	271
<b>Tabelle 4-3b:</b>	Durchschnittliche Zeitdauer der Protestkundgebungen (1983-88)	271
<b>Tabelle 4-3c:</b>	Adressat der Protestkundgebungen (1983-88)	272
<b>Tabelle 4-3d:</b>	Teilnehmer nach Art des Protests und Anzahl der Protestaktionen (1983-1988)	272
<b>Tabelle 4-4:</b>	Bevölkerungszahlen der neun wichtigsten Ureinwohner-Stämme (Ende 1988)	279
<b>Tabelle 4-5:</b>	Entwicklung der Arbeitskonflikte (1961-1990)	286
<b>Tabelle 4-6:</b>	Streitpunkte der Arbeitskonflikte (1977-1990)	287
<b>Tabelle 6-1:</b>	Berufs- und Organisationshintergrund der Mitglieder des Ständigen Ausschusses 1988 (13. ZEIK) und 1993 (14. ZEIK)	335

## Verzeichnis der Abkürzungen

AIT	: Association for an Independent Taiwan
ATNB	: Association of Taiwan Nation-Building
BFT	: Board of Foreign Trade
BIP	: Bruttoinlandprodukt
BSP	: Bruttosozialprodukt
CCFA	: Chinese College Faculty Association
CEPD	: Council of Economic Planning and Development
CETRA	: China External Trade Development Council
CFL	: Chinese Federation of Labour
CIECD	: Council for International Economic Cooperation and Development
CNAIC	: Chinese National Association of Industry and Commerce
CNFI	: Chinese National Federation of Industries
CSDP	: China Social Democratic Party
CJP	: Chinesische Jugendpartei
CTA	: China Tide Association
DFP	: Demokratische Fortschrittspartei
DGBAS	: Directorate-General of Budget, Accounting & Statistics
DSP	: Demokratisch Sozialistische Partei
FANTU	: Faculty Association of National Taiwan University
FAPA	: Formosan Association for Public Affairs
HFHTP	: Huang-fu-hsing tang-pu
HFRE	: Hochschulverband zur Förderung der Reform im Erziehungswesen
IDB	: Industrial Development Bureau
ITA	: Independent Taiwan Association
KANT	: Komitee für den Aufbau eines neuen Taiwans
KMB	: Klein- und mittelständische Betriebe
KMK	: Klein- und mittelständisches Kapital
KMT	: Kuomintang (deutsch: Partei des Staatsvolkes)
KPCh	: Kommunistische Partei Chinas
LP	: Labour Party
LRA	: Labour Rights Association
NAFTU	: National Federation of Independent Trade Unions
NGOs	: Non-Governmental Organisations
NKA	: New Kuomintang Alliance
NSMA	: National Student Mobilization Association
NT	: New Taiwan Dollar
PFRC	: Parliamentary Functions Reform Club
PK	: Presbyterianische Kirche
RNLC	: Rerum Novarum Labour Center

ROCCIFRD	::	ROC Construction Industry Foundation for Research & Development
ROCCOC	::	General Chamber of Commerce of the Republic of China
RRC	::	Reconstruction Research Club
RSEA	::	Retired Servicemen Enterprise Administration
SA	::	Ständiger Ausschuß
TAFI	::	Taiwan Alliance for Independence
TALM	::	Taiwan Association for Labour Movement
TAMI	::	Taiwan Association of Machinery Industry
TAUP	::	Taiwan Association of University Professors
TCA	::	Taipei Computer Association
TEPU	::	Taiwan Environmental Protection Union
THRA	::	Taiwan Human Rights Association
TLF	::	Taiwan Labour Federation
TPPSA	::	Tangwei Public Policy Study Association
TVA	::	Taiwanische Vereinigung für Arbeiterwohlfahrt
TWA	::	Taiwan Workers' Alliance
VACRS	::	Vocational Assistance Commission of Retired Servicemen
VFUT	::	Vereinigung der Festlandchinesen für die Unabhängigkeit Taiwans
VPLFM	::	Verein der Professoren und Lehrer zur Förderung der Menschenrechte
WCL	::	World Confederation of Labour
WP	::	Workers' Party
WUFI	::	World United Formosans for Independence
YOFS	::	Yearbook of Financial Statistics
ZEK	::	Zentrales Exekutivkomitee (der KMT)
ZKWI	::	Zentrale Wahlkommission des Innenministeriums

## Vorwort

Die vielfältigen Untersuchungen und Publikationen zu Demokratisierungstendenzen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Professor Dr. Rainer Tetzlaff vom Institut für politische Wissenschaften der Universität Hamburg anregte, begründen schon jetzt eine kleine Tradition. Sie zeichnen sich aus durch vorbereitende methodische Reflektion, vor allem aber durch ausgezeichnete landeskundliche Kenntnisse als Hintergrund.

Ein Muster für diese Schultradition ist die Arbeit von Gunter Schubert: *Taiwan - die chinesische Alternative. Demokratisierung in einem ostasiatischen Schwellenland (1986-1993)*. Sie trägt eine Fülle weitgehend unbekanntem und unerschlossenen Materials über die politisch relevanten Gruppen auf Taiwan zusammen. Weder die Verbraucherschutzverbände noch die Ansprüche des Militärs werden bei den klaren Analysen ihres politischen Handelns im Hinblick auf die Demokratisierung Taiwans, deren Anfänge erst wenige Jahre zurückliegen, übersehen. Die historische Dimension bleibt nicht im Hintergrund, und immer wieder zeigt sich auch, daß der Konflikt zwischen bodenständigen Taiwanesen und den 1949 vom Festland geflohenen oder vertriebenen "Neubürgern" die Gesellschaft dort spaltet.

Gunter Schubert konnte ein dermaßen umfangreiches Quellenmaterial nur deshalb erschließen und auswerten, weil er vorzügliche Chinesischkenntnisse erwarb. Allein sie verschafften ihm Zugang zu Archiven, Bibliotheken und zuverlässigen Gewährsleuten, die sich ihm sonst nicht geöffnet hätten. Solche Kenntnisse der Landessprache sind bei Politik- und Sozialwissenschaftlern, die sich mit asiatischen Ländern befassen, noch lange nicht selbstverständlich. Aus diesen Sprachkenntnissen erwachsen detaillierte landeskundliche Einsichten, und deshalb kann *Taiwan - die chinesische Alternative* auch als eine Art Wegweiser, vielleicht sogar als Handbuch, für das politische Leben Taiwans betrachtet werden.

Demokratisierungsprozesse in asiatischen Ländern führen nicht notwendigerweise zu den gleichen politischen Intentionen und Institutionen, die sich im Westen, in Europa und Nordamerika, herausgebildet haben. Auch hier unterscheiden sie sich schließlich deutlich. In der Flut von Publikationen über Demokratisierung und Demokratisierungsversuche in China wurde häufig vorgetragen, daß China nicht "demokratiefähig" sei, aus den unterschiedlichsten Gründen. Nicht selten wurde hierfür das Fortleben überlieferter Verhaltensmuster aus dem traditionellen China, gemeinhin als konfuzianisch bezeichnet, verantwortlich gemacht. Viele Sinologen mag das überraschen, den einen oder anderen nicht - die Arbeit von G. Schubert zeigt jedenfalls überraschend deutlich, daß traditionelle Verhal-

tensmuster, die in den geistigen Traditionen des alten China wurzeln, bei den Demokratisierungsprozessen in Taiwan kaum eine Rolle gespielt haben. Insofern enthält diese Arbeit auch ein prognostisches Element - für Entwicklungsmöglichkeiten im "größeren China". Ein solcher, wenigstens indirekter, Ausblick steht jeder politikwissenschaftlichen Untersuchung gut an.

Professor Dr. Hans Stumpfheldt  
Seminar für Sprache und Kultur  
Chinas der Universität Hamburg

Hamburg, 29. März 1994

## Danksagung

Mit der vorliegenden Studie zur Demokratisierung Taiwans schließt der Verfasser auch einen wissenschaftlichen "Lebensabschnitt" für sich ab. Die Zahl derer, denen ich für das Gelingen meines "Taiwan-Projektes" zu Dank verpflichtet bin, ist groß - ohne Zweifel zu groß, sie an dieser Stelle allesamt namentlich erwähnen zu können. Doch zumindest der Versuch soll unternommen werden!

Während der zwei Jahre, die ich zu Feldforschungszwecken auf Taiwan selbst verbracht habe, war mir die Unterstützung meiner chinesischen Freunde und Kollegen von unschätzbarem Wert. Sie haben mir nicht nur den Zugang zu wichtigen Materialien und Archiven geebnet, Kontakte angebahnt und sich selbst als Informanten zur Verfügung gestellt, sondern mir auch über zahlreiche administrative Hindernisse hinweggeholfen. Die Motivation, die ich aus den vielen Fachdiskussionen, Interviews und persönlichen Gesprächen mit innen gezogen habe, kann wohl nur der ermessen, der selbst im Ausland geforscht hat und sich der Überwindung ähnlicher Probleme gegenübersah.

Mein Dank gilt in diesem Sinne vor allem Prof. Ch'en Hsin-min vom Institut für Sozialwissenschaften an der Academia Sinica in Taipei; Prof. Chang Mao-kuei vom Institut für Ethnologie an derselben Institution; Prof. Lin Bi-saw, Direktor des Instituts für Internationale Angelegenheiten an der Nationalen Chengchi-Universität in Mucha/Taipei, an welchem ich für die Dauer meines Aufenthaltes auf Taiwan als "Visiting Research Fellow" akkreditiert war; Prof. Wu Tung-yeh, Forschungsreferent am selben Institut; und Prof. Huang Teh-fu vom Institut für Politikwissenschaft der Nationalen Chengchi-Universität. Besonders verbunden bin ich auch Dr. Chang Ya-chung, bis 1992 Mitarbeiter am Taipei Wirtschafts- und Kulturbüro in Hamburg und heute in der Kommission für die Angelegenheiten Festlandchinas beim Exekutiv Yuan tätig, sowie der derzeitigen Direktorin des Hamburger Büros, Frau Marietta Liao. Beide haben mir u.a. mehrfach mit der Bereitstellung statistischer Materialien geholfen.

Mein Dank gilt weiterhin Prof. Dr. Rainer Tetzlaff und Priv.-Doz. Dr. Rolf Hahnisch, die meine wissenschaftliche Arbeit seit Jahren begleiten und mir stets nützliche inhaltliche Anregungen und Unterstützung angedeihen ließen. In diesem Sinne bin ich auch meinem Freund und Kollegen Werner Vennewald zu dankbarer Anerkennung verpflichtet, dessen hartnäckige Fragen und kritische Kommentare mich immer wieder positiv dazu herausgefordert haben, eigene Thesen und Schlussfolgerungen zu überdenken. Er, Hans-Jürgen Klempau und Mark Zander haben zudem keine Mühen gescheut, das umfangreiche Manuskript gegenzulesen.

Ein ganz besonderer Dank aber gilt meiner Frau Paula, die mit ihrer - oft arg strapazierten - Geduld und wohlmeinenden Ironie, welche mich zum jeweils richtigen Zeitpunkt aus wissenschaftlichen "Höhen" zurück auf den Boden der Realitäten holte, einen unschätzbaren Anteil am Ergebnis meiner Anstrengungen hat.

Die Studie entstand im Rahmen eines Forschungsprojektes über "Demokratisierung und konfliktfähige Gruppen in Ost- und Südostasien" und wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt.

Hamburg, im Januar 1994

Gunter Schubert

## Einleitung

Die Beschäftigung mit der politischen Demokratie in den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie den Staaten des ehemaligen Ostblocks ist heute sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in der politischen Praxis aktueller denn je. Besonders nach dem Ende des "Kalten Krieges" ist man versucht, von einem historischen Bedeutungszuwachs der Demokratie zu sprechen. Dies hat verschiedene Gründe: *Erstens* pocht der Westen nach dem Niedergang der "sozialistischen Option" mehr als je zuvor auf die enge Symbiose von Demokratie und privatkapitalistischen Wettbewerbsverhältnissen. Insofern ist die Institutionalisierung demokratischer Strukturen - neben der Implementierung einer Marktökonomie - definitiv zum zweiten Modernisierungserfordernis an eine jede Gesellschaft geworden, die in den Kreis der weltweit anerkannten Völker aufgenommen werden will. Tatsächlich gibt es heute wohl keinen Staat mehr, der sich nicht eine demokratische Verfassung gibt - sei es vielerorts auch nur als Folge der durchaus richtigen Perzeption, auf diese Weise leichter Zugang zu den wichtigen Weltbank- und IWF-Krediten für "Struktur Anpassungsprogramme" zu erlangen oder durch andere Maßnahmen der internationalen Entwicklungshilfe unterstützt zu werden.

*Zweitens* besteht heute mehr als früher das Problem, aber auch die historische Chance, den Demokratiebegriff in einer durch zunehmende Interdependenzen geprägten Weltgemeinschaft universell zu definieren und global zu verankern. Allerdings hat nicht erst die Wiener Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 gezeigt, wie sehr die diesbezüglichen Auffassungen in den Ländern des "Südens" und "Ostens" von denen des "industrialisierten Westens" abweichen und wie begrenzt die Perspektiven für einen übergreifenden Minimalkonsens noch immer sind. *Drittens* steht die Wissenschaft heute - im Kontext der noch ausstehenden Stabilisierung der jungen osteuropäischen (aber auch anderer) Demokratien angesichts anhaltender Schwierigkeiten und autoritärer Rückschläge in einer Vielzahl von "Transitionsregimen", die in der "Dritten Welle der Demokratie" (Samuel S. Huntington) seit Mitte der 70er Jahre entstanden, aber auch mit Blick auf die zahlreichen "blockierten Demokratien" (Burma, Indonesien, VR China) - wieder stärker vor der Herausforderung der Analyse und Explikation. Die Frage nach den *Konstitutions- und Konsolidierungsbedingungen der politischen Demokratie* ist heute aktueller denn je. Hier setzt auch die vorliegende Untersuchung an, die sich als wissenschaftlicher Beitrag zu den im Kontext von Phänomenen des politischen Wandels und der Demokratisierung aufgeworfenen Fragestellungen versteht.

Dabei beschäftigt sich der Verfasser exemplarisch mit der kleinen Inselrepublik Taiwan (offizieller Name: Republik China), in der 1986 ein demokratischer Reformprozeß einsetzte, welcher sich seitdem ohne größere Brüche oder Rückschläge verstetigt hat. Die hartnäckige These in der Tradition - nicht der Diktion

- der weberianischen Religionssoziologie, die dem konfuzianischen Kulturkreis angehörenden Gesellschaften seien unfähig zur friedlichen Konfliktaustragung unter konkurrenzdemokratischen Vorzeichen, hat Taiwan heute offenkundig widerlegt. Damit könnte dem Argument weiter Auftrieb gegeben werden, daß die Demokratie - dieses rein europäische Geistesprodukt - eine prinzipiell "internationalisierbare" Staats- und Gesellschaftsform ist - allen gegenteiligen Aussagen jener Potentaten und Eliten zum Trotz, die in vielen Ländern Asiens und Afrikas eine kulturelle Andersartigkeit und Inkompatibilität mit der westlichen Demokratie erkannt haben wollen.

Dabei hatte Taiwan bis zum demokratischen Umbruch 1986, als sich erstmals eine oppositionelle Partei konstituierte, die nicht sofort wieder verboten und aufgelöst wurde, nur geringe historische Erfahrungen mit demokratischen Strukturen und Instrumenten der Konfliktbewältigung gesammelt. Weder als periphere Provinz der alten Kaiserreiche der Ming (1368-1644) und Ch'ing (1644-1911) noch während der japanischen Kolonialherrschaft (1895-1945) und nur in sehr eingeschränktem Rahmen unter der seit 1945 herrschenden KMT-Regierung besaß die Bevölkerung Taiwans demokratische Mitbestimmungsrechte und damit die Möglichkeit, ihr politisches Schicksal selbst zu bestimmen. Taiwan, so formulierte es ein aufgebrachter Anhänger der Opposition während einer Kundgebung 1990, sei bis 1986 Kolonie gewesen - zunächst der Manchu, dann der Japaner und schließlich der festlandchinesischen KMT. "Politisch", so rief er im Vorübergehen aus, "haben wir Taiwanesen überhaupt nicht existiert." Tatsächlich wurde der demokratischen Opposition nach dem "Zwischenfall vom 28. Februar 1947" - der tatsächlich der erste Volksaufstand in der taiwanesischen Geschichte war - und den anschließenden Verfolgungen ein Schlag versetzt, von dem sie sich erst nach Jahrzehnten wieder erholen konnte.

Dafür stand das moderne Taiwan mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen positiv in den internationalen Schlagzeilen. Zweiteilige jährliche Zuwachsraten und hohe Handelsbilanzüberschüsse, märchenhafte Devisenreserven und eine bemerkenswert homogene Einkommensverteilung begründeten den Mythos eines ökonomischen Aufsteigers, der als entwicklungspolitisches Modell für die "Dritte Welt" gepriesen wurde. Zwar verkannte das Ausland nicht die politischen Kosten dieser rasanten Modernisierung, aber der Begriff der "Autoritären Entwicklungsdiktatur" war (und ist noch immer) positiv besetzt, solange Entwicklung auch tatsächlich stattfindet. So konnte das KMT-Regime nach innen und außen Legitimation erringen, die die teilweise brutale Unterdrückung Andersdenkender überdeckte. Im übrigen befand sich Taiwan nach dem Ausbruch des Koreakrieges innerhalb der US-amerikanischen Schutz- und Interessensphäre. Weil aber die USA erst in den 80er Jahren nach einer ökonomischen und politischen Öffnung des Landes verlangten, stand die KMT-Führung lange Zeit auch unter keinerlei extern bedingtem Druck, ihren autoritären Regierungsstil zu ändern oder gar aufzugeben.

Das Jahr 1986 besicherte Taiwan das Ende seines rund vierzig Jahre andauernden Autoritarismus. Die endogenen und exogenen Bedingungen hatten sich scheinbar so nachhaltig verändert, daß eine Perpetuierung der überkommenen politischen Herrschaft nicht mehr durchgesetzt werden konnte. Oder wäre eine solche Fortschreibung der diktatorischen KMT-Herrschaft nicht doch möglich, die Demokratisierung also vielleicht ein purer "historischer Zufall" gewesen? Wieviel strukturelle Notwendigkeit und innere Kausalität weist der taiwanesischen Demokratisierungsprozeß auf, bis zu welchem Grad läßt er sich nur in subjektiven Kategorien - etwa in bezug auf die Wertmuster, Handlungsorientierungen und Konfliktpotentiale bestimmter politischer Akteure - fassen? Gibt es zwischen beiden Betrachtungsweisen nicht wiederum Verbindungen, die empirisch nachweisbar und auch theoretisch begründbar sind? Die vorliegende Studie stellt sich unter Berücksichtigung dieser Ausgangsüberlegungen die Aufgabe, die Bedingungen der demokratischen Transition und Konsolidierung Taiwans auf der Basis der folgenden vier Fragestellungen systematisch zu untersuchen:

1. Was waren die konkreten Gründe für die Einleitung des taiwanesischen Reformprozesses Mitte der 80er Jahre? In welchem Verhältnis standen dabei objektiv-strukturelle und subjektiv-handlungsspezifische Faktoren zueinander?
2. Welche Akteure bzw. Akteurguppen haben durch ihr (kollektives) Handeln die demokratische Transition herbeigeführt? Was waren ihre Motive und was die Mittel (Ressourcen), die zum Zwecke der jeweiligen Zielrealisierung eingesetzt werden konnten?
3. Wie weit fortgeschritten ist die Demokratie in diesem ostasiatischen Staat heute? Hier reicht es keinesfalls aus, einer Bewertung lediglich institutionelle Kriterien (Parteienpluralismus, Parlamentarismus etc.) zugrunde zu legen. Vielmehr müssen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse betrachtet werden, um die "demokratische Substanz" auf Taiwan messen zu können.
4. Welches sind die weiteren Konsolidierungsperspektiven der taiwanesischen Demokratie? Welche potentiellen Gefahren drohen ihr und unter welchen Voraussetzungen könnten diese zu virulenten politischen Krisen mit der Gefahr autoritärer Rückschläge führen?

Der Verfasser bemüht sich um eine umfassende Darstellung des taiwanesischen Demokratisierungsprozesses aus *gruppen-theoretischer Perspektive*, wie sie bislang weder in deutscher noch in englischer Sprache vorgelegt wurde. Nicht nur das herrschende KMT-Regime, sondern auch die politische Opposition Taiwans sollen nach ihren konkreten politischen Akteuren "aufgelöst" und deren Handeln in einen gesellschaftlichen Gesamtkontext gestellt werden, durch den dieses Handeln auf spezifische Weise konditioniert wird. Die Art der Kommunikation



zwischen den jeweiligen Akteuren beider Seiten steht dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Interaktion und Konfliktbewältigung zwischen Regime und Opposition als sich prinzipiell gegenüberstehende, intern fraktionierte Handlungskollektive. Nicht die KMT, die Regierung, die DFP oder die Opposition handeln also, sondern (Koalitionen von) strategische(n) und konfliktfähige(n) Gruppen, die in unterschiedlicher Weise und mit jeweils eigenen Machtressourcen den politischen Diskurs bestimmen.

Eine solche Betrachtungsweise hat sich die moderne Taiwanforschung zur Erklärung der demokratischen Transition in diesem fernöstlichen Land bisher nicht zu eigen gemacht. Die meisten Studien beschränken sich auf eher deskriptive Abhandlungen der einzelnen Etappen des Reformprozesses und verwenden dabei überaus grobe Analyseketegorien hinsichtlich der beteiligten politischen Akteure. Die Bedingungen der Demokratisierung werden zumeist "global" erklärt (US-amerikanischer Einfluß; sozioökonomische Modernisierung und Differenzierung; Entstehung von Mittelschichten etc.), nicht aber hinsichtlich ihrer konkreten Konsequenzen für die Zielorientierungen und Handlungsoptionen der relevanten Akteure untersucht. Die gesamte auf die Darstellung der Demokratisierung konzentrierte Literatur leidet noch immer viel zu sehr an einem Hang zur "gesellschaftspolitischen Gesamtschau", ohne den Versuch zu unternehmen, das Entstehen von Politik und ihren Verlauf "unterhalb der Oberfläche" genauer zu untersuchen (vgl. jüngst u.a. Feldman/Kim 1988; Copper 1989, 1990; Tien 1989; Robinson 1991; Feldman 1991; Cheng/Haggard 1992; Moody 1992). Eine gewisse Ausnahme stellt hier lediglich die neuere Studie von Chu (1992) dar. Sie bemüht sich bei der Erklärung der taiwanesischen Transition um einen integralen Ansatz, der nicht nur internationale, institutionelle und sozioökonomische Bestimmungsfaktoren einbezieht, sondern auch den Interessen und der Zielrealisierung der politisch Handelnden Bedeutung beimißt. Allerdings ist dieser Aspekt bei Chu nur einer von vielen und nicht unbedingt der wichtigste.

Nur sehr wenige deutsche Autoren haben sich bisher mit den inneren Strukturen von Regime und Opposition auf Taiwan beschäftigt. Die Studien von J. Domes (1981, 1982, 1984), der innerreligiöse Fraktionen und Meinungsgruppen in der KMT und der oppositionellen *Tang-wai*-Bewegung untersuchte, haben diesen Komplex (vgl. dazu auch Halbeisen 1982) zwar berührt; jedoch hat der renommierte deutsche Chinaexperte diese Forschung in der Folgezeit nicht weiterverfolgt und auch nicht theoretisch systematisiert. Die Arbeit von M. Reinhardt (1989) über die Demokratische Fortschrittspartei vermittelt wohl wichtige Erkenntnisse über bestehende Fraktionierungen innerhalb der Opposition, beschränkt sich aber im übrigen auf eine Parteienanalyse mit einer kurzen Darstellung des historischen Entstehungshintergrundes der DFP. Zwar ist das wissenschaftliche Interesse an Taiwan, insbesondere nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 in Peking und der damit verbundenen "Frustration" bezüglich der politischen Entwicklung in der VR China, gestiegen;

so hat z.B. O. Weggel 1991 die erste Geschichte Taiwans in deutscher Sprache vorgelegt. Dennoch bilden empirisch abgestützte Untersuchungen zu Politik und Gesellschaft der Inselrepublik zumindest im deutschen Sprachraum noch immer eine Ausnahme.

In diesem Kontext beansprucht die vorliegende Studie für sich, in mancher Hinsicht "Pionierarbeit" zu leisten. So finden sich in ihr u.a. ausführlichere Kapitel zum neuen Parteifunktionalismus in der KMT, zur politischen Rolle des Militärs und der Technokratie, zur Funktion der taiwanesischen Lokalfaktionen, zur Bedeutung der neuen sozialen Protestbewegungen und zur unabhängigen Formulierung der taiwanesischen Arbeiterschaft - Bereiche also, die die moderne Taiwanforschung bisher kaum oder gar nicht berührt hat. Ähnliches gilt z.B. auch für den privaten Firmenbesitz der KMT, die korruptiven Verbindungen zwischen der Unternehmenserschaft und der KMT-Parteielite sowie die organisatorische Vernetzung der außerparlamentarischen Opposition auf der Insel. Zudem hat der Verfasser auf der Basis verschiedener taiwanesischer Erhebungen eine Sozialstrukturanalyse des modernen Taiwans erstellt und seine Kontakte zur zentralen Wahlkommission des Innenministeriums dazu genutzt, soziopolitische und demographische Profile der politischen Eliten des Landes seit den frühen 50er Jahren in historischer Vollständigkeit anzufertigen.

Die Studie gliedert sich in insgesamt fünf Untersuchungsblöcke. *Kapitel 1* gibt zunächst einen Gesamtüberblick über die politische Entwicklung Taiwans seit 1949, wobei zwischen einer autoritären Ära (1949-1986) und einer Transitionsphase (1986-1993) unterschieden wird. *Kapitel 2* bemüht sich darum, durch eine Sozialstrukturanalyse und die Erstellung umfassender sozio-demographischer Profile der politischen Eliten des Landes seit 1949 den Triebkräften des demokratischen Wandels und ihrer gesellschaftlichen Verankerung auf die Spur zu kommen. *Kapitel 3* untersucht daran anschließend die jeweiligen Macht- bzw. Handlungsressourcen und Zielorientierungen der als "strategisch" bezeichneten - und als solche identifizierten - Gruppen des herrschenden KMT-Regimes. Die sich verändernden Machtfigurationen zwischen *kooptierten Professionals*, der *Unternehmenserschaft*, der *Technokratie* und des *Militärs* in historischer Perspektive generell und die Untersuchung dieses Machtgefüges in der Transitionsphase speziell stehen dabei im Mittelpunkt der Analyse. *Kapitel 4* weitet dieses Vorgehen auf die "konfliktfähigen" Gruppen der (parlamentarischen und außerparlamentarischen) Opposition aus und konzentriert sich dabei auf *unabhängige Professionals*, die *Arbeiterschaft* und die zahlreichen neuen *sozialen Protestbewegungen*. *Kapitel 5* schließlich faßt die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und liefert sowohl eine alternative Interpretation des taiwanesischen Demokratisierungsprozesses als auch eine Einschätzung seiner weiteren Konsolidierungsspektiven, indem die Machtressourcen und Interessen aller relevanten strategischen und konfliktfähigen Gruppen zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Der Untersuchung liegt eine zweijährige Feldforschungsphase (1990-92) auf Taiwan zugrunde, während der der Verfasser als "Visiting Research Fellow" der Universität Hamburg am Insitut für Internationale Angelegenheiten der Nationalen Chengchi-Universität in Taipei arbeitete. In dieser Zeit bemühte er sich vor allem um die Sichtung chinesischer Primär- und Sekundärquellen, die in Deutschland nicht zugänglich sind. Zahlreiche Interviews und Fachgespräche mit Freunden, Kollegen, Journalisten, Politikern, Regierungsbeamten und Geschäftsleuten, die nicht alle im einzelnen dokumentiert werden konnten, waren für die Erstellung dieser Arbeit von unschätzbarem Wert.

Zur Umschreibung chinesischer Begriffe und Bezeichnungen wird im folgenden ein leicht abgeändertes Wade-Giles-System mit Umlauten verwendet, wie es auf Taiwan gebräuchlich ist. Lediglich bei den Eigennamen, deren andersartige Schreibweise international anerkannt sein dürfte, wurde diese beibehalten. Sämtliche aus chinesischen Quellen übernommenen Zitate sind vom Verfasser ins Deutsche übertragen worden. Bei den Organisationen, Verbänden, Parteien etc., die sich eine eigene, auf Taiwan selbst verwendete englische Übersetzung gegeben haben, wurde diese übernommen und somit der chinesische Originalname nicht noch einmal ins Deutsche übersetzt.

Das Ende des Untersuchungs- bzw. Erfassungszeitraums wurde aufgrund der Datenfülle auf den 31. Juli 1993 festgesetzt. Somit konnte der im August stattfindende 14. Parteitag der KMT ebensowenig im Detail berücksichtigt werden wie die kurz zuvor vollzogene Gründung der New China Party (*Chung-tao hsin-tang*). Auch die Wahlen zu den Kreisvorstehern und Bürgermeistern der kreisfreien Städte am 27. November 1993 wurden nicht mehr im einzelnen analysiert. Allerdings werden die wichtigsten Ergebnisse und politischen Konsequenzen dieser Begebenheiten in den Schlußbemerkungen des *Kapitels 6* zusammengefaßt und in den Gesamtkontext eingeordnet.

Es bleibt abschließend anzumerken, daß diese Arbeit Teil eines theoriegeleiteten Forschungsprojekts des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg ist, in dessen Rahmen ein Analyseansatz zur Untersuchung von politischen Wandlungsprozessen in Entwicklungs- und Schwellenländern entstand. Auf die Darstellung dieses an anderer Stelle dokumentierten Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (vgl. Schubert/Tetzlaff/ Vennewald 1994) wurde aus Platzgründen verzichtet, nicht jedoch auf die in diesem Kontext verwendete Terminologie. Dem politikwissenschaftlich interessierten Leser sei deshalb empfohlen, für das bessere Verständnis der theoretischen "Wurzeln" der vorliegenden Studie auf den oben zitierten Theorieband zurückzugreifen.

# 1 Von der "Entwicklungsdiktatur" zur Demokratie? - Bestimmungsfaktoren und Verlauf der politischen Entwicklung Taiwans im Spannungsfeld von Legitimationserosion und demokratischem Anpassungsdruck (1949-1993)

## 1.1 Die autoritäre Ära (1949-1986)

### 1.1.1 Ausgangsbedingungen und Bestimmungsfaktoren der politischen Legitimation und Herrschaft des autoritären KMT-Regimes

Im August 1949 begannen die letzten loyalen Anhänger Chiang Kai-sheks - zwischen ein und zwei Millionen Soldaten, Unternehmer, Staatsbeamte, Parteifunktionäre und andere Getreue - auf die Insel Taiwan überzusetzen und retteten sich damit vor den herannahenden Truppen Mao Tse-tungs. Korruption und wirtschaftspolitisches Versagen, vor allem aber die Unterschätzung der politischen Bedeutung einer ausgebeuteten und diskriminierten Landbevölkerung hatten die chinesische Republik diskreditiert und zerstört. Auf Taiwan erwarteten das Exilregime Chiangs jedoch ebenfalls große Schwierigkeiten. Wurden die KMT-Nationalisten nach der japanischen Kapitulation 1945 noch als "vaterländische Befreier" gefeiert, so hatten die Jahre danach zu völliger Entfremdung und offenen Feindseligkeiten zwischen der einheimischen Bevölkerung und den "Festländern" geführt. Die beispiellose Mißwirtschaft und Repression des ersten Nachkriegsgouverneurs Ch'en Yi - der lediglich die festlandchinesischen Verhältnisse auf Taiwan exemplarisch nachexerzierte - provozierten 1947 einen Volksaufstand, der unter der euphemistischen Bezeichnung "Zwischenfall vom 28. Februar" (*er-er-pa shih-chien*) in die Geschichte der Insel eingegangen ist.<sup>1</sup> Seine blutige Niederschlagung durch die KMT-Truppen und die daran anschließenden Verhaftungen und Exekutionen von sog. "kommunistischen Kollaborateuren beraubten die Insel ihrer - durch eine restriktive japanische Kolonialpolitik<sup>2</sup> ohnehin zahlenmäßig kleinen - Intelligenz und waren ursächlich für die politische Apathie weiter Teile der Bevölkerung in den folgenden Jahrzehnten:

Political activity became associated with a violent end. As they had been after the brutal Japanese military takeover fifty years earlier, the reconquered Taiwanese again became leaderless, atomized, quiescent, and apolitical. It was a learned behaviour, not a cultural trait (Gold 1986: 56).

Die in der taiwanesischen Gesellschaft bis heute unvergessenen Grausamkeiten der Besatzungstruppen waren jedoch nur ein Aspekt der Februar/März-Massaker und der Säuberungen in den darauffolgenden Wochen. Gleichzeitig markier-

ten sie den Beginn einer politischen Oppositionsbewegung sowie der Idee eines insularen Nationalismus - also der Existenz einer von Festlandchina losgelösten politischen Identität Taiwans. Die exilierte kritische Intelligenz begann im Ausland mit dem Aufbau von Widerstandszellen gegen die "festlandchinesischen Besatzer". So entstanden in Japan, den USA und Europa die Zentren einer heterogenen taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung, die mit systematischer AntikMT-Propaganda und vereinzelt Attentaten auf führende Politiker des Regimes eine Delegitimierungsstrategie "von außen" verfolgte (vgl. Punkt 4.3.3).

Außenpolitisch hing das Schicksal der KMT 1949/50 am seidenen Faden. Die USA hatten sich zunehmend von ihrem Bündnispartner Chiang Kai-shek distanziert und schließlich in einem speziellen "China White Paper" vom 5. August 1949 verkündet, die KMT müsse die Konsequenzen aus ihrer Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg selber tragen.<sup>3</sup> Am 5. Januar 1950 versagte Präsident Truman jede amerikanische Unterstützung für das von einer militärischen Intervention der VR China schwer bedrohte Taiwan (vgl. auch Kinderman 1980: 52,282). Die Insel sollte nicht zu dem vorgeschobenen, gegen die UdSSR und China gerichteten anti-kommunistischen Sicherheitsgürtel der USA gehören, dessen "asiatische Seite" die Philippinen und Japan einschloß. Das Chiang-Regime war somit völlig auf sich allein gestellt.

Wären die USA ihrer damaligen Taiwan-Politik treu geblieben, so hätte die KMT politisch wohl kaum überlebt. Der überraschende Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 veranlaßte die amerikanischen Militärs jedoch zum raschen Umdenken. Die 7. US-Flotte fuhr in die Taiwanstraße ein, weil die Insel für Washington nun plötzlich eine überragende geostrategische Bedeutung gewann. Vier Jahre später, am 2. Dezember 1954, unterzeichneten die USA und Taiwan einen Verteidigungspakt. Der amerikanische Einfluß sicherte Taipei die internationale Anerkennung seines Anspruchs auf die Gesamtvertretung Chinas und einen Sitz im ständigen Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Außenpolitisch war die Herrschaft der KMT somit abgesichert. Dies konnte innenpolitisch nicht ohne Konsequenzen bleiben, denn die Unterstützung des mächtigen Amerikas wertete das Chiang-Regime auf. Besondere Bedeutung hatte ferner die umfangreiche amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe, die den anfänglich noch begrenzten Ressourcenpool der KMT erheblich aufstockte und Mittel freisetzte, die in den folgenden Jahren erfolgreich in die Modernisierung der Insel investiert wurden.<sup>4</sup> Die "legitimierende Langzeitwirkung" dieser Gelder für die autoritäre Herrschaft der KMT muß als sehr hoch eingeschätzt werden.

War die außenpolitische Bedrohung durch die VR China erst einmal gebannt, konnte sich das Regime nunmehr auf seine interne Machtabsicherung konzentrieren. Die dieser Zielorientierung folgende Strategie der politischen Legitimationsbeschaffung bzw. -stabilisierung basierte auf insgesamt drei Pfeilern:

- (1) der Implementierung eines "harten Autoritarismus", vor allem durch die *Ausufung des Kriegsrechts* und eine die Verfassung außer Kraft setzende *Ausnahmegesetzgebung*, den Aufbau eines *repressiven Sicherheitsapparates* sowie die Durchsetzung einer "taiwanfremden" *Ein-China-Ideologie* und die daran gekoppelte Oktroyierung eines ebenfalls an Gesamtchina orientierten (und Taiwan entmündigenden) *politischen Systems*;
- (2) einer geschickten *Kooperationspolitik* durch die Reformierung des Parteiapparates und den Aufbau einer lokalen Selbstverwaltung, mit der potentiell oppositionelle taiwanesische Eliten an das Regime gebunden werden konnten;
- (3) der Konzentration aller Kräfte auf eine rasche *wirtschaftliche Modernisierung* der Insel, deren Erfolg *politische Legitimationsdefizite* - hier dachte man an das Echo, das die Kommunisten bei der verarmten Landbevölkerung im chinesischen Bürgerkrieg gefunden hatten - zu kompensieren versprach.

#### Zu (1) *Kriegsrecht, Mobilmachungsgesetz und "Vorläufige Bestimmungen"*

Das Kriegsrecht (*chieh-yen-fa*) war bereits auf dem Festland erlassen worden und am 19. Mai 1949 auf Taiwan ausgedehnt worden. Die Ausführung seiner Bestimmungen oblag dem ebenso mächtigen wie gefürchteten "Hauptquartier der Garnison Taiwan" (*T'ai-wan ching-pei tsung-szu-ling-pu*) unter der taiwanesischen Provinzregierung. Dieser militärischen Geheimdienst-Organisation oblag auch die "juristische Behandlung" sog. politischer Verbrechen. Da derartige Delikte aber rechtlich praktisch gar nicht oder zumindest äußerst zweifelhaft kodifiziert waren, besaßen die militärischen Strafverfolger völlige Interpretations- und Handlungsfreiheit:

The Garrison Command has consistently expanded its jurisdiction over so-called political offenses ... Political crimes include: engaging in labor strikes, petitioning, demonstrating, attending public meetings, and spreading rumours. Supplementary regulations have increased punishments, have broadened the scope of offenses and have legitimized many deviations from constitutional procedures (Kagan 1982: 50).

Dieser Tatbestand unterschied sich zwar nicht wesentlich von den Verhältnissen in anderen *Marital Law*-Regimen, so etwa in den Philippinen, Polen und Chile; allein die Dauer von 38 Jahren (!), während der die KMT am Kriegsrecht festhielt, kennt weltweit keine Beispiele. Dabei ist zu bedenken, daß sein ursprünglicher Grund, nämlich der anhaltende Bürgerkrieg gegen die Kommunisten, spätestens seit der Quemoy-Krise von 1958<sup>5</sup> auf Taiwan keine unmittelbare Rolle

mehr spielte. Aus machtpolitischen und ideologischen Gründen hielt die KMT jedoch am Kriegsrecht fest, obgleich es im Alltag der großen Mehrheit der Bevölkerung - vor allem in den letzten Jahren seiner Gültigkeit - kaum wahrgenommen wurde. Dies galt jedoch nicht für zwei andere Gesetzeswerke. Sowohl das "Nationale Generalmobilmachungsgesetz" (*kuo-chia tung-yüan-fa*) als auch die "Vorläufigen Bestimmungen zur Mobilisierung für die Zeit der Niederschlagung der kommunistischen Rebellion" (*tung-yüan k'ar-luan lin-shih t'iao-k'uan*) waren politisch bedeutsamer.

Das Mobilmachungsgesetz (vgl. Liu/Shih 1989: 780ff) wurde bereits 1942 in Nanjing, der damaligen Hauptstadt Chinas, erlassen und Anfang der 50er Jahre durch zusätzliche Gesetzesbestimmungen verschärft. Diese sahen auch die Todesstrafe vor. Es regelte den nahezu unbeschränkten Regierungszugriff auf Materialgüter sowie Personen zum Zwecke der Abwehr eines kommunistischen Angriffs und "infiltrierte" zahlreiche andere Gesetze mit Ausnahmeregelungen und Einschränkungen.

Die "Vorläufigen Bestimmungen" wurden auf Betreiben Chiang Kai-sheks am 18. April 1948 von der Nationalversammlung erlassen und später auf Taiwan mehrmals ergänzt (vgl. Republic of China 1990: 720f). Sie setzten in wesentlichen Punkten die erst 1946 verabschiedete Verfassung außer Kraft und fungierten quasi als ein vorgeschaltetes "Ermächtigungsgesetz" (Weggel 1991: 100) zugunsten des Staatspräsidenten. So dekretierten sie u.a. die Aufhebung der von der Verfassung festgelegten Amtszeitbeschränkung für den Präsidenten (und seinen Stellvertreter) und sprachen ihm das Recht zur Einrichtung besonderer Exekutivorgane zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung zu. Daraus entstand 1967 der in der autoritären Ära berüchtigte Nationale Sicherheitsrat (*kuo-chia an-ch'üan hui-i*) - ein über der Verfassung stehendes Gremium mit absoluten Rechten, das keinerlei öffentlicher Kontrolle oder Rechenschaftspflicht unterlag und im Notfall an die Stelle aller gewählten Verfassungsorgane treten konnte.

Eine andere zentrale Verfügung der "Vorläufigen Bestimmungen" sah vor, daß alle in den Jahren 1947/48 auf dem chinesischen Festland gewählten Parlamentarier der Nationalversammlung, des Legislativyuans (Parlament) sowie des Kontrollyuans ihr Mandat bis zur Befreiung sämtlicher kommunistischer Gebiete und neuen gesamtnationalen Wahlen behalten sollten. Damit waren freie Wahlen dieser Spitzengremien auf Taiwan nicht möglich; die auf Zeit gewählten Amtsinhaber wurden zu zeitlosen "alten Abgeordneten" (*lao tai-piao*) oder - in der Diktion der politischen Opposition - "alten Gangstern" (*lao-tsei*).

#### Der Sicherheitsapparat

Bei der Ausföhrung der in den oben dargestellten Gesetzeswerken festgelegten Bestimmungen konnte das KMT-Regime auf einen umfangreichen und weitgehend vom Militär dominierten Sicherheitsapparat zurückgreifen, der sowohl

beim Präsidenten als auch bei verschiedenen Ministerien angesiedelt war (Shih Ming 1980: 877f; Gold 1986: 62ff; Weggel 1990: 451; Chu 1992: 21f). Der Nationale Sicherheitsrat und das Hauptquartier der Garnison Taiwan wurden in diesem Kontext bereits genannt. Das Nationale Sicherheitsbüro (*kuo-chia an-ch'üan-chü*) war (und ist bis heute) dem Sicherheitsrat angegliedert und unterstand wie dieser direkt dem Präsidenten. Es übernahm vor allem Koordinierungsaufgaben bei der Umsetzung der nationalen Sicherheitspolitik.

Dem Verteidigungsministerium unterstanden das Amt für Aufklärung (*kuo-fang-pu ch'ing-pao-chü*) und das Geheimdienstbüro (*kuo-fang-pu pao-mi-chü*) - beide dem "Militärischen Abschirmdienst" bzw. dem "Bundesamt für Verfassungsschutz" in Deutschland ähnllich - sowie die Hauptabteilung für politische Kriegsföhrung (*tsung-cheng-chih chan-pu*); letztere war für die Ausbildung der militärischen Politikommissare verantwortlich und kontrollierte die Medien, Schulen und Universitäten des Landes. Das Untersuchungsbüro (*tiao-ch'a chü*) des Justizministeriums fungierte als eine Art "Bundesnachrichtendienst" und war insofern vor allem für die innere Sicherheit zuständig. Daneben gab es die Militärpolizei und die dem Innenministerium unterstehenden regulären Polizeikräfte. Zudem verfügte die KMT noch über etliche vom Parteiapparat kontrollierte, anti-kommunistische Untergrundgruppen, die je nach Bedarf gegen die Bevölkerung eingesetzt werden konnten (Kagan 1982: 51ff). Dieses komplizierte Geflecht von Organen und Zuständigkeiten lief in der autoritären Ära bei Chiang Kai-shek und seinem Nachfolger Chiang Ching-kuo zusammen und funktionierte überaus effizient. Zuverlässige Angaben über die genaue Anzahl der nach 1949 inhaftierten politischen Gefangenen gibt es nicht. Oppositionelle Kreise auf Taiwan gehen jedoch von mehreren tausend Menschen aus, die nach 1949 von den Sicherheitskräften inhaftiert wurden. Die Taiwan südöstlich vorgelagerte "Grüne Insel" (*lii-tao*) erlangte als Zentralgefängnis für diese politischen Häftlinge zweifelhafte Berühmtheit.

#### Die Ideologie: Drei Volksprinzipien und Ein-China-Doktrin

Die KMT zwang Taiwan nicht nur ein Militärregime auf, sondern importierte darüber hinaus mit den "Drei Volksprinzipien" (*san-min chu-i*) eine auf Gesamchina ausgerichtete nationale Ideologie. Dadurch wurde der Insel von Anfang an ein eigener politischer Status aberkannt. Die "Drei Volksprinzipien" des Gründervaters der chinesischen Republik Sun Yat-sen (1866-1925) gelten bis heute als das ideologische und programmatische Credo der KMT (vgl. KMT 1989). Hier faßte Sun seine Gedanken zur Modernisierung Chinas zusammen und formulierte dazu drei "Grundlehren", denen seine Partei folgen sollte: Nationalismus (*min-tsu*), Demokratie (*min-chu*) und Volkswohlfahrt (*min-sheng*).<sup>6</sup> Ungeachtet der Tatsache, daß die "Drei Volksprinzipien" das "neue" China eher grob skizzierten als klare Handlungspräferenzen zu definieren, war ihr Wert als ideologische

Integrationsklammer für das exilierte KMT-Regime kaum zu unterschätzen. Sie definierten die "historische Mission" der KMT, China unter ihrem Banner wiederzuvereinen und zu internationaler Größe zu führen.

Die Lehren Sun's und die mit ihnen verbundene "ruhmreiche" Geschichte der KMT als die einzige Revolutionspartei im Kampf für eine neue chinesische Republik bestimmten auch nach der Niederlage im Bürgerkrieg die Identität und den Herrschaftsanspruch der KMT. Nur darauf konnte sie sich nach ihrer Flucht auf die Insel Taiwan überhaupt berufen, um ihr Machtmonopol ideologisch zu legitimieren. Folgerichtig bildeten die "Drei Volksprinzipien" die Grundlage für das Festhalten am Dogma eines einzigen, untrennbaren China sowie der nationalen Pflicht zur Wiedervereinigung mit dem Festland. Diese beiden Kerndoktrinen fordert die KMT bis heute ein. Mit ihnen rechtfertigte sie in der autoritären Ära den Ausnahmezustand, das "Einfrieren" der Abgeordnetenmandate, das Verbot oppositioneller Parteien und eine kontrollierende Präsenz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Das politische System

Während die "Drei Volksprinzipien" die Begriffe Nationalismus und Volkswohlfahrt<sup>7</sup> nur sehr allgemein ausfüllten, waren sie in der Frage der anzustrebenden politischen Strukturen bemerkenswert konkret. In der am 25. Dezember 1946 verabschiedeten Verfassung der Republik China - der bis heute von der KMT aufrechterhaltenen offiziellen Staatsbezeichnung Taiwans - wurde ein den Ideen Sun Yat-sens entsprechendes politisches System installiert, das bis heute in seinen Grundzügen nur unwesentlich modifiziert wurde (vgl. Schaubilder 1-1, 1-2).

Die KMT oktroyierte der kleinen Insel damit quasi mikroskopisch ein für Gesamtchina konzipiertes Regierungsmodell! Zwischen die nationale und lokale Verwaltungsebene traten zusätzlich eine taiwanesisch Provinzregierung (mit einem Gouverneur an ihrer Spitze) sowie eine parlamentarische Provinzversammlung. Dies untertrieb die Auffassung der Nationalisten, daß die Insel lediglich eine der vielen Provinzen des gesamtchinesischen Herrschaftsverbandes war. Damit ist Taiwan bis zum heutigen Tag das einzige Land auf der Welt, in dem eine Zentralregierung und eine Provinzregierung ein nahezu identisches Territorium verwalten. Lediglich die wenigen Inseln in der Taiwanstraße unterstehen nominell einer anderen Provinzregierung, nämlich der von Fukien. Die hieraus resultierende Überfrachtung Taiwans mit einer Vielzahl von parlamentarischen Gremien und Verwaltungsbehörden wird ungeachtet von Kompetenzgerangel, Ressourcenvergeudung und Kommunikationsproblemen bewußt in Kauf genommen.<sup>8</sup> Andererseits besaß das Regime durch diese "administrative Logistik" die Möglichkeit zur unkomplizierten Rekrutierung und Ausbildung neuer Führungs-

Schaubild 1-1: Das politische System Taiwans in der autoritären Ära

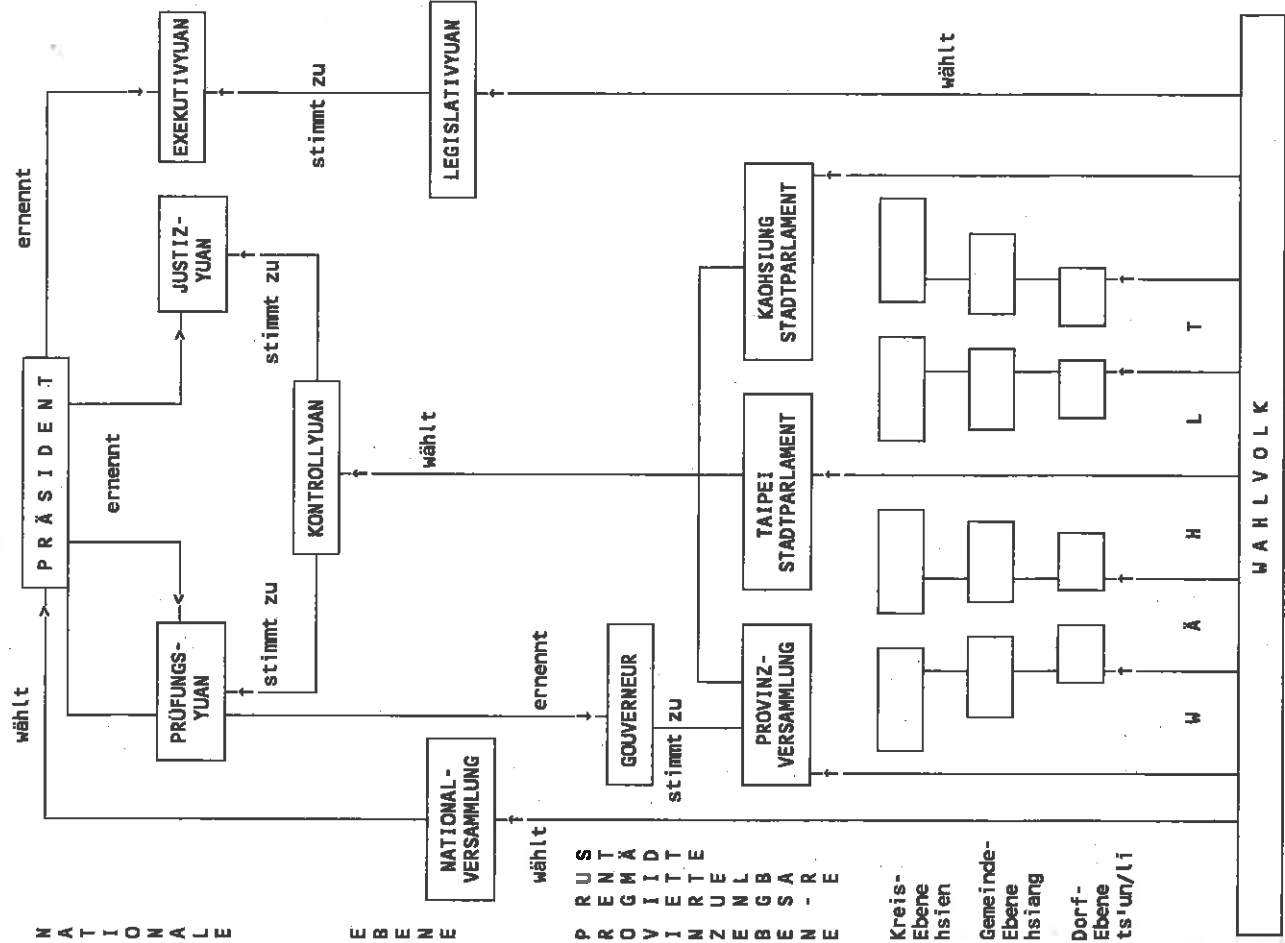
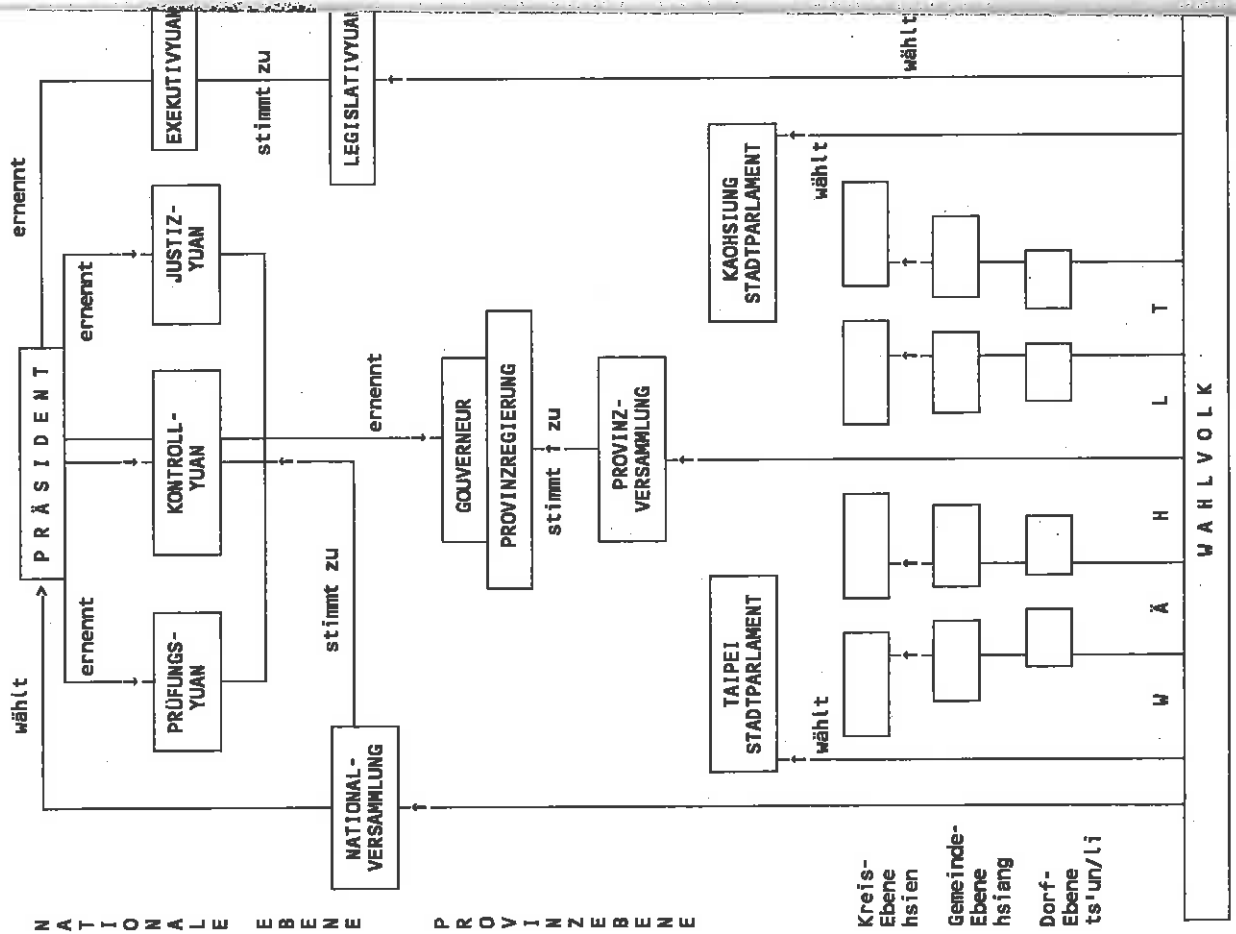


Schaubild 1-2: Das politische System Taiwans nach dem 1. und 2. Verfassungszusatz 1991/92



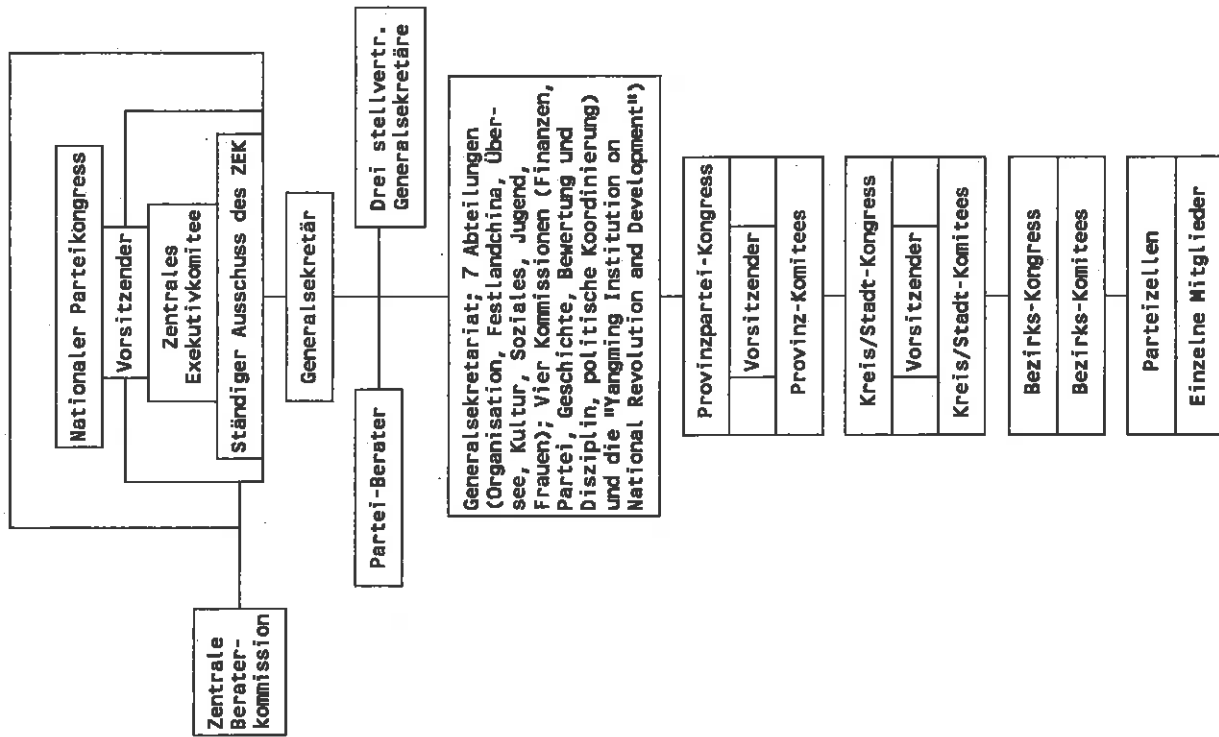
eliten sowie zur Zuweisung von Posten und Pfründen an kooperationswillige lokale Führer. Im übrigen fungierte die Provinzregierung als effizientes Instrument zur Implementierung nationaler Politikstrategien an der lokalen Basis.

Obwohl von westlichen Staats- und Gesellschaftstheorien stark beeinflusst, sah Sun Yat-sen für die Verfassung seines neuen China nicht eine Drei-, sondern eine Fünf-Gewalten-Teilung vor. Sie bestand neben den klassischen Organen Legislative, Exekutive und Judikative aus zwei weiteren, der chinesischen Verfassungstradition entlehnten "Höfen": einem Prüfungsyuan (*kao-shih-yüan*), der mit der Durchführung der zentral abgehaltenen Beamtenexamina beauftragt ist, sowie einem dem Zensorat der Kaiserzeit ähnelnden Kontrollyuan (*chien-ck'q'üan*). Ihm obliegt bis heute die juristische Kontrolle über die Beamten und öffentlich Bediensteten (einschließlich des Präsidenten). Zusätzlich existiert eine den Staatspräsidenten wählende Nationalversammlung (*kuo-min ta-hui*).

Die gesetzgeberische Gewalt liegt beim Legislativyuan (*li-fa-yüan*), dem Parlament Taiwans. In der autoritären Ära beschränkte dieser sich jedoch auf rein akklamatorische Funktionen und segnete die von der KMT vorgegebene Linie lediglich ab. Tatsächlich war der Legislativyuan während der ersten dreißig Jahre seines Bestehens nicht mehr als ein Scheinparlament. Der Exekutivyuan (*hsing-cheng-yüan*) mit einem Premierminister an der Spitze wird vom Präsidenten mit der Zustimmung des Legislativyuans ernannt. Er bildet die eigentliche Zentralregierung und umfaßt acht Ministerien, zwei Kommissionen sowie zahlreiche angegliederte Organisationen auf Regierungsebene (vgl. auch Exekutivyuan 1988). Der Justizyuan (*su-fa-yüan*) ist das höchste Berufungs- und Verfassungsgericht des Landes. Daß es sich dabei in der autoritären Ära aber keinesfalls um ein unabhängiges Gremium handelte, wurde schon durch seine formale Unterstellung unter das Justizministerium deutlich.

So eindrucksvoll die Zahl der Verfassungsorgane auch immer war und so plausibel ihre in der Verfassung von 1946 niedergeschriebene Kompetenzverteilung auch erschien, so nachhaltiger höhnte der Autoritarismus die demokratischen Institutionen doch vollständig aus. Alle Macht lief bei Chiang Kai-shek (1887-1975) und seinem Sohn Chiang Ching-kuo (1910-1988) zusammen, die mit der Verfassung - etwa durch die periodisch bestätigte Aufrechterhaltung der "Vorläufigen Bestimmungen" - jonglierten, wie sie wollten. Es waren die Spitzengremien in der KMT, die die wichtigen Entscheidungen fällten. Insofern fungierte das gesamte politische System Taiwans in der autoritären Ära lediglich als ideologisch-institutioneller "Verstärker" des *Ein-China*-Prinzips, dem die Effizienz des täglichen Regierens angepaßt und bisweilen auch untergeordnet wurde. Aufgrund dieser Funktion ist auch die bisher noch nicht zum Abschluß geführte Diskussion über die Revision (oder Abschaffung) der fünfjährigen Gewaltenteilung für die KMT sehr problematisch: Jede verfassungsrechtliche Änderung berührt ihre gesamtchinesische Legitimation im Kern.

Schaubild 1-3: Die Organisationsstruktur der KMT



Zu (2)

Parteireform, begrenzte Selbstverwaltung und "Taiwanisierung" - der Aufbau einer lokalen Basis.

Nachdem die oben beschriebenen autoritären Eckpfeiler der Herrschaft des KMT-Regimes gesetzt waren, bemühte dieses sich seit den frühen 50er Jahren zumindest auf der lokalen Ebene um eine zusätzliche demokratische Legitimation. Dazu wurde zwischen 1950 und 1952 zunächst eine umfassende Parteireform durchgeführt (Hsu Fu-ming 1984, Jiang/Wu 1989; Tien 1989). Ihre Hauptziele bestanden:

1. in der Stabilisierung des inneren Parteizentralismus zwecks Effizienzsteigerung und Ausrichtung auf den Parteivorsitzenden Chiang Kai-shek;
2. im Aufbau eines engheschnigen Netzes aus örtlichen Parteikomitees und Parteizellen in den verschiedensten Lebensbereichen und Organisationen; dadurch sollte einerseits eine wirksame Kontrolle des öffentlichen Lebens gewährleistet und andererseits eine "Parallelstruktur" zu den lokalen Verwaltungsorganen aufgebaut werden, deren Führer zukünftig in freien Wahlen zu bestimmen waren. Dadurch nämlich würde man auf eine Wahlkampfmaschinerie zurückgreifen können, die das ohnehin geringe Risiko von KMT-Niederlagen minimierte. Letztlich ging es bei der Parteireform aber vor allem,

Tabelle 1-1: Wahlstatistik - Stadt- und Kreisparlamente (in Klammern: Anteil in Prozent)

Jahr	Mandate	Taiwanesen	Festländer	KMT	CJP	DSP	DFP	Unabhängige
1950	814	790 (96,05)	24 (2,95)	513 (63)	4 (0,4)	-	-	297 (36)
1952	860	806 (93,72)	54 (6,03)	516 (60)	-	2 (0,2)	-	342 (40)
1955	928	806 (91,95)	78 (8,41)	657 (71)	-	-	-	271 (29)
1958	1025	923 (90,05)	102 (8,41)	657 (64)	1 (0,1)	-	-	367 (36)
1961	929	836 (90,95)	93 (10,00)	579 (62)	2 (0,2)	1 (0,1)	-	347 (37)
1964	907	789 (87,98)	109 (12,02)	670 (74)	5 (1,0)	2 (0,2)	-	230 (25)
1968	847	768 (90,35)	91 (10,74)	626 (74)	5 (1,0)	1 (0,1)	-	215 (25)
1973	850	768 (90,35)	82 (9,60)	625 (74)	3 (0,4)	-	-	222 (27)
1977	857	758 (88,45)	99 (11,55)	717 (84)	1 (0,1)	-	-	139 (16)
1982	799	758 (94,87)	41 (5,13)	640 (80)	1 (0,1)	-	-	157 (20)
1986	837	780 (93,19)	57 (6,81)	679 (81)	1 (0,1)	-	-	157 (19)
1989	842	799 (94,89)	43 (5,10)	587 (70)	-	-	48 (5,7)	207 (25)

3. um die Rekrutierung neuer taiwanesischer Mitglieder. Tatsächlich gelang es der KMT zwischen 1952 und 1963, ihre Mitgliederzahl von 282.000 auf 667.000 zu erhöhen (Tai 1970: 425). Bereits ein Jahr nach Beginn der Reform soll der Anteil der einheimischen Parteimitglieder 56,9 Prozent (Liu 1987: 32) betragen haben.<sup>10</sup> Damit war die KMT bereits am Anfang der autoritären Ära ihrem Charakter nach mehr eine "taiwanesisch" als eine festlandchinesische Partei. Allerdings blieben sämtliche Schlüsselpositionen - bis hinunter auf die Ebene der Kreis- und Gemeindegremien (Tien 1989: 68) - mit "Festländern" besetzt.

Im Gegensatz zu den zentralen Parlamenten, die von jeder freien Wahl ausgenommen waren, kam es bereits im Juli 1950 - damals im Kreis Hualien - zu den ersten Lokalwahlen. 1951 wurde eine erste Provinzversammlung gewählt. Durch die gesamte autoritäre Ära hindurch fanden regelmäßige - und nach allgemeiner

Tabelle 1-2: Wahlstatistik - Bürgermeister und Kreisvorsteher

Wahl	Insg.	Taiwanesen	Festländer	KMT	CJP	DSP	DPP	Unabhängige
1951	21	18	3	17	-	-	-	4
1955	21	19	2	19	-	-	-	2
1957	21	18	3	20	-	-	-	1
1960	21	20	1	19	-	-	-	2
1964	21	19	2	17	-	1	-	3
1968	20	19	1	17	-	-	-	3
1973	20	20	0	20	-	-	-	4
1977	20	20	0	16	-	-	-	4
1981	19	19	0	15	-	-	-	4
1985	21	21	0	17	-	-	-	4
1989	21	21	0	14	-	-	6	1

Quelle: ZWKI.

Tabelle 1-3: Wahlstatistik - Stadtrat von Taipei

Wahl	Mandate	Taiwanesen	Festländer	KMT	CJP	DPP	Unabhängige
1969	48	31	17	44	-	-	4
1973	49	35	14	45	-	-	4
1977	51	39	12	43	-	-	8
1981	51	38	13	38	-	-	13
1985	51	36	15	38	-	-	13
1989	51	36	15	36	14	-	1

Quelle: ZWKI.

Tabelle 1-4: Wahlstatistik - Stadtrat von Kaohsiung

Wahl	Mandate	Taiwanesen	Festländer	KMT	DPP	Unabhängige
1981	42	37	5	32	-	10
1985	42	37	5	32	-	10
1989	43	41	2	29	8	6

Quelle: ZWKI.

Auffassung relativ korrekte - Urnengänge auf den untergeordneten Verwaltungsebenen<sup>11</sup> statt und machten das Prinzip der "electoral politics" zumindest dort zum politischen Alltagsgeschäft.

Tabelle 1-5: Wahlstatistik - Provinzversammlung

Jahr	Total	Festländer	Taiwanesen	Alter	KMT	CJP	DSP	DPP	Unabhängige
1951	55	2	53	49,1	43	1	-	-	11
1954	57	1	56	49,7	48	-	-	-	9
1957	66	6	60	51,6	53	1	-	-	12
1960	73	5	68	52,4	58	-	-	-	15
1963	74	6	68	50,8	61	1	-	-	12
1968	71	4	67	51,2	60	-	-	-	11
1973	73	3	70	43,9	58	-	-	-	15
1977	77	3	74	45,6	56	-	-	-	21
1981	77	1	76	44,6	59	-	-	-	18
1985	77	3	74	46,0	59	1	-	-	17
1989	77	5	72	47,0	54	-	-	16	7

Quelle: ZWKI.

Natürlich unterlagen diese Wahlen, in denen die KMT stets komfortable Mehrheiten gewann (hierzu und zu den folgenden Ausführungen vgl. Tab. 1-1 bis 1-5), rigiden indirekten Beschränkungen für oppositionelle Kandidaten - so vor allem hinsichtlich der Wahlkampfbestimmungen. Das oppositionelle Potential war jedoch in den ersten Jahrzehnten sehr gering. Zugehört waren außer der KMT selbst nur zwei weitere, ebenfalls vom Festland nach Taiwan geflohene, "Blockparteien": die Chinesische Jugendpartei/CJP (*Chung-kuo ch'ing-nien-tang*) und die Demokratisch Sozialistische Partei/DSP (*Min-chu she-hui-tang*).<sup>12</sup> Sie spielten allerdings zu keiner Zeit eine bedeutende Rolle.



3. um die Rekrutierung neuer taiwanesischer Mitglieder. Tatsächlich gelang es der KMT zwischen 1952 und 1963, ihre Mitgliederzahl von 282.000 auf 667.000 zu erhöhen (Tai 1970: 425). Bereits ein Jahr nach Beginn der Reform soll der Anteil der einheimischen Parteimitglieder 56,9 Prozent (Liu 1987: 32) betragen haben.<sup>10</sup> Damit war die KMT bereits am Anfang der autoritären Ära ihrem Charakter nach mehr eine "taiwanesische" als eine festlandchinesische Partei. Allerdings blieben sämtliche Schlüsselpositionen - bis hinunter auf die Ebene der Kreis- und Gemeindegremien (Tien 1989: 68) - mit "Festländern" besetzt.

Im Gegensatz zu den zentralen Parlamenten, die von jeder freien Wahl ausgenommen waren, kam es bereits im Juli 1950 - damals im Kreis Hualien - zu den ersten Lokalwahlen. 1951 wurde eine erste Provinzversammlung gewählt. Durch die gesamte autoritäre Ära hindurch fanden regelmäßige - und nach allgemeiner

**Tabelle 1-2: Wahlstatistik - Bürgermeister und Kreisvorsteher**

Wahl	Insg.	Taiwanesen	Festländer	KMT	CJP	DSP	DFP	Unabhängige
1951	21	18	3	17	-	-	-	4
1955	21	19	2	19	-	-	-	2
1957	21	18	3	20	-	-	-	1
1960	21	20	1	19	-	-	-	2
1964	21	19	2	17	1	-	-	3
1968	20	19	1	17	-	-	-	3
1973	20	20	0	20	-	-	-	4
1977	20	20	0	16	-	-	-	4
1981	19	19	0	15	-	-	-	4
1985	21	21	0	17	-	-	-	4
1989	21	21	0	14	-	-	6	1

Quelle: ZWKI.

**Tabelle 1-3: Wahlstatistik - Stadtrat von Taipei**

Wahl	Mandate	Taiwanesen	Festländer	KMT	DFP	Unabhängige
1969	48	31	17	44	-	4
1973	49	35	14	45	-	4
1977	51	39	12	43	-	8
1981	51	38	13	38	-	13
1985	51	36	15	38	-	13
1989	51	36	15	36	14	1

Quelle: ZWKI.

**Tabelle 1-4: Wahlstatistik - Stadtrat von Kaohsiung**

Wahl	Mandate	Taiwanesen	Festländer	KMT	DFP	Unabhängige
1981	42	37	5	32	-	10
1985	42	37	5	32	-	10
1989	43	41	2	29	8	6

Quelle: ZWKI.

Auffassung relativ korrekte - Urnengänge auf den untergeordneten Verwaltungsebenen<sup>11</sup> statt und machten das Prinzip der "electoral politics" zumindest dort zum politischen Alltagsgeschäft.

**Tabelle 1-5: Wahlstatistik - Provinzversammlung**

Jahr	Total	Festländer	Taiwanesen	Alter	KMT	CJP	DSP	DFP	Unabhängige
1951	55	2	53	49,1	43	1	-	-	11
1954	57	1	56	49,7	48	-	-	-	9
1957	66	6	60	51,6	53	1	-	-	12
1960	73	5	68	52,4	58	-	-	-	15
1963	74	6	68	50,8	61	1	-	-	12
1968	71	4	67	51,2	60	-	-	-	11
1973	73	3	70	43,9	58	-	-	-	15
1977	77	3	74	45,6	56	-	-	-	21
1981	77	1	76	44,6	59	-	-	-	18
1985	77	3	74	46,0	59	1	-	-	17
1989	77	5	72	47,0	54	-	-	16	7

Quelle: ZWKI.

Natürlich unterlagen diese Wahlen, in denen die KMT stets komfortable Mehrheiten gewann (hierzu und zu den folgenden Ausführungen vgl. Tab. 1-1 bis 1-5), rigiden indirekten Beschränkungen für oppositionelle Kandidaten - so vor allem hinsichtlich der Wahlkampfbestimmungen. Das oppositionelle Potential war jedoch in den ersten Jahrzehnten sehr gering. Zugezogenen waren außer der KMT selbst nur zwei weitere, ebenfalls vom Festland nach Taiwan geflohenen, "Blockparteien": die Chinesische Jugendpartei/CJP (*Chung-iao ch'ing-nien-tang*) und die Demokratische Sozialistische Partei/DSP (*Min-chu she-hui-tang*).<sup>12</sup> Sie spielten allerdings zu keiner Zeit eine bedeutende Rolle.

Abgesehen davon konnten nur "unabhängige Kandidaten" (*wu-tang-chieh tai-piao*) gegen die KMT antreten, die absolut betrachtet stets die zweitstärkste politische Kraft auf der Insel stellten. Es handelte sich hierbei um eine relativ heterogene Gruppe aus einflussreichen lokalen Faktionsführern oder von diesen unterstützten Nachwuchspolitikern (vgl. Punkt 3.6.4.3), die sich allerdings erst in den späten 70er Jahren um eine bessere Koordinierung ihrer Arbeit bemühten. Zudem konnten nicht wirklich alle von ihnen als Oppositionelle bezeichnet werden - einige Unabhängige pflegten im Gegenteil exzellente Beziehungen zum Chiang-Regime. Würde ein unabhängiger Bürgermeister oder Abgeordneter in seiner KMT-Kritik zu offensiv, sah er sich sehr schnell seines Amtes enthoben. Ein beliebtes Mittel dafür stellte der von den verantwortlichen KMT-Funktionären geschickt lancierte Vorwurf der politischen Korruption oder des "Auf-ruhrs" dar. Eine entsprechende Untersuchung der von der KMT dominierten lokalen Aufsichtsbehörden führte fast immer zur "positiven Bestätigung" der Anschuldigungen und damit zur politischen Disqualifikation.<sup>13</sup>

Dennoch hatten die Lokal- und Provinzwahlen eine nicht zu unterschätzende positive Legitimationswirkung für die KMT. Erstens konnte die Regierungspartei damit auf eine gewisse "demokratische Normalität" verweisen, die der Bevölkerung begrenzte Mitwirkungsrechte zugestand. Zweitens wurden auf diese Weise zahlreiche taiwanische Eliten und einflussreiche lokale Führer erfolgreich in den Regierungsapparat und die Partei kooptiert. Zwar waren es festlandchinesische Funktionäre und Militärs, die das Regime an seiner Spitze durch die gesamte autoritäre Ära hindurch dominierten; jedoch geht aus den Tabellen 1-1 bis 1-5 hervor, daß die KMT ihren lokalen Unterbau nahezu ausschließlich aus einheimischen Politikern rekrutierte. Letztlich haben die Lokalwahlen auch deshalb in hohem Maße zur Stabilität des Reformprozesses in der Transitionsphase beigetragen, weil man 1986 bereits auf einen gewissen historischen Erfahrungsschatz mit institutionalisierten Verfahren des demokratischen Interessenausgleichs zurückgreifen konnte.

### Zu (3)

#### *Wirtschaftsmo- dernisierung und Aufschwung*

Ungeachtet der politischen Bedeutung von lokalen Wahlen und der damit verbundenen Kooptierung taiwanischer Eliten war der entscheidende Legitimationsfaktor für die KMT-Herrschaft in der autoritären Ära der Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik. Die einzelnen Elemente dieser Politik - vor allem Agrarreform, Importsubstitution und Exportorientierung, aber auch die Knebelung der Arbeiterschaft in korporatistischen Gewerkschaften - werden an verschiedener Stelle in dieser Untersuchung noch einmal aufgegriffen. Ähnlich wie die People's Action Party (PAP) in Singapur erwarb sich das KMT-Regime bei der eigenen Bevölkerung den Ruf eines konsequenteren und effizienteren Modernisierungsa-

ten, der es verstand, den Aufschwung auch für jeden einzelnen spürbar zu machen. So stieg das BSP im Zeitraum 1952 bis 1970 mit einer jährlichen Durchschnittsrate von real 9,45 Prozent und von 1971 bis 1986 - dem Jahr des Beginns der Transitionsphase - um real 9,18 Prozent (in Preisen von 1986; DGBAS 1992a). Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich im entsprechenden Gesamtzeitraum jährlich real um 7,82 Prozent (in Preisen von 1986; nominell: 14,76 Prozent) und betrug 1986 bereits 3,993 US-Dollar - auf NT-Dollar zu nominellen Preisen umgerechnet, bedeutete dies eine Vervielfachung um das knapp 75fache gegenüber 1952 (DGBAS 1992a; TSDB 1993).<sup>14</sup>

Ob es sich um die Zuwachsraten der Agrar- und Industrieproduktion, des Handelsvolumens oder der Devisenüberschüsse handelte - jedes Jahr wurden neue Rekorde erzielt. Taiwan stieg zu einer der führenden Welthandelsnationen auf.<sup>15</sup> Aber im Unterschied zu anderen sich rapide modernisierenden Ländern der Dritten Welt (Brasilien, Mexiko, Südkorea) ist hier entscheidend, daß diese Entwicklung durch eine erstaunlich homogene Einkommensverteilung gekennzeichnet war. Sie erreichte teilweise ein noch ausgeglicheneres Niveau als in vielen westlichen Industriestaaten (vgl. Menzel/Senghaas 1986: 184). Während in den Jahren 1953-64 die reichsten zwanzig Prozent der taiwanesischen Haushalte etwa über das Zehnfache des Einkommens der ärmsten zwanzig Prozent verfügten (Kuo 1981: 34/35), verringerte sich dieser Abstand in den folgenden Jahren stetig auf das ca. 4,5fache (vgl. Tab. 1-6). Erst in der jüngeren Vergangenheit - überraschenderweise etwa mit Einleitung des Reformprozesses - beginnt die Einkommensschere wieder leicht auseinanderzuklaffen.

**Tabelle 1-6: Einkommensverteilung der Haushalte auf Taiwan (1964-1991)**

Jahr	1964	1968	1972	1976	1980	1984	1986	1988	1990	1991
Total	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1. Quintil	7,71	7,84	8,60	8,91	8,82	8,49	8,30	7,89	7,45	7,76
2. Quintil	12,57	12,22	13,25	13,64	13,90	13,69	13,51	13,43	13,22	13,25
3. Quintil	16,62	16,25	17,06	17,48	17,70	17,62	17,38	17,55	17,51	17,42
4. Quintil	22,03	22,32	22,48	22,78	22,78	22,84	22,65	22,88	23,22	22,97
5. Quintil	41,07	41,37	38,61	37,26	36,80	37,36	38,16	38,25	38,60	38,60
1./5. Quintil	5,33	5,28	4,49	4,17	4,40	4,60	4,69	4,85	5,18	4,97

Quelle: TSDB 1993.

Das anderenorts gewöhnlich hohe Ausmaß der relativen Deprivation und sozialen Marginalisierung bei zügiger Wirtschaftsmo-  
dernisierung, welches stets ur-  
sächlich mit der Formierung eines gesellschaftlichen Protestpotentials verbunden

ist, war auf Taiwan somit gering. Die für ein Entwicklungsland mäßigen Inflationsraten und extrem niedrigen Arbeitslosenquoten unterstreichen diese Aussage.<sup>16</sup>

Zusammenfassend betrachtet, illustrieren die unter den Punkten eins bis drei aufgelisteten Aspekte ausschnittartig einen Legitimationsrahmen, der in mancher Hinsicht das Bild des - von nicht wenigen Autoren (Tai 1970; Domes 1981; Winckler 1984; Gold 1986) konstatierten - rigiden Autoritarismus in der vor-demokratischen Ära etwas relativiert. Ohne Zweifel ging die KMT in den 50er und 60er Jahren hart gegen die politische Opposition, die damals sowohl von radikalen einheimischen Befürwortern einer taiwanesischen Unabhängigkeit (*t'ai-tu*) als auch von festlandchinesischen, liberalen Intellektuellen getragen wurde, vor.<sup>17</sup> Doch traf der "Weiße Terror" (*pai-se k'ung-pu*) direkt nur eine kleine Minderheit von oppositionellen Aktivisten. Ohne Zweifel knebelte der autoritäre Korporatismus des Regimes die Arbeiterschaft und verbot jede gewerkschaftliche Organisation (vgl. Punkt 4.5). Aber immerhin wurde gleichzeitig der Lebensstandard der bäuerlichen und arbeitenden Bevölkerung erheblich verbessert. Ohne Zweifel penetrierte die KMT mit ihrem Parteiapparat das gesamte öffentliche Leben und übte dadurch eine weitgehende Kontrolle aus. Gleichzeitig aber trug sie der Tatsache Rechnung, auf die Unterstützung und Mitarbeit der einheimischen Bevölkerungsmehrheit angewiesen zu sein, und etablierte entsprechende Kommunikationskanäle zu den lokalen Eliten. Der taiwanesischen Autoritarismus war deshalb von grundsätzlich anderer Qualität als z.B. in Lateinamerika oder - viel näher - jener auf dem chinesischen Festland.

### 1.1.2 Von der ersten zur zweiten Legitimationskrise - politischer Anpassungsdruck in den 70er und 80er Jahren

Am 25. Oktober 1971 votierte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 73 gegen 35 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) für die Aufnahme der VR China in ihre Organisation (vgl. Kindermann 1980: 57ff). Die internationale Gemeinschaft erkannte den Alleinvertretungsanspruch der Republik China nicht länger an. Für das geschockte KMT-Regime - Taipei zog sich sofort aus der UNO zurück - war dies der Beginn einer ganzen Reihe von diplomatischen Rückschlägen, die seine politische Legitimation schwer erschütterten. Nur wenige Monate später reiste der amerikanische Präsident Richard Nixon vom 21. bis 28. Februar 1972 nach Peking und unterzeichnete dort das "Shanghai Communiqué" mit seiner berühmten "Taiwan-Klausel"<sup>18</sup>. Taiwan mußte seine offiziellen Beziehungen mit den USA auf eine neue Grundlage stellen. Obwohl die amerikanische Richtungsänderung keine Überraschung war - sie hatte sich im Jahr zuvor bereits durch verschiedene Äußerungen hochrangiger Politiker angekündigt -, kam der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Japan im September 1972 völlig unerwartet. Innerhalb eines Jahres verlor Taiwan damit die diplomatische Aner-

kennung seiner beiden wichtigsten Bündnispartner. Das KMT-Regime wurde allmählich außenpolitisch isoliert, zumal in den folgenden Jahren immer mehr Länder auf die VR China umschwanken.

Bereits vorher, im Frühjahr 1971, war die KMT innenpolitisch in Bedrängnis geraten. Die amerikanische Regierung hatte im April entschieden, eine kleine, im Krieg besetzte und nordwestlich von Taiwan gelegene Inselkette - die *Tiao-yü-t'ai* oder (japanisch:) Senkaku-Inseln - an Japan zurückzugeben. Taipei, das den Archipel bis heute für sich beansprucht, protestierte heftig gegen diesen Entschluß, doch war letztlich machtlos dagegen.<sup>19</sup> Dies nahmen kritische taiwanesishe Intellektuelle im In- und Ausland - hauptsächlich radikale Studenten und liberale Professoren - zum Anlaß, gegen die KMT Front zu machen. Unter dem Deckmantel nationalistisch eingefärbter Demonstrationen gegen die USA und Japan ging es im wesentlichen um eine Diskreditierung des Chiang-Regimes und um innenpolitische Liberalisierungsmaßnahmen. Aus diesen Protesten ging zwischen 1971 und 1973 eine intellektuelle Reformbewegung um die Zeitschrift *The Intellectual (Ta-hsieh ts'achih)* hervor, die maßgeblichen Einfluß auf die Formierung einer neuen politischen Opposition auf Taiwan hatte (vgl. Huang Mab 1976; Chen 1982). Zusätzlich war die herrschende KMT im Gefolge der ersten Ölkrise 1973/74 mit zahlreichen ökonomischen Problemen konfrontiert. Das Handelsdefizit kletterte 1974 kurzfristig auf 1,3 Milliarden US-Dollar, die Konsumgüterpreise stiegen um 47,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr an, und das Wirtschaftswachstum fiel auf 1,2 Prozent (gegenüber noch 12,8 Prozent 1973! Vgl. TSDB 1993).

Für das Regime stellte sich in dieser als prekär perzipierten, primär exogen-induzierten Krise die Frage nach der richtigen politischen Antwort. An der außenpolitischen Front kehrte zwar relativ schnell wieder Ruhe ein, als sich herausstellte, daß sich an den amerikanisch-taiwanesischen Beziehungen substantiell vorläufig nichts änderte und auch andere wichtige Staaten - sofern sie mit Taipei diplomatisch brachen - zumindest an der Aufrechterhaltung quasi-offizieller Beziehungen interessiert waren. Auch die Konjunktur erholte sich fast binnen Jahresfrist und zog schon 1974 wieder an. Gerade die 70er-Dekade war durch wirtschaftliche Aufschwungjahre besonderer Qualität geprägt, in denen Taiwan mit einer neuen Strukturpolitik den Weg in das hochtechnologische Zeitalter einschlug und eine kaum mehr manövrierfähige Außenpolitik in eine erfolgreiche Außenwirtschaftspolitik umfunktionierte (vgl. dazu Weggel 1991: 207ff). Aber dennoch schwelte die in der Reformbewegung spürbar gewordene politische Unzufriedenheit weiter. Dies konnte dem Regime langfristig gefährlich werden.

Unter der Federführung des 1972 in das Amt des Premierministers erhobenen Präsidentensohnes Chiang Ching-kuo, der nach dem Tod seines Vaters (5. April 1975) auch Parteivorsitzender und 1978 Staatspräsident wurde, entschied sich das

Regime für eine neue Strategie der Kooptierung taiwanesischer Eliten. Damit strebte man die Revitalisierung der bewährten Methode aus den frühen 50er Jahren an, wobei diesmal jedoch auch die höheren politischen Gremien anvisiert wurden. Dieses neue "Taiwanisierungsprogramm" umfaßte sowohl den zentralen Parteiapparat als auch die gesamte Regierungsbürokratie und wurde ab 1972 durch die graduelle Einführung frei wählbarer Quoren von zusätzlichen Abgeordneten (*tseng-eh tai-piao*) außerdem auf die nationalen Parlamente (Legislativ-uan, Kontroll-uan und Nationalversammlung) ausgedehnt.

#### Die "Taiwanisierung" des zentralen Parteiapparates

Auf Weisung Chiang Ching-kuos erhielt der seit 1968 amtierende Generalsekretär der KMT, Lee Huan, den Auftrag, sich um die Rekrutierung taiwanesischer Parteimitglieder für die mittleren und oberen Ebenen zu kümmern. Schon 1977 bestand ein Drittel der Vorsitzenden in den Stadt- und Kreis-Parteikomitees aus ethnischen Taiwanesen (Tien 1989: 69), während zwischen 1968 und 1971 bereits 641 Parteifunktionäre unterhalb der Provinzebene der KMT (etwa 37 Prozent)

**Tabelle 1-7: Provinzugehörigkeit der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT 1952-1988 (in Klammern: Anteil in Prozent)**

Jahr	Total	Festländer	Taiwanesen
7. ZEK (Okt. 1952)	10	10 (100,0)	
8. ZEK (Okt. 1957)	15	13 (86,7)	2 (13,4)
9. ZEK (Nov. 1963)	15	13 (86,7)	2 (13,4)
10. ZEK (Apr. 1969)	21	19 (90,5)	2 (9,5)
11. ZEK (Nov. 1976)	22	18 (81,8)	4 (18,2)
12. ZEK (Apr. 1981)	31	20 (64,5)	11 (35,5)
13. ZEK (Jul. 1988)	31	15 (48,4)	16 (51,6)

Quelle: Zusammengestellt nach *Chung-yang jih-pao*, verschiedene Artikel; *China Yearbook*; verschiedene Jahrgänge.

zwecks einer Erhöhung des Anteils einheimischer Kader ausgetauscht worden waren (Tien ebd.: 70). Besondere Bedeutung erlangte die stärkere Repräsentation von taiwanesischen Politikern in den beiden Spitzenorganen der KMT - dem

Zentralen Exekutivkomitee/ZEK (*chung-yang chih-hsing wei-yüan-hui*) sowie dem Ständigen Ausschuss des ZEK (*chung-yang ch'ang-wu wei-yüan-hui*). Die "Aufrischung" des ZEK hatte bereits auf dem 10. Parteikongreß der KMT im April 1969 begonnen, als von 99 ZEK-Mitgliedern 44 neu gewählt wurden (Chang 1992: 92). Dabei handelte es sich zwar nicht mehrheitlich um ethnische Taiwanesen, sondern um festlandchinesische "Newcomer" - aber immerhin waren auch diese jungen Nachwuchspolitiker auf Taiwan aufgewachsen und sozialisiert worden. Insofern änderte sich die Zusammensetzung des ZEK schon damals beträchtlich.

**Tabelle 1-8: Altersgruppenzusammensetzung der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK 1952-1988**

Jahr	Total	40-49	50-59	60-69	70-79	80+	Durchschnitt
7. ZEK (Okt. 1952)	10	4	6	-	-	-	50,4
8. ZEK (Okt. 1957)	15	2	8	5	-	-	55,7
9. ZEK (Nov. 1963)	15	-	5	9	1	-	60,6
10. ZEK (Apr. 1969)	21	1	7	12	1	-	61,2
11. ZEK (Nov. 1976)	22	1	1	11	9	-	66,9
12. ZEK (Apr. 1981)	31	2	7	13	7	2	65,1
13. ZEK (Juli 1988)	31	3	10	8	8	2	63,7

Quelle: Zusammengestellt nach *Chung-yang jih-pao*, verschiedene Artikel; *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge.

Im Ständigen Ausschuss nahm der Anteil von einheimischen KMT-Politikern seit 1976 stark zu und betrug 1988 erstmals mehr als 50 Prozent (vgl. Tab. 1-7, siehe oben). Diese Entwicklung wurde von den festlandchinesischen Kräften in der Partei besonders mißtrauisch beobachtet, denn in der autoritären Ära galt der Ständige Ausschuss als das höchste politische Entscheidungsgremium überhaupt und konnte nur noch von den beiden Chiangs überstimmt werden. Für den im Laufe des Jahres 1993 stattfindenden 14. Parteitag der KMT wird eine Fortführung dieser Politik und eine noch eindeutigere Gewichtsverlagerung zugunsten der Taiwanesen im Ständigen Ausschuss erwartet. Eine Veto-Position hat der derzeitige Präsident und Parteichef Lee Teng-hui im Ständigen Ausschuss nicht.

Regime für eine neue Strategie der Kooptierung taiwanesischer Eliten. Damit strebte man die Revitalisierung der bewährten Methode aus den frühen 50er Jahren an, wobei diesmal jedoch auch die höheren politischen Gremien anvisiert wurden. Dieses neue "Taiwanisierungsprogramm" umfaßte sowohl den zentralen Parteiapparat als auch die gesamte Regierungsbürokratie und wurde ab 1972 durch die graduelle Einführung frei wählbarer Quoren von zusätzlichen Abgeordneten (*tseng-eh tai-piao*) außerdem auf die nationalen Parlamente (Legislativ- yuan, Kontroll Yuan und Nationalversammlung) ausgedehnt.

#### Die "Taiwanisierung" des zentralen Parteiapparates

Auf Weisung Chiang Ching-kuos erhielt der seit 1968 amtierende Generalsekretär der KMT, Lee Huan, den Auftrag, sich um die Rekrutierung taiwanesischer Parteimitglieder für die mittleren und oberen Ebenen zu kümmern. Schon 1977 bestand ein Drittel der Vorsitzenden in den Stadt- und Kreis-Parteikomitees aus ethnischen Taiwanesen (Tien 1989: 69), während zwischen 1968 und 1971 bereits 641 Parteifunktionäre unterhalb der Provinzebene der KMT (etwa 37 Prozent)

Tabelle 1-7: Provinzzugehörigkeit der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT 1952-1988 (in Klammern: Anteil in Prozent)

Jahr	Total	Festländer	Taiwanesen
7. ZEK (Okt. 1952)	10	10 (100,0)	-
8. ZEK (Okt. 1957)	15	13 (86,7)	2 (13,4)
9. ZEK (Nov. 1963)	15	13 (86,7)	2 (13,4)
10. ZEK (Apr. 1969)	21	19 (90,5)	2 (9,5)
11. ZEK (Nov. 1976)	22	18 (81,8)	4 (18,2)
12. ZEK (Apr. 1981)	31	20 (64,5)	11 (35,5)
13. ZEK (Jul. 1988)	31	15 (48,4)	16 (51,6)

Quelle: Zusammengestellt nach *Chung-yang jih-pao*, verschiedene Artikel; *China Yearbook*; verschiedene Jahrgänge.

zwecks einer Erhöhung des Anteils einheimischer Kader ausgetauscht worden waren (Tien ebd.: 70). Besondere Bedeutung erlangte die stärkere Repräsentation von taiwanesischen Politikern in den beiden Spitzenorganen der KMT - dem

Zentralen Exekutivkomitee/ZEK (*chung-yang chih-hsing wei-yüan-hui*) sowie dem Ständigen Ausschuss des ZEK (*chung-yang ch'ang-wu wei-yüan-hui*). Die "Aufrischung" des ZEK hatte bereits auf dem 10. Parteikongreß der KMT im April 1969 begonnen, als von 99 ZEK-Mitgliedern 44 neu gewählt wurden (Chang 1992: 92). Dabei handelte es sich zwar nicht mehrheitlich um ethnische Taiwanesen, sondern um festlandchinesische "Newcomer" - aber immerhin waren auch diese jungen Nachwuchspolitiker auf Taiwan aufgewachsen und sozialisiert worden. Insofern änderte sich die Zusammensetzung des ZEK schon damals beträchtlich.

Tabelle 1-8: Altersgruppenzusammensetzung der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK 1952-1988

Jahr	Total	40-49	50-59	60-69	70-79	80+	Durchschnitt
7. ZEK (Okt. 1952)	10	4	6	-	-	-	50,4
8. ZEK (Okt. 1957)	15	2	8	5	-	-	55,7
9. ZEK (Nov. 1963)	15	-	5	9	1	-	60,6
10. ZEK (Apr. 1969)	21	1	7	12	1	-	61,2
11. ZEK (Nov. 1976)	22	1	1	11	9	-	66,9
12. ZEK (Apr. 1981)	31	2	7	13	7	2	65,1
13. ZEK (Juli 1988)	31	3	10	8	8	2	63,7

Quelle: Zusammengestellt nach *Chung-yang jih-pao*, verschiedene Artikel; *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge.

Im Ständigen Ausschuss nahm der Anteil von einheimischen KMT-Politikern seit 1976 stark zu und betrug 1988 erstmals mehr als 50 Prozent (vgl. Tab. 1-7, siehe oben). Diese Entwicklung wurde von den festlandchinesischen Kräften in der Partei besonders mißtrauisch beobachtet, denn in der autoritären Ära galt der Ständige Ausschuss als das höchste politische Entscheidungsgremium überhaupt und konnte nur noch von den beiden Chiangs überstimmt werden. Für den im Laufe des Jahres 1993 stattfindenden 14. Parteitag der KMT wird eine Fortführung dieser Politik und eine noch eindeutiger Gewichtsverlagerung zugunsten der Taiwanesen im Ständigen Ausschuss erwartet. Eine Veto-Position hat der derzeitige Präsident und Parteichef Lee Teng-hui im Ständigen Ausschuss nicht.

### Die "Taiwanisierung" der Kabinette

Gleich zu Beginn seines Amtesantritts 1972 drückte Chiang Ching-kuo seiner neuen Politik dadurch einen Stempel auf, daß er sechs Taiwanesen in sein neues Kabinett berief und den Posten des Gouverneurs von Taiwan - bisher immer von einem Militär gehalten - sowie des Oberbürgermeisters von Taipei in die Hände

**Tabelle 1-9: Die Kabinette\* der Republik China und ihre ethnische Zusammensetzung 1950-1993 (in Klammern: Prozent)**

Kabinett	Präsident	Monat	Jahr	nicht erfaßt
Kabinett I	Weng Wen-ho	Mai	1948	
Kabinett II	Sun K'ie	Nov. / März	1948 / 1949	
Kabinett III	Ho Ying-ch'i'n	März	1949	
Kabinett IV	Yen Hsi-shan	Juni	1949	
Kabinett V	(V) : Ch'ien Cheng	März	1950	
Kabinett VI	(VI) : Yu Hung-shan	Juli	1954	
Kabinett VII	(VII) : Ch'ien Cheng	Juli	1958	
Kabinett VIII	(VIII) : Yen Chia-pan	Dez.	1963	
Kabinett IX	(IX) : Chiang Ching-kuo	Juni	1972	
Kabinett X	(X) : Sun Yun-suan	Mai	1978	
Kabinett XI	(XI) : Yu Kuo-hua	Mai	1984	
Kabinett XII	(XII) : Lee Kuan	Mai	1989	
Kabinett XIII	(XIII) : Hsu Per-ting	Juni	1990	
Kabinett XIV	(XIV) : Lien Chan	Juni	1990	
Kabinett XV		März	1993	

Kabinett	Gesamtzahl	Festländer	Taiwanesen
I	20	19 (95,0)	1 (5,0)
II	17	16 (94,1)	1 (5,9)
III	25	23 (92,0)	2 (8,0)
IV	34	30 (88,2)	4 (11,8)
V	24	18 (75,0)	6 (25,0)
VI	28	19 (67,9)	8 (32,1)
VII	22	14 (63,6)	8 (36,6)
VIII	19	13 (68,4)	6 (31,6)
IX	19	10 (52,6)	9 (47,4)
X	19	11 (57,9)	8 (42,1)

\* In den statistischen Auswertungen ist nur das zentrale Entscheidungsorgan des Exekutivyuans, der sog. Rat der Exekutivyuans erfaßt. Nur seine Mitglieder besitzen bei der Festlegung der Regierungspolitik Stimmrecht. Im einzelnen gehören zum Rat der Exekutivyuans der Premierminister und sein Stellvertreter, die Ressortchefs der insgesamt acht Ministerien, die Direktoren der beiden Kommissionen für die Angelegenheiten der Mongolei und Tibets bzw. der Überseechinesen sowie eine wechselnde Zahl von Staatsministern ohne Portefeuille.

Quelle: Peng Huai-en 1986b; Republic of China 1990.

von populären einheimischen Politikern legte. Auch die von der Zentralregierung ernannte taiwanische Provinzregierung wurde fortan mehrheitlich mit Taiwanesen besetzt.

An der Regierungsspitze haben seither taiwanische Eliten ständig an Boden gewonnen (vgl. Tab. 1-9, siehe oben). Populäre einheimische Politiker wie Wu Poh-hsiung (heute Innenminister), Hsiao Wan-chang (langjähriger Wirtschaftsminister und heute Vorsitzender des Rates für Wirtschaftsplanung und Entwicklung/CEPD), Lien Chan (gegenwärtig Premierminister) oder Sung Ch'u-yü (früherer Generalsekretär der KMT und heute Gouverneur von Taiwan) gehörten zu diesen von Chiang Ching-kuo in den 70er Jahren geförderten Nachwuchskräften. Sie genießen bei breiten Teilen der Bevölkerung ein hohes Ansehen und haben in der der politischen Subjektivierung sehr zugeneigten chinesischen Gesellschaft deshalb auch erheblich zum positiven Gesamtimage der KMT beigetragen. Die "Taiwanisierung" beschränkte sich innerhalb der Regierungsbürokratie jedoch nicht nur auf das Kabinett allein. Auch auf den Chefsesseln der angegliederten Unter-Organisationen wurden personelle Umschichtungen beträchtlichen Ausmaßes vorgenommen, die den Anteil einheimischer Beamter stark ansteigen ließ (vgl. hierzu Huang Mab 1976: 89ff).

### "Taiwanisierung" durch Zusatzwahlen zu den nationalen Parlamenten

Von besonderer Bedeutung für die Anpassungspolitik des Regimes an die Legitimationskrise der frühen 70er Jahre war die Einführung begrenzter Wahlen von sog. zusätzlichen Abgeordneten (*tseng-eh tai-piao*) für die nationalen Parlamente seit 1972 (vgl. Tab. 1-10, 1-11, siehe unten).<sup>20</sup> Natürlich bestand darin allein schon eine biologische Notwendigkeit, denn viele Parlamentarier schieden durch Tod aus oder konnten im Laufe der Jahre wegen Krankheit und Semilität den Debatten und Abstimmungen nicht mehr folgen. Dennoch wurde hier ein "Ventil" geschaffen, das sich für die Kanalisierung oppositionellen Protests eignete und dessen kontinuierlicher Ausbau in den folgenden Jahren die Etablierung eines gemäßigten Flügels in der *Tang-wai*-Bewegung (vgl. unten) ermöglichte. Die Öffnung der nationalen Parlamente hatte deshalb für den "ruhigen" Verlauf des Demokratisierungsprozesses in der Transitionsphase eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, zumal hier wiederum mehrheitlich einheimische Politiker Einfluß gewinnen konnten und somit der "ethnische" Konflikt zwischen Taiwanesen und "Festländern" entschärft wurde.

Auch mit dieser Maßnahme konnte die KMT beachtliche Legitimationserfolge erzielen: Zahlreiche kritische Stimmen wurden von der Partei bzw. dem "System" kooptiert und schlugen den "parlamentarischen Weg" (*I-hui lu-hsien*) der politischen Auseinandersetzung ein. Weil aber gleichzeitig deutlich geworden zu sein

sahen, daß sich das Regime zu "demokratischen Anpassungsmaßnahmen" gezwungen sah, erhielt die illegale politische Opposition Taiwans ebenfalls Auftrieb.

Tabelle 1-10: Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan - Ethnische Zugehörigkeit und Sitzverteilung

Jahr	Total	Wahlteiligung (%)	Provinz-Festländer	Taiwan	Alters d.-schnitt	KMT	CJP	DSP	DPP	CSDP	Unabhängige
1969	11	55,00	-	11	58	8	-	-	-	-	3
						72,72%					27,23%
1972	51	68,18	19	32	49	41	1	-	-	-	9
						80,39%	1,96%				17,65%
1975	52	75,97	19	33	51	42	1	-	-	-	9
						80,77%	1,92%				17,31%
1980	97	66,36	31	66	49	79	2	-	-	-	16
						81,49%	2,06%				16,50%
1983	98	63,17	29	69	48	83	2	1	-	-	12
						84,69%	2,04%	1,02%			12,25%
1986	100	65,85%	28	72	49	79	2	1	12	-	6
						79,0%	2,0%	1,0%	12,0%	-	6,0%
1989	130 <sup>b</sup>	75,16%	41	89	48	94	1	-	21	-	14
						72,3%	0,77%	-	16,15%	-	10,77%
1992	161 <sup>c</sup>	70,70%	22	139	46	101	-	-	51	1	8
						62,73%	-	-	31,67%	0,63%	4,97%

a) Hier ist die Eintragung im Personalausweis entscheidend. Auch die auf Taiwan aufgewachsenen Kinder der 1949 vom Festland geflohenen Chinesen behalten deren Provinzzugehörigkeit. Allerdings gibt es innerhalb der KMT mittlerweile Bestrebungen, eine einheitliche Zugehörigkeit zur Provinz Taiwan durchzusetzen.

b) Einschließlich 29 Vertreter der Überseechinesen. Die Gesamtzahl der gewählten Mandate auf Taiwan umfaßte nach Artikel 64 der Verfassung von 1947 drei Gruppen: 1) direkt gewählte Mandate für die Provinz Taiwan; 2) indirekt gewählte Mandate für die korporatistischen Berufsvereinigungen (Unternehmens-, Industrie-, Bauern- und Gewerkschaftsverbände); 3) indirekt gewählte Vertreter der Organisationen der Überseechinesen sowie 4) Vertreter der taiwanesischen Eingeborenen. Diese Bestimmungen sind im Zuge der Verfassungsreform von 1991/92 geändert worden. Heute können nur noch sechs Überseechinesen indirekt gewählt werden.

c) Einschließlich 30 indirekter Listenmandate und sechs Vertreter der Überseechinesen.

Quelle: ZWKI.

Seit Mitte der 70er Jahre zeigten sich ihre radikaleren Kräfte zu einer stärkeren Formierung ermutigt (vgl. u.a. Halbeisen 1982; Chiou 1986; Peng 1986a; Chao 1987; Reinhardt 1989; Li 1991). Im Vorfeld der 1975er Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan bemühten sie sich erstmals um eine Wahlkampfkoordination und wurden als die sog. *Tang-wai*-Bewegung - "jene außerhalb der Partei", also der

Tabelle 1-11: Zusatzwahlen zur Nationalversammlung

Jahr	Total	Wahlteiligung	Provinz-Festländer	Taiwan	KMT	CJP	DSP	DPP	CSDP	Unabhängige
1969	15	54,72%	-	15	15	-	-	-	-	-
					100%					
1972	53	68,52%	5	48	43	-	-	-	-	10
					81,13%					18,87%
1980	76	66,43%	4	72	76	-	-	-	-	14
					80,26%			1,32%		18,42%
1986	84	65,43%	5	79	68	-	1	11	-	4
					80,95%		1,19%	13,10%		4,76%
1991	225 <sup>a</sup>	68,32%	33	192	179	-	-	41	-	5
					79,6%			18,22%		2,22%

a) Hinzu kamen 100 Listenmandate, die die DPP erzielte demnach 20,3 Prozent.

Quelle: ZWKI.

KMT - bekannt.<sup>21</sup> *Tang-wai* wurde in den folgenden Jahren zum Synonym für eine heterogene Oppositionspartei, die als solche jedoch nicht gegründet werden durfte. Bei den Lokalwahlen des Jahres 1977 zeigte dieser Zusammenschluß seine erste Wirkung. *Tang-wai*-Kandidaten gewannen 21 der 77 Sitze in der Provinzversammlung sowie vier der 21 Kreisvorsteher- bzw. Bürgermeisterposten und verbuchten einen Stimmenanteil von 30 Prozent.<sup>22</sup> Die Wahl wirkte wie ein Fanal, da sich die KMT erstmals klarmachen mußte, daß die politische Opposition eine gesellschaftliche Basis hatte. Zudem wurde die Unruhe in der Regierungspartei durch gewaltsame Ausschreitungen am Rande der Wahlen in der Kleinstadt Chungli verstärkt.<sup>23</sup>

Insofern hatte die KMT die Anpassungsstrategie an ihre erste große Legitimationskrise, die 1971 durch den UNO-Austritt eingeleitet wurde, mit einem Erstarren der politischen Opposition bezahlt. Zwar band ihr "Taiwanisierungsprogramm" die kritischen Regimebefürworter stärker an die Partei, andererseits sah sich der zu graduellen politischen Reformen bereite Chiang Ching-kuo jedoch

auch einer offensiveren Opposition radikaler Regimegegner gegenüber. Die *Tang-wai* thematisierte unverhohlen die Frage der taiwanesischen Unabhängigkeit (*Tai-tu*) und trat insofern - neben einer raschen institutionellen Demokratisierung nach westlichem Muster (vor allem durch die Gewährleistung freier Wahlen, Meinungs- und Organisationsfreiheit, die Wahrung der Menschenrechte) - für die Aufhebung des festlandchinesischen Wiedervereinigungspostulats ein. Eine solche Forderung attackierte jedoch die Herrschaftslegitimation des KMT-Regimes im Kern.

In dieser Situation traf die Ankündigung der USA, mit Wirkung vom 1. Januar 1979 volle diplomatische Beziehungen mit der VR China aufzunehmen und den Verteidigungsvertrag mit Taipei zum 31. Dezember 1978 aufzukündigen,<sup>24</sup> das Regime wie ein Schlag. Die für den Dezember 1978 angesetzten Wahlen des Legislativ Yuan und der Nationalversammlung wurden suspendiert. Die Opposition, die sich im vorangegangenen Oktober zu einem "Tangwai Campaign Corps" (*T'ai-wan tang-wai-jen shih-chu hsüan-t'uan*) zusammengeschlossen hatte, sah sich um sichere Stimmengewinne gebracht. Sie forcierte im gesamten darauffolgenden Jahr ihre Organisierung und arbeitete systematisch auf eine Parteistruktur hin. Mit der Gründung der radikalen Zeitschrift *Formosa (Mei-ii-tao)* im August 1979 wurde diese Absicht sogar öffentlich ausgesprochen.<sup>25</sup> *Formosa* markierte auch den Beginn interner Differenzierungsprozesse in der *Tang-wai*, in deren Verlauf sich die Oppositionsbewegung in radikale und gemäßigte Kräfte spaltete.<sup>26</sup>

Ogleich sich die KMT einerseits um weitergehende Maßnahmen des Legitimationserhalts durch vorsichtige Reformen bemühte<sup>27</sup>, beobachtete sie die Entwicklung in der *Tang-wai* mißtrauisch. Als die *Formosa*-Intellektuellen am 10. Dezember 1979 - dem internationalen Tag der Menschenrechte - in der süd taiwanesischen Hafenstadt Kaohsiung zu einer Großkundgebung aufrufen und es in deren Verlauf zu gewaltsamen Ausschreitungen mit den Sicherheitskräften kam, schlug das Regime mit eiserner Faust zurück.<sup>28</sup> Die nationalen Wahlen wurden ein weiteres Mal suspendiert. In einer landesweiten Verhaftungswelle wurde die gesamte politische Führung der *Tang-wai* verhaftet und in den sog. Kaohsiung-Prozessen (vgl. Kaplan 1981; Domes 1982) zu langjährigen Gefängnisstrafen, in einem Fall zu lebenslänglicher Haft verurteilt. In einem zweiten Verfahren verhängte ein Zivilgericht gegen 32 weitere Angeklagte mehrjährige Haftstrafen (*Herald Tribune*, 3. Juni 1980).

Das harte Vorgehen gegen die als Umstürzler und Terroristen (*k'ung-pu fen-tzu*) diffamierten Oppositionellen beschädigte das Ansehen des KMT-Regimes nicht nur auf Taiwan selbst, sondern vor allem in den USA. Zwar war im Mai 1979 ein neues Wahlgesetz verabschiedet worden,<sup>29</sup> aber in den Reihen des unverändert mächtigsten Partners der Republik China - wo die Menschenrechtsfrage durch die Carter-Ära eine neue Bedeutung erlangt hatte - mehrten sich seit den frühen

80er Jahren die kritischen Stimmen. Neben dem wachsenden amerikanischen Druck auf Taipei, die Wirtschaft zu liberalisieren und seine Märkte stärker zu öffnen, wurden auch Forderungen nach einer politischen Liberalisierung in dem Inselstaat lauter. Dabei hatten einige grobe Menschenrechtsverletzungen katalysatorische Wirkung:

- Am 28. Februar 1980 brachen unbekannte Täter in das Haus eines der Hauptangeklagten in den Kaohsiung-Prozessen, Lin I-hsiung ein und ermordeten dessen Mutter und seine Zwillingstöchter kaltblütig.
- Im Juli 1981 starb unter mysteriösen Umständen ein auf Taiwan zu Besuch weilender amerikanischer Überseechinese, Professor Ch'en Wen-cheng. Nach einem Verhör mit Sicherheitskräften, die ihn enger Kontakte mit der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung in den USA bezichtigt haben sollen, stürzte er aus dem Fenster eines Universitätsgebäudes in Taipei zu Tode.
- Im März 1982 wurde ein Aufstand im Gefängnis in Hsinchu brutal niedergeschlagen.
- Im Frühjahr 1984 erschossen Mitglieder der berüchtigten "Bamboo-Gang" den amerikanisch-chinesischen Schriftsteller Henry Liu (Liu Yi-liang), der eine umstrittene Biographie und zahlreiche kritische Artikel über Chiang Ching-kuo verfaßt hatte, vor seinem Haus in Kalifornien. Dieser Fall erregte in den USA besonderes Aufsehen. Amerikanischer Druck nötigte die KMT zu gründlicheren Nachforschungen. Sie ergaben, daß die beiden Gangster im Auftrag taiwanesischer Geheimdienstkreise gehandelt hatten.<sup>30</sup>

Abgeordnete und Senatoren des amerikanischen Kongresses trafen jetzt auf den Plan und forderten die KMT auf, die Menschenrechte zu wahren und mehr politische Demokratie zuzulassen. In der vom Kongreß im Juli 1984 verabschiedeten Resolution Nr. 129 hieß es:

The U.S. Congress sees it imperative for the Taiwan authority to continue to accelerate its pace toward democratic institutionalization, especially in areas of lifting Martial Law, abolishing other temporary provisions, and releasing political prisoners, in order to protect the rights of all people on Taiwan.<sup>31</sup>

Schon im Juni 1982 waren einige *Tang-wai*-Oppositionelle, darunter der von den Verhaftungen verschont gebliebene, gemäßigte Politiker K'ang Ning-hsiang, vom amerikanischen Außenministerium zu einem längeren Besuch in die Vereinigten Staaten eingeladen worden. Schließlich riefen einige KMT-kritische US-Senatoren im Mai 1986 das "Committee on Democratization of Taiwan" ins Leben, das sich als Lobby der politischen Opposition des Inselstaates bei der amerikanischen Regierung einsetzte und sogar Kontakte zu der 1982 in Washington ge-



gegründeten Formosa Association for Public Affairs/FAPA - einer Unabhängigkeitsorganisation - unterhielt (Lee 1991: 179ff). Durch die amerikanische Parteinahme wurde die *Tang-wai*, die im Anschluß an den "Zwischenfall von Kaohsiung" zunächst kaltgestellt worden war, politisch aufgewertet. Dies hatte positive Auswirkungen auf ihren raschen organisatorischen Wiederaufbau, der schon in den frühen 80er Jahren in Gang kam.

So geriet das KMT-Regime ungeachtet seiner seit den 70er Jahren erkennbaren Reformbemühungen an zwei Fronten unter Druck: Innenpolitisch hatte es sich durch seine Politik der "harten Hand" gegen die *Tang-wai* als reaktionär erwiesen und besonders sein Verhältnis zu den gemäßigten oppositionellen Kräften schwer belastet. Die soziale Unruhe auf der Insel wuchs, was sich auch in zunehmenden außerparlamentarischen Protesten zeigte (vgl. Punkt 4.4). Außenpolitisch und -wirtschaftlich geriet die KMT ins Fadenkreuz der USA. Die Unterstützung breiter politischer Kreise in Washington gab der Opposition Auftrieb und zwang das KMT-Regime, das sich außerdem mit amerikanischen Sanktionsdrohungen gegen den eigenen Wirtschaftsprotektionismus konfrontiert sah, zu innenpolitischen Kurskorrekturen. Seine Herrschaftslegitimation war somit Mitte der 80er Jahre erneut stark bedroht. Sie erodierte zusätzlich durch eine spürbare Wirtschaftskrise, die als Folge der Weltrezession nach dem zweiten Ölshock (1979) zeitverzögert nun auch Taiwan traf, sowie des *Cathay-Korruptionsskandals* von 1985.<sup>32</sup>

Der rasche Wiederaufstieg der *Tang-wai*-Opposition zeichnete sich bereits in den zwischen 1980 und 1985 durchgeführten lokalen und nationalen Wahlen ab. Zwar verringerte sich die Zahl der von ihr errungenen Mandate bei den Kreisvorstehern und Bürgermeistern (vgl. Tab. 1-12a, s.u.), in der Provinzversammlung und dem Legislativ Yuan hingegen nahm sie zu (vgl. Tab. 1-12b-c, siehe unten).

**Tabelle 1-12a: Stimmenanteile von KMT- und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Kreisvorsteher- und Bürgermeisterwahlen 1972-1985 (in Prozent)**

Jahr	1972	1977	1981	1985	Durchschnitt
KMT	75,59	70,43	56,40	60,92	65,84
Tang-wai Unabhängige	24,41	29,57	22,76	13,46	25,62
Nicht-KMT insgesamt	24,41	29,57	43,60	39,08	34,16

**Tabelle 1-12b: Stimmenanteile von KMT- und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Wahlen zur Provinzversammlung und den Stadtparlamenten von Taipei und Kaohsiung 1972-1985 (in Prozent)**

Jahr	1972	1977	1981	1985	Durchschnitt
KMT	72,38	66,67	69,90	70,54	69,87
Tang-wai Unabhängige	27,62	33,33	12,79	15,92	13,54
Nicht-KMT insgesamt	27,62	33,33	30,10	29,46	30,13

**Tabelle 1-12c: Stimmenanteile von KMT- und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan 1972-1983**

Jahr	1972	1975	1980	1983	Durchschnitt
KMT	73,10	77,61	71,91	69,41	73,01
Tang-wai Unabhängige			13,02	18,86	15,07
Nicht-KMT insgesamt	26,90	22,39	28,09	30,59	26,99

**Tabelle 1-12d: Stimmenanteile von KMT und Nicht-KMT-Kandidaten bei den Zusatzwahlen zur Nationalversammlung 1972-1980**

Jahr	1972	1980	Durchschnitt
KMT	64,03	66,35	65,19
Tang-wai Unabhängige		8,55	25,01
Nicht-KMT insgesamt	35,91	33,56	34,81

Quelle: ZWKI.

Zudem setzte sich der Prozeß des Aufbaus von überregionalen Organisationsstrukturen innerhalb der *Tang-wai* in den 80er Jahren unverändert fort. Damit wurde jedoch auch die interne Fraktionierung der Opposition in gemäßigte und

radikale Kräfte - wie sie sich bereits seit Ende der 70er Jahre angedeutet hatte (Reinhard 1989: 54ff; Huang Teh-fu 1990c: 4f) - befördert. Mit der Gründung der "Tangwai Public Policy Study Association/TPPSA" (*Tang-wai kung-chih jen-yüan kang-cheng-ts'e yen-chiu-hui*) im Mai 1984 und zahlreicher landesweiter TPPSA-"Zweigstellen" versuchte man diese Gegensätze zu überbrücken. Jetzt wurde das allen gemeinsame Ziel der Gründung einer veritablen Oppositionspartei systematisch angestreut und schließlich am 28. September 1986 auch tatsächlich erreicht: Nach einer turbulenten Sitzung von 135 *Tang-wai*-Aktivisten in einem Taipeier Hotel konstituierte sich an diesem Tag die Demokratische Fortschrittspartei/DFP (*Min-chu chin-pu-tang*).

Die KMT kritisierte die Gründung der DFP heftig, verbot die neue Partei wider Erwarten jedoch nicht. Die Regimereformer hatten im innerparteilichen Richtungskampf unter der Führung Chiang Ching-kuos die Oberhand gewonnen.

Dies hatte sich bereits in den Jahren zuvor angekündigt. So wurde im Mai 1983, zur völligen Überraschung der politischen Szene, der mächtige Geheimdienstchef General Wang Sheng - von konservativer Seite lange Zeit als Nachfolger Chiang Ching-kuos gehandelt - seines Postens bei der Abteilung für politische Kriegführung enthoben und zuletzt auf den einflußlosen Posten eines Botschafters in Uruguay "verbannt". Im März 1984 wurde der in den USA promovierte Taiwanese Lee Teng-hui zum Vizepräsidenten nominiert. Schon mehrere Jahre vor dem Tod Chiang Ching-kuos stellte die KMT-Führung damit in Aussicht, daß Taiwan in naher Zukunft erstmals von einem Einheimischen regiert werden würde. Schließlich hatte sich das Regime im Mai 1986 sogar auf einen direkten Dialog mit der *Tang-wai* eingelassen, ohne daß dieser jedoch zu konkreten Ergebnissen geführt hätte.<sup>33</sup> Schon im April 1986 - kurz nach dem dritten Plenum des 12. ZEK der KMT - war zudem ein weiteres Mal eine Reformkommission aus der Taufe gehoben worden, um über politische Liberalisierungsschritte zu beraten, die im Juni ihre Vorschläge unterbreitete.<sup>34</sup> Ungeachtet des politischen Risikos einer oppositionellen Parteigründung unter den geltenden Kriegesrechtsbestimmungen, gab es für die *Tang-wai* somit zum Zeitpunkt ihrer parteipolitischen Formierung zumindest einige Gründe, diesmal keinen repressiven Vergeltungsschlag zu befürchten.

Als im Oktober Chiang Ching-kuo in einem Interview mit der *Washington Post* (veröffentlicht am 8. Oktober 1986) schließlich erklärte, das Kriegsrecht werde in naher Zukunft abgeschafft und die Gründung oppositioneller Parteien legalisiert, konnte die Opposition aufatmen. Offensiv ließ sie postwendend verlauten, bei den für Ende des Jahres angesetzten nationalen Wahlen antreten zu wollen. Obgleich im Grundsatzprogramm der DFP das Selbstbestimmungsrecht des taiwanesischen Volkes als ein wesentliches politisches Ziel verankert wurde und man damit nur kurz vor der strafbaren Forderung nach *T'ai-tu*, also nationaler Unab-

#### Schaubild 1-4: Etappen der Institutionalisierung der *Tang-wai* auf dem Weg zur ersten Oppositionspartei Taiwans

Oktober 1978	Tangwai Campaign Corps
Juni 1979	Tangwai Candidates Association for Congressional Elections
August 1979	Formosa Monthly Association
September 1979	lokale Büros der Formosa Monthly Association
September 1981	Tangwai Nomination Corps
September 1983	Tangwai Association of Magazine Editors and Writers
	Tangwai Association for Campaign Assistance (Parlamentswahlen)
Mai 1984	Tangwai Public Policy Study Association
September 1985	Tangwai Association for Campaign Assistance (Lokalwahlen)
Juni 1986	lokale Büros der Tang Association for Public Policy Study
September 1986	Demokratische Fortschrittspartei (DFP)

Quelle: Huang 1991: 97.

hängigkeit, stehengeblieben war, konnte die formal illegale DFP an den nationalen Wahlen Ende 1986 teilnehmen. Damit aber war die demokratische Transition auf Taiwan durch das KMT-Regime selbst eingeläutet worden.

## 1.2 Die Transitionsphase (1986-1993)

### 1.2.1 Legitimationserhalt durch Reformen und Demokratisierung

Das Wahlergebnis vom Dezember 1986 ließ sich für die neue Partei durchaus sehen, denn die DFP konnte auf Anhieb 23 Sitze erringen (11 in der Nationalversammlung, 12 im Legislativ Yuan) und in beiden Gremien durchschnittlich 22,24 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen (vgl. Tab. 1-10, 1-11, siehe oben, Tab. 1-13, siehe unten). Im Durchschnitt der Jahre 1986-92 erreichte sie in den insgesamt drei Wahlen auf nationaler Ebene 25,22 Prozent aller Stimmen und bei den einzigen zwischen 1986 und 1992 durchgeführten Lokalwahlen von 1989 - betrachtet werden hier nur die wichtigsten Urnengänge für die Provinzversammlung und die Kreisvorsteher/Bürgermeister - durchschnittlich 27,75 Prozent (vgl. Tab. 1-14, s.u.). Damit betrug der durchschnittliche Stimmenanteil der DFP in allen bis 1992 durchgeführten Wahlen in der Transitionsphase knapp 26,5 Prozent. Legt man nur die zuletzt durchgeführten Parlamentswahlen (Dezember 1992) zugrunde, so hat sie mittlerweile die 30-Prozent-Grenze überschritten. Tab. 1-15, s.u., zeigt, daß das gesamte oppositionelle Potential sich in der Transitionsphase auf durchschnittlich 37,82 Prozent beläuft; dies unterstreicht, daß die DFP die große Mehrheit der Anti-KMT-Stimmen bindet. Taiwan kann deshalb heute - gut sieben Jahre nach der Gründung seiner ersten Oppositionspartei - als ein institutionalisiertes Zwei-Parteiensystem bezeichnet werden. Noch ist allerdings die KMT dabei unverändert die stärkste politische Kraft.

**Tabelle 1-13: Stimmenverteilung bei den Wahlen zum Legislativ Yuan und zur Nationalversammlung 1986-1992 (in Prozent)**

Jahr	Legislativ Yuan		Nationalversammlung	
	KMT	Andere	KMT	Andere
1986	66,73	8,71	64,17	15,90
1989	59,22	10,88	---	4,89 <sup>a</sup>
1991	53,02	15,95 <sup>b</sup>	71,17	23,94
1992	59,66	11,85	67,67	21,94
Durchschnitt				10,34

a) davon 2,13 Prozent für die CSDP und 2,27 Prozent für unabhängige Kandidaten

b) davon 1,33 Prozent für die CSDP und 14,03 Prozent für unabhängige Kandidaten

Quelle: ZWKI.

**Tabelle 1-14: Stimmenverteilung bei den Wahlen zur Provinzversammlung inklusive der Wahlen zu den Stadtparlamenten von Taipei und Kaohsiung sowie den Kreisvorsteher- und Bürgermeisterwahlen 1989 (in Prozent)**

	Kreisvorsteher/ Bürgermeister	Provinzversammlung
KMT	56,11	65,24
DFP	30,13	25,36
Andere	13,76	9,40

Quelle: ZWKI.

Die in den Jahren 1986-1993 schrittweise durchgeführten politischen Reformen haben in Tempo und Nachhaltigkeit die internationale Öffentlichkeit beeindruckt. In Taiwan selbst hat diese Entwicklung nicht selten das Begriffsvermögen der "normalen" Bevölkerung überstiegen:

**Tabelle 1-15: Durchschnittliche Verteilung der KMT- und Nicht-KMT-Stimmen in der autoritären Ära (1949-1986) und der Transitionsphase (1986-1993) (in Prozent)**

	Autoritäre Ära		Transitionsphase	
	KMT	Nicht-KMT	KMT	Nicht-KMT
Legislativ Yuan	73,01	26,99	59,66	40,34
Nationalversammlung	65,19	34,81	67,67	32,28
Provinzversammlung <sup>a</sup>	69,87	30,13	65,24	34,76
Kreisvorsteher/ Bürgermeister	75,59	24,41	56,11	43,89
Durchschnitt	70,92	29,09	62,17	37,82

a) für die autoritäre Ära inklusive der Stadtparlamente von Taipei und Kaohsiung

Quelle: ZWKI.

Taiwan hat sich sehr geändert. Manchmal gehe ich auf die Straße und traue meinen Augen nicht. Als ich hierher kam, war dies ein armes Land. Heute sind wir reich. Jetzt reden die Leute viel von Demokratie. Aber was ist das? Heißt Demokratie etwa, sich im Parlament zu raufen, ständig zu demonstrieren oder zu streiken? Taiwan ist heute ein einziges Chaos. Ich glaube nicht, daß eine Demokratie, die solche Folgen hat, gut ist.<sup>35</sup>

Die Skepsis ist verständlich, denn der politische Wandel vollzog sich in erstaunlich kurzer Zeit. Dabei war die scheinbare Systematik, mit der das KMT-Regime sein Machtmonopol demontierte, einen politischen Ausgleich mit der Bevölkerung anstrebte und letztlich auch dem "demokratischen Wettbewerb" mit der sich zügig stabilisierenden politischen Opposition aufnahm, beeindruckend:

- Am 14. Juli 1987 wurde - nach einer Gesamtdauer von über 38 Jahren - der Kriegszustand aufgehoben. Diese Maßnahme war zwar eher ein politisches Signal als eine wirkliche Reform. Einerseits blieben die "Vorläufigen Bestimmungen" und die "Generalnobilmachung" unverändert in Kraft; andererseits wurde schon am 23. Juni 1987 ein neues Sicherheitsgesetz (*an-ch'üan-fa*) erlassen, das an die Stelle des alten Kriegsrechts trat und von der Opposition als "old wine in new bottles" bezeichnet wurde.<sup>36</sup> Aber immerhin wurde durch diese Reform ein Stück mehr Rechtssicherheit gewonnen, denn der Kriterienkatalog für sog. "politische Verbrecher" ist seitdem eindeutiger definiert.

- Am 2. November 1987 ermöglichte es die Regierung den meisten Taiwanesen, zu Verwandtenbesuchen über ein Drittland in die VR China einzureisen. Damit handelte das Regime sowohl reaktiv auf den wachsenden Druck der eigenen Bevölkerung als auch aus Gründen eines grundsätzlichen Reformwillens in der Chinapolitik. Die Regelungen, von denen anfänglich noch alle öffentlich Bediensteten ausgenommen waren, bildeten den Vortäufel einer neuen Konzeption in der Gestaltung des Verhältnisses zum "großen Nachbarn" (vgl. unten). Amtlichen Angaben zufolge reisten nach ihrem Inkrafttreten schon bis Ende 1989 knapp 420.000 Bürger auf das Festland.<sup>37</sup> Die Ausreisebefugnis wurde seit 1987 schrittweise auf immer größere Personengruppen - u.a. Lehrer und andere öffentlich Bedienstete (1989), hohe Regierungsbeamte und KMT-Funktionäre (1990) - ausgedehnt (Trampedach 1992: 50; *China Post*, 24. Januar 1991). Auch die Einreisebestimmungen für festlandchinesische Besucher nach Taiwan wurden seit 1988 gelockert.<sup>38</sup>

- Zum 1. Januar 1988 wurde mit der Aufhebung der Zwölf-Seiten-Limitierung und der Zulassung neuer Zeitungen die Pressezensur aufgeweicht und ver-schwand - zumindest in den Printmedien - anschließend völlig aus dem öffentlichen Leben Taiwans.<sup>39</sup>

- Nach dem Tod des vielleicht letzten "strongman" in der taiwanesischen Politik, Chiang Ching-kuo, am 13. Januar 1988, wurde dessen Stellvertreter Lee Teng-hui nur wenige Stunden später zum ersten einheimischen Staatspräsidenten ernannt; auf dem 13. Parteikongreß der KMT im darauffolgenden Juli übernahm er dann auch das frei gewordene Amt des Parteivorsitzenden. Damit waren die höchsten Posten im Staat in der Hand eines Taiwanesen.

- Am 20. Januar 1988 wurde ein neues Versammlungs- und Demonstrationsgesetz (*chi-hui you-hsing fa*) in Kraft gesetzt, das auch unangemeldete Kundgebungen prinzipiell für rechtens erklärte. Paragraph 4 enthielt jedoch eine "Verbotstrias", auf die das KMT-Regime bis heute auch in anderen Gesetzeswerken pocht: keine Verletzung der geltenden Verfassung; keine Unterstützung des Kommunismus, kein Sezessionismus (vgl. Liu/Shih 1989: 26).<sup>40</sup>

- Genau ein Jahr später nahm das neue Gesetz über zivile Körperschaften (*jen-min t'uan-t'i fa*), das erstmals die Gründung oppositioneller Parteien zuließ, die letzte parlamentarische Hürde. Auch hier bildete die oben erwähnte "Verbotstrias" die Grenze des Erlaubten (vgl. Liu/Shih 1989: 1031).

- Am 3. Februar 1989 verabschiedete der Legislativ Yuan ein weiteres Gesetz, in dem allen "alten Abgeordneten" anempfohlen wurde, ihr Mandat aufzugeben. Eine solche Entscheidung sollte den greisen Amtshaltern mit fürstlichen Abfindungs- und Pensionszahlungen "erleichtert" werden, was die Opposition zu heftigen Attacken auf das Gesetz veranlaßte. Immerhin wurde damit aber die gesamte noch geltende Ausnahmegesetzgebung in Frage gestellt und die kompletten Neuwahlen der nationalen Parlamente zu einer realistischen Perspekti-ve.<sup>41</sup>

- Ungachtet des heftigen Widerstandes seiner innerparteilichen Gegner (vgl. Punkt 3.2.1) wurde Lee Teng-hui, der bisher lediglich die Amtszeit des verstorbenen Chiang Ching-kuo ausgefüllt hatte, am 21. März 1990 zum Präsidenten der Republik China gewählt. Damit schien die Kontinuität des mit seinem Namen verbundenen Reformprogramms der KMT endgültig gesichert zu sein. Wenig später erklärte der Präsident, er wolle die "Vorläufigen Bestimmungen" binnen eines Jahres außer Kraft setzen (*China Post*, 23. Mai 1990).

- Am 21. Juni 1990 beschied das oberste Verfassungsgericht als Antwort auf eine Oppositionsklage, daß alle in den Jahren 1947/48 auf dem chinesischen Festland gewählten Abgeordneten bis zum 31. Dezember 1991 endgültig zurücktreten müßten (vgl. hierzu Tab. 1-16, s.u.)! Mit diesem Urteil war die Tür zur baldigen Verabschiedung notwendiger Verfassungsreformen aufgestoßen, denn die Zentralparlamente würden in naher Zukunft nur noch mit zusätzli-chen Abgeordneten besetzt sein.

- Im Juli 1990 fand eine von Präsident Lee Teng-hui initiierte "Konferenz über nationale Angelenheiten" (*kuo-shih hui-yi*) unter der Beteiligung zahlreicher taiwanesischer Wissenschaftler aus dem In- und Ausland statt. Ihr Ziel war die Unterbreitung von Vorschlägen für die anstehenden Verfassungsreformen. Die Meinungen gingen allerdings zu weit auseinander, als daß konkrete Ergebnisse hätten erzielt werden können. Immerhin aber saßen in dieser Konferenz KMT und Opposition an einem Tisch und diskutierten miteinander (vgl. Feldman 1991).

**Tabelle 1-16: "Alte Abgeordnete" in den Zentralparlamenten vor der Ent-scheidung des obersten Verfassungsgerichtes**

	Total	Kontroll-yuan	Legislativ-yuan	National-versammlung
Gesetzlich vorge-sehene Gesamtzahl	4 041	223	773	3 045
1947/48 gewählt	3 890	180	757	2 953
"alte Abgeordnete"	847	22	152	673
"zus. Abgeordnete"	242	31	127	84
Stand März 1990 total	1 089	53	279	757

Quelle: *Chung-tao shih-pao*, 3. März 1990.

Im Frühjahr 1991 trat die Nationalversammlung zusammen und verabschiedete am 22. April ein erstes Paket von Verfassungsänderungen. Darin wurden komplette Neuwahlen aller drei nationalen Parlamente festgeschrieben. Umstritten war allerdings die Beibehaltung eines Notstandsrechts für den Präsidenten (Art. 7), die Fortgeltung aller mit der Ausnahmegesetzgebung verbundenen Bestimmungen bis zum 31. Juli 1992 (Art. 8) sowie das unveränderte Recht des Präsidenten, einen nationalen Sicherheitsrat einzuberufen (Art. 9). Die Opposition hatte sich zudem heftig gegen die Teilnahme der "alten Abgeordneten" gewehrt und die Sitzung lange vor der endgültigen Abstimmung aus Protest verlassen. Dennoch wurde mit diesem Reformpaket eines der wesentlichen Ziele der *Tang-wai*-Bewegung - nämlich gesamtaiwanische Wahlen - auf den Weg gebracht.<sup>42</sup> Im übrigen sollten im Frühjahr 1992 weitere Reformen beschlossen werden.

Nach über vierzig Jahren erklärte Präsident Lee Teng-hui am 1. Mai 1991 die "Vorläufigen Bestimmungen zur Mobilisierung für die Zeit der Niederschlagung der kommunistischen Rebellion" für aufgehoben. Damit trat die Verfassung von 1946 erstmals vollständig in Kraft und die im April verabschiedeten Verfassungsreformen erhielten Rechtsgültigkeit.<sup>43</sup> Im Laufe der darauffolgenden Wochen wurden zahlreiche Landesvertratsartikel abgeschafft.

Am 21. Dezember wurde eine neue Nationalversammlung gewählt. Dabei handelte es sich um die ersten wirklich freien und allgemeinen nationalen Wahlen in Taiwan überhaupt.<sup>44</sup>

Die frisch gewählte Nationalversammlung trat, wie vorgesehen, im April 1992 erneut zusammen, um über ein weiteres konstitutionelles Reformpaket zu beraten. Der dazu am 27. Mai 1992 verabschiedete zweite Verfassungszusatz modifizierte die Struktur des politischen Systems Taiwans und stärkte die

Kompetenzen der Nationalversammlung und des Staatspräsidenten. Die Mitglieder des Kontroll-, Prüfungs- und Justizyuanen werden seitdem vom Präsidenten nominiert und von der Nationalversammlung bestätigt (vgl. oben Schaubild 1-2). Die entscheidenden beiden Fragen - das Verhältnis zwischen Präsident, Legislative und Exekutive sowie der zukünftige Modus der Präsidentenwahl - wurden jedoch vertagt und harren noch immer einer endgültigen Regelung.<sup>45</sup>

Nach langem harten Ringen wurde am 15. Mai 1992 der umstrittene Paragraph 100 des Strafgesetzbuches revidiert und damit die gewaltfreie Propagierung der taiwanesischen Unabhängigkeit legalisiert. Fortan können nur noch eine nachgewiesene Gewaltanwendung (*ch'iang-pao*) oder Nötigung (*hsieh-p'o*), die sich gegen den Staat richten, strafrechtlich geahndet werden. Im Anschluß an diese Gesetzesänderung wurden einige Dissidenten, die wegen ihrer offenen Unterstützung für *T'ai-tu* eingesperrt worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt.<sup>46</sup>

Am 19. Dezember 1992 fanden die ersten kompletten Neuwahlen des Legislativyan statt. Anschließend kam es zur Ablösung des konservativen früheren Vier-Sterne-Generals Hao Po-t's'un als Premierminister und zur Berufung des ersten einheimischen Premierministers, Lien Chan, im Februar 1993.<sup>47</sup> Mit diesem Schritt fand die demokratische Transition Taiwans ihren vorläufigen Abschluß.

Diese Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Reformen seit 1986 muß um mindestens zwei weitere Anpassungsstrategien des KMT-Regimes zur eigenen Legitimationserhaltung ergänzt werden: eine fortgesetzte außen- und binnenwirtschaftliche Liberalisierung seit den frühen 80er Jahren (vgl. hierzu im einzelnen Punkt 3.6.2) und eine neu akzentuierte Außen- und Chinapolitik, die im folgenden näher betrachtet werden soll. Beide haben erheblich zur Entideologisierung und damit auch zur Demokratisierung auf Taiwan beigetragen.

### 1.2.2 Flexible Diplomatie, pragmatische Beziehungen und die Nationalen Leitprinzipien - die legitimatorische Innenwirkung der neuen Außenpolitik Taiwans

Die starre Haltung der KMT in der Chinafrage - dokumentiert durch das Festhalten am Gesamtvertretungsanspruch sowie an einer eigenen Hallstein-Doktrin - hatte das Land seit dem UNO-Austritt 1971 international mindestens genauso isoliert wie die systematische Ausgrenzungspolitik der VR China. Nach der Einleitung der Transitionsphase drohte dieser Dogmatismus jedoch innenpolitisch gefährlich zu werden. Die mehrheitlich an einer staatlichen Unabhängigkeit Taiwans (*T'ai-tu*) orientierte DFP hatte jetzt genügend Spielraum, die Außen- und

Chinapolitik des Regimes bloßzustellen und zu diskreditieren. Es fiel ihr leicht, die Diskrepanz zwischen dem Herrschaftsanspruch der KMT-Regierung über ganz China und der Wirklichkeit ihres tatsächlichen Hoheitsgebietes politisch für sich zu nutzen; eingängig waren ihre Argumente, daß ein Staat, der seine eigene Souveränität einer fiktiven Idee opfert, niemals ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft werden könne. Schließlich genüge Taiwan allen formalen Ansprüchen eines Staatswesens - mit welchem Recht maße sich die KMT in Verkenennung der Realität deshalb überhaupt an, über den Status Taiwans zu befinden und dabei die legitimen Interessen der Bevölkerung außer acht zu lassen (vgl. hierzu auch Punkt 4.2)?

Mit ihrer starren Chinapolitik geriet die KMT in der Transitionsphase jedoch auch von anderer Seite zunehmend unter Druck. Zum einen wurden durch die seit 1987 legalisierten privaten Besuchskontakte zwischen Taiwan und dem Festland (vgl. oben), die Freigabe unpolitischer Publikationen aus der VR China (September 1987) und die Einrichtung direkter Telefonverbindungen (April 1988) bei der taiwanesischen Bevölkerung Erwartungen von weiteren Reise- und Kontakt erleichterungen geweckt. Noch wichtiger aber war wohl zum zweiten der wirtschaftliche Aspekt. Tatsächlich hatte sich der bilaterale Handel zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße - sowohl der indirekt-legale als auch der direkt-illegale - seit Mitte der 80er Jahre steil nach oben entwickelt (vgl. hierzu Punkt 3.6.3). Das "Festlandfieber" der taiwanesischen Unternehmer stand der offiziellen Politik der "Drei Nein" - keine Kontakte, keine Verhandlungen, keine Kompromisse - diametral gegenüber. Hier mußte sich die KMT bewegen, wollte sie nicht die Unterstützung der Wirtschaft verlieren.

Nach dem Tode Chiang Ching-kuos und der Machtübernahme Lee Teng-huis wurde deshalb im Herbst 1988 eine erste wichtige außenpolitische Kurskorrektur eingeleitet, die seitdem als flexible Diplomatie (*t'an-hsing wai-chiao*) oder Herleitung von pragmatischen Beziehungen (*wu-shih kuan-hsi*) bezeichnet wird. Dahinter steht der Versuch des KMT-Regimes, seine außenpolitische Isolierung zu durchbrechen und Peking auf diplomatischem Felde die Stirn zu bieten. Die flexible Demokratie stellte die taiwanesischen Variante der "Hallstein-Doktrin" zur Disposition. Fortan sollte jeder Staat mit Taiwan offizielle Beziehungen aufnehmen können - unabhängig davon, ob er selbst über ebensolche zu Peking verfügte.

Selbstverständlich lehnte die VR China eine Doppelerkennung ab und übt bis heute allenthalben Druck auf die Staatenwelt aus, eine diplomatische Ankerkennung Taiwans zu unterlassen. Diese Pressionen sind es auch, die es dem KMT-Regime unmöglich machen, in internationalen Organisationen unter der Bezeichnung "Republik China" mitzuarbeiten. Dennoch sind einige Erfolge der neuen außenpolitischen Akzentuierung unverkennbar. Zwar ist die kleine Zahl der Taiwan diplomatisch anerkennenden Länder in den letzten Jahren nicht

angestiegen<sup>48</sup> - wohl aber die jener Staaten mit sog. *pragmatischen* oder *substantiellen* Beziehungen zur Inselrepublik. Damit sind sub-offizielle Kontakte gemeint, die sich oft - so z.B. mit Blick auf das Verhältnis zwischen Taiwan und den USA bzw. Saudi-Arabien - nur dem Namen nach von der diplomatischen Ebene unterscheiden.

Schon Ende 1989 unterhielt Taiwan 66 inoffizielle Repräsentanzen in 43 Nationen (*Republic of China* 1990: 226; vgl. auch Weggel 1991: 289f), davon viele in Westeuropa, den USA, Kanada, Australien und Japan. Es handelt sich bei diesen Vertretungen zumeist um Wirtschaftsbüros, die manchmal quasi-konsularische Aufgaben wahrnehmen. Ihre Zahl hat sich nicht zuletzt nach dem Niedergang des Kommunismus in Osteuropa und der Markttöffnung dieser Länder stark erhöht.<sup>49</sup> Aber auch in Südostasien (Malaysia, Philippinen) sind die taiwanesischen Aktivitäten zur Herstellung substantieller Beziehungen von Erfolg gekrönt. Gleichzeitig geben sich heute hochrangige Repräsentanten der westlichen Industriestaaten unter den mißtrauischen Augen Pekings in Taiwan die Klinke fast schon in die Hand.<sup>50</sup> Natürlich geht es dabei in erster Linie um Wirtschaftskoperation und große Industrieprojekte, denn Taiwan ist ein in jeder Beziehung interessanter Handelspartner. Ohne die Politik der substantiellen Beziehungen wären solche "diplomatischen Bodengewinne" wohl Illusion.

Auch auf der Ebene der internationalen Organisationen trägt die Entideologisierung der taiwanesischen Außenpolitik erste Früchte. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, daß sich Taipei heute - wenngleich fast immer unter formalem Protest - prinzipiell dazu bereit erklärt, auf den von Peking vehement bekämpften Namen "Republik China" zu verzichten. Zwar hatte man schon vor 1988 gegenüber dem Internationalen Olympischen Komitee und der Asiatischen Entwicklungsbank Kompromisse gemacht und gab sich mit der Bezeichnung "Chinesische, Taipei" bzw. "China, Taipei" (*Chung-hua Tai-pei*, *Chung-kuo Tai-pei*) zufrieden. Mit der flexiblen Diplomatie wurde die Ausnahme jedoch zum Prinzip erhoben und damit der Ball in das Feld der VR China zurückgeworfen. 1991 konnte Taiwan erstmals an einer Tagung des "Asia Pacific Economic Council" (APEC) teilnehmen<sup>51</sup> und steht außerdem kurz vor seiner Aufnahme in das Internationale Zoll- und Handelsabkommen (GATT).<sup>52</sup>

Die Abkehr von der "Hallstein-Doktrin" bedeutete im Kern sogar, daß das KMT-Regime die VR China faktisch anerkannte. Zwar hatte sich die KMT von der Möglichkeit einer militärischen Rückeroberung bekanntlich bereits auf ihrem 12. Parteikongreß 1981 offiziell verabschiedet. Jetzt räumte der Präsident jedoch selber öffentlich ein, daß sich das Hoheitsgebiet der Republik China derzeit allein auf Taiwan (und einige von Taipei verwaltete Inseln) beschränke.<sup>53</sup> Eine offizielle Sprachregelung für die neue Sicht der Dinge war schnell gefunden: Fortan sollte das Verhältnis zur VR China mit der Begriffsdichotomie "Ein Land - zwei Regierungen" (*i-kuo liang-fu*) umschrieben und damit auf den eigenständigen

gen Charakter Taiwans hingewiesen werden. Auf diese Weise setzte sich die KMT deutlich von der offiziellen Sprachregelung der VR China ab. Peking vertritt seit der sino-britischen Erklärung über die Zukunft Hongkongs vom September 1984 explizit die Konzeption "Ein Land - zwei Systeme" (*i-kuo liang-chih*) und gesteht Taiwan nur den Status einer chinesischen Provinz zu.<sup>54</sup> Folgerichtig wettete Peking heftig gegen die aus seiner Sicht "gefährliche" neue Zwei-China-Politik der KMT.<sup>55</sup> Ungeachtet dessen bürgerte sich im Vorfeld der Aufhebung der "Vorläufigen Bestimmungen" und der damit verbundenen Beendigung des Kriegszustandes mit Peking im Mai 1991 auch der Begriff "zwei politische Entitäten" (*liang-ko cheng-chih shih-t'i*) ein.<sup>56</sup> Dies ist die "modernste" Sprachvariante des politischen Balanceaktes des KMT-Regimes, einerseits als souveräner Staat behandelt zu werden und andererseits die *Ein-China*-Politik trotzdem nicht aufzugeben.

Auf der Basis der flexiblen Diplomatie ließ das Regime in der Politik gegenüber Peking jedoch auch konkrete Taten folgen, die das chinesisch-chinesische Verhältnis in den letzten Jahren atmosphärisch zweifellos entschärfen haben (vgl. dazu im einzelnen Schubert 1991; Ts'ao 1991; Trampedach 1992). So entstanden 1990 insgesamt drei neue Organisationen, die heute in unterschiedlicher Weise mit der Formulierung und Implementierung der Chinapolitik der KMT befaßt sind: Der Rat für Nationale Wiedervereinigung (*kuo-chia t'ung-i wei-yüan-hui*) beim Präsidenten, die Kommission für die Angelegenheiten Festlandchinas (*ta-tu wei-yüan-hui*) beim Exekutiv Yuan und die halbamtliche Stiftung für den Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße (*hai-hsia chiao-lu chi-chin-hui*).<sup>57</sup> Die im Februar 1991 vom Rat für Nationale Wiedervereinigung verabschiedeten "Nationalen Leitprinzipien"<sup>58</sup> (*kuo-chia t'ung-i kang-ling*) gelten als die programmatische Grundlage der heute geltenden Chinapolitik der KMT. Ihnen entsprechend, stellt sich das Regime den Prozeß der Wiedervereinigung mit dem Festland (*Chung-kuo t'ung-i*) in drei Etappen vor, die von politischer Vernunft (*i-hsing*), der Bereitschaft zu Frieden (*ho-p'ing*) und dem Prinzip der gegenseitigen Gleichheit (*tui-teng*) geprägt sein sollen.<sup>59</sup>

Eine substantiell wirklich neue Chinapolitik hat das KMT-Regime mit den hier beschriebenen Organisationen und ihrem in den Nationalen Leitprinzipien abgefaßten Programm zwar ebensowenig entworfen<sup>60</sup> wie die flexible Diplomatie die Zahl der ausländischen Botschaften auf Taiwan bisher erhöht hat. Unter dem Gesichtspunkt der Legitimationserhaltung und "demokratischen Anpassung" sind die erzielten Ergebnisse jedoch keinesfalls zu unterschätzen:

1. Die KMT hat sich zu einer Modifizierung ihrer Chinapolitik bereitgefunden und den politischen Realitäten durch die Aufgabe ihrer "Hallstein-Doktrin" insofern Rechnung getragen, als sie ihren Gesamtvertretungsanspruch nur noch abstrakt aufrechterhält. Dadurch sind pragmatische Beziehungen zu einer Vielzahl von Staaten möglich geworden, deren Charakter sich oft nur

dem Namen nach von veritablen offiziellen Beziehungen unterscheiden. Taiwans internationales Gewicht wurde dadurch zweifellos aufgewertet.

2. In der Auseinandersetzung mit der VR China hat Taiwan nach Jahren der Passivität einen aktiveren Part übernommen und arbeitet heute selbst für den Aufbau einer gegenseitigen Vertrauensgrundlage, um die Kontakte zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße zu intensivieren. Dies liegt zwar nicht zuletzt im Interesse breiter Teile der Bevölkerung und vor allem der taiwanesischen Unternehmerschaft, hebt aber auch den Vorwurf Pekings aus, Taipei tue nichts für die bilaterale Klimaverbesserung.<sup>61</sup>

Insofern bildet die veränderte Außen- und Chinapolitik den dritten Mosaikstein neben den aufgeführten innenpolitischen Maßnahmen und der Wirtschaftsliberalisierung, mit denen das KMT-Regime den Demokratisierungsprozeß zu steuern bemüht war. Es wird im Laufe dieser Untersuchung geklärt werden, in welchem Maße und mit welchen politischen Akteuren die Reformen der hier übersichtsartig dargestellten demokratischen Transition Taiwans "von oben gewährt" oder aber "von unten erstritten" wurden. Zweifellos müssen die Reformen jedoch in den Kontext einer legitimatorischen Anpassungsstrategie des Regimes gestellt werden, die ausgesprochen erfolgreich verlief. Die KMT ist im Laufe des Demokratisierungsprozesses nicht abgewählt worden, sondern gestärkt daraus hervorgegangen. Nach wie vor ist sie die bestimmende politische Kraft in der Inselrepublik, auch wenn sie das Machtmonopol vergangener Jahre eingebüßt hat. Vergleicht man ihren heutigen Akzeptanzgrad in der breiten Bevölkerung mit der Situation der KPChina auf dem chinesischen Festland vier Jahre nach *Tiananmen*, so ist man - bei allen gegebenen Unterschieden - versucht zu fragen: Hätte die VR China 1989 nicht vom Taiwan des Jahres 1986 lernen können?

### 1.3 Zusammenfassung

Nach der Flucht nach Taiwan stand das KMT-Regime am Rande seines endgültigen Zusammenbruchs. Außenpolitisch war es isoliert und wurde massiv von der Roten Armee Mao Tse-tungs bedroht. Auf der Insel selbst stand es einer entfremdeten und feindlich gesinnten Bevölkerung gegenüber, die in den Festlandchinesen nach dem Massaker vom 28. Februar 1947 die neuen Kolonialisten Taiwans erblickten. In dieser kritischen Situation konnte es für das Regime zunächst nur um die bloße Existenzsicherung gehen. Außenpolitisch wurde diese nach dem Ausbruch des Koreakriegs von den USA garantiert. Im Innern praktizierte die KMT mit einer rigiden Ausnahmegesetzgebung und der Ausrufung des Kriegszustandes, einem repressiven und institutionell weitgespannten Sicherheitsapparat, der selbstherrlichen Implantierung eines für Gesamtchina ausgelegten Regierungssystems mit nicht abwählbaren Mandatsträgern, der Knebelung der Arbeiterschaft in korporatistischen Gewerkschaften und schließlich durch

eine ideologische Indoktrinierung des gesamten Kultur- und Erziehungswesens mit den "Drei Volksprinzipien" Sun Yat-sens sowie durch die *Ein-China*-Doktrin einen harten Autoritarismus. Dieser bildete jedoch nur die eine Seite ihrer Machtstabilisierung und wurde sehr schnell um eine politische Legitimationsstrategie ergänzt.

Durch die Parteireform von 1950-52 und den Aufbau einer lokalen Selbstverwaltung seit den frühen 50er Jahren konnte die KMT zahlreiche lokale Eliten erfolgreich kooptieren und damit als Oppositionspotential politisch neutralisieren. Als sich die kritische Intelligenz in den 70er Jahren neu formierte, baute das Regime sein "Taiwanisierungsprogramm" aus und bezog nun auch die höchsten politischen Ebenen mit ein. Dies verzögerte die Radikalisierung der Opposition zunächst. Vor allem aber die erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit spürbaren Verbesserungen des Lebensstandards der Bevölkerung innerhalb relativ kurzer Zeiträume verschaffte der KMT die notwendige Legitimationsbasis, mit der sie neben dem staatlichen Zwangsapparat - ihr Machtmonopol fast dreißig Jahre problemlos absichern konnte.

Dennoch war das Regime seit 1949 mit einigen *strukturellen Legitimationsdefiziten* belastet, die seine absolute Herrschaft latent bedrohten und bei innen- oder außenpolitischen Krisen prekär werden konnten. Der "ethnische" Konflikt mit der politisch diskriminierten taiwanesischen Bevölkerungsmehrheit konnte stets als oppositionelle Mobilisierungsressource instrumentalisiert werden und führte nach dem Massaker von 1947 zur Entstehung einer taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung vor allem in den USA und Japan. Die internationale Isolierung und Diskriminierung Taiwans seit 1971, die durch die starre Chinapolitik der festlandchinesisch-orientierten KMT-Führung verursacht wurde, vergrößerte kontinuierlich die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft. Gleichzeitig verringerte das *Ein-China*-Prinzip zu keiner Zeit die Gefahr einer kommunistischen Militärintervention. Die daran gekoppelte geostrategische Abhängigkeit von den USA raubte der KMT fast jeden außenpolitischen Spielraum.

Die Verschmelzung von Partei und Staat und die Politisierung des Militärs standen den Prinzipien "Rechtssicherheit" (bzw. Rechtsbindung von Politik) und "Wahrung der Menschenrechte" diametral gegenüber. Sie konterkarierten jede Bemühung des Regimes, sich unter den Augen der nationalen und internationalen Öffentlichkeit demokratische Legitimation zu erheischen (um die es sich z.B. in den relativ offenen Kaohsiung-Prozessen von 1980 bemühte) oder sich als demokratischer Staat zu profilieren (wie z.B. die Strafverfolgung der in den Mord an Henry Liu 1984 verstrickten Geheimdienstoffiziere suggerieren sollte). Gleichzeitig waren die Hierarchie- und Entscheidungsstrukturen in der Regierenspartei unterhalb der Ebene der beiden "paramount leaders" Chiang Kaishek und Chiang Chung-kuo völlig unklar. Spätestens nach dem Tod des jüngeren Chiang konnte dem Regime eine Nachfolge-Krise mit unabsehbaren politischen Konsequenzen drohen.

Der Auszug aus der UNO (1971) und die politischen Friktionen mit Japan Anfang der 70er Jahre führten zu einer ersten exogen induzierten, virulenten Legitimationskrise des Regimes, die durch die rasche Isolierung an der diplomatischen Front verstärkt wurde. Mit einer Mischung aus Kooptierung (Inkorporierung taiwanesischer Eliten in politische Spitzengremien) und Repression (Kaohsiung 1979) konnte jedoch der Druck noch einmal abgewendet und die sich seit Mitte der 70er Jahre stärker zusammenschließende politische Opposition unter Kontrolle gehalten werden. Dann jedoch stiegen die politischen Kosten für die Aufrechterhaltung des Autoritarismus beträchtlich. Die USA, der wichtigste Partner Taiwans, drängten auf Wirtschaftsliberalisierung und mahnten die Wahrung der Menschenrechte an. Die ökonomischen Erfolge wurden durch die Weltrezession nach der zweiten Ölkrise 1979 und die im Cathay-Skandal zutage tretende, korruptive Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft erheblich getrübt. Vor allem aber ließ sich die *Tang-wai*-Bewegung nicht länger von der "harten Hand" der KMT beeindruckten. Unter den wohlwollenden Augen Washingtons betrieb sie systematisch die Gründung einer eigenen Partei und schaffte im September 1986 mit der Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) entsprechende Fakten.

Die hierin zum Ausdruck kommende zweite Legitimationskrise - jetzt sowohl durch exogene als auch endogene Faktoren induziert - war für das Regime kritischer als die vorangegangene. Die KMT lenkte ein. Die Tolerierung der DFP und die von zahlreichen politischen Liberalisierungsmaßnahmen geprägten folgenden Jahre unterstrichen ihre Bemühungen, sich an die Spitze des Reformprozesses zu setzen. Insbesondere der Zeitraum 1986 bis 1989 - u.a. mit der Aufhebung des Kriegsrechts, der Pressezensur und des Parteienverbots, einer Quoten-erhöhung für die wählbaren nationalen Mandate und die Freigabe von Verwandtenbesuchen auf dem chinesischen Festland - suggerierte ein planvoll realisiertes Demokratietheorieprogramm der KMT. Allerdings geriet die Regierungspartei spätestens nach den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1989 unter einen noch stärkeren Druck "von unten" durch die sich zügig stabilisierende Opposition. Die Aufhebung des Ausnahmerechts und wichtiger Landesverratsartikel einschließlich der Revision des umstrittenen Paragraphen 100 des Strafgesetzbuches, die Pensionierung der "alten Abgeordneten", zwei Verfassungsänderungen, die kompletten Neuwahlen von Nationalversammlung und Legislativ Yuan sowie die Abwahl des konservativen Ex-Generals Hao Po-tsun vom Posten des Premierministers und schließlich die regierungsamtliche Anklage vom Mai 1993, die Republik China zurück in die UNO führen zu wollen (vgl. im einzelnen Punkt 4.2), gehören zu den politischen Meilensteinen der Jahre 1990-93.

In den folgenden Kapiteln dieser Untersuchung soll nun der Frage nachgegangen werden, welche politischen Kräfte in Regime und Opposition für diesen Entwicklungsverlauf verantwortlich waren, welche konkreten Zielvorstellungen sie antrieben und warum ihr Handeln gerade diesen Verlauf (und keinen anderen) nahm.



## 2 Gesellschaftliche Stratifizierung und politische Differenzierung - eine quantitative Annäherung an strategische und konfliktfähige Gruppen als Triebkräfte politischen Wandels auf Taiwan

### 2.1 Historische Ausgangsbedingung: Die herrschenden strategischen Gruppen in der exilierten Regimekoalition und die Stratifizierung der taiwanesischen Gesellschaft am Beginn der autoritären Ära 1949

Die Niederlage der KMT im chinesischen Bürgerkrieg und ihre anschließende Flucht nach Taiwan begründete die Herrschaft eines völlig isolierten Exilregimes. Im Zeitraum von 1948-51, so zitiert Domes (1982: 103) regierungsmittliche Quellen, folgten ca. 590.000 Zivilisten sowie 640.000 Soldaten und Offiziere dem geschlagenen Chiang Kai-shek auf die Insel. Tatsächlich dürften es aber an die zwei Millionen festlandchinesische Militärs, Staatsbeamte aller Ebenen, "fluchtkapitalstarke" Unternehmer (vor allem aus Shanghai und anderen ostchinesischen Küstenstädten) und loyale Parteilader gewesen sein, die nach Taiwan übersetzten (vgl. auch Cheng 1988).<sup>1</sup> Sie standen als festlandchinesische Minderheit einer einheimischen Bevölkerungsmehrheit von damals ca. sechs Millionen Menschen gegenüber. Diese wurden (und werden) zwar als *Taiwanesen* bezeichnet, sind aber strenggenommen genauoweng "ethnisch homogen" wie die aus verschiedenen chinesischen Provinzen stammenden "Festländer".<sup>2</sup> Ungeachtet dessen wird allerdings spätestens seit dem "Zwischenfall" vom 28. Februar 1947 der Konflikt zwischen den festlandchinesischen Besatzern und den früher eingewanderten Inselbewohnern als "ethnisch" perzipiert (vgl. Punkt 1.1.1).

Die taiwaneseische Gesellschaft selbst war 1949 - ähnlich den Verhältnissen auf dem chinesischen Festland - vorwiegend agrarisch geprägt. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung waren Bauern. Dabei besaßen vor der Agrarreform lediglich 36 Prozent das von ihnen genutzte Land selbst. Die 25 Prozent Teilpächter und knapp 40 Prozent Pächter hingegen wurden zu horrenden Pacht- und Zinszahlungen gezwungen, deren Höhe mancherorts mehr als 50 Prozent der Erträge auslag (Weggel 1991: 126). Gesicherte Angaben zur damaligen zahlenmäßigen Stärke der taiwanesischen Großgrundbesitzerschicht gibt es nicht. Immerhin verweist Ho (1978: 160) darauf, daß im Jahre 1939 etwa 56 Prozent der kultivierten Fläche Taiwans verpachtet waren. Bekannt ist auch, daß die "landlords" mit den japanischen Kolonialisten kollaborierten und deren "grüne Revolution" - die Intensivierung der Landwirtschaft, z.B. durch Züchtung neuer Reissorten und eine ständige Verbesserung der Bewässerungssysteme - unterstützten. Sie waren zum damaligen Zeitpunkt ohne Zweifel die stärkste einheimische politische Kraft auf der Insel. Deshalb hatte die kurz nach der Flucht des KMT-Regimes in Angriff genommene Agrarreform auch das Ziel, sich dieser mächtigen strategischen Gruppe zu entledigen.

Eine einheimische Unternehmerschaft - man sollte wohl eher von kleinen Warenproduzenten sprechen - gab es 1949 genauso wie eine entsprechende Industrie-Unternehmerschaft erst in Ansätzen. So existierten 1949 insgesamt 9.621 private taiwaneseische Unternehmen bzw. Manufakturbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von lediglich 67.600. Dies entsprach lediglich 1,13 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung (Liu 1987: 124). Entsprechende Angaben für die Belegschaften der großen, von den Japanern 1945 übernommenen Staatsbetriebe fehlen. Die einheimischen Unternehmer fungierten häufig als Zulieferer für diese Großunternehmen und waren 1949 der staatlichen Wirtschaftspolitik völlig ausgeliefert (vgl. Punkt 3.6.2).

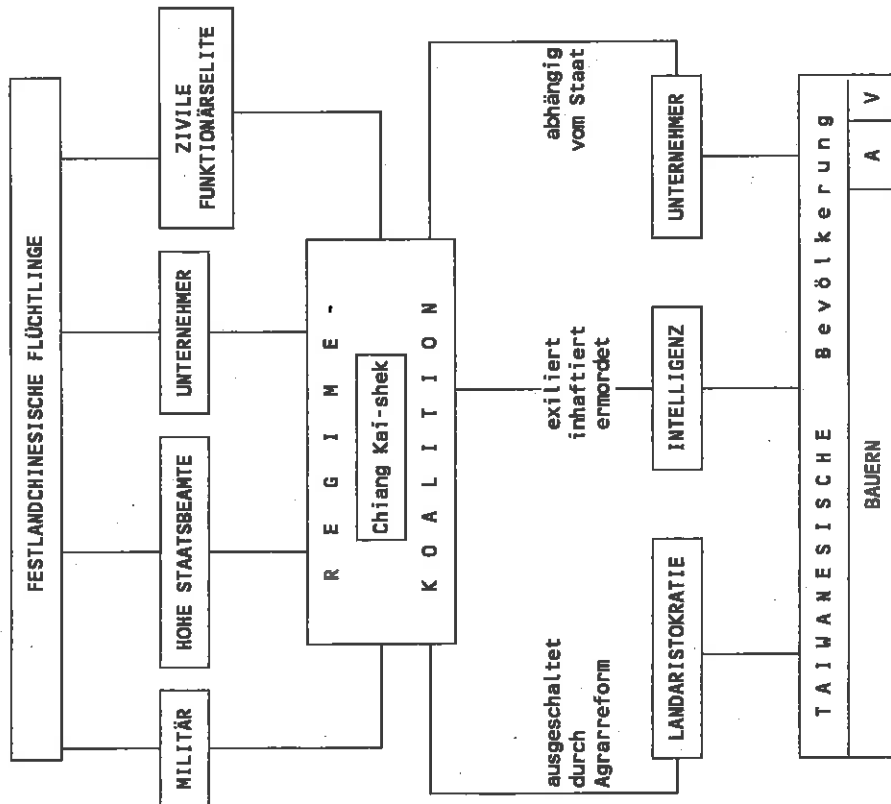
Bedingt durch die japanische Kolonialpolitik, waren Taiwanesen kaum als Verwaltungsbearbeiter eingesetzt worden. Auch ihre Möglichkeiten, als freiberufliche Professionals zu arbeiten, wurden eng begrenzt:

41.3 percent of the Japanese who lived in Taiwan in 1905 were engaged in government work and other professions, while only 1.8 percent of the Taiwanese were involved in these occupations in the same year (Barclay 1954: 66).

Dieses Verhältnis hatte sich bis 1930 nur geringfügig zugunsten der Taiwanesen verlagert (von 45,6 zu 2,7 Prozent) und blieb bis zum Abzug der Japaner im wesentlichen unverändert. Allein auf der Dorfebene gab es taiwaneseische Verwaltungsleiter, die allerdings einer rigiden Kontrolle durch die Japaner unterlagen (Gold 1986: 35f). Nur ein Sechstel der Polizeikräfte auf der Insel wurde von Taiwanesen gestellt, wobei diese kaum Aufstiegschancen besaßen und untergeordnete Positionen bekleideten. Das Mißtrauen der Japaner gegenüber den einheimischen Beamten führte dazu, daß es nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eine taiwaneseische Beamtenschaft de facto nicht gab. Als 1945 die KMT das Ruder übernahm, rückten Festlandchinesen auf die frei gewordenen Posten und wurden 1949 durch die vielen geflüchteten KMT-loyalen Beamten weiter verstärkt.<sup>3</sup>

Das japanische Ausbildungssystem diskriminierte die einheimischen Taiwanesen derart, daß für sie keine höhere - geschweige denn universitäre - Ausbildung auf Taiwan möglich war. Schon die Mittelschulen wurden prinzipiell den japanischen Kindern vorbehalten (Weggel 1991: 85). Daher gelang es nur wenigen, zumeist überdurchschnittlich begabten Taiwanesen zu studieren. Auch konnten sie dies nur in Japan tun, wo sie zudem häufig noch von einer dortigen Universität berufen werden mußten. Und letztlich blieben ihre Wahlmöglichkeiten auf jene Fakultäten beschränkt, deren Ausbildung für die japanische Kolonialpolitik von Nutzen war - so z.B. Medizin oder Agrarwirtschaft. Aus diesen Gründen gab es nur wenige einheimische, die in der Kolonialzeit in den typischen Berufsberufen arbeiteten und damit zur modernen Intelligenz des Landes aufsteigen konnten. Schließlich hatten die politischen Verfolgungen im Anschluß an den Volksaufstand von 1947 dafür gesorgt, daß auch die wenigen kritisch denkenden Intellektuellen Taiwans ausgeschaltet wurden.

Schaubild 2-1: Die strategischen Gruppen der Regimekoalition und die politische Ausschaltung der alten taiwanesischen Gesellschaft 1949



A: Arbeiter  
V: Verwaltungsbeamte

Somit konnte ein festlandchinesisches Bündnis aus mächtigen Militärs, einflussreichen Staatsbeamten, reichen Unternehmern und loyalen Parteikadern unter der Führung des charismatischen Generals und Parteichefs Chiang Kai-shek 1949 die Macht auf Taiwan übernehmen, ohne auf irgendwelchen nennenswerten Widerstand zu stoßen (vgl. Schaubild 2-1). Diese Regimekoalition monopolisierte in ökonomischer und politischer Hinsicht die Macht, ohne allerdings eine gesellschaftliche Basis zu besitzen. Mit der Übernahme der japanischen Staatsbe-

triebe besaß sie von Anfang an eine solide materielle Ressourcenbasis, die seit 1950 durch eine üppige Militär- und Wirtschaftshilfe aus den USA aufgestockt wurde (vgl. im einzelnen Punkt 1.1.1). Den Verwaltungsapparat besetzte sie hauptsächlich mit eigenen Leuten und sicherte auf diese Weise die Umsetzung ihrer Modernisierungspolitik ebenso problemlos ab wie das staatliche Gewaltmonopol mit einem vom Militär kontrollierten, überaus perfiden Sicherheitsapparat. Taiwan besaß 1949 keine einzige oppositionelle Gruppierung, die der Machtposition dieser Regimekoalition etwas Wirksames hätte entgegensetzen können.

Die folgenden Jahrzehnte anhaltender wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Differenzierung konnten jedoch für das Machtmonopol des KMT-Regimes nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse veränderten sich und führten allmählich zur Politisierung immer größerer Teile der taiwanesischen Bevölkerung. Sie bildeten den Humus für jene konfliktfähigen Gruppen, deren Entstehung und Formierung Mitte der 80er Jahre zum demokratischen Wandel in dem Inselstaat führte. Das folgende Kapitel bemüht sich um eine Quantifizierung der sozialen Stratifikation Taiwans in historischer Perspektive und fragt - neben den "klassischen" sozialstatistischen Gruppen - insbesondere nach der Stärke der Mittelschichten, denen im allgemeinen eine zentrale Bedeutung bei der Demokratisierung eines Landes eingeräumt wird. Sollte dies auch für Taiwan zutreffen, müssen hier die besonders aktiven Segmente von oppositionellen konfliktfähigen Gruppen vermutet werden.

## 2.2 Sozialstrukturelle Transformationsprozesse auf Taiwan 1949-1993: Veränderte Kräftekonstellationen und die Entstehung neuer Mittelschichten

### 2.2.1 Die Agrarbevölkerung: Großgrundbesitzer und Eigentümerbauern

Genauere Angaben zur Grundbesitzerschicht - insbesondere in den ersten Jahren nach der zwischen 1949 und 1953 durchgeführten Agrarreform - lassen sich kaum finden. Fest steht aber, daß es sich dabei schon damals um eine nicht mehr signifikante Größe gehandelt hat. Tsai (1989: 171) spricht im Zusammenhang mit den Zwangsentzugnungen von 106.049 betroffenen Großgrundbesitzern Anfang 1950, was in etwa 5,8 Prozent der damals im erweiterten Agrarischen Sektor Beschäftigten entsprach. Ihnen standen 302.277 von der Agrarreform begünstigte Pachtbauern-Familien gegenüber (ebd.: 176). Die Großgrundbesitzer wurden zu siebzehntel in Naturalien und zu dreißig Prozent mit Anteilscheinen an vier privatisierten Staatsunternehmen entschädigt, was jedoch nur einem kleinen Teil von ihnen zu einer neuen - nunmehr unternehmerischen - Karriere verhalf.<sup>4</sup> Die meisten "landlords" verkauften ihre Aktien sehr schnell und oft mit großen Verlusten (Yang 1970: 276).

Tabelle 2-1: Agrarbevölkerung nach Landbesitzern und Pächtern (in Tausend)

Jahr	Insgesamt Zahl	% d.Bev.	Eigentümer	Teilpächter	Pächter	Durchschnittliche Betriebsgröße (ha)
1952	4 257	52,4	1 598 (38%)	1 113 (26%)	1 546 (36%)	1,29
1955	4 603	50,7	2 708 (59%)	1 084 (23%)	811 (18%)	1,19
1960	5 379	49,8	3 463 (64%)	1 157 (22%)	753 (14%)	1,11
1965	5 739	45,4	3 873 (67%)	1 179 (20%)	723 (13%)	1,05
1970	5 997	40,9	4 642 (77%)	737 (13%)	618 (10%)	1,03
1975	5 598	34,7	4 572 (82%)	540 (9%)	486 (9%)	1,06
1980	5 288	29,7	4 353 (82%)	556 (11%)	379 (7%)	1,04
1985	4 146	21,5	3 384 (82%)	496 (12%)	266 (6%)	1,15
1990	4 262	20,9	3 609 (85%)	371 (9%)	281 (6%)	1,05
1991	4 159	20,2	3 379 (81%)	537 (13%)	243 (6%)	1,08
1992	4 039	19,5	3 423 (85%)	429 (10%)	187 (5%)	1,11

Quelle: TSDB 1993.

Ch'en Yang-teh (1986) konstatiert, daß die Schicht der Großgrundbesitzer zwischen 1950 und 1970 völlig verschwand. Asche (1984: 89) errechnete in seiner Studie - die zu den "größeren Grundbesitzern" all jene zählt, die über mindestens drei Hektar Boden oder mehr verfügen und sich vollständig auf die Funktion des nur noch verwaltenden "farm director" zurückziehen können - für 1979 eine Zahl von 2.617 solcher "landlords". Zu ihnen zählte er weitere 1.519 Personen, die in

Tabelle 2-2: Beschäftigungsentwicklung nach Sektoren  
(in Prozent der Erwerbsbevölkerung)

Jahr	Total	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1952	100	56,1	16,9	27,0
1955	100	53,6	18,0	28,4
1960	100	50,2	20,5	29,3
1965	100	46,5	22,3	31,2
1970	100	36,7	28,0	35,3
1975	100	30,4	34,9	34,7
1980	100	19,5	42,4	38,1
1985	100	17,5	41,4	41,1
1990	100	12,9	40,8	46,3
1991	100	12,9	40,1	46,9
1992	100	12,3	39,8	47,9

Quelle: TSDB 1993.

vergleichbarer Stellung "diverse Zuchten und Kulturen" betrieben. Selbst nach dieser erweiterten Rechnung entspräche die Schicht der Großgrundbesitzer nur 0,07 Prozent der Agrarbevölkerung desselben Jahres. Sheu (1989: 120) wiederum zitiert eine regierungsamtliche Studie, derzufolge der entsprechende Anteil Ende der 80er Jahre nur bei ca. 0,01 Prozent lag. Die von den Großgrundbesitzern kontrollierte Bodenfläche beträgt auch nach großzügiger Auslegung der von Asche genannten Zahlen nur zwischen ein und zwei Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (TSDB 1993). Damit verfügen diese kaum über materielle Ressourcen. Tatsächlich scheiden die Großgrundbesitzer als einflußreiche politische Kraft auf Taiwan de facto aus.

Tabelle 2-3: Produktivität und Einkommensentwicklung im Agrarsektor und im industriellen Sektor in Prozent (1986 = 100)

Jahr	Jährliche Wachstumsrate Agrarproduktion <sup>a</sup> Industrieproduktion	Durchschnittlicher Anteil der Einkommen der bäuerlichen Haushalte an den Einkommen der nicht-bäuerlichen Haushalte <sup>b</sup>
1952	11,2	
1955	2,9	74,95 <sup>c</sup>
1960	0,6	83,75 <sup>d</sup>
1965	6,6	61,26 <sup>e</sup>
1970	6,9	69,76 <sup>f</sup>
1975	-1,4	75,40
1980	1,1	81,57
1985	3,1	81,45
1986	-0,3	83,32
1987	13,9	83,10
1988	8,0	80,77
1989	1,5	79,93
1990	-0,2	78,70
1991	2,1	79,95
1992	1,5	n.a.
	-2,8	
	3,6	
1952-85	3,9	11,8
1986-92	1,4	6,0
		(1954-1985)

a) Gesamtindex aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischereiwirtschaft und Viehhaltung

b) vor 1975 keine Angaben

c) für 1954

d) für 1959

e) für 1964

f) für 1966

g) 1986-92

Quelle: TDSB 1993, DGBAS 1992b; Amsden 1979: 359.

Mit dem Abstieg der Großgrundbesitzer war die parallele Entfaltung einer Klasse der kleinen Eigentümerbauern verbunden. Ihr Anteil an der Agrarbevölkerung ist von 38 Prozent im Jahre 1952 auf 85 Prozent vierzig Jahre später angestiegen (vgl. Tab. 2-1), wobei der entscheidende dritte Schritt der Agrarreform, das "land-to-the-tiller"-Programm von 1953, den größten Schritt nach vorn bedeutete.<sup>5</sup> Gleichzeitig nahmen die Zahlen der Pächter (von 36 auf fünf Prozent) und Teilpächter (von 26 auf zehn Prozent) zwischen 1952 und 1992 stetig ab.

Die taiwanische Agrarwirtschaft sieht sich vor allem in den letzten Jahren mit großen strukturellen Problemen konfrontiert. So hat nicht zuletzt die durch das Erbrecht bedingte Parzellierung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu einem erheblichen Rückgang der Gesamtproduktivität geführt. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Agrarproduktion zwischen 1952 und 1992 betrug real lediglich 2,7 Prozent - gegenüber gut 9,3 Prozent im industriellen Sektor (vgl. Tab. 2-3). Mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von nur noch wenig mehr als einem Hektar reichen die Erträge aus der Landwirtschaft kaum mehr aus, um allen Mitgliedern eines bäuerlichen Haushalts eine ausreichende Reproduktionsbasis zu sichern. Immer mehr junge Leute verlassen die Betriebe und bemühen sich um besser bezahlte Arbeitsplätze im sekundären oder tertiären Sektor. Die stetige Abwärtsentwicklung der Erwerbstätigenzahlen im primären Sektor (vgl. Tab. 2-2) verdeutlicht die auch für Taiwan bereits seit langem typischen Migrationen in die industrialisierten Städte. So verringerte sich der Anteil der Agrarbevölkerung an der Gesamtbevölkerung Taiwans in den letzten drei Dekaden rasant und betrug Ende 1992 nur noch 12,3 Prozent. Auch die Einkommenssituation der bäuerlichen Haushalte hängt jener der nicht-bäuerlichen Haushalte hinterher, wenngleich dies im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern nicht dramatisch zu nennen ist (vgl. Tab. 2-3). Die wirtschaftliche Situation der Landwirte hat sich seit Mitte der 80er Jahre zudem dadurch verschärft, daß die Regierung aufgrund starken amerikanischen Drucks zu einschneidenden Liberalisierungsmaßnahmen bei den Agrarimporten gezwungen wird.<sup>6</sup> Insofern zählen Taiwans Bauern heute zu den absoluten und relativen Modernisierungsverlierern.

### 2.2.2 Unternehmer und abhängig Erwerbstätige

Der rasante Aufstieg der taiwanischen Unternehmerschaft sowie der hohe Anteil der im Privatssektor Beschäftigten gehört zu den auffälligsten Merkmalen des taiwanischen Modernisierungsprozesses. 1949 betrug der Unternehmeranteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gerade 0,03 Prozent. Er machte vor allem in den 70er und 80er Jahren einen quantitativen Sprung nach vorn und steht gegenwärtig bei über 5 Prozent (vgl. Tab. 2-4). Die gleichzeitige (verhaltensne) Abnahme der Kategorie der kleinen Selbständigen ("own-account workers") verweist auf den für Taiwan typischen Aufstieg des Kleinkapitalisten zu einem größeren Unternehmer und die unveränderte Relevanz des konfuzianischen Postulats, in eigener Verantwortung nach gesellschaftlicher Anerkennung zu streben.

Zudem dominiert auf Taiwan bei den Beschäftigtenzahlen der Privatssektor klar über den Staatssektor - in dieser Größenordnung nicht gerade typisch für die Weltentwicklungsregionen. Nur rund 11 Prozent aller Beschäftigten (17 Prozent aller abhängig Beschäftigten) arbeiten heute noch als Angestellte in der öffentlichen Verwaltung oder als Arbeiter in den staatlichen Betrieben - letztere übrigens mit einem Beamtenstatus, aber lange Zeit ohne die Möglichkeit, sich in unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren.<sup>7</sup> Dahingegen sind weit über die Hälfte der gesamten Erwerbsbevölkerung im Privatssektor beschäftigt - mit Blick auf die Gesamtzahl *aller* abhängig Beschäftigten als eigener Bezugs-kategorie handelt es sich seit Anfang der 80er Jahre sogar um über 80 Prozent (vgl. Tab. 2-5; die Verwaltungsbeamten werden von den Tabellen 2-4 und 2-5 nicht erfaßt).

Tabelle 2-4: Unternehmer, kleine Selbständige und abhängig Beschäftigte in Tausend (in Klammern: Prozent)

Jahr	Erwerbsbevölkerung	Unternehmer <sup>a</sup>	kleine Selbständige	unbezahlte Familienmitglieder	Lohn- und Gehaltsempfänger Privater S.	Öffentl. S.
1949 <sup>b</sup>		9,6			67 <sup>b</sup>	
1952 <sup>b</sup>		9,8 (0,03)			132 <sup>b</sup>	
1964	3 658 (100,0)	79 (2,2)	1 092 (29,9)	961 (26,3)	1 025 (28,0)	501 (13,7)
1965	3 763 (100,0)	83 (2,2)	1 086 (28,9)	946 (25,1)	1 100 (29,2)	548 (14,6)
1970	4 576 (100,0)	131 (2,9)	1 200 (26,2)	918 (20,1)	1 750 (38,2)	578 (12,6)
1975	5 521 (100,0)	137 (2,5)	1 342 (24,3)	879 (15,9)	2 503 (45,3)	660 (12,0)
1980	6 547 (100,0)	290 (4,4)	1 341 (20,5)	701 (10,7)	3 400 (51,9)	815 (12,5)
1985	7 428 (100,0)	319 (4,3)	1 544 (20,8)	804 (10,8)	3 896 (52,5)	865 (11,7)
1986	7 733 (100,0)	331 (4,3)	1 563 (20,2)	840 (10,9)	4 081 (52,8)	919 (11,9)
1987	8 022 (100,0)	342 (4,3)	1 537 (19,2)	794 (9,9)	4 415 (55,0)	935 (11,7)
1988	8 108 (100,0)	365 (4,5)	1 534 (18,9)	772 (9,5)	4 498 (55,5)	938 (11,6)
1989	8 258 (100,0)	381 (4,6)	1 552 (18,8)	759 (9,2)	4 624 (56,0)	943 (11,4)
1990	8 283 (100,0)	399 (4,8)	1 543 (18,6)	744 (9,0)	4 641 (56,0)	956 (11,5)
1991	8 439 (100,0)	431 (5,1)	1 572 (18,6)	770 (9,1)	4 700 (55,7)	966 (11,5)

a) Aus vielen amtlichen Statistiken geht leider nicht hervor, wo die quantitative Grenze zwischen den kleinen Selbständigen und den Unternehmern genau verläuft. Zu diesbezüglichen Aussagen vgl. Punkt 6.2.3.3.

b) Angaben nach Liu (1987: 124)

Quelle: *Statistical Yearbook of the Republic of China*, verschiedene Jahrgänge.

**Tabelle 2-5: Prozentuale Anteile der abhängig Beschäftigten im Privatsektor und im Staatssektor**

Jahr	Privatsektor	Staatssektor
1946 <sup>a</sup>	34,6	65,4
1952	63,6	36,4
1965	66,7	33,3
1970	75,2	24,8
1975	78,6	21,4
1980	80,6	19,4
1985	81,8	18,2
1986	81,6	18,4
1987	82,5	17,5
1988	82,7	17,3
1989	83,0	17,0
1990	82,9	17,1
1991	83,0	17,0

a) Angaben nach Liu (1987: 127)

Quelle: *Statistical Yearbook of the Republic of China*, verschiedene Jahrgänge.

**Tabelle 2-6: Entwicklung der Beamtenzahlen auf Taiwan (1981-1991)**

Jahr	Bevölkerung	Beamte	Anteil a.d. Bevölkerung	jährliche Zunahme um	Wachstumsrate gegenüber Vorjahr
1981	18 136 000	436 988	2,40%	22 123	5,33%
1982	18 458 000	447 654	2,43%	11 066	2,53%
1983	18 733 000	456 274	2,44%	8 620	1,92%
1984	19 012 000	468 750	2,47%	12 476	2,72%
1985	19 258 000	483 732	2,51%	14 982	3,19%
1986	19 455 000	491 072	2,52%	7 340	1,51%
1987	19 673 000	499 263	2,54%	8 191	1,66%
1988	19 904 000	511 559	2,58%	12 296	2,46%
1989	20 107 000	531 487	2,64%	19 972	3,89%
1990	20 353 000	544 066	2,67%	12 579	2,36%
1991	20 557 000	554 044	2,69%	10 018	1,84%
1981-91			2,54%		2,67%

Quelle: Central Personnel Administration (*jen-shi-ch'u*), Exekutiv Yuan, März 1992.

### 2.2.3 Die Staatsbeamten

Das schnelle und unkontrollierte Wachstum unproduktiver Staats- und Verwaltungsapparate gehört zu den größten Problemen in den Entwicklungsregionen der Welt. Das Paradigma der sog. *Parkinsonschen Bürokratisierung*<sup>8</sup> suggeriert in diesem Kontext ein Gesetz des automatischen Wachstums staatlicher Bürokratien und beschreibt einen wesentlichen Hemmschuh für jede erfolgsprechende Modernisierungsstrategie: das Mißverhältnis zwischen den von einer Gesell-

**Tabelle 2-7: Rekrutierung von Staatsbeamten nach Tätigkeitsfeldern (in Klammern: Prozent)**

Jahr	Insgesamt	Regierungsverwaltung	Staatsbetriebe	Schuldienst
1957	157 656 (100)	75 529 (47,9)	33 079 (21,0)	49 048 (31,1)
1960	200 139 (100)	83 569 (41,8)	48 935 (24,5)	67 608 (33,8)
1965	237 649 (100)	92 546 (38,9)	57 977 (24,4)	87 126 (36,7)
1970	288 170 (100)	109 334 (37,9)	68 599 (23,8)	110 237 (38,3)
1975	361 902 (100)	120 870 (33,3)	104 443 (28,9)	136 589 (37,7)
1980	420 409 (100)	144 792 (34,4)	121 957 (29,0)	153 660 (36,6)
1985	491 250 (100)	172 238 (35,0)	153 093 (31,2)	165 919 (33,8)
1990	552 786 (100)	201 410 (36,4)	168 069 (30,4)	183 307 (33,2)

Anmerkung: Die Zahlen von Exekutiv- und Prüfungsyuan weichen aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden leicht voneinander ab.

Quelle: Ministry of Personnel (*ch'üan-hsi-pu*), Prüfungsyuan, März 1992.

schaft real erwirtschafteten Revenuen und dem von der Beamtenschaft davon abgezweigten - und zumeist unproduktiv konsumierten - Anteil. Aufgeblähte Verwaltungsapparate sind ein augenfälliges Merkmal vieler Entwicklungsländer (vgl. hierzu u.a. Tezclaff 1981; Rüländ 1986; Evers/Schiel 1988: 236ff). Um so auffälliger ist, daß in Taiwan die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Beamtenschaft mit 2,67 Prozent moderat ausfällt und auch nicht wesentlich vom Durchschnitt der westlichen Industriestaaten abweicht (vgl. Tab. 2-6).

Die "stabilen" Beamtenzahlen sind nicht zuletzt auf das in Taiwan stark reglementierte Rekrutierungsverfahren für den öffentlichen Dienst zurückzuführen, das jedoch nur für die Regierungsbeamten und nicht für den Schuldienst und die Staatsbetriebe gilt (vgl. Tab. 2-7). Dieses liegt in der Verantwortung des Prüfungsyuan (*k'ao-shih-yuan*), einer separaten Behörde von Verfassungsrang (vgl. Examination Yuan 1984, 1989 und Punkt 1.1.1). Der Prüfungsyuan ist ein Relikt der alten konfuzianischen Mandarintatradition. Bewerber für den Regierungsdienst durchlaufen - entsprechend ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung - ein spezielles, hoch formalisiertes Prüfungsverfahren, das über ihre Aufnahme ent-

scheidet. Die genaue Zahl der akzeptierten Beamtenanwärter wird in Einklang mit der staatlichen Personalpolitik im voraus festgelegt. Dies erklärt auch die relative Gleichmäßigkeit des Anstiegs der jährlichen Beamtenzahlen. Einer willkürlichen, patronage-orientierten "Parkinsonschen Bürokratisierung" sind somit enge Grenzen gesetzt, zumal die Zahl der Verwaltungsbeamten alljährlich nach ökonomischen Bedarfskriterien bestimmt und heute zudem von der Opposition rigoros kontrolliert wird.<sup>9</sup>

**Tabelle 2-8: Beamtenzahlen im internationalen Vergleich 1990/91**

Land	Gesamtbevölkerung	Beamte	Anteil Beamte/ Gesamtbevölkerung
USA	248 709 873	17 865 847	7,18% (1)
GB	58 600 000	1 527 300	2,70% (2)
F	56 097 000	2 007 000	3,58% (3)
Japan	123 622 541	4 476 000	3,62% (4)
Südkorea	42 000 000	818 000	1,95% (5)
Taiwan	20 585 161	554 044	2,89% (6)

- (1) Angaben f. 1991
- (2) Angaben f. 1990
- (3) Angaben f. 1990
- (4) Angaben f. 1990
- (5) Angaben f. 1991
- (6) Angaben f. 1991

Quelle: Government Information Office (*hsin-wen-chü*), Exekutiv Yuan, März 1992.

Von besonderer politischer Relevanz ist die "ethnische" Fraktionierung der Beamtenschaft, auf die an anderer Stelle noch näher eingegangen werden wird. Tatsache ist, daß ein vergleichsweise hoher relativer Anteil der Verwaltungsbeamten festlandchinesischer Herkunft ist (Gates 1981: 255,257; vgl. im einzelnen Punkt 3.4). Dies deutet auf die staatliche Privilegierungspolitik des KMT-Regimes zugunsten ihrer loyalsten Klientel hin, die auch heute noch nachweisbar ist. Allerdings hat diese zu keinem Zeitpunkt dazu geführt, daß verwaltungstechnische Kompetenz und Effizienz auf dem Altar politischer Opportunitätsüberlegungen geopfert worden wären. Die taiwanesischen Bürokratie ist niemals eine parasitäre Belastung für die Volkswirtschaft des Landes gewesen. Sie hat sich noch nicht einmal ein besonders großes Stück aus dem "Verteilungskuchen" herausgeschnitten.

## 2.2.4 Professionals

Professionals müssen sozialstatistisch vor allem in der Gruppe der (höheren) Angestellten und der Freiberufler verortet werden. Die quantitative Entwicklung dieser letzteren Gruppe läßt sich vor allem - wie in jeder Bildungsgesellschaft - am Beispiel der Professoren und Lehrer, der Ärzte und auch der Studenten verdeutlichen. Tabelle 2-9 gibt zunächst Auskunft über jene Berufsgruppen, in denen vorwiegend Professionals abhängig beschäftigt sind. Zu Beginn der 90er Jahre machte ihr Anteil insgesamt bereits über ein Viertel der Erwerbsbevölkerung aus, kurz vor Einleitung der Transitionsphase (1985) waren es rund 21 Prozent. Dies entspricht in etwa den neuesten Forschungsergebnissen über die Größe der taiwanesischen Mittelschichten (vgl. unten).

**Tabelle 2-9: Angestellten-Berufsgruppen mit hohem Professional-Anteil in Tausend (in Klammern: Prozent)**

Jahr	Erwerbsbevölkerung	Professionals/ Techniker	Hohe Verwaltungsangestellte und -beamte/ Manager	Mittlere und kleine Angestellte
1965	3 763 (100)	173 (4,59)	15 (0,40)	305 (8,10)
1970	4 576 (100)	216 (4,72)	18 (0,39)	444 (9,70)
1975	5 521 (100)	274 (4,96)	42 (0,76)	586 (10,61)
1980	6 547 (100)	362 (5,53)	58 (0,89)	848 (12,95)
1985	7 428 (100)	451 (6,07)	61 (0,82)	1 013 (13,64)
1990	8 282 (100)	646 (7,80)	84 (1,02)	1 337 (16,14)
1991	8 439 (100)	666 (7,89)	88 (1,04)	1 381 (16,37)

a) Gemeint sind hier vor allem Ingenieure, Naturwissenschaftler etc.  
Quelle: *Statistical Yearbook of the Republic of China 1992*.

Bei den Freiberuflern (hier: Ärzte/Pharmazeuten und Professoren/Lehrer) zeigt sich erwartungsgemäß, daß ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich angestiegen ist und heute bei etwas über einem Prozentpunkt liegt. Bezogen auf die Erwerbsbevölkerung, ist ihr Quorum in den letzten zwanzig Jahren nahezu konstant geblieben und mit heute fast drei Prozent durchaus beachtlich (vgl. Tab. 2-10).

Auch die Entwicklung der Studentenzahlen (vgl. Tab. 2-11) weist indirekt auf das statistische Anwachsen der Gruppe der Professionals hin, da ein großer Teil der Studenten später in einem entsprechenden Beruf arbeiten wird. Dies belegt vor allem Tabelle 2-12, die sich auf die Tätigkeitsfelder der aus dem Ausland zurückgekehrten Studenten bezieht.<sup>10</sup> Sie arbeiten nach Abschluß ihrer Ausbildung vor allem in der freien Wirtschaft und an den Schulen und Hochschulen des Landes. Ein hoher Anteil - im Durchschnitt der Jahre 1952-92 etwa 26,9 Prozent - kann von den Statistiken nicht eindeutig zugeordnet werden. Dies ist ein Hin-

**Tabelle 2-10: Professionals in Taiwan - Ärzte und Professoren/Lehrer**

Jahr	Bevölkerung	Erwerbsbevölkerung	Ärzte/Pharmazeuten	Professoren/Lehrer <sup>a</sup>	Anteil a.d. Bev. in %	Anteil a.d. Erwerbsbevölkerung in %
1955	9 078 000	3 231 000	7 560	38 654	0,50	1,4
1960	10 792 000	3 617 000	8 919	60 916	0,65	1,9
1965	12 628 000	3 891 000	9 218	85 040	0,75	2,0
1970	14 676 000	4 654 000	9 975	113 408	0,84	2,7
1975	16 150 000	5 656 000	19 017	135 854	0,96	2,7
1980	17 805 000	6 629 000	27 360	154 402	1,02	2,7
1985	19 258 000	7 651 000	36 664	168 830	1,06	2,7
1990	20 353 000	8 423 000	45 817	193 619	1,16	2,8
1991	20 557 000	8 569 000	48 316	200 152	1,20	2,9
1992	20 752 000	8 765 000	50 040	203 747	1,22	2,9

a) Nur aktives Lehrpersonal der Ober-, Mittel- und Grundschulen  
Quelle: TSDB 1993.

weis auf eine relativ große Zahl materiell ungesicherter Professionals (also arbeitsloser bzw. schlecht verdienender Akademiker) auf Taiwan, die an anderer Stelle als wichtige Triebkräfte einer politischen Demokratisierung identifiziert werden (vgl. Punkt 4.6).

**Tabelle 2-11: Studenten (und Schüler) auf Taiwan**

Jahr	Total	Bev.-Anteil %	Universitäts- oder Postgraduiertenstudium	Höhere und Mittelschule	Grundschule	Vorschule	Sonst
1952-53	1 187 858	14,6	10 050	139 388	1 003 304	28 531	6 598
1955-56	1 528 767	16,8	18 343	212 977	1 237 904	46 390	13 322
1960-61	2 365 260	21,9	35 497	354 561	1 879 428	79 702	16 509
1965-66	3 101 130	24,6	86 339	661 961	2 243 503	78 620	31 700
1970-71	3 969 150	27,0	205 768	1 149 529	2 428 585	91 440	96 123
1975-76	4 424 778	27,4	293 347	1 497 848	2 349 603	117 262	170 630
1980-81	4 577 191	25,7	348 834	1 598 028	2 222 595	176 292	237 748
1985-86	4 924 130	25,6	348 661	1 763 385	2 313 240	232 669	278 593
1990-91	5 264 571	25,9	484 864	1 926 008	2 347 150	235 379	293 542
1991-92	5 308 791	25,8	524 918	1 978 200	2 286 688	233 291	312 481
1992-93	5 311 898	25,6	571 725	2 016 047	2 194 426	229 331	331 640

Quelle: TSDB 1993.

Interessant ist ferner der über die Jahre durchweg sinkende Anteil jener Rückkehrer, die anschließend im Regierungsapparat arbeiten und insofern als vom System kooptiert betrachtet werden können. Dabei spielen die vergleichsweise geringen Gehälter für Staatsbedienstete - sowohl für Angestellte als auch für Beamte - höchstwahrscheinlich eine entscheidende Rolle (vgl. auch Punkt 3.4). Da die bürokratische Selbstbereicherung auf Taiwan in ihrer systematischen Form praktisch ausgeschlossen ist und außerdem Beamtenanwärter das staatliche Prüfungsverfahren mit einem zusätzlichen Ausbildungsaufwand durchlaufen müssen, verliert eine Tätigkeit in der Regierungsbürokratie schnell ihren Reiz. Schlechte Gehälter werden, vor allem auf den unteren Hierarchieebenen, zwar auch in den Hochschulen bezogen; hier zählt sich jedoch - im wahrsten Sinne des Wortes - das chinesische Bildungsethos mit dem hohen Sozialprestige des Lehrers (*lao-shih*) aus. Ein Professorentitel auf Taiwan öffnet die Türen zu zahlreichen außeruniversitären Einkommensquellen und bietet vor allem der intellektuellen Spitze des Landes zahlreiche Möglichkeiten zu hochdotierten Beraterfunktionen in der freien Wirtschaft oder auch in Regierungsdiensten.

**Tabelle 2-12: Beschäftigungshintergrund aus dem Ausland zurückgekehrter Studenten (in Klammern: in Prozent)**

Jahr	Total	Anteil an allen Auslandsstudenten (%)	Regierungsapparat	Industrie/Handel	Universität/Schulen	Krankenhäuser	Medien	Sonst
1961	48	8,6	12 (25,0)	9 (18,8)	10 (20,8)	4 (8,3)	2 (4,2)	11 (22,9)
1965	120	5,1	25 (20,8)	13 (10,8)	43 (35,8)	2 (1,6)	5 (4,2)	33 (27,5)
1970	407	19,8	69 (17,0)	70 (17,2)	221 (54,3)	2 (0,5)	1 (0,3)	44 (10,8)
1975	569	25,2	82 (14,4)	127 (22,3)	261 (45,9)	12 (2,1)	6 (1,0)	81 (14,2)
1980	640	10,7	71 (11,0)	72 (11,3)	162 (25,3)	10 (1,6)	-	325 (50,8)
1985	1 350	22,6	164 (12,1)	357 (26,4)	453 (33,6)	48 (3,6)	13 (1,0)	315 (23,3)
1990	2 863	73,4 <sup>a</sup>	325 (11,4)	855 (29,9)	705 (24,6)	65 (2,3)	33 (1,2)	880 (30,7)
1991	3 264	n.a.	373 (11,4)	977 (29,9)	789 (24,2)	54 (1,7)	40 (1,2)	1 031 (31,6)
1992	5 157	n.a.	472 (9,2)	1 530 (29,7)	892 (17,8)	88 (1,7)	49 (1,0)	2 100 (40,7)

a) bezieht sich auf die Anzahl der Auslandsstudenten im Jahre 1989. Danach erfassen die amtlichen Statistiken nur noch die Studenten, die von einem Stipendium der Regierung profitieren. Dies ist jedoch eine verschwindend geringe Zahl.

Quelle: TSDB 1992.

### 2.2.5 Die Mittelschichten Taiwans in der Transitionsphase (1986-93)

Nachdem die wichtigsten sozialstatistischen Entwicklungen verdeutlicht wurden, sollen im folgenden das für die Transitionsphase relevante Schichtgefüge Taiwans skizziert und dabei die Mittelschichten ins Zentrum der Analyse gestellt werden. Es gibt bisher nur sehr wenige Studien, die sich überhaupt explizit mit der Klassenstruktur oder der sozialen Schichtung Taiwans befassen. Dabei beschränkte sich die taiwanesishe Forschung selbst - mit Ausnahme der weiter unten ausführlicher zitierten Studien - hauptsächlich auf Untersuchungen zu *einzelnen* Klassen oder Schichten, wie z.B. der Arbeiter, Bauern oder Intellektuellen (vgl. hierzu den Überblick in Sheu 1989: 118).<sup>11</sup> In der westlichen Literatur sind vor allem die allgemeiner gehaltenen Aufsätze von Gates (1979, 1981) und eine mit verfeinerten Kategorien arbeitende Studie von Asche (1984) bekannt. Gates (1979: 389ff) unterscheidet bei ihrer sich auf die Jahre 1973/74 beziehenden Untersuchung - sie wurde auf der Basis verschiedener regierungsamflicher Statistiken angefertigt - zwischen fünf Klassen auf Taiwan (vgl. Tab 2-13).

Tabelle 2-13: Die Klassenstruktur Taiwans nach Gates (1979)

Großbourgeoisie	: 5%
Kleinbourgeoisie	: 47%
davon: Bauern	: 32%
davon: kleine Geschäftsleute, Handwerker	: 15%
Neue Mittelklasse	: 20%
Proletariat	: 20%
Lumpenproletariat	: 5%

Die *Großbourgeoisie* - etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung - zerfällt in zwei Gruppen: nämlich einerseits in die Klasse der reichen Finanz- und Handelskapitalisten und andererseits in jene der, den Wirtschaftssektor kontrollierenden höchsten Regierungsbeamten. Die *Kleinbourgeoisie* umfaßt die Eigentümerbauern (32 Prozent) sowie die kleinen Selbständigen und Handwerker (15 Prozent), wobei die Autorin alle Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern zur "petty bourgeoisie" zählt. Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Verkäufer, angestellte Handwerker und besitzlose Landarbeiter stellen als *Proletariat* ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, während die Bettler, Arbeitslosen und Kriminellen ein fünfprozentiges *Lumpenproletariat* bilden. Zur *neuen Mittelklasse* (20 Prozent) gehören schließlich einerseits die in Regierungsdiensten stehenden Beamten, Lehrer, Professoren und die Karriereoffiziere im Militär sowie andererseits die in der Privatwirtschaft beschäftigten Angestellten, Manager und Techniker. Fraglich bleibt bei dieser Einteilung die theoretische Schlüsseligkeit von Gates' Kategorien, die in ihrer Studie nicht nachvollziehbar belegt werden.

An anderer Stelle (1981: 273ff) koppelt die Autorin die Klassenstruktur mit der ethnischen Differenzierung zwischen "Festländern" und Taiwanesen zu einem Konzept der *sozialen Klassen*. Sie verweist damit auf den oft vernachlässigten Aspekt, daß der "ethnische Konflikt" auf Taiwan vielmehr ein Klassen- als ein kultureller Konflikt ist und insofern kaum mit anthropologischen Ansätzen oder Theorien erklärt werden kann. Auch wenn sie ihre sozialen Klassen nicht weiter quantifiziert, ist die von der Autorin teilweise vorgenommene Verortung der beiden ethnischen Gruppen - also "Festländer und Taiwanesen" - in diesen Klassen von einigem Interesse. So besteht die *Unterklasse* aus Industriearbeitern, besitzlosen Landarbeitern, Verkäufern, kleinen Händlern und kleinen Handwerkern. Die *Oberklasse* wird von den Spitzen des Regierungs- und Militärapparates einerseits sowie den großen Unternehmern des Landes andererseits gebildet. Erstere sind fast ausschließlich festlandchinesischer Herkunft, letztere zu etwa zwei Dritteln taiwanesisch. Die *neue Mittelklasse* umfaßt die besserverdienenden Angestellten in den Regierungsorganisationen, Schulen und Hochschulen sowie in der freien Wirtschaft. Die *traditionelle Mittelklasse* wiederum wird von den vielen Kleinunternehmern Taiwans gestellt, von denen zum Zeitpunkt der Feldforschung von Gates (1974-75) 86 Prozent zwischen ein und sechs Mitarbeitern beschäftigten.

Es zeigte sich nun, daß - gemessen an ihrem über die Jahrzehnte hinweg relativ konstanten Bevölkerungsanteil von ca. 12 Prozent - ein wesentlich höherer Anteil der "Festländer" in der neuen als in der traditionellen Mittelklasse zu finden ist. Umgekehrt wird die traditionelle Mittelklasse völlig aus Taiwanesen beherrscht. Zudem besteht die Unternehmerschaft der Insel fast ausschließlich aus Taiwanesen, während "Festländer" vor allem im Regierungsapparat, im Erziehungssektor und - zu einem geringeren Teil - auch in der freien Wirtschaft ihr Auskommen finden. Somit bestätigte die Analyse von Gates die bereits im ersten Kapitel ange deutete Tatsache, daß die Festländer in der autoritären Ara zwar die politische Macht im Staat ausübten und die Bürokratie kontrollierten, die Taiwanesen aber das "privatwirtschaftliche Ruder" führten.

Asche (1984) bezieht sich in seiner detaillierten Analyse auf die Klassenstruktur Taiwans zu Beginn der 80er Jahre und gelangt dabei zu modifizierteren sozialstrukturellen Größenverhältnissen (vgl. Tab. 2-14). Der Autor spaltet die Kleinbourgeoisie von Gates weiter auf und spricht von zwei Typen unterschiedlicher Mittelklassen: den *selbständigen Mittelklassen* - Bauern, Handwerker, Händler und freie (Professional-) Berufe - stehen die *Mittelklassen der Staatsbeschäftigten* (inklusive des Militärs) gegenüber. Bei ihm entsprechen beide zusammen 49,9 Prozent der Erwerbsbevölkerung Taiwans. Diese Ergebnisse verdeutlichen - abgesehen von der Zweifelhafigkeit der vom Autor verwendeten neomarxistischen Terminologie - die Problematik einer "objektiven" Sozialstrukturanalyse: Nur leichte Unterschiede in der Kriteriensetzung und "ideologischen Gewichtung" - z.B. nach der Frage der Klassenzuordnung von schlechtverdienenden Professionals - können das Gesamtbild enorm verändern. Allenfalls deuten beide Studien auf Trends hin, die im folgenden mit neueren Daten verglichen werden sollen.



### 2.2.5 Die Mittelschichten Taiwans in der Transitionsphase (1986-93)

Nachdem die wichtigsten sozialstatistischen Entwicklungen verdeutlicht wurden, sollen im folgenden das für die Transitionsphase relevante Schichtgefüge Taiwans skizziert und dabei die Mittelschichten ins Zentrum der Analyse gestellt werden. Es gibt bisher nur sehr wenige Studien, die sich überhaupt explizit mit der Klassenstruktur oder der sozialen Schichtung Taiwans befassen. Dabei beschränkte sich die taiwanesishe Forschung selbst - mit Ausnahme der weiteren ausführlicher zitierten Studien - hauptsächlich auf Untersuchungen zu einzelnen Klassen oder Schichten, wie z.B. der Arbeiter, Bauern oder Intellektuellen (vgl. hierzu den Überblick in Sheu 1989: 118).<sup>11</sup> In der westlichen Literatur sind vor allem die allgemeiner gehaltenen Aufsätze von Gates (1979, 1981) und eine mit verfeinerten Kategorien arbeitende Studie von Asche (1984) bekannt. Gates (1979: 389ff) unterscheidet bei ihrer sich auf die Jahre 1973/74 beziehenden Untersuchung - sie wurde auf der Basis verschiedener regierungsamtlicher Statistiken angefertigt - zwischen fünf Klassen auf Taiwan (vgl. Tab 2-13).

Tabelle 2-13: Die Klassenstruktur Taiwans nach Gates (1979)

Großbourgeoisie	: 5%
Kleinbourgeoisie	: 47%
davon: Bauern	: 32%
davon: kleine Geschäftsleute, Handwerker	: 15%
Neue Mittelklasse	: 20%
Proletariat	: 20%
Lumpenproletariat	: 5%

Die *Großbourgeoisie* - etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung - zerfällt in zwei Gruppen: nämlich einerseits in die Klasse der reichen Finanz- und Handelskapitalisten und andererseits in jene der, den Wirtschaftssektor kontrollierenden höchsten Regierungsbeamten. Die *Kleinbourgeoisie* umfaßt die Eigentümerbauern (32 Prozent) sowie die kleinen Selbständigen und Handwerker (15 Prozent), wobei die Autorin alle Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern zur "petty bourgeoisie" zählt. Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Verkäufer, angestellte Handwerker und besitzlose Landarbeiter stellen als *Proletariat* ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, während die Bettler, Arbeitslosen und Kriminellen ein fünfprozentiges *Lumpenproletariat* bilden. Zur *neuen Mittelklasse* (20 Prozent) gehören schließlich einerseits die in Regierungskreisen stehenden Beamten, Lehrer, Professoren und die Karriereoffiziere im Militär sowie andererseits die in der Privatwirtschaft beschäftigten Angestellten, Manager und Techniker. Fraglich bleibt bei dieser Einteilung die theoretische Schlüssigkeit von Gates' Kategorien, die in ihrer Studie nicht nachvollziehbar belegt werden.

An anderer Stelle (1981: 273ff) koppelt die Autorin die Klassenstruktur mit der ethnischen Differenzierung zwischen "Festländern" und Taiwanesen zu einem Konzept der *sozialen Klassen*. Sie verweist damit auf den oft vernachlässigten Aspekt, daß der "ethnische Konflikt" auf Taiwan vielmehr ein Klassen- als ein kultureller Konflikt ist und insofern kaum mit anthropologischen Ansätzen oder Theorien erklärt werden kann. Auch wenn sie ihre sozialen Klassen nicht weiter quantifiziert, ist die von der Autorin teilweise vorgenommene Verortung der beiden ethnischen Gruppen - also "Festländer und Taiwanesen" - in diesen Klassen von einigem Interesse. So besteht die *Unterklasse* aus Industriearbeitern, besitzlosen Landarbeitern, Verkäufern, kleinen Händlern und kleinen Handwerkern. Die *Oberklasse* wird von den Spitzen des Regierungs- und Militärapparates einerseits sowie den großen Unternehmern des Landes andererseits gebildet. Erstere sind fast ausschließlich festlandchinesischer Herkunft, letztere zu etwa zwei Dritteln taiwanesisch. Die *neue Mittelklasse* umfaßt die besser verdienenden Angestellten in den Regierungsorganisationen, Schulen und Hochschulen sowie in der freien Wirtschaft. Die *traditionelle Mittelklasse* wiederum wird von den vielen Kleinunternehmern Taiwans gestellt, von denen zum Zeitpunkt der Feldforschung von Gates (1974-75) 86 Prozent zwischen ein und sechs Mitarbeitern beschäftigten.

Es zeigte sich nun, daß - gemessen an ihrem über die Jahrzehnte hinweg relativ konstanten Bevölkerungsanteil von ca. 12 Prozent - ein wesentlich höherer Anteil der "Festländer" in der neuen als in der traditionellen Mittelklasse zu finden ist. Umgekehrt wird die traditionelle Mittelklasse völlig von Taiwanesen beherrscht. Zudem besteht die Unternehmerschaft der Insel fast ausschließlich aus Taiwanesen, während "Festländer" vor allem im Regierungsapparat, im Erziehungssektor und - zu einem geringeren Teil - auch in der freien Wirtschaft ihr Auskommen finden. Somit bestätigte die Analyse von Gates die bereits im ersten Kapitel angedeutete Tatsache, daß die Festländer in der autoritären Ära zwar die politische Macht im Staat ausübten und die Bürokratien kontrollierten, die Taiwanesen aber das "privatwirtschaftliche Ruder" führten.

Asche (1984) bezieht sich in seiner detaillierten Analyse auf die Klassenstruktur Taiwans zu Beginn der 80er Jahre und gelangt dabei zu modifizierteren sozialstrukturellen Größenverhältnissen (vgl. Tab. 2-14). Der Autor spaltet die Kleinbourgeoisie von Gates weiter auf und spricht von zwei Typen unterschiedlicher Mittelklassen: den *selbständigen Mittelklassen* - Bauern, Handwerker, Händler und freie (Professional-) Berufe - stehen die *Mittelklassen der Staatsbeschäftigten* (inklusive des Militärs) gegenüber. Bei ihm entsprechen beide zusammen 49,9 Prozent der Erwerbsbevölkerung Taiwans. Diese Ergebnisse verdeutlichen - abgesehen von der Zweifelhaftheit der vom Autor verwendeten neomarxistischen Terminologie - die Problematik einer "objektiven" Sozialstrukturanalyse: Nur leichte Unterschiede in der Kriteriensetzung und "ideologischen Gewichtung" - z.B. nach der Frage der Klassenzuordnung von schlecht verdienenden Professionals - können das Gesamtbild enorm verändern. Allenfalls deuten beide Studien auf Trends hin, die im folgenden mit neueren Daten verglichen werden sollen.

Tabelle 2-14: Die Sozialstruktur Taiwans zu Beginn der 80er Jahre nach Asche

	in 1 000	in Prozent
Erwerbspersonen	7 080	100,0
Erwerbstätige	6 930	97,8
Kapitalistenklasse	80	1,1
Selbständige Mittelklassen	1 870	26,4
davon: Bauern	870	12,3
davon: Handwerker, Händler, freie Berufe	1 000	14,1
Mittelklasse der Staatsbeschäftigten	1 170	16,5
davon: Bürokratie u. bewaffnete Organe	670	9,4
darin: Armee	(440)	(6,2)
davon: Ausbildung und soziale Dienste	240	3,3
davon: Transport, Kommunikation	270	3,7
Dienende Klasse (Bedienstete in privaten Haushalten)	140	2,0
Arbeiterklasse	3 340	48,5
davon: Lohnabhängige des Kleingewerbes	1 150	16,2
davon: Lohnarbeiter des Kapitals	2 140	30,2
darin: beim Staatskapital	(110)	(1,5)
davon: Randständige Existenzen*	(400)	(5,7)
darin: Arbeitslose	150	2,2
darin: Unterbeschäftigte*	(250)	(3,5)
Marginale (formal selbständig) (Marginalisierte und Randgruppen der Arbeiterklasse zusammen)	440	5,6
	(800)	(11,3)

\*) Doppelzählungen

Quelle: Asche 1984: 132.

Dazu ist vor allem auf drei taiwanesischen Untersuchungen Bezug zu nehmen, die zusammen betrachtet das bislang wohl umfassendste schichtsoziologische Profil der Gesellschaft Taiwans entwerfen. Auf der Basis der vom DGBAS<sup>12</sup> jährlich herausgegebenen, regierungsmittlichen "Übersicht über die Ein- und Ausgabensituation der Haushalte sowie die Einkommensverteilung in der Region Taiwan, Republik China" (*Chung-hua min-kuo T'ai-wan ti-ch'ü chia-t'ing shou-chih chi ke-jen suo-teh fen-p'ei tiaao-ch'a*) ermittelte Hsu Chia-you (1987, 1989)<sup>13</sup> das derzeitige Schicht- bzw. Klassengefüge (1987: 34) der Inselrepublik in den ausgehenden 80er Jahren (vgl. Tab. 2-15). Ts'ai Shu-ling (1989) beschäftigte sich mit der Selbsteinschätzung der taiwanesischen Bevölkerung hinsichtlich ihrer Klassen- und Schichtzugehörigkeit. Wu Nai-teh und Lin Chia-lung (1989) schließlich ermittelten die unterschiedlichen politischen Orientierungen der

Mittelschichten. Da es dem Verfasser an dieser Stelle nicht um eine Problematikisierung der von den einzelnen Autoren verwendeten Klassen- und Schichtkonzepte geht, soll auf eine detaillierte Kritik derselben verzichtet werden. Allein der Aspekt der generellen Trendentwicklung steht im Vordergrund der anschließenden Darstellung.

Zunächst gilt der Blick den beiden Studien von Hsu<sup>14</sup>. Mit rund 60 Prozent aller Erwerbstätigen stellen in der 1987er Studie des Autors die Arbeiter und Bauern (als Arbeiter im bäuerlichen Sektor) die stärkste Klasse auf Taiwan (vgl. Tab. 2-15). Der Autor faßt im folgenden die Manager- und Kleinkapitalistenklasse des nicht-bäuerlichen Sektors zu einer *Mittelschicht (oder -klasse) von 24,7 Prozent* der gesamten Erwerbsbevölkerung zusammen, die demnach an zweiter Stelle stünde. Zu etwas anderen Ergebnissen kommt er jedoch in seiner 1989er Studie. Zunächst differenziert er hier zwischen sieben Erwerbstätigen Gruppen und fünf sozialen Klassen<sup>15</sup> (vgl. Anmerkung in Tab. 2-16<sup>16</sup>). Wiederum in erster Linie an den durchschnittlichen Einkommen orientiert, steckt er im folgenden die Grenzen der taiwanesischen Mittelschichten ab.

Tabelle 2-15: Das Schichtgefüge Taiwans in der Transitionsphase

	Anteil in %	Sample
<b>Kapitalisten</b>	4,6	703
nicht-bäuerlicher Sektor	4,5	689
bäuerlicher Sektor	0,1	14
<b>Kleinkapitalisten</b>	29,3	4 503
nicht-bäuerlicher Sektor	17,9	2 753
bäuerlicher Sektor	11,9	1 750
<b>Manager</b>	6,8	1 047
nicht-bäuerlicher Sektor	6,8	1 047
bäuerlicher Sektor	0,0	0
<b>Arbeiter</b>	59,4	9 139
nicht-bäuerlicher Sektor	55,7	8 573
bäuerlicher Sektor	3,7	566
<b>Gesamt</b>	100,0	15 392

Quelle: Hsu 1987: 34.

Die Mittelschichten verortet Hsu zunächst im Querschnitt der Berufsgruppen A, B, C, D und E (verwaltungstechnisches Spitzenpersonal, Professionals/Spezialisten, mittleres Führungspersonal, kleine Selbständige sowie kleine Angestellte im tertiären Sektor bzw. in der Verwaltung), bezogen auf die Klassen der Manager (*ching-ti*) und der Selbständigen (*zu-ying*). Dazu addiert er die Berufsgruppen A

Tabelle 2-16: Die Berufsstruktur der taiwanesischen Schichten

	A	B	C	D	E	F	G	Anteil in %
Kapitalisten	1,2	0,2	0,0	0,5	0,2	0,4	0,1	2,6
Manager	1,5	2,1	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	4,1
Selbständige	0,1	0,3	0,0	6,7	1,6	3,4	0,0	12,2
Arbeiter	0,1	3,2	13,3 <sup>a</sup>	6,1	5,6	34,4	3,3	66,1
Bauern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,0	15,0
Gesamt in %	2,9	5,7	13,6	13,6	7,5	38,2	18,4	100,0

a) Anteil der Beamten (und Angestellten) des öffentlichen Sektors: 3,1 Prozent.

A: Verwaltungstechnisches Spitzenpersonal (*hsing-cheng chi chu-tuan jen-yüan*) des privaten und des öffentlichen Sektors, z.B. Direktoren, hohe Abteilungsleiter etc.

B: Professionals und Spezialisten (Techniker) und damit verbundene Tätigkeiten (*chuan-men-hsing chi shu-hsing chi you-tuan jen-yüan*), oft auf hoher administrativer Führungsebene (z.B. Manager); unter diese Kategorie fallen die "harten" Professional-Berufe in besser verdienender Position, wie z.B. Professoren, Richter, Ingenieure, Journalisten etc.

C: Weiteres Führungspersonal in leitender Stellung (*chien-tu chi tso-li jen-yüan*); hier sind vor allem die Beamten und Angestellten auf mittleren bzw. niedrigen Führungsebenen im öffentlichen und privaten Sektor gemeint.

D: (Kleine) Selbständige (*mai-mai kung-tso jen-yüan*), also vor allem Händler, Handwerker und kleine Warenproduzenten.

E: (Kleine) Angestellte im tertiären Sektor und in der Verwaltung (*ju-wu kung-tso jen-yüan*).

F: Ackerbauern, Viehzüchter Bauern, Fischer, Forstwirte.

G: Arbeiter (*kung-jen*).

Quelle: Hsu 1989: 68.

und B bezogen auf die Arbeiterklasse (*kung-jen*) zusätzlich jener besser verdienenden Teile der Berufsgruppe C, die als Verwaltungspersonal im öffentlichen Sektor (öffentliche Verwaltung und Staatsunternehmen) aus methodischen Gründen ebenfalls der Arbeiterklasse zugezählt worden waren (3,1 Prozent von 13,3 Prozent; vgl. Tab. 2-16 sowie 1989: 61). Nach diesem etwas komplizierten Verfahren beziffert Hsu den Anteil der Mittelschichten Taiwans an der Gesamt-erwerbsbevölkerung auf 19,2 Prozent, also etwa auf ein Fünftel aller Erwerbstatigen (1989: 61). Im folgenden wendet sich der Autor der Berufsstruktur innerhalb dieser Mittelschichten zu. Dazu korreliert er die Klassen der *Manager*, *Selbständigen* und *Arbeiter* mit den einzelnen Berufsgruppen A-E.

Tabelle 2-17: Die Berufsstruktur der taiwanesischen Mittelschichten - alte und neue Mittelschichten

	A	B	C	D	E	Anteil in %
Manager	8,0	10,8	1,6	0,9	0,1	21,3
Selbständige	0,6	1,6	0,0	35,0	8,4	45,7
Arbeiter	0,3	16,5	16,1	0	0	32,9
Gesamt in %	8,9	28,9	17,7	36,0	8,5	100

Quelle: Hsu 1989: 69.

Zunächst zeigt sich, daß die Selbständigen mit einem Anteil von 45,7 Prozent die stärkste Klasse innerhalb der Mittelschichten stellen, während 54,3 Prozent aller Erwerbstatigen abhängig beschäftigt sind. Kleine Händler und Handwerker bilden mit 36,0 Prozent die Berufe, aus denen sich der größte Teil der Mittelschichten rekrutiert. An zweiter Stelle stehen die Professionals/Spezialisten (28,9 Prozent), an der dritten Position die Beamten und Angestellten in mittleren und unteren Führungspositionen (17,7 Prozent) und schließlich - jeweils etwa gleich groß, aber mit deutlichem Abstand zu den anderen Berufsgruppen - das verwaltungstechnische Spitzenpersonal (8,9 Prozent) sowie die kleinen Angestellten im tertiären Sektor und in der Verwaltung (8,5 Prozent; vgl. Tab. 2-17).

Danach faßt Hsu die Berufsgruppen D und E, bezogen auf die Klasse der Selbständigen, zur "alten Mittelschicht" (*chiu chung-ch'an chieh-chi*) und die Berufsgruppen A-C, bezogen auf die Klassen der Manager und Arbeiter, zur "neuen Mittelschicht" (*hsin chung-ch'an chieh-chi*) zusammen (43,4 Prozent bzw. 53,3 Prozent). Die modernen Professional-Berufe stellen damit die Basis der neuen Mittelschicht Taiwans, während die kleinen Händler und Handwerker das Rückgrad der alten Mittelschicht bilden.<sup>17</sup> Ein weiteres wichtiges Ergebnis der zitierten Hsu-Studien läßt sich aus der Aufspaltung des Tätigkeitsbereiches der Mittelschichten in den öffentlichen und privaten Sektor herauslesen (vgl. Tab. 2-18).

Zwei Drittel (66,4 Prozent) der Mittelschichten sind im privaten, 33,6 Prozent im staatlichen Sektor Taiwans beschäftigt. Dominierende Berufsgruppe im privaten Sektor ist mit 54,2 Prozent einmal mehr die der kleinen Händler und Handwerker (Berufsgruppe D) vor den Professionals/Spezialisten (Berufsgruppe B; 20,2 Prozent), w hingegen letztere zusammen mit den mittleren Angestellten und Beamten (Berufsgruppe C) allein 94,9 Prozent des staatlichen Sektors ausmachen. Damit ist klar, daß der größte Teil der neuen Mittelschichten dem staatlichen, der größte Teil der alten Mittelschichten aber dem Privatsektor angehört. An der Schwelle zur demokratischen Ära auf Taiwan Mitte der 80er Jahre war

nicht nur ein erheblicher Teil (etwa ein Drittel) der Mittelschichten insgesamt in den Staatsapparat kooptiert bzw. materiell an ihn gebunden; vor allem die politisch als besonders dynamisch geltenden *neuen* Mittelschichten gehörten mehrheitlich dem Staatssektor an. Somit konnte zum Zeitpunkt des demokratischen Umbruchs kaum von einer von den staatlichen Ressourcen ausgeschlossenen - und deshalb tendenziell regime-oppositionell eingestellten - modernen taiwanesischen Mittelschicht gesprochen werden. Dies ist bei der späteren Begründung für die Einleitung der Transitionsphase zu bedenken.

Tabelle 2-18: Organisationshintergrund der Mittelschichten

	A	B	C	D	E	Anteil (%)
Staatsbetriebe	(37 0,7 (6,2 1,0 (4,5 (410 7,2 10,9	157 2,8 26,4 721 12,7 55,0 758 13,4 20,2	399 7,0 67,2 529 9,3 40,4 75 1,3 2,0	1 0 0,2 0 0 0 2 036 36,0 54,2	0 0 0 1 0 0 478 8,4 12,7	594 10,5 100 1 310 23,1 100 3 757 66,4 100
Regierungsverwaltung						
Nicht-staatlicher Sektor						
Gesamt	8,9	28,9	17,7	36,0	8,5	100,0

## Anmerkung:

1. Spalte in Klammern: befragte Einzelpersonen
2. Spalte in Klammern: prozentuale Verteilung der einzelnen Berufsgruppen innerhalb der jeweiligen Sektoren.

Quelle: Hsu 1989: 74.

Von Bedeutung ist auch die Einschätzung der eigenen Schichtzugehörigkeit durch die Betroffenen selbst. Sie kann aufgrund der dahinter stehenden subjektiven Dimension einer bestimmten sozioökonomischen Lage für die Politisierung einer Gesellschaft überaus bedeutsam sein. Eine falsche Einschätzung dieser Dimension wird für ein Regime z.B. dann sehr negative Folgen haben, wenn sich Teile von gesellschaftlichen Schichten politisch zusammenschließen, die aufgrund ihrer ökonomisch bedingten Verschiedenheit eigentlich kaum ein solches Handeln vermuten ließen. Ts'ai Shu-ling (1989: 83) zitiert eine von Huang Ta-chou 1964 in ländlichen Gebieten durchgeführte Untersuchung, derzufolge sich damals 20,2 Prozent aller Befragten der Mittelschicht zugehörig fühlten. 76,7 Prozent zählten sich zur Arbeiterschicht, 0,7 Prozent zu den Kapitalisten. Ts'ai selbst ermittelte 1975, daß sich nunmehr 27,6 Prozent mit der Mittelschicht identifizierten (Arbeiterschicht: 68,5 Prozent; Kapitalisten: 2,2 Prozent; Ts'ai 1977). Wei

Yung (1985) fand in verschiedenen eigenen Erhebungen heraus, daß sich die entsprechenden Werte für die Mittelschicht in den Jahren von 1978 bis 1983 von 51,7 Prozent auf 56,9 Prozent der Gesamtbevölkerung gesteigert hatten. Letztlich kam Ts'ai Shu-ling zusammen mit Ch'ü Hai-yuan in einer 1988 systematisch durchgeführten Untersuchung zu dem Ergebnis, daß sich von 1.463 repräsentativ Befragten 37,3 Prozent der Mittelschicht zuordneten (Arbeiterschicht: 54,3 Prozent; Kapitalisten: 1,5 Prozent (Ts'ai 1989: 84).

Tabelle 2-19: Die Größe der Mittelschicht in der Selbsteinschätzung der taiwanesischen Bevölkerung

1964	(Studie Huang Ta-chou)	: 20,2%
1975	(Studie Ts'ai shu-ling)	: 27,6%
1978-83	(Erhebungen Wei Yung)	: 51,7% - 56,9%
1988	(Erhebung Ts'ai Shu-ling)	: 37,3%

Unabhängig von der tatsächlichen Stimmigkeit der einzelnen Zahlen in den zitierten Studien (vgl. Tab. 2-19) wird deutlich, daß ein höherer Anteil der Bevölkerung sich zur Mittelschicht zählt als diese - entsprechend ihrer auf der Basis der klassischen Schichtungskriterien ermittelten objektiven Größe - tatsächlich ist. Mit anderen Worten: Nicht jeder, der sich auf Taiwan mit der Mittelschicht identifiziert, gehört auch objektiv dazu. Dieser Tatbestand könnte darauf hinweisen, daß die gemeinhin besonders politisierten Segmente der Mittelschichten - also vor allem freiberufliche Professionals, Intellektuelle und Unternehmer - in Taiwan auf ein größeres Mobilisierungspotential zurückgreifen können, als dies durch die objektive sozialstrukturelle Größe der Mittelschichten selbst nahegelegt wird. Hier scheinen offenkundig subjektive Weltbilder und Wertpräferenzen eine größere kollektive (Interessen-)Identität zu induzieren als eine primär ökonomisch definierte gesellschaftliche Lage.

Die 1989er Studie von Ts'ai ergab ferner, daß 54,5 Prozent der "Festländer", aber nur 34,6 Prozent der Taiwanesen (Hakka-Minderheit: 31,4 Prozent) sich der Mittelschicht zugehörig fühlten. Bei den Eingeborenen waren es sogar nur 14,3 Prozent (1989: 85). Es stellt sich nunmehr die interessante Frage, ob diese Selbsteinschätzung dem tatsächlichen Anteil beider "Ethnien" an den taiwanesischen Mittelschichten entspricht. Hier gibt nur die 1987er Studie von Hsu - mit einem Sample von 15.392 repräsentativ befragten Einzelpersonen - ansatzweise Aufschluß. In dem von ihm nach einkommensstatistischen und berufsspezifischen Kriterien (vgl. oben) gezogenen Raster der Mittelschichten (bzw. Mittelklassen) Taiwans beträgt der absolute Anteil der Taiwanesen 86 Prozent und jener der "Festländer" nur 14 Prozent (vgl. jeweils Zeile 1, Tab. 2-20). Dabei ergeben sich jedoch einige schichtungssoziologische Besonderheiten.

Tabelle 2-20: "Ethnische" Zusammensetzung der Mittelschichten - "Festländer" und Taiwanesen

	Taiwanesen	"Festländer"
Kapitalisten	4,2 91,2 4,8	0,4 8,8 2,9
Kleine Selbständige	27,4 93,6 31,8	1,9 6,4 13,4
Manager	5,0 74,2 5,9	1,8 25,8 12,5
Arbeiter	49,4 83,2 57,4	10,0 16,8 71,3
Total	86,0	14,0

## Anmerkung:

1. Zeile: Prozentuale Verteilung der Anteile von Taiwanesen und "Festländern", bezogen auf die einzelnen Klassen insgesamt.
2. Zeile: Prozentuale Verteilung der Anteile von Taiwanesen und "Festländern", auf jede einzelne Klasse bezogen.
3. Zeile: Prozentuale Verteilung der jeweiligen Anteile von Taiwanesen und "Festländern", nur jeweils für sich bezogen auf die einzelnen Klassen.

Quelle: Hsu 1987: 50.

Betrachtet man die Anteile beider "ethnischen" Gruppen, bezogen auf die unterschiedlichen Klassen (vgl. jeweils Zeile 2, Tab. 2-20), so fällt der extrem hohe taiwanesischen Anteil bei den Kapitalisten (91,2 Prozent) und kleinen Selbständigen (93,6 Prozent) besonders auf. Bei den Managern und Arbeitern sind die prozentualen Unterschiede zwischen den beiden "Ethnien" etwas geringer, doch dominieren die Taiwanesen auch hier klar. Die dritte Zeile in Tabelle 2-20 bezieht sich auf die Gesamtverteilung einer jeden "Ethnie" für sich betrachtet auf die einzelnen Klassen. Es zeigt sich, daß die meisten Taiwanesen (57,4 Prozent) und auch die meisten "Festländer" (71,3 Prozent) sozialstrukturell den zur Mittelschicht zählenden Teilen der Arbeiterklasse angehören, wobei bei letzteren die Größenordnung sogar zwei Drittel übersteigt. Lediglich in der Klasse der Manager befinden sich relativ mehr "Festländer" als Taiwanesen (12,5 Prozent gegenüber 5,9 Prozent). Es wird also der an anderer Stelle bereits dargestellte Tatbestand indirekt bestätigt, daß die taiwanesischen Unternehmer die Privatwirtschaft beherrschen, während die Festlandchinesen in der Regierungsbürokratie und der Staatsspitze dominieren. Ansonsten stellen die "Festländer", relativ betrachtet, das Gros der Arbeiterklasse (71,3 gegenüber 57,4 Prozent).

Tabelle 2-21: Die parteipolitische Orientierung der Mittelschichten

	Mittelschichten		Bauernklasse	Total
	öffentlicher Sektor <sup>a</sup>	nicht-öffentlicher Sektor <sup>b</sup>		
DFP	12 (1,9%) (4,9%)	49 (7,7%) (20,0%)	79 (12,4%) (26,2%)	151 (23,7%) (12,0%)
KMT	67 (10,5%) (27,3%)	117 (18,3%) (47,8%)	223 (35,0%) (73,8%)	487 (76,3%) (87,9%)
Total	79 (12,4%) (32,2%)	166 (26,0%) (67,8%)	302 (47,4%)	638 (100,0%)

## Anmerkung:

1. Zeile: Anteile am Gesamtsample
  2. Zeile: Anteile, jeweils einzeln bezogen auf die Mittelschichten, die Arbeiterklasse und die Bauernklasse
- a) "kung-chiao-yüan": Beamte und beamtetes Lehrpersonal der Hoch-, Mittel- und Grundschulen.  
b) "fei kung-chiao-yüan": Rechtsanwälte, Ärzte, Notare, Journalisten, Ingenieure, Unternehmer, Manager, "Kulturengagierte".

Quelle: Wu/Lin 1989: 229.

Tabelle 2-22: Die parteipolitische Orientierung der "Festländer"

	Mittelschichten		Arbeiter und Bauern	Total
	öffentlicher Sektor	nicht-öffentlicher Sektor		
DFP	0 (0,0%) (0,0%)	2 (2,9%) (5,4%)	2 (2,9%) (6,0%)	4 (5,7%)
KMT	19 (27,1%) (51,4%)	16 (22,9%) (43,2%)	31 (44,3%) (93,9%)	66 (94,3%)
Total	19 (27,1%) (51,4%)	18 (25,7%) (48,6%)	33 (47,1%)	70 (100,0%)

Quelle: Wu/Lin 1989: 231.

Tabelle 2-23: Die parteipolitische Orientierung der Taiwanesen

	Mittelschichten		Arbeiter und Bauern	Total
	öffentlicher Sektor	nicht-öffentlicher Sektor		
DFP	12 (2,1%) (5,8%)	47 (8,3%) (22,8%)	88 (15,5%) (24,4%)	135 (23,9%)
KMT	48 (8,5%) (23,3%)	99 (17,5%) (48,0%)	272 (48,0%) (75,6%)	487 (74,0%)
Total	60 (10,6%) (29,1%)	146 (25,8%) (70,9%)	360 (63,6%)	566 (100,0%)

Quelle: Wu/Lin 1989: 230.

Abschließend soll eine weitere Studie von Wu Nai-teh und Lin Chia-lung (1989) zitiert werden, die sich allgemein mit den politischen Orientierungen der taiwanesischen Mittelschichten beschäftigt und speziell nach diesbezüglichen Unterschieden zwischen der taiwanesischen und festlandchinesischen Bevölkerungsgruppe fragt.<sup>18</sup> Tabelle 2-21 zeigt, daß insgesamt 75,1 Prozent (27,3 Prozent für den öffentlichen, 47,8 Prozent für den nicht-öffentlichen Sektor) der den Berufskategorien der Mittelschichten zugeordneten Befragten die KMT unterstützen, während sich nur 24,9 Prozent zur Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) bekannten. Höher ist die Unterstützungsquote für die Regierungspartei nur noch innerhalb der Bauernschaft (87,9 Prozent), während der entsprechende Anteil der Arbeiterklasse bei 73,8 Prozent liegt. Die nachfolgenden Tabellen 2-22 und 2-23 richten den Blick auf die entsprechende prozentuale Verteilung, bezogen auf die Taiwanesen einerseits und die "Festländer" andererseits.

94,6 Prozent (51,4 und 43,2 Prozent) der zu den Mittelschichten zählenden "Festländer" unterstützen das KMT-Regime. Bei der hier zusammengefaßten Klasse der Arbeiter und Bauern liegt der Anteil mit 93,9 Prozent fast ebenso hoch. Nur 5,4 Prozent der den Mittelschichten zugehörigen "Festländer" votieren für die DFP, doch kein einziger davon arbeitet im öffentlichen Sektor! Der Unterstützungsgrad für die KMT innerhalb der den Mittelschichten zuzuordnenden taiwanesischen Bevölkerungsteile steht mit 71,3 Prozent (23,3 und 48,0 Prozent) ähnlich hoch wie der entsprechende Anteil für die Klasse der Arbeiter und Bauern (75,6 Prozent). 28,6 Prozent (5,8 und 22,8 Prozent) der taiwanesischen Mittelschichtangehörigen identifizieren sich mit der DFP. Insofern werden KMT und DFP von den "Festländern" und Taiwanesen sowohl in den Mittelschichten als auch in der Klasse der Arbeiter und Bauern mit jeweils etwa gleichen Anteilen unterstützt, wobei jedoch mehr Festländer die KMT wählen als Taiwanesen die

DFP. Es wird ferner deutlich, daß die Mittelschichten Taiwans in ihren parteipolitischen Präferenzen gespalten sind und es sich deshalb keineswegs um Bevölkerungssegmente handelt, die tendenziell regimemäßig eingestellt sind. Vielmehr gilt dies nur für ihre taiwanesischen Teile und verweist damit auf das Fortwirken des "ethnischen Konflikts" auch in den Mittelschichten.<sup>19</sup>

### 2.2.6 Zusammenfassung

Taiwans Sozialgefüge hat sich seit 1949 stark verändert. Aus einer Agrargesellschaft, die die Insel trotz der japanischen Modernisierungspolitik damals noch immer war, hat sich eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Zwar gilt das noch nicht für das jährliche Pro-Kopf-Einkommen, welches 1992 immerhin die 10.000-US-Dollar-Grenze überschritt; jedoch ist Taiwan heute zumindest strukturell mit den westlichen Industriegesellschaften vergleichbar:

1. Die abhängig Beschäftigten des sekundären und tertiären Sektors stellen mittlerweile die größte sozialstatistische Gruppe dar. Neben dem traditionell starken kleinkapitalistischen Sektor Taiwans hat sich darüber hinaus eine Schicht moderner Unternehmer etabliert. Demgegenüber nahm die Agrarbevölkerung seit den 50er Jahren stetig ab. Diesem Tatbestand entspricht die für Modernisierungsgesellschaften typische Veränderung der Entstehungsstruktur des BSP, dessen Erwirtschaftung sich schrittweise vom primären auf den sekundären und schließlich tertiären Sektor verlagert (vgl. Tab. 2-24).<sup>20</sup>

Tabelle 2-24: Entstehung des BSP (in Prozent) (1952-1992)

Jahr	Total	Landwirtschaft			Industrie	privater Handel/ Dienstleistungen		Sonst
		Landwirtschaft	Industrie	staatliche Dienstleistungen				
1952	100,0	20,5	28,6		20,7	17,8	12,6	
1955	100,0	18,1	38,7		11,7	16,2	15,3	
1960	100,0	15,1	36,8		18,6	13,9	15,7	
1965	100,0	14,6	40,3		18,3	12,6	14,1	
1970	100,0	6,7	47,9		18,4	13,4	13,6	
1975	100,0	3,6	57,6		11,9	13,9	13,0	
1980	100,0	3,0	46,9		17,2	14,7	18,2	
1985	100,0	2,7	39,9		16,4	19,0	22,1	
1990	100,0	2,6	37,4		15,4	23,5	21,1	
1991	100,0	2,3	34,8		16,4	27,0	19,5	
1992	100,0	2,4	33,1		15,5	28,5	20,5	

Quelle: TSDB 1993.

2. Die Zahlen der im privaten Sektor Beschäftigten haben - sowohl absolut als auch relativ betrachtet - stark zugenommen, während jene der im öffentlichen Sektor Beschäftigten in relativer Hinsicht abnahmen und sich seit einigen Jahren bei etwa 17 Prozent eingependelt haben. Mehr als 80 Prozent aller abhängig Beschäftigten - insgesamt rund sechs Millionen Menschen - arbeiten heute im Privatssektor.
3. Die wenigen Studien zur taiwanesischen Klassen- bzw. Sozialstruktur zeigen, daß die Arbeiterklasse die mit Abstand größte ist (ca. 60 Prozent). Ihr folgen ein starker kleinkapitalistischer Sektor der Händler und Gewerbetreibenden ("petty bourgeoisie"; ca. 30 Prozent), eine (Zwischen-/Mittel-) Klasse der Manager und besser verdienenden Staatsbeschäftigten (ca. 7 Prozent) und schließlich eine kleine Unternehmerklasse (ca. 4 Prozent). Die kleinen Eigentümerbauern werden zumeist der Arbeiterklasse zugerechnet.
4. Unterhalb dieses groben "Klassenrasters" bzw. quer zu den einzelnen Klassen wird auf Taiwan mittlerweile die Existenz von relativ großen Mittelschichten konstatiert. Dazu zählen - einkommens- und berufsstatistisch betrachtet - zwischen 20 und 25 Prozent der Erwerbsbevölkerung der Insel. Ein noch höherer Anteil - mitunter knapp vierzig Prozent - fühlt sich subjektiv den Mittelschichten zugehörig. Prinzipiell kann man von einer *neuen* (modernen) und einer *alten* (traditionellen) Mittelschicht sprechen. Der größte Teil der innerhalb dieser Kategorie 43,4 Prozent starken neuen Mittelschicht - es handelt sich dabei vor allem um besser verdienende Angestellte und Beamte (z.B. Manager, hohe Abteilungsleiter, Professoren etc.) - arbeitet im staatlichen Sektor. Die 53,3% starke alte Mittelschicht rekrutiert sich in erster Linie aus den kleinen Selbständigen (Händler, Handwerker, Kleinunternehmer) des Privatssektors.
5. Die Mittelschicht besteht zu 86 Prozent aus einheimischen Taiwanern und zu 14 Prozent aus "Festländern". Dies entspricht in etwa dem gesamtnationalen Größenverhältnis dieser beiden Volksgruppen. Relativ betrachtet, dominieren die Taiwanern im kapitalistischen und kleinkapitalistischen Sektor, während die "Festländer" in der Manager- und Arbeiterklasse überwiegen. Außerdem wurde indirekt erkennbar, daß ein - gemessen an den absoluten Bevölkerungsanteilen - überproportional hoher Anteil von "Festländern" mit einem Mittelschicht hintergrund im staatlichen Sektor beschäftigt ist, während sich die Taiwanern stärker im Privatssektor konzentrieren.
6. Zum Zeitpunkt des demokratischen Umbruchs 1986 waren die als politisch besonders dynamisch einzuschätzenden Angehörigen der neuen Mittelschichten überwiegend im Staatssektor beschäftigt und insofern vom Regime kooperiert. Es ließe sich deshalb an dieser Stelle die These formulieren, daß es vor allem die alten Mittelschichten inklusive zahlreicher dort verorteter, nicht-kooperierter Professionals waren, die auf die politische Öffnung drängten; hingegen haben die neuen Mittelschichten anscheinend keine initiale Rolle gespielt. Dies soll im Verlauf der Studie eingehend geprüft werden.

7. Hinsichtlich ihrer politischen Orientierung sind rund 75 Prozent der Mittelschichten Parteigänger der regierenden KMT. Der entsprechende Unterstützungsggrad liegt bei den "Festländern" (94,6 Prozent) höher als bei den Taiwanern (71,3 Prozent). Auch dies stützt die unter Punkt 6 angeführte These. Der größte Teil der Mittelschichten Taiwans scheint Mitte der 80er Jahre - auf die sich die Untersuchungen hier überwiegend beziehen - nicht als Spitze des politischen Protests gegen die KMT gewirkt zu haben. In jedem Fall muß hier stärker differenziert werden. Es kann an dieser Stelle vermutet werden, daß dort, wo sich die Mittelschichten tatsächlich zur Regimeopposition formierten, hauptsächlich ihre ethnisch-taiwanesischen und/oder ökonomisch deprivierten Segmente handelten.

Im folgenden Abschnitt 2.3 soll nunmehr untersucht werden, auf welchem Niveau die gesellschaftliche Stratifizierung mit der Rekrutierung spezifischer Funktionsebenen innerhalb der wichtigsten politischen Institutionen (Parlamente und Parteigremien) korreliert. Diesem Vorgehen liegt im wesentlichen der Gedanke zugrunde, daß sich in den politischen Institutionen das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis - als Machtrelation zwischen herrschenden strategischen und oppositionellen konfliktfähigen Gruppen - widerspiegelt. Die folgende Elitenprofilanalyse, die im weiteren Verlauf der Untersuchung auch auf die außerparlamentarische Opposition ausgedehnt wird (vgl. Kapitel 4), gilt somit als weiterer empirischer Schritt hin zur Ermittlung der für die taiwanesischen Demokratistisierungs verantwortlichen politischen Kräfte. Abschnitt 2.4 synthetisiert die Ergebnisse der Stratifikations- und Elitenprofilanalyse.

## 2.3 Die Rekrutierung politischer Eliten in historischer Perspektive als Indikator für die gesellschaftliche Formierung von herrschenden strategischen und oppositionellen konfliktfähigen Gruppen

### 2.3.1 Methodische Vorbemerkungen

Die sozio-demographischen Profile der politischen Eliten Taiwans werden mit den Bestimmungskriterien *Alterstruktur, Ausbildungshintergrund* sowie *Berufsumfangreichen Auswertungen von Wahlanalysen* und einzelnen Politiker-Biographien, die dem Verfasser bei der Zentralen Wahlkommission des Innenministeriums/ZWKI (*nei-cheng-pu chung-yang hsuan-chü wei-yüan-hui*) zugänglich gemacht wurden. Andere Quellen werden gesondert gekennzeichnet; der Verweis "eigene Recherche" meint hier eine modifizierte Zusammenstellung des amtlichen Materials der ZWKI auf der Basis einer individuellen Kategoriensetzung durch den Verfasser.

Von besonderer Bedeutung ist im Untersuchungszusammenhang die Bestimmung des *Berufs-* bzw. *Organisationshintergrundes*, der sich jeweils auf die Tätigkeit bezieht, die von einem Amtsinhaber *zuerst* ausgeübt wurden. Handelte es sich dabei nur um einen sehr kurzen Zeitraum oder spielte diese Tätigkeit in der Karriere des politischen Akteurs nur eine untergeordnete Rolle, so wurden in der Auswertung jene Beschäftigungen herangezogen, die den breitesten zeitlichen Rahmen einnahmen, offenkundig die wichtigste individuelle Ressourcenbasis darstellten und die persönlichen Wertmuster mit hoher Wahrscheinlichkeit am nachhaltigsten prägten.

Die Kategorie *Unternehmer/Manager* bezieht sich dabei auf alle freien Unternehmer (*shang-jen*) sowie alle leitenden Angestellten in einem privaten Unternehmen (Direktoren, Manager, Banker, etc.). Auch wurden darunter Politiker zusammengefaßt, die in den amtlichen Statistiken der ZWKI unter der Bezeichnung "selbständiger Agrarier" (*tsu-keng-nung*) verzeichnet sind. In der Kleinbauerngesellschaft Taiwans handelt es sich dabei zumeist um Politiker aus Familien mit angeschlossenem Agrobusiness oder anderen erfolgreichen Aktivitäten in der taiwanesischen Privatwirtschaft. Hier fließen zahlreiche eigene Beobachtungen des Verfassers während seines zweijährigen Aufenthaltes auf Taiwan ein, die ihn mit einer Reihe dieser Politiker in Kontakt brachten.

Zu den *Professionals* zählen sowohl die "freien" Berufe (Lehrer und Professoren, Journalisten, Rechtsanwälte, Mediziner, Ingenieure etc.) als auch die Arbeit als Funktionär oder Aktivist in privaten Stiftungen und Vereinigungen - im weitesten Sinne also Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) - sowie in den sozialen Protestbewegungen Taiwans. Die Zugehörigkeit zur Kategorie *Regierungsapparat* beschreibt eine langjährige Abgeordnetentätigkeit sowohl in den lokalen Parlamenten als auch in den entsprechenden Institutionen auf Provinz- und nationaler Ebene. Mit anderen Worten handelt es sich hier um Eliten, die seit geraumer Zeit als Politiker arbeiten und diesen Titel in den amtlichen Statistiken mittlerweile als Berufsbezeichnung tragen. Der größte Teil von ihnen - so ergaben mehrere vom Verfasser durchgeführte Stichproben - muß den Professionals und Unternehmern/Managern zugerechnet werden. Auf der lokalen Ebene zählen jedoch auch viele ehemalige Angestellte/Beamte sowie Arbeiter und Landwirte dazu. Die in einem Fall beigeordnete Kategorie *Verbände* bezieht sich auf einen beruflichen Hintergrund in einer der großen korporatistischen Organisationen, womit vor allem die nationalen Farmer- und Fischerverbände sowie die staatlichen Gewerkschaften gemeint sind. Einem politischen Mandat für die Regierungspartei geht in vielen Fällen ein Amt in einer dieser Organisationen voraus.

Bei den *Partiefunktionären* wiederum handelt es sich um jene politischen Eliten, die von ihrem sozialstrukturellen Hintergrund her zwar ähnliche gesellschaftliche Wurzeln haben können wie Professionals, Unternehmer oder die dem Regierungsgesetz zugewandten Politiker, hinsichtlich ihrer Wertorientierung aber mit hoher Wahrscheinlichkeit von ihnen abweichen. So bilden z.B. "Parteisoldaten" und altgediente Funktionäre die Basis der konservativen Fraktion innerhalb der KMT; dies trifft in der Regel jedoch nicht für die modernen Professionals und Unternehmer zu.

Hohe Staatsbeamte mit einer langjährigen Tätigkeit in den staatlichen Bürokratien (vor allem der zentralen Wirtschafts- und Finanzverwaltung) werden unter der Kategorie *Technokraten* zusammengefaßt. Prinzipiell sind diese zwar auch Professionals, doch handelt es sich hier um politische Eliten, die in der Regel mit einer naturwissenschaftlichen oder ökonomischen Ausbildung ausgestattet sind und fast durchgängig in Regierungsdiensten standen. Zur *öffentlichen Verwaltung* werden sowohl mittlere und kleine Beamte als auch Angestellte des öffentlichen Dienstes gezählt.

### 2.3.2 Untersuchungsbereich I: Die parlamentarischen Institutionen

#### (1) Die nationale Ebene

Die heute wichtigste parlamentarische Institution auf der nationalen Ebene ist der Legislativ Yuan (*li-fa-yüan*), das taiwanesisches Parlament. Ihm gegenüber spielen die Nationalversammlung (*tao-min ta-hui*) und der Kontroll Yuan (*chien-ch'a-yüan*) eine untergeordnete Rolle; sie bleiben deshalb aus der Betrachtung weitgehend ausgeklammert. Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan gab es in geringem Umfang bereits seit 1969; zur ersten gesamt taiwanesischen Wahl kam es jedoch erst im Dezember 1992.

Aus Tabelle 2-25 ist zu erkennen, daß das Durchschnittsalter der Parlamentarier im Legislativ Yuan in der Transitionsphase mit 47,6 Jahren jünger ausfällt als in der autoritären Ära (50,67 Jahre). Wichtiger sind jedoch die Veränderungen hinsichtlich des Ausbildungsniveaus der Abgeordneten, das seit 1969 stetig und deutlich zugenommen hat (vgl. Tab. 2-26). Besuchten in der autoritären Ära nur durchschnittlich 67 Prozent eine Universität, so ist dieser Anteil seit 1986 auf 79,5 Prozent angestiegen. 13,3 Prozent waren zwischen 1969 und 1983 Besitzer eines Doktorgrades, während die Zahlen der promovierten Abgeordneten in der Transitionsphase auf 17,9 Prozent kletterten.

Auffällig sind die in der Transitionsphase hohen Anteile jener Politiker, die vorwiegend im westlichen Ausland (USA/Kanada und Europa) sowie auf Taiwan selbst ausgebildet wurden: 29,4 Prozent bzw. 58 Prozent. Demgegenüber hatten die Amtsinhaber in der autoritären Ära nur zu 13,3 Prozent im westlichen Ausland und zu 49,5 Prozent auf Taiwan studiert. Der in bezug auf eine taiwanesisches Ausbildung geringere Unterschied verweist auf die seit bereits längerer Zeit ansteigende Ausbildungsqualität an den taiwanesischen Hochschulen und höheren Fachschulen (Colleges), obwohl ein Studium in den USA oder Europa noch immer günstigere Startvoraussetzungen für eine politische Karriere bietet. Wer es sich finanziell also leisten kann, studiert im Ausland. Diejenigen älteren Abgeordneten, die noch auf ein Studium in Festlandchina oder Japan - insbesondere in den dreißiger und vierziger Jahren - zurückblicken können, werden bald aus den Statistiken verschwunden sein.



Tabelle 2-25: Legislativvuan - Altersgruppen der zusätzlichen Abgeordneten

Wahl	-30	30-39	40-49	50-59	+60	Durchschnitt
1969			2	5	4	56,55
1972		10	18	13	10	49,37
1975		7	19	12	14	51,19
1980	1	15	46	18	17	47,77
1983		16	45	22	15	48,48
1969-1983						50,67
1986	1	12	47	27	13	48,61
1989	2	21	51	45	11	47,87
1992		33	68	52	8	46,31
1986-1992						47,60

Quelle: ZWKI.

Tabelle 2-26: Legislativvuan - Ausbildungshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten

Jahr	Total	Unver-sität	PHd	MA	BA	Sonst	Ausbildungsort*			
							USA/CAN	EURO/PA	JAPAN	TAIWAN/Sonst
1969	11	10	4	-	6	1	1	7	2	1
1972	51	29	6	2	21	22	4	2	13	18
1975	52	32	8	2	22	20	3	-	12	22
1980	97	66	10	6	50	31	12	-	8	57
1983	98	70	13	5	42	28	18	1	7	54
1986	100	79	18	19	42	21	23	5	8	55
1989	130	104	25	19	60	26	28	7	7	72
1992	161	128	27	32	69	33	46	6	7	100

\* Der Ausbildungsort entspricht dem Land, in dem der jeweils höchste akademische Grad oder die letzte anderweitige Ausbildung erworben wurde. Die College-Absolventen wurden nicht separat erfasst. Es sind dies diejenigen Abgeordneten, die nach dem Abschluß der Mittelschule eine Fachschule - etwa im kaufmännischen oder verwaltungstechnischen Bereich - besucht haben. Sie fallen hier unter die Kategorie "Sonst".

Quelle: ZWKI.

Von besonderem Interesse ist der Berufshintergrund der parlamentarischen Eliten. Während die Tabellen 2-27a und 2-27b die offiziellen Statistiken wiedergeben, enthält die Tabelle 2-28 eine Auswertung des Verfassers auf der Basis von Einzelbiographien der Abgeordneten. Ungachtet einiger Trendabweichungen, werden in beiden Fällen Professionals und Politiker mit einer früheren Tätigkeit in der Wirtschaft sowie im Regierungsapparat als die stärksten Berufsgruppen ausgewiesen. In den regierungsamtlichen Auflistungen umfassen diese drei Gruppen in den Jahren 1986 und 1989 - die 1992er Wahl hatte zum Zeitpunkt der Feldforschung noch nicht stattgefunden und war daher bei der ZWKI nicht entsprechend dokumentiert - 92,0 bzw. 89,2 Prozent. Besonders stark angestiegen sind dabei die Anteile der bereits früher im Regierungsapparat beschäftigten Parlamentarier. Während es in der autoritären Ära (hier: 1969-1983) durchschnittlich lediglich 19,8 Prozent waren, die dieser Kategorie zugeordnet wurden, so stieg das entsprechende Quorum zwischen 1986 und 1989 auf 52,3 Prozent. Wenn man bedenkt, daß die offiziellen Statistiken nach einigen Jahren der politischen Tätigkeit eines Abgeordneten - etwa als Mitglied eines Gemeinde- oder Stadtparlaments, als Bürgermeister oder aber Volksvertreter auf der Provinz- bzw. nationalen Ebene - die ursprüngliche Tätigkeit durch die Berufsbezeichnung "Politiker" ersetzen, so weisen die Zahlen auf einen hohen Anteil von "incumbents" hin. Hier sind zahlreiche Professionals und Unternehmer "versteckt", die irgendwann einmal eine politische Laufbahn eingeschlagen haben.

Tabelle 2-27a: Berufs- bzw. Organisationshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten des Legislativvuns

Wahl	Unternehmer/Manager	Professionals	Regierungsapparat	Bauern/Fischer	Arbeiter/Angestellte	Sonst
1969	4	5	1	-	1	1
1972	14	19	8	4	4	2
1975	20	10	13	4	3	2
1980	23	22	19	12	18	3
1983	28	17	29	11	13	-
1986	18	18	56	1	4	3
1989	28	25	63	7	7	-

Dies wurde von der in Tabelle 2-28 dokumentierten, separaten Auswertung bestätigt, in der die Kategorie "Regierungsapparat" noch einmal genauer untersucht und auch die 1992er Wahl mit aufgenommen wurde. Es zeigte sich dabei, daß die Gruppe der Professionals seit 1969 beständig größer wurde und in der Dezem-berwahl von 1992 mit 57,8 Prozent ihren bisherigen Spitzenwert erreichte. Im Durchschnitt der gesamten Transitionsphase (1986-92) liegen die Professionals mit 51,37 Prozent deutlich vor den Unternehmern und Managern (18,4 Prozent) und den langjährigen "Berufspolitikern" bzw. Funktionären der großen korporati-

**Tabelle 2-27b: Berufs- bzw. Organisationshintergrund der zusätzlichen Abgeordneten des Legislativyuans (in Prozent)**

Wahl	Unternehmer/ Manager	Profes- sionals	Regierungs- apparat	Bauern/ Fischer	Arbeiter/ Angestellte	Sonst
1969	36,4	45,5	9,0	-	10,0	-
1972	27,5	37,3	15,7	7,8	7,8	4,0
1975	38,5	19,2	25,0	7,7	5,8	3,8
1980	23,7	22,7	19,6	12,4	18,6	3,0
1983	28,6	17,3	29,6	11,2	13,3	-
1986	18,0	18,0	56,0	1,0	4,0	3,0
1989	21,5	19,2	48,5	5,4	5,4	-

Quelle: ZWKI.

stischen Verbände, also insbesondere der großen Bauern- und Fischerverbände sowie der staatlichen Gewerkschaften (17,57 Prozent). Es fällt auf, daß Parteifunktionäre und Militärs zu keiner Zeit stark im Legislativyuans vertreten waren, was vor dem Hintergrund der autoritären Einpartei-Herrschaft der KMT und der politischen Bedeutung des Militärs nach 1949 (vgl. Punkt 3.5) erstaunlich erscheint. Hier gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß die Statistiken die tatsächlichen Verhältnisse insofern verfälschen, als sie nur die "zusätzlichen Abgeordneten" erfassen. Würden die zum 31. Dezember 1991 endgültig pensionierten "alten Abgeordneten" hinzugenommen, läge zumindest der Anteil der Parlamentarier mit militärischem Hintergrund deutlich höher. Grundsätzlich ist jedoch zu sagen, daß die Militärs in den politischen Institutionen Taiwans schon immer weniger direkt als hinter den Kulissen mitgewirkt haben. Dieser Punkt wird bei der noch folgenden Betrachtung der Spitzengremien der KMT erneut zur Sprache kommen.

Daß die "Parteisoldaten" der Regierungspartei - und insbesondere hochgestellte KMT-Funktionäre - bis heute kaum eine Chance besitzen, ein Abgeordnetenmandat im Legislativyuans zu erringen, hat vor allem zwei, miteinander verbundene Gründe. Erstens fehlt den meisten dieser Funktionäre eine lokale Basis, die sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in bezug auf die Mobilisierung von Wählerstimmen absolut notwendig ist.<sup>21</sup> Deshalb sind sie zweitens bei der Bevölkerung nicht sonderlich beliebt: Der persönliche Kontakt des Abgeordneten zu seinem Wahlkreis - und nicht zuletzt die damit verbundenen "Aufmerksamkeiten", z.B. in Form von finanziellen Zuwendungen für das "richtige Abstimmungsverhalten" - sind in Taiwan sehr wichtig. Entscheidend dürfte jedoch sein, daß die meisten Parteifunktionäre aufgrund der autoritären Vergangenheit des KMT-Regimes als politisch diskreditiert gelten.

**Tabelle 2-28: Berufs- und Organisationshintergrund der frei gewählten Abgeordneten - alternative Auswertung (in Klammern: Prozent)**

Jahr	Beschäftigungs- bzw. Organisationshintergrund						
	Unterneh- Manager	Profes- sionals	Beamte/ Angestellte	Reg.-app-/ Verbände	Partei	Militär	Sonst
1969	4 (36,4)	3 (27,3)	-	3 (27,3)	-	-	1 (3,7)
1972	8 (15,7)	14 (27,5)	4 (7,8)	18 (35,3)	-	1 (2,0)	6 (11,8)
1975	14 (26,9)	17 (32,7)	6 (11,5)	11 (21,2)	-	1 (1,9)	3 (5,8)
1980	32 (33,0)	30 (30,9)	10 (10,3)	14 (14,4)	1 (1,0)	4 (4,1)	6 (6,2)
1983	25 (25,5)	38 (38,8)	2 (2,0)	19 (19,4)	1 (1,0)	5 (5,1)	8 (8,2)
1986	14 (14,0)	54 (54,0)	2 (2,0)	17 (17,0)	3 (3,0)	3 (3,0)	7 (7,0)
1989	38 (29,2)	55 (42,3)	5 (3,8)	23 (17,7)	-	1 (0,8)	8 (6,2)
1992	19 (11,8)	93 (57,8)	4 (2,5)	29 (18,0)	6 (3,7)	4 (2,5)	6 (3,7)

Quelle: ZWKI; eigene Recherche.

Am 21. Dezember 1991 wurde erstmals eine gesamt taiwanesische Nationalversammlung gewählt (vgl. Punkt 1.2.1). Die Ergebnisse bestätigen den in der Transitionphase im Legislativyuans deutlich werdenden Trend einer quantitativen Zunahme der Professionals und Unternehmer, auch wenn die hier vorliegende (nicht amtliche) Auswertung (vgl. Tab. 2-29) den aus der Wirtschaft kommenden Politikern (35,1 Prozent) einen höheren Anteil zuweist als den Professionals (Professoren/Dozenten und freie Berufe: 24,9 Prozent). Beide zusammen liegen mit 60 Prozent jedoch in einer ähnlichen Größenordnung wie die Gruppe der Professionals und Unternehmer/Manager im Durchschnitt der Jahre 1986-92 im Legislativyuans (nach Tab. 2-28: 69,7 Prozent).

Zusammenfassend ist somit zu sagen, daß sich die parlamentarischen Eliten der nationalen Ebene durch ein über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg sehr hohes Ausbildungsniveau auszeichnen und sich mehrheitlich aus Professionals und Unternehmern/Managern zusammensetzen. Der Trend zur Rekrutierung von Professionals weist zwar nicht erst seit der Einleitung der Transitionphase nach oben, hat sich seitdem jedoch verstärkt. Parteifunktionäre und Militärs sind demgegenüber in den nationalen Parlamenten nur gering repräsentiert und somit zumindest dort ohne großen direkten Einfluß.

**Tabelle 2-29: Ausbildungs- und Berufshintergrund der Direktkandidaten für die Wahl zur Nationalversammlung 1991**

	Anzahl	in Prozent
Univiersität	120	53,4
PHd	18	8,0
MA	38	16,9
BA	64	53,4
Sonst	105	46,6

Beruf	Anzahl	in Prozent
Unternehmer/Manager	79	35,1
Prof./Dozenten	32	14,2
Freie Berufe	24	10,6
(Professionals insg.	56	24,9)
Beamte/Angestellte	22	9,7
Parteiapparat	12	5,3
Regierungsapparat	9	4,0
Arbeiter	3	1,3
Landwirte/Fischer	24	10,6
Andere	20	8,3

Quelle: *Tzu-yu shih-pao*, 22. Dezember 1991.

## (2) Die lokale Ebene

Seit der Einführung einer lokalen Selbstverwaltung Anfang der 50er Jahre wird auf Taiwan regelmäßig gewählt. Unregelmäßigkeiten wurden zwar immer wieder aufgedeckt, aber unstrittig ist, daß diese Wahlen trotz der repressiven politischen Verhältnisse in der autoritären Ära gut funktionierten. Die anschließende Analyse konzentriert sich auf die wichtigsten gewählten Organe der lokalen Ebene: Die Provinzversammlung (*sheng-i-hui*), die Parlamente der 21 Kreise (*hsien*) bzw. kreisfreien Städte (*shih*) und der beiden regierungsunmittelbaren Städte Taipei und Kaohsiung sowie die Kreisvorsteher (*hsien-chang*) und Bürgermeister (*shih-chang*) der 21 Kreise bzw. zwei kreisfreien Städte. Die darunter angeordneten lokalen Gremien (bzw. Verwaltungsebenen) haben hinsichtlich ihrer Elitenrekrutierung für die nationale Politik kaum eine Relevanz.

Es wurde bereits darauf hingewiesen (vgl. Punkt 1.1.1), daß die Lokalwahlen für die KMT eine wichtige legitimatorische Komponente haben. Sie dienten bereits früh der Kooptierung lokaler Eliten und schafften damit effiziente Kommunikationskanäle, mit denen das Regime auf gesellschaftliche Kräfteverschiebungen reagieren konnte. Daß die KMT in der autoritären Ära mit einem relativen Minimum an politischer Repression gegenüber der breiten Bevölkerung auskam, war nicht zuletzt ein Ergebnis der Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der lokalen Selbstverwaltung.

**Tabelle 2-30a: Provinzversammlung - Altersgruppen der Abgeordneten**

Wahl	25-39	40-49	50-59	60+	Durchschnitt
1951	4	31	19	1	49,1
1954	5	26	24	2	49,7
1957	8	24	30	4	51,6
1960	5	17	43	8	52,4
1963	10	20	32	12	50,8
1968	10	21	19	21	51,2
1973 <sup>1</sup>	25	23	17	7	43,9
1977	19	37	16	5	45,6
1981	18	42	12	5	44,6
1985	17	51	2	7	46,0

1989	18	30	22	7	47,0
------	----	----	----	---	------

1) Keine Angaben: 1

**Tabelle 2-30b: Provinzversammlung - Altersgruppen in Prozent**

Wahl	Total	25-39	40-49	50-59	60+
1951	100	7,3	56,4	34,5	1,8
1954	100	8,8	45,6	42,1	3,5
1957	100	12,1	36,4	45,5	6,0
1960	100	6,8	23,3	58,9	10,6
1963	100	13,5	27,0	43,2	16,2
1968	100	14,0	29,6	26,8	29,6
1973	100	34,2	31,5	23,3	11,0
1977	100	24,7	48,0	20,8	6,5
1981	100	23,4	54,5	15,6	6,5
1985	100	22,0	66,2	2,6	9,0

1989	100	23,4	39,0	28,6	9,0
------	-----	------	------	------	-----

Quelle: ZWKI.

Tabelle 2-31a: Stadt- und Kreisparlamente - Altersgruppen der Abgeordneten

Wahl	Total	-25	25-39	40-49	50-59	60+
1950	814	-	260	360	158	36
1953	860	3	286	362	178	31
1955	928	2	326	400	173	27
1958	1 025	2	381	415	197	30
1961	929	1	292	382	209	45
1964	907	2	271	394	200	39
1968	847	9	318	279	205	36
1973	850	9	377	243	186	35
1977	857	7	327	315	154	54
1982	799	3	320	319	128	29
1986	837	4	288	343	157	45
1989	842	.	280*	325	190	47

a) Keine Angaben für die unter 25jährigen.

Tabelle 2-31b: Stadt- und Kreisparlamente - Altersgruppen in Prozent

Wahl	Total	-25	25-39	40-49	50-59	60+
1950	100	-	31,9	44,2	19,4	4,4
1952	100	0,3	33,3	42,0	20,7	3,6
1955	100	0,2	35,1	43,1	18,6	2,9
1958	100	0,2	37,2	40,5	19,2	2,9
1961	100	0,1	31,4	41,1	22,5	4,8
1964	100	0,2	29,9	43,4	22,0	4,3
1968	100	1,0	37,5	32,9	24,2	4,3
1973	100	1,0	44,4	28,6	21,9	4,1
1977	100	0,8	38,2	36,6	18,0	6,3
1982	100	0,4	40,0	39,9	16,0	3,6
1986	100	0,4	34,4	41,0	18,8	5,4
1989	100	-	33,6	38,6	22,6	5,6

Quelle: ZWKL.

Tabelle 2-32: Bürgermeister und Kreisvorsteher - Altersgruppen der Abgeordneten

Wahl	Total	30-39	40-49	50-59	+60	Durchschnitt
1951	21	2	13	4	2	50,8
1955	21	-	11	8	2	49,5
1957	21	1	11	7	2	49,2
1960	21	1	7	10	3	51,7
1963	21	2	6	8	5	51,5
1968	20	3	9	3	5	49,1
1973	20	6	11	3	-	44,9
1977	20	1	14	5	-	45,9
1981	19	3	13	3	-	44,7
1985	21	3	14	5	-	45,9

1989 21 1 12 6 2 48,0

Quelle: ZWKL.

Tabelle 2-33: Der Stadtrat von Taipei - Altersgruppen der Abgeordneten

Wahl	Total	-30	30-39	40-49	50-59	60+
1969	48	8	11	19	7	3
1973	49	6	15	19	9	-
1977	51	-	15	23	12	1
1981	51	2	17	22	9	1
1985	51	2	12	25	8	4
1989	51	-	18	21	8	4

Quelle: ZWKL.

Die in allen lokalen Gremien dominierende Altersgruppe ist - ziemlich konstant während des gesamten Zeitraums seit 1950 - die der 40-49jährigen. In der Provinzversammlung (vgl. Tab. 2-30a, b) zeichnet sich seit Mitte der 70er Jahre ein Trend zur Verjüngung ab. 1973 wurde die Gruppe der 25-39jährigen kurzfristig zur stärksten Altersgruppe und rangiert seitdem (durchschnittlich) noch vor den 50-59jährigen. In den Stadt- und Kreisparlamenten (vgl. Tab. 2-31a, b) setzte ein ähnlicher Trend bereits 1968 ein. Die 25-39jährigen dominierten bis in die Transitionphase, als sich der Altersdurchschnitt wieder mehr auf die 40-49jährigen verlagerte. Insgesamt betrachtet, sind diese beiden letztgenannten Altersgruppen in etwa gleich stark. Die Altersstruktur der Stadträte von Taipei und Kaohsiung

Tabelle 2-34: Der Stadtrat von Kaohsiung - Altersgruppen der Abgeordneten

Wahl	Total	-30	30-39	40-49	50-59	60+
1981	42	4	12	20	6	-
1985	42	1	10	19	11	1
1989	43	1	14	18	8	2

Quelle: ZWKI.

hat sich während der gesamten Beobachtungsperiode ebensowenig verändert wie jene der Bürgermeister und Kreisvorsteher (vgl. Tab. 2-32, 2-33, 2-34): Die 40-49jährigen dominieren vor allen anderen Altersgruppen. Jedoch sind - im Gegensatz zu den übrigen Gremien - bei den Bürgermeistern und Kreisvorstehern nicht die 25-39jährigen, sondern die 50-59jährigen die durchschnittlich zweitstärkste Altersgruppe. Dies hängt mit dem Prestige und der politischen Bedeutung eines solchen Postens zusammen, den in der Regel nur etablierte Politiker für sich beanspruchen können.

Im Gleichklang mit der nationalen Ebene hat sich auch in den lokalen Gremien das Ausbildungsniveau beständig erhöht. Besonders deutlich wird dies in der Provinzversammlung und den Stadt- und Kreisparlamenten (vgl. Tab. 2-35, 2-36).

Tabelle 2-35: Provinzversammlung - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten in Prozent

Jahr	Total	Universität/ Höhere Schule	Mittelschule	Grundschule	Sonst
1951	100	24	40	23	13
1954	100	25	31	23	21
1957	100	22	39	27	12
1960	100	17	43	30	10
1963	100	14	44	30	12
1968	100	16	61	15	8
1973	100	21	64	8	7
1977	100	24	67	3	6
1981	100	23	49	5	23
1985	100	61	16	-	23
1989	100	62	30	-	8

Quelle: ZWKI.

Tabelle 2-36: Kreis- und Stadtparlamente - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten (in Klammern: Prozent)

Wahl	Total	Universität/ College	Höhere/ Mittelschule	Grund- schule	Sonst
		PHD/MA	BA		
1950	814 (100)	-	213 (26,2)	340 (41,8)	168 (20,6)
1953	860 (100)	-	205 (23,8)	342 (39,8)	201 (23,4)
1955	928 (100)	-	237 (25,5)	346 (37,3)	218 (23,5)
1958	1 025 (100)	-	230 (22,4)	397 (38,7)	278 (27,1)
1961	929 (100)	-	159 (17,1)	403 (43,4)	260 (28,0)
1964	961 (100)	-	138 (14,3)	425 (44,2)	249 (25,9)
1968	847 (100)	-	140 (16,5)	513 (60,6)	128 (15,1)
1973	850 (100)	-	191 (22,5)	545 (64,1)	69 (8,1)
1977	857 (100)	10 (1,2)	207 (24,2)	574 (67,0)	34 (4,0)
1982	799 (100)	1 (0,1)	204 (25,5)	537 (67,2)	45 (5,6)
1986	837 (100)	8 (1,0)	219 (26,2)	533 (63,7)	77 (9,2)
1989	842 (100)	17 (2,0)	265 (31,5)	515 (61,2)	8 (0,1)
Durchschnitt	875 (100)	3 (0,4)	201 (23,1)	456 (52,6)	74 (8,3)

a) Zu 3 Abgeordneten keine Angaben.  
Quelle: ZWKI.

In der Provinzversammlung stieg der prozentuale Anteil jener Abgeordneten, die eine Universität oder höhere Schule besuchten, zwischen 1951 und 1989 von 24 auf 62 Prozent an. Gab es bis Ende der 60er Jahre durchschnittlich noch mehr Amtsinhaber, die lediglich über einen Grundschulabschluss verfügten, als solche mit einer zusätzlichen höheren Ausbildung, so besitzt heute jedes Mitglied der Provinzversammlung zumindest einen Mittelschulabschluss.

Bei den Kreis- und Stadtparlamenten wird zwischen der Ausbildung an einer Universität (bzw. einem College) und an einer höheren bzw. einer Mittelschule differenziert. Es zeigt sich, daß der universitäre Anteil bei den Stadträten über die Jahre relativ konstant bei ca. 23 Prozent blieb, während jener der weiterführenden Schulen über die gesamte Beobachtungsperiode konstant anstieg und sich zwischen 1950 und 1989 um rund 20 Prozent erhöhte. Allerdings fanden diese Veränderungen auf einem durchschnittlich bereits überraschend hohen Niveau statt. Schon 1950 hatten fast 70 Prozent aller Abgeordneten auf Kreis- und Stadtebene eine universitäre oder höhere (bzw. weiterführende) Ausbildung genossen. Ähnliches läßt sich auch für die Kreisvorsteher und Bürgermeister sowie die Stadträte von Taipei und Kaohsiung sagen (vgl. Tab. 2-37, 2-38, 2-39). Fast alle Amtsinhaber durchliefen hier während des gesamten Erfassungszeitraumes eine höhere bzw. universitäre Ausbildung.

**Tabelle 2-37: Kreisvorsteher und Bürgermeister - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten**

Wahl	Total	Universität/ College			Höhere Schule	Sonst
		PHd	MA	BA		
1951	21	15		3	2	
1955	21	14		5	2	
1957	21	15		3	3	
1960	21	13		7	1	
1963	21	18		1	2	
1968	20	17		2	1	
1973	20				-	
1977	20	3	17		-	
1981	19	2	17		-	
1985	21	2	6	12	1	
1989	21	21 <sup>a</sup>			-	

a) Darunter 6 Magister und Doktoren (in den Statistiken nicht differenziert).  
Quelle: ZWKL.

**Tabelle 2-38: Der Stadtrat von Taipei - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten**

Wahl	Total	Universität/ College			Höhere Schule	Sonst
		PHd	MA	BA		
1969	48	-	1	30	16	1
1973	49	1	2	33	13	-
1977	51	-	5	31	15	-
1981	51	-	5	27	19	-
1985	51	1	7	30	12	-
1989	51	14 <sup>a</sup>		31 <sup>b</sup>		6 <sup>c</sup>

- a) Keine Aufteilung nach PHd und MA.  
b) Keine Aufteilung nach regulärem Universitätsabschluss und einem Abschluß an einer höheren Schule.  
c) 6 Absolventen einer Mittelschule.  
Quelle: ZWKL.

**Tabelle 2-39: Der Stadtrat von Kaohsiung - Ausbildungshintergrund der Abgeordneten**

Wahl	Total	Universität/ College			Höhere Schule	Sonst
		PHd	MA	BA		
1981	42	-	1	19	22	-
1985	42	-	3	19	20	-
1989	43	4a	16	23		

a) Angaben nicht unterteilt in PHd und MA.  
Quelle: ZWKL.

**Tabelle 2-40a: Provinzversammlung - Berufs- und Organisationshintergrund der Abgeordneten**

	1951 1954 1957 1960 1963 1968 1973 1977 1981 1985 1989 Durchschnitt											
	1951	1954	1957	1960	1963	1968	1973	1977	1981	1985	1989	Durchschnitt
Unternehmer/ Manager	20	19	21	22	18	23	26	23	31	13	8	20
Professionals	17	16	12	21	18	19	15	17	26	9	5	16
Reg-apparat	1	3	9	4	13	8	8	12	1	35	55	14
Angest./Beamte	3	2	3	1	3	2	3	6	3	3	-	3
Bauern/Fischer	9	8	11	14	14	14	13	12	12	14	5	11
Arbeiter	4	7	6	8	6	3	5	6	4	3	2	5
Sonst	1	2	4	3	2	2	3	1	-	-	-	2

**Tabelle 2-40b: Provinzversammlung - Berufs- und Organisationshintergrund in Prozent**

	1951 1954 1957 1960 1963 1968 1973 1977 1981 1985 1989 Durchschnitt											
	1951	1954	1957	1960	1963	1968	1973	1977	1981	1985	1989	Durchschnitt
Unternehmer/ Manager	36	33	32	30	24	32	36	30	40	16	10	29
Professionals	31	28	18	29	24	27	21	22	34	12	6	23
Reg-apparat	2	5	14	5	18	11	11	16	1	45	71	18
Angest./Beamte	5	4	5	1	4	3	4	8	4	4	-	4
Bauern/Fischer	16	14	17	19	19	20	18	16	16	18	6	16
Arbeiter	7	12	9	11	8	4	7	8	5	4	3	7
Sonst	2	4	6	4	3	3	4	1	-	-	-	3
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: ZWKL.

Unternehmer/Manager und Professionals stellen mit durchschnittlich 29 bzw. 23 Prozent seit 1951 die beiden wichtigsten Berufsgruppen in der Provinzversammlung (vgl. Tab. 2-40a, b). Die starke absolute und relative Zunahme der Kategorie "Regierungsapparat" verweist einmal mehr darauf, daß zahlreiche Mitglieder der erstgenannten beiden Gruppen nach langjähriger Tätigkeit als Abgeordneter von der amtlichen Statistik einfach zum "Berufspolitiker" umbenannt wurden. Insofern kann man mit Recht davon ausgehen, daß die Unternehmer/Manager und Professionals in der Transitionsphase durchschnittlich weit über 60 Prozent der Mitglieder der Provinzversammlung ausmachten.

**Tabelle 2-41: Stadt- und Kreisparlamente - Berufs- bzw. Organisationshintergrund der Abgeordneten (in Klammern: Prozent)**

Jahr	Total	Unternehmer/ Manager	Professionals <sup>a</sup>	Angest./ Beamte	Bauern/ Fischer	Arbeiter	Sonst
1950	814 (100)	174 (21,4)	235 (28,9)	15 (1,8)	225 (27,6)	40 (4,9)	125 <sup>b</sup> (15,4)
1953	860 (100)	228 (27,1)	230 (26,7)	16 (1,9)	288 (33,5)	31 (3,6)	67 (7,8)
1955	928 (100)	263 (28,3)	273 (29,4)	23 (2,5)	260 (28,0)	50 (5,4)	59 (6,4)
1958	1 025 (100)	290 (28,3)	270 (26,3)	24 (2,3)	287 (28,0)	72 (7,0)	82 (8,0)
1961	929 (100)	274 (29,5)	216 (23,3)	22 (2,4)	297 (31,9)	75 (8,0)	45 (4,8)
1964	907 (100)	260 (28,7)	242 (26,7)	21 (2,3)	230 (25,4)	74 (8,2)	80 (8,8)
1968	847 (100)	254 (30,0)	195 (23,0)	11 (1,3)	239 (28,2)	62 (7,3)	86 (10,2)
1973	850 (100)	287 (33,8)	202 (23,8)	10 (1,2)	244 (28,7)	49 (5,8)	58 (6,8)
1977	857 (100)	344 (40,1)	195 (22,8)	44 (5,1)	236 (27,5)	-	38 (4,4)
1982	799 (100)	277 (34,7)	187 (23,4)	35 (4,4)	259 (32,4)	-	41 (5,1)
1986	837 (100)	313 (37,4)	212 (25,3)	7 (0,8)	274 (32,7)	-	31 (3,7)
1989	842 (100)	299 (35,5)	211 (25,0)	1 (0,1)	279 (33,1)	1 (0,1)	51 (6,0)
Durchschnitt	875 (100)	272 (31,2)	222 (25,4)	19 (2,2)	260 (30,0)	38 (4,2)	63 (7,3)

a) Die Statistik trennt hier nicht zwischen den Kategorien "Allgemeine öffentliche Verwaltung" (*kung-kung hsing-cheng she-hui fu-wu*) und der "Selbständigkeit" (*ko-jen fu-wu yet*). Die erste Gruppe umfaßt vor allem Tätigkeiten der kooptierten Professionals im lokalen Regierungs- und Verwaltungsapparat, während die zweite sich vornehmlich auf eine lange unabhängige Tätigkeit in den klassischen Professional-Berufen richtet.

b) Zu 57 Abgeordneten keine Angaben.  
Quelle: ZWKL.

In den Stadträten von Taipei und Kaohsiung (vgl. Tab. 2-43, 2-44) liegen die entsprechenden Anteile der Professionals und Unternehmer/Manager ähnlich hoch. Rechnet man nur die Hälfte der Kategorie "Regierungsapparat" diesen beiden Gruppen zu - was im übrigen knapp kalkuliert ist -, so errechnen sich für

das Jahr der letzten hier erfaßten Wahlen dieser Gremien (1989) ebenfalls Werte um die 60 Prozent. Keine Ausnahme stellen in dieser Hinsicht auch die Kreisvorsteher und Bürgermeister dar (vgl. Tab. 2-42), wenngleich ihre Posten nach den Erfahrungen des Verfassers im Durchschnitt weniger direkt von erfolgreichen Unternehmern als von freien Professionals mit großer Popularität besetzt werden. Letztere verfügen jedoch in den meisten Fällen über ausgezeichnete Kontakte in der freien Wirtschaft.

**Tabelle 2-42: Kreisvorsteher und Bürgermeister - Berufs- bzw. Organisationshintergrund**

Jahr	Total	Unternehmer/ Manager	Professionals	Regierungsapparat <sup>a</sup>	Arbeiter	Angest./ Beamte	Bauern/ Fischer	Sonst
1951	21	1	4	14	-	-	2	-
1955	21	3	4	12	1	-	1	-
1957	21	6	3	10	-	-	-	2
1960	21	4	4	8	2	2	-	1
1963	21	4	4	10	2	-	-	1
1968	20	3	5	9	1	1	-	6 <sup>b</sup>
1973	20	2	7	8	1	1	1	-
1977	20	2	5	13	-	-	-	-
1981	19	-	2	13	-	2	2	-
1985	21	-	3	16	1	1	-	-
1989	21	-	3	18	-	-	-	-

a) Die Kategorie "Regierungsapparat/Verwaltung" bzw. "Verwaltung" (*kung-kung hsing-cheng fu-wu-yeh*) umfaßt vor allem zahlreiche Professionals, die bereits seit Jahren in den lokalen Parlamenten aktiv sind. Im Gegensatz dazu haben die hier in einer eigenen Kategorie aufgeführten Professionals erst eine kurze administrative Erfahrung im Regierungsapparat und blicken auf eine vergleichsweise lange Erfahrung in den freien Berufen zurück.

b) Zu 6 Amtsinhabern keine gesonderten Angaben.  
Quelle: ZWKL.

Bauern und Fischer stellen in der Provinzversammlung - unter Berücksichtigung der oben ausgeführten Aufspaltung der Kategorie "Regierungsapparat" - die drittstärkste Berufsgruppe. In den Stadt- und Kreisparlamenten folgen sie mit durchschnittlich 30 Prozent sogar gleich auf die Unternehmer/Manager (31,2 Prozent) und stehen damit noch vor den Professionals (25,4 Prozent). Hier manifestiert sich die "Nähe zur Basis", die die genannten Gremien in der - außerhalb der großen Städte noch immer stark agrarisch geprägten - Gesellschaft Taiwans besitzen. Der geringe Anteil der Politiker mit einem bäuerlichen Hintergrund in den städtischen Parlamenten von Taipei und Kaohsiung unterstreicht diesen Tatbestand.

**Tabelle 2-43: Der Stadtrat von Taipei - Berufs- bzw. Organisationshintergrund der Abgeordneten**

Wahl	Total	Unternehmer/ Manager	Profes- sionals	Reg-apparat	Bauern/ Fischer	Arbeiter	Sonst
1969	48	20	7	11	2	3	5 <sup>a</sup>
1973	49	27	13	6	1	2	-
1977	51	24	9	15	1	2	-
1981	51	22	20	3	3	1	2 <sup>b</sup>
1985	51	18	5	25	1	2	-
1989	51	3	17	31	-	-	-

a) Zu fünf Mitgliedern keine Angaben.

b) Zu einem Mitglied keine Angaben.

Quelle: ZWKL.

**Tabelle 2-44: Der Stadtrat von Kaohsiung - Berufs- bzw. Organisationshintergrund der Abgeordneten**

Jahr	Total	Unternehmer/ Manager	Profes- sionals	Reg-apparat	Bauern/ Fischer	Arbeiter	Sonst
1981	42	22	5	4	5	4	2
1985	42	17	3	17	3	2	2
1989	43	10	5	25	3	-	-

Quelle: ZWKL.

Zusammenfassend kann in bezug auf die lokale Ebene konstatiert werden, daß die politischen Eliten bereits seit den frühen 50er Jahren vornehmlich von Unternehmern/Managern und Professionals gestellt werden und sich zudem durchweg durch ein hohes Ausbildungsniveau auszeichnen. Damit wird die unter Punkt 1.1.1 beschriebene erfolgreiche Kooptierungspolitik der KMT bestätigt. Der Regierungspartei gelang es, einen Großteil der modernen und im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung aufsteigenden Bevölkerungssegmente an sich zu binden und damit den politischen Prozeß an der lokalen Basis weitgehend zu kontrollieren. Folgerichtig war die in den 70er Jahren sich formierende oppositionelle *Tang-wai*-Bewegung (vgl. unten) ein überwiegend städtisches Phänomen.

### 2.3.3 Untersuchungsbereich II: Die KMT-Parteispitze

Als Zentrum der politischen Entscheidungsfindung und Politikformulierung aufseiten des Regimes gilt bis heute der Ständige Ausschuß/SA (*chung-yang ch'ang-wu wei-yüan-hui*) des Zentralen Exekutivkomitees/ZEK (*chung-yang chih-hsing wei-yüan-hui*) der KMT. Dieses Gremium, das sich jeden Mittwochmorgen trifft, ist das wichtigste institutionelle Erbe der in den 20er Jahren nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und dem leninistischen Kaderprinzip reorganisierten Regierungspartei und gleicht daher stark den "Politbüros" sozialistischer Prägung. Der SA ist das höchste Beschlussfassungsorgan der KMT; er nominiert ihre Kandidaten für wichtige Wahlen bzw. Partei- und Regierungsgremien. In dem bis heute von der KMT dominierten politischen System Taiwans fungiert er somit auch als ein wichtiges Entscheidungsgremium für die Grundlinien der Regierungspolitik. Der Parteichef führt den Vorsitz, ist jedoch bei Abstimmungen - zumindest formell - nur "Gleicher unter Gleichen". Natürlich lagen die Kräfteverhältnisse in der Chiang-Ära (1949-1988) anders, als der SA die vom Präsidenten und seinen engsten Beratern beschlossene Politik lediglich absegnete. Durch die Wirren des Demokratisierungsprozesses und innerparteilichen Machtkampfes seit 1990 (vgl. Punkt 3.2) war es zwischenzeitlich zu einer gewissen Paralyse dieses KMT-Spitzenorgans gekommen. Es wurde jedoch erwartet, daß sich dies nach dem im August 1993 stattfindenden 14. Parteitag der KMT wieder ändern würde. Zahlreiche jüngere Politiker konnten einen Sitz im Ständigen Ausschuß erringen (vgl. Kapitel 6). Da es sich hierbei um die aufsteigende Partielite und die politischen Führer von morgen handelt, wird auch der SA zukünftig wieder an Bedeutung gewinnen.

Der Rat des Exekutivvian (*hsing-cheng-yüan wei-yüan-hui*; kurz: Exekutivrat), das Regierungskabinet, besteht aus dem Premierminister, seinem Stellvertreter, den acht Ressortministern und zwei Vorsitzenden der Kommissionen für die Angelegenheiten Tibets und der Mongolei bzw. der Überseechinesen sowie einer wechselnden Zahl von Staatsministern ohne Portefeuille. Der Exekutivrat tagt jeden Donnerstagmorgen, also einen Tag nach der Sitzung des SA. Zweifellos ist er das zweite - dem SA jedoch untergeordnete - Spitzengremium des KMT-Regimes, das nicht nur in bezug auf seine ureigene Aufgabe der Politikimplementierung, sondern auch bei der Politikformulierung eine zentrale Rolle spielt. Der Exekutivrat stellt die personelle und kommunikative Schnittstelle zwischen der Parteiführung und der einflußreichen Staatsbürokratie - vor allem der Planungs-technokratie im Wirtschafts- und Finanzministerium und ihren angeschlossenen Organisationen - dar. Mit wenigen Ausnahmen gehörte in der jüngeren Vergangenheit kaum ein Mitglied gleichzeitig dem SA an. Während dort eine langjährige, erfolgreiche Partei- und Regierungsarbeit Eingangsvoraussetzung ist und insofern nur erfahrene Funktionäre oder Honoratioren vertreten sind, gelten die Mitglieder der Regierung in ihrer Mehrzahl als die jeweils "fähigsten" Politiker ihrer Zeit. Die Entscheidung für die Besetzung eines Regierungsamtes fällt in



Taiwan nur in den allerwenigsten Fällen auf der Basis politischer Opportunitäts- oder Proportzüberlegungen - wohl aber unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachkompetenz eines Kandidaten. Darin besteht ein wesentlicher Grund für den Erfolg des taiwanesischen Entwicklungsweges, der kaum eine Regierung kannte, die an mangelnder Sachkompetenz ihrer Mitglieder gescheitert wäre.

**Tabelle 2-45: Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Altersgruppen**

Jahr	Total	40-49	50-59	60-69	70-79	80+	Durchschnitt
7. ZEK (Okt. 1952)	10	4	6	-	-	-	50,4
8. ZEK (Okt. 1957)	15	2	8	5	-	-	55,7
9. ZEK (Nov. 1963)	15	-	5	9	1	-	60,6
10. ZEK (Apr. 1969)	21	1	7	12	1	-	61,2
11. ZEK (Nov. 1976)	22	1	1	11	9	-	66,9
12. ZEK (Apr. 1981)	31	2	7	13	7	2	65,1
13. ZEK (Jul. 1988)	31	3	10	8	8	2	63,7

Quelle: *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge; eigene Recherche anhand von verschiedenen Zeitungsberichten in der *Chung-yang jih pao* < *Central Daily News* >, *Lien-ho-pao* < *United Daily News* > und anderen Tageszeitungen.

Nach dem oben Gesagten verwundert es nicht, daß die Mitglieder des Exekutivrates im Durchschnitt um einige Jahre jünger sind als die des SA (vgl. Tab. 2-45, 2-46). Seit Ende der 70er Jahre (Kabinett Sun Yun-suan) läßt sich zudem erkennen, daß die Kabinette immer jünger werden - ein Trend der generell als Indikator für die zunehmende Professionalisierung eines politischen Gremiums gewertet wird.

**Tabelle 2-46: Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinett) - Altersstruktur (in Prozent)**

Kabinett	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Geburtsdatum vor 1900	55,0	41,1	56,0	20,7	4,1	-	-	-	-	-
1900-1909	45,0	58,9	36,0	55,8	41,6	14,2	4,5	-	-	-
1910-1919	-	-	8,0	23,5	41,6	57,1	40,9	10,5	5,3	-
1920-1929	-	-	-	-	12,5	16,8	31,8	47,4	31,6	5,3
1930-1939	-	-	-	-	-	10,7	22,7	42,1	63,2	73,7
1940-1949	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10,5
1950-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10,5

Anzahl der Mitglieder	20	17	25	34	24	28	22	19	19	19
Durchschnittsalter	50,4	53,2	60,1	59,6	61,7	63,3	60,6	59,6	58,9	56,3

**Anmerkung:**

Kabinett I	: Ch'en Cheng	März 1950	-	Juni 1954
Kabinett II	: Yu Hung-chun	Juli 1954	-	Juli 1958
Kabinett III	: Ch'en Cheng	Juli 1958	-	Dez. 1963
Kabinett IV	: Yen Chia-kan	Dez. 1963	-	Juni 1972
Kabinett V	: Chiang Ching-kuo	Juni 1972	-	Mai 1978
Kabinett VI	: Sun Yun-suan	Mai 1978	-	Mai 1984
Kabinett VII	: Yu Kuo-hua	Mai 1984	-	Mai 1989
Kabinett VIII	: Lee Huan	Juni 1989	-	Mai 1990
Kabinett IX	: Hau Po-ts'un	Juni 1990	-	Feb. 1993
Kabinett X	: Lien Chan	März 1993	-	-

Quelle: Peng Huai-en 1988:66; eigene Recherche wie in Tab. 2-45.

**Tabelle 2-47a: Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Ausbildungshintergrund**

Jahr	Total				Ausbildungsort				
	Universität/PhD	College/MA	BA/Sonst	Militär/akademie	USA/Canada	West-europa	China	Taiwan/Sonst	
7. ZEK (Okt. 1952)	10	1	2	1	4	2	3	4	1 <sup>a</sup>
8. ZEK (Okt. 1957)	15	1	3	2	6	3	4	6	2 <sup>b</sup>
9. ZEK (Nov. 1963)	15	1	2	1	7	4	3	7	2 <sup>c</sup>
10. ZEK (Apr. 1969)	21	4	2	4	6	5	3	9	2 <sup>d</sup>
11. ZEK (Nov. 1976)	22	4	4	4	2	6	3	7	2 <sup>e</sup>
12. ZEK (Apr. 1981)	31	5	3	10	5	8	8	11	7 <sup>f</sup>
13. ZEK (Jul. 1988)	31	8	5	8	6	4	11	6	10 <sup>g</sup>

- a) 1 UdSSR e) 1 Korea, 1 Japan  
 b) 1 UdSSR, 1 Japan f) 1 Korea, 2 Japan  
 c) 1 UdSSR, 1 Taiwan g) 1 Korea, 2 Japan  
 d) 1 UdSSR, 1 Korea

**Tabelle 2-47b: Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Ausbildungshintergrund in Prozent**

Jahr	Total	Universität/College				Militär-akademie	Ausbildungsort				
		PhD	MA	BA	Sonst		USA/Canada	West-europa	China/Taiwan/Sonst		
7. ZEK (Okt. 1952)	100,0	10,0	20,0	10,0	10,0	40,0	20,0	30,0	40,0	-	10,0
8. ZEK (Okt. 1957)	100,0	6,7	20,0	13,5	40,0	20,0	26,7	20,0	40,0	-	13,4
9. ZEK (Nov. 1963)	100,0	6,7	13,4	6,7	46,7	26,7	20,0	20,0	46,7	-	13,4
10. ZEK (Apr. 1969)	100,0	19,0	9,5	19,0	28,6	23,8	23,8	14,3	42,9	9,5	9,5
11. ZEK (Nov. 1976)	100,0	18,2	18,2	18,2	9,0	18,2	27,3	13,6	31,8	18,2	9,0
12. ZEK (Apr. 1981)	100,0	16,1	9,7	32,3	16,1	25,8	25,8	6,5	35,5	22,6	9,7
13. ZEK (Jul. 1988)	100,0	25,8	16,1	25,8	19,4	12,9	35,5	3,2	19,4	32,3	9,7

Quelle: *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge; eigene Recherche wie in Tab. 2-45.

**Tabelle 2-48a: Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinetts) - Ausbildungshintergrund**

Kabinettsmitglied	Total	Universität/PhD			Militär-akademie	Sonst	Ausbildungsort				
		MA	BA	Sonst			USA/Canada	Europa	Japan/China/Taiwan/Sonst		
I	20	3	5	5	3	4	8	1	3	8	-
II	19	2	6	8	1	2	8	2	1	8	-
III	25	5	5	9	4	2	8	8	2	5	2 <sup>b</sup>
IV	36	10	6	14	3	3	11	11	3	8	1
V	24	6	6	8	4	-	7	5	4	6	1
VI	29	7	7	11	4	-	8	4	1	12	4
VII	22	3	8	8	2	1	7	4	1	6	4
VIII <sup>a</sup>	18	10	4	2	2	-	13	1	-	3	1
IX <sup>a</sup>	18	8	5	3	2	-	8	1	1	3	5
X	19	12	3	4	-	-	11	1	2	1	4

a) Zu jeweils einem Mitglied keine Angaben  
 b) Je 1 UdSSR

**Tabelle 2-48b: Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinetts) - Ausbildungshintergrund in Prozent**

Kabinettsmitglied	Total	Universität/PhD			Militär-akademie	Sonst	Ausbildungsort				
		MA	BA	Sonst			USA/Canada	Eu-ropa	Japan/China/Taiwan/Sonst		
I	100,0	15,0	25,0	25,0	15,0	20,0	40,0	5,0	15,0	40,0	-
II	100,0	10,5	31,6	42,1	5,3	10,5	42,1	10,5	5,3	42,1	-
III	100,0	20,0	20,0	36,0	16,0	8,0	32,0	32,0	8,0	20,0	-
IV	100,0	27,8	16,7	38,9	8,4	8,4	30,6	30,6	8,4	22,2	2,8
V	100,0	25,0	25,0	33,4	16,7	-	29,2	20,8	16,7	25,0	4,2
VI	100,0	24,1	24,1	37,9	13,8	4,5	31,8	18,2	4,5	27,3	18,2
VII	100,0	13,6	36,4	36,4	9,0	-	27,6	13,8	3,4	41,4	13,8
VIII	100,0	55,6	22,2	11,1	11,1	-	72,2	5,6	-	16,7	5,6
IX	100,0	44,5	27,8	16,7	11,1	-	44,4	5,6	5,6	16,7	27,8
X	100,0	63,2	15,8	21,0	-	-	57,9	5,3	10,5	5,3	21,0

Quelle: *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge; eigene Recherche wie in Tab. 2-45.

Analysiert man den Ausbildungshintergrund der Mitglieder beider Gremien (vgl. Tab. 2-47a, b; 2-48a, b), so ist das im gesamten Erfassungszeitraum stets hohe Niveau augenfällig. Durchschnittlich 77,6 Prozent der Mitglieder im Ständigen Ausschuss und 84,5 Prozent jener im Exekutivrat durchliefen eine universitäre

Ausbildung, 14,6 bzw. 27,7 Prozent waren Inhaber eines Doktorstitels. Hingegen beträgt der durchschnittliche Anteil der Abgänger einer Militärakademie im Ständigen Ausschuss 23,9 Prozent und im Exekutivrat nur 10,6 Prozent - vor dem Hintergrund der militärischen Vergangenheit der KMT ist dies sicherlich ein überraschender Tatbestand. Die Führungselite der KMT wurde zudem mehrheitlich im westlichen Ausland (USA/Kanada und Europa) ausgebildet: Während der entsprechende Anteil für die Mitglieder des Ständigen Ausschusses im Gesamtzeitraum bei durchschnittlich 41 Prozent liegt, beträgt er im Exekutivrat sogar 55,5 Prozent. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand verringern sich die Anteile jener Politiker, die noch auf dem chinesischen Festland oder in Japan studierten. Gleichzeitig nimmt die Zahl der auf Taiwan ausgebildeten Eliten kontinuierlich zu. Tatsächlich ist es so, daß ein Studium auf Taiwan an Attraktivität gewinnt, da die Qualität der Universitäten und Hochschulen erheblich verbessert wurde. Allerdings zählt der von einer ausländischen Hochschule verliehene akademische Grad noch immer mehr - eine Qualitätshinterfragung findet dabei in der "titelversessenen" taiwanesischen Gesellschaft selten statt.

**Tabelle 2-49: Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT - Berufs- und Organisationshintergrund (in Klammern: Prozent)**

Jahr	Total	Unternehmer/ Manager	Professionals	Technokraten	Partei- funktionäre	Militär
7. ZEK (Okt. 1952)	10 (100,0)	-	3 (30,0)	3 (30,0)	1 (10,0)	3 (30,0)
8. ZEK (Okt. 1957)	15 (100,0)	-	7 (46,7)	2 (13,4)	2 (13,4)	4 (26,7)
9. ZEK (Nov. 1963)	15 (100,0)	-	4 (26,7)	5 (33,4)	1 (6,7)	5 (33,4)
10. ZEK (Apr. 1969)	21 (100,0)	1 (4,8)	8 (38,0)	3 (14,3)	2 (9,5)	7 (33,4)
11. ZEK (Nov. 1976)	22 (100,0)	1 (4,5)	9 (41,0)	4 (18,2)	3 (13,6)	5 (22,7)
12. ZEK (Apr. 1981)	31 (100,0)	1 (3,2)	13 (41,9)	7 (22,6)	5 (16,1)	5 (16,1)
13. ZEK (Jul. 1988)	31 (100,0)	2 (6,5)	16 (51,6)	6 (19,4)	4 (12,9)	3 (9,6)
(Durchschnitt in %	100,0	2,7	39,4	21,6	11,7	24,6

Quelle: *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge; eigene Recherche wie in Tab. 2-45.

**Tabelle 2-50: Die Mitglieder des Exekutivrats (Kabinetts) - Berufs- und Organisationshintergrund (in Klammern: Prozent)**

Kabinetts	Total	Professionals	Unternehmer/ Manager	Technokraten	Partei- funktionäre	Militär
I	20 (100,0)	10 (50,0)	-	4 (20,0) <sup>a</sup>	4 (20,0)	3 (15,0)
II	19 (100,0)	10 (52,6)	2 (10,5)	5 (26,3)	1 (5,3)	1 (5,3)
III	25 (100,0)	13 (52,0)	-	7 (28,0)	-	5 (20,0)
IV	36 (100,0)	21 (58,3)	1 (2,8)	9 (25,0)	-	5 (13,9)
V	24 (100,0)	12 (50,0)	-	8 (33,3)	-	4 (16,6)
VI	29 (100,0)	15 (51,7)	1 (3,3)	9 (31,0)	-	4 (13,8)
VII	22 (100,0)	13 (59,1)	-	7 (31,8)	-	2 (9,1)
VIII <sup>b</sup>	19 (100,0)	12 (63,2)	-	2 (10,5)	-	3 (15,8)
IX <sup>b</sup>	19 (100,0)	12 (63,2)	-	3 (15,8)	-	1 (5,3)
X	19 (100,0)	12 (63,2)	-	7 (36,8)	-	2 (10,5)
(Durchschnitt in %	100,0	56,3	1,7	25,9	4,6	11,0

a) Darunter jeweils 1 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Chinas (CSDP) sowie der Demokratisch-Sozialistischen Partei (DSP).

b) Zu je einem Mitglied keine Angaben.

Quelle: *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge; eigene Recherche wie in Tab. 2-45.

Betrachtet man den Berufs- und Organisationshintergrund der KMT-Führungseliten, so werden die in den modernen Ausbildungshintergründen zum Ausdruck kommenden Trends bestätigt. Professionals sind in beiden Gremien die stärkste Berufsgruppe. Im Ständigen Ausschuss sind sie im gesamten Erfassungszeitraum (1952-1988) zu durchschnittlich 39,4 Prozent vertreten, im Exekutivrat sogar mit 56,3 Prozent (vgl. Tab. 2-49, 2-50). Hohe Staatsbeamte (Technokraten) stellen im Exekutivrat die durchschnittlich zweitstärkste (25,9 Prozent) und im SA die drittstärkste Gruppe (21,6 Prozent). Hier tritt die Bedeutung der Planungstechnokratie zutage, die insbesondere in der Zentralregierung ein gewichtiges Wort mitredet (vgl. hierzu Punkt 3.4). Dagegen überrascht die schwache Präsenz der restlichen drei Gruppen. Unternehmer haben weder im SA (2,7 Prozent) noch im Exekutivrat (1,7 Prozent) je über viel Macht verfügt, was mit der marginalen politischen Rolle des Privatkapitals bis in die 80er Jahre hinein begründet werden muß (vgl. Punkt 3.6.2). Zumindest im SA wird sich dies in den nächsten Jahren wohl ändern, denn die taiwanesischen Unternehmenselite und die KMT-Spitze haben sich nicht zuletzt in geschäftlicher Hinsicht eng aneinander gebunden und bilden eine Interessengemeinschaft (vgl. Punkt 3.6.4). In das Kabinetts allem die mächtige Wirtschaftsbürokratie schiebt entsprechendes Versuchen einen Riegel vor, um ihre Autonomie zu wahren.

Am augenfälligsten aber ist die geringe direkte Einflußnahme von etablierten Parteifunktionären und Militärs. Ausgerechnet im mächtigen Ständigen Ausschluß waren die Parteifunktionäre seit 1952 mit durchschnittlich nur 11,7 Prozent vertreten. Im Exekutivrat spielten sie nie eine ernsthafte Rolle und werden bereits seit Jahren mit keinem Regierungsamt mehr betraut. Das Militär ist, über den gesamten Erfassungszeitraum betrachtet, mit durchschnittlich 24,6 Prozent zwar die zweitstärkste Gruppe im SA, doch geht sein prozentualer Anteil seit den frühen 70er Jahren kontinuierlich zurück. Auch im Exekutivrat (Durchschnittswert: 11 Prozent) kam dem Militär anscheinend immer nur eine "Aufpasserfunktion" zu. Seit dem Rücktritt des früheren Generalstabschefs General Hao Po-t's vom Amt des Premierministers im Januar 1993 hat der letzte Militär die "vorderste Front" im Regierungsgeschäft verlassen. Betont werden muß, daß Taiwan nie von einer mehrköpfigen "Militärjunta" regiert wurde - auch nicht in den für das KMT-Regime politisch schwierigen Anfangsjahren nach 1949.

### 2.3.4 Untersuchungsbereich III: Die politische Opposition

#### (1) Die parlamentarischen Eliten der DFP

Eine sozio-demographische Analyse der parlamentarischen Führungseliten in der größten Oppositionspartei bestätigt das Bild, das sich bereits bei der *Tang-wai*-Bewegung in den 70er und 80er Jahren bot (vgl. Punkt 1.1.2): Die politische Opposition Taiwans wird von Professionals angeführt und personell dominiert (vgl. Tab. 2-52). Nahezu drei Viertel aller DFP-Abgeordneten im Legislativ Yuan übten früher einen freien Beruf aus oder haben sich als soziale Aktivisten betätigt. Auf der lokalen Ebene liegen die Anteile - mit Ausnahme der Bürgermeister und Kreisvorsteher - zwar etwas niedriger; doch auch dort machen Professionals in sämtlichen seit der Gründung der DFP durchgeführten Wahlen durchschnittlich 66,7 Prozent der Amtsinhaber aus. Anders als im Falle der KMT - allerdings nur mit Blick auf die parlamentarischen Gremien - spielen Unternehmer und Manager in den Reihen der DFP bisher noch eine untergeordnete Rolle.

Vor dem Hintergrund des hohen Professional-Anteils in der größten Oppositionspartei kann das gleichermaßen hohe Ausbildungsniveau der parlamentarischen DFP-Eliten kaum verwundern (vgl. Tab. 2-51). 73,6 Prozent der Abgeordneten im Legislativ Yuan haben eine Universität besucht. Auf der lokalen Ebene lassen sich aufgrund der wenigen Wahlen und der geringen Anzahl an DFP-Politikern Trends zwar noch nicht abschätzen, dennoch ist erkennbar, daß das Ausbildungsniveau auch hier erheblich über der Oberschulreife liegt. Durchschnittlich fast 60 Prozent der Amtsinhaber verfügen über einen akademischen Titel. Das Durchschnittsalter der DFP-Eliten liegt teilweise erheblich unter dem aller Parlamentarier in den entsprechenden Gremien (vgl. Tab. 2-25), wodurch das historische Bild einer "jungen Opposition" auch altersmäßig eine Bestätigung findet.

**Tabelle 2-51: Führungseliten der DFP - Ausbildungshintergrund**  
(in Klammern: Prozent)

Gremium	Anzahl	Universität	PhD	MA	BA	Sonst	Durchschnittsalter
Legislativ Yuan (1986)	12 (100,0)	9 (75,0)	3 (25,0)	1 (8,4)	5 (41,7)	3 (25,0)	45,2
Legislativ Yuan (1989)	21 (100,0)	15 (71,4)	2 (9,5)	4 (19,0)	9 (42,9)	6 (28,6)	42,3
Legislativ Yuan (1992)	51 <sup>a</sup> (100,0)	38 (74,5)	9 (17,6)	8 (15,7)	21 (41,2)	12 (25,5)	46,0
Provinzversammlung (1989)	16 (100,0)	8 (50,0)	-	2 (12,5)	6 (37,5)	8 (50,0)	46,9
Bürgermeister/Kreisvorsteher (1989)	6 (100,0)	5 (83,4)	1 (16,7)	-	4 (66,7)	1 (16,7)	47,5
Stadttr. v. Taipei (1989)	14 (100,0)	11 (78,6)	-	2 (14,3)	9 (64,3)	3 (21,4)	37,2
Stadttr. v. Kaohsiung (1989)	8 (100,0)	2 (25,0)	-	1 (12,5)	1 (12,5)	6 (75,0)	36,6

a) Zu einem Mitglied keine genauen Angaben.

Quelle: ZWKI; eigene Recherche anhand von Berichten in verschiedenen Tageszeitungen, u.a.: *Chung-kuo shih pao* <China Times>, *Tzu-ti wan-pao* <United Independent News> etc.

**Tabelle 2-52: Führungseliten der DFP - Berufs- und Organisationshintergrund (in Klammern: Prozent)**

Anzahl	Professionals	Wirtschaft	Angestellte	Arbeiter	Landwirte	Sonst
Legislativ Yuan (1986)	12 (100,0)	6 (50,0)	1 (8,4)	2 (16,7)	1 (8,4)	1 (8,4)
Legislativ Yuan (1989)	21 (100,0)	13 (61,9)	2 (9,5)	1 (4,8)	2 (9,5)	3 (14,3)
Legislativ Yuan (1992)	51 <sup>a</sup> (100,0)	41 (80,4)	4 (7,8)	2 (3,9)	2 (3,9)	-
Provinzversammlung (1989)	16 (100,0)	9 (56,3)	2 (12,5)	-	-	2 (12,5) 3 (18,8)
Bürgermeister/Kreisvorsteher (1989)	6 (100,0)	5 (83,4)	-	-	-	1 (16,7)
Stadttr. v. Taipei (1989)	14 (100,0)	9 (64,3)	2 (14,3)	1 (7,1)	2 (14,3)	-
Stadttr. v. Kaohsiung (1989)	8 (100,0)	5 (62,5)	1 (12,5)	-	1 (12,5)	1 (12,5)

a) Zu einem Mitglied keine Angaben. Quelle: ZWKI; eigene Recherche wie in Tab. 2-51.

Am augenfälligsten aber ist die geringe direkte Einflußnahme von etablierten Parteifunktionären und Militärs. Ausgerechnet im mächtigen Ständigen Ausschluß waren die Parteifunktionäre seit 1952 mit durchschnittlich nur 11,7 Prozent vertreten. Im Exekutivrat spielten sie nie eine ernsthafte Rolle und werden bereits seit Jahren mit keinem Regierungsamt mehr betraut. Das Militär ist, über den gesamten Erfassungszeitraum betrachtet, mit durchschnittlich 24,6 Prozent zwar die zweitstärkste Gruppe im SA, doch geht sein prozentualer Anteil seit den frühen 70er Jahren kontinuierlich zurück. Auch im Exekutivrat (Durchschnittswert: 11 Prozent) kam dem Militär anscheinend immer nur eine "Aufpasserfunktion" zu. Seit dem Rücktritt des früheren Generalstabschefs General Hao Po-tsun vom Amt des Premierministers im Januar 1993 hat der letzte Militär die "vorderste Front" im Regierungsgeschäft verlassen. Betont werden muß, daß Taiwan nie von einer mehrköpfigen "Militärjunta" regiert wurde - auch nicht in den für das KMT-Regime politisch schwierigen Anfangsjahren nach 1949.

### 2.3.4 Untersuchungsbereich III: Die politische Opposition

#### (1) Die parlamentarischen Eliten der DFP

Eine sozio-demographische Analyse der parlamentarischen Führungseliten in der größten Oppositionspartei bestätigt das Bild, das sich bereits bei der *Tangwai*-Bewegung in den 70er und 80er Jahren bot (vgl. Punkt 1.1.2): Die politische Opposition Taiwans wird von Professionals angeführt und personell dominiert (vgl. Tab. 2-52). Nahezu drei Viertel aller DFP-Abgeordneten im Legislativ Yuan übten früher einen freien Beruf aus oder haben sich als soziale Aktivisten betätigt. Auf der lokalen Ebene liegen die Anteile - mit Ausnahme der Bürgermeister und Kreisvorsteher - zwar etwas niedriger; doch auch dort machen Professionals in sämtlichen seit der Gründung der DFP durchgeführten Wahlen durchschnittlich 66,7 Prozent der Amtsinhaber aus. Anders als im Falle der KMT - allerdings nur mit Blick auf die parlamentarischen Gremien - spielen Unternehmer und Manager in den Reihen der DFP bisher noch eine untergeordnete Rolle.

Vor dem Hintergrund des hohen Professional-Anteils in der größten Oppositionspartei kann das gleichermaßen hohe Ausbildungsniveau der parlamentarischen DFP-Eliten kaum verwundern (vgl. Tab. 2-51). 73,6 Prozent der Abgeordneten im Legislativ Yuan haben eine Universität besucht. Auf der lokalen Ebene lassen sich aufgrund der wenigen Wahlen und der geringen Anzahl an DFP-Politikern Trends zwar noch nicht abschätzen, dennoch ist erkennbar, daß das Ausbildungsniveau auch hier erheblich über der Oberschulreife liegt. Durchschnittlich fast 60 Prozent der Amtsinhaber verfügen über einen akademischen Titel. Das Durchschnittsalter der DFP-Eliten liegt teilweise erheblich unter dem aller Parlamentarier in den entsprechenden Gremien (vgl. Tab. 2-25), wodurch das historische Bild einer "jungen Opposition" auch altersmäßig eine Bestätigung findet.

Tabelle 2-51: Führungseliten der DFP - Ausbildungshintergrund (in Klammern: Prozent)

Gremium	Anzahl	Universität	PhD	MA	BA	Sonst	Durchschnittsalter
Legislativ Yuan (1986)	12 (100,0)	9 (75,0)	3 (25,0)	1 (8,4)	5 (41,7)	3 (25,0)	45,2
Legislativ Yuan (1989)	21 (100,0)	15 (71,4)	2 (9,5)	4 (19,0)	9 (42,9)	6 (28,6)	42,3
Legislativ Yuan (1992)	51 <sup>a</sup> (100,0)	38 (74,5)	9 (17,6)	8 (15,7)	21 (41,2)	12 (25,5)	46,0
Provinzversammlung	16 (100,0)	8 (50,0)	-	2 (12,5)	6 (37,5)	8 (50,0)	46,9
Bürgermeister/Kreisvorsteher (1989)	6 (100,0)	5 (83,4)	1 (16,7)	-	4 (66,7)	1 (16,7)	47,5
Stadttrat v. Taipei (1989)	14 (100,0)	11 (78,6)	-	2 (14,3)	9 (64,3)	3 (21,4)	37,2
Stadttrat v. Kaohsiung (1989)	8 (100,0)	2 (25,0)	-	1 (12,5)	1 (12,5)	6 (75,0)	36,6

a) Zu einem Mitglied keine genauen Angaben.

Quelle: ZWKI; eigene Recherche anhand von Berichten in verschiedenen Tageszeitungen, u.a.: *Chung-kuo shih pao* <China Times>, *Tzu-ü wan-pao* <United Independent News> etc.

Tabelle 2-52: Führungseliten der DFP - Berufs- und Organisationshintergrund (in Klammern: Prozent)

Gremium	Anzahl	Professionals	Wirtschaft	Angestellte	Arbeiter	Landwirte	Sonst
Legislativ Yuan (1986)	12 (100,0)	6 (50,0)	1 (8,4)	2 (16,7)	1 (8,4)	1 (8,4)	1 (8,4)
Legislativ Yuan (1989)	21 (100,0)	13 (61,9)	2 (9,5)	1 (4,8)	2 (9,5)	3 (14,3)	-
Legislativ Yuan (1992)	51 <sup>a</sup> (100,0)	41 (80,4)	4 (7,8)	2 (3,9)	2 (3,9)	-	-
Provinzversammlung	16 (100,0)	9 (56,3)	2 (12,5)	-	-	2 (12,5)	3 (18,8)
Bürgermeister/Kreisvorsteher (1989)	6 (100,0)	5 (83,4)	-	-	-	1 (16,7)	-
Stadttrat v. Taipei (1989)	14 (100,0)	9 (64,3)	2 (14,3)	1 (7,1)	2 (14,3)	-	-
Stadttrat v. Kaohsiung (1989)	8 (100,0)	5 (62,5)	1 (12,5)	-	1 (12,5)	1 (12,5)	-

a) Zu einem Mitglied keine Angaben. Quelle: ZWKI; eigene Recherche wie in Tab. 2-51.

(2) Die politischen Eliten der China Social Democratic Party (CSDP)<sup>22</sup>

Mehr ihrer potentiellen zukünftigen Rolle als ihrer derzeitigen politischen Relevanz wegen soll auch die junge China Social Democratic Party (*Chung-hua she-hui min-chu-tang*)<sup>23</sup> in dieser Analyse berücksichtigt werden. Sie wurde im März 1991 von dem - im Jahr zuvor aus der DFP ausgeschlossenen - "Rambo" des Legislativ Yuan, Chu Kao-cheng<sup>24</sup>, gegründet und stellte sich im Dezember 1991 erstmals zur Wahl. Obgleich sie nur 2,13 Prozent der Stimmen erreichte, wurde sie immerhin drittstärkste Partei. Vor allem aus zwei Gründen ist die CSDP interessant:

1. Sie bemüht sich, im Gegensatz zu allen anderen Oppositionsparteien<sup>25</sup> außer der DFP und den Arbeiterparteien, um ein eigenständiges ideologisch-konzeptionelles Profil.<sup>26</sup>
2. Sie sieht sich als Hoffnungsträger der taiwanesischen Demokratie und will einen Dritten Weg zwischen KMT und DFP gehen.<sup>27</sup>

Da sich die CSDP zum Zeitpunkt der Feldforschung noch weitgehend im Aufbau befand, waren Informationen über ihre Mitgliederstruktur kaum zugänglich. Nach Angaben Chu Kao-chengs zählte die Partei Ende 1991 etwa 5.000 eingetragene Mitglieder. Mehr als 90 Prozent davon haben mindestens eine höhere Schule (*kao-chung*) besucht, während rund 80 Prozent eine College- oder Universitätsausbildung (*ta-chuan*) durchliefen. Zehn Prozent besitzen einen MA, zwei Prozent einen Dokortitel. Mehr als 90 Prozent der Mitglieder gehören der Alterskategorie 25-40 Jahre an.<sup>28</sup> Ähnliche Ergebnisse gehen aus verschiedenen internen Materialien hervor, die dem Verfasser von der CSDP zur Verfügung gestellt wurden und Auskunft über die sozio-demographischen Hintergründe ihrer Kandidaten bei den ersten kompletten Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1991 geben (vgl. Tab. 2-53).

Auch in den Reihen der CSDP sind Professionals (51,7 Prozent) die stärkste Berufsgruppe. Die starke Präsenz von Unternehmern und Managern (insgesamt 17,2 Prozent) bestätigt jedoch die auf Taiwan dem Verfasser gegenüber oft geäußerte Ansicht vieler Beobachter, die CSDP verfüge über enge Kontakte zur lokalen Unternehmerschaft. Sollte dies stimmen, würde sie sich auch in diesem Punkt von der DFP unterscheiden. Die übrigen Zahlen entsprechen in etwa den Angaben von Chu Kao-cheng bezüglich der Gesamtpartei: 84,5 Prozent der Kandidaten besitzen einen Universitäts- oder Collegeabschluß und knapp sieben Prozent sind im Besitz eines Dokortitels. Insgesamt entsprechen die sozio-demographischen Hintergründe der CSDP-Eliten ungefähr denen der DFP. Sie sind hauptsächlich Professionals, sehr gut ausgebildet und durchschnittlich etwas jünger als die Eliten der regierenden KMT.

Tabelle 2-53: CSDP-Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung (Dezember 1991) - Ausbildungshintergrund; Berufs- und Organisationshintergrund (in Klammern: Prozent)

Ausbildungshintergrund	Total: 58	Berufs-/Organisationshintergrund
Universität	: 30 (51,7)	Professionals <sup>a</sup>
College	: 19 (32,8)	Unternehmer
Höhere Schule	: 6 (10,3)	Manager
Mittelschule	: 2 (3,4)	Angestellter
Militärakademie	: 1 (1,7)	Militär
Auslandsstudium	: 4 (6,9)	Keine Angaben
USA	: 2 (3,4)	
Frankreich	: 1 (1,7)	
Deutschland	: 1 (1,7)	
PhD	: 4 (6,9)	
BA	: 26 (44,8)	

a) Darunter 3 Journalisten, 3 Mediziner, 3 Chemiker, 3 Juristen, 3 Professoren, 4 Lokalpolitiker bzw. soziale Aktivisten, 1 Künstler und 11 graduierte Jungakademiker aus den Bereichen Physik (1), Ökonomie (2), Politologie (3), Soziologie (1), Germanistik (1), Öffentliche Verwaltung (1) sowie 1 Dolmetscher.

Quelle: internes Wahlmaterial, CSDP.

## 2.4 Erste Ergebnisse: Aussagen zur Neufigurierung strategischer und konfliktfähiger Gruppen seit 1949 als Bedingung für die demokratische Transition

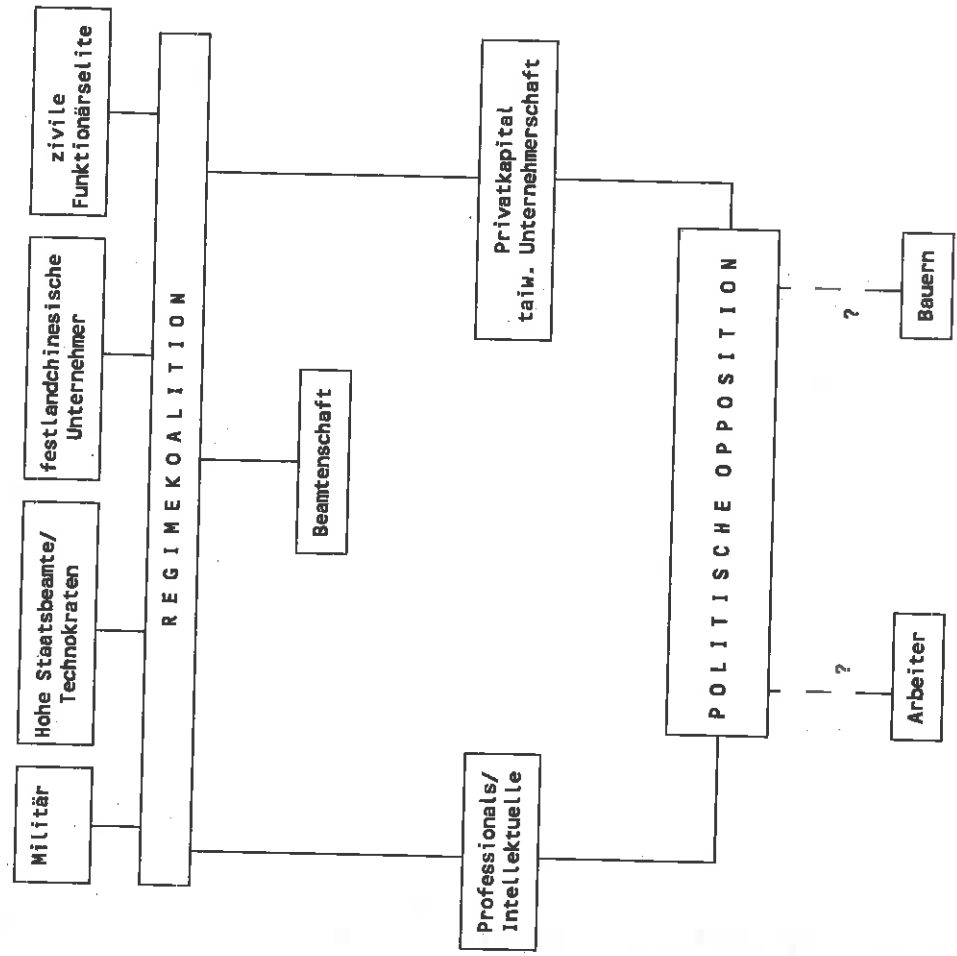
Vergleicht man die Ergebnisse der Stratifikationsanalyse mit denen der Elitenprofilanalyse in zeitlicher Perspektive seit 1949, so lassen sich folgende Aussagen treffen:

1. *Professionals* und *Unternehmer* gehören im Beobachtungszeitraum einerseits zu den quantitativ zunehmenden sozialstatistischen Gruppen (Stichwort: Mittelschichten) und andererseits zu den aufsteigenden Kräften in den politischen Institutionen. Sie wurden bereits in den 50er Jahren erfolgreich vom Regime kooptiert und legitiemierten die KMT-Herrschaft an der lokalen Basis. Als das Regime in den 70er und 80er Jahren unter demokratischen Anpassungsdruck geriet und die zentralen Machtigremien stärker "taiwanisiert" wurden, dominierten die Professionals und Unternehmer dort sehr schnell. Sie haben somit als *neue strategische Gruppen* Eingang in die Regimekoalition gefunden.

2. Ebenso entstammte die Führung der in den 70er Jahren erstarkenden *Tang-wai*-Bewegung der Gruppe der Professionals. Hierbei handelte es sich - wie unter Punkt 1.1.2 bereits ausgeführt - in erster Linie um kritische Intellektuelle und einen aktiven Kern aus Unabhängigkeitsaktivisten mit professionalem Hintergrund. Seit der Gründung der DFP 1986 bis heute hat sich gezeigt, daß die politische Opposition Taiwans von Professionals dominiert wird. Hingegen ist die taiwanesishe Unternehmerschaft innerhalb der oppositionellen Führungseliten nur schwach repräsentiert.
3. Auffällig sind die überaus geringen Anteile jener politischen Eliten in den wichtigsten Parteien und Parlamenten, die einen Arbeiterhintergrund haben oder der Gruppe der mittleren und kleinen Angestellten entstammen; schließlich handelt es sich bei der Arbeiter- und Angestelltenschaft um die mit Abstand größte sozialstatistische Gruppe Taiwans. Das gleiche gilt auch für die Bauern, deren relativer Anteil an der Bevölkerung und wirtschaftliche Bedeutung allerdings seit Jahrzehnten sinkt. Immerhin sind diese Gruppen zumindest in den lokalen Gremien stärker vertreten. Auf der Provinz- und der nationalen Ebene zeigt sich jedenfalls, daß sich sowohl die KMT als auch die DFP - was ihre Führungsebenen anbelangt - zu *Mittelschichtsparteien* entwickelt haben.
4. Die Staatsbeamten treten als politische Elite lediglich innerhalb der Regierungsspitze - also im Exekutivrat - in Erscheinung. Es handelt sich dabei um ihr Spitzensegment, die Planungstechnokratie (vgl. im einzelnen Punkt 3.4). Ansonsten läßt die statistische Analyse vermuten, daß die Beamtenschaft Taiwans nur gering politisiert ist. Im Vergleich zu vielen anderen von der Parkinsonschen Bürokratisierung betroffenen Entwicklungsländern weisen ihre maßvollen Zuwachsraten tendenziell auf "Politikenthaltung" hin oder legen zumindest eine effiziente Kontrolle der Politik über die taiwanesischen Bürokratien nahe.
5. Eine der wichtigsten alten strategischen Gruppen, nämlich das Militär, ist überraschend gering bzw. kaum in den politischen Spitzengremien repräsentiert. Dies gilt prinzipiell sowohl für die autoritäre Ära als auch für die Transitionphase. Zwar ist damit noch nichts über seinen tatsächlichen politischen Einfluß gesagt (vgl. hierzu im einzelnen Punkt 3.5); immerhin läßt sich aber feststellen, daß dieser relativ begrenzt gewesen sein muß, zumal die von Zivilisten dominierten zentralen politischen Institutionen Taiwans stets auch tatsächliche Macht ausübten.
6. Die alte zivile Funktionärselite der KMT, die in den zentralen Gremien des Parteiapparates angesiedelt ist und in bezug auf die historische Ausgangssituation als eigenständige strategische Gruppe definiert wurde, verwandelt sich im Rahmen der Elitenprofilanalyse in eine früh in die KMT kooptierte Grup-

pe moderner Professionals einerseits und einer Gruppe algedienter (konservativer) Parteifunktionäre andererseits. Dennoch sollte man hier weiterhin von einer homogenen strategischen Gruppe sprechen und die Professionals des Ständigen Ausschusses nicht etwa jenen des Exekutivrates zuordnen, zumal hier auch kaum eine personelle Deckungsgleichheit besteht. Erstere sind älter und politisch in der Regel einflußreicher, haben einen anderen Ausbildungs- und Sozialisationshintergrund und sind durch eine jahrzehntelange Arbeit in der Partei auch hinsichtlich ihrer Wertpräferenzen anders

Schaubild 2-2: Neufigurierung der strategischen Gruppen der Regimekoalition und die Formierung oppositioneller konfliktfähiger Gruppen



2. Ebenso entstammte die Führung der in den 70er Jahren erstarkenden *Tangwai*-Bewegung der Gruppe der Professionals. Hierbei handelte es sich - wie unter Punkt 1.1.2 bereits ausgeführt - in erster Linie um kritische Intellektuelle und einen aktiven Kern aus Unabhängigkeitsaktivisten mit professionalem Hintergrund. Seit der Gründung der DFP 1986 bis heute hat sich gezeigt, daß die politische Opposition Taiwans von Professionals dominiert wird. Hingegen ist die taiwanesishe Unternehmerschaft innerhalb der oppositionellen Führungseliten nur schwach repräsentiert.

3. Auffällig sind die überaus geringen Anteile jener politischen Eliten in den wichtigsten Parteien und Parlamenten, die einen Arbeiterhintergrund haben oder der Gruppe der mittleren und kleinen Angestellten entstammen; schließlich handelt es sich bei der Arbeiter- und Angestelltenschaft um die mit Abstand größte sozialstatistische Gruppe Taiwans. Das gleiche gilt auch für die Bauern, deren relativer Anteil an der Bevölkerung und wirtschaftliche Bedeutung allerdings seit Jahrzehnten sinkt. Immerhin sind diese Gruppen zumindest in den lokalen Gremien stärker vertreten. Auf der Provinz- und der nationalen Ebene zeigt sich jedenfalls, daß sich sowohl die KMT als auch die DFP - was ihre Führungsebenen anbelangt - zu *Mittelschichtsparteien* entwickelt haben.

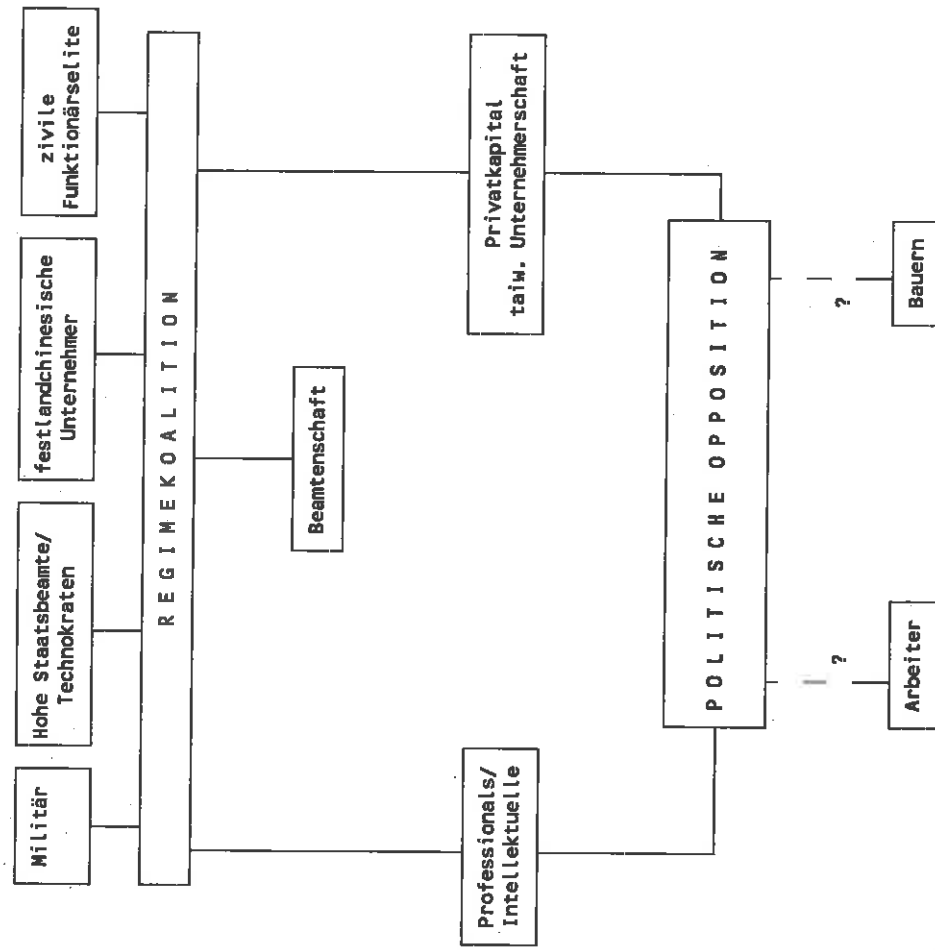
4. Die Staatsbeamten treten als politische Elite lediglich innerhalb der Regierungsspitze - also im Exekutivrat - in Erscheinung. Es handelt sich dabei um ihr Spitzensegment, die Planungstechnokratie (vgl. im einzelnen Punkt 3.4). Ansonsten läßt die statistische Analyse vermuten, daß die Beamtenschaft Taiwans nur gering politisiert ist. Im Vergleich zu vielen anderen von der Parkinsonschen Bürokratisierung betroffenen Entwicklungsländern weisen ihre maßvollen Zuwachsraten tendenziell auf "Politikenthaltung" hin oder legen zumindest eine effiziente Kontrolle der Politik über die taiwanesischen Bürokratien nahe.

5. Eine der wichtigsten alten strategischen Gruppen, nämlich das Militär, ist überraschend gering bzw. kaum in den politischen Spitzengremien repräsentiert. Dies gilt prinzipiell sowohl für die autoritäre Ära als auch für die Transitionphase. Zwar ist damit noch nichts über seinen tatsächlichen politischen Einfluß gesagt (vgl. hierzu im einzelnen Punkt 3.5); immerhin läßt sich aber feststellen, daß dieser relativ begrenzt gewesen sein muß, zumal die von Zivilisten dominierten zentralen politischen Institutionen Taiwans stets auch tatsächliche Macht ausübten.

6. Die alte zivile Funktionärselite der KMT, die in den zentralen Gremien des Parteiapparates angesiedelt ist und in bezug auf die historische Ausgangssituation als eigenständige strategische Gruppe definiert wurde, verwandelt sich im Rahmen der Elitenprofilanalyse in eine früh in die KMT kooptierte Grup-

pe moderner Professionals einerseits und einer Gruppe altdedierter (konservativer) Parteifunktionäre andererseits. Dennoch sollte man hier weiterhin von einer homogenen strategischen Gruppe sprechen und die Professionals des Ständigen Ausschusses nicht etwa jenen des Exekutivrates zuordnen, zumal hier auch kaum eine personelle Deckungsgleichheit besteht. Erstere sind älter und politisch in der Regel einflußreicher, haben einen anderen Ausbildungs- und Sozialisationshintergrund und sind durch eine jahrzehntelange Arbeit in der Partei auch hinsichtlich ihrer Wertpräferenzen anders

Schaubild 2-2: Neufigurierung der strategischen Gruppen der Regimekoalition und die Formierung oppositioneller konfliktfähiger Gruppen





orientiert. Die alte zivile Funktionärselite im Ständigen Ausschuß und im Zentralen Exekutivkomitee bildete bisher die personelle Basis der konservativen Kräfte in der KMT. Vor deren 14. Parteitag im August 1993 - mit umfangreichen Neuwahlen der genannten Gremien - erwartete man jedoch, daß diese Gruppe erheblich reduziert werden würde.

Somit lassen sich im Vergleich zur Ausgangssituation 1949 die folgenden (langfristigen) Veränderungen in der Gruppenfiguration der Regimekoalition und der Opposition konstatieren (vgl. Schaubild 2-2):

Die alten strategischen Gruppen der Regimekoalition - Militärs, hohe Staatsbeamte (Technokraten), festlandchinesische Unternehmer und die zivile KMT-Funktionärselite (vgl. Punkt 2.1) - gehören dem herrschenden Bündnis zwar noch immer an. Dieses ist jedoch seit den 50er Jahren - zunächst auf der lokalen Ebene, später auch in den nationalen Gremien - zunehmend um eine Gruppe (kooperierter) moderner Professionals (und Intellektueller) sowie neuer Unternehmer erweitert worden. Dabei handelte es sich überwiegend um taiwanesishe Kräfte. Teile der Professionals und - in geringerem Ausmaß - der Unternehmerschaft schlugen sich jedoch auch auf die Seite der politischen Opposition. Hier übernahmen die Professionals eine Führungsrolle.

Unklar ist die heutige Rolle der mittleren und unteren Beamtenschaft, die in den 50er Jahren als festlandchinesische Klientel fest der Regimekoalition assoziiert war. Ihr qualitativer politischer Einfluß und ihre Interessenlagen müssen an anderer Stelle untersucht werden (vgl. Punkt 3.4). Allerdings dürfte unter Berücksichtigung ihrer traditionellen Verbundenheit mit der KMT als sicher gelten, daß Taiwans Beamte der herrschenden Regimekoalition noch immer wesentlich näher stehen als der Opposition. Inwiefern insbesondere die Bauern und Arbeiter als konfliktbereite Gruppen außerhalb der politischen Institutionen ihre Interessen geltend machen und organisiert sind, ergab die Elitenprofilanalyse bisher nicht. Auch dies wird im weiteren Verlauf der Studie zu überprüfen sein (vgl. Punkt 4.4 und 4.5).

Die folgenden Kapitel stellen sich nunmehr die Aufgabe, die einzelnen strategischen und konfliktfähigen Gruppen der Regimekoalition und der Opposition im Detail zu untersuchen. Wie groß ist ihr politisches Gewicht in Relation zu den anderen Gruppen? Auf welche Machtressourcen und Konfliktpotentiale können sie zurückgreifen? Welche Rolle (fördernd oder blockierend) haben sie hinsichtlich der Einleitung einer demokratischen Transition gespielt und welche Bedeutung haben sie für die Konsolidierung der taiwanesischen Demokratie?

### 3 Ressourcen- und Interessenanalyse I: Kooptierte Professionals, Unternehmer, Technokraten und Militärs - Die strategischen Gruppen der Regimekoalition

#### 3.1 Einleitende Bemerkungen

Die schlechende Legitimationserosion des Chiang-Regimes seit den frühen 70er Jahren und langfristige sozialstrukturelle Transformationsprozesse haben auf Taiwan die Voraussetzungen für den Reformprozeß geschaffen. Diese eher allgemeine Feststellung soll jedoch nicht auf einen "demokratischen Automatismus" hindeuten. Eine entscheidende Rolle spielt der politisch handelnde Akteur. Die folgenden Kapitel 3 und 4 werden nunmehr versuchen, über eine Analyse der spezifischen Machtressourcen und Konfliktpotentiale der am politischen Prozeß beteiligten strategischen und konfliktfähigen Gruppen einerseits sowie ihrer unterschiedlichen Interessenlagen andererseits die Einleitung der Transformationsphase genauer zu begründen und insbesondere den bisher erreichten Konsolidierungsgrad der taiwanesischen Demokratie zu qualifizieren. Aussagen über deren Perspektiven können abschließend darauf aufbauen. Im Vordergrund steht der Zeitraum der Transformationsphase 1986-1993, wenngleich in einigen Fällen ausführlichere historische Erörterungen notwendig sind, um die gegenwärtigen Verhältnisse hinreichend zu erklären.

Auf Seiten der herrschenden strategischen Gruppen steht nach den bisherigen Ergebnissen ein Bündnis aus kooptierten modernen Professionals (in den Parlamenten und dem zentralen Parteiapparat), Unternehmern, algedienten zivilen Parteifunktionären, Technokraten (in der Regierungsbürokratie) und Militärs. Während sich die ersten beiden Gruppen nahezu ausschließlich aus taiwanesischen Kräften rekrutieren, wirkt in den übrigen drei noch immer ein hoher Anteil von "Festländern" mit. Abschnitt 3.2 befaßt sich zunächst mit den derzeitigen politischen Zielorientierungen und Interessen-Fraktionierungen der Repräsentanten dieser Gruppen innerhalb der Regimespitze. Seit dem Tod Chiang Ching-kuos im Januar 1988 wird der politische Diskurs in der KMT sehr offen ausgetragen, so daß die entsprechenden Konstellationen zwischen den konservativen und eher liberalen Fraktionen recht genau nachgezeichnet werden können. Dabei stehen sowohl die Auseinandersetzungen im zentralen Parteiapparat als auch im Parlament (Legislativuan), dessen Bedeutung seit 1986 erheblich zugenommen hat, im Mittelpunkt der Analyse. Abschnitt 3.3 konzentriert sich auf die allgemeine Ressourcenbasis der Regimekoalition, die durch die KMT-Parteiunternehmen und die zahlreichen Staatsbetriebe erwirtschaftet wird. Während die Parteiunternehmen dabei nach wie vor weitgehend von der alten (zivilen) Funktionärselite kontrolliert werden, stehen die Staatsunternehmen unter der Feder-

führung der Planungstechnokraten in den zentralen staatlichen Bürokratien. Obwohl die hier "abgeschöpften" Revenuen prinzipiell der gesamten Regimekoalition zugute kommen, müssen sie doch auch als spezifische Einnahmequellen und entsprechende politische Ressourcen dieser beiden strategischen Gruppen betrachtet werden. Die Abschnitte 3.4 bis 3.6 beschäftigen sich anschließend in Einzelanalysen mit der spezifischen Ressourcen- und Interessenlage der Regierungsbürokratie (Planungstechnokratie und mittlere bzw. untere Beamtenschaft), des Militärs sowie der taiwanesischen Unternehmenschaft.

### 3.2 Vom homogenen Machtblock zur Parteispaltung? - Die Lagerbildung in der KMT als Hinweis auf Fraktionierungsprozesse innerhalb der Regimekoalition

#### 3.2.1 "Hauptströmung" und "Anti-Hauptströmung" als Richtungskonflikt in der KMT

Auseinandersetzungen zwischen konservativen und progressiv-liberalen Kräften an der Regimespitze einerseits sowie moderaten und radikalen Kräften innerhalb der politischen Opposition andererseits gehören zu den Wesenszügen einer jeden demokratischen Transition:

The three crucial interactions in democratization processes were those between government and opposition, between reformers and standpatters in the governing coalition, and between moderates and extremists in the opposition (Huntington 1991: 123).

In der autoritären Ära traten solche Konflikte in der regierenden KMT so gut wie nie an die Oberfläche, auch wenn das sog. "Taiwanisierungsprogramm" Chiang Ching-kuos in den frühen 70er Jahren und die Frage nach der richtigen Antwort auf die stärker werdende *Tang-wai*-Bewegung schon vor 1986 für beträchtliche Unruhe gesorgt hatten. Erst nach dem Tod Chiangs, des vielleicht letzten "strongman" in der taiwanesischen Politik, im Januar 1988 und der anschließenden Berufung seines Stellvertreters Lee Teng-hui zum neuen Staatsschleifenden wurden jedoch die parteiinternen Risse größer und auch nach außen hin deutlich. Es formierten sich konservative und liberalere Kräfte, weil einst klare Führungshierarchien und Beziehungsgeflechte zusammenbrachen. Der innerparteiliche Machtkampf war unausweichlich. Die denkwürdigen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1990 gaben ihm sogar einen Namen, denn seitdem spricht man auf Taiwan vom Kampf zwischen den Fraktionen der sog. *Hauptströmung* (*chu-liu-p'ai*) um den taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui und der sog. *Anti-Hauptströmung* (*fei-chu-liu-p'ai*) um seine innerparteilichen Widersacher.<sup>1</sup>

Damals stieß die Bestätigung Lee Teng-huis im Amt des Staatspräsidenten - er hatte bis dato lediglich die Amtszeit Chiang Ching-kuos zu Ende geführt und besaß noch kein Mandat der Nationalversammlung - auf den Widerstand einflussreicher KMT-Parteifunktionäre. Zu ihnen gehörten der damalige Präsident des Nationalen Sicherheitsrates (und Halbbruder Chiang Ching-kuos) General Chiang Wei-kuo, der damalige Verteidigungsminister General Hao Po-ts'um, der frühere Premierminister Lee Huan, sein Amtsvorgänger Yu Kuo-hua und der Präsident des Justizyuan Lin Yang-kang.<sup>2</sup> Sie mobilisierten die innerparteiliche Opposition gegen die Wahl Lee Teng-huis sowie seines umstrittenen Kandidaten für die Vize-Präsidentschaft, Li Yuan-ts'u, und warben gleichzeitig bei den Abgeordneten der Nationalversammlung für die Kandidatur des Gespanns Lin Yang-kang/Chiang Wei-kuo. Damit war ein Bruch in der ehemals so monolithischen KMT offensichtlich geworden. Was aber verbarg sich hinter dieser Auseinandersetzung?

Lee Teng-hui, der erste einheimische Präsident in der Geschichte Taiwans, genoss sowohl die Unterstützung der aufstrebenden, größtenteils ethnisch-taiwanesischen Parteien aus jüngeren Professionals als auch die Sympathien einer breiten Bevölkerungsmehrheit. Der an der Cornell University in den USA zum Agrarökonom promovierte und langjährige Professor Lee war ein Schützling Chiang Ching-kuos, besaß jedoch anfänglich keinerlei solide Machtbasis im zentralen Parteiapparat. Seine politischen Gegner bildeten die Speerspitze der alten, mehrheitlich festlandchinesischen KMT-Garde aus konservativen Militärs und Parteifunktionären. Sie glaubten in den Personalentscheidungen und insbesondere der neuen Außenpolitik Lees (vgl. Punkt 1.2.2) einen Ausverkauf ihrer Interessen und die Abkehr von der geltenden Ein-China-Politik zu erkennen, zumal sich der Präsident und Parteichef stärker auf taiwanesishe Kräfte zu stützen schienen. Wie Moody (1992: 155ff) zutreffend ausführt, mögen aber auch persönliche Differenzen - insbesondere zwischen Lee Teng-hui und dem früheren Generalsekretär der KMT Lee Huan - eine wichtige Rolle bei den politischen Machtkämpfen hinter den Kulissen gespielt haben.

Weil die Nationalversammlung zu diesem Zeitpunkt noch völlig von den bereits auf dem Festland gewählten Abgeordneten beherrscht wurde, konnten sich die Parteikonservativen gute Chancen auf einen Sturz Lees und der erfolgreichen Nominierung eines eigenen Kandidaten ausrechnen. Tatsächlich gelang es ihnen am 12. Februar 1990, die erforderlichen 100 Unterschriften von Mitgliedern der Nationalversammlung zusammenzubringen, um die Kandidatur Lins und Chiangs auf die Tagesordnung zu setzen.<sup>3</sup> Einen Tag zuvor konnten die Anhänger der Hauptströmung allerdings einen wichtigen politischen Punkt verbuchen. Auf einer Sondersitzung des Zentralkomitees der KMT entschieden die Delegierten mit der relativ knappen Mehrheit von 97:79, ihre Kandidaten für die Wahl in der Nationalversammlung in offener Abstimmung zu nominieren. Die Konservativen hatten sich für eine geheime Wahl eingesetzt. Das anschließende Votum durch

Erheben ergab eine 100prozentige Zustimmung für Lee Teng-hui. Kein einziges Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) wagte sich somit offen gegen den amtierenden Präsidenten auszusprechen.<sup>4</sup> Damit war dessen Bestätigung im Amt zwar keinesfalls garantiert, wohl aber die "heiße Phase" des innerparteilichen Machtkampfes eingeleitet (vgl. hierzu auch Tsai Ling/Myers 1992). Die folgenden Wochen bis zur endgültigen Entscheidung der Nationalversammlung am 21. März waren von hoher konspirativer Qualität: "In dieser Zeit trafen sich die Spitzen der Anti-Hauptströmung zu informellen Treffen in Restaurants oder Teehäusern. Wenn wir ihren Autos nachfahren, landeten wir oft direkt vor dem Hauseingang von Hao Po-ts'un oder Lee Huan."<sup>5</sup>

Es zeigte sich sehr schnell, daß Lee Teng-hui unter Druck geriet. Nicht nur die alten Parteioberen, auch jüngere KMT-Mitglieder - z.B. die Parlamentsabgeordneten Lee Sheng-feng und Chao Shao-k'ang - kritisierten seinen angeblich autoritären Führungsstil.<sup>6</sup> In der Nationalversammlung waren die Mehrheitsverhältnisse völlig unklar. In dieser brisanten Situation kam es zu den bis dahin größten Protestkundgebungen auf der Insel seit dem Februaraufstand 1947. Bis zu dreißigtausend Studenten, Professoren und Aktivisten verschiedener sozialer Bewegungen besetzten tagelang den Platz vor dem "Chiang Kai-shek-Memorial" und demonstrierten gegen die greise Nationalversammlung und die Parteikonservativen.<sup>7</sup> Die Solidaritätsadressen waren für den Präsidenten gleichermaßen hilfreich wie auch schädlich. Die breite Bevölkerung, vor allem aber die noch unentschlusenen Abgeordneten beobachteten in dieser kritischen Phase - man denke hier an das von der chinesischen Gesellschaft generell als existentiell gefährlich empfundene Chaos (*luan*) - das Verhalten Lees genauestens. Dieser rief einerseits zu Ruhe und Geduld sowie zu Vertrauen in die Nationalversammlung auf, mobilisierte aber innerparteilich entschlossen seine Anhänger zum Widerstand gegen die Anti-Hauptströmung.<sup>8</sup>

Am 9. März schließlich legten Lin Yang-kang und, nur einen Tag später, auch Chiang Wei-kuo ihre gemeinsame Kandidatur überraschend nieder. Zahlreiche Abgeordnete der Nationalversammlung wollten sich davon nicht beirren lassen und kämpften weiter für eine Stimmabgabe gegen Lee Teng-hui. Das Ergebnis der am 21. März letztlich vollzogenen Wahlen war jedoch eindeutig. Mit 95,96 Prozent der Stimmen (641:27) wurde Lee zum Präsidenten gewählt und der in den Augen vieler konservativer KMT-Funktionäre farblose Lee-Günstling Li Yuan-ts'u erreichte mit 93,48 Prozent (602:42) das beste Ergebnis aller bisherigen Vize-Präsidentenwahlen.<sup>9</sup>

Was waren die Gründe für diese Entwicklung? Hatte es sich bei den ganzen Auseinandersetzungen nur um ein Scheingefecht gehandelt? Und wenn nicht, welchen Preis mußte Lee Teng-hui für diesen Sieg zahlen? Eine erste Antwort darauf schien der Präsident am 14. Mai zu geben, als er - nach den Wahlen als politisch gestärkt geltend - überraschend den Vier-Sterne General und früheren

Generalstabschef Hao Po-ts'un zum neuen Premierminister nominierte. Diese Entscheidung versetzte nicht nur der politischen Opposition, sondern auch den liberalen Kräften in der KMT einen Schock. Wieder gingen Tausende auf die Straßen und demonstrierten - diesmal vereinzelt auch gewaltsam - gegen die "Einmischung des Militärs in die Politik" (*fan chün-jen kan-cheng*).<sup>10</sup> Es schien so, als ob sich der Präsident auf ein politisches Geschäft hatte einlassen müssen, um seine erfolgreiche Wahl zu garantieren. Andere Beobachter gingen allerdings davon aus, daß es sich um einen genialen Schachzug Lees handelte, der seinen schärfsten Gegnern damit die politische Spitze nahm und insbesondere den einflussreichen Hao auf sein Reformprogramm verpflichtete:

Lee Teng-hui ist ein schlauer Mann. Würde er die Anti-Hauptströmung zu isolieren versuchen, würden die Konservativen sein Reformprogramm sabotieren. So aber wahr er die notwendige Stabilität in der KMT und sichert die Reformen ab. Außerdem kann er auf diese Weise Hao Po-ts'un am besten kontrollieren.<sup>11</sup>

Zumindest zwei Ergebnisse sollte man mit Blick auf das Frühjahr 1990 festhalten, um die innerparteilichen Machtverhältnisse abzuschätzen:

1. Die konservative Anti-Hauptströmung besaß in der Führungsspitze der KMT definitiv nicht mehr genügend Macht, um die Wahl eines von ihr abgelehnten Kandidaten in ein wichtiges politisches Amt zu verhindern. Damit hatte sich endgültig gezeigt, daß die Basis der Parteikonservativen klein geworden war.
2. Dennoch war die Anti-Hauptströmung noch immer stark genug, ihren Einfluß geltend zu machen. Das harte Taktieren während der Sitzungsperiode der Nationalversammlung und die anschließende Nominierung Haos - obwohl nach Absprache oder aufgrund einer Strategie der vorweggenommenen "Konfliktvermeidung" seitens des Präsidenten - haben die noch immer wirksame "bargaining position" der Konservativen dokumentiert.

Aus der heutigen Sicht läßt sich sagen, daß der Ausgang der Präsidentenwahlen 1990 das zukünftige Kräfteverhältnis zwischen Haupt- und Anti-Hauptströmung vorwegnahm. Lee Teng-hui gelang es danach innerhalb kürzester Zeit, mit der Unterstützung der jungen Professionals und den dem taiwanesischen Privatkapital nahestehenden Kräften eine relativ stabile Machtbasis in der KMT aufzubauen und seine konservativen Widersacher weiter in die Defensive zu drängen. Ganz ausschalten konnte er ihren Einfluß allerdings bis heute nicht.

So prallten beide Flügel während der dritten Plenartagung des ZEK der KMT im März 1992 erneut hart aufeinander. Hintergrund waren die Beratungen der KMT im Vorfeld der für den folgenden Mai angesetzten Sitzung der neu gewählten Nationalversammlung. Sie sollte die zweite Stufe der Verfassungsreform

verabschieden. Bei der Frage nach dem zukünftigen Modus für die Wahl des Staatspräsidenten tendierten Lee Teng-hui und seine Anhänger zu der auch von der DFP geforderten Direktwahl durch das Volk. Die Vertreter der Anti-Hauptströmung lehnten dies entschieden ab und plädierten im Gegenzug für ein Wahlmännergremium mit imperativem Mandat nach US-amerikanischem Vorbild.<sup>12</sup>

Lee Teng-hui - er hielt sich während der gesamten Tagung mit einer eindeutigen Stellungnahme zurück - wurde nachgesagt, Direktwahlen zu unterstützen, um damit die Macht der einflussreichen Parteikonservativen endgültig zu brechen. Denn ein von der Bevölkerung direkt gewählter Präsident - so glaubten die Lee-Gegner nicht zu Unrecht - würde mehr politische Legitimation besitzen als ein indirekt von der Nationalversammlung bestimmter Staatschef. Alles lief dann auf ein Präsidialsystem hinaus, denn dem Präsidenten stünde ein wesentlich höheres Maß an exekutiver Gewalt zu als nach der geltenden Verfassung. Dies, gekoppelt mit der Vermutung, daß sich ein frei gewählter Präsident aufgrund des gut 85prozentigen Bevölkerungsanteils ethnischer Taiwanesen stärker an deren Interessen als an ihren eigenen orientieren würde, machte das Modell für die Parteikonservativen unannehmbar. Immerhin stellten die Spitzengremien der Partei und die bisherige Machtteilung zwischen Exekutiv Yuan und Präsidialamt - zum Zeitpunkt der ZEK-Tagung war Hao Po-t's'un Premierminister - für die Anti-Hauptströmung wichtige Hebel dar, dem Präsidenten Steine in den Weg zu legen. Letztlich, so die Argumentationsweise der Konservativen, würde durch Direktwahlen die Nationalversammlung überflüssig werden. Hierbei handelt es sich jedoch um ein Gremium, das wie kein anderes den Wiedervereinigungsanspruch der Regierungspartei unterstreicht und deshalb insbesondere von der "alten Garde" protegiert wird.

Das offizielle Argument der Anti-Hauptströmung, auch ein Wahlmänner-System mit imperativem Mandat sei letztlich ein Modell der Direktwahl, war faden-scheinig. Jeder Abgeordnete müßte sich dann vor seiner Wahl zwar verbindlich zu einem gleichzeitig antretenden Präsidentschaftskandidaten bekennen. Dennoch hätten die Spitzengremien der KMT im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung natürlich zahlreiche Einwirkungsmöglichkeiten (Kandidatennominierung, Wahlkampfunterstützung, persönliche Loyalitäten etc.). Die Parteikonservativen würden dadurch weiterhin ein gewichtiges Wort bei der Präsidentschaftskür mitreden können.<sup>13</sup> Was folgte, war ein Kompromiß. Unfähig, das innerparteiliche Patt zu überwinden und eine klare Entscheidung zu treffen, hieß es in dem ZEK-Entwurf für die KMT-Fraktion in der Nationalversammlung unter Punkt 16 lapidar:

Präsident und Vizepräsident werden von der gesamten Bevölkerung aller freien Gebiete der Republik China gewählt. Das entsprechende Wahlsystem wird in Übereinstimmung mit dem Trend zur Berücksichtigung des Volkswillens genauestens geprüft und entschieden und mit der Wahl des neunten Präsidenten und Vize-Präsidenten im Jahre 1996 zur Anwendung gebracht.<sup>14</sup>

Die Hauptströmung hatte sich im ZEK somit zwar nicht durchsetzen können, genoß jedoch die breite Unterstützung der Öffentlichkeit und hatte zudem auch der Opposition die Spitze genommen. Ein Tabu-Thema früherer Jahre - nämlich die Existenz einer eigenen politischen Identität Taiwans - wird seitdem von der KMT selbst heftig diskutiert. Ob bei der endgültigen Entscheidung in zwei Jahren die Parteikonservativen noch einmal dazu in der Lage sein werden, direkte Präsidentschaftswahlen abzublocken, ist mehr als zweifelhaft. Denn die Ergebnisse im Anschluß an die Wahlen zum Legislativ Yuan (Dezember 1992) haben gezeigt, daß die Luft für die führenden Vertreter der Anti-Hauptströmung dünner wird.

Obgleich er sich seit seinem Amtsantritt im Mai 1990 bei der Bevölkerung einen guten Ruf als Garant für Sicherheit und Ordnung erworben hatte, war Premierminister Hao Po-t's'un ein beständiges Angriffsziel für die Opposition geblieben. Seinen Ruf als eisenharter Militär konnte er auch durch seinen offiziellen Austritt aus der Armee nicht aus dem Bewußtsein der kritischen Taiwanesen tilgen. Im Laufe der Kampagne zu den Parlamentswahlen im Dezember 1992 geriet er aber auch ins Schußfeld vieler einheimischer KMT-Kandidaten. Diese der Hauptströmung zugerechneten Politiker traten zusammen mit der DFP eine regelrechte Anti-Hao-Bewegung los. Vor allem in Anspielung auf seine strikte Ablehnung jedweder taiwanesischen Unabhängigkeit wurde er als "Sprecher Teng Hsiao-p'ings auf Taiwan" ausgemacht, für das "Ausbrechen eines Krieges zwischen 'Festländern' und Taiwanesen" verantwortlich gemacht oder schlichtweg als "Feind" der Allgemeinheit bezeichnet.<sup>15</sup> Eine paradoxe Bild: Der populäre Hao wurde zur Zielscheibe von Mitgliedern seiner eigenen Partei, weil diese sich von den Attacken auf einen festlandchinesischen Militär und mächtigen Konservativen in der Parteispitze eine Profilierung gegenüber den DFP-Kandidaten einerseits und ihren zahlreichen Mitkonkurrenten aus den eigenen Reihen andererseits versprachen. Eine solche Situation wäre unter Chiang Ching-kuo völlig unvorstellbar gewesen.

Obwohl nach Auffassung vieler Beobachter die anschließenden hohen Stimmenverluste der KMT in den Dezemberwahlen 1992 vor allem eine Niederlage der Hauptströmung bedeuteten - zahlreiche Hao-kritische Abgeordnete wie Wu Tze, Lin Yü-hsiang und Chang Ping-chao scheiterten unerwartet -, überlebte auch der Premierminister diese Wahlen politisch nicht. Vorausgegangen waren wiederum heftige innerparteiliche Gefechte, denn die Parteikonservativen versuchten Hao um jeden Preis an der Macht zu halten. An dieser Stelle muß man anfü-

gen, daß es keine geltende Verfassungsbestimmung gibt, derzufolge der Ministerpräsident nach der Wahl eines neuen Legislativ Yuan oder Präsidenten zurücktreten muß. Wohl aber gehört dies seit der Chiang-Ära zur gängigen politischen Praxis. Die Anti-Hauptströmung kündigte diesen Konsens zum Jahresbeginn 1993 auf, obgleich Präsident Lee auf die Ablösung Haos drängte. Hao Po-tsun selbst forderte eine endgültige Entscheidung über seinen Verbleib im Amt

Tabelle 3-1: Die Vertreter von Hauptströmung und Anti-Hauptströmung im Ständigen Ausschuß des 13. ZEK der KMT (Stand: Mai 1993)

Lien Chan	T/+	Ch'ien Li-an	F/-	Ch'ien Fu	F/+	Wu Poh-hsiung	T/*	Sung Ch'u-yü	F/+	Ho I-wu	F/*	Hao Po-tsun	F/-	Huang Tsun-ch'iu	T/*
Shen Ch'ang-huan	F/-	Lee Huan	F/-	Yü Kuo-hua	F/-	Nieh Wen-ya	F/*	Li Kuo-ting	F/*	Hsieh Tung-min	T/*	Hsieh Shen-shan	T/+		
Hsü Sheng-fa	T/+	Ch'ien T'ien-mao	T/+	Su Man-ch'eng	T/*	Kuo Man-jung	T/+	Ts'eng Kuang-shun	F/*	Ch'ao Tzu-chi	F/*				
Hsü Shui-teh	T/+	Kao Yü-jen	T/*	Koo Chen-fu	T/*	Hsü Li-nung	F/-	Mao Kao-wen	F/*	Shih Ch'i-yang	T/+				
Chi Ch'uang-huan	T/-	Lin Yang-kang	T/-	Chang Chien-pang	T/*										

+ = Hauptströmung (9)  
 - = Anti-Hauptströmung (9)  
 \* = Neutral bzw. nicht eindeutig (13)  
 F = Festländer (15)  
 T = Taiwanesen (16)

Anmerkung: Bei der hier vornehmlich nach eigener Beobachtung, verschiedenen Gesprächen und einer kontinuierlichen Auswertung der aktuellen politischen Berichterstattung vorgenommenen Zuordnung waren dem Verfasser die Kommentare seiner Kollegen Wu Tung-yeh (Institut f. Internationale Beziehungen, Nationale Chengchü-Universität) und Huang Teh-fu (Graduate School of Political Science, Nationale Chengchü-Universität) eine große Hilfe.

durch den Ständigen Ausschuß des ZEK und sprach dem Präsidenten damit offen das Nominierungsrecht ab.<sup>16</sup> Als klar wurde, daß er nicht zu halten war, änderte die Anti-Hauptströmung kurzzeitig ihre Strategie. Gegen den Präsident Lee zum neuen Premierminister ausserkorenen Gouverneur der Provinz Taiwan, den Taiwanesen und früheren Außenminister Lien Chan, sollte nun offenkundig wieder der populäre Lin Yang-kang ins Rennen geschickt werden.

Tabelle 3-2: Hauptströmung und Anti-Hauptströmung im Kabinett Hao Po-tsun (Mai 1990-Januar 1993)

Hao Po-tsun (Premier)	F/-	Shih Ch'i-yang (Vizepremier)	T/+	Ch'ien-fu (Außenminister)	F/+	Wu Poh-hsiung (Innenminister)	T/*
Hsiao Wan-ch'ang (Wirtschaftsminister)	T/+	Wang Chien-hsien (Finanzminister)	F/-	Ch'en Li-an (Verteidigungsminister)	F/-		
Lu You-wen (Justizminister)	F/-	Mao Kao-wen (Erziehungsminister)	F/*	Chien You-hsin (Verkehrsminister)	T/+		
Kuo Man-jung (Staatsminister)	T/+	Huang Chih-ch'eng (Staatsminister)	T/+	Kao Ming-hui (Staatsminister)	T/+	Wang Chao-min (Staatsminister)	F/-
Chang Chien-han (Staatsminister)	F/-	Kuo Nan-hung (Staatsminister)	T/-	Ts'eng Kuen-shin (Kommission f. Angelegenheiten der Überseechinesen)	F/*		
Mu Hua-p'eng (Kommission f. Angelegenheiten der Mongolei und Tibets)		F/*					

F = Festländer (10)  
 T = Taiwanesen (8)  
 + = Hauptströmung (7)  
 - = Anti-Hauptströmung (7)  
 \* = nicht eindeutig bzw. unbekannt (4)

Quelle: Vgl. Anmerkung Tab. 3-1.

Lin, dem Aspirationen auf die Lee-Nachfolge nachgesagt werden, hielt sich jedoch bedeckt. Am 8. Januar trat Hao Po-ts'un mit seinem Kabinett offiziell zurück. Alle Bestrebungen der Parteikonservativen, erneut ihn und später Lin Yang-kang auf den Thron zu heben, scheiterten. Am 10. Februar akzeptierte der Ständige Ausschuß der KMT die Nominierung Lien Chans, am 23. Februar stimmte auch der Legislativ Yuan zu.

Nachdem Lee Teng-hui sich seit 1990 mit dem konservativen Hao noch in Kommisssionen üben mußte, kann er heute seine Politik vergleichsweise problemlos in der Exekutive absichern. Zudem ist es der Hauptströmung gelungen, den nach den Dezentralwahlen von den Parteikonservativen schwer unter Beschuß geratenen Generalsekretär der KMT und engen Berater Lees, Sung Ch'u-yü, zum neuen Provinzgouverneur zu machen. Sem einflußreicher Posten wurde dem früheren Innenminister und inoffiziellen Botschafter Taiwans in Japan, Hsü Shui-teh übertragen - ebenfalls ein Lee-Mann<sup>17</sup> und zudem ohne eigenes politisches Profil. Aus all dem wird deutlich, daß die Kräfte um den Präsidenten wichtige politische Erfolge erungen haben. Es wurde allgemein erwartet, daß der im August einzuberufende 14. Parteitag der KMT weitere wichtige personelle Veränderungen im ZEK und im SA zugunsten der Hauptströmung mit sich bringen würde - was dann ja auch tatsächlich geschehen ist (vgl. Kapitel 6).

**Tabelle 3-3: Ethnische Verteilung der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des 13. ZEK und des Kabinetts Hao Po-ts'un auf die Lager von Hauptströmung und Anti-Hauptströmung (in Prozent)**

	+	*
Taiwanesen	54,2	12,5
Festländer	12,0	52,0
		33,3
		36,0

Quelle: Vgl. Anmerkung Tab. 3-1.

Natürlich ist das Kräfteverhältnis zwischen der Haupt- und Anti-Hauptströmung nicht präzise zu quantifizieren. Viele innerparteiliche Entscheidungen werden noch immer hinter verschlossenen Türen getroffen, weil die Führungsspitze der KMT ungeachtet aller Differenzen um ein harmonisches äußeres Erscheinungsbild bemüht ist. Außerdem handelt es sich bei der Konstellation Hauptströmung - Anti-Hauptströmung, wie schon vermerkt, nicht um festgefügte innerparteiliche Fraktionen. Ein Blick auf den SA der KMT sowie das Kabinett unter Hao Po-ts'un (vgl. Tab. 3-1, 3-2) deutet darauf hin, daß sich die Zahlen der klar einem Lager zuzuordnenden Politiker ungefähr die Waage halten. Allerdings hat ein großer Teil der hier nicht eindeutig identifizierbaren KMT-Funktionäre den Präsidenten in den letzten Jahren unterstützt - nur so sind die Erfolge seiner neuen Chinapolitik und vieler personeller Entscheidungen zu erklären. Mit dem Amtsantritt des Kabinetts Lien Chan Anfang 1993 hat sich das Gewicht weiter auf die Seite der Hauptströmung verlagert, zumal der neue Premierminister ein enger politischer Weggefährte des Staatspräsidenten ist.<sup>18</sup>

### 3.2.2 Ergebnisse

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Dichotomie Hauptströmung - Anti-Hauptströmung eine taiwanspezifische Hilfskonstruktion ist, mit der der grundsätzliche Gegensatz zwischen konservativen und reformorientierten Kräften im Regime beschrieben wird. Was steckt politisch-ideologisch konkret dahinter? Sicher ist, daß die Hauptströmung von vorwiegend taiwanesischen Kräften getragen wird (vgl. Tab. 3-3). Sie unterstützen den einheimischen Präsidenten Lee Teng-hui, weil sie sich davon die endgültige Emanzipation von der alten festländchinesischen Parteilite versprechen. Sicher ist auch, daß es vor allem die jüngeren, zumeist im Westen ausgebildeten Professionals sind, auf die sich der in den USA promovierte Agrarökonom Lee verlassen kann. Ferner genießt der Präsident die Unterstützung weiter Teile der taiwanesischen Unternehmenserschaft, die sich von seiner flexiblen Außenpolitik die endgültige Freigabe des Chinahandels erhofft (vgl. Punkt 3.6.3).

Demgegenüber zählen die festländchinesischen Kräfte der KMT zur Basis der Anti-Hauptströmung. Dabei handelt es sich zunächst um die in den Spitzengremien der Partei vertretenen Militärs und altgedienten zivilen Parteifunktionäre, die 1949 nach Taiwan geflüchtet sind. Sie verschließen sich zwar nicht den politischen Reformen und haben insofern den Zeitgeist erkannt. Auch müssen sie der Tatsache Rechnung tragen, daß die Zeit allein schon biologisch gegen sie arbeitet. Dennoch sind die Konservativen noch einflußreich genug, um Mitsprache beim Reformtempo einfordern zu können und in einem zentralen Punkt kompromißlos zu sein: der Aufrechterhaltung des Ein-China-Prinzips bzw. des Bekenntnisses zum Sunyatsenismus in einem wiedervereinigten China. Unterstützung erhält diese Fraktion auch von zahlreichen jüngeren KMT-Politikern, vor allem im Legislativ Yuan. Hier handelt es sich meistens (aber nicht ausschließlich) um die zweite festländchinesische Generation - in der Hauptsache moderne Professionals, die in die Partei kooptiert wurden oder über ihre Verwandtschaft direkt den Weg zur KMT gefunden haben.

Der Gegensatz Hauptströmung - Anti-Hauptströmung hat sowohl eine ethnische als auch eine machtpolitische Dimension. Oft geht es bei der Betonung dieses Antagonismus um die Instrumentalisierung ideologischer Begrifflichkeiten für politische Grabenkriege zur Gewinnung neuer oder zur Absicherung überkommener politischer Macht in einer sich reformierenden Regierungspartei. Dies zeigt sich vor allem am neuen Faktionalismus im Legislativ Yuan, dem der folgende Abschnitt gewidmet wird. Auch die heutigen Parlamentsfraktionen werden nicht immer ganz unproblematisch - entsprechend ihrer (mutmaßlichen) Zugehörigkeit zu einem der beiden Lager politisch eingeordnet. Persönliche Diffamierung und einfache Sachdifferenzen können hier jedoch oft wichtiger sein als grundlegende ideologische Unterschiede.

### 3.2.3 Die KMT im Legislativ Yuan - Auf dem Weg in den Faktionismus japanischen Musters?

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Faktionen hatte ihren Ursprung in anthropologischen oder soziologischen Studien über die traditionelle Organisation in Dörfern oder ländlichen Gemeinden vormoderner Gesellschaften. Daraus ging das sog. *Patron-Klientel-Modell* hervor: Idealtypisch bestand eine Faktion aus einem Patron, der sich der Gefolgschaft und Loyalität seiner Klientel durch die Zuweisung nachgefragter Ressourcen erfolgreich versichern konnte. Faktionen beruhten demnach auf modernisierten, reziproken Abhängigkeitsverhältnissen in sich wandelnden Gesellschaften, in denen die frühere Rolle der Familie, des Klangs oder des Stamms ihre Bedeutung als sozialer Bezugsrahmen allmählich einbüßte. Autorität und Status - für die hierarchische Struktur in vielen asiatischen Gesellschaften konstitutiv - mußten sich nunmehr aus neuen Quellen speisen.<sup>19</sup> Die mit dem Patron-Klientel-Modell verbundene Erklärung asiatischer Sozialisationsmuster bildet insofern einen wichtigen Forschungsstrang in der Beschäftigung mit Faktionen, der im weiteren Verlauf dieser Untersuchung noch eine Rolle spielen wird (vgl. Punkt 3.6.4.3).

Aber auch mit Blick auf moderne Gesellschaften ist der Begriff Faktion verwendet worden. So beschäftigte sich eine zweite Forschungsrichtung mit dem Faktionismus innerhalb politischer Parteien und fand u.a. mit den Arbeiten von Rose (1964) und Nyomarkay (1965) ihren Anfang. Dabei nahmen Faktionen den Rang von innerparteilichen Gruppierungen ein, die sich (ideologisch, interessenspezifisch und organisatorisch) voneinander abgrenzen und um die Macht innerhalb der Gesamtpartei kämpfen. Nicholas (1965) verwies wiederum mit Blick auf asiatische Länder darauf, daß sich die Konstitutions- bzw. Funktionsbedingungen des weiter oben beschriebenen *traditionellen* Faktionismus in modernen politischen Organisationen (Beispiel: die japanische LDP) fortsetzen. Auch hier gibt es Patrone (z.B. der 1992 wegen Korruption inhaftierte Parteiveteran Kanemaru in Japan oder die Ch'en-Brüder der alten CC-Faktion in der KMT), die einer Klientel aus Politikern in verschiedenen Funktionen vorstehen und deren Karrieren steuern. Lokal- und Parteifaktionismus gelten somit als zwei Spielarten derselben politischen Grundstruktur, die durch das Patron-Klientel-Modell gekennzeichnet ist.

Eine *Parlamentsfaktion* soll im folgenden als innerparteiliche Gruppierung definiert werden, deren Mitglieder gemeinsame Interessen haben oder gar einer kollektiven Ideologie anhängen. Sie organisieren sich und entwickeln Strategien, um diese Interessen gegen andere Faktionen und die Parteiführung durchzusetzen. Ihre Auseinandersetzungen markieren einen ständigen innerparteilichen Konkurrenz- oder Interessenausgleich. Faktionen schließen sich allerdings dann zusammen, wenn die Macht der Gesamtpartei - etwa durch die politische Opposition - gefährdet ist.

Tabelle 3-4: Entstehungszeitraum und Hintergrund der politisch-bedeutamen neuen KMT-Parlamentsfaktionen (1986-1992; Stand: 1. Dezember 1992)

Name	Gründungsdatum	Gesamtzahl/ Führende Vertreter	Anmerkungen
Wisdom Coalition (Chi-ssu-hui)	22. April 1988	50-60/ Jao Ying-ch'i; Huang Chu-wen; Lin Yü-hsiang; Wu Tzu; Ts'ai Fen-pang; Ch'en Che-nan	Hauptströmung; taiwanesisch dominiert; (T'ai-tu)-freundlich; gute Verbindungen zum Privatkapital (Evergreen)
Global Friendship Association (Huan-lien-hui)	17. November 1988	26/ Tso Kuang-hsüan; Ch'en Li-chien; Huang Hsing-pang; Ma K'o-jen	Faktion der Übersee-Chinesen; im neuen Legislativ Yuan aufgrund der quantitativen Beschränkung von Überseechinesen nicht mehr existent
Reconstruction Research Club (Chien-yen-hui)	16. Mai 1989	40-50/ Shen-Shih-hsiung; Li Tsung-jen; Chou Shu-fu; Chang Ping-chao; Luo Ch'uang-chin	"konservativ", ausgleichend zwischen WC und WKA; ältere Parlamentarier; sehr gute Beziehungen zur Parteilspitze
New Kuomintang Alliance (Hsin Kuo-min-tang lien-hsten)	9. Februar 1990	14/ Shao Ch'ao-k'ang; Yü Mu-ming; Chou Ch'üan; Lee Sheng-feng; Kuan Chung	Anti-Hauptströmung; festlandchinesisch dominiert; gute Verbindungen zum Privatkapital und zum Militär
New Idea Club (Ch'uang-hsin-hui)	19. März 1990	ca. 25/ Huang Ho-ch'ing; Wang Ling-ling; Chang Chih-min; Ch'iu Chün-nan	unscharfes politisches Profil; viele "Jahnternehmer-abgeordhete"
Harmony Club (Hsieh-ho-hui)	April 1990	35-40/ Liao Fu-pen; Wang T'ien-ching; Kuo Cheng-i; Chao Chen-p'eng; Ch'en	unscharfes politisches Profil; eher konservativ; Liao Fu-pen klassischer Patron
Parliamentary Functions Reform Club (Kuo-ko-hui)	4. Oktober 1991	ca. 50/ Wang Lin-ling; Wang Shih-hsiung; Ting Shou-chung; Hung Hsiu-kui; Ho Chih-hui; Yü Mu-ming; Kao Tzu-min;	Bündelung der gegen die Wisdom Coalition gerichteten Kräfte; faktionsübergreifend; tendenziell Anti-Hauptströmung

Quelle: Interne, dem Verfasser zur Verfügung gestellte Namenslisten und Broschüren der einzelnen Faktionen; verschiedene Artikel und Berichte u.a. aus *Lien-ho-pao*, *Chung-kuo shih pao* sowie *T'ien Hsia*, Zeitraum 1990-92.

Von einem neuen Partei-Faktionalismus wird auf Taiwan seit 1986, spätestens aber seit 1989 gesprochen. Neu ist er deshalb, weil es KMT-Faktionen bereits auf dem chinesischen Festland und auch nach 1949 auf der Insel gegeben hat. Allerdings weitgehend im Verborgenen. Auch war ihr politischer Spielraum durch den innerparteilichen Zentralismus und die Dominanz Chiang Kai-sheks und seines Sohnes Chiang Ching-kuo begrenzt, als es jener der erst in der Transitionphase gegründeten Zusammenschlüsse ist.<sup>20</sup>

Es sind die jüngeren, modernen Parlamentseliten - also vor allem jüngere Professionals und lokale Unternehmer - die die neuen Faktionen im Legislativ Yuan zu ihren "politischen Vehikeln" machen. Ihre offensiven Strategien und ein teilweise erstaunliches "Publikumbewußtsein" deuten auf fortschreitende innerparteiliche Differenzierungsprozesse in der KMT hin und verweisen auf die Aushöhlung der überkommenen Parteidisziplin. Die Abgeordneten der KMT haben sich sichtbar von der Führungsspitze distanziert und ein eigenes Profil gewonnen. Wie institutionalisiert sind die neuen Faktionen heute aber tatsächlich? Welche Bedeutung haben sie für die zukünftigen innerparteilichen Machtkonstellationen? Was sind ihre konkreten Ziele und Handlungsstrategien? Diesen Fragen soll mit einer genaueren Betrachtung der wichtigsten KMT-Gruppierungen im Legislativ Yuan nachgegangen werden. Dabei beschränkt sich die Untersuchung jedoch auf den Zeitraum vor den ersten kompletten Neuwahlen des Legislativ Yuan im Dezember 1992, als der Verfasser vor Ort forschen konnte. Viele der im folgenden aufgeführten Faktionen sind im politisch kurzlebigen Taiwan seitdem aufgelöst oder in anderen Faktionen, in einem Fall sogar in einer neuen Partei aufgegangen.

#### Die *Wisdom Coalition* ("Chi-szu-hui")

Die *Wisdom Coalition* war die größte KMT-Faktion im 1989 gewählten Legislativ Yuan und zählte zuletzt rund sechzig Mitglieder bzw. Sympathisanten. Ihre Vertreter treffen sich wöchentlich an einem ihrer beiden Konferenzorte, um aktuelle politische Probleme und Gesetzesvorlagen zu erörtern sowie das eigene Abstimmungsverhalten festzulegen. Dabei gibt es jedoch keinerlei Verpflichtung für die Mitglieder, sich Mehrheitsentscheidungen zu beugen - Faktionszwang ist obsolet:

Wir bemühen uns in unserer Arbeit darum, die Mitglieder an die von der Faktionsmehrheit getroffenen Entscheidungen zu binden. Tatsächlich stimmen auch die meisten im Sinne dieser Mehrheit ab. Allerdings gibt es keinerlei Sanktionsgewalt gegenüber jenen, die dagegen votieren.<sup>21</sup>

Die Faktion besitzt eine formalisierte Führungsstruktur mit einem Vorsitzenden und drei Stellvertretern sowie einem Generalsekretär mit zwei Stellvertretern. Über die parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten (z.B. Reisen in die USA oder Japan, Seminare und Informationsveranstaltungen) sowie die politischen Standpunkte der *Wisdom Coalition* informiert eine eigene Zeitung (*Chi-szu chow-k'an*). Die Mitglieder der Faktion sind ausnahmslos ethnische Taiwanesen und gehören in den meisten Fällen auch noch anderen parlamentarischen Gruppierungen an - überschneidende Zugehörigkeiten gehören ohnehin noch zu den Wesensmerkmalen des neuen taiwanesischen Parlamentsfaktionalismus.

Die *Wisdom Coalition* hat im Zuge des Machtkampfes in der KMT die Partei der Hauptströmung ergriffen und versteht sich als der parlamentarische Arm der Kräfte um den einheimischen Präsidenten Lee Teng-hui:

Wir unterstützen das Machtzentrum der Partei, also unseren Präsidenten. Wir stehen für weitgehende politische Reformen und vor allem für eine wirkliche Demokratisierung der KMT selbst. Denn ungeachtet der in den letzten Jahren gemachten Fortschritte ist die KMT noch keine wirklich demokratische Partei.<sup>22</sup>

Während die *Wisdom Coalition* für diese Ziele in der Vergangenheit - auch bei internationalen Beobachtern - einerseits viel Beifall erntete, sind ihre Mitglieder andererseits auch auf harte innerparteiliche Kritik gestoßen. Insbesondere die von festlandchinesischen Interessen unterstützte *New Kuomintang Alliance* avancierte zu ihrem aggressiven parlamentarischen Widerpart und wirft ihr neben politischem Egoismus vor allem die Infragestellung der Chinapolitik der KMT vor. Als die *Wisdom Coalition* sich im Herbst 1991 als unabhängige politische Vereinigung beim Innenministerium registrieren ließ, spekulierten nicht wenige Beobachter auf die anstehende Spaltung der KMT oder das Überlaufen der Faktionsmitglieder zur DFP. Derartige Vermutungen erwiesen sich jedoch als gegenstandslos.<sup>23</sup>

Wie fast jede andere Faktion auch, so besitzt die *Wisdom Coalition* gute Verbindungen zum taiwanesischen Privatkapital. Insbesondere wird ihr Name u.a. mit dem Evergreen-Konzern (*Ch'ang-tung chi-t'uan*) in Verbindung gebracht; aber auch andere Unternehmen unterstützen die Faktion mit Spendenzuweisungen.<sup>24</sup> Neben dem Vorwurf, die personalpolitische sowie ideologische Taiwanisierung der KMT (*Kuo-min-tang Tai-wan-hua*) und damit die Unabhängigkeit Taiwans zu betreiben, haftet der *Wisdom Coalition* deshalb auch der Ruf einer mit der Privatwirtschaft verfilzten Clique an. Da viele Mitglieder der Faktion selbst Unternehmer sind oder in den Aufsichtsräten und Vorständen anderer Firmen sitzen, wird diese Ansicht übrigens nicht nur von den konservativen Kräften in der KMT geteilt.



Tatsache ist, daß die Wisdom Coalition einen wesentlichen Beitrag zur Emanzipation der KMT-Abgeordneten von der Parteiführung geleistet und erheblich zu einer heute erstaunlich offen geführten Diskussion im zentralen Parteiapparat beigetragen hat. Allerdings ist sie seit den Parlamentswahlen vom Dezember 1992 innerparteilich in die Defensive geraten. Bereits in deren Vorfeld wurden einige ihrer Mitglieder scharf gemabregelt, als sie unter dem Slogan "Ein China - Ein Taiwan" (*i-chung-i-t'ai*) für eine eigene taiwanesisch Identität eintraten und am Wiedervereinigungsdogma der KMT rüttelten.<sup>25</sup> Andere wiederum stimmten in die von der DFP gegen den Premierminister initiierte, überaus aggressive Anti-Hao-Kampagne ein und griffen damit die Anti-Hauptströmung frontal an. Diese offensichtlich auf die Gewinnung von wichtigen DFP-Stimmen gerichtete Strategie schlug weitgehend fehl. Von 25 eindeutig der Wisdom Coalition zuzuordnenden Kandidaten wurden lediglich 15 gewählt. Aus diesen Gründen ist es ungewiß, ob die Wisdom Coalition in ihrer alten Form noch lange weiterbestehen wird. Auf jeden Fall wird es aber auch im neuen Legislativ Yuan eine "mainstream"-Faktion geben.<sup>26</sup>

#### Die New Kuomintang Alliance ("Hsin Kuo-min-tang lien-hsien")

Die New Kuomintang Alliance (NKA) wurde im Februar 1990, nicht zuletzt als Antwort auf die Wisdom Coalition, gegründet. Obwohl sie im vorangegangenen Legislativ Yuan lediglich vierzehn Mitglieder besaß, ging ihre politische Wirkungskraft schnell weit über das Parlament hinaus. Auch diese Faktion trifft sich regelmäßig an einem eigenen Konferenzort und veranstaltet zahlreiche Informationsveranstaltungen, öffentliche "hearings" oder Konferenzen zu wichtigen politischen Themen. Sie finanziert sich nach eigener Aussage zuvorderst aus selbst geleisteten Beiträgen, wobei jedes Mitglied einen Betrag von 50.000 NT pro Sitzungsperiode in die Faktionskasse einzahlt. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, daß auch die NKA zahlreiche "Freunde" in der Geschäftswelt hat (z.B. den Hua-loong-Konzern) und bei Wahlen zudem die Unterstützung des finanzstarken taiwanesischen Militärs genießt (vgl. Punkt 3.5). Anders als den meisten anderen Faktionen geht es der NKA nicht primär um den Aufbau eines schlagkräftigen Stimmenblocks im Parlament. Aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl war das bisher allerdings auch ein hoffnungsloses Unterfangen:

Unsere Mitglieder sind von hoher fachlicher Kompetenz, allesamt Professionsals mit sehr guter Ausbildung und guten persönlichen Beziehungen untereinander. Die an sie gestellten moralischen Anforderungen sind sehr hoch. Sie dürfen z.B. nicht in Staatsunternehmen arbeiten oder der Regierung Rechtsbeistand leisten. Unserer Faktion geht es nicht um die politische Macht um ihrer selbst willen. Wir sind nicht so wenige, weil wir wenige sein wollen. Aber unsere Anforderungen setzen für die meisten Abgeordneten ein moralisches Limit, dem sie nicht gerecht werden können.<sup>27</sup>

Gemeinsame politische und ideologische Grundüberzeugungen ihrer Mitglieder stehen für diese sich sehr elitistisch gebende Gruppierung im Vordergrund. Hier liegt der wesentliche Grund für ihre scharfe Abgrenzung von anderen Faktionen und besonders von der Wisdom Coalition. Die NKA versteht sich als Sachwalter der festlandchinesischen Interessen im Parlament. Ihre Vertreter - fast ausschließlich "Festländer" der zweiten Generation - werden deshalb auch von verschiedenen und mitunter sehr einflußreichen Kräften der Anti-Hauptströmung unterstützt. Zwei Ziele hat sich sie NKA besonders auf die Fahnen geschrieben:

1. Opposition gegen die taiwanesisch Unabhängigkeit und Befürwortung einer graduellen Annäherung beider Chinas bis hin zur letzten Wiedervereinigung;
2. Kampf gegen die "Macht des Geldes" (*chin-ch'üan*), also die Interessenverflechtung von Kapital und Politik auf Taiwan.

Die NKA hat sich einen Namen als harter Kritiker von Regierungsbeamten und Ministern gemacht, die der Hauptströmung nahe stehen. Aber auch Präsident Lee Teng-hui ist ins Fadenkreuz der Faktion geraten: Seine Chinapolitik kritisiert sie als verächtlich unabhängigkeitsorientiert, seine Personalpolitik als einseitig auf die Förderung taiwanesischer Eliten konzentriert. Die häufige Parteinahme der NKA für profilierte Vertreter der Anti-Hauptströmung - so z.B. für den heftig attackierten Hao Po-ts'un im Vorfeld der Wahlen zum Legislativ Yuan Ende 1992 - paßt in dieses Bild.

Ohne Zweifel hat auch die NKA mit ihrem offenen Politikstil viel zur innerparteilichen Pluralisierung der KMT beigetragen. Ihre Auseinandersetzungen mit der Wisdom Coalition verleihen dem parlamentarischen Alltag auf der Insel eine besondere Dynamik. In der letzten Zeit hat sich jedoch auch gezeigt, daß die NKA in ihrem politischen Stil um so aggressiver wird, je stärker die Anti-Hauptströmung innenpolitisch in die Defensive gerät. Dies hat der Faktion bis vor kurzem die scharfe Gegnerschaft der politischen Opposition eingetragen, die in der NKA die moderne Speerspitze der "alten Garde" der KMT vermutet.<sup>28</sup> Nach den Dezemberwahlen 1992 konnte jedoch auch zunehmend beobachtet werden, wie die DFP bereitwillig immer dann mit der NKA kollaborierte, wenn der KMT-Mehrheit - vor allem in den Parlamentsausschüssen - empfindliche Abstimmungs niederlagen zugefügt werden konnten. Anders ausgedrückt, bedeutet dies, daß die NKA dazu bereit ist, mit der Opposition gegen die eigene Partei gemeinsame Sache zu machen.

Deshalb beobachten die Anhänger der Hauptströmung innerhalb der KMT die NKA zunehmend mißtrauisch. Die Entscheidung der Faktion, sich als politische Vereinigung registrieren zu lassen und damit - ähnlich der Wisdom Coalition - das außerparlamentarische Unterstützungspotential enger an sich zu binden, ist

auf heftigen Widerspruch der Parteispitze gestoßen.<sup>29</sup> In der Tat hat es den Anschein, als ob sich hier die Keimzelle einer Sammlungsbewegung für die Anhänger der Anti-Hauptströmung in der Gesamtgesellschaft Taiwans etabliert hat, die sich in der Zukunft zu einer eigenen Partei formieren könnte. Einstweilen jedoch hat es noch mehr den Anschein, als ob es der NKA in erster Linie um einen verstärkten innerparteilichen Druck auf die Hauptströmung geht: "Wir bemühen um eine wirkliche innerparteiliche Demokratisierung, um einen gerechten Ausgleich aller Interessen. Die KMT zu reformieren bedeutet die Zukunft der Republik China zu gestalten und zu sichern."<sup>30</sup>

Sicher ist, daß man mit der NKA auch im neuen Legislativ Yuan rechnen muß. Bei den Wahlen im Dezember 1992 setzten sich nahezu alle ihrer Kandidaten durch, und zudem hat sie derzeit regen Zulauf. Es wäre aber sicherlich ebenso falsch, daraus eine Gefahr für die Demokratisierung Taiwans zu konstruieren, wie man aus einer starken Wisdom Coalition einen wirklich demokratischen Legislativ Yuan ableiten wollte. NKA und Wisdom Coalition spiegeln den die gesamte taiwanische Gesellschaft durchziehenden politisch-ideologischen (und ethnisch grundierten) Konflikt zwischen den Anhängern einer taiwanesischen Unabhängigkeit und der chinesischen Wiedervereinigung wider. Sie sind jedoch beide Träger von politischen Kräften, die diesen Konflikt mit demokratisch-diskursiven Mitteln austragen wollen. Daß die NKA dabei auf die Unterstützung von Teilen des alten autoritären Establishments zurückgreift, macht sie vielen Taiwanesen natürlich suspekt. Ob die demokratische Gesinnung von NKA-Professionals wie Shao Ch'ao-k'ang, Yü Mu-ming oder Kuan Chung tatsächlich stärker in Zweifel zu ziehen ist als jene eines Wu Tze oder Huang Chu-wen (Wisdom Coalition) und sogar eines Yao Chia-wen oder Hsü Hsin-liang (DFP), ist allerdings überaus zweifelhaft.<sup>31</sup>

#### *Der Reconstruction Research Club ("Chien-she yen-chiu-hui")*

Während die Mitglieder der Wisdom Coalition und der NKA in erster Linie von den öffentlichkeitsbewußten KMT-"Jungtürken" getragen werden, gehören die Vertreter des im Mai 1989 gegründeten Reconstruction Research Club (RRC) zu den etablierten älteren Abgeordneten. Regelmäßige Zusammenkünfte und Absprachen an einem eigenen Konferenzort, gemeinsame Reisen und verschiedene Publikationen zu politischen Themen prägen die Arbeit des RRC. Auch seine Mitglieder gehören gleichzeitig anderen Faktionen an. Faktionszwang im Sinne eines verpflichtenden Abstimmungsverhaltens nach beendeter innerfaktionaler Diskussion besteht ebenfalls nicht.

Der RRC verfügt von allen Parlamentsfaktionen über die besten persönlichen Beziehungen zur KMT-Spitze, einige seiner Mitglieder bekleiden sogar wichtige Parteiämter.<sup>32</sup> Er tritt selten an das Licht der Öffentlichkeit und wirkt eher hin-

ter den Kulissen der Volksvertretung. Zu seinen führenden Köpfen im vorangegangenen Legislativ Yuan gehörten Chang Ping-chao (Vorsitzender), Shen Shih-hsiung (Vize-Vorsitzender) und Li Tsung-jen. Erstere überstanden die 1992er Wahlen allerdings nicht mehr. Zahlreiche Mitglieder des RRC im alten Legislativ Yuan waren Überseechinesen. Dieses Unterstützungspotential fällt heute weg, da es entsprechend dem 1. Verfassungszusatz aus dem Frühjahr 1991 fortan nur noch sechs Vertreter dieser indirekt gewählten Abgeordnetengruppe gibt.

Welche Rolle der RRC im innerparteilichen Machtkampf zwischen Hauptströmung und Anti-Hauptströmung spielt, ist nicht immer eindeutig. Die politische Orientierung seiner Mitglieder ist nach eigener Einschätzung konservativ. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit einer ungeteilten Unterstützung der Anti-Hauptströmung. Vielmehr geht es dem RRC in erster Linie um die generelle Stabilisierung der Autorität der Parteispitze gegenüber den jüngeren Parlamentariern, damit ein Ansehens- und Machtverlust der KMT verhindert wird. Insofern versucht diese Faktion sehr oft die Rolle einer ausgleichenden, integrierenden Kraft zwischen Wisdom Coalition und NKA zu spielen und die zum Teil sehr heftigen Wogen der parlamentarischen Auseinandersetzungen innerhalb der KMT-Gesamtfraktion zu glätten:

Wir haben 1990 die Wahl Lee Teng-huis unterstützt, aber auch die Nominierung Hao Po-ts'uns. Wir sind eine vergleichsweise konservative Gruppierung, die einer Radikalisierung des Faktionismus entgegenwirken will. Das wäre nämlich nicht gut für die Partei.<sup>33</sup>

Der RRC wird im neuen Legislativ Yuan wohl keine große Rolle mehr spielen. Viele seiner Mitglieder wurden nicht wiedergewählt. Im übrigen können sich die jungen Parlamentarier kaum mehr mit einer Faktion identifizieren, die der KMT-Spitze ein so hohes Maß an Autorität zubilligt. Im Gegenteil geht es ihnen ja darum, die Emanzipation von der Parteiführung voranzutreiben und selbst größeren - auch personellen - Einfluß auf sie auszuüben.

#### *New Idea Club ("Hsin-ch'uang-hui") und Harmony Club ("Hsieh-ho-hui")*

Zwei kleinere Faktionen etablierten sich im März und April 1990 - der New Idea Club und der Harmony Club. Beide entschlossen sich Anfang 1991 zu einer engeren parlamentarischen Zusammenarbeit, ohne jedoch ihre jeweilige institutionelle Eigenständigkeit aufzugeben.<sup>34</sup> Ihr politisches Profil ist unscharf. Das gilt insbesondere für den New Idea Club, dessen früherer Vorsitzender Huang Hsiung auf die Frage nach den genauen Zielen seiner Faktion nur sehr unpräzise antworten konnte:

Wir wollen einige neue Ideen ins Spiel bringen. Wir wollen eine neue Politik. Zum Beispiel geht es uns in der Frage der Chinapolitik um neue Initiativen. Das ist aber nur ein Beispiel...Ist Ihnen das denn nicht verständlich? Wir wollen neue Ideen befördern im Parlament!<sup>35</sup>

Viel eher hat es den Anschein, daß es sich beim New Idea Club um eine Interessengemeinschaft von Unternehmerabgeordneten handelt.<sup>36</sup> Dafür spricht auch die Mitgliedschaft des parteilosen Wang Ling-lin, dessen Familie der Rebar-Konzern gehört. Zudem sind einige Mitglieder des New Idea Club aufgrund persönlicher Zerwürfnisse oder Streitigkeiten Intimfeinde der Wisdom Coalition. Immerhin trifft sich auch der New Idea Club regelmäßig an einem eigenen Konferenzort. Über einzelne Aktivitäten der Faktion ist jedoch nichts bekannt. Seine ca. 25 Mitglieder sind gleichzeitig in zahlreichen anderen Faktionen aktiv.

Der Harmony Club steht ganz im Zeichen seines "Erfinders" und Vorsitzenden Liao Fu-pen, eines "alten Hasen" im taiwanesischen Parlament. Liao bekleidet das Amt eines Vizedirektors der Internationalen Abteilung der KMT (*hai-kang-hui*) und ist seit März 1993 neuer Vorsitzender der KMT-Gesamtfraktion im Parlament. Er ist damit einer der politisch einflussreichsten Abgeordneten der Regierungspartei. Wie die anderen Faktionen auch, besitzt der Harmony Club einen eigenen Konferenzort, trifft sich regelmäßig und veröffentlicht eine eigene Zeitung (*Hsieh-ho chi-chin*). Zu seinen rund 40 Mitgliedern zählen hauptsächlich konservativere Abgeordnete sowie - im alten Legislativklub - die Mehrheit der Überseechinesen. Sie sind zum größten Teil auch in anderen Faktionen aktiv. Die Faktion unternimmt des öfteren Reisen ins Ausland. Ihre Finanzierung ist unklar, doch scheinen die ausgezeichneten Beziehungen Liao Fu-pens im Parteiapparat sowie auch zu taiwanesischen Unternehmern die entscheidende Rolle zu spielen. In der Tat gilt Liao in seiner Faktion als ein Patron in fast klassischem Verständnis:

Seine Rolle ist überragend. Faktionsmitglieder konsultieren ihn, wenn sie finanzielle Unterstützung suchen. Dabei wissen sie selber nicht, wie er an die Gelder kommt. Aber sie fließen für jeden. Außerdem hat er uns Überseechinesen gegenüber einen Respekt gezeigt wie kein anderer. Durch all das hat er natürlich erhebliches politisches Gewicht gewonnen.<sup>37</sup>

Der Harmony Club kann politisch genauso wenig verortet werden wie der New Idea Club, wobei allerdings vielen seiner Mitglieder eine ausgesprochene Gegnerschaft zur Politik der Wisdom Coalition attestiert wird. In einer zusammen mit dem New Idea Club veröffentlichten Erklärung heißt es zu den gemeinsamen Zielen nur überaus allgemein:

(...) Erhöhung der Effektivität des legislativen Prozesses, Verbesserung der Qualität des politischen Diskurses und des Spielraums dafür, eine größere Repräsentation des Volkswillens, Beförderung politischer Reformen, Erhöhung des Wohlstands der Bevölkerung und das Streben nach gesellschaftlichem Fortschritt.<sup>38</sup>

Beide Faktionen sind wesentlich lockerer organisiert als die Wisdom Coalition oder die NKA. Dennoch hat sich hier - zumindest theoretisch - ein Abgeordnetentemporal zusammengefunden, das nicht unterschätzt werden darf. Ob beide auch im neuen Legislativklub "überleben" werden oder sich anderen Faktionen anschließen, ist derzeit nicht sicher. Weil aber Liao Fu-pen mittlerweile als politisches Schwergewicht gilt und sich die Mitglieder des Harmony Clubs davon zu Recht einige Vorteile versprechen dürften, ist eine Faktion unter seiner Führung auch in der Zukunft wahrscheinlich.

#### *Der Parliamentary Functions Reform Club ("Kuo-hui kung-neng kai-ko-hui")*

Im Oktober 1991 schienen mit der Gründung des Parliamentary Functions Reform Club (PFRC) die Fronten der politischen Lager innerhalb der KMT-Fraktion im Legislativklub klarer zu verlaufen. Hier sammelten sich die führenden Vertreter aller anderen Faktionen außer der Wisdom Coalition.<sup>39</sup> Vorausgegangen waren dieser Gründung der Antrag der Wisdom Coalition beim Innenministerium auf die Registrierung als eine unabhängige politische Vereinigung und die Furcht vieler KMT-Parlamentarier, diese stark pro-taiwanesische Faktion könne in Zukunft mit der DFP gemeinsame Sache machen. Natürlich wurden solche Überlegungen von den führenden Köpfen des PFRC öffentlich zurückgewiesen. Vielmehr unterstrich die Faktionsführung die Notwendigkeit einer Effizienzsteigerung der parlamentarischen Arbeit und einer Verbesserung des Ansehens des Legislativklub insgesamt.<sup>40</sup> Immerhin bekannte der unabhängige Parlamentarier Wang Ling-lin dem Verfasser gegenüber:

Die Bestrebungen zur Etablierung des PFRC haben allein den Zweck, die politischen Auseinandersetzungen im Parlament zu entschärfen und die Regierung um der politischen Stabilität willen stärker zu unterstützen. Der Fationalismus hat den Gesetzgebungsprozeß verlangsamt und viel Streit ins Haus gebracht. Außerdem gibt es eine Minderheit in der Wisdom Coalition, die das Ziel verfolgt, die KMT zu spalten. Aus diesen Gründen ist es gut, alle anderen Kräfte enger aneinander zu binden. Allerdings darf man daraus nicht die reelle Gefahr ableiten, die KMT hätte wirklich Integrationsprobleme. Dazu reicht ihre Macht gegenüber jedem einzelnen Abgeordneten noch viel zu weit.<sup>41</sup>

Der PFRC hat mit seinen anfänglich ca. 50 Abgeordneten bisher noch keinen wirklichen Einfluß entfalten können. Einer seiner wichtigsten Protagonisten, der oben zitierte finanzstarke Wang Ling-lin, ist zudem Ende 1992 überraschend nicht wieder ins Parlament gewählt worden. Abgesehen davon ist es zweifelhaft, ob der PFRC langfristig überhaupt so viele Einzelfaktionen - sie alle verfolgen ja eigene Ziele - unter seinem Dach vereinigen kann. Dennoch hat sich mit seiner Gründung ein Trend manifestiert, der von grundlegender Bedeutung sein kann: eine stärker formalisierte Lagerbildung zwischen den pro-Lee-Kräften und ihren Gegnern und das endgültige Übergreifen des Konfliktes zwischen Haupt- und Anti-Hauptströmung auf das taiwanesisches Parlament.

#### *Der Global Club ("Huan-ch'iu-hui") und andere Kleinfaktionen*

Eine Abgeordnetengruppe der Überseechinesen konstituierte sich im November 1988. Mit Ausnahme von zwei Parlamentariern<sup>42</sup> gehörten ihr nach den Wahlen 1989 insgesamt 27 Mitglieder an. Neben der Wisdom Coalition konnte der Global Club als die organisierteste Gruppierung bezeichnet werden, da sich die Überseechinesen - von den oppositionellen Abgeordneten sehr oft wie Parier behandelt und nicht selten physisch attackiert - sehr eng zusammenschlossen:

Es gibt zwar keinerlei Beschränkungen für unsere Mitglieder zur Mitarbeit in anderen Faktionen, aber diese beschränkt sich auf einen Beobachterstatus. An Abstimmungen nehmen wir dort nie teil. Wir beteiligen uns auch nicht an den innenpolitischen Diskussionen, z.B. über die Methode zur Wahl des Staatspräsidenten. Wir Überseechinesen vertreten einzig und allein die Interessen unserer "communities" weltweit. Dabei geht es natürlich vor allem um Wirtschaftsfragen, wie z.B. taiwanesisches Auslandsinvestitionen. Aber wir haben auch Initiativen zur Immigrationspolitik und zur Bekämpfung der Korruption eingebracht.<sup>43</sup>

Den Global Club gibt es heute nicht mehr, weil der 1. Verfassungszusatz vom Mai 1991 das Quorum der überseechinesischen Vertreter im Legislativ Yuan auf sechs begrenzte. Diese Entscheidung der Nationalversammlung wurde vom Global Club fast widerspruchslos akzeptiert. Seine Mitglieder waren aufgrund einer fehlenden Wählerbasis auf Taiwan ohnehin zunehmend in die politische Isolierung geraten.

Neben den bisher aufgeführten wichtigen Faktionen im taiwanesischen Parlament haben sich in den letzten Jahren noch zahlreiche Splittergruppen gebildet. So gibt es seit dem Februar 1990 eine Faktion der weiblichen KMT-Mitglieder, die auch als Ansprechpartner von Frauenorganisationen innerhalb der sozialen Bewegungen fungiert.<sup>44</sup> Um die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung ist eine überparteiliche Faktion aus Ärzten innerhalb des Legis-

lativ Yuan - die *Hou Sheng Hui* - bemüht. Ihre zahlreichen Gesetzesvorlagen und Informationsveranstaltungen haben viel erreicht und verdeutlichen den mitunter sehr positiven "issue"-Charakter der Parlamentsfaktionen (vgl. auch Hou Sheng Hui 1991). Andere KMT-Gruppierungen unterhalten parlamentarische Kontakte zu den Volksvertretungen anderer Länder (z.B. USA, Philippinen, Japan) und haben daher eher eine außenpolitische Stoßrichtung. Vor den Wahlen zum Legislativ Yuan Ende 1992 existierten wenigstens 14 einzelne, dem Verfasser bekannte KMT-Faktionen.<sup>45</sup>

#### 3.2.4 Ergebnisse

Der neue Parlamentsfaktionalismus auf Taiwan ist ein weiterer wichtiger Hinweis auf Machtschichtungen in der KMT seit dem Tod Chiang Ching-kuos und hat drei politische Dimensionen. *Erstens* unterstreicht er die gestiegene Bedeutung des Legislativ Yuans, dessen frei gewählte Abgeordnete heute mehr politische Legitimation für sich beanspruchen, als sie den Parteifunktionären zugehen wollen:

Der Abgeordnete stellt das Führungsmonopol der KMT-Spitze stärker in Frage als früher. Er denkt sich heute oft: Die Partei, das bin ich! Deshalb kann mir die Partei gar nichts befehlen. Ich repräsentiere so viele Meinungen - also hat die Partei auf mich zu hören!<sup>46</sup>

Sie sind in hohem Maße den Interessen ihrer lokalen Wählerschaft verpflichtet und müssen diese in einem noch immer stark zentralisierten Parteiapparat durchsetzen. Parlamentsfaktionen erweisen sich als geeignete und notwendige Instrumente der Interessenwahrnehmung gegenüber der Parteiführung. Mit ihnen haben sich die Parlamentarier ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der Parteispitze erkämpft. Allerdings darf diese nicht überschätzt werden.

*Zweitens* verweist der Parlamentsfaktionalismus auf das Übergreifen des Gegensatzes zwischen Hauptströmung und Anti-Hauptströmung an der Parteispitze auf untergeordnete politische Entscheidungsebenen, was insbesondere am parlamentarischen Konflikt zwischen Wisdom Coalition und New Kuomintang Alliance deutlich wird. Allerdings hat es dabei oft den Anschein, als ob die KMT-Abgeordneten den innerparteilichen Machtkampf dazu benutzen, ganz individuelle Interessen parlamentarisch abzusichern und sich dafür die Rückendeckung einflußreicher Parteifunktionäre zu sichern. Natürlich soll damit nicht über tatsächlich gegebene ideologische Differenzen zwischen den Faktionen hinweggesehen werden.

*Drittens* schließlich steht der neue Faktionalismus in direktem Zusammenhang mit den aufsteigenden strategischen Gruppen in der Regimekoalition. Die Par-

lamentsfaktionen sind das "Tummelfeld" *koopierter moderner Professionals* und der *Vertreter des taiwanesischen Privatkapitals* (vgl. Punkt 2.3.2) und werden von ihnen als Basis zur politischen Auseinandersetzung mit den alten Parteifunktionären genutzt. Wie mit der Beschreibung der Rolle des Militärs bei der Unterstützung zahlreicher Parlamentarier noch gezeigt wird (vgl. Punkt 3.5), bemühen sich die alten strategischen Gruppen jedoch durchaus um eine Anpassung an die neuen Erfordernisse der politischen Interessenabsicherung.

Noch sind die Parlamentsfaktionen politisch schwach. Es gibt keinerlei "Faktionsdisziplin" (bindende Beschlüsse) oder irgendeinen substantiellen Einfluß auf die Nominierung von Kandidaten; überlappende Faktionsmitgliedschaften sind normal, und eine ideologische Kohärenz innerhalb der einzelnen Gruppierungen besteht kaum. Noch gilt: Gegen die Parteispitze geht nichts. Es ist jedoch keinesfalls ausgeschlossen, daß bei der ansteigenden Einflußnahme externer privatkapitalistischer Interessen das "japanische Modell" des Parteifunktionalismus sich auch auf Taiwan etablieren kann. Das Bemühen einzelner Faktionen, sich alternative Geldquellen zu erschließen und damit politisch unabhängiger agieren zu können, ist unübersehbar. Auch die gereizten und mitunter heftigen Reaktionen der Parteiführung auf den Funktionalismus innerhalb ihrer Abgeordnetengruppe läßt erkennen, daß man hier Gefahren für die innere Geschlossenheit und Stabilität der KMT erblickt:

Grundsätzlich befindet sich der einzelne Abgeordnete in einer ambivalenten Position. Einerseits ist er auf die Partei angewiesen, andererseits aber bestrebt, sich von ihr zu distanzieren. Die Partei verlangt Gehorsam und unbedingte Loyalität. Wenn sie allerdings glaubt, diese Position auch zukünftig geltend machen zu können, wird sie große Schwierigkeiten bekommen.<sup>47</sup>

Will die KMT-Spitze die Entstehung von autonomen Machtblöcken - die vom Parlament wiederum in den Parteiapparat übergreifen könnten - aber überhaupt verhindern? Der dort tobende Machtkampf erfordert schließlich Verbündete auf breiter Ebene. Ein charismatischer Führer mit der Autorität, eine neue Zentralisierung der parteinternen Macht- und Entscheidungsstrukturen durchzusetzen, ist nicht in Sicht. Die Parlamentsfaktionen könnten sich insofern langfristig in moderne Parteifaktionen verwandeln. Dann ähnelte die KMT der japanischen LDP allerdings sehr stark. Will die Parteiführung ungeachtet ihrer Meinungsverschiedenheiten dieses aber verhindern, so ist es in der derzeit angespannten Situation politisch überaus unklug, ihre durch demokratische Wahlen mit hoher politischer Legitimation ausgestatteten Parlamentarier kaum mit Spitzenfunktionären im zentralen Parteiapparat zu betrauen.<sup>48</sup> Dies verschärft Gegensätze, die auch durch die Etablierung zusätzlicher Vermittlungsgremien zwischen der Parteispitze und der Parlamentsfraktion nicht befriedigend abgebaut werden können.<sup>49</sup>

Es deutet somit einiges darauf hin, daß die Regierungspartei in einem Umfeld gleichstarker, um politischen Einfluß ringender Interessen und einer zur klientelistischen Gruppenbildung neigenden politischen Kultur den Weg der japanischen LDP gehen wird. Es ist sicherlich berechtigt, danach zu fragen, ob dies nicht eine nachteilige Perspektive für die Demokratisierung Taiwans darstellt. Der korruptive Hintergrund des japanischen Parteifunktionalismus läßt dies zumindest vermuten.

### 3.3 Das Wirtschaftsimperium der KMT: Staats- und Parteiuenternehmen als gemeinsame Ressourcenbasis der Regimekoalition und besondere Ressourcenquelle der Planungstechnokraten und der zivilen Funktionärselite

#### 3.3.1 Vorbemerkungen

Die KMT ist ohne Zweifel einer der mächtigsten Wirtschaftskonzerne Taiwans. Dabei stützt sie sich sowohl auf zahlreiche Staatsbetriebe als auch auf eine kaum mehr überschaubare Anzahl privater Unternehmen, entweder in Eigenbesitz oder als Anteilseigner. Mit ihrem privatwirtschaftlichen Engagement begann sie in den rapiden Modernisierungskadern der 60er und 70er Jahre und wurde damit zum vielleicht größten Nutznießer ihrer eigenen Wirtschaftspolitik. Die aus parteieigenen Unternehmen, Investmentgesellschaften, Kreditinstitutionen sowie weitverzweigten Firmen- und Aktienbeteiligungen gewonnenen Profite lassen die Regierungspartei über eine üppige Ressourcenbasis verfügen. Hier liegt ihr strategischer Vorteil in der Auseinandersetzung mit jeder anderen politischen Kraft auf der Insel - also vor allem gegenüber der DPP.

Bei der Analyse des Wirtschaftsimperiums der KMT kann prinzipiell zwischen drei Revenuenquellen unterschieden werden:

1. den Staatsunternehmen (*tung-ying shih-yeh*);
2. den 100prozentigen Parteiuenternehmen (*tung-ying shih-yeh*) und
3. zahlreichen weiteren Privatuenternehmen (*min-ying shih-yeh*), an denen die KMT in unterschiedlichem Umfang beteiligt ist.<sup>50</sup>

So wie die Staatsunternehmen im Verantwortungsbereich bestimmter Ministerien liegen, werden die parteieigenen Unternehmen von verschiedenen KMT-Abteilungen verwaltet. Als weitere Ressourcenquelle des Regimes müßten an dieser Stelle auch die zahlreichen, unter der Kontrolle der "Vocational Assistance Commission for Retired Servicemen" (VACRS; chinesisch kurz: *t'ui-fu-hui*) stehenden Betriebe und Unternehmensbeteiligungen mit einbezogen werden. Diese vom taiwanesischen Militär geführte Organisation ist auf Ministeriumsebene

angesiedelt. Per Gesetz wird ihr u.a. der monopolistische Zugriff auf die Bauwirtschaft, den landesweiten Vertrieb von Gas und Kraftstoffen sowie weite Bereiche der Landwirtschaft, des Bergbaus, der chemischen und elektronischen Industrie, des Transport- und Verkehrswesens und natürlich der Produktion von militärischen Gütern zugesichert. Da es sich bei diesem Komplex aber im wesentlichen um eine Einkommensquelle des taiwanesischen Militärs handelt, wird er im Rahmen der Teilanalyse dieser strategischen Gruppe behandelt (vgl. Punkt 3.5).

### 3.3.2 Die Staatsunternehmen

Bis heute kontrolliert die KMT über ihre Planungstechnokratie insgesamt 104 Staatsunternehmen, die von der Zentralregierung (56), der Provinzregierung (33) sowie den regierungsmittelbaren Städten Taipei (7) und Kaohsiung (8) verwaltet werden. 28 Unternehmen der Zentralregierung unterstehen der VACRS; das Wirtschaftsministerium kontrolliert zehn, das Finanzministerium neun, das Verkehrsministerium fünf und die Kommission für Gesundheit und Hygiene (*wei-sheng-shu*) ein Unternehmen. Drei weitere - die Nationalbank, die staatliche Notenpresse und die Regierungsdruckerei - unterstehen direkt dem Exekutiv Yuan (*hsing-cheng-yuan*) in eigener Rechtskörperschaft.<sup>51</sup>

Die Staatsunternehmen dominieren oder monopolisieren u.a. die Rohstoffausbeutung (z.B. Kohle, Aluminium), die Grundstoff- und Schwermaschinenindustrie, den Schiffbau, die Zement- und Papierproduktion, den Transport- und Energiesektor, die Telekommunikation, die Düngemittelproduktion, die Zuckerverarbeitung, die Tabak- und Alkoholherstellung, die gesamte rüstungstechnologische Industrie und - trotz angelaufener Privatisierung - den Banken- und Investmentssektor. Auch in der Textilindustrie, dem Aushängeschild der Prosperität kleiner und mittelständischer Unternehmen in den 50er und 60er Jahren, besitzt der Staat unverändert ein gewichtiges Standbein.

Die Staatsbetriebe sind neben ihrer Konzentration in der Infrastruktur-, Grundstoff- und Schwerindustrie zusätzlich in verschiedenen privatkapitalistischen Sektoren engagiert. Dabei muß zwischen drei unterschiedlichen Unternehmensformen differenziert werden. *Erstens* gründen einzelne Ministerien - oft durch ein ihnen unterstehendes Staatsunternehmen in eigener Rechtskörperschaft - "Privatfirmen", an denen sie mehrheitlich oder mit einer Sperrminorität beteiligt sind. In einigen Fällen gibt es außer der entsprechenden Regierungsinstitution überhaupt keinen weiteren Anteilseigner, so daß es sich hier um echte Staatsbetriebe in privatwirtschaftlicher "Aufmachung" handelt. So ist z.B. das Wirtschaftsministerium Taiwans 100prozentiger Besitzer an neun Firmen und hat weitere 24 Unternehmen mit unterschiedlichen Beteiligungen gegründet (vgl. Ch'en Shih-meng et al. 1991: 75).

*Zweitens* ist der Staat durch seine Ministerien und Kommissionen Anteilseigner an zahlreichen anderen Privatfirmen, wobei nicht selten mehrere seiner Organe gleichzeitig als Teilhaber auftreten. Kartellrechtliche Bestimmungen werden auf diese Weise geschickt umgangen, und die öffentliche Hand übt auf nahezu legale Weise in vielen Privatunternehmen de facto die Kontrolle aus.<sup>52</sup> Die Kooperation zwischen der Regierung (bzw. den Staatsunternehmen) und der KMT (bzw. einem parteieigenen oder KMT-kontrollierten Unternehmen) in jeweils eigener Rechtskörperschaft hat in diesem Kontext in den letzten Jahren ebenfalls stark zugenommen.<sup>53</sup>

*Drittens* gründen verschiedene Regierungsinstitutionen untereinander Firmen mit der theoretischen Möglichkeit privater Kapitalbeteiligung, deren Stammkapital sie dann aber doch alleine oder zumindest mehrheitlich stellen. In Deutschland wären sie kartellrechtlich nur schwer vorstellbar. So gibt es alleine 59 "joint ventures", die von verschiedenen Staatsunternehmen - bzw. den dahinter stehenden Ministerien oder Regierungsinstitutionen - zusammen mit der vom Militär kontrollierten VACRS ins Leben gerufen wurden (Ch'en Shih-meng et al. 1991: 74).

**Tabelle 3-5: Industrielle Wertschöpfung nach Sektoren (in Prozent und Preisen von 1981)**

Jahr	BSP	Privatsektor	Staatssektor
1952	100	43,4	56,6
1955	100	48,9	51,1
1960	100	52,1	47,9
1965	100	58,7	41,3
1970	100	72,3	27,7
1975	100	77,9	22,1
1980	100	79,1	20,9
1985*	100	81,2	18,8
1990*	100	81,3	18,7
1991	100	81,9	18,1
1992	100	82,0	18,9

\* ) in Preisen von 1986  
Quelle: TSDB 1993.

Die hier knapp dargestellten privatwirtschaftlichen Verflechtungen des Staates sind nicht besonders transparent und auch für den erfahrenen taiwanesischen Beobachter nur unter Schwierigkeiten zu entwirren. Sie tauchen in keiner Haushaltsstatistik der Regierung auf, so daß die dort genannten Zahlen in keiner Hinsicht die Revenuelage des Staates kaum realitätsgerecht widerspiegeln. Insofern haben die zugänglichen amtlichen Statistiken zur Ein- und Ausgabenlage der Staatsbetriebe sowie des Regierungssektors nur einen begrenzten Aussagewert. Dies gilt es bei der folgenden Analyse zu bedenken.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Staatsbetriebe hinsichtlich ihrer volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nicht nur an ihrem Beitrag zur industriellen Produktion gemessen werden dürfen. Denn obgleich sie auf Taiwan Anfang der 90er Jahre nur noch mit rund 18 Prozent an der Industrieproduktion beteiligt waren (vgl. Tab. 3-5), ist ihr Anteil an der Bruttofixkapitalbildung<sup>54</sup> mit durchschnittlich knapp 29,9 Prozent relativ konstant geblieben und hat sich gegenüber den entsprechenden Anteilen des Privatsektors über die Jahrzehnte kaum verändert (vgl. Tab. 3-6). Dieser Tatbestand verweist auf eine hohe Kapitalintensität (bzw. einen modernen Kapitalstock) der Staatsbetriebe und unterstreicht den strategischen Stellenwert, den das KMT-Regime ihnen unverändert beimißt.<sup>55</sup>

Wie Asche (1984: 113) richtig anmerkt, ist die Frage nach der Herkunft der Ressourcen für die Finanzierung dieser Kapitalbildung entscheidend, um die wirtschaftliche Bedeutung der Staatsbetriebe zu ermessen. Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder werden diese aus den von den Staatsbetrieben selbst erwirtschafteten Profiten bereitgestellt oder sie stammen aus "externen" Quellen.

**Tabelle 3-6: Verwendung des BSP: Bruttofixkapitalbildung nach Sektoren (in Prozent)**

Jahr	BSP	Regierung	Staatsunternehmen	Privatsektor
1952	100	17,8	31,7	50,5
1955	100	16,2	37,8	46,0
1960	100	13,9	33,5	52,6
1965	100	12,6	20,9	66,5
1970	100	13,4	29,4	57,2
1975	100	13,9	40,3	45,8
1980	100	14,7	34,2	51,1
1981	100	15,3	32,7	52,0
1982	100	17,2	33,8	49,0
1983	100	16,3	31,1	52,6
1984	100	16,7	25,4	57,9
1985	100	19,0	24,0	57,0
1986	100	19,0	23,8	57,2
1987	100	17,2	22,0	60,8
1988	100	18,3	18,8	62,9
1989	100	19,8	19,4	60,8
1990	100	23,5	24,6	51,9
1991	100	27,0	24,6	48,4
1992	100	28,5	21,5	50,0

Quelle: TSDB 1993.

Im zweiten Fall wären die Staatsunternehmen Verlustbetriebe, die - und das ist im Untersuchungszusammenhang besonders wichtig - die allgemeine Revenuelage des Staates beschneiden und den finanziellen Handlungsspielraum des Regimes einengen würden. Die Frage ist also, ob die taiwanesischen Staatsbetriebe profitabel arbeiten oder nicht. Sie wird in Taiwan prinzipiell positiv beantwortet, obgleich es auch einige notorische Verlustbetriebe gibt.<sup>56</sup>

Der Anteil der von den Staatsunternehmen erwirtschafteten Profite (Monopolgewinne und Gewinne aus staatsunternehmerischer Tätigkeit) an den Gesamteinnahmen der Zentralregierung lag in den 40er Jahren bei durchschnittlich 6,5 Prozent, erhöhte sich nach 1949 jedoch erheblich. In den 80er Jahren wurde die Staatskasse mit durchschnittlich 12,2 Prozent reiner staatsbetrieblicher Unternehmerrgewinne bedient (Kao Hsi-chün/Li Cheng 1991:310). Rechnet man die statistisch separat aufgeführten Gewinne der staatlichen Monopole<sup>57</sup> hinzu (vgl. Tab 3-7), so beträgt dieser Anteil im Zeitraum 1980-1992 durchschnittlich 17,4 Prozent. Dies entspricht einer durchschnittlichen Summe von rund 131 Mrd. NT jährlich (ca. 10 Mrd. DM), rund 4,3 Prozent des durchschnittlichen BSP zu Marktpreisen desselben Zeitraums (TSDB 1993). Wie bereits erwähnt, ist damit jedoch nur ein Teil der tatsächlichen Profite des Staates - bzw. der ihn tragenden Regimekoalition - erfaßt.

**Tabelle 3-7: Anteil der Gewinne aus staatlichen Monopolen und staatsunternehmerischer Tätigkeit an den Netto-Revenuen des Staates in Mio. NT (in Klammern: Prozent)**

Jahr	Total	Monopole	Staatsunternehmen
1955	6.689 (100)	921 (13,8)	250 (3,8)
1960	12.111 (100)	1.886 (15,6)	1.144 (9,4)
1965	23.384 (100)	3.273 (14,0)	3.109 (13,3)
1970	51.215 (100)	6.007 (11,7)	4.938 (9,6)
1975	134.034 (100)	13.115 (9,8)	14.277 (10,6)
1980	368.922 (100)	24.162 (6,5)	33.106 (9,0)
1981	437.707 (100)	33.962 (7,8)	41.107 (9,4)
1982	490.767 (100)	37.594 (7,7)	55.628 (11,3)
1983	501.155 (100)	39.901 (8,0)	60.486 (12,1)
1984	534.154 (100)	40.152 (7,5)	63.022 (11,8)
1985	576.039 (100)	41.738 (7,2)	76.779 (13,3)
1986	636.204 (100)	44.824 (7,0)	99.646 (15,7)
1987	707.843 (100)	46.137 (6,5)	102.626 (14,5)
1988	852.630 (100)	46.409 (5,3)	111.727 (13,1)
1989	1.382.533 (100)	47.666 (3,4)	128.210 (9,3)
1990	1.203.172 (100)	52.921 (4,4)	121.418 (10,1)
1991	1.438.686 (100)	60.113 (4,2)	94.835 (6,6)
1992	1.716.303 (100)	58.114 (3,4)	140.168 (8,2)

Quelle: TSDB 1993.

Die ökonomische Leistungsfähigkeit der taiwanesischen Staatsbetriebe läßt sich vor allem durch den direkten Vergleich mit dem Privatsektor verdeutlichen. Rechnet man die von den Staatsunternehmen erwirtschafteten Gewinne (nach amtlichen Angaben) auf die Privatwirtschaft um, so zeigt sich, daß sich ihre Höhe im Durchschnitt der Jahre 1950-1990 auf rund 12 Prozent aller Unternehmensgewinne Taiwans belief (vgl. Tab. 3-8). Tabelle 3-9 bezieht sich auf die Gesamtrenditen (nicht Gesamtgewinne) der Staatsbetriebe in den 80er Jahren, also

**Tabelle 3-8: Profite und Personalaufkommen - Privat und Staatssektor im Vergleich (in NT und Personen)**

Jahr	1951	1960	1970	1980	1990
Netto-Profite aus Unternehmertum					
Total	6,15 Mrd.	26,80 Mrd.	80,70 Mrd.	448,98 Mrd.	1 135,92 Mrd.
Privater Sektor	5,52 Mrd. (89,8%)	23,62 Mrd. (88,1%)	66,81 Mrd. (82,9%)	396,38 Mrd. (88,3%)	1 039,56 Mrd. (91,5%)
Staatssektor	629 Mio. (10,2%)	3,19 Mrd. (11,9%)	13,80 Mrd. (17,1%)	56,60 Mrd. (11,7%)	96,35 Mrd. (8,5%)
Erwerbstätigenbevölkerung					
Total	2,9 Mio.	3,5 Mio.	4,6 Mio.	6,5 Mio.	8,3 Mio.
Privat Beschäftigte	632 000 (21,8%)	907 000 (26,1%)	1,8 Mio. (38,2%)	3,4 Mio. (51,9%)	4,6 Mio. (56,0%)
Öffentlich Beschäftigte	361 000 (12,5%)	487 000 (14,0%)	578 000 (12,6%)	815 000 (12,4%)	943 000 (11,4%)

Quelle: Ch'en Shih-meng et al. 1991: 111.

auf die Einnahmen ohne Abzug aller Steuer- und Transferleistungen (Erhebungszentrum: 1982 und 1986). Es zeigt sich, daß die durchschnittlichen Gesamteinnahmen der wichtigsten Staatsbetriebe unter der Zentralregierung in dieser Zeit knapp 70 Prozent (1982: 64,7 Prozent; 1986: 70,4 Prozent) der entsprechenden Summe der 100 profitabelsten Privatunternehmen des Dienstleistungssektors erreichten. Tabelle 3-10 wiederum verdeutlicht, daß sowohl bei den Nettoprofiten (C) als auch in bezug auf die Profitrate (C/B) die insgesamt 60 von Ch'en Shih-meng et al. untersuchten Staatsunternehmen der zentralen und der Provinzebene in der zweiten Hälfte der 80er Jahre besser abschnitten als die 500 größten Privatunternehmen Taiwans. Dabei werden die äußerst profitablen staatlichen Betriebe des Finanz- und Handelssektors hier nicht einmal miteinfaßt. Die Tatsache, daß die aufgeführten Staatsunternehmen mit einer geringeren

Kapitalrentabilität (B/A) arbeiteten, ist auf den höheren Kapitalinput zurückzuführen: Der Wert der Gesamtkapitalien von nur 60 taiwanesischen Staatsbetrieben überstieg jenen der 500 führenden privaten Unternehmen um das fast Achtfache (A). Insgesamt zeigt sich also, daß die Staatsunternehmen an der Schwelle der ersten Privatisierungsmaßnahmen Ende der 80er Jahre (vgl. Punkt 3.6.3) gewinnträchtig waren und die materielle Ressourcenbasis der Regimekoalition in hohem Maße stärkten. Zu den gleichen Ergebnissen kommen im übrigen Nunkamp (1980) und Asche (1974), die vor allem die 70er Jahre untersuchten, sowie Wei Tuan (1990) für die erste Hälfte der 80er Jahre.<sup>58</sup>

Berücksichtigt man jetzt noch die Tatsache, daß sich unter den 500 von Ch'en Shih-meng et al. (Tab. 3-10) einbezogenen Privatunternehmen wahrscheinlich zahlreiche vom Staat (oder von der Regierungspartei) kontrollierte Betriebe befinden, die Phalanx der VACRS-Firmen nicht erfaßt ist und auch die öffentlichen Unternehmen des Finanzsektors miteinbezogen werden müßten, nehmen die sich hier für 1987/88 auf umgerechnet rund 10,5 Mrd. DM belaufenden und aus staatsunternehmerischer Tätigkeit abgeschöpften Profite geradezu bescheiden aus. Schon dies beliefe sich aber auf knapp fünf Prozent des BSP von 1988 (zu Marktpreisen)!

**Tabelle 3-9: Gesamtrenditen der 100 größten Privatunternehmen des Dienstleistungssektors und der Staatsunternehmen unter der Zentralregierung (in Mio. NT und Prozent)**

	1982				1986			
	Privat	Reve- nuen(1)	Anzahl	Staatlich	Privat	Reve- nuen(3)	An- zahl	Staatlich
Finanz- sektor	48	298,121	18	209,883	26	331,904	13	230,301
Verkehrs- u. Transport- sektor	12	96,310	7	68,822	15	154,046	7	93,607
Handels- sektor	33	80,427	2	14,643	48	130,794	0	0
Andere	7	11,927	1	4,709	11	175,027	5	161,780
Total	100	784,906	28	507,940	100	689,771	25	485,688
				2/1			4/3	
				Reve- nuen(2)			Reve- nuen(4)	
				%			%	
				70,4			69,4	
				71,5			60,8	
				18,2			0	
				39,5			5	
				64,7			25	
				64,7			25	

Quelle: Wei Tuan 1990: 65.

Die beachtliche Profitabilität vieler taiwanesischer Staatsbetriebe hängt wesentlich mit ihrer Monopolstellung in wichtigen Wirtschaftssektoren zusammen (vgl. Punkt 3.6.2) und ist deshalb nur eingeschränkt auf nachhaltige Wettbewerbkapitalistische Erfolge zurückzuführen. Dabei übernehmen z.B. die in der Grundstoff- und Schwerindustrie dominierenden Staatsunternehmen strategische Zulie-



**Tabelle 3-10: Vergleich der Revenue- und Profitlage der wichtigsten 60 Staatsbetriebe und 500 größten Privatfirmen (1987-1988)**

	Gesamtkapital		Gesamtneuen Nettoprofite		Profitrate		Kapitalrentabilität	
	(A)	(B)	(C)	(C/B)	(C/B)	(B/A)	(B/A)	
Staatsbetriebe (60 <sup>a</sup> )	8056,6 Mrd.NT	990,9 Mrd.NT	169,7 Mrd.NT	0,17	0,17	0,12		
Privatbetriebe (500)	1043,6 Mrd.NT	1260,5 Mrd.NT	111,0 Mrd.NT	0,09	0,09	1,20		
E/F	7,7	0,78	1,53	1,80	1,80	0,10		

a) 26 nationale und 34 provinzielle öffentliche Unternehmen. Nicht erfaßt sind die 40 öffentlichen Unternehmen des Finanzsektors, da es hier lediglich um einen Vergleich mit den produzierenden Staatsbetrieben geht.

Quelle: Ch'en Shih-meng 1991: 113.

fererfunktionen, auf die die taiwanesischen Privatunternehmen angewiesen sind. Allerdings ist auch zu unterstreichen, daß die KMT-Regierung in vielen Bereichen die notwendigen Kapitalinvestitionen vorgenommen hat, um die Technologie in den Staatsbetrieben auf internationalem Standard zu halten. Es handelt sich daher heute auch nicht primär um technologische Rückstände und damit verbundene Wettbewerbsnachteile, die in einigen Staatsbetrieben zu teilweise hohen Verlusten führen. Vielmehr sind es die ökonomisch sinnlosen, politisch aber notwendigen hohen Personalkosten, die die Profite schmälern und manchmal sogar die Gesamteinnahmen übersteigen (wie z.B. im Falle der Taipei Railway Administration).

Auf der anderen Seite gehörten solche "Riesen" wie Taiwan Sugar, China Petroleum, China Steel und Taiwan Power in den letzten Jahrzehnten stets zu den "Zugpferden" des öffentlichen Sektors. Gleiches gilt für die unter dem Verkehrsministerium angesiedelten Generaldirektorien für Post und Telekommunikation<sup>59</sup>. Es verwundert daher nicht, daß es vor allem diese Monopolbetriebe waren, die ins Zentrum der Privatisierungsdebatte der späten 80er und frühen 90er Jahre rückten (vgl. Punkt 3.6.3).

### 3.3.3 Die KMT-Parteiu Unternehmen

Neben den Staatsbetrieben kontrolliert das KMT-Regime noch eine Fülle privater Parteiu Unternehmen. Ihre exakte Anzahl läßt sich kaum feststellen, da es bisher kein Gesetz gibt, das die Regierungspartei zur Offenlegung ihrer Firmenbeiträgen zwingen würde. Überhaupt ist dieser Komplex erst seit wenigen

Jahren Gegenstand journalistischer und oppositioneller Nachforschungen. Bekannt ist aber, daß die Finanzabteilung der KMT (*ts'ai-wu wei-yüan-hui*) mindestens zwölf 100prozentige Parteiu Unternehmen kontrolliert, die vornehmlich in der Bauwirtschaft, im Versicherungsgewerbe sowie im Kredit- und Anlagegeschäft engagiert sind (vgl. Chu Yün-han 1989: 159). Eine Schlüsselrolle spielen dabei zwei große, der Finanzabteilung unterstehende Investitionsgesellschaften: Chung-yang und Kuang-hua. Sie halten verschiedene Aktienbeteiligungen an mittlerweile über 100 taiwanesischen Privatunternehmen<sup>60</sup> in allen Wirtschaftssektoren, wobei nicht wenige eine monopolistische Marktstellung besitzen<sup>61</sup>.

Außerdem unterstehen der Kulturabteilung der KMT (*kung-wei-hui*) weitere acht Unternehmen in völligem Eigenbesitz, darunter der Fernsehsender China Television Corporation<sup>62</sup>, der Radiosender China Broadcasting Corporation, eine Filmgesellschaft, drei Zeitungen, eine Nachrichtenagentur und ein Verlagshaus. Ferner betreibt das China Youth Corps, die Jugendorganisation der KMT, landesweit einige Jugendherbergen und Hotels, die touristisch zentral gelegen sind und sehr profitabel arbeiten.<sup>63</sup>

Besonderen Wert legt die KMT bis heute auf eine enge Wirtschaftskooperation mit den Staatsunternehmen, so etwa in den Bereichen Petrochemie, Stahlherzeugung, Bauwirtschaft und Telekommunikation. Chu Yün-han (1989: 150) verweist darauf, daß die Vernetzung der Staats- mit den von der KMT kontrollierten Privatunternehmen seit den 70er Jahren eine strategische Politik des Regimes gewesen ist, wobei insbesondere in zukunftssträchtige Sektoren und Technologien investiert wurde. Jeder "Modernisierungssprung" füllte somit auch die Parteikasernen. Bei Fehlschlägen konnten die Verluste problemlos auf die Staatsbetriebe abgewälzt werden, die letztlich aus Steuergeldern finanziert wurden.

Ferner sind vor allem die profitablen Finanzdienstleistungen, also Broker-, Kredit- und Investmentfirmen, in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt der KMT-Aktivitäten geworden. Sie erwirtschaften heute die größten Profite für die Regierungspartei (vgl. unten). Schließlich hat diese sich erfolgreich in die privaten Konzerne Taiwans eingekauft und damit ihren Einfluß auf die taiwanesischen Großunternehmer zumindest partiell gewährt (vgl. hierzu Punkt 3.6.4). Auch sonst hält die KMT "die Augen offen". Als 1989 ein neues Gesetz die Privatisierung des Bankensystems einleitete, wurde sie, zusammen mit verschiedenen anderen Unternehmern, sofort Teilhaber einer neuen Privatbank. Gleiches ist im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Versicherungswirtschaft in Vorbereitung.<sup>64</sup>

Einer Untersuchung des *Wealth Magazines*<sup>65</sup> (vgl. Tab. 3-11) zufolge konzentrierte die KMT 1990 in ihren 36 wichtigsten Parteiu Unternehmen ein Aktienkapital in Höhe von 12,72 Mrd. NT (ca. 795 Mio. DM). An den gesamten Netto-Profiten von 13,73 Mrd. NT (ca. 858 Mio DM) war sie mit knapp 3,1 Mrd. NT, also rund

193 Mio. DM beteiligt.<sup>66</sup> Die "Top Ten" dieser Unternehmen - darunter fünf Kredit-, Investment- und Versicherungsgesellschaften - vereinigten allein rund 2,75 Mrd. NT (ca. 172 Mio. DM) auf sich.<sup>67</sup> Dabei zeigte sich, daß die KMT offenkundig sehr professionell investierte. Die Firmen, an denen sie beteiligt war, erwirtschafteten höhere Profite als die vier größten Unternehmenskonglomerate Taiwans!

Noch interessanter ist jedoch der Anteil der Regierungspartei an den gesamten Kapitalvermögen der untersuchten Unternehmen, der auch die nicht börsengängigen Anteile berücksichtigt. Er beläuft sich nach der zitierten Studie auf eine Summe von umgerechnet rund 3,7 Mrd. DM. Anderen Angaben zufolge liegt das Privatvermögen der KMT jedoch um ein Vielfaches höher, nämlich bei ca. 100 Mrd. NT (ca. 6,25 Mrd. DM).<sup>68</sup>

Sogar die eigene Chinapolitik scheint die KMT mit ihrem Unternehmenswertum zunehmend zu unterlaufen. Werden die taiwanesischen Privatunternehmer meistens davor gewarnt, aus Gründen der politischen Erpreßbarkeit bei Investitionen auf dem chinesischen Festland Zurückhaltung zu üben, scheint sich die Regierungspartei gerade hier mittlerweile stark zu engagieren. Einige zusammen

**Tabelle 3-11: Kredite und Kapitalvermögen der 36 wichtigsten KMT-Unternehmen 1990 in NT (in Klammern: DM)**

	Aktienkapital insgesamt	KMT-Anteil	Profite (n. Steuerabzug)	KMT-Anteil	Kapitalvermögen insgesamt	KMT-Anteil
36 Unternehmen mit KMT-Beteiligung	56,36 Mrd. (3,5 Mrd.)	12,72 Mrd. (795 Mio.)	13,73 Mrd. (858 Mio.)	3,1 Mrd. (193 Mio.)	238,2 Mrd. (14,9 Mrd.)	59,5 Mrd. (3,7 Mrd.)
4 Privatkonzern <sup>a</sup>	49,92 Mrd. (3,1 Mrd.)	—	12,96 Mrd. (810 Mio.)	—	—	—

a) Formosa Plastics, Nan Ya Plastics, Formosa Chemicals & Fibers, Formosa Taifeta.

Quelle: *Ts'ai-Hsin*, Nr. 117, Dezember 1991, S. 110.

mit ausländischen Firmen abgeschlossene Kooperationsverträge sind bereits bekannt geworden<sup>69</sup>. Über das tatsächliche Engagement der KMT-Parteiunternehmen in der VR China und entsprechende Größenordnungen des Investitionsvolumens kann bisher aber nur spekuliert werden. Zudem macht die Regierungspartei auch mit dem Ausland seit Jahren gute Geschäfte; eine Reihe ihrer Unternehmen gründeten taiwanesisches "joint ventures" zusammen mit Partnern aus den USA, Japan, Singapur und anderen Staaten, wobei diese vor allem in die gewinnträchtigen Investment- und Trustfirmen investieren<sup>70</sup>.

Ähnlich den Staatsbetrieben dienten die Parteiunternehmen stets als ehrenhaftes und gut dotiertes "Abstellgleis" für wohlverdienende Parteisoldaten und Abgeordnete sowie als "Motivationsschub" für amtierende Funktionäre, Parlamentarier und andere "verdiente" Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens<sup>71</sup>. Nach dem Willen der politischen Opposition und Teilen der jüngeren KMT-Abgeordneten soll jedoch mit dieser Praxis in Zukunft ebenso aufgeräumt werden wie mit den KMT-Parteiunternehmen überhaupt. Derzeit wird im Legislativ Yuan über eine Gesetzesvorlage beraten, derzufolge es politischen Parteien zukünftig verboten sein soll, profitorientierte Unternehmen zu führen<sup>72</sup>. Sicherlich wird ein solches Gesetz noch geraume Zeit auf seine Verabschiedung warten lassen - welches Regime trennt sich schon gern von seinem Wirtschaftsimperium? Aber die KMT sieht sich heute wie noch nie zuvor unter Rechtfertigungszwang. Mit der Gründung einer neuen "Kontrollkommission für die Parteiunternehmen" (*tang-ying shih-yeh kuan-ti wei-yuan-hui*) unter der Leitung von Liu T'ai-ying im Frühjahr 1993 wurde ein erster Schritt getan, für mehr Transparenz in den privatwirtschaftlichen Aktivitäten der Partei zu sorgen. Einstweilen steht unter Berücksichtigung aller vom Regime kontrollierten Unternehmen des privaten und öffentlichen Sektors jedoch die ebenso provokative wie zynische Aussage im Raum, daß "...Taiwan, welches für seinen Antikommunismus berühmt geworden ist - so muß befürchtet werden", unter den nicht-kommunistischen Staaten wohl der am meisten kommunistische ist (Chen Shih-meng et al. 1991: 95)."

### 3.3.4 Ergebnisse

Die Kontrolle über zahlreiche Staatsbetriebe, Parteiunternehmen sowie "halböffentliche Privatunternehmen" und ihre engmaschige Verflechtung haben auf Taiwan in der autoritären Ära zu einer Kartellisierung der Wirtschaft zugunsten des KMT-Regimes geführt. Der Versuch einer vollständigen Darstellung dieser überaus komplexen Firmen- und Personennetze würde den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen. Allerdings steht die journalistische und wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Komplexes auch erst in ihren Anfängen, da es sich hierbei vor 1986 um ein politisches Tabu-Thema handelte.

Seit der Einleitung der Transitionsphase ist nunmehr zu beobachten, daß das Regime seine Aktivitäten noch stärker auf den Privatsektor verlagert. Dies muß damit begründet werden, daß die politisch aufsteigende taiwanesisches Unternehmerschaft immer stärker auf eine Abschaffung der Staatsmonopole drängt (vgl. im einzelnen Punkt 3.6.3). Als Bestätigung dieser These müssen erste Entscheidungen zu einer Entflechtung und Privatisierung der Staatsunternehmen Ende der 80er Jahre gedeutet werden. Allerdings darf man diese Politik nicht überbewerten. Tatsächlich gelingt es der KMT aufgrund einer noch immer unzureichenden Kartellgesetzgebung, sich auf unterschiedliche Weise recht üppiger Teile des Aktienkapitals dieser privatisierten Betriebe zu bemächtigen. So wird auch in Zukunft manches Staatsunternehmen wieder "in den Schoß" der Regierungspartei zurückkehren - zumindest anteilig.

Das Wirtschaftsimperium der KMT ist eindrucksvoll und veranlaßt nicht wenige Kritiker auf der Insel zu der ironischen Aussage, Taiwans kapitalistische Wirtschaft werde stärker vom Staat beherrscht als die sozialistische Ökonomie der VR China. Auch wenn dies eine unzulässige Übertreibung ist, so steht nach sieben Jahren Demokratisierung und Wirtschaftsliberalisierung auf Taiwan fest: Das KMT-Regime hat seine Ressourcenbasis aus der autoritären Ära bisher nahezu ohne Einschränkungen bewahren, wenn nicht gar ausbauen können. Die Staats- und Parteikassen werden aus vielerlei Quellen gespeist, von denen die Öffentlichkeit noch lange kein geschlossenes Bild besitzt. Noch immer ist das Regime dazu in der Lage, von den Staats- in die Parteikassen umzuschichten (und umgekehrt), wengleich sich die oppositionelle Kontrolle hier bereits sehr effektiv verstärkt hat und zumindest diese Praxis ihrem Ende entgegenzieht.

Noch ein anderer Punkt sollte nach dem bisher Gesagten bereits ansatzweise deutlich geworden sein: Die umfangreichen privatwirtschaftlichen Verbindungen zwischen einzelnen Organen des Staates, der Partei, des Militärs und vielen taiwanesischen Unternehmern verweisen auf ein extrem engeknüpftes Netz der in der Regimekoalition vertretenen strategischen Gruppen zum Zwecke der systematischen Erweiterung ihrer Einnahmequellen. Prinzipiell weicht Taiwan hier nicht von den Verhältnissen in den meisten autoritären oder semi-autoritären Staaten Asiens (Burma, Indonesien, VR China) ab. Was jedoch einen entscheidenden Unterschied ausmachen könnte, ist die Tatsache, daß trotz der Einleitung einer breiten Demokratisierung sich an diesen Verhältnissen so schnell nichts ändern dürfte. Denn erstens hat sich das Regime nie ausschließlich auf den Staatssektor kapriziert und immer ein Standbein in der prosperierenden Privatwirtschaft gehabt. Zweitens werden vor allem die zivile Parteilite und die Planungstechnokratie alles daran setzen, ihre Kontrollgewalt über die Partei- und Staatsunternehmen und die hier verfügbaren Ressourcen zu erhalten. Und drittens handelt es sich bei den die Demokratisierung auf seiten der Regimekoalition befördernden Kräften ja gerade um jene strategischen Gruppen, die sich an einer fortgesetzten privatwirtschaftlichen "Nutzbarmachung des Staates" am meisten interessiert zeigen - nämlich moderne Professionals und Unternehmer. Darauf wird in den folgenden Kapiteln noch genauer einzugehen sein.

### 3.4 Erfüllungsgehilfe oder autonomer Machtfaktor? - Zur Rolle der Regierungsbürokratie im politisch-ökonomischen System Taiwans

#### 3.4.1 Historische Vorbemerkungen

Die Staats- oder Regierungsbürokratie gilt in der entwicklungstheoretischen Literatur (und -politischen Diskussion) seit jeher als analytische Größe mit politischem Subjektcharakter. Zahlreiche synonyme Begriffe werden heute, je nach theoretischer Blickrichtung, darunter zusammengefaßt: die *Technokraten* (auch: die *Wirtschaftsbürokratie*), die (hohen, mittleren oder kleinen) *Staatsbeamten*, die *Bürokraten*, die *Verwaltung* etc. Die Regierungsbürokratie - bzw. ihre Beamten-schaft - gehört aufgrund ihrer Schlüsselstellung bei der Umsetzung staatlicher Politikdirektiven zu den entscheidenden strategischen Gruppen eines Regimes. Sollte sie sich diesem Regime verweigern und es systematisch sabotieren, bilden die Staatsbeamten gleichsam eine wichtige konfliktfähige Gruppe, deren Kooperation jeder politischen Opposition ein vorrangiges Ziel sein müßte.

Tablelle 3-12: Anteil von "Festländern" und Taiwanesen im Staatsdienst (ohne Staatsunternehmen) 1950

	Festländer	Taiwanesen
Oberste Beamtenstufe	261 (82,6%)	55 (17,4%)
Zweite Beamtenstufe	2 338 (75,0%)	780 (25,0%)
Dritte Beamtenstufe	9 159 (37,2%)	15 476 (62,8%)
Provinzregierung	27 982 (34,5%)	53 024 (65,5%)
Lehrpersonal	6 201 (28,0%)	15 929 (72,0%)

Anmerkung: Anfang der 50er Jahre lebten auf Taiwan rund acht Mio. Menschen. Geht man von ca. 1,5 Mio. festlandchinesischen Flüchtlingen aus, so betrug deren Anteil an der Gesamtbevölkerung damals rund 18,75 Prozent. Das Verhältnis von "Festländern" zu Taiwanesen liegt bis heute bei etwa 85:15 Prozent.  
Quelle: Riggs 1972: 49.

Die taiwanische Regierungsbürokratie hat ohne Zweifel eine entscheidende Rolle im Modernisierungsprozeß der Insel gespielt. Vor allem ihre technokratische Führungselite - die *Planungstechnokraten* - wurde zum Träger und Garanten einer überaus erfolgreichen Wirtschaftspolitik (vgl. Gold 1986; Liu 1985, 1987; Ho 1987). Die Planungstechnokratie besaß in der autoritären Ära Taiwans ein hohes Maß an Entscheidungsautonomie. Diese übte sie erst in den 80er Jahren - im Zuge veränderter außen- und innenpolitischer Rahmenbedingungen - teilweise ein. In der autoritären Ära fest auf der Seite des KMT-Regimes standen auch die *Staatsbeamten der mittleren und unteren Verwaltungsebenen*. Ihren Kern bildeten die festlandchinesischen Flüchtlinge - darunter viele ehemalige Solda-

ten-, welche nach 1949 den staatlichen Verwaltungsapparat besetzten. Dieser wurde ihnen vom Regime als "exklusive" Ressourcenbasis zugewiesen (vgl. Appleton 1970: 42; Clough 1978: 39; Asche 1984: 70), was die Beamtenschaft mit unverbrüchlicher politischer Loyalität zur KMT beantwortete (Schubert 1989). Zwar fanden notwendigerweise auch viele einheimische Taiwanesen Zugang zur Regierungsbürokratie. Die wenigen zur Verfügung stehenden Quellen zeigen jedoch, daß dies vornehmlich auf den unteren Ebenen geschah (Tab. 3-12, 3-13) und ungeachtet dessen der prozentuale Anteil der "Festländer" - gemessen an ihrer absoluten Bevölkerungsstärke - immer überproportional hoch blieb.

Aus verständlichen politischen Gründen hat die KMT-Regierung heute kein Interesse daran, das "ethnische Verhältnis" in der Regierungsbürokratie statisch zu erfassen. Obwohl deshalb für die jüngere Vergangenheit keine gesicherten quantitativen Aussagen gemacht werden können, gilt in Taiwan dennoch als sicher, daß der Beamtenapparat bis heute die Bastion der Festlandchinesen und ihrer Nachkommen ist. Insofern kann sich das Regime stets auf die politische Unterstützung eines stabilen Teils der Beamtenschaft verlassen. Dies gilt jedoch nicht allein für die "Festländer", sondern umfaßt auch die Mehrheit der Taiwanesen.

Als konfliktbereite und regimekritische Gruppe ist die taiwanesischen Regierungsbürokratie (bzw. Segmente von ihr) bisher noch nie in Erscheinung getreten. Damit ist jedoch noch nichts über ihre derzeitige Machtposition in der herr-

**Tabelle 3-13: Regierungsangestellte und Lehrer auf Provinz-, Kreis- und Gemeindeebene - taiwanesischer Anteil**

Jahr	Gesamtzahl	Anteil in %
1946	42 467	77
1950	49 798	74
1954	72 405	62
1958	86 260	63
1962	108 041	61
1966	124 193	63
1970	126 566 <sup>a</sup>	66
1973	151 851 <sup>b</sup>	68

a) ohne 4.666 Beamte aus Taipei-Stadt  
 b) ohne 5.397 Beamte aus Taipei-Stadt  
 Quelle: Gates 1981: 257.

schen Regimekoalition ausgesagt. Dies soll in den folgenden Abschnitten jeweils getrennt für die Planungstechnokratie und die mittlere bzw. untere Beamtenschaft - genauer untersucht werden. Welche Rolle spielten diese beiden strategischen Gruppen in der autoritären Vergangenheit Taiwans, welche in seiner demokratischen Gegenwart? Wie hat die Transitionsphase die Machtressour-

cen und das politische Bewußtsein der Regierungsbürokratie beeinflusst, und welche Folgen könnte dies für die demokratische Konsolidierung haben?

**3.4.2 Die Planungstechnokraten**

Die Literatur zur taiwanesischen Wirtschaftsentwicklung hat trotz ihrer vorwiegend makroskopischen Betrachtungsweise stets auf die große Bedeutung der *Free Enterprise Developmentalists* (Gold 1986), *Economic Planners* (Liu 1987), *Economic Bureaucracy* (Ho 1987; Wade 1990), *technocratically trained public servants* (Evans/Pang 1989) oder *Technokraten* (*chi-shu kuan-tiao*; Peng Huai-en 1991) hingewiesen. Ungeachtet der verschiedenen Bezeichnungen wird damit der Blick auf eine spezielle Gruppe von Funktionsträgern innerhalb des zentralen Regierungs- und Verwaltungsapparates gerichtet, dem vor allem die Planung, Implementierung und Kontrolle der KMT-Wirtschaftspolitik obliegt. Sie wird im folgenden als *Planungstechnokratie* bezeichnet.

Es gehört nach Meinung der meisten Experten zu den unbestreitbarsten Leistungen Chiang Kai-sheks und seines Sohnes Chiang Ching-kuo - die ansonsten historisch überaus umstrittene Persönlichkeiten sind -, den Planungstechnokraten in der Partei nach 1949 den Rücken für ihre Modernisierungspolitik freizuhalten zu haben. Ihrer Autorität war es demnach zu verdanken, daß das KMT-Regime nicht schon in einem sehr frühen Stadium seiner Entwicklung wieder Züge eines parasitären Rentierstaates annahm, sondern sich in eine andere Richtung entwickelte. Denn anders als auf dem chinesischen Festland gelang es den Technokraten nunmehr, sich vor dem Einfluß des Militärs und der alten Partielite abzuschirmen. Eine wichtige Rolle spielten in diesem Kontext auch die USA, die ihre umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe an klare Bedingungen knüpften und von Chiang Kai-shek verlangten, der Planungstechnokratie uneingeschränkte wirtschaftspolitische Kompetenzen zu übertragen. Tatsächlich traten die Militärs und die alten Funktionäre ins zweite Glied zurück - womit auch die Korruption, welche das Regime auf dem chinesischen Festland in den ökonomischen und politischen Ruin getrieben hatte, aus der zentralen Verwaltung weitgehend verschwand.<sup>73</sup>

Es handelte sich in dem stark zentralisierten Verwaltungssystem Taiwans anfänglich um eine relativ kleine Gruppe von führenden Technokraten, die - unterstützt von amerikanischen Experten und Beratern - das Ruder in die Hand nahmen. Liu (1987: 48) verortete sie für die 50er und 60er Jahre im Taiwan Production Board, im Economic Stabilization Board, im Council for U.S. Aid, sowie im Council for International Economic Cooperation and Development (CIECD)<sup>74</sup> und bezifferte sie auf lediglich 44 Personen. Auch wenn man über die genaue Zahl der einflussreichsten Planungstechnokraten in der autoritären Ära streiten kann, sind die Auswertungen ihrer Biographien und der Vergleich mit der politischen Führungselite der KMT jedoch aussagekräftig (vgl. Tab. 3-14).

**Tabelle 3-14: Heimatprovinzen und Ausbildungshintergrund der führenden 44 Planungstechnokraten in den 50/60er Jahren sowie der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK der KMT 1952 und 1957 (in Prozent)**

Heimatprovinz	Planungstechnokraten		Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZEK	
	1952	1957	1952	1957
Kwantung	2,27	0	0	6,67
Chekiang	20,45	30,00	30,00	20,00
Kiangsu	34,09	20,00	20,00	13,30
Fukien	4,45	0	0	0
Schantung	6,81	0	0	0
Hupeï	6,81	0	0	0
Total Küstenprovinzen	74,88	50,00	50,00	39,97
Universitätsausbildung	97,72	70,00 <sup>a</sup>	70,00 <sup>a</sup>	66,67 <sup>a</sup>
USA	52,27	30,00	30,00	26,67
Westeuropa	9,09	20,00	20,00	13,30
Japan	0	0	0	6,67
UdSSR	0	10,00	10,00	6,67
Ingenieure	47,72		(Technokraten <sup>b</sup> )	
Sozialwissenschaftler	34,09		(11,54)	(6,98)
Militärausbildung	6,82			
Unbekannt	9,09			

- a) Die Mitglieder mit einer Ausbildung an einer Militärakademie bilden jeweils den Rest.
- b) Als Technokraten werden jene Funktionäre bezeichnet, die eine natur-, ingenieur- oder wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung durchliefen und eine längere Zeit ihrer Karriere in den staatlichen Bürokratien - vornehmlich der Wirtschaftsverwaltung - arbeiteten. Aus den dem Verfasser vorliegenden Biographien gehen die konkreten Studienabschlüsse der Mitglieder der Ständigen Ausschüsse allerdings nicht immer vollständig hervor. In Zusammenhang mit den anschließenden beruflichen Tätigkeiten läßt sich jedoch erkennen, daß in beiden Gremien (1952 und 1957) kein einziger "klassischer" Technokrat vertreten war, der ganz oder überwiegend in den staatlichen Bürokratien gearbeitet hätte. Die in Klammern angeführten Zahlen spiegeln die Verhältnisse somit nur tendenziell wider.

Quelle: Liu 1987: 49f; *China Yearbook*, verschiedene Jahrgänge.

Die große Mehrheit der ersten Planungstechnokraten stammte aus den chinesischen Küstenprovinzen, die westlichen Einflüssen stets am stärksten ausgesetzt waren. Sie besaßen nahezu alle eine universitäre Ausbildung, wurden hauptsächlich in den Vereinigten Staaten und Westeuropa ausgebildet und waren fast zur Hälfte Ingenieure. Der Unterschied zur alten Parteilite ist augenfällig. Diese stammte vornehmlich aus dem isolierteren Yangtze-Becken sowie den innerchinesischen Provinzen (Liu 1987: 49) und war zu einem großen Teil militärisch oder in einer Sozialwissenschaft ausgebildet.

Die Elektroingenieure Yin Chung-jung und Sun Yun-suan, der Chemiker Yen Chia-kan, der Nuklearpysiker Lee Kuo-ting und der Maschinenbauingenieur Yang Chi-tseng, aber auch die Ökonomen Wang Tso-jung, Yeh Wang-an und Yu Kwo-hua gelten auf Taiwan bis heute als allenthalben bewunderte Beispiele für jenen Typ des loyalen Professionals technokratischer Prägung, der das moderne Taiwan aufbaute,<sup>75</sup> die Legitimationsbasis des Regimes vergrößerte und deshalb Gruppe der autoritären Ära machte. Sie alle bekleideten verschiedene Positionen in der Wirtschaftsbürokratie, führten die Vorstände der Staatsbetriebe an und standen schließlich auch an der Spitze des Wirtschafts- und Finanzministeriums.<sup>76</sup> Allerdings besaßen sie nie eine solide Machtbasis in den Führungsgremien der KMT und blieben daher immer auf einflußreiche Fürsprecher - insbesondere den Präsidenten - angewiesen. Auch als sich ihre Wirtschaftspolitik aufgrund der unbestreitbaren Erfolge durchsetzte, waren die Planungstechnokraten nicht vor den Anfeindungen der alten Parteilite gefeit.<sup>77</sup>

Von besonderer Bedeutung für die relative Autonomie der Planungstechnokraten von den anderen strategischen Gruppen war ihre Kontrolle über die Staatsunternehmen, die für die frühe Modernisierungspolitik - wie bereits aufgezeigt (vgl. Punkt 3.3.2) - eine wichtige Initialfunktion hatten. Auf dieser Grundlage konstruierten sie ein Wirtschaftssystem, in dem die privatkapitalistische Initiative einerseits gefördert, andererseits jedoch der staatlichen Suprematie unterworfen wurde:

...state-owned enterprises as an independent power base provided the technocratic elite with the economic resources for building an array of satellite suppliers and subservient down-stream firms around the state enterprises sectors, thus constituting an army of economic constituencies in the pocket of planning technocrats (Chu 1992: 134).

So erarbeitete sich die Planungstechnokratie im Laufe der Jahrzehnte immer größere politische Freiräume, denn ihr Monopol auf den wirtschaftspolitischen Sachverstand gegenüber einer - insbesondere in den ersten Jahrzehnten - in ökonomischen Fragen eher unprofessionellen Parteiführung machte sie für die primär ökonomisch-induzierte Herrschaftslegitimation der KMT unentbehrlich. Durch die von ihnen ausgeübte Kontrolle über den gesamten privaten Sektor

wurden die Technokraten zudem zum wichtigsten Ansprechpartner einer jeden Investitionsinitiative des sich langsam entfaltenden taiwanesischen Privatkapitals. Sie übten deshalb auch eine wichtige Klammerfunktion zwischen der seit den 50er Jahren aufsteigenden neuen Unternehmensschaft und der KMT-Führung aus.

Trotz dieser strategischen Schlüsselstellung mit weitreichenden politischen Implikationen beschränkte sich die Planungstechnokratie stets auf die Rolle des "staatlichen Erfüllungsgehilfen" und konzentrierte sich allein auf den Aufbau der taiwanesischen Wirtschaft. Sie beherrschte die Wirtschafts- und Finanzverwaltung des Staates, spielte jedoch in den Spitzengremien der KMT keine entscheidende Rolle. Diese bildeten die Bastion des Militärs und der alten Parteifunktionsnäre, welche hier keinerlei Konkurrenz durch die hohen Staatsbeamten duldeten. Technokratische Politik jener Art, wie sie die moderne Technokratie-Debatte (Koch/Senghaas 1970; Lenk 1973; Offe 1975; Fischer 1990) beschrieben hat und wie sie in Singapur (Vennwald 1993) - und teilweise auch in Japan (Hartmann 1992) - konkrete Formen annahm, konnte sich auf Taiwan zu keinem Zeitpunkt durchsetzen. Die Machtbasis der Planungstechnokraten in der Regimekoalition war dazu nie stark genug. Allerdings arbeiteten die Spitzenbeamten früher in einem überschaubaren Rahmen zusammen, konnten ihre Politik somit relativ gut aufeinander abstimmen und dann auch offensiv vertreten. Die Planungstechnokratie sprach in der autoritären Ära mit einer Stimme, was ihr relatives politisches Gewicht erheblich aufwertete und die oben beschriebenen Defizite bis zu einem gewissen Grad kompensierte.

Veränderte internationale Rahmenbedingungen und der wachsende Druck gesellschaftlicher Interessen (z.B. der informelle Einfluß von Unternehmern und Politikern, unabhängigen Arbeiterorganisationen und neuen sozialen Protestbewegungen) machen es für die Planungstechnokraten heute allerdings zunehmend schwerer, den Kurs der taiwanesischen Wirtschaft wie früher zu bestimmen (vgl. hierzu im einzelnen Punkt 3.6.2 und 4.4). Vorbei ist die Zeit, in der sie von jeder lobbyistischen Einflußnahme nahezu unberührt handeln und entscheiden konnten. Zudem hat sich der institutionelle Boden der Planungstechnokratie - und damit auch die Zahl ihrer Mitglieder - erheblich vergrößert. Konnte die staatl. Wirtschaftspolitik in den ersten Jahrzehnten noch von einer "Handvoll" einflußreicher Ingenieure und Ökonomen an der Spitze der Regierung formuliert und implementiert werden,<sup>78</sup> so gibt es eine solcherart dominierende, exklusive Gruppe von Planungstechnokraten heute nicht mehr. Eher scheint es, als sei durch die Aufspaltung der Kompetenzen und die Horizontalisierung der Entscheidungsstrukturen innerhalb der mit der Wirtschaftspolitik befaßten Institutionen die politische Durchsetzungsfähigkeit der Planungstechnokratie im herrschenden Bündnis geschwächt worden. Zähe Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Kommissionen und Ministerien gehören jedenfalls auch auf Taiwan mittlerweile zum politischen Tagesgeschäft und fraktionieren die Planungstech-

нократie in Sachfragen (vgl. u.a. Ho 1988; Wade 1990). Weil aber außerdem an der Parteispitze ein offener Machtkampf um die politische Führung tobte, fehlt ihr ferner der frühere "Rückhalt von oben" für ihre Programme.

Deshalb steht für die Zukunft zu erwarten, daß sich Taiwans Planungstechnokratie stärker direkt in den politischen Diskurs einmischen und in die entsprechenden Institutionen drängen wird, um ihre Ziele durchzusetzen.<sup>79</sup> Einstweilen ist bei der Qualifizierung ihres gegenwärtigen Einflusses der Blick allerdings noch immer primär auf die "strategischen Institutionen" der Wirtschaftsbürokratie zu lenken:

The ministries and commissions responsible for economic policy-making are within the Executive Yuan. There are approximately two dozen major ministries, councils, and commissions within the executive branch, of which the most important for industrial and trade policy are the cabinet, the *Council for Economic Planning and Development*, and the *Industrial Development Bureau* of the Ministry of Economic Affairs... Three agencies together perform functions of an "economic general staff". They are the *Council for Economic Planning and Development*<sup>80</sup>, the *Industrial Development Bureau*<sup>81</sup>, and for agriculture, the *Council for Agricultural Planning and Development* (Wade 1990:196).

Aber auch die weitgehend autonome Zentralbank (*chung-yang yin-hang*), das Directorate-General of Budget, Accounting & Statistics<sup>82</sup> (kurz: *chu-chi-ch'u*), Board of Foreign Trade<sup>83</sup> (kurz: *wai-mao-hui*) des Wirtschaftsministeriums sowie das Finanzministerium (*s'ai-cheng-p'u*) gelten als Schaltstellen der Planungstechnokratie Taiwans. Hier entfaltet sich ihre größte Macht. Dies zeigt sich z.B. immer wieder bei den bilateralen Verhandlungen mit den USA über Maßnahmen zur fortgesetzten Importliberalisierung. Obwohl die politische Führung des Landes seit den frühen 80er Jahren unter Druck steht, den taiwanesischen Markt für amerikanische Exportprodukte stärker zu öffnen, macht die Technokratie in der Wirtschaftsverwaltung aus ihrer tendenziell protektionistischen Haltung keinen Hehl. Aus diesem Grunde verzögert sich die Umsetzung beschlossener Maßnahmen mitunter beträchtlich und läßt die USA - offen oder hinter vorgehaltener Hand - ständig mit Handelssanktionen drohen. Der Planungstechnokratie deshalb aber grundsätzlich eine Veto-Gewalt innerhalb der Regimekoalition zuzuweisen, entspräche, wie ausgeführt, nicht den gegebenen Verhältnissen. Sie steht prinzipiell loyal zur KMT-Führung. Dies wird auch dadurch belegt, daß in bezug auf die US-amerikanischen Forderungen den Weisungen aus dem Parteihauptquartier am Ende immer Folge geleistet wurde.

### 3.4.3 Die mittlere und untere Beamtenschaft

Die mittlere und untere Beamtenschaft war aufgrund der historischen Ausgangsbedingungen in der autoritären Ära (vgl. Punkt 2.1) eine besonders wichtige

Untersützergruppe für das KMT-Regime. Hier fanden all jene Festlandchinesen ein Auskommen, die nach ihrer Flucht vor den Armeen Mao Tse-tungs und ohne soziale Bindungen auf Taiwan akut von ökonomischer Marginalisierung bedroht waren. Es bestand daher auch die Gefahr, daß sie in den kommunistischen Widerstand abdriften würden, der zu diesem frühen Zeitpunkt noch eine reelle Gefahr für die KMT darstellte. Mit der Öffnung des staatlichen Verwaltungsapparates für die Flüchtlinge wurde diese Gefahr erfolgreich gebannt.

In allen Entwicklungsländern spielen die Beamten bei der Ressourcenallokation und administrativen Steuerung eine wichtige Rolle. Ihre diesbezügliche Effizienz entscheidet über den Erfolg oder das Scheitern einer jeden staatlichen Modernisierungspolitik. In Taiwan war diese Effizienz stets gegeben. Im Vergleich zu vielen anderen Staaten Lateinamerikas, Afrikas und auch Asiens ist Korruption in der taiwanesischen Bürokratie prinzipiell bis heute weder ein gesellschaftlich perzipiertes Problem noch ökonomisch wirklich bedeutsam. Dafür können verschiedene Gründe angeführt werden. Sicherlich eine untergeordnete Rolle spielt die These, das konfuzianische Ethos des unbestechlichen, tugendhaften Beamten sei nach zweitausend Jahren chinesischer Verwaltungstradition auf Taiwan fest verankert und schiebe damit jeder korrupten Neigung einen Riegel vor. Schon allein der Blick über die Taiwan-Straße in die VR China läßt an der heutigen Relevanz dieser Ethik ganz grundsätzlich zweifeln. Jedenfalls lassen sich kommunistischer Kader-Alltag und konfuzianische Vergangenheit offenkundig nicht miteinander vereinbaren. Zwar sollte man dabei auch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wo Beamtengehälter kaum das Existenzminimum sicherstellen, wird die Korruption geradezu zur ökonomischen Notwendigkeit. Außerdem kann ein gerade auf den untergeordneten Verwaltungsebenen oft willkürliches, bürokratisch-zentralistisches Staatssystem mit unzulässigen Machtanhäufungen in den Händen weniger Beamtenkader jedes ehrwürdige kulturelle Legat ausradieren. Dies genau zeigt, daß bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor die politische Kultur überhaupt zum Tragen kommen kann.

In diesem Zusammenhang zeigt sich, daß die hohe Verwaltungseffizienz der taiwanesischen Beamtenschaft - und damit verbunden auch die Tatsache, daß sie den Regierungsdirektiven niemals entgegenarbeitete - im wesentlichen mit ihren materiellen Bedingungen zu begründen ist. Neben einem sicheren Arbeitsplatz erhalten Staatsbeamte eine Rente, profitieren von verschiedenen staatlichen Versicherungsprogrammen<sup>84</sup> und verdienen - zumindest auf den hier relevanten mittleren und unteren Ebenen - im Durchschnitt mehr als die in der freien Wirtschaft Beschäftigten mit in etwa gleicher Qualifikation. Liu/Liu (1988) haben in einer repräsentativen Untersuchung festgestellt, daß Beamte mit qualifizierter Ausbildung ("public sector officials") im Durchschnitt 16 Prozent, in leitender Position ("public sector managers") sogar 19 Prozent mehr an Einkommen erzielen als die mit vergleichbarer Ausbildung in der freien Wirtschaft Beschäftigten.<sup>85</sup>

Tabelle 3-15: Anteil der durchschnittlichen jährlichen Personalkosten an den Gesamteinnahmen der 27 nationalen Staatsbetriebe 1973-1991

Jahr	Gesamteinnahmen in NT 1000	Personal	Kosten in NT	Anteil Personalkosten/ Einnahmen in %
1973	58 018 639	99 446	5 668 997	9,77
1974	90 191 944	100 041	7 978 290	8,85
1975	138 137 615	114 690	14 343 321	10,38
1976	157 381 227	118 927	15 894 919	10,10
1977	192 667 984	124 331	18 521 569	9,61
1978	228 671 755	134 069	22 741 966	9,95
1979	301 014 663	140 580	28 627 519	9,51
1980	420 938 209	149 475	34 123 697	8,11
1981	560 740 394	157 825	46 298 663	8,26
1982	634 187 592	161 124	59 900 116	9,45
1983	655 082 351	161 127	58 921 215	8,99
1984	689 401 678	160 504	59 165 603	8,58
1985	708 728 145	160 160	64 154 219	9,05
<hr/>				
1986	718 974 650	159 659	69 266 629	9,63
1987	725 567 300	156 948	68 221 731	9,40
1988	803 007 821	157 667	77 291 585	9,62
1989	875 001 235	159 914	99 429 692	11,36
1990	976 717 242	166 790	119 512 513	12,24
1991	1 072 180 000	170 161	119 835 000	11,18

Quelle: *Yearbook of Financial Statistics*, entsprechende Jahrgänge; tendenziell identische Angaben finden sich in *Ts'ui-hsin*, Nr. 120, März 1992, S. 108 ff.

In den letzten Jahren scheint der von der Regierung für die Loyalität der Beamten zu zahlende Preis allerdings gestiegen zu sein. Dies zeigt sich insbesondere in den stark zunehmenden Lohnkosten der Staatsbetriebe, deren Profitmargen sich zum Kummer der Planungstechnokratie dadurch erheblich reduzieren.<sup>86</sup> Auffällig ist hierbei, daß der Anteil der Personalkosten an den Einnahmen der nationalen Staatsunternehmen erst seit 1987 konstant ansteigt und 1989 das erste Mal überhaupt die 10-Prozent-Grenze passierte (vgl. Tab 3-15). Es könnte deshalb durchaus vermutet werden, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Reformprozeß und dem ungewöhnlichen Anstieg der durchschnittlichen Personalkosten in den Staatsunternehmen gibt. Demnach läßt sich die KMT die politische Unterstützung ihrer Beamtenschaft seit 1986 offenkundig einiges mehr kosten als zuvor.<sup>87</sup>

Diese Tendenz läßt sich auch aus der konsumtiven Verwendung des BSP herauslesen, wo der Anteil des Staatssektors zwischen 1987 und 1991 beständig von

14,1 auf 17,4 Prozent zunahm. Während die durchschnittliche Wachstumsrate des Regierungskonsums während der gesamten autoritären Ära (1952-1986) bei durchschnittlich 7,27 Prozent lag, waren es zwischen 1987 und 1991 jährlich bereits 9,78 Prozent (vgl. Tab. 3-16). Der starke Rückgang 1992, welcher den Durchschnitt seit 1987 auf 8,87 Prozent fallen läßt, könnte in diesem Kontext als erste Folge der überaus harten Kritik der Opposition interpretiert werden, die insbesondere die Ausgaben für die Staatsbetriebe seit Jahren intensiv beobachtet und als völlig überzogen brandmarkt.

**Tabelle 3-16: Konsumptive Verwendung des BSP: Staatssektor und Privatsektor (in Prozent und Marktpreisen)**

Jahr	BSP	Anteil der Verwendung	Jährliche Wachstumsrate*			
			Staatssektor	Privatsektor		
1952	100	90,8	17,0	73,8	9,1	16,1
1955	100	91,0	18,9	72,1	8,8	6,0
1960	100	87,4	19,3	68,1	1,6	4,4
1965	100	80,5	16,9	63,6	5,4	9,7
1970	100	74,7	18,3	56,4	8,3	8,0
1975	100	73,3	15,9	57,5	13,8	6,6
1980	100	67,5	15,9	51,5	7,9	5,1
1985	100	66,0	15,9	50,2	6,3	6,1
1986	100	61,2	14,5	46,7	4,2	7,2
1987	100	60,9	14,1	46,8	8,5	11,2
1988	100	64,0	14,8	49,2	9,4	13,1
1989	100	67,8	15,6	52,2	11,0	12,9
1990	100	70,4	17,2	53,2	13,0	7,2
1991	100	70,4	17,4	53,0	7,0	6,8
1992	100	71,9	17,2	54,7	4,3	8,8

\*) zu Preisen von 1986

Quelle: TSDB 1993.

### 3.4.4 Ergebnisse

Die Regierungsbürokratie hat im Bündnis der herrschenden strategischen Gruppen bisher eine stabilisierende Rolle gespielt. Während die Planungstechnokratie den taiwanesischen Modernisierungsprozeß steuerte, trug die mittlere und untere Beamtenschaft erheblich zur Absicherung der politischen Legitimation des KMT-Regimes in der autoritären Ära bei. Für Entwicklungsgesellschaften geradezu untypisch, sind die taiwanesischen Beamten wenig korrupt und überaus effizient. Bei der Entscheidung für (oder gegen) eine Demokratisierung des politischen Systems haben beide Gruppen keine große Rolle gespielt. Jedoch hat diese ihre jeweilige Position innerhalb der Regimekoalition erheblich verändert.

Während die *Planungstechnokraten* in der autoritären Ära ihre Weisungen - vor allen Dingen aber ihre Handlungsautonomie - von einer relativ kleinen Gruppe politischer Entscheidungsträger an der Regimespitze bezog, so liegen die Dinge in der Reformära anders. Der Demokratisierungsprozeß hat zu einer allgemeinen Horizontalisierung früherer Machthierarchien geführt und sowohl im Staatsapparat als auch im Parteiapparat das politische "power game" verkompliziert. Die Planungstechnokratie steht erst am Anfang einer stärkeren eigenen Politisierung, um damit vor allem ihre Kontrolle über den Wirtschaftsprozeß weiter abzuschern. Diese wird nämlich durch die starken Autonomiebestrebungen des Privatkapitals und das selbstbewußte Auftreten neuer konfliktfähiger Gruppen innerhalb der sozialen Protestbewegungen und ähnlichen Interessenorganisationen seit einigen Jahren spürbar eingeschränkt. Bisher halten sich die Spitzenbeamten jedoch noch weitgehend aus der "großen Politik" heraus und äußern sich dementsprechend nur zu wirtschafts- und finanzpolitischen Sachfragen. Sie greifen nur dann in die "Demokratisierungsdebatte" ein, wenn solche Fragen tangiert werden.

Die *Beamten der mittleren und unteren Verwaltungsebenen* waren von der politischen Führung stets erfolgreich kooptiert worden. Prinzipiell funktionieren die alten klientelistischen Mechanismen auch heute noch, so daß die KMT bei der Beamtenschaft eine unverändert große Unterstützung genießt. Eine lange Tradition und immer noch überzeugende materielle Vergünstigungen müssen dafür als Hauptgründe genannt werden. Ob die KMT dieses Unterstützungspotential im Zuge ihrer Privatisierungs- und Rationalisierungspolitik, eines angekündigten Personalabbaus im Verwaltungsapparat sowie des zunehmend attraktiveren privaten Sektors auch in Zukunft wahren kann, muß sich allerdings erst noch zeigen.

Sollte es in Taiwan eines Tages zum Regierungswechsel kommen und die DFP an die Macht gelangen, so ist von allen strategischen Gruppen des derzeit herrschenden Bündnisses von der Beamtenschaft wohl der geringste Widerstand zu erwarten - zumindest so lange nicht, wie die prinzipiellen Entwicklungsziele der Planungstechnokratie außer Frage stehen und sich die materiellen Bedingungen der kleinen und mittleren Beamten nicht wesentlich verschlechtern. Im ersten Fall spielt die Modernität der Planungstechnokraten eine Rolle, die sich - anders als etwa das Militär - nicht unbedingt an die KMT, wohl aber an eine prinzipiell führende Rolle des Staates bei der Formulierung und Implementierung der Wirtschaftspolitik gebunden fühlen. Dies ist aber auch unter einer DFP-geführten Regierung möglich und wahrscheinlich. Im zweiten Fall dürfte die Tatsache eine Rolle spielen, daß die staatlichen Bürokratien, absolut betrachtet, überwiegend taiwanesisch besetzt sind und somit eine hohe "ethnische Kompatibilität" zur DFP besteht.



### 3.5 Parteiarmee, Armee der Republik China oder Armee Taiwans? - Eine politische Standortbestimmung des Militärs

#### 3.5.1 Historische Vorbemerkungen

Als Chiang Kai-shek 1949 nach Taiwan flüchtete, folgten ihm über eine Million Anhänger. Dabei handelte es sich vor allem um geschlagene Soldaten. Der Generalissimo war in den 20er Jahren durch die Erfolge seiner Armee aufgestiegen; sein Scheitern im chinesischen Bürgerkrieg wurde durch deren zunehmende Desintegration, Disziplinlosigkeit und korrupten Verfall eingeleitet und schließlich besiegelt. Der Zustand der nationalchinesischen Reststreitmacht 1949 glich dem der gesamten chinesischen Republik - einem Trümmerhaufen. Doch das Militär war trotz allem die einzige Kraft, die das Überleben des Chiang-Regimes garantieren konnte. Im herrschenden Bündnis strategischer Gruppen war es somit in den Anfangsjahren auf Taiwan der entscheidende politische "power broker".

Vor allem deshalb war Taiwan in der Phase 1949-1986 in den Augen der internationalen Öffentlichkeit ein veritables Militärregime. Sichtbarste Anzeichen dafür war die Penetration aller Partei- und Staatsorgane - interessanterweise mit Ausnahme der politischen Spitzengremien - mit aktiven Offizieren oder ehemaligen Armeeangehörigen. Insbesondere die unteren und mittleren Ebenen der Regierungsbürokratie und die Staatsunternehmen wurden mit geflüchteten Soldaten besetzt und fungierten auch in den folgenden Jahrzehnten als berufliches Aufgabengebiet für pensionierte Armeeangehörige. Ein perfider militärischer Sicherheitsapparat - vor allem in Gestalt des gefürchteten Taiwan Garrison General Headquarters Command (*ching-pei tsung-szu-ling-pu*) wachte über die Einhaltung des Kriegsrechts und unterdrückte jede politische Opposition. Das Militär kontrollierte die Medien und wachte über die "staatsloyale" Erziehung an den Schulen und Universitäten des Landes. Es kam in den Genuß umfangreicher amerikanischer Militärhilfe (vgl. Punkt 1.1.1), um das anti-kommunistische "Bollwerk" Taiwan gegen die übermächtige VR China zu verteidigen. Und es wurde mit einem beachtlichen Teil der Staatsrevenue bedacht, die sich im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs schnell akkumulierten:

They (die Militärs, G.S.) have been generously provided for in terms of public funds - with U.S. military aid up to the late 1970s and perhaps beyond, and with a sizable share of the state budget. Defense accounted for around 70 percent of total central government expenditure in the late 1950s and early 1960s, falling to 35 percent by 1987. The generals have also enjoyed their own relatively close production systems based on public enterprises and special status "private" firms, and have had first call on foreign exchange for military equipment (Wade 1990: 265f).

Von seiner Vergangenheit als Militärregime hat sich Taiwan zweifellos verabschiedet. Das Kriegsrecht wurde am 14. Juli 1987, die letzte Ausnahmegesetzgebung am 1. Mai 1990 aufgehoben (vgl. Punkt 1.2.1). Dem Militär wurden sämtliche strafrechtlichen Kompetenzen genommen und seine geheimdienstlichen Aufgaben erheblichen rechtlichen Beschränkungen unterworfen.<sup>88</sup> Gleichwohl übt es auch in der demokratischen Ära einen starken Einfluß auf das politische und wirtschaftliche Geschehen in Taiwan aus. Dieser wiederum ist vielgestaltig.

So bekleiden zahlreiche aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Militärs wichtige Positionen im Verwaltungsapparat des Landes, wobei ihre Verbindungen in die Streitkräfte oft weiterbestehen. Im Mai 1990 waren z.B. 111 ehemalige hohe Militärs als Beamte im höheren Dienst (Abteilungsleiter, *chu-kuan*) in verschiedenen zentralen Regierungsorganen tätig. Im gehobenen Dienst (*kao-chi kuan-yuan*) wurden 671 und auf den mittleren und unteren Beamtenebenen (*ti-kuan*) weitere 12.399 pensionierte Militärs beschäftigt.<sup>89</sup> Keine genauen Angaben gibt es hingegen für die Staatsbetriebe, die Paraternehmen der KMT und die zahlreichen Unternehmen der regierungsamlichen Vocational Assistance Commission of Retired Servicemen/VACRS (*kao-chün t'ui-ch'u i-kuan-ping fu-tao wei-yuan-hui*), durch die den Offizieren der höheren Führungsebenen eine gut dotierte zweite, zivile Karriere gesetzlich garantiert wird. Die staatliche Protektion der VACRS-Betriebe und ihr monopolhafter Zugriff auf verschiedene Wirtschaftszweige sichern dem Militär - neben seinem ohnehin üppigen Anteil am jährlichen Regierungsbudget - eine beachtliche materielle Ressourcenbasis. Diese wird durch umfangreiche privatwirtschaftliche Investitionen der VACRS immer weiter ausgebaut. Außerdem spielt das Militär bei der Besetzung der politischen Spitzengremien der KMT bis heute eine wichtige Rolle. Dies gilt auch für die parlamentarischen Organe, wie z.B. den zuletzt im Dezember 1992 komplett neugewählten Legislativ Yuan. Taiwan kann als Beispiel dafür gelten, wie sich das Militär als politische Kraft durchaus auch "auf demokratischem Felde" zu bewegen versteht (vgl. unten).

Bei diesen Tatbeständen mag es um so mehr überraschen, daß das taiwanesisches Militär mit politischen Äußerungen und Stellungnahmen sehr vorsichtig ist. Anders als in Lateinamerika und Afrika, aber auch vielen Staaten Asiens (Thailand, Indonesien, Philippinen, Südkorea), hält es sich im Hintergrund. Wann immer sich überhaupt eine Stimme aus dem Generalstab oder den Teilstreitkräften vernehmen läßt, wird die geltende Regierungspolitik bedingungslos unterstützt. Daran hat sich - zumindest auf der offiziellen Ebene - auch zu dem Zeitpunkt nichts geändert, als führende Militärs nach der politischen Öffnung in die Machtkämpfe innerhalb der KMT-Spitze hineingezogen wurden (vgl. unten). Auf der anderen Seite finden die hinter den Kulissen gestellten Forderungen der Generäle - z.B. nach größeren Waffenkäufen oder der weiteren legislativen Absicherung der von der Armee verwalteten Wirtschaftsmonopole - stets die ungeteilte Zustimmung der KMT-Regierung. Offene Konfrontationslinien gibt es zwischen beiden Seiten nicht. Das Militär sichert seine Interessen stets im zen-

tralen Partei- und Regierungsapparat ab und verzichtet auf jedweden Druck von außen. Es gibt kein militärisches Gremium, das als "externes" politisches Machtzentrum identifiziert werden könnte.

Hier lassen sich Tradition und Geschichte der taiwanesischen Streitkräfte als *Parteiarmee* der KMT - ähnlich den Verhältnissen in der VR China - deutlich erkennen: Das nationalistische Militär wurde von seinen frühen Führern Sun Yat-sen und Chiang Kai-shek in den Dienst der Partei gestellt und auf blinden Gehorsam dieser gegenüber verpflichtet. Daran änderte sich auch nach dem erfolgreichen Nordfeldzug (1926/27) Chiangs nichts, als seine Armeen die Verteidigung der chinesischen Republik gewährleisten mußten. Staat und Partei, KMT und chinesische Republik blieben stets auf das engste verwoben. Nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg und der Flucht ins taiwanische Exil mußte dies um so mehr gelten. Die Armee stellte sich weiter in den Dienst der Regierungspartei.

Ogleich es somit die Herrschaft des Chiang-Regimes jahrzehntelang garantierte und auch einen erheblichen materiellen und politischen Preis dafür einforderte, hielt sich das Militär bei der aktuellen Politikgestaltung stets zurück. So konnte beispielsweise die staatliche Wirtschaftspolitik von einer unabhängig waltenden Planungstechnokratie aus überwiegend kooptierten, zivilen Professionals formuliert und implementiert werden (vgl. Punkt 3.4). Diese waren zwar dem charismatischen Militärführer Chiang Kai-shek gegenüber rechenschaftspflichtig, genossen aber trotzdem große Freiheiten. Obwohl also der Generalissimo selbst und auch sein Sohn und Nachfolger Chiang Ching-kuo "Männer des Militärs" waren, so haben sie dieses doch systematisch aus der taiwanesischen Politik herausgehalten. Sie verhinderten mit ihrer großen Autorität, daß das Militär je zur dominierenden strategischen Gruppe im herrschenden Bündnis avancieren konnte. Das Militär kontrollierte zwar den staatlichen Repressionsapparat einschließlich der Geheimdienste, aber an der Spitze des Staates standen Zivilisten.

Diese historischen Gründe haben dazu beigetragen, das daß taiwanische Militär - ganz im Unterschied zu den meisten anderen Weltentwicklungsregionen - zu keiner Zeit das Bewußtsein einer eigenen, separaten politischen Identität entwickelt hat. Zur Überraschung vieler hat sich daran auch in der Transitionphase unter Lee Teng-hui kaum etwas geändert. Das noch immer festlandchinesisch dominierte Offizierkorps versteht sich zwar einerseits als Hüter der Verfassung der Republik China; doch andererseits identifiziert man sich völlig mit dem ideologischen Credo der KMT und begreift sich keinesfalls als unabhängiger "Bewahrer" des Vaterlandes, der über das Wirken der politischen Parteien wacht und sie bei Versagen einfach ersetzt. Hier handelt es sich um einen Vorteil für die junge taiwanische Demokratie - denn zweifellos verfügt das Militär heute genauso wie früher de facto über alle Mittel, um eine aktivere politische Rolle zu spielen.

Die beinahe symbiotische Verbindung zwischen Militär und KMT impliziert auf der anderen Seite jedoch auch zahlreiche Probleme. Die heute nicht mehr nur theoretische Möglichkeit einer Machtübernahme durch die politische Opposition muß von den Offizieren "psychologisch verarbeitet" werden. Wird sich das Militär bei fortgesetzter Demokratisierung von einer traditionellen *Parteiarmee* zu einer loyalen *Staatsarmee* entwickeln - unabhängig ob dieser Staat "Republik China" oder "Republik Taiwan" heißen wird? Wird es also die demokratischen Spielregeln akzeptieren? Oder tritt es am Ende doch noch aus dem Schatten der KMT heraus und profiliert sich politisch auf eigene Faust - vor allem dann, wenn ihm die Demokratisierung zunehmend institutionelle Grenzen für seine bisherige Macht- und Interessenwahrung setzen will? Die folgenden Abschnitte werden durch eine Abschätzung der derzeitigen Machtressourcen und Interessenlagen des Militärs versuchen, Antworten zu diesen Fragen zu geben.

### 3.5.2 Die materielle Ressourcenbasis des Militärs

Tabelle 3-17: Verhältnis von Bevölkerungszahl und der Zahl aktiver Soldaten im internationalen Vergleich

	Bevölkerung (A)	Soldaten (B)	B/A
USA	248 885 000	2 117 900	0,85
UdSSR	288 561 000	3 988 000	1,39
Großbritannien	56 645 000	306 000	0,54
Frankreich	56 414 000	461 000	0,82
BRD (West)	60 363 000	469 000	0,78
Irak	19 086 000	1 000 000	5,23
Israel	4 579 000	141 000	3,08
Japan	123 599 000	249 000	0,20
VR China	1 115 552 000	3 030 000	0,27
Nordkorea	22 792 000	1 111 000	4,87
Südkorea	43 768 000	750 000	0,71
Singapur	2 694 000	55 500	2,06
Taiwan	20 503 000	473 000	2,30

Quelle: *Verteidigungsreport 1992*: 93.

Die Streitkräfte Taiwans verfügen derzeit über rund 470.000 Soldaten im aktiven Dienst. Im internationalen Vergleich muß dies - gemessen an der Gesamtbevölkerung - als überaus hoch gelten. Aus den Statistiken des International Institute for Strategic Studies (IIS 1990) läßt sich ablesen, daß Anfang der 90er Jahre weltweit nur im Irak, in Nordkorea und in Israel mehr Soldaten pro Kopf der Bevölkerung unter Waffen standen (vgl. Tab. 3-17). Die Streitkräfte können mittlerweile als sehr gut ausgerüstet gelten und verfügen in Teilbereichen (Luft-

waffe, Marine) über modernstes Krieggerät (vgl. *Verteidigungsreport 1992: 109ff*). Dies ist nicht zuletzt eine Konsequenz der regierungsmilitärischen Bestrebungen nach einer Reduzierung der hohen Handelsbilanzüberschüsse und Devisenreserven. Dadurch nämlich intensivieren sich die taiwanesischen Waffenkäufe seit Jahren kontinuierlich. Insofern profitiert das Militär von den Erfolgen der neuen außenpolitischen Strategie der Regierung, die Wirtschaftskraft Taiwans gezielt in diplomatische Siege über die VR China umzumünzen. Tatsächlich gelingt es dem KMT-Regime über seine waffentechnologischen Großprojekte zusehends, andere Staaten von der Profitabilität einer Zusammenarbeit mit der Inselrepublik zu überzeugen.<sup>90</sup> Aber auch die eigene Forschung und Entwicklung wird systematisch vorangetrieben.<sup>91</sup> Die Kampfkraft der taiwanesischen Streitkräfte hat sich durch diese Politik in den letzten Jahren ohne Zweifel erheblich erhöht, was Peking immer wieder zu lautstarken (aber meistens vergeblichen) Protesten in Washington, Paris, London und anderswo veranlaßt.<sup>92</sup>

**Tabelle 3-18: Anteil der Verteidigungsausgaben im Regierungshaushalt sowie am BSP 1983-92 (zu Marktpreisen in Prozent)**

Jahr	Anteil im Reg.-Haushalt			Anteil am BSP	Wirtschaftliche Zuwachsrate in 1986er Preisen
	A	B	C		
1983	37,8	57,15	9,19	8,7	
1984	34,1	54,68	7,70	11,6	
1985	35,0	53,06	7,67	5,6	
1986	35,3	51,89	7,85	12,6	
1987	33,4	50,80	6,80	11,9	
1988	32,0	49,21	6,76	7,8	
1989	23,0	47,42	7,10	7,3	
1990	28,9	35,21	5,82	5,0	
1991	26,8	31,81	5,60	7,3	
1992	25,7	27,34	5,39	6,1 <sup>a</sup>	
Durchschnitt	31,8	45,86	6,99	8,39	

**Anmerkungen:** Die unter A aufgeführte Zahlenkolonne ist aus dem vom CEPD herausgegebenen *Taiwan Statistical Data Book (1992)* entnommen, B und C entstammen aus dem amtlichen *Verteidigungsreport 1992*. Letztere Zahlen sind in jedem Fall genauer, da sie auch die Pensionszahlungen für die ausgeschiedenen Soldaten einbeziehen (vgl. *Verteidigungsreport 1992: 77*).

<sup>a</sup>) Angabe aus *China aktuell* 1/93, S.28.

Quelle: *TSDB 1993; Verteidigungsreport 1992*.

Entsprechend den offiziellen taiwanesischen Haushaltsstatistiken ist das Verteidigungsbudget in den vergangenen zehn Jahren beständig, nach 1989 sogar rückartig geschrumpft. Dennoch machte es 1992 mit einer Gesamtsumme von über 272 Mrd. NT (ca. 17 Mrd. DM) immerhin noch 27,24 Prozent des Gesamthaushalts aus und entsprach damit 5,39 Prozent des BSP desselben Jahres (vgl. Tab. 3-18). Nach diesen amtlichen Angaben nahm Taiwan bei den Regierungsausgaben für Verteidigung 1988 weltweit den 14. Platz ein (vgl. Tab. 3-19). Gemessen an der gesamtinternationalen Wertschöpfung, war es "nur" Platz 34 (vgl. *Verteidigungsreport 1992: 75ff*). Doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei dem fernöstlichen Inselstaat um eine regelrechte militärische Festung für den Staatshaushalt darstellt. Im übrigen sind sich Beobachter aller Seiten darüber einig, daß der tatsächliche, verteidigungsrelevante Anteil am Regierungsbudget an die vierzig Prozent heranreicht und lediglich in verschiedenen Haushaltsposten versteckt worden ist. Den größten Anteil dieses Budgets machen - vor allem in Form hoher Pensionszahlungen an ausgeschiedene Militärs - die Personalkosten aus. Sie beanspruchten in den letzten Jahren ständig mehr als fünfzig Prozent aller Mittel des Verteidigungshaushalts.<sup>93</sup>

**Tabelle 3-19: Die Verteidigungsausgaben Taiwans im internationalen Vergleich - Anteil am Regierungshaushalt 1988 in Prozent**

1.	Irak	50,8
2.	Polen	44,1
3.	UdSSR	43,2
4.	Vereinigte Arabische Emirate	41,1
5.	Nordkorea	40,7
6.	Vietnam	40,7
7.	Libyen	40,0
8.	Oman	38,4
9.	Saudi-Arabien	36,0
10.	Syrien	34,9
11.	Mosambique	34,6
12.	Iran	34,1
13.	Jordanien	32,3
14.	Taiwan	31,3

Quelle: *World Military Expenditure and Arms Transfers 1989*, zitiert in *Verteidigungsreport 1992: 223*.

Die Einbeziehung des Verteidigungshaushaltes reicht jedoch keinesfalls aus, die tatsächliche materielle Ressourcenbasis der Streitkräfte in einer Entwicklungsgesellschaft ausreichend zu erfassen. Das ist auch auf Taiwan nicht anders. Das Militär hat sich hier - ähnlich wie in Indonesien und Thailand - immer auch als staatlich protegierter Unternehmer betätigt und auf nicht unbeträchtliche Teile des Bruttosozialproduktes der Insel zugreifen können. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die oben bereits erwähnte Vocational Assistance Commission of Retired Servicemen (VACRS)<sup>94</sup> mit ihren umfangreichen privatwirtschaftlichen Aktivitäten.

Die VACRS verfügt über 26 eigene Unternehmen und ist Anteilseigner an mindestens 43 weiteren (Ch'en Shih-meng et al. 1991: 75). Dabei handelt es sich jedoch nur um die der Öffentlichkeit bekannten Firmen dieser Kommission. Darüber hinaus ist sie über komplizierte Beteiligungskonstruktionen an einer nicht bekannten Zahl anderer Privatunternehmen beteiligt. Während sich ihre "traditionellen", sehr arbeitsintensiven Unternehmungen eher auf die Fischzucht, die Landwirtschaft, den Obstbau, Restaurants oder den Hoch- und Tiefbau beschränken, mischt die VACRS heute auch im lukrativen Sektors mit. So hält sie das Monopol auf den landesweiten Verkauf von Gas. Außerdem dominiert sie in den lokalen Transportgesellschaften ebenso wie nahezu in der gesamten taiwanesischen Bauwirtschaft. Hier genießt sie zudem das Privileg, alle großen, vom Ausland vergebenen Infrastrukturprojekte ausführen zu dürfen, und ist u.a. im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südostasien aktiv. Private taiwanesishe Baufirmen werden von diesen Aufträgen durch bestimmte gesetzliche Regelungen (vgl. unten) absichtlich ausgeschlossen. Das Beschäftigungsvolumen der VACRS und aller ihrer Sub-Unternehmen ist enorm angestiegen und soll schon Mitte der 70er Jahre bei ca. 100.000 Angestellten gelegen haben (Wade 1990: 266). Ehemalige Soldaten machen dabei allerdings nur noch einen kleinen Teil aus. Insgesamt betrachtet, handelt es sich bei der VACRS heute um einen veritablen Privatunternehmer; von ihren Gegnern wird sie gar lakonisch als das größte Wirtschaftskonglomerat der Insel bezeichnet.<sup>95</sup>

Die Einnahmen der VACRS verzeichnen einen ständigen Trend nach oben und betragen 1992 53,12 Mrd. NT (ca. 3,32 Mrd. DM).<sup>96</sup> Sie werden in der Hauptsache von der Retired Servicemen Enterprise Administration/RSEA (*lung-min kang-ch'eng shih-yeh kuan-ti-ch'u*) erwirtschaftet, die auf Taiwan - unter der knappen Bezeichnung *Lung-kung-ch'u* - außerordentlich umstritten ist. Hierbei handelt es sich um eine Unterabteilung der VACRS, die die wichtigsten profitorientierten Unternehmen der Kommission verwaltet. Ihre Einnahmen beliefen sich 1990 auf rund 30 Mrd. NT (ca. 1,9 Mrd. DM; vgl. Tab. 3-21). Die im selben Jahr ausgewiesenen Gesamtprofite der VACRS in Höhe von 5 Mrd. NT (ca. 312,5 Mio. DM) übertrafen sogar den Gewinn des größten taiwanesischen Privatkonzerns: Formosa Plastics brachte es 1990 nur auf 4,39 Mrd. NT (ca. 274 Mio. DM).<sup>97</sup>

Während die Regierung die RSEA als Stützfeiler der taiwanesischen Infrastrukturentwicklung preist, wird sie von den privaten Baufirmen als monopolistischer Marktverdränger und von der Opposition als Instrument militärischer Intervention in die Wirtschaft des Landes geächtet und politisch bekämpft. Bei dieser Auseinandersetzung geht es vor allem um die Abschaffung des am 1. März 1964 im Rahmen der "Ausführungsbestimmungen zur VACRS" (*kuo-chün t'ui-ch'u i-kuan fu-tao t'iao-ti*) verabschiedeten und überaus umstrittenen Paragraphen 8:

Bei den Vertragsverhandlungen für jedes von der Regierung unternommene zivile und militärische Bauprojekt, wie z.B. im Bereich der Wasseraufbereitung und Bewässerung, des Straßenbaus, des Eisenbahnbaus, des Brücken-

baus, des militärischen Wegebbaus, des Hafensbaus und des Werftenbaus, soll die für die Ausführung von Bauvorhaben zuständige Abteilung der VACRS bevorzugt werden (ROCCIFRD 1988: 2).

In ihrem ersten Jahr (1964) besaß die RSEA nicht mehr als 60 Mitarbeiter und ein Kapital von 30 Mio. NT. Nach fast 35 Jahren staatlich protegierter Bautätigkeit beschäftigte die Abteilung 1987 bereits 13.000 Mitarbeiter<sup>98</sup> und verfügte über ein Gesamtkapital von 40 Mrd. NT (ca. 2,5 Mrd. DM) sowie Gesamteinnahmen von 28,3 Mrd. NT (ca. 1,8 Mrd. DM) (ROCCIFRD 1989: 5). Entscheidend für dieses Einnahmenvolumen ist die vom oben zitierten Paragraphen 8 gesetzlich sanktionierte staatliche Ausschreibungspraxis für Großprojekte, welche die VACRS gegenüber allen anderen privaten Bewerbern einseitig bevorzugt.<sup>99</sup> Werden die durch Ausfallzeiten und Ausführungsfehler bedingten Folgekosten hinzugerechnet - sie werden aus der Staatskasse bezahlt (!) - und auch die vielen steuerlichen Vorteile für die Unternehmen der VACRS berücksichtigt, so wird der taiwanesischen Steuerzahler nach Meinung der ROC Construction Industry Foundation for Research & Development (ROCCIFRD)<sup>100</sup> jährlich um Summen in mehrfacher NT-Milliardenhöhe erleichtert. Auch liegen die nach öffentlichen Ausschreibungen an die VACRS vergebenen Projekte im Durchschnitt 30 Prozent über den Angeboten der privaten Bauwirtschaft.<sup>101</sup>

Tabelle 3-20: Offizielles Gesamtbudget der VACRS in NT und Anteil an den Ausgaben des laufenden Regierungshaushalts

Jahr	VACRS	Anteil am Reg.-Haushalt
1986	12 128 272 000	1,9%
1987	11 137 744 000	1,7%
1988	13 884 213 000	1,8%
1989	17 849 638 000	1,4%
1990	69 502 765 000	6,0%
1991	85 033 921 000	6,0%

Quelle: Jährlicher Gesamthaushalt der Zentralregierung, Republik China, Exekutiv Yuan, 1990; TSDB 1993.

Diese Strukturen zu verändern ist für die mittelständischen Privatunternehmer schon allein deshalb schwer, weil sich das Militär seine Einnahmequellen auch politisch geschickt abzusichern versteht. Weder ein Verdikt des Kontroll Yuan aus den frühen 80er Jahren noch die Reformvorschläge des 1985 gegründeten Government Committee for Economic Reforms (*hsing-cheng-yuan ching-chi ko-hsin wei-yuan-hui*) haben zu einem verbesserten Marktzugang der privaten Bauwirtschaft geführt (ROCCIFRD 1988: 14-17). Viele Parlamentarier und KMT-Funk-

Tabelle 3-21: Einnahmen der RSEA (1960-1990)

Jahr	Einnahmen in NT	Anteil an den Regierungseinnahmen in %
1959-1969	393 000 000	—
1970	1 295 000 000	2,47
1975	5 550 000 000	4,14
1980	18 500 000 000	5,00
1985	27 800 000 000	4,82
1990	30 000 000 000	2,49

Quelle: Lung-kung-ch'u 1986; Ch'en Shih-meng 1991: 67; TSDB 1993.

tionäre sitzen in den Vorständen der Unternehmen der RSEA bzw. der VACRS oder fungieren als deren "Berater". Natürlich ist dies mit lukrativen Honoraren verbunden. Abgesehen davon, übt die VACRS zusammen mit der für das Militär zuständigen KMT-Parteiabteilung (vgl. unten) einen entscheidenden Einfluß auf die Nominierung und Wahl zahlreicher Abgeordneter auf allen Ebenen aus. Einmal gewählt, sichern diese die Interessen des Militärs natürlich massiv ab. Das wichtigste Ziel der organisierten privaten Bauwirtschaft, den Paragraphen 8 der o.g. VACRS-Bestimmungen zu kippen, bleibt unter diesen Voraussetzungen auch zukünftig äußerst schwierig.

Wenn es der VACRS weiterhin gelingt, sich mit den Parlamentariern - die ja vielerorts lediglich nackte Geschäftsinteressen vertreten - zu einigen, dann wird sich an diesem Gesetz nie etwas ändern. Absprachen zwischen beiden Seiten sind gängige Praxis. Diese Verhältnisse führen dazu, daß wir im Rahmen des 6-Jahres-Infrastrukturplanes quasi nicht mitwirken können. Alle Großaufträge werden der RSEA zugeschoben.<sup>102</sup>

Die Gegner der VACRS sehen in der RSEA lediglich ein Instrument zum profita- blen Gelderwerb für das taiwanesishe Militär, der weit über die ursprüngli- chen Aufgaben dieser Organisation - nämlich die soziale Versorgung, berufsbe- zogene Aus- und Weiterbildung sowie die Bereitstellung ziviler Arbeitsplätze für pensionierte und kriegsgeschädigte Soldaten - hinausgeht. Ohnehin erfüllt nach Meinung der Kritiker nur noch eine kleine Minderheit von rund 8.000 der tat- sächlich in den Betrieben der VACRS beschäftigten Mitarbeiter die Vorausset- zung einer vorangegangenen, länger als fünf Jahre dauernden Zugehörigkeit zum Militär. Außerdem hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß die RSEA nur einen verschwindend kleinen Teil von nicht einmal einem Prozent ihrer Unter- nehmerprofite in den für die oben genannten Aufgaben von der VACRS unter- haltenen "Wiedereingliederungsfonds" (*an-chih chi-chin*) abführt. Mit anderen Worten: die RSEA wirtschaftet in erster Linie für sich allein.

Dabei gilt als gemeinhin sicher, daß sie durch ständige Reinvestitionen für eine verdeckte Vergrößerung des VACRS-Firmenimperiums arbeitet. Was allerdings genau mit den Profiten der RSEA geschieht, ist unklar. Zwar erscheinen im Jahresbericht der VACRS - als Regierungsorganisation der Haushaltskontrolle durch den Legislativ Yuan unterlegen - auch Zahlenkolonnen unter der Rubrik RSEA. Aber die Einzelbilanzen der hier zusammengefaßten Unternehmen kön- nen nicht geprüft werden. Wie hoch also die von der RSEA erwirtschafteten Profite tatsächlich sind und wie sie verwendet werden, bleibt im dunkeln. Zwar könnte man mit sehr viel Mühe einige Informationen aus den Haushaltsstatisti- ken der verschiedenen Ministerien, die ja Aufträge an die RSEA (aber auch an andere staatliche Baufirmen) vergeben, herauslesen. Dennoch wäre dies keines- falls vollständig und erfaßte vor allem nicht die privatwirtschaftlichen Aktivitäten dieser mächtigen VACRS-Unterabteilung. In diesem Zusammenhang für eine neue Gesetzeslage zu sorgen ist nicht nur das Bestreben weiter Teile des taiwa- nesischen klein- und mittelständischen Kapitals, sondern auch der politischen Opposition. Man befürchtet nicht zu Unrecht, daß das Militär die über die RSEA gewonnenen finanziellen Ressourcen politisch einsetzt und besonders den parlamentarischen Vertretern von Militärinteressen zugute kommen läßt.

Ein juristisches Vorgehen gegen die RSEA wird jedoch durch ihren ungeklärten legalen Status erschwert. Sie gilt rechtlich weder als Ministerium (oder ein ver- gleichbares Regierungsorgan) noch als Staatsbetrieb und auch nicht als Privatun- ternehmen. Für alle drei Organisationsformen gibt es präzise Gesetze über die Kontrolle und Veröffentlichung der Bilanzen. Vielmehr bewegt sich die RSEA in einem rechtsfreien Raum, der von der Regierung bisher auch nicht angetastet wurde. Natürlich vermuten die Kritiker der VACRS dahinter die Absicht und das Interesse des Militärs, seine Aktivitäten zu verschleiern.

Bei der VACRS sieht man dies verständlicherweise ganz anders. In den wenigen offiziellen Verlautbarungen wird die Ansicht unterstrichen, die RSEA werde lediglich ihren speziellen Aufgaben im Rahmen der Arbeit der VACRS gerecht - und die unterliege schließlich der Kontrolle durch das Parlament. Einen negati- ven Einfluß auf den privatwirtschaftlichen Wettbewerb habe die RSEA keines- wegs:

Die von verschiedener Seite vorgetragene Kritik an der VACRS und der RSEA ist völlig inadaquat. Wir werden gegenüber der privaten Wirtschaft nicht bevorteilt. Die von uns betreuten Großprojekte, beispielsweise im Infrastrukturbereich, können von der privaten Bauwirtschaft überhaupt nicht übernommen werden. Denen sind da finanzielle und personelle Grenzen gesetzt. An kleineren Projekten hingegen beteiligen wir uns erst gar nicht, um dem falschen Eindruck der Marktverdrängung vorzubeugen. Ich will gar nicht völlig von der Hand weisen, daß unsere Aktivitäten einen gewissen marginalen Einfluß auf die Privatwirtschaft haben. Aber vor dem Hinter- grund unseres Beitrages zur nationalen Entwicklung ist das vernachlässi- genswert.<sup>103</sup>

Obleich sich die klein- und mittelständischen Unternehmen - insbesondere innerhalb des lukrativen Bausektors - einerseits erheblich durch die Wirtschaftsinteressen der VACRS diskriminiert sehen, gibt es andererseits auch überaus enge Verbindungen zwischen dem Privatkapital und dem Militär. So ist aus amtlichen Unterlagen des Verteidigungsministeriums ersichtlich, daß die Streitkräfte Verträge mit nicht weniger als 520 Privatunternehmen abgeschlossen haben. Dabei handelt es sich entweder um unabhängig beauftragte Firmen - so z.B. in der Waffenproduktion oder der Bekleidungsherstellung - oder um gemeinschaftlich mit der Privatwirtschaft betriebene Unternehmen. Im zweiten Fall wird durch die Neugründung von unscheinbaren Firmen oft geschickt die Tatsache verschleiert, daß vor allem das taiwanesisches Großkapital gute Geschäfte mit dem Militär macht. Es ist bekannt, daß solch klangvolle Konzernnamen wie Tatung, Shin Kong, Far Eastern, Yue Loong, Chung Shing Textile oder Wei Chuan erhebliche Teile ihrer Profite durch die Kooperation mit den Streitkräften - sowohl in der zivilen als auch in der militärtechnologischen Produktion - erwirtschaften. Deshalb verwundert es auch nicht weiter, daß viele aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Offiziere Führungsposten in den großen Privatkonzernen innehaben. Auch gibt es nicht wenige verwandtschaftliche Beziehungen zwischen taiwanesischen Großunternehmen und einflußreichen Militärs.<sup>104</sup> So sind korruptiven Allianzen Tür und Tor geöffnet und verschließen dem klein- und mittelständischen Kapital allzuoft die Türen.<sup>105</sup>

### 3.5.3 Die politischen Machtressourcen

Daß das Militär nach wie vor ein wichtiger politischer Faktor ist, dringt heute vor allem in Wahlkampfzeiten in das öffentliche Bewußtsein. Hier präsentiert sich ein großer Teil der ungefähr zwei Millionen Bürger, die direkt oder indirekt - also durch Familienbände, klientelistische Beziehungen oder Geschäftskontakte - Verbindungen zum Militär haben, als verlässlicher Stimmenblock. Durch dessen Mobilisierung gelingt es dem Militär, seine Interessen auch auf demokratischem Wege durchzusetzen. Dadurch wird die geringe direkte personelle Vertretung in den politischen Spitzengremien des Landes kompensiert. Die Bezeichnung "Vertreter der Seite des Militärs" oder "Militärvertreter" (*chün-fang tai-pai*) ist auf Taiwan zu einem festen Begriff für all jene gewählten Abgeordneten geworden, die die (finanzielle) Unterstützung des Militärs genießen und für seine Interessen eintreten.

Es handelt sich dabei vornehmlich um Politiker, die vom sog. *Huang-fu-hsing tang-pai*<sup>106</sup> (HFHTP), einer KMT-Unterabteilung für pensionierte Militärs, nominieren werden. Ihm gehören landesweit ca. 250.000 Mitglieder an. Rechnet man

deren Familienangehörige mit ein, so verfügt das HFHTP bei jeder Wahl über ca. 700.000 sog. Eisenstimmen (*tieh-p'iao*). Schließlich kommen noch die Stimmen einer Mehrheit der aktiven Soldaten und ihrer Verwandten hinzu, so daß das Militär faktisch auf ein Reservoir von über einer Million Wählerstimmen zurückgreifen kann. Die Mobilisierungsquote dieses Potentials zugunsten der Kandidaten des HFHTP schätzen erfahrene Beobachter auf 70 bis 80 Prozent!<sup>107</sup>

Das HFHTP wird oft als Parallelorganisation der regierungsaffizierten VACRS im zentralen Parteiapparat der KMT bezeichnet, auch wenn es sich dabei nicht um eine formale Abteilung oder Kommission handelt. Beide sind personell natürlich eng miteinander verflochten.<sup>108</sup> Das HFHTP wird am besten als innerparteiliches informelles Netz des Militärs beschrieben, in dem dieses seine Interessen abstimmt. Erst dann kommt es zu Verhandlungen mit der Parteispitze, in der das Militär - wie bereits dargelegt (vgl. Punkt 2.3) - kaum direkt personell vertreten ist. Auf Taiwan spricht man im Zusammenhang mit dem HFHTP deshalb oft als "Partei in der Partei" (*tang-li tang*). Als Faustregel gilt übrigens auch, daß das HFHTP etwa ein Neuntel der Sitze im ZEK der KMT für sich beanspruchen kann,<sup>109</sup> so daß zumindest dort bis heute eine starke Präsenz ehemaliger Offiziere garantiert ist.

Das HFHTP verfügt über eigene Verbindungsbüros bis hinunter auf die Gemeindeebene, so daß neben den regulären KMT-Parteikomitees und Zellen eine genuine militärische Parallelstruktur existiert. Diese dient der Auswahl, Nominierung und finanziellen Unterstützung eigener Kandidaten bei Wahlen auf allen Verwaltungsebenen. Das Militär genießt das Privileg, ein bestimmtes Quorum ihm verbundener Politiker in jedes Rennen schicken zu können (vgl. Tab. 3-22). Deren genaue Anzahl richtet sich im allgemeinen nach der Größe der Wahlkreise und dem lokal mobilisierbaren Stimmenpotential des Militärs. Die Parteispitze hat auf das Procedere innerhalb des HFHTP kaum Einfluß und akzeptiert dessen Entscheidungen zumeist widerspruchslos. Allerdings muß sich das Militär bei seinen "Personalwünschen" streng an seinem jeweiligen Reservoir von "Eisenstimmen" in einem bestimmten Wahlbezirk orientieren und darf keine darüber hinausgehenden Forderungen stellen. Die diesbezügliche Abstimmung zwischen dem HFHTP und der Parteiführung funktionierte bis vor kurzem relativ reibungslos. Erst nach den letzten Parlamentswahlen im Dezember 1992 sind Spannungen offen zutage getreten und innerparteiliche Stimmen laut geworden, die dieses System endlich abzuschaffen.<sup>110</sup> Dahinter steht die Tatsache, daß die vom HFHTP nominierten Kandidaten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch gewählt werden.

**Tabelle 3-22: Militärs (chün-jen) und vom HFHTP unterstützte "Militärvertreter" (chün-fang tai-piao) in wichtigen politischen Gremien**

	Zahl	Anteil in %
13. Zentralkomitee der KMT (Stand: Mai 1993)	23	12,7
Ständiger Ausschuss des 13. ZEK der KMT (Stand: Mai 1993)	4	12,7
Nationalversammlung 1991	22	9,7 <sup>1</sup>
Legislativ Yuan 1989	20 <sup>2</sup>	19,8 <sup>3</sup>
Legislativ Yuan 1992	16	12,8 <sup>4</sup>
Provinzversammlung 1989	2	2,6
Stadtrat v. Taipei 1989	5	9,8
Stadtrat v. Kaohsiung 1989	3	7,0

1) Von 225 freigewählten Abgeordneten.

2) Nur "zusätzliche" Abgeordnete und Überseechinesen; hinzugefügt werden müßten hier noch 30 weitere "alte Abgeordnete", die jedoch im Dezember 1991 ausschieden. Prinzipiell handelte es sich dabei um den gesamten Vertretungsausschuß des Legislativ Yuan.

3) Von 101 frei gewählten Abgeordneten.

4) Von 125 frei gewählten Abgeordneten.

Quelle: Eigene Recherche anhand von verschiedenen Zeitungsberichten und Gesprächen.

Es ist interessant, darauf zu verweisen, daß das Stimmenpotential des Militärs an die Größe der wahlberechtigten festlandchinesischen Minderheit auf Taiwan heranreicht. Natürlich wählt nicht jeder "Festländer" einen HFHTP-Kandidaten. Allerdings wird ein jeder dieser Politiker jeder dieser Politiker hauptsächlich von einem aktiven oder pensionierten festlandchinesischen Soldaten (oder einem seiner Angehörigen) unterstützt. Zwar reicht das Aufkommen der Eisenstimmen des HFHTP in keinem Wahlkreis aus, um einen Bewerber mit einer absoluten Mehrheit auszustatten. Dies ist aus zwei Gründen jedoch auch gar nicht nötig. Erstens genügen in dem *multi-member-district*-System Taiwans oft geringfügige relative Mehrheiten zu einem Wahlsieg aus. Auf der Basis einer geschickten Kandidaten deshalb stets so plaziert werden, daß ein Erfolg überaus wahrscheinlich ist. Tabelle 3-23 verdeutlicht in diesem Zusammenhang, daß das Militär bei den letzten Wahlen zum Legislativ Yuan mindestens sieben Kandidaten auch gegen den Nominierungsausschuß der KMT hätte durchsetzen können. Tatsächlich aber gelingt ihm dies bei einer weit größeren Zahl. Dazu verbündet sich das HFHTP oft mit den taiwanesischen Lokalfaktionen (vgl. Punkt 3.6.4.3), so daß seine Kandidaten sich auch dort durchsetzen können, wo das Stimmenpotential

des Militärs gering ausfällt.<sup>111</sup> Zweitens reicht aber auch schon die pure Drohung aus, einen Kandidaten gegen die offizielle Parteinominierung aufzustellen, um die KMT-Führung zu Verhandlungen mit dem HFHTP zu zwingen. Denn treten zu viele Kandidaten in einem Wahlkreis an, drohen der Regierungspartei Mandatsverluste durch Stimmensplitting. Im Ergebnis führt diese Gefahr zu einer "Anpassung" der offiziellen Nominierungslisten an die Wünsche des HFHTP.

**Tabelle 3-23: Stimmenpotential des HFHTP bei den Wahlen zum Legislativ Yuan 1992 nach Wahlkreisen**

Wahlkreis	KMT-Mitglieder	HFHTP-Stimmen	reicht für ungefährde Wahl von ... Kandidaten
Taipei-Kreis	150 000	85 000	1-2
Taipei-Stadt	320 000	150 000	4
Keelung-Stadt	38 000	6 500	-
Ilan-Kreis	45 000	10 000	-
Taoyuan-Kreis	13 000	50 000	-
Hsinchu-Kreis	40 000	3 000	-
Hsinchu-Stadt	50 000	20 000	-
Miaoli-Kreis	80 000	10 000	-
Taichung-Kreis	130 000	35 000	-
Taichung-Stadt	79 000	25 000	-
Penghu-Kreis	140 000	10 000	-
Nantou-Kreis	70 000	10 000	-
Yunlin-Kreis	60 000	15 000	-
Chiayi-Kreis/Stadt	70 000	28 000	-
Tainan-Kreis	100 000	50 000	-
Tainan-Stadt	30 000	10 000	-
Kaohsiung-Kreis	65 000	40 000	-
Kaohsiung-Stadt	150 000	75 000	1,5
Pingtung-Kreis	80 000	14 000	-
Hualien-Kreis	20 000	10 000	-
Taitung-Kreis	14 000	9 000	-
Total	1 744 000	665 500	6-7,5

Quelle: Hsin Hsin Wen, 9.-15. August 1992, S. 27.

Allerdings spielt nicht nur die politische Loyalität und Verschworenheit der Militärs, bei den Wahlerfolgen der "Militärvertreter" eine Rolle, sondern auch Geld. Das HFHTP stützt seine Kandidaten zumindest anteilig mit finanziellen Mitteln aus, die sich durchaus sehen lassen können. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1991 sollen den eigenen Kandidaten mindestens 200 Mio. NT (ca. 12,5 Mio. DM) zur Verfügung gestellt worden sein.<sup>112</sup> Wie groß die Summen aber tatsächlich sind, die das Militär als "Wahlkampfhilfe" aufbringt, ist unbekannt und liegt mit großer Wahrscheinlichkeit wesentlich höher. Die vom

HFHP aufgestellten "Militärvertreter" sind heute fast ausschließlich Zivilisten, verfügen aber über enge verwandtschaftliche oder geschäftliche Beziehungen zum Militär. Nicht zuletzt anhand ihrer Auffassungen läßt sich daher die generelle politische Richtung der Militärführung Taiwans nachvollziehen (vgl. unten).

### 3.5.4 Einfluß im kulturellen Bereich

Bevor die derzeitige Interessenlage des Militärs in den Mittelpunkt rückt, soll noch ein kurzer Blick auf eine andere Seite der derzeitigen politischen Machtbasis dieser strategischen Gruppe geworfen werden, nämlich seine unverändert exponierte Stellung als Indoktrinierungsorgan in der taiwanesischen Gesellschaft. Nicht nur in der Politik, auch in der Wissenschaft, im Medienbereich sowie im Schul- und Hochschulwesen übt das Militär einen wichtigen Einfluß aus. Neben der Einrichtung zahlreicher Militärakademien (vgl. *Republic of China 1990: 216ff*) war es federführend am Aufbau einiger der wichtigsten wissenschaftlichen Institute des Landes beteiligt. Viele von ihnen sind zivilen Universitäten angegliedert, wo die militärstrategisch und waffentechnologisch relevante Forschung weniger auffällt.<sup>113</sup> Das Militär besitzt außerdem neun Verlagshäuser, publiziert 29 Zeitschriften sowie 23 überregionale Zeitungen und Bulletins (letztere beiden mit einem Gesamtkapital von 14 Mrd. NT), verfügt über sechs eigene lokale Rundfunk- und Fernsehstationen und ist an der Leitung der drei nationalen Fernsehsender führend beteiligt. Hinzu kommt noch eine eigene Filmgesellschaft (Hanwei) und je eine Theaterakademie für die drei Teilstreitkräfte! Eine Beeinflussung des sozialen und kulturellen Lebens auf Taiwan mit militärischem Gedankengut liegt dadurch zweifellos vor, wenngleich nur auf eher subtile Weise.

Am sichtbarsten wird dieser Einfluß jedoch an den Mittel- und Oberschulen sowie an den Universitäten in Gestalt des militärischen Ausbildungssystems. Spezielle "military instructors" (*chiaok-kuan*), die formell der KMT-Jugendorganisation China Youth Corps unterstehen, unterweisen Schüler und Studenten in den "Drei Volksprinzipien" Sun Yat-sens sowie in militärischen Schieß- und Geländeübungen. Diese stark an die volksrepublikanische Praxis erinnernde Indoktrinierung der taiwanesischen Jugend stößt mittlerweile auf den erbitterten Widerstand der betroffenen Schüler und Studenten. Dennoch wurde das militärische Ausbildungssystem in dem jüngst verabschiedeten neuen Hochschulgesetz prinzipiell beibehalten.<sup>114</sup> Dadurch wird deutlich, daß das Militär seinen ideologischen Einfluß auf die Bereiche Erziehung und Ausbildung keinesfalls aufgeben will und bisher auch noch nicht an dessen Absicherung gehindert werden kann.

### 3.5.5 Interessenlagen und innere Fraktionierung

Obwohl die Mehrheit der Soldaten innerhalb der Streitkräfte ethnische Taiwanesen sind, dominierten in der militärischen Führungsebene zu Beginn des Reformprozesses 1986 noch immer nahezu ausnahmslos Festlandchinesen der ersten Generation. (vgl. Tab. 3-24). Der Generalstabschef war in der autoritären

Ära stets ein gebürtiger "Festländer". Auch der militärische Beraterstab im Präsidialamt wurde von "Festländern" kontrolliert. In den Führungsstäben der Teilstreitkräfte und bei der VACRS sah (und sieht es bis heute) nicht anders aus. Einige dieser Offiziere sind noch aus der legendären Whampoa-Militärakademie hervorgegangen, die von Sun Yat-sen in den Revolutionswirren, nach dem Zusammenbruch des chinesischen Kaiserreiches, in Kanton gegründet und lange Jahre von Chiang Kai-shek geleitet worden war.<sup>115</sup> Es liegt daher nahe, das Militär der Anti-Hauptströmung zuzuordnen. Die ethnische Zugehörigkeit und politischen Standorte der vom Militär unterstützten Politiker bestätigen dies.

Tabelle 3-24: Provinzzugehörigkeit in der taiwanesischen Armee (in Prozent)

Jahr	Generalsrang		2. Offiziersstufe		3. Offiziersstufe		Mannschaften insgesamt	
	Fest.	Taiw.	Fest.	Taiw.	Fest.	Taiw.	Fest.	Taiw.
1950-1965	98,7	1,3	90,4	9,6	86,2	13,8	47,2	53,8
1965-1978	92,6	7,4	81,2	18,8	65,3	34,7	31,6	68,4
1978-1988	84,2	15,8	67,4	32,6	51,7	48,3	21,3	78,7
Durchschnitt	91,8	8,2	79,67	20,3	67,7	32,3	33,3	66,6

Quelle: *Tai-wan kung-hun <Taiwan Tribune>*, 8. Dezember 1988.

Fast alle dieser Abgeordneten sind 1. Festlandchinesen der zweiten Generation und 2. Protagonisten eines härteren Kurses gegenüber Präsident Lee Teng-hui. Sind sie jedoch ethnische Taiwanesen, trifft zumindest das zweite Kriterium zu. Die anlässlich der Parlamentswahlen von 1992 ausgegebenen Leitprinzipien für die Kandidatennominierung des HFHTP lauteten:

1. Ein "sauberes" Image, hoher Bildungsstand und Zugehörigkeit zur zweiten festlandchinesischen Generation;
2. Großer Kampfeifer und die Fähigkeit, Stimmen auch auf fremdem Terrain zu erobern;
3. Übereinstimmung mit der Ideologie des Militärs, persönliche (verwandtschaftliche) Beziehungen zum Militär und eine erfolgreiche lokale Geschäftstätigkeit (oder anderweitige finanzielle Basis).<sup>116</sup>

Wenn von der Ideologie des Militärs gesprochen wird, so ist damit - getreu der offiziellen Ein-China-Politik der KMT - insbesondere die Ablehnung der taiwanesischen Unabhängigkeit und eine gleichzeitige Befürwortung der chinesischen Wiedervereinigung gemeint. Dazu gehört jedoch auch die Wahrung der grundlegenden ökonomischen Interessen des Militärs, also die Absicherung seiner finanziell geringe Senkung der Verteidigungsausgaben, den Erwerb modernster Waffensysteme sowie die Aufrechterhaltung aller Privilegien für die VACRS und ihre Unternehmen. Gerade die letzten beiden Aspekte spielen in der von Verrechtlichung und mehr politischer Transparenz geprägten Transitionsphase eine



wichtige Rolle, denn dem Militär schlägt der Widerstand der politischen Opposition heute so stark entgegen wie noch nie zuvor. Mit dem Ruf des politischen Verfolgers in der autoritären Ära, vor allem aber mit der brutalen Niederschlagung des Februaraufstandes 1947 historisch schwer belastet, muß das Militär bei allen seinen Aktionen stets mit einer sehr sensiblen Öffentlichkeit rechnen.

Die ideologische Deckungsgleichheit zwischen den Militärs und der Anti-Hauptströmung insgesamt kann konkret an der Rolle der New Kuomintang Alliance im vorangegangenen und neuen Legislativ Yuan aufgezeigt werden. Deren Mitglieder sind zum größten Teil "Festländer" der zweiten Generation und stammen in vielen Fällen aus bekannten Soldatenfamilien. Die zwar oft unzutreffend mit dem Prädikat "konservativ" bezeichnete NKA tritt dennoch für die Wiedervereinigung ebenso ein, wie sie den "Taiwanisierungskurs" Lee Teng-huis politisch bekämpft. Dem Präsidenten wirft sie vor, ethnische Spannungen für den parteiinternen Machtkampf zu mißbrauchen und damit die Interessen der "Festländer" ungebührlich zu mißachten. Den Widerstand des Militärs spürte Lee indirekt auch im März 1992, als das dritte Plenum des 13. Parteikongresses seine Vorschläge für die 2. Verfassungsreform diskutierte. Die Anti-Hauptströmung formierte sich damals unter der maßgeblichen Beteiligung des früheren Vorsitzenden der VACRS und ersten Mannes des HFHTP, General Hsu Li-nung, und verhinderte ein Votum des Plenums für die direkte Präsidentschaftswahl durch das Volk.<sup>117</sup> Im Falle der ökonomischen Interessenwahrung des Militärs blockieren dessen parlamentarische Vertreter immer wieder die Aufhebung des umstrittenen Paragraphen 8 in den Ausführungsbestimmungen zum VACRS-Gesetz und versuchen das Wirtschaftsimperium des Militärs vor den Privatisierungsoffensiven der Regierung zu schützen.<sup>118</sup>

Schon Anfang der 90er Jahre zeigte sich, daß der parteiinterne Machtkampf zwischen Haupt- und Anti-Hauptströmung auch die militärische Führungsebene erreicht hatte. Nachdem Lee Teng-hui im Mai 1990 auf Druck einflußreicher Parteikonservativer den zu diesem Zeitpunkt mächtigsten Militär - den früheren Generalstabschef und damaligen Verteidigungsminister Hao Po-t's'un - an die Kabinettspitze berufen hatte, konnte das Militär seinen politischen Einfluß aus reichend gewahrt sehen. Aus heutiger Perspektive wird deutlich, daß der Präsident - ihm obliegen das militärische Oberkommando und auch die Ernennung der einzelnen Befehlshaber - damit wohl einen entscheidenden Schachzug zur Neutralisierung des parteiinternen Einflusses des Offizierkorps getan hatte. Er band den konservativen Hao in die Regierungsverantwortung ein und unterstellte ihn damit der öffentlichen Kontrolle. Auf diese Weise wurde die Kommunikation zwischen dem Premier und seinen Vertrauten in der Militärführung erheblich erschwert.<sup>119</sup> Nur so ist auch erklärlich, wie der Präsident im November 1991 einen Außenminister - General Liu Ho-ch'ien - zum neuen Generalstabschef berufen konnte. Dieser wichtige Posten, der in den Jahren 1981-89 von Hao selbst bekleidet worden war, wurde so mit einem Mann besetzt, der nicht zum unmittelbaren Beziehungsgeflecht des Premierministers in der Militärführung zählte. Diese übte sich zwar in Loyalität und äußerte sich nicht öffentlich, doch war der Unmut über die "Überrumpelungstaktik" des Präsidenten offenkundig.<sup>120</sup>

Auch hat die Militärführung - genauso wenig wie die Anti-Hauptströmung insgesamt - nicht verhindern können, daß Hao Po-t's'un im Februar 1993 nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen von seinem Posten als Regierungschef zurücktreten mußte. Ersetzt wurde er von Lien Chan, einem ausgewiesenen Vertreter der Hauptströmung und Lee-Vertrauten. Mit dem Ausscheiden Haos aus der Regierung ist der Einfluß der alten Militärführer entschieden eingeschränkt worden. Unabhängig davon, wie heftig sie hinter den Kulissen auch immer protestierten - ändern konnten sie diese Entscheidung der progressiven Kräfte in der KMT nicht.

### 3.5.6 Ergebnisse und Prognosen

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß das Militär auch in der Transitionsphase eine durchaus mächtige strategische Gruppe geblieben ist. Es verfügt über eine autonome ökonomische Ressourcenbasis und besitzt nach wie vor auch die politischen Mittel, seinen Einfluß abzusichern. Dabei will das Militär heute jedoch weitgehend die von der taiwanesischen Demokratie vorgezeichneten Wege der politischen Interessenrealisierung gehen. Allerdings hat es in den letzten Jahren auch Terrain abtreten müssen. Seine ökonomische Privilegierung und politische Sonderbehandlung stehen heute auch innerhalb der KMT zur Disposition, und die Opposition hat sich den Kampf gegen die "Sonderrechte des Militärs" auf die Fahnen geschrieben. Die Interessen des Offizierkorps sind deshalb konservativ im wörtlichen Sinn. In der demokratischen Ära bleibt ihm nicht viel mehr als die Bewahrung oder Verteidigung seiner Machtressourcen. Dabei geht das Militär jedoch nicht ungeschickt vor und hat seine diesbezüglichen Strategien - wie gezeigt - auf die neuen Verhältnisse abgestimmt.

Seine Führung ist vom parteiinternen Machtkampf der letzten Jahre nicht unberührt geblieben. Da das Offizierkorps derzeit wohl noch immer mehrheitlich auf der Seite der festlandchinesisch dominierten Anti-Hauptströmung steht, ist es genau wie diese, in die Defensive geraten. Allerdings wird es sich nach dem Eindruck dieses Verfassers deshalb zukünftig kaum stärker als eigene politische Kraft profilieren wollen. Thailändische oder südamerikanische Verhältnisse sind auf Taiwan nicht vorstellbar. Dazu trägt - neben den weiter oben angeführten historischen Bedingungen - erstens die Personalpolitik des Präsidenten Lee Teng-hui bei, der sich seit seiner offiziellen Wahl 1990 darum bemüht, alle wichtigen Positionen im Offizierkorps mit Leuten seines Vertrauens zu besetzen, und dabei großen Erfolg hat.<sup>121</sup> Zweitens gilt, daß das Militär den Reformprozeß prinzipiell unterstützt:

Das Militär verschließt sich der Demokratisierung nicht. Die Offiziere sind heute aufgeklärter als früher. Fälle von Rechtsbeugung werden öffentlich gemacht. Das Militär hat sich in den generellen Trend, wie er von der KMT vorgegeben wurde, eingereiht.<sup>122</sup>

Wie weit allerdings wird diese Unterstützung in der Zukunft gehen? Historisch handelt es sich beim taiwanesischen Militär um eine Parteiarmee, wenngleich die Militärführer dieses stets bestreiten und von einer Loyalität zur Republik China sprechen. Die Frage ist nur, welchen Unterschied das ausmacht:

Die KMT kann genausowenig von der Republik China getrennt werden wie das Militär. Die KMT repräsentiert die Republik China. Es entspricht dieser Logik, daß die Armee in dem Moment nicht mehr loyal zur Regierung stehen kann, wenn eine andere Regierung die Republik China abschaffen will.<sup>123</sup>

Falls diese Auffassung von der Mehrheit des Offizierskorps geteilt wird - und es spricht bislang noch einiges dafür - könnten der taiwanesischen Demokratie im Falle einer Regierungsübernahme durch die DPP Probleme erwachsen. Andererseits ist zu bedenken, daß auch auf der Führungsebene des Militärs der "Taiwanisierungsprozeß" an Fahrt gewinnt. Auf den unteren und mittleren Ebenen befehlen schon heute zahlreiche ethnisch taiwanische Offiziere (vgl. Tab. 3-24), und auch in den obersten Etagen wird sich dieser Prozeß versteinigen. Die "Säkularisierung" der Armee, also ihre schrittweise ideologische Abkoppelung von der KMT, wird damit in Zukunft voranschreiten. Deshalb steigen aber auch die Chancen, daß aus der einstigen Parteiarmee eine loyale Staatsarmee wird - egal welche politische Kraft die Regierung stellt. Insofern gilt für die Gefährdung des Reformprozesses durch die Armee prinzipiell dasselbe wie für die generelle Prognose über seine Zukunft: Je länger er andauert, desto geringer die Gefahr von Rückschlägen.

Solange die KMT jedoch ihre Macht behauptet, ist die Regierungsübernahme durch eine Militärdiktatur auf Taiwan kaum denkbar. Viel eher tragen die Offiziere ihre Unzufriedenheit in den Parteiapparat hinein und drängen dort auf einen Interessenausgleich, als daß sie sich offen gegen die derzeitige Regierungspartei stellen würden. Davon ist sogar die politische Opposition felsenfest überzeugt: "Es ist fast unmöglich, daß die politischen Auffassungen der Militärführung entscheidend von jenen der KMT-Spitze abweichen könnten. Das Militär ist zahn und steht unter der absoluten Kontrolle des Parteiapparates. Ein Putsch ist völlig ausgeschlossen."<sup>124</sup>

### 3.6 Vom unmündigen Zögling zum politischen *power broker* - Die neue Bedeutung der taiwanesischen Unternehmerschaft

#### 3.6.1 Vorbemerkungen

Wie in Kapitel 2 bereits aufgezeigt, bildet die taiwanische Unternehmerschaft heute eine wichtige strategische Gruppe innerhalb der herrschenden Regimekoalition. Nur in geringem Maße hat sie sich bisher auf die Seite der Opposition geschlagen. Nachdem das taiwanische Privatkapital jahrzehntelang von der Regierungspartei kontrolliert werden konnte und kaum ein eigenes politisches Profil besaß, hat sich das Bild seit den frühen 80er Jahren allerdings erheblich gewandelt. Tatsächlich geschieht heute auf der politischen Ebene nahezu nichts mehr ohne die direkte oder indirekte Einflußnahme privatwirtschaftlicher Interessen. Zunehmender innen- und außenpolitischer Druck auf das Regime war es, der die politisch anfangs schwache Position der Unternehmerschaft in den 80er Jahren gestärkt hat. Dies hat sich vor allem an zahlreichen Maßnahmen der Wirtschaftsliberalisierung, der Flexibilisierung der Chinapolitik und der eingeleiteten Privatisierung zahlreicher Staatsbetriebe gezeigt, wie in den folgenden Abschnitten noch näher ausgeführt werden wird.

Amtierende Politiker aller Ebenen bekleiden - oft gleichzeitig an verschiedener Stelle - Direktoren- oder Managerposten in mittelständischen Unternehmen und großen Konzernen. Unverdeckt werden sie bei ihren aufwendigen Wahlkämpfen von der Wirtschaft finanziell unterstützt und machen sich bereitwillig zu ihren Interessenschwärmern. Zudem lassen sich einflußreiche Geschäftsleute heute weitaus zahlreicher als früher selbst in die politischen Spitzengremien des Landes wählen und haben damit dem modernen Lobbyismus (*kuan-shuo, you-shuo*) zu einer spezifisch taiwanesischen Variante verholfen. Dieselben Unternehmer gründen ferner Firmen mit dem Staat oder der KMT und forcieren damit die Oligopolisierung der Wirtschaft (vgl. auch Punkt 3.3.)

Die Untersuchung versucht im folgenden erstmals, den historischen Bedeutungszuwachs der taiwanesischen Unternehmerschaft seit der Flucht der KMT 1949 nachzuzeichnen. Dabei sollen jedoch weder die in der Literatur umfassend genannten Gründe für die prinzipielle Entscheidung des Chiang-Regimes zum systematischen Aufbau eines marktwirtschaftlichen Systems hinterfragt<sup>125</sup> noch die "technischen Aspekte" und konkreten Einzelmaßnahmen der unternehmerfreundlichen Modernisierungspolitik aufgearbeitet werden,<sup>126</sup> auch die soziologisch-anthropologisch motivierten Aussagen zum Thema sind an dieser Stelle von untergeordneter Bedeutung.<sup>127</sup> Vielmehr geht es darum, die einzelnen Etappen nachzuzeichnen, in denen sich die relative Machtposition des Privatkapitals in der Regimekoalition verstärkte und es vom "Klientelistisch gebundenen Juniorpartner" zum politischen "power broker" aufstieg.

Zweitens werden die unterschiedlichen Interessen innerhalb der taiwanesischen Unternehmerrschaft beschrieben. Sie entspringen einer strukturellen Fraktionierung des Privatkapitals in eine Minderheit aus Groß- und eine Mehrheit aus Klein- und mittelständischen Unternehmern mit jeweils unterschiedlicher Marktorientierung und Ressourcenlage.

Drittens sollen dann die unterschiedlichen Strategien und Organisationen betrachtet werden, mit denen die Unternehmerrschaft ihr primäres Interesse - allgemein gesprochen: die Verbesserung der kapitalistischen Verwertungsbedingungen durch einen größeren Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik - absichert. Dabei muß erneut zwischen dem Großkapital und dem Klein- und mittelständischen Kapital (KMK) unterschieden werden, die hier zum Teil unterschiedliche Wege der Interessenrealisierung beschreiten. Schließlich gilt es zusammenfassend der Frage nachzugehen, welche Rolle die taiwanesischen Unternehmerrschaft für die Einleitung der Transitionsphase konkret spielte und wie sie die demokratische Konsolidierung auf Taiwan zukünftig beeinflussen wird.

### 3.6.2 Der Aufstieg der taiwanesischen Unternehmerrschaft und ihre Emanzipation vom "starken Staat" - historische Rahmenbedingungen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Wiederangliederung Taiwans an China 1945 gab es auf der Insel weder eine wirtschaftlich bedeutende noch eine politisch einflußreiche Unternehmerrschaft. Unter der japanischen Kolonialherrschaft (1895-1945) waren vielmehr zahlreiche Staatsbetriebe gegründet worden, die die Inselwirtschaft kontrollierten<sup>128</sup> und den japanischen und taiwanesischen Privatunternehmern lediglich eine bescheidene Zulieferfunktion einräumten.<sup>129</sup> Die erwirtschafteten Profite investierten die Japaner zumeist entweder in den Ausbau der Infrastruktur oder aber in die Verbesserung der Anbau- und Düngemethoden - allgemein gesprochen also in die Intensivierung der Landwirtschaft; später begannen sie sogar mit dem Aufbau einer autarken Industriestruktur. Dabei blieben die Staatsunternehmen jedoch stets federführend. Als die KMT die Insel in Besitz nahm, konnte sie problemlos in die Fußstapfen der Japaner treten. Sie übernahm die Staatsbetriebe und verfügte somit nicht nur über die absolute politische, sondern auch ökonomische Macht.<sup>130</sup>

Allerdings nutzte sie diese Ressourcenbasis zwischen 1945 und 1949 nicht zur weiteren Modernisierung Taiwans. Vielmehr erwiesen sich die Nationalisten in den Anfangsjahren durch eine horrende Mißwirtschaft und Korruption als noch schlimmere, weil überaus ineffiziente, Kolonialherren als es die Japaner jemals gewesen waren. Die Inselwirtschaft wurde zur Finanzierung des Bürgerkrieges auf dem Festland vom Regime systematisch ausgebeutet und an den Rand ihres Zusammenbruchs getrieben.<sup>131</sup> Dieser Ressourcentransfer wurde nach dem Ende des chinesischen Bürgerkrieges und der Flucht der KMT-Spitze nach Tai-

wan 1949 zwar hinfällig. Ausgeschlossen war zu diesem frühen Zeitpunkt jedoch nicht, daß sich die "Erben Sun Yat-sens" in der Folgezeit ähnlich parasitär gebärdeten würden wie die Militärdiktaturen Lateinamerikas und später die postkolonialen Regime Afrikas. Damit wäre die Entstehung eines veritablen Privatkapitals aber langfristig behindert worden. Es gehört zu den bis heute faszinierendsten Aspekten der jüngeren taiwanesischen Geschichte, daß eben dies nicht geschah und die Exilpartei eine andere Richtung einschlug: die Förderung der privatkapitalistischen Initiative und eines Marktes.

Trotz ihrer wenig ruhmreichen Vergangenheit auf dem chinesischen Festland, die in einer schmachvollen Niederlage gegen die Rote Armee Mao Tse-tungs endete, war es der erklärte Wille des KMT-Regimes, einen Neuanfang zu machen. Ziel Chiang Kai-sheks war die baldige Rückeroberung des Festlandes. Notwendig war deshalb der Aufbau einer militärisch und ökonomisch stabilen Operationsbasis. Diese Ausgangsüberlegung erforderte eine optimale Modernisierungsstrategie, die die Nationalisten in einer Kombination aus Staatskapitalismus und gelenkter Privatinitiative zu erkennen glaubten. Dabei beriefen sie sich auf die "Drei Volksprinzipien" (*san-min chu-i*) des Gründervaters der chinesischen Republik, Dr. Sun Yat-sen (1866-1925) mit ihren entsprechenden Überlegungen zur "Volkswohlfahrt" (*min-sheng chu-i*).<sup>132</sup>

Entscheidend für den entsprechenden politischen Spielraum des KMT-Regimes war der Ausbruch des Korea-Krieges Mitte 1950 und die damit durch die 7. Flotte der US-Navy verbürgte Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten<sup>133</sup> sowie ihre - offiziell bis 1965, tatsächlich aber noch einige Jahre länger geleistete - umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe.<sup>134</sup> Beides trug in den folgenden Jahrzehnten entscheidend zur Absicherung der innen- und außenpolitischen Legitimationsbasis des KMT-Regimes bei und schaffte vor allem die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für die schon in den 50er Jahren einsetzende *Take-off*-Phase der Inselwirtschaft.<sup>135</sup> Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem taiwanesischen Privatkapital war die von der KMT in den Jahren 1949-53 erfolgreich durchgeführte Agrarreform (Chen Cheng 1961; Hsieh/Lee 1966; Hsiao 1981), an die sich nacheinander - und in der Durchführung überaus erfolgreich - eine Importsubstitutions- und eine Exportindustrialisierungsstrategie bei inklativer Rahmenplanung durch den Staat anschlossen (Chang Sai 1984, Menzel 1985, Gold 1986). In jeder dieser Entwicklungsphasen wurde das Privatkapital mit einer Vielzahl tarifärer und nicht-tarifärer Handels-hemmnisse durch die staatliche Wirtschaftspolitik flankiert (günstige Wechselkurse), protegiert (hohe Importzölle), motiviert (lukrative Kredite, Subventionen oder Zinsvergünstigungen) oder blockiert (rigide Beschränkung des freien Kapitalverkehrs, Exportquotierung).<sup>136</sup>

Auch muß aus historischer Sicht dem Tatbestand eine hohe Bedeutung beigegeben werden, daß die KMT als Exilpartei keinerlei politische Kompromisse einzugehen brauchte. Die neue Herrschaftselite bestand aus Militärs, Parteifunktionären und einigen Großkapitalisten aus Shanghai und Kanton. Sie alle waren auf Taiwan wurzellos - in sozialer und politischer, vor allem aber auch in ökonomischer Hinsicht. Rücksichten brauchten in keinerlei Weise genommen zu werden, "vested interests" bestanden nicht. Das Grundbesitzertum wurde durch die Agrarreform ausgeschaltet, die Arbeiterschaft wurde in straff geführten korporatistischen Gewerkschaften gleichgeschaltet und die gesamte Regierungsbürokratie mit der eigenen festlandchinesischen "Flüchtlingsklientel" besetzt. Die taiwanesishe Intelligenz war bereits vorher, nach der Säuberungswelle im Zusammenhang mit dem Massaker vom 28. Februar 1947, getötet, verhaftet oder ins Exil gezwungen worden (vgl. Punkt 1.1.1.). So gelang es der KMT, innerhalb nur kurzer Zeit jeden nur denkbaren organisierten Widerstand zu brechen oder auf lange Zeit zu unterbinden. Das Regime besaß Anfang der 50er Jahre eine hohe Autonomie gegenüber der Gesamtgesellschaft und konnte damit prinzipiell jede anvisierte Politikstrategie kostengünstig durchsetzen.

Schon kurz nach der Flucht der Nationalisten nach Taiwan 1949 wurden weitere Wirtschaftszweige nationalisiert und unmittelbarer KMT-Kontrolle unterstellt, so vor allem im verarbeitenden Gewerbe und in besonders profitablen Bereichen des Dienstleistungssektors. 1952 erwirtschafteten öffentliche Unternehmen folgerichtig noch immer 56 Prozent der gesamten Industrieproduktion (Amsden 1991b: 1123). Sie blieben auch in den folgenden Jahrzehnten ein Motor der taiwanesischen Industrialisierung. Das Regime war deshalb dazu in der Lage - auf einer soliden ökonomischen Basis aufbauend - seine Unternehmerförderung mit einer systematischen Strukturpolitik zu koppeln. Die Planungstechnokratie forderte in der Folge gezielt bestimmte Privatunternehmen, die eine führende Rolle bei der Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsbereiche spielen sollten.<sup>137</sup>

Der Staat konnte mittels seiner Wirtschaftspolitik, seines Lizenzsystems, der Beschränkung von Importen, seiner Privatisierungspolitik, einer selektiven Steuerpolitik, Vorzugsbehandlungen bei der Anwendung von Kredit- und Devisenbestimmungen sowie einer selektiven, kontrollierend oder bestrafend ausgeübten Anwendung von gesetzlichen Bestimmungen einer Minderheit von Unternehmern eine überlegene Marktstellung und somit einen übermäßigen Profit sichern (Chu Yün-han 1989: 140f).

Dadurch kam es zu einer allmählichen sektoralen und branchenspezifischen Monopolisierung und Oligopolisierung des taiwanesischen Binnenmarktes durch einflußreiche Großunternehmen, die sich seit den 80er Jahren zudem erheblich verschärft (vgl. unten). Die 100 größten Privatunternehmen bzw. -konzerne Taiwans konnten in den Jahren 1976-81 30,2 Prozent des Gesamtumsatzes aller Privatunternehmen auf der Insel für sich verbuchen (Amsden 1991b: 123f). 1986

erwirtschafteten sie einen Anteil von 23,58 Prozent (!) des nominalen BSP desselben Jahres (errechnet nach Wei Tuan 1990: 65 und TSDB 1993).<sup>138</sup> Als monopolisierte oder staatlich stark protegierte Wirtschaftszweige müssen dabei bis heute der Energiesektor, die Düngemittelproduktion, die Zuckerveredelung, die Stahlherzeugung, der Schiffs- und Automobilbau, die Schwermaschinenindustrie, die Bauwirtschaft, die Zement-, Papier-, Glas- und Pharmaindustrie, die Petrochemie, der Transport- und Verkehrssektor, die Tabak- und Alkoholherstellung, das Kredit-, Versicherungs- und Bankwesen, die Medien, der Tourismus sowie die gesamte rüstungstechnologische Produktion gelten (Chou T'ien-ch'eng 1989: 100; Wade 1990: 272-275).

Durch die staatliche Politik der systematischen Marktkonzentration und -kartellisierung (vgl. auch Yen Chi-li 1989: 125ff) wurde eine duale Wirtschaftsstruktur begründet, die die Aufspaltung der taiwanesischen Unternehmerschaft in zwei Fraktionen induzierte und in dieser Form auch das moderne Taiwan prägt: Auf der einen Seite steht eine Minderheit staatlich privilegierter Großunternehmen und Konzerne (das Großkapital), die den Binnenmarkt kontrollieren bzw. oligopolisieren (z.B. Nan Ya Plastics Corp., Formosa Plastics Corp., Far Eastern Textile LTD. oder Hualoong Corp.<sup>139</sup>) auf der anderen Seite existiert eine überwältigende Mehrheit kleiner und mittelständischer Betriebe, die - quasi als gewolltes "Opfer" einer staatlich verordneten Binnenmarktverdrängung - in die Exportwirtschaft gezwungen wurden (Lin Chung-cheng 1989a). Mit ihrer Politik sicherte sich das KMT-Regime in der autoritären Ära die Loyalität des taiwanesischen Großkapitals und erreichte darüber hinaus, daß das KMK zur Lokomotive der taiwanesischen Modernisierung insgesamt avancierte. Auf die Größenordnungen dieser Kapitalfraktionen ist noch an anderer Stelle (vgl. Punkt 3.6.3) zurückzukommen.

Allerdings blieb das KMK nicht völlig von der staatlichen "Allokationspolitik" ausgeklammert. So übertrug das Regime Teilbereiche der staatlichen Monopole auch an einflußreiche taiwanesische *Lokalfaktionen* (vgl. im einzelnen Punkt 3.6.4.3), die als politisch weitgehend autonomer Faktor nicht mit autoritären Mitteln kontrolliert werden konnten und hinter denen fast immer mittelständische, lokale Unternehmer standen. Auch sie beantworteten diese Vergünstigungen mit der politischen Unterstützung des Regimes.<sup>140</sup> In derselben Logik stand auch die - obschon sehr begrenzte - direkte Zuweisung von ökonomischen Reglungskompetenzen an die Provinzversammlungen sowie die kommunalen Reglungen. Dadurch wurden einzelne Lokalpolitiker direkt dazu in die Lage versetzt, im Rahmen der "regionalen Wirtschaftsmonopole eine lokale "Strukturpolitik" zu betreiben. Das nutzten sie wiederum reichlich dazu aus, ihre privaten "Gönner" am staatlichen Ressourcentopf zu beteiligen (Chu Yün-hang 1989: 151). Bei diesen handelte es sich aber in fast allen Fällen um die Führer der Lokalfaktionen und somit um das Klein- und mittelständische Privatkapital.

Zusammenfassend bewirkte die hier kurz dargestellte Ressourcenallokation des KMT-Regimes zweierlei: Einerseits konnte die Regierungspartei jegliche ökonomische - und somit auch sukzessiv politische - Machtakkumulation an der nationalen und lokalen Basis unterbinden. Vielmehr spielte sie die Interessen des von ihm selbst geförderten Privatkapitals - zumeist vermittelt über eine "Divide et impera"-Politik gegenüber den miteinander konkurrierenden Lokalfaktionen oder verschiedenen Großunternehmen - gegeneinander aus. Andererseits war es ihr möglich, mit dieser Strategie die neue Unternehmenserschaft zu kooperieren. Die KMT übernahm somit die Rolle eines klassischen Patrons, der sich politische Loyalität mit materiellen Privilegien erkaufte.

Ausländische Kapitalinvestitionen spielten in diesem Kontext - ganz im Gegensatz zur lateinamerikanischen und afrikanischen Entwicklungsregion - nur eine untergeordnete Rolle. Zwischen 1965 und 1986 lag der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen an der gesamten Kapitalbildung zwischen 1,37 und 4,32 Prozent bzw. - auf den verarbeitenden Sektor bezogen - zwischen 2,50 und 5,47 Prozent (Schive 1990: 3).<sup>141</sup> Nach dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan und den USA in den 70er Jahren lockerte Taiwan zwar die ansonsten restriktive Politik gegenüber multinationalen Unternehmen. So übersteigen die ausländischen Direktinvestitionen seit 1987 regelmäßig die Grenze zu einer Milliarde US-Dollar und erreichten 1989 ihren bisherigen Spitzenwert von 2,42 Mrd. US-Dollar (1992: 1,4 Mrd. Dollar). Dennoch steht der durchschnittliche Anteil der Auslandsinvestitionen an der Gesamtkapitalbildung auch zwischen 1987 und 1992 bei lediglich rund zwei Prozent (vgl. TSDB 1993). Einen gewichtigen ökonomischen und politischen Einfluß besitzt das multinationale Kapital auf Taiwan daher bis heute nicht.

Obleich die taiwanesischen Unternehmenserschaft im Verlauf der Entwicklungsdekaden nach 1949 quantitativ erheblich zunahm (vgl. Punkt 2.3), spiegelte sich dies in der autoritären Ära - wie bereits gesagt - in keinerlei politischem Bedeutungs- oder Machtzuwachs wider. Vielmehr gelang es dem KMT-Regime, das Privatkapital in seiner Gesamtheit in die Rolle des Juniorpartners zu zwingen. Insbesondere Klein- und mittelständische Unternehmerinteressen waren, mit Blick auf die Beeinflussung der zentralen Entscheidungsebenen staatlicher Wirtschaftspolitik, politisch einflußlos. Allein den wenigen privilegierten Großunternehmern wurde ein Mitspracherecht in der Regimekoalition zugestanden, obgleich auch sie unter dem Primat der Planungstechnokratie standen. Eine Vielzahl der für das Privatkapital relevanten Politikfelder, namentlich die Verteidigungs-, Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik mit ihren lukrativen Großprojekten, wurden allein von der festlandchinesischen Planungstechnokratie bearbeitet und blieben den ethnisch überwiegend taiwanesischen Unternehmern verschlossen (Chu 1987).<sup>142</sup>

Aus diesen Gründen fungierten auch die großen nationalen Wirtschaftsverbände in der autoritären Ära als rein korporatistische Organisationen im Sinne des Regimes: Zwar galten sie als Transmissionsriemen zwischen der Planungstechnokratie in der Regierung, der KMT-Parteispitze und der Wirtschaft, doch handelte es sich hierbei durchweg um eine Einbahnstraße von oben nach unten. Die Verbände wurden lediglich dazu benutzt, die Implementierung der staatlich vorkonzipierten Wirtschaftspolitik in die angeschlossenen Unternehmen weiterzuvermitteln und ihre Implementierung zu erleichtern. Sie wurden gesetzlich eng kontrolliert, von der KMT finanziert und ihre führenden Funktionäre in die Parteispitze kooptiert. Da es sich dabei stets um die wichtigsten Repräsentanten des taiwanesischen Großkapitals handelte, sah sich das KMT durch die nationalen Wirtschaftsverbände nicht vertreten. Dies wird später noch im einzelnen erörtert.

Ungeachtet dieser Verhältnisse, zeigte sich die Geschäftswelt allerdings über nahezu die gesamte autoritäre Ära hinweg durchaus zufriedenen mit der Politik der KMT, die bis in die 80er Jahre stark protektionistisch blieb und somit hohe Unternehmensgewinne garantierte. Insbesondere die den realen Verhältnissen nicht mehr gerecht werdenden Wechselkursrelationen des Neuen Taiwan-Dollar waren es, von denen das Privatkapital profitierte. So blieb der Wert des NT vor allem gegenüber der US-Währung ständig chronisch unterbewertet, was der Exportwirtschaft - zusätzlich zu den (seit den 70er Jahren allerdings konstant rückläufigen) komparativen Kostenvorteilen bei den Löhnen - hohe Profite einbrachte. Es bestand also trotz der politischen Knebelung kein echter Handlungsbedarf, der die Unternehmer zu einer stärkeren Politisierung hätte zwingen können. Dies geschah erst, als sich in den 80er Jahren die internationalen Rahmenbedingungen änderten und die KMT zu wirtschaftspolitischen Kurskorrekturen gezwungen wurde.

Für die politische Apathie des Privatkapitals in der autoritären Ära waren allerdings auch einige strukturelle Probleme der taiwanesischen Volkswirtschaft verantwortlich, die eine Organisierung von Unternehmerinteressen auf Taiwan bis heute erschweren. Bei durchschnittlich nicht mehr als 40 Mio. NT Jahresumsatz (etwa 2,5 Mio. Mark) machen Betriebe mit weniger als 100 Mitarbeitern heute rund 80, mit weniger als 300 Angestellten sogar ca. 94 Prozent aller taiwanesischen Firmen aus (MOEA 1991) - ein Größenverhältnis, das sich seit den 50er Jahren nur unwesentlich verändert hat. Taiwan ist das Land der kleinen und mittelständischen Unternehmen und erinnert mit seinen vielen Familienbetrieben noch immer an die Zeit vor seinem Eintritt in das industrielle Zeitalter. Die Kapitaldecke dieser Unternehmen ist für Investitionen in größerem Umfang zumeist zu dünn:

These enterprises are characterized by (...) shortage of fund, lack of credit, lack of information on the state of the market, weak financial and personnel

structure, low technology, low competitiveness of products, and absence of middle or long-range planning, let alone "research and development" (Liu 1990: 283).<sup>143</sup>

Aus diesen Gründen zeichnet sich das KMK durch eine hohe Sektormobilität aus, die ihrerseits der Institutionalisierung gemeinsamer Interessen eine hohe Hürde in den Weg stellt. Dort, wo geringe Ein- und Ausstiegskosten Möglichkeiten zu einem ständigen Neubeginn bieten, ist die Bereitschaft zum längeren Konflikt mit der mächtigen Wirtschaftsbürokratie nicht besonders groß. Außerdem wurde diese strukturell bedingte, mangelnde Konfliktfähigkeit des KMK in der autoritären Ära durch seine hochgradige Abhängigkeit von der protektionistischen Wirtschaftspolitik des Regimes noch verstärkt - ein Tatbestand, der allerdings auch auf die privilegierten Großunternehmer zutraf und deren relative Machtposition im herrschenden Bündnis lange Zeit erheblich schwächte. Ein Arrangement mit der Planungstechnokratie war für die gesamte Unternehmerschaft politisch somit allemal sinnvoller als eine Konfrontationsstrategie.

Die USA hatten die neo-merkantilistische Wirtschaftspolitik des KMT-Regimes über dreißig Jahre lang stets unterstützt und der schleichenden Eroberung ihres Marktes durch taiwanische Produkte zwar mißmutig, aber ohne politische Gegenwehr zugesehen. Chou (1992: 101) konstatiert, daß es vor 1984 kaum ernsthafte Handelskonflikte zwischen Taipei und Washington gegeben hatte. In dem Maße aber, wie die amerikanische Wirtschaft stärker von der weltweiten Rezession erfaßt wurde, änderte sich das handelspolitische Klima zwischen beiden Staaten.<sup>144</sup> Das in den Augen der USA übergroße Handelsdefizit mit Taiwan<sup>144</sup> und die zahlreichen Beschränkungen für den Import ausländischer Produkte durch die Regierung in Taipei wurde von Washington nicht mehr länger akzeptiert. Taiwan wurde wegen unfairer Handelspraktiken auf die handelspolitische Anklagebank gesetzt und durch zahlreiche Sanktionsdrohungen in den folgenden Jahren wiederholt zur Beseitigung von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen gezwungen.

Einfuhrzölle wurden gesenkt oder völlig aufgehoben und der Binnenmarkt für eine zunehmend größere Zahl von ausländischen Exportprodukten geöffnet.<sup>145</sup> Auch eine gesetzliche Unterbindung des berühmte-berühmtesten taiwanesischen "Counterfeiting" setzten die USA durch.<sup>146</sup> In insgesamt 13 sog. "Buy American"-Aktionen kaufte Taipei darüber hinaus amerikanische Waren von umgerechnet mehr als 11 Mrd. US-Dollar ein (Chang 1992: 126). Dabei muß die KMT bis heute immer wieder "nachlegen", um den Forderungen und Sanktionsdrohungen der USA gerecht zu werden. Eine ultimative Maßnahme Washingtons war hingegen die Aufkündigung der zollpolitischen Bevorzugung Taiwans im Rahmen des "Generalized System of Preferences and Tariffs" im Januar 1988 - ein Schicksal, das übrigens gleichzeitig auch die anderen "drei kleinen Drachen" Singapur, Hongkong und Südkorea erlitt.

Die für das taiwanische Privatkapital folgenschwerste Direktive war jedoch die von den USA erzwungene Anpassung der Wechselkursrelation zwischen den Währungen beider Länder seit Mitte 1986. Zwischen 1986 und 1988 wurde der NT gegenüber dem US-Dollar um 48 Prozent aufgewertet (vgl. auch P'eng Huai-en 1991a: 251), was sich auf die internationale Konkurrenzfähigkeit der exportorientierten kleinen und mittelständischen Unternehmen sehr negativ auswirkte. Der davon ausgehende Anpassungsdruck konnte durch die staatliche Wirtschaftspolitik nicht ausgeglichen werden, weil die USA die taiwanische Regierung außerdem zu einer fortgesetzten Öffnung ihrer Märkte zwang und damit protektionistischen Kompensationsmaßnahmen den Boden entzog.

In diesem Kontext positiv für das Privatkapital wirkte sich hingegen die von der Regierung 1987 verfügte Freigabe des Kapitalverkehrs<sup>147</sup> aus, für die - neben amerikanischen Interessen - allerdings auch rein binnenwirtschaftliche Überlegungen verantwortlich zeichneten. Denn das auf dem heimischen Markt seit Beginn der 80er Jahre immer weniger zu produktiven Investitionen verwendete Gewinnkapital ließ die Aktien- und Immobilienmärkte kollabieren und zwang daher zu staatlichem Handeln. Nun stand dem taiwanesischen Privatkapital plötzlich der Weg auf die internationalen Märkte offen und gab ihm eine wirksame politische Waffe an die Hand: Fortan konnten Auslandsinvestitionen - oder anders gesprochen, die Androhung einer systematischen Kapitalflucht - als strategisches Mittel gegen die staatliche Planungstechnokratie eingesetzt werden. Das Privatkapital verfügte nunmehr über einen echten politischen "bargaining chip".

Diese Entwicklung hatten die Planungstechnokraten in der Wirtschaftsverwaltung in gewissem Sinne vorausgesehen und deshalb bereits in den frühen 80er Jahren mit der Gründung einer Vielzahl von neuen offiziellen und halboffiziellen Organisationen begonnen. In diesem Rahmen bemühte man sich verstärkt, mit der mächtiger werdenden Unternehmerschaft zu einer neuen Kooperationsbasis zu gelangen, ein notwendig gewordenes *industrial upgrading* einzuleiten sowie die Diversifizierung der Exportmärkte zu beschleunigen:

By the end of the 1980s, a new high-tech policy network began to take shape. The policy network lined up planning agencies, state banks, semipublic venture capital, high-tech start-ups, parastatal research organizations, university research centers, foreign consultant firms, and the American Chinese science and engineering community (Chu 1992: 140/41).<sup>148</sup>

Mit dieser Strategie wollte die Planungstechnokratie ihre Suprematie über die Steuerung der Wirtschaftspolitik in die Ära der Handelsliberalisierung, die mit der politischen Demokratisierung zeitlich einherging, behaupten.<sup>149</sup> Allerdings wurden an diesem neuen Konsultationsprozeß lediglich die staatlich kontrollierten, korporatistischen Industrie- und Handelsverbände beteiligt. Nur sie kamen

auch in den Genuß von neuen Forschungs- und Entwicklungsgeldern, mit denen die taiwanische Grundlagenforschung in den 80er Jahren angekurbelt werden sollte. Doch trotz aller ihrer Bemühungen brachen der Planungstechnokratie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zunehmend die Dämme weg: Das Privatkapital betrieb unter dem Eindruck des kontinuierlichen "Einknickens" der KMT-Spitzenfunktionäre und der Planungstechnokratie vor den amerikanischen Forderungen, durch die Gewinnung realer politischer Macht im Zuge der ökonomischen Reformen und auf der Grundlage eines stets präsenten Willens zur stärkeren Beeinflussung der staatlichen Wirtschaftspolitik nunmehr konsequent seine politische Emanzipation. Diese Strategie mußte bei der hohen Abhängigkeit Taiwans von seiner Wirtschaft zwangsläufig erfolgreich sein.

So erklärt sich, daß z.B. seit 1988 der bisher von den Staatsunternehmen - bzw. den staatlich protegierten privaten Oligopolen - noch immer stark eingeschränkte Marktzugang für taiwanische Privatunternehmen erheblich erleichtert worden ist. So wurden im Banken- und Investmentbereich, im Bau- und Transportsektor, im Versicherungswesen und auch in der Petrochemie Teilprivatisierungen eingeleitet. Im Februar 1992 trat zudem ein "Gesetz über fairen Wettbewerb" (*kaung-ping chiao-ifa*) in Kraft, das die Kartellbildung, für die hauptsächlich staatlich protegierte Unternehmen verantwortlich sind, scharf sanktioniert. Vor allem aber wurde nach der Aufhebung der Kapalexportbeschränkungen der indirekte Handel mit dem chinesischen Festland - meistens über Hongkong - legalisiert. Überhaupt bemühte sich das Regime Ende der 80er Jahre um eine Neuformulierung seiner gesamten Chinapolitik (vgl. Punkt 1.2.2) und fand sich auch mit dem illegalen direkten Handel ab, der ohnehin seit Jahren boomte (vgl. unten).

Weiterhin zeigt sich, daß nach der rapiden Zunahme gewählter Abgeordneter seit 1986 und der letzten Einführung vollständig freier nationaler Wahlen 1991 das Privatkapital einen immer stärkeren Zugriff auf die zentralen politischen Gremien gewinnt. Insbesondere der Legislativ Yuan, seit den Dezemberwahlen 1992 mit einer - im wahrsten Sinne des Wortes - "schlagkräftigen" Opposition ausgestattet und aus seinem jahrzehntelangen politischen "Dämmerzustand" endgültig erwacht, gewinnt stetig an Bedeutung. Die hohe Kompetenz der lokalen Politik ist somit auf die nationale Ebene übergegangen, wo sich zahlreiche Kandidaten gleichzeitig um ein Mandat bewerben. Diese sind zur Mobilisierung riesiger Summen für ihre Wahlkämpfe gezwungen, die vom KMT-Parteiapparat allein nicht zur Verfügung gestellt werden können. In dieser Situation sind die taiwanesischen Unternehmer zu heiß unvorbenen Ressourcengebern und Finanziers der Kandidaten geworden - oder lassen sich selbst in die Parlamente wählen.<sup>150</sup> In diesem Kontext ist noch ein weiterer Punkt von Bedeutung. Zwar bekleideten Politiker und Parteifunktionäre schon immer einflussreiche Posten in der Privatwirtschaft. Aber erst seit 1986 hat diese Praxis inflationäre Ausmaße angenommen. Das taiwanische Privatkapital - so lautet der heute auf Taiwan allenthalben gehörte Vorwurf - "kauft" die Politik. *Chin-ch'üan* - "Geld und Macht" oder "money politics" - gehört mittlerweile zum geflügelten Wort im politischen Vokabular auf der Insel.

Tabelle 3-25: Anteil der Klein- und mittelständischen Unternehmen an allen Unternehmen Taiwans

Jahr	Total	KMB	Anteil in %
1985	727 230	701 839	98,49
1986	751 273	737 350	98,15
1987	761 553	743 274	97,60
1988	791 592	773 511	97,72
1989	798 865	778 042	97,39
1990	818 061	794 834	97,16

Anmerkung: Als KMB gelten alle Unternehmen mit einer Kapitalausstattung von weniger als 40 Mio. NT, also etwa 2,5 Mio. DM.  
Quelle: MOEA 1991.

Tabelle 3-26a: Klein- und mittelständische Betriebe: Anteil an allen taiwanesischen Unternehmen des sekundären Sektors und Betriebsgrößestruktur

Anzahl	1987		1988		1989		1990	
	Total	KMB	Total	KMB	Total	KMB	Total	KMB
Gesamt	72 117	68 676	75 417	71 638	76 826	72 887	76 943	72 249
< 5	17 418	17 365	19 389	19 325	20 882	20 819	20 941	20 819
5-9	16 636	16 266	16 571	16 498	16 720	16 627	16 674	16 540
10-19	17 703	15 528	16 329	16 112	16 420	16 202	16 328	16 044
20-49	13 855	13 335	14 511	13 924	14 382	13 689	14 547	13 643
50-99	4 770	4 059	4 778	3 958	4 790	3 914	4 964	3 915
100-199	2 257	1 543	2 294	1 365	2 072	1 205	2 013	1 003
200-299	769	376	717	291	672	230	645	194
> 300	1 009	204	918	165	888	201	831	91

Anmerkung: Als KMB gelten alle Unternehmen mit einer Kapitalausstattung von weniger als 40 Mio. NT, also etwa 2,5 Mio. DM.  
Quelle: MOEA 1991.

### 3.6.3 Strukturelle Fraktionierung und gegenwärtige Interessenlagen des Privatkapitals

#### (1) Das Großkapital

Die privaten Großunternehmer Taiwans sind vor allem in der verarbeitenden Industrie (u.a. Textilien, chemische Produkte, Plastik, Lebensmittel, Elektronik) engagiert, weniger jedoch in der Bauwirtschaft oder bei den finanziellen Dienstleistungen (vgl. Chung-hua cheng-hsin-suo 1985). Bei letzteren spielen vor allem der Staat und viele von der KMT kontrollierte Firmen die führende Rolle.<sup>151</sup> Eine Quantifizierung des Großkapitals läßt sich am ehesten indirekt, anhand der Betrachtung des Anteils der kleinen und mittelständischen Betriebe (KMB) an allen Unternehmen - hier des sekundären Sektors - sowie der Statistiken über die Betriebsgrößenstruktur Taiwans gewinnen.

Tabelle 3-26b: Klein- und mittelständische Betriebe: Anteil an allen taiwanesischen Unternehmen des sekundären Sektors und Betriebsgrößenstruktur in Prozent

Jahr	1987	1988	1989	1990
Gesamt	95,23	94,99	94,87	93,90
<5	99,70	99,67	99,70	99,42
5-9	99,57	99,56	99,44	99,20
10-19	98,89	98,67	98,67	98,26
20-49	96,25	95,95	95,18	93,79
50-99	85,09	82,84	81,71	78,87
100-199	68,37	61,93	58,16	49,83
200-299	48,89	40,59	34,23	30,08
> 300	20,22	17,97	22,64	10,09

Quelle: MOEA 1991.

Lediglich knapp drei Prozent aller taiwanesischen Unternehmen verfügten Anfang der 90er Jahre über ein Grundkapital von mehr als 40 Mio. NT (vgl. Tab. 3-25) und können daher statistisch dem Großkapital zugerechnet werden. Betrachtet man die Betriebsgrößenstruktur der Unternehmen des sekundären Sektors (vgl. Tab. 3-26a, 3-26b), so ist zu erkennen, daß heute nur noch rund 10 Prozent der Betriebe eine Belegschaft von mehr als 300 Mitarbeitern haben. Lee/Low (1990) zeigen an anderer Stelle auf, daß 1986 ganze 1,1 Prozent der taiwanesischen Unternehmen des sekundären Sektors über 500 Mitarbeiter beschäftigten. Tatsächlich beschränkt sich das taiwanesisches Großkapital auf nur wenige hundert Konzerne und Großunternehmen, deren ökonomische Bedeutung aber gewaltig ist.

Die großen Unternehmen (*chi-t'uan*) Taiwans unterscheiden sich erheblich von den koreanischen *Chaebol* und den japanischen *Keiretsu*. Es sind keine Konglomerate mit vertikalen Produktionslinien, hierarchischen Zuliefererstrukturen oder integrierten Vertriebs- und Marketingnetzen. Vielmehr handelt es sich um Mischkonzerne, die in vielen unterschiedlichen Produktionsbereichen vertreten sind und sich oft parallel dazu im Finanzsektor engagieren. Der ursprüngliche Produktionszweig, die "core line", ist zumeist kaum mehr zu identifizieren. Auch ist die Zahl der Angestellten im Durchschnitt wesentlich geringer als in Südkorea oder Japan. Und letztlich zerfällt ein taiwanesischer Konzern in deutlich mehr unabhängig geführte Einzelunternehmen als in diesen beiden Ländern.<sup>152</sup>

Betrachtet man die einzelnen Großunternehmen mit nur einer einzigen Produktionskette, so lassen sich ebenfalls interessante Tatbestände erkennen. So zeichnen sich die großen Firmen des vornehmlich im sekundären Sektor engagierten Großkapitals dadurch aus, das sie zwar Rohmaterialien veredeln, kaum aber verkaufsfertige Endprodukte herstellen. Obwohl Taiwan 1991 Waren im Werte von über 42 Prozent seines BSP exportierte (vgl. u.a. TSDB 1993) - womit die Insel weltweit an der Spitze stand -, sind die größten Unternehmen (zumindest direkt) kaum daran beteiligt. Sie vertreiben in erster Linie Zwischenprodukte auf dem Binnenmarkt an die vielen KMB, die die Exportwirtschaft tragen (Amsden 1991: 89).<sup>153</sup> Mitte der 80er Jahre stellten von den führenden zehn taiwanesischen Großunternehmen lediglich zwei - Yue Loong Motors und Tatung Electronics - Endprodukte her, wobei Yue Loong sein Automobil allein auf dem Binnenmarkt verkaufte.

So üben die großen Unternehmen und Konzerne Taiwans, in völliger Umkehrung der Verhältnisse in Südkorea und Japan, vor allem eine Zulieferfunktion für das KMK aus und nehmen eine interessante Mittelstellung in der verarbeitenden Industrie des Landes ein. Während einige wenige Staatsunternehmen die Versorgung mit den grundlegenden Rohstoffen (vor allem Stahl und petrochemische Vorprodukte) sicherstellen, verarbeiten die meisten privaten Großunternehmen diese zu Zwischenprodukten und leiten sie dann zur Endveredelung an die Klein- und mittelständische Industrie weiter. Daraus resultiert eine *dichotomische Marktstruktur* Taiwans (Chou Tien-cheng 1989): Die übergroße Mehrheit der kleinen Firmen stellt Endprodukte her, die aufgrund der Binnenmarktdichte exportiert werden müssen,<sup>154</sup> während die größten - die natürlich teilweise auch Markenartikel exportieren (so z.B. Formosa Plastics und Tatung Electronics - einen gewichtigen Teil der Nachfrage der KMB nach Vorprodukten befriedigen oder Service-Leistungen anbieten).

Hier manifestieren sich die Ergebnisse der frühen Wirtschaftsstrukturpolitik des KMT-Regimes, das zwecks größtmöglicher Kontrolle über den Binnenmarkt eng mit wenigen Großunternehmern kooperierte und diese privilegierte. Sie konnten sich den Markt untereinander aufteilen, wobei die Planungstechnokraten lediglich dafür sorgten, daß keiner von ihnen zu mächtig wurde und plötzlich selbst die staatliche Wirtschaftspolitik bestimmen konnte. Seit den 80er Jahren läßt sich



zunehmender Trend erkennen, daß das Großkapital nicht nur stärker in den Exportsektor drängt; zusätzlich ist es bestrebt, auch dort, wo sich KMB einen inländischen Marktanteil überhaupt sichern konnten, diese zu verdrängen.<sup>155</sup> Auch wenn hierzu endgültige Aussagen noch verfrüht sind, deutet sich an, daß die KMB einen abnehmenden Prozentsatz des BSP erwirtschaften und ihre nationalen Revenueanteile - also auch die entsprechenden Profite - sinken (vgl. Tab. 3-27). Tatsächlich wird auf Taiwan seit geraumer Zeit das Problem einer zunehmenden, neuen *Konzentration und Oligopolisierung des Binnenmarktes* perzipiert. Das Großkapital zwingt durch eine systematische Aufkauf- und Fusionspolitik und die damit verbundene Integration der Endfertigung in ihre eigenen Produktionslinien die exportorientierten kleineren Unternehmen immer mehr dazu, kostengünstiger zu produzieren und sich dafür neue Standorte in Billiglohnländern zu suchen. Dieser Aspekt ist später noch einmal aufzugreifen.

**Tabelle 3-27: Anteil der Klein- und mittelständischen Betriebe des sekundären Sektors an den entsprechenden Gesamtrenditen aller taiwanesischen Unternehmen (in Mio. NT)**

Jahr	Gesamtrenditen aller Unternehmen des sekundären Sektors (1)	Total KMB (2)	Durchschnittsrenditen pro KMB	2/1 in Prozent
1988	4 024 858	1 651 411	22	41,03
1989	4 213 241	1 785 034	24	42,37
1990	4 255 007	1 602 887	22	37,67

Quelle: MOEA 1991.

Aus dem bisher Gesagten läßt sich bereits einiges über die derzeitige *Interessenslage des Großkapitals* ableiten. Seit der Einleitung des Reformprozesses fordern viele Konzerne unverhüllt den verstärkten Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Tatsächlich wurde nach zähen Verhandlungen ein staatliches Privatisierungsprogramm entworfen, dem mit der endgültigen Verabschiedung des "Staatsrats für die Überführung von Staatsbetrieben in privates Management" (*kung-ying shih-yeh i-chuan min-ying t'iao-li*) am 4. Juni 1991 gesetzlich der Weg geebnet wurde. Nachdem die Regierung das Gesetz im März 1992 absegnete, ist es mittlerweile angefallen. In einem ersten Schritt sollen 22 Staatsunternehmen - fünfzehn davon gehören zu den fünfzig größten Firmen Taiwans - privatisiert werden (vgl. Tab. 3-28). Mit dem erwarteten Gewinn von ca. 600 Mrd. NT (ca. 38 Mrd. DM) will die Regierung ihren Sechsjahres-Infrastrukturplan (1991-96) mitfinanzieren, dessen Projektausgaben sich nach einer ersten Schätzung auf etwa 303 Mrd. US-Dollar belaufen sollen. Daran wird sich eine zeitlich noch nicht näher fixierte zweite Phase anschließen, in der es vor allem um die Privatisierung von Taiwan Power, Taiwan Salt Works, Taiwan Fertilizer und Taiwan Motors geht.<sup>156</sup>

**Tabelle 3-28: Die erste Stufe des Privatisierungsprogramms für Staatsunternehmen**

Name des Unternehmens	Staatsanteil am Gesamtkapital in %	Eingetragener Besitzer
China Steel Corp.	80	Wirtschaftsministerium
China Petroleum Dev. Corp.	80	"
First Commercial Bank	71,35	Provinzregierung Taiwan
Hua Nan Commercial Bank Ltd.	57,83	"
Chang Hwa Commercial Bank Ltd.	53,01	"
Taiwan Motor Transp. Corp.	100	"
BES Engineering Corp.	100	Wirtschaftsministerium
Chung Kuo Insurance Co. Ltd.	100	Finanzministerium
Taiwan Chung Shin Paper Corp.	99,63	Provinzregierung Taiwan
Taiwan Agricultural & Industrial Development Corp.	100	"
Kaohsiung Ammonium Sulfate Corp. Ltd.	100	"
Taiwan Navigation Co. Ltd.	100	"
Taiwan Machinery Manufac. Corp.	99,50	Wirtschaftsministerium
China Shipbuilding Corp.	100	"
Tang Eng Iron Works Co. Ltd.	100	Provinzregierung Taiwan
Medium Business Bank of Taiwan	100	"
Taiwan Development & Trust Corp	100	"
Taiwan Life Insurance Co. Ltd.	100	"
Taiwan Fire & Marine Ins. Co. Ltd.	100	"
Yanming Marine Transp. Corp.	89,00	Verkehrsministerium
Chiao Tung Bank	97,60	Wirtschaftsministerium
Farmers Bank of China	92,78	"

Quelle: *Free China Journal*, 1. Januar 1993.

Wider Erwarten ist das Privatisierungsprogramm der Regierung jedoch auf Schwierigkeiten gestoßen.<sup>157</sup> Ausschlaggebend dafür ist nicht zuletzt die Opposition von Teilen der Planungstechnokratie in der Regierung sowie der Direktoren und der Belegschaft der betroffenen Unternehmen.<sup>158</sup> Für letztere steht der Verlust gut dotierter "Altersposten" und sicherer Arbeitsplätze zur Disposition. So werden betriebsinterne Umstrukturierungen mit dem Ziel einer besseren Vorbereitung auf den freien Wettbewerb absichtlich blockiert. Auch fehlt es auf Taiwan an einer zentralen Institution, die die Privatisierung durchführen könnte. Die Staatsunternehmen werden, wie an anderer Stelle bereits aufgezeigt, von unterschiedlichen Ministerien verwaltet, wodurch eine stringente Entflechtungspolitik fast unmöglich ist. Allerdings scheint die Planungstechnokratie gerade daran nicht über die Maßen interessiert zu sein, weil sie um den Verlust ihrer wirtschaftspolitischen Steuerungskapazität fürchten muß - und damit um ihren zukünftigen Einfluß in der Regimekoalition.

Neben der Privatisierung der Staatsunternehmen ist dem Großkapital (und auch den kapitalkräftigen Teilen der mittelständischen Industrie Taiwans) ferner an der Öffnung der vom Staat dominierten Wirtschaftszweige - u.a. im Bereich der Petrochemie, der Schwermaschinenindustrie, der Bauwirtschaft und der Rohstoffveredelung - für eigene Neugründungen gelegen. Hier existiert jedoch auch eine gewisse Interessenambivalenz, weil jene Großunternehmer, die früher von der Regierung protegert wurden und sich im Laufe der Jahrzehnte eine beherrschende Marktstellung aufgebaut haben, von einer breiten Liberalisierung nichts halten. Sie drängen im Zuge der staatlichen Entflechtungspolitik vielmehr auf eine weitere Marktkonzentration zu ihren Gunsten. Deshalb auch erhoben sie massiven Einspruch gegen das im Februar 1992 in Kraft getretene Anti-Kartellgesetz, weil es u.a. den einzelunternehmerischen Zugriff auf das vom Staat ausgegebene Aktienkapital bei Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen beschränkt. Prinzipiell kann man also sagen, daß die Zustimmung zu den Privatisierungsinitiativen des Regimes seit den späten 80er Jahren beim Großkapital immer nur so weit ging, wie man den Staat auf der einen Seite zurückdrängen, die mittelständische Industrie auf der anderen aber gleichzeitig vom Markt ausschließen konnte. Auch dies bestätigt den neuen Trend der Oligopolisierung der taiwanesischen Märkte durch wenige Großunternehmer.

Bereits Ende der 80er Jahre wurden auf Drängen der großen Konzerne erstmals private Aktienbeteiligungsgesellschaften sowie Kredit- und Investmentfirmen zugelassen - eine Branche, die für das Großkapital besonders profitabel ist. Auch die Öffnung und Teilprivatisierung des Bankensektors Anfang der 90er Jahre kam vor allem ihnen zugute, denn nur finanzstarke Firmengruppen oder aber größere Firmenkonsortien (an denen mittelständische Unternehmen immerhin beteiligt sein konnten) waren zu einem diesbezüglichen Engagement in der Lage. Dabei zahlten sich die engen Verbindungen des Großkapitals zur Planungstechnokratie und in die Parteispitze der KMT aus, so daß der Bankenprivatisierung auf Taiwan sicherlich nicht unverdient der Ruf eines beispiellosen Korruptionsgeschäftes anhaftet.<sup>159</sup>

## (2) Das Klein- und mittelständische Kapital

Wie bereits gesagt, war das KMK durch die vom Regime aus wirtschaftlichen und politischen Gründen geförderte Unternehmenskonzentration auf dem taiwanesischen Binnenmarkt bereits in den 60er Jahren zunehmend dazu gezwungen, sein Heil im Export zu suchen. Es wurde dabei lange Zeit durch die staatliche Wirtschaftspolitik, etwa durch vorteilhafte Wechselkurse und günstige Kredite, massiv unterstützt. Betriebe mit weniger als 300 Mitarbeitern erwirtschafteten gegen Ende der 80er Jahre fast 50 Prozent der gesamten Industrieproduktion und 65 Prozent aller Exportprodukte Taiwans.<sup>160</sup> Es ist auch in kultursoziologischer Hinsicht ein interessantes Phänomen, daß die wirtschaftliche Modernisie-

zung Taiwans durch eine rapide Zunahme exportorientierter KMB geprägt war und ist. Tatsächlich gibt es im Exportsektor nicht den Trend zur Oligopolisierung wie auf dem Binnenmarkt. Dieser Tatbestand widerspricht nicht nur den Erfahrungen der meisten Industrieländer, er ist auch im übrigen Asien ein interessantes Phänomen.<sup>161</sup> Sein eigener Chef, ein *Lao-pan*, zu dem ist für viele Taiwanesen eine Lebensmaxime, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Nachwirken der konfuzianischen Sozialethik steht.

Eine veränderte welt- und binnenwirtschaftliche Lage hat seit den frühen 80er Jahren die internationale Konkurrenzfähigkeit des KMK allerdings gefährdet. Vor allem die Aufwertung des NT-Dollar wirkte negativ, weil sie den Zugriff auf den so wichtigen amerikanischen Markt erschwerte. Neue Absatzgebiete in Europa, Südostasien und insbesondere auf dem chinesischen Festland werden deshalb heute ebenso verstärkt anvisiert, wie man eine weitere Öffnung des Binnenmarktes fordert, um die spürbaren Exportverluste zu kompensieren (Chou T'ien-cheng 1989: 103). Andere ernsthafte Probleme sind der Arbeitskräftemangel und die steigenden Arbeitskosten auf Taiwan, die das KMK der verarbeitenden Industrie zur Verlagerung von Produktionsstandorten in Billiglohnländer zwingen. Dabei spielt das chinesische Festland natürlich eine besondere Rolle und bietet auch als Absatzmarkt eine "goldene" Perspektive. Seine geographische Nähe, gemeinsame kulturelle Bande und dieselbe Sprache machen eine Produktionsverlagerung über die Taiwan-Straße kostengünstig und erleichtern Marktforschung und Absatz von taiwanesischen Produkten, bisher vor allem im leichtindustriellen Sektor.

Weil die Exportwirtschaft der Stützpfiler der taiwanesischen Ökonomie ist, hat das KMT-Regime seit Mitte der 80er Jahre stärker auf die Belange des KMK eingehen müssen. Die Liberalisierungsmaßnahmen im Handelsverkehr mit der VR China seit 1989 müssen daher zuvorderst als Zugeständnis der konservativen Fraktionen des Regimes an das KMK interpretiert werden. Eine anderenfalls massive Kapitalflucht konnte (und kann) sich das Regime ebensowenig leisten, wie die Untergrabung seiner Chinapolitik durch unkontrollierte Investitionsoffensiven des KMK auf dem Festland.

Der indirekte Handel zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße über Drittstaaten - zumeist via Hongkong - belief sich Ende 1992 offiziell auf 7,4 Mrd. US-Dollar, was einem Anteil von nicht weniger als 7,72 Prozent am Welthandelsvolumen des Inselstaates entsprach (vgl. Tab. 3-29).<sup>162</sup> Schon in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 wurden offiziell Waren im Wert von weit über 13 Mrd. US-Dollar nach Taiwan via Hongkong exportiert, wovon wenigstens 40 Prozent für das chinesische Festland bestimmt sind.<sup>163</sup> Firmen, die sich dort mit Investitionen engagieren wollen, müssen ihre Projekte zwar ordentlich registrieren und genehmigen lassen. Jedoch tun gerade dies viele Unternehmer nicht, weil sie trotz der spürbaren Erleichterungen der letzten Jahre<sup>164</sup> die restriktive Bewilligungspraxis der Regierung fürchten. 1992 segnete das Wirtschaftsministerium insgesamt 10.230 Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von knapp

9 Mrd. US-Dollar ab - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 29 Prozent.<sup>165</sup> Trotzdem muß man davon ausgehen, daß der Gesamtumfang des Kapitalexports in die VR China - und hier vor allem nach Kwangtung, Fukien und die Region Shanghai - um ein Vielfaches höher liegt.<sup>166</sup> Die Bemühungen des Regimes, die darin zum Ausdruck kommenden illegalen Direktinvestitionen zu unterbinden oder wirksam zu kontrollieren, sind weitgehend gescheitert. Es zeigt sich deshalb heute mehr denn je, daß die KMT mit ihrer geltenden China-politik der *Drei Nein* - keine direkten Verhandlungen, Kontakte oder Kompromisse - den ökonomischen Realitäten hinterherläuft.

**Tabelle 3-29: Der indirekte Handel (via Hongkong) zwischen Taiwan und der VR China (In Mio. US-Dollar)**

Jahr	Total	jährl. Wachstumsrate (%)	Export in die VR China	Importe aus der VR China	Anteil am Gesamt-handelsvolumen
1979	77,76		21,47	56,29	0,25
1980	311,18	300,18	234,97	76,21	0,79
1981	459,33	47,61	384,15	75,18	1,05
1982	278,47	- 39,37	194,45	84,02	0,68
1983	247,69	- 11,05	157,84	89,85	0,55
1984	553,20	123,24	425,55	127,75	1,06
1985	1 102,73	99,34	986,83	115,90	2,17
1986	955,55	- 13,35	811,33	144,22	1,49
1987	1 515,47	58,60	1 226,53	288,94	1,38
1988	2 720,91	79,54	2 242,22	478,69	2,47
1989	3 483,39	28,02	2 896,49	586,90	2,94
1990	4 043,62	16,08	3 278,26	765,36	3,32
1991	5 793,11	43,26	4 667,15	1 125,95	4,16
1992	7 400,00	27,86	6 280,00	1 120,00	7,72

\* Angaben nach *Free China Journal*, 12. März 1993.

Quelle: *Hsin Hin Wen*, Nr. 275, 14.-20. Juni 1992; Kao K'ung-lien 1992: 43.

An Warnungen vor einer möglichen Erpressbarkeit Taiwans fehlt es seitens der Regierung nicht. Genausowenig aber, wie die vom Regime so oft beschworene Gefahr einer militärischen Intervention Pekings von der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung geglaubt wird, läßt sich das Privatkapital insgesamt - und das KMK insbesondere - durch solche Gedankenspiele beirren. Es muß viel eher vermutet werden, daß auch die illegalen Investitionen in der Zukunft weiter zunehmen werden, zumal die Regierung in Peking alles Erdenkliche tut, um dieser Entwicklung Vorschub zu leisten. Damit aber werden Taiwans Unternehmer die Regierung in Zukunft noch stärker unter Druck setzen und zu fortgesetzten Verhandlungen mit Peking zwingen - ihre Forderungen nach offiziellen Gesprächen über ein Investitionsschutzabkommen und die endgültige Legalisierung des Chinahandels liegen schon heute offen auf dem Tisch.<sup>167</sup>

### 3.6.4 Methoden der Interessenrealisierung und Organisation des Privatkapitals

#### 3.6.4.1 "Strukturelle Korruption"? - Moderne Koopierungsstrategien der taiwanesischen Unternehmerschaft

Erst durch die wirtschaftlichen und ökonomischen Reformen der 80er Jahre wurde die taiwanische Unternehmerschaft dazu in die Lage versetzt, ihre wichtigste Ressource im politischen Machtkampf strategisch einzusetzen: ihr Kapital. Als die Aufhebung der Devisenexportbeschränkungen 1987 den Weg für einen Abzug des Investitionskapitals vom einheimischen Markt freimachte, mußte das Regime noch stärker um die Kooperation der Unternehmer kämpfen. Denn ohne die Unterstützung der Wirtschaft konnte und kann die KMT politisch nicht überleben. Der steigende Einfluß des Privatkapitals wurde jedoch noch von einer anderen Seite spürbar, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Wahlförmern seit 1986 steht.

Spätestens seit den damaligen Parlamentswahlen halten immer neue Enthüllungen über die Verbindungen von Parlamentariern zu verschiedenen Unternehmen, Banken oder Investmentgesellschaften die Insel in Atem. Was in westlichen Industriegesellschaften schlicht als Korruption bezeichnet wird und nicht nur moralischen, sondern in der Regel auch gesetzlichen Schranken unterworfen ist, gilt auf Taiwan als weithin üblich: die systematische und großangelegte "Kooptierung" von politischen Eliten durch die Unternehmerschaft. Da es bis vor kurzem weder gesetzliche Bestimmungen noch tradierte ethische Normen zur Beschränkung der "Zweitaktivitäten" von Parlamentariern gab, lassen diese sich die lukrativen Posten in der Privatwirtschaft kaum entgehen - wenn sie nicht gar selber Unternehmer (geworden) sind. Gleiches gilt im übrigen auch für hochrangige Parteimitglieder der KMT. Die Öffentlichkeit hat - nicht zuletzt aus Unkenntnis über die Verhältnisse - lange geschwiegen; erst die hartnäckige Kritik und Informationsarbeit der Opposition hat *chin-ch'üan* - die "Macht des Geldes" - zu einem gesellschaftspolitischen Problem stilisiert und die schier unentwirrbaren Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft transparenter gemacht.<sup>168</sup> Keine Überraschung ist es, daß die kapitalstarken Großunternehmer Taiwans hier die wichtigste Rolle spielen.

Von den 73 bei den Parlamentswahlen 1986 gewählten zusätzlichen Abgeordneten<sup>169</sup> bekleideten 32 wenigstens eine Führungsposition (als Direktor, Generalmanager oder Berater) in der Privatwirtschaft, vornehmlich in den großen Firmengruppen auf der Insel. Sechs weiteren wurden enge Verbindungen zu taiwanesischen Großunternehmen attestiert. Neun Parlamentarier gehörten einer Lokalfaktion an und wurden daher eher vom taiwanesischen KMK unterstützt (vgl. Punkt 3.6.4.3). Rechnet man auch noch die sieben von den Industrie- und Handelsvereinigungen gewählten "Verbändervertreter" hinzu, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß 74 Prozent der gewählten Abgeordneten des Legislativ Yuan mit dem Privatkapital direkt liiert waren.<sup>170</sup>

Das "Superwahljahr" 1989 machte den Einfluß des Privatkapitals noch deutlicher. Bei den Wahlen zum Legislativ Yuan hatten von 237 Kandidaten 85 allseits bekannte enge Verbindungen zur Privatwirtschaft. Von den 83 schließlich gewählten Abgeordneten waren es wenigstens 54 (65 Prozent), wahrscheinlich aber mehr.<sup>171</sup> Unter den 351 Kandidaten zur Provinzversammlung und den Kreisparlamenten befanden sich 130 (37 Prozent) mit privatwirtschaftlicher Unterstützung, von den 171 erfolgreichen Bewerbern genossen diese 96 (56 Prozent). Immer war der Anteil der gewählten Parlamentarier mit Unterstützung des Privatkapitals höher als jener ohne. Auch zeigte sich, daß die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Wahl direkt mit der Anzahl der Unternehmen korrelierte, die ein Abgeordneter im Rücken hatte.<sup>172</sup>

Bei den Dezemberwahlen 1992 zum Legislativ Yuan waren die Verhältnisse ähnlich. Zwar hatte die Opposition, deren Kandidaten in der Regel über nicht annähernd die gleichen "Mobilisierungsrerven" verfügen wie ihre KMT-Konkurrenten, den Kampf gegen "money politics" (*fan chin-ch'üan*) diesmal zu einem überraschend erfolgreichen Wahlkampfthema gemacht (Schubert 1993). So scheiterten einige für ihre umfangreichen privatwirtschaftlichen Aktivitäten bekannte Politiker abgeschlagen in ihren Wahlkreisen.<sup>173</sup> Außerdem konnten viele der erklärten Gegner dieser Verfilzung - nicht wenige davon auch in der KMT - außerordentliche Stimmengewinne verbuchen. Dennoch sind mindestens 35 der 101 frei gewählten Abgeordneten als "goldene Kühe" (*chin-niu*) - also als Politiker mit massiver Unterstützung der taiwanesischen Unternehmensschaft - bekannt, und es wird allgemein mit einer zunehmenden Tendenz gerechnet. Weil aber auch die oppositionellen Kandidaten auf materielle Ressourcen angewiesen sind, bleibt abzuwarten, ob nicht auch sie eine solche Strategie in der Zukunft verfolgen werden.

Eine besondere Rolle für den Erfolg eines Kandidaten spielen mittlerweile die privaten Investmentgesellschaften<sup>175</sup> (vgl. Tab. 3-30), die sich hervorragend dazu eignen, Gelder aus Konzern- und Firmenkassen an genehme Kandidaten weiterzuleiten. Sie bieten aber auch kleineren und weniger kapitalkräftigen Unternehmen eine gute Plattform, durch einen Schulterschuß unter sich umfangreiche Finanzmittel zugunsten eines Abgeordneten zu mobilisieren und ihm zum Erfolg zu verhelfen.

Vor allem das taiwanesisches Großkapital betreibt mit seinen vollen Kassen mittlerweile einen regelrechten "Postenschacher" und "leistet" sich unverhohlen einen oder mehrere Politiker auf seinen Gehaltlisten. Diese haben in den meisten Fällen keine konkreten Funktionen oder Aufgaben, sondern bilden als "Berater" (*gw-wen*) oder beigeordnete Vorstandsdirektoren (*tung-shih-chang*) lobbyistische "Scharniere" zum Parlament und den Entscheidungszentren der KMT. Mit dieser Praxis reagieren Taiwans Unternehmer auf die Tatsache, daß durch den Reformprozeß die politische Macht heute breiter gestreut ist als früher und es daher nicht mehr ausreicht, sich bei der eigenen Interessenrealisierung auf wenige KMT-Funktionäre zu konzentrieren.<sup>176</sup>

Tabelle 3-30: Finanzielle Unterstützung von Abgeordneten durch private Finanzierungsgesellschaften im Wahljahr 1989

	Abgeordnete	Unterstützung durch eine Investmentgesellschaft	Anteil in %
Legislativ Yuan	83	23	27,7
Provinzversammlung	77	15	19,5
Kreisvorsteher/ Bürgermeister	21	10	47,6
Taipei-Stadtparlament	51	11	21,6
Total	232	59	25,4

Quelle: *Shang-yeh chou-k'an*, 11. Dezember 1989.

Schließlich gilt es zu bedenken, daß das politische System Taiwans mit seinem *multi member constituency*-Verfahren - es können somit auch Kandidaten der gleichen Partei gegeneinander antreten - und der nicht geregelten Wahlkampffinanzierung die Abgeordneten geradezu in den Dienst der freien Wirtschaft "zwingt". Von den gesamten Aufwendungen, die für ein Mandat im Legislativ Yuan mehrere Millionen Mark betragen, bestreitet die KMT nur einen Teil.<sup>177</sup> Eine staatliche Wahlkampffinanzierung etwa nach deutschem Muster ist auf Taiwan unbekannt. Für den einzelnen Kandidaten ergibt sich daraus eine schwierige Situation. Die Wahlkämpfe sind so hochgradig kompetitiv, daß die erfolgreiche Suche nach privaten Finanzquellen eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein Mandat überhaupt ist. Eine solche Chance der politischen Einflußnahme und Interessenabsicherung, die zudem derzeit kaum einer juristischen Kontrolle unterliegt, lassen sich Taiwans Unternehmer natürlich nicht entgehen.

So gelingt es ihnen, ihre Position in der herrschenden Regimekoalition dadurch aufzuwerten, daß sie einerseits die modernen Professionals der KMT in den nationalen Parlamenten für sich kooptieren und andererseits die Unterstützung oppositioneller Kandidaten als politisches Druckmittel einsetzen. Tatsächlich ist deren Lage - wie oben angedeutet - bislang noch viel prekärer als die ihrer KMT-Kollegen. So besitzen nur wenige DFP-Parlamentarier gute Verbindungen in die Wirtschaft oder sind, wie z.B. der frühere Vorsitzende der DFP und jetzige Abgeordnete des Legislativ Yuns Huang Hsin-chieh, selbst Unternehmer.<sup>178</sup> Insofern findet das Privatkapital hier problemlos "willige Ansprechpartner". Die Möglichkeit einer Finanzierung oppositioneller Kandidaten durch das Privatkapital kann von den anderen strategischen Gruppen der Regimekoalition nicht ignoriert werden.

Neben kritischen intellektuellen in der DFP bemühen sich auch zahlreiche Wissenschaftler und Intellektuelle um gesetzliche Neuregelungen, die dem ungesunden Lobbyismus und der korruptiven Spendenpraxis einen Riegel vorschieben. Gefordert werden seit langem u.a. Höchstgrenzen für Wahlkampfspenden aus der freien Wirtschaft, die Veröffentlichung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Abgeordneten und hohen Regierungsfunktionären sowie eine Beschränkung für das Überwecheln von Politikern und Beamten zu Großunternehmen nach der Pensionierung.<sup>179</sup> Allein 1991 wurden drei Entwürfe zu "Anti-Lobby-Gesetzen" (*yau-shuo t'sao-an*) in das Parlament eingebracht.<sup>180</sup> Eine endgültige legislative Verabschiedung steht bisher noch aus. Allerdings kam es unter dem starken Druck der DFP und einigen renommierten Professionals der KMT am 15. Juni 1993 zur Verabschiedung eines sog. "Sonnenscheingesetzes" (*yang-kuang-fa*), das den "gläsernen Abgeordneten" auf Taiwan Wirklichkeit hat werden lassen und die politische Korruption zukünftig erheblich erschweren dürfte.<sup>181</sup> Die hier gegen ihre Parteiführung aufgetretenen "abtrünnigen" KMT-Parlamentarier waren übrigens - und nicht unbedingt überraschend - keine "Politiker des Privatkapitals". Vielmehr handelte es sich überwiegend um Mitglieder der NKA, die nicht zuletzt mit Hilfe des Militärs in den Legislativ Yuan gelangten.

Die heute heftig geführte Debatte um *chin-ch'üan* darf zwar nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auf der Provinz- und Lokalebene schon seit Jahrzehnten eine "strukturelle Korruption" gibt. Dabei handelte es sich jedoch stets um einen begrenzten und von den alten strategischen Gruppen des KMT-Regimes stets gesteuerten Interessenausgleich mit der lokalen Unternehmerschaft bzw. den daran gebundenen lokalen Eliten. Was sich heute dagegen abspielt, kann kaum mehr als "von oben" kontrollierter Prozeß betrachtet werden. Die Unternehmerschaft baut nunmehr ihre eigene "politische Ressourcenbasis" systematisch auf und ist innerhalb nur weniger Jahre zur einflußreichsten strategischen Gruppe im herrschenden Bündnis avanciert.<sup>182</sup>

### 3.6.4.2 Die nationalen Wirtschaftsverbände - Von korporatistischen Organisationen zu selbstbewußten Interessensachwaltern der Großunternehmer?

Unabhängig organisierte Kapitalinteressen gehören in entwickelten demokratischen Gesellschaften stets zu den einflußreichsten politischen Kräften. In autoritär-korporatistischen Systemen kommt der Unternehmerschaft zwar auch eine wichtige Rolle zu, doch diese beschränkt sich in der Regel auf eine instrumentelle Funktion im Sinne der Politik des herrschenden Regimes. Eine autonome Institutionalisierung gesellschaftlicher - und damit auch privatkapitalistischer - Interessen wird vom korporatistischen Staat systematisch unterbunden (Wilson 1983; Schmitter 1974, 1989). Dies war auch in der autoritären Ära Taiwans der

Fall (Tien 1989: 43ff). Die nationalen Unternehmerverbände wurden ebenso gleichgeschaltet wie die Gewerkschaften und die Bauern- und Fischervereinigungen. Der relativ hohe formelle Organisationsgrad des taiwanesischen Privatkapitals seit 1949 - laut Gesetz muß bis heute in jedem Wirtschaftszweig mit mehr als fünf Firmen eine Branchenvereinigung gegründet werden (Wade 1990: 271) - kontrastierte insofern eindrucksvoll mit seiner tatsächlichen politischen Relevanz.

Nach Angaben einer Regierungsstudie existierten Ende der 80er Jahre auf Taiwan 1.799 privatwirtschaftliche Verbände. Davon handelte es sich in acht Fällen um nationale Organisationen, während die restlichen 1.791 Zusammenschlüsse auf Provinz- und kommunaler Ebene (Städte und Kreise) angesiedelt waren (Tien 1989: 51).<sup>183</sup> Unterschieden werden kann zwischen den Vereinigungen der verarbeitenden Industrie und des Handels sowie den international operierenden Import-Export-Organisationen. Jede Verbandsgründung muß durch die Regierung - bzw. das zuständige Ministerium - genehmigt werden. Alle taiwanesischen Unternehmerverbände sind in drei gesamtationalen Dachorganisationen zusammengefaßt: die Chinese National Federation of Industries/CNFI<sup>184</sup> (*Chung-hua min-tao kung-yeh tsung-hui*), die Chinese National Association of Industry and Commerce/CNAIC<sup>185</sup> (*Chung-hua min-tao tsung-shang hsieh-chin-hui*) und die General Chamber of Commerce of the Republic of China/ROCCOC<sup>186</sup> (*Chung hua min-tao shang-yeh tsung-hui*). Alle drei Organisationen halten jährliche Kongresse ab, während sich ihre führenden Direktoren und Funktionäre mindestens alle drei Monate treffen. Bei diesen Sitzungen sind stets führende Vertreter der Planungstechnokratie zugegen.

Der erste Blick auf ihre Statuten weist sie als korporatistische Organisationen "par excellence" aus. So definiert die CNFI unter Bezugnahme auf die im Gesetz über industrielle Vereinigungen (*kung-yeh tsu-chih-fa*) niedergelegten Bestimmungen ihre Aufgabengebiete u.a. folgendermaßen:

1. To study, recommend, and assist the government in implementation of economic policies and industrial laws.
2. To cooperate with the government in drafting fair and equitable laws and regulations governing local businesses and industries (CNFI 1991-93).

Bei der ROCCOC heißt es in ähnlichem Ton:

To represent the interest of the private commercial community to play an important role as a bridge to deal with the government agencies concerned for the formulation or revision of the relevant policies or laws (ROCCOC 1990-93).

Und auch die CNAIC unterstreicht:

The purpose of CNAIC is to represent the interests of the Chinese business community, to promote industrial and commercial development in line with government policies, and to coordinate international economic cooperation with all foreign countries (CNAIC 1990).

Mit einem solchen Selbstverständnis waren die nationalen Spitzenverbände<sup>187</sup> der Industrie und des Handels - wie auch ihre untergeordneten Organisationen - in der autoritären Ära weit davon entfernt, als unabhängige Interessenvertretungen der taiwanesischen Unternehmerschaft zu handeln. Sie fungierten als "verlängerter Arm" der Planungstechnokratie und waren für die möglichst reibungslose Umsetzung ihrer Direktiven verantwortlich. In den 60er Jahren spielten sie in diesem Kontext z.B. eine entscheidende Rolle bei der Implementierung der Exportindustrialisierung. So wurden aus den Mitgliedsbeiträgen - unterstützt durch Regierungsgelder - Prämien an jene Unternehmen gezahlt, die die von der Regierung vorgegebenen Exportquoten erfüllten. Tatsächlich werden die nationalen Wirtschaftsverbände vom Regime bis heute mit der administrativen Durchführung von Import- und Exportrestriktionen beauftragt, betreiben Marktforschung und fungieren als Schlichter bei Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Unternehmen und der Regierung (Wade 1990: 280f). Auch organisieren sie Seminare, in denen die staatliche Wirtschaftspolitik diskutiert wird, erstellen sektor- oder branchenspezifische Wirtschaftsgutachten für die Regierung und finanzieren Forschungsprojekte von marktwirtschaftlicher Relevanz (CNAIC 1990; CNFI 1991, 1993).

Die Budgets der nationalen Dachverbände werden bis heute einerseits aus Mitgliedsbeiträgen bestritten, andererseits (und wahrscheinlich zum größten Teil) aber von Regierungs- bzw. KMT-Geldern aufgestockt. Ihre Spitzenfunktionäre gehören in den meisten Fällen dem unmittelbaren Führungskreis der KMT an. Es handelt sich dabei fast ausnahmslos um einflussreiche Großunternehmer mit exzellenten Beziehungen zur Staats- und Parteispitze.<sup>188</sup> Tatsächlich wird die taiwanesischen Verbandspolitik völlig vom Großkapital beherrscht. Lediglich zwei kleinere Verbände, die Taiwan Association of Machinery Industry/TAMI und die Taipei Computer Association/TCA, in denen mittelständische Firmen zusammengeslossen sind, haben sich wegen ihrer hohen Mitgliederzahlen und den damit verbundenen höheren Beitragssummen ein gewisses politisches Profil erarbeitet. Ansonsten jedoch kann das KMK im Rahmen der nationalen Wirtschaftsverbände bzw. der Dachorganisationen bisher nur nach einem Kompromiß mit den Großunternehmern auf das Regime einwirken. Die Entstehung neuer, unabhängiger Mittelstandsvereinigungen ist daher seit einigen Jahren in vollem Gange.<sup>189</sup>

Die oben beschriebene Rolle und Funktion der Wirtschaftsverbände unterstreicht die relativ schwache Machtposition des Großkapitals in der Regimekoalition während der autoritären Ära: Diesem wurde zwar ein Beratungsrecht in Sachen Wirtschaftspolitik eingeräumt, ansonsten war es jedoch Befehlsempfänger. Seit 1986 allerdings zeigt sich, daß die großen Verbände diese Marionettenfunktion abstreifen. So setzte die CNAIC Ende 1989 durch, daß eine auf 1,6 Prozent taxierte Umsatzsteuer auf Aktien-Transaktionen um einen Prozentpunkt gesenkt wurde. Auch die weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs wurde durch den "sanften Druck" der CNAIC Anfang der 90er Jahre vorangetrieben. Die CNFI wiederum schaltete sich massiv in die Revision des neuen "Labour Standards Law" von 1984 ein. Zwar ist das neue Gesetz noch immer nicht verabschiedet worden, doch scheint die CNFI insbesondere in der Renten- und Arbeitszeitfrage vorteilhafte Regelungen für die Arbeitgeberseite ausgehandelt zu haben. Auch ist es ihrer innerorganisatorischen Mobilisierung zu verdanken, daß die Regierung Anfang 1991 eine Verordnung zur Registrierung aller bisher nicht gemeldeten Investitionen auf dem chinesischen Festland durchsetzen konnte. In beiden Fällen handelte die CNFI zwar nicht gegen die Regierung, aber immerhin doch als ein - im Vergleich zu früher - eigenständiger Partner der KMT (Liu 1991; RDEC 1989: 75ff). Offen gegen die Regierung traten beide Organisationen - CNAIC und CNFI - jedoch bei der Diskussion um das im Februar 1991 beschlossene und ein Jahr später in Kraft getretene Gesetz über fairen Wettbewerb (*kuang-p'ing chiao-t'fa*), der ersten Anti-Kartellgesetzgebung Taiwans, auf (vgl. oben). In einer jüngeren Auseinandersetzung waren die Verbände schließlich maßgeblich am Rückzug einer Regierungsvorlage über eine neue Steuer auf Immobilientransaktionen beteiligt, in deren Verlauf sogar der Finanzminister zurücktreten mußte.<sup>190</sup>

Insofern ist schon heute erkennbar, daß das Großkapital die ehemals von der Planungstechnokratie dominierten nationalen Verbände heute weitaus selbstbewußter für seine eigenen Interessen zu nutzen in der Lage ist als früher. Nach außen weiterhin korporatistisch, haben sich die "Innengewichte" dieser Organisationen auf die Kapitaleseite verlagert. Es ist damit zu rechnen, daß sich dieser Trend in Zukunft verstärken wird. Dafür zeichnet übrigens auch eine Reformmaßnahme verantwortlich, mit der die sog. *functional constituencies* abgeschafft wurden. Bis zu der im April 1991 beschlossenen ersten Verfassungsänderung war nämlich den einzelnen Industrie- und Handelsverbänden - ebenso wie den Frauen-, Lehrer-, und Bauernorganisationen - ein eigenes Quorum "fester Abgeordneter" in der Nationalversammlung und dem Legislativ Yuan garantiert. In den Jahren 1972-1989, als solche "Verbändevertreter" sechsmal ins Parlament gewählt wurden, stellten sie durchschnittlich 16,6 Prozent aller zusätzlich gewählten Parlamentarier (vgl. Tab. 3-31):

Es waren dabei vorwiegend die führenden Vertreter der großen nationalen Konzerne gewesen, die auf diese Weise ein direktes Mitspracherecht bei der Politikformulierung des Regimes erhielten. Hier konnten sie mehr erreichen als im Rahmen der offiziellen Verbandsarbeit. Seit 1991 müssen sich die Vertreter der Wirtschaftsverbände allerdings in freien Wahlkreisen aufstellen lassen, was sie prinzipiell zu "Gleichen unter Gleichen" macht. Die "Kooptierung" von Abgeordneten ist die eine, ein verstärktes Verbandslobbying die andere Konsequenz daraus.

**Tabelle 3-31: Verteilung der zusätzlichen Abgeordneten (seng-e tai-piao) im Legislativ Yuan (1969-1989)**

Jahr	Total	freigewählte Distrikte	Vertreter d. Überseechinesen	Vertreter v. Verbänden	Vertreter der Eingeborenenstämme
1969	11/100,0%	11/100,0%			
1972	51/100,0%	27/ 52,9%	15/29,4%	8/15,7%	1/2,0%
1975	52/100,0%	28/ 53,8%	15/28,8%	8/15,4%	2/3,8%
1980	97/100,0%	52/ 53,6%	27/27,8%	16/16,5%	2/2,0%
1983	98/100,0%	53/ 54,0%	27/27,6%	16/16,3%	2/2,0%
1986	100/100,0%	55/ 55,0%	27/27,0%	16/16,0%	2/2,0%
1989	130/100,0%	79/ 60,7%	29/22,3%	18/13,8%	4/3,0%
1992 <sup>1</sup>	161/100,0%	125/ 77,6%	6/ 3,7%		

1) Inklusive 30 indirekt über Parteilisten entsprechend dem Stimmenproporz gewählten Abgeordneten.

Quelle: ZWKL.

### 3.6.4.3 Traditioneller Klientelismus in modernem Gewande - Taiwans Lokalfaktionen als Vehikel des Klein- und mittelständischen Kapitals

Das taiwanische Privatkapital ist überwiegend mittelständisch strukturiert. Dies muß in unmittelbarem Zusammenhang mit der großen Bedeutung der Familie gesehen werden, die im traditionellen China (inklusive Taiwan) die Basis einheit des kollektiven Wirtschaftens darstellte. Zwar gibt es seit einigen Jahren - wie gesehen - eine bedenkliche Tendenz zur Zentrierung und Oligopolisierung von wirtschaftlicher und industrieller Macht; doch noch immer gilt Taiwan zu Recht als das Land der Klein- und mittelständischen Betriebe. Während die wenigen großen Konzerne die nationalen Wirtschaftsverbände dominieren und mit ihren umfangreichen finanziellen Ressourcen einflußreiche Politiker direkt an sich binden können, greift das KMK Taiwans eher auf ein anderes Mittel für seine Interessenrealisierung zurück: die Instrumentalisierung lokaler Interessengruppen, der *Lokalfaktionen* (*ti-fang p'ai-hsi*).<sup>191</sup>

Über die rund 100 heute auf Taiwan existierenden Lokalfaktionen ist relativ wenig bekannt. Sie verfügen über keine festgefügt institutionellen Strukturen, wie sich ja auch der traditionelle Klientelismus als ein Modell informell-interdependenter Sozialbeziehungen präsentierte. Zwar gibt es mehr oder minder regelmäßige Versammlungen von Lokalfaktionen (bzw. ihrer führenden Köpfe), doch treten sie fast nur zu Wahlzeiten ins öffentliche Bewußtsein. Ihre Arbeit ist obskur. Politiker, die von einer Faktion unterstützt werden, streiten dies oft ab, da sie sich damit dem Ruch der Korruption aussetzen.<sup>192</sup> Die wissenschaftliche Literatur über Lokalfaktionen ist auf Taiwan dünn gesät (vgl. Lang Yu-hsien 1964, Wang Wei-min 1972, Chi'ao Yung-mao 1978), da kein Außenstehender ohne weiteres Einblick in ihre internen Verflechtungen gewinnen kann. So ist es nicht nur für den ausländischen Forscher, sondern auch für taiwanesisch Wissenschaftler ausgesprochen schwierig, die komplexen Strukturen und Kommunikationskanäle von Lokalfaktionen zu durchleuchten. Immerhin beschäftigen sich die Medien - vor allem im Vorfeld von Wahlen - immer intensiver mit den Faktionsverbindungen einzelner Kandidaten und Abgeordneter in den nationalen und lokalen Parlamenten. Dabei gehen sie zumeist deren teilweise publik gemachten Wahlspenden-Quellen nach und forschen die jeweiligen Firmen hinsichtlich ihrer Verbindung zu einzelnen Lokalfaktionen aus. Einige Ergebnisse dieser akribischen Arbeit werden mit der vorliegenden Untersuchung dokumentiert.

Obgleich eine fundierte Kenntnis über das "Innenleben" der taiwanesischen Lokalfaktionen fehlt, steht für jeden kundigen Beobachter zweifelsfrei fest, daß sie heute zu den entscheidenden *power-brokers* des politischen Prozesses auf der Insel gehören. Die folgenden Abschnitte beschäftigen sich mit dem kulturellen Erbe, auf das sich die Lokalfaktionen berufen können, und ihren Zielorientierungen (soweit dies durch die Quellenlage und eigene Forschungsergebnisse belegt werden kann). Daraus ergeben sich interessante Aufschlüsse über die Machtressourcen und politischen Strategien des klein- und mittelständischen taiwanesischen Privatkapitals.

### Der kulturelle Hintergrund

Generell gesprochen, spiegeln sich in Lokalfaktionen traditionelle Patron-Klientelstrukturen in einer modernen Form wider. Sie verweisen auf die kulturelle Resistenz eines spezifischen Verständnisses von sozialen Beziehungen, wie es nicht nur für China, Korea und Japan, sondern auch für Länder des süd- und südostasiatischen Raumes typisch ist. Lerman unterstreicht mit Blick auf die Bedingungen der Entstehung und Ausbildung von Klientelstrukturen die Bedeutung des Sozialisationsprozesses:

Individuals learned through the socialization process that one of the main methods for satisfying needs was by the manipulation of human relationships. But they also learned that coldly to calculate human relationships for personal advantage was wrong. Therefore, in Taiwan, mainland China, and in traditional societies in general, the individual was taught to clothe such manipulations in terminology associated with the trust and warmth of ideal family relations (1977: 1411).

Die Bedeutung der Familie wird im chinesischen Kontext zumeist mit der konfuzianischen Ethik begründet, die sie ins Zentrum aller gesellschaftlichen Beziehungen rückt. Tatsächlich wurden ökonomische und soziale Sicherheit im traditionellen China durch die Familie oder größere Familiengruppen (Sippe, Stamm) garantiert. Dieser Tatbestand war jedoch, bedingt durch die geographische Entfernung des Hofes als zentrale staatliche Autorität und Rechtsinstanz, bereits lange vor Konfuzius gegeben. Eine fehlende institutionell verbürgte Rechtssicherheit und die harten landwirtschaftlichen Bedingungen in den Weiten des chinesischen Halbkontinents zwangen über Jahrhunderte hinweg zum Zusammenschluß im Familienverband. Nur so wurde eine als ausreichend empfundene soziale und rechtliche Ordnung gewährleistet. Zu übergeordneten Gruppenkriterien konnten - z.B. bei einer "regionalen Zunahme der Agrarbevölkerung mit damit verbundenen komplexeren Sozialbeziehungen - der gemeinsame Nachname oder Dialekt sowie dieselbe ethnische Zugehörigkeit oder "regionale Herkunft" avancieren. In jedem Fall aber blieb die Familie das ordnungspolitische Paradigma der traditionellen (und nicht zuvorderst konfuzianischen) Gesellschaft.

Konfuzius und seine Schüler orientierten sich deshalb an bereits seit Generationen bestehenden Verhältnissen und Normen, als sie in ihrer Sozialethik der Familie eine überragende Funktion in der Stabilisierung des gesamten Sozialgefüges der chinesischen Gesellschaft zuwiesen und sie zum Prototypen ihrer staatlichen Ordnung machten.<sup>193</sup> Der konfuzianischen Lehre entsprechend waren die Familienbeziehungen zwar hierarchisch strukturiert, aber gleichzeitig auch durch Interdependenz und gegenseitige Verantwortung gekennzeichnet. Die Familie galt im Konfuzianismus als Identitätsstifter, Erziehungsinstrument und soziales Auffangnetz - wobei bis heute unklar ist, in welchem Umfang diese Ethik das bäuerliche China tatsächlich erreichte.<sup>194</sup> Zusätzlich wahrte die Familie (bzw. der Klan) durch die gesamte chinesische Geschichte hindurch ihren Charakter als lokale Interessenorganisation. Lokalpolitik eignete sich im traditionellen China fast ausschließlich im Brennpunkt der Machtinteressen ortsansässiger Familien oder aber knapp darüber hinausreichender Klientelnetze (vgl. unten), deren führender Kopf stets das Oberhaupt der jeweils mächtigsten Familie war.

Die Akkumulation von Machtressourcen innerhalb einer Familie (Landbesitz, Handelskapital, politische Ämter) ermöglichten ihr im kaiserlichen China eine Position, die der Staat nicht ignorieren konnte. Deshalb bemühte er sich, die

lokalen Machtstrukturen für seine Zwecke auszunutzen, indem er einflußreiche Familien durch die Zuweisung von Pfründen an sich band. Dadurch vergrößerte der Staat jedoch gleichzeitig den sozialen Status dieser Familien, die durch den direkten Zugang zu seinen höchsten Entscheidungsinstanzen ihre politische und materielle Ressourcenbasis immens vergrößerten. Auf der anderen Seite entfalteten manche Familienverbände über ihre Beziehungsgeflechte sogar militärische Macht, die - sofern gegen den Staat gewendet - zu einer ersten Gefahr für den Kaiser werden konnte. Das hier dargestellte spezifische Machtverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie hat in einer modernisierten Form auf Taiwan noch heute Relevanz, nämlich in der Beziehung zwischen den "ethnisch" überwiegend taiwanesischen Lokalfaktionen und der - zumindest bis vor kurzem - festlandchinesisch-dominierten KMT-Führung.

Die innere Hierarchiestruktur des Familienverbandes im alten China (und der vom Konfuzianismus beeinflussten Regionen außerhalb davon) stellte, wie bereits angedeutet, den Nukleus des Klientelismus dar. Es war die gemeinsame Familien- oder Sippenzugehörigkeit, die die einzelnen Mitglieder - entsprechend ihrem jeweiligen Status - in einer subtilen Hierarchieleiter eng aneinander band und sie unter der bedingungslosen Autorität des Oberhauptes zu gegenseitiger Hilfe und Loyalität verpflichtete.<sup>195</sup> Besondere Bedeutung erlangten die "Blutbande" bei der Abschtottung gegenüber anderen Familien, die nicht in die eigenen Strukturen inkorporiert werden konnten und somit eine Gefahr für die Stabilität und Macht des eigenen Verbandes darstellten. Hier wurde eine Trennlinie gezogen, der sich im täglichen Leben jeder bewußt war.

In dem Maße, wie sich die Machtressourcen einer Familie akkumulierten, konnten sie ihre Klientelnetze allerdings auch über die unmittelbaren Klan-Mitglieder hinaus ausdehnen. Scott (1972: 93) und Hsiao Kung-chuan (1960: 42ff) argumentieren in diesem Zusammenhang, daß der Prototyp moderner Patron-Klientelstrukturen im traditionellen China mit der Ausbildung veritabler Grundbesitzer-Pachtbauern-Beziehungen entstand. Obgleich der Klan das wichtigste soziale Zuordnungskriterium blieb, keimten hier qualitativ neue klientelistische Strukturen auf, die Lerman als "supportive-exchange dyads" beschreibt und die man als ein auf die gesamtgesellschaftliche Ebene transzendiertes Familienprinzip bezeichnen könnte:

These are two-person relationships founded on the exchange of aid. This aid is based on arrangements calculated by each person to be favourable to his particular individual interests, without necessarily making reference to the interests of others with whom he shares distinguishing traits (Lerman 1978: 102).<sup>196</sup>

Nach diesem Muster wurden (und sind bis heute) fast alle Sozialbeziehungen in der chinesischen Gesellschaft organisiert, wobei der Familienrahmen gewisser-



maßen institutionalisiert und unterschiedlich ersetzt wurde: durch Geheimgesellschaften, politische Parteien (oder Partefaktionen), Regierungsinstitutionen, Genossenschaften, Unternehmen oder ähnlich formalisierte Zusammenschlüsse, in denen Macht ausgeübt und Ressourcen verteilt werden können. Es zeigt sich, daß die politisch-kulturell bedingte Resistenz dieser gesellschaftlichen Organisation auch im modernen Taiwan von verschiedenen politischen Akteuren für ihre Interessen ausgenutzt wird.

Vom traditionellen Familienverband zur elektoralen Lokalfaktion

Mit der Flucht der KMT 1949 änderten sich die gesellschaftlichen und insbesondere lokalen Machtverhältnisse auf Taiwan grundlegend. Drei Faktoren waren dafür maßgebend verantwortlich:

1. die Agrarreform der Jahre 1949-53;
2. die Durchführung von Lokalwahlen seit 1950;
3. der Aufstieg des taiwanesischen Privatkapitals im Laufe der 50er und 60er Jahre.

Die Agrarreform zerstörte die materielle Ressourcenbasis und damit die politische Macht der Landbesitzer, wodurch sie ihre traditionelle Stellung als Patrone einbüßten. Zwar wurden sie für die Enteignungen mit Industriebeteiligungen entschädigt; doch nur wenige nutzten die damit verbundene Möglichkeit, eine unternehmerische Karriere anzusteuern und so ihren überkommenen sozialen Status und ihre politische Macht zu perpetuieren. Die früheren Großgrundbesitzer zogen sich - mit nur wenigen Ausnahmen - allmählich aus der Politik zurück (Winckler 1981: 25).<sup>197</sup> Damit lösten sich auch die alten Klientelstrukturen auf, da die Landaristokratie keine materielle Ressourcenbasis mehr besaß und sich im Falle einer politischen Karriere oft selbst in eine Klientelgruppe reicher Privatunternehmer verwandeln mußte.

Die wenigen, meistens schon unter der kolonialen Besatzung einflußreichen taiwanesischen Unternehmer(familien) konnten nach der japanischen Kapitulation 1945 durch gute Beziehungen zur Regierungspartei und entsprechende politische Ämter ihre Klientelnetze stark ausbauen (vgl. Mendel 1970, 1974). Daraus entstanden die ersten jener Zusammenschlüsse, die heute auf Taiwan als *Lokalfaktionen* bezeichnet werden. Diese *alten* Lokalfaktionen entfalteten ihre größte Macht zwischen 1945 und 1955 - also noch vor dem eigentlichen Aufstieg des modernen taiwanesischen Privatkapitals. Sie waren über regional organisiert und entsprachen insofern noch nicht jenen *elektoralen Lokalfaktionen*, von denen sie in den folgenden Jahren weitgehend verdrängt wurden und die für den Untersuchungszusammenhang besonders relevant sind. Ihre Führer waren nicht selten

einflußreiche KMT-Funktionäre, die - obwohl auf Taiwan geboren - eine lange Zeit auf dem chinesischen Festland in Diensten der Partei oder der Armee verbracht hatten. Die alten Lokalfaktionen erinnern in vielerlei Hinsicht an die chinesischen Geheimgesellschaften, wenngleich sie stets mit der KMT kooperierten und daher in keinem Fall als illegale Widerstandsorganisationen arbeiteten. Ihr "Innenleben" gestaltete sich ritualisierter, und im Unterschied zu den modernen Lokalfaktionen war ihre innere Kohärenz noch in hohem Maße durch die verwandtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Mitglieder geprägt (vgl. hierzu Li Ta 1989).<sup>198</sup>

Es waren die von der KMT nachhaltig geförderten, neuen mittelständischen Unternehmer, die seit den 50er Jahren zu den "modernen Patronen" der taiwanesischen Gesellschaft avancierten. Cole (1967) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es im Zuge des strukturellen Wandels Taiwans zu einer Exportwirtschaft in den 60er Jahren für die Unternehmer zunehmend wichtiger wurde, engen Kontakt zu Politikern und den Regierungsbehörden zu unterhalten. Der Wettbewerb um Steuervorteile, günstige Kredite und andere knappe Ressourcen machte dies unumgänglich. Folgerichtig wurde das Privatkapital zu einer Politisierung gezwungen, die sich im Aufstieg der Lokalfaktionen widerspiegelte. Die Unternehmer verstanden es dabei, durch eine geschickte Ressourcenallokation und Personalpolitik mächtige Klientelnetze aufzubauen, deren Einflußbereich sich nicht nur auf einzelne Organisationen (z.B. eine lokale Kreditkooperative, eine Kreisverwaltung, ein lokales Partekomitee) erstreckte, sondern mitunter über die Wählerschaft eines ganzen Wahlkreises.

Grundsätzlich standen diesen Faktionsführern zwei Optionen offen: Entweder gingen sie selbst in die aktive Politik, oder sie wurden zu Sponsoren ihnen genehmer Kandidaten (nicht selten Mitglieder der eigenen Familie) ohne ausreichende finanzielle Mittel für eine erfolgreiche Wahlkampagne. So entstanden die für Taiwan heute so typischen (modernen) Lokalfaktionen, die auch für jene Politiker ein notwendiger Ansprechpartner sind, die bisher noch keiner derartigen Gruppierung angehörten. Denn wer in ein lokales Amt gewählt werden will, übernimmt selbst zahlreiche persönliche Verpflichtungen, die er nur über die Unterstützung einer kapitalkräftigen und politisch einflußreichen Lokalfaktion einlösen kann:

..., candidates in Taiwan, like candidates in similar developing countries, are placed under great pressure to establish, either personally or through intermediaries, as many personal relationships as possible with potential voters. Within the context of each relationship, candidates must offer the voter an adequate number of particular favors, from whatever resources - public or private - at their command (Lerman 1977: 1418).

Die Lokalfaktion hat insofern für den Politiker drei Funktionen. Erstens stellt sie ihm die zur Bestreitung einer Wahlkampagne notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung, die sie aus speziellen Beiträgen ihrer Mitglieder oder aus den von ihr kontrollierten Unternehmen oder Organisationen gewinnt. Zumeist werden diese Mittel für den grassierenden Stimmenkauf eingesetzt, durch den auch solche Wähler gewonnen werden können, die der jeweiligen Faktion nicht unmittelbar angehören. Zweitens vermittelt sie ihm personelle *kuai-hsi* - also "Beziehungen" - zu anderen, politisch bereits etablierten Faktionsmitgliedern in verschiedenen Positionen. Drittens sichert die Faktion dem Politiker einen sicheren "Wählerblock" durch die Einforderung der Abstimmungsloyalität ihrer einzelnen Mitglieder.<sup>199</sup>

Die "Innenbindung" einer modernen Lokalfaktion basiert in erster Linie auf den materiellen Vorteilen für jene, die den Faktionsführer (oder eine Familie als *core faction*) bzw. den von ihm ins Rennen geworfenen Politiker bedingungslos unterstützen. Da es sich beim Führer einer solchen Faktion fast ausnahmslos um einen erfolgreichen Privatunternehmer mit vielfältigen Beziehungen in die Verwaltung und die (Lokal-)Politik handelt, kann das aktive Faktionsmitglied auf unterschiedliche Vorteile zugreifen - z.B. eine bestimmte, angestrebte Berufssposition, billige Kredite oder "unbürokratische" und schnelle Hilfe bei finanziellen Problemen. Die nur temporär in Wahlzeiten an eine Faktion gebundene, erweiterte Klientel - also heterogene Wählergruppen - erhält zumindest eine bestimmte Summe Geldes für ihre Stimme. Die Lokalfaktionen führen dabei genau Buch über die Geldempfänger und kontrollieren - ungeachtet der formal geheimen Wahl - über subtile Ergebnisanalysen und persönliche Kontrolle in Nachbarschaften, Dörfern und Gemeinden das Abstimmungsverhalten.

Nach seiner erfolgreichen Wahl steht der Politiker sowohl bei seinen Wählern insgesamt als auch bei seiner Faktion im besonderen in der Pflicht. Erstere erwarten von ihm, daß er seine zukünftigen Beziehungen zu ihren Gunsten spielen läßt. Nicht alles, was dabei von ihm erwartet wird, kann er aus öffentlichen Kassen finanzieren. Er muß selbst tief in die Tasche greifen oder sich wieder auf seine Lokalfaktion stützen: Zahlreiche Aufwendungen für Beerdigungen, Hochzeiten und diverse Kleinkredite an Privatpersonen, mitunter aber auch für Gemeindecinrichtungen und den Bau von Straßen kommen während einer Amtsperiode aus privaten Kassen. Vor allem muß der neue Mandatsträger seinen politischen Einfluß aber dazu nutzen, speziellen "Wünschen" seiner Faktion zu entsprechen: die Forcierung bestimmter lokaler Infrastrukturprojekte oder anderer öffentlicher Investitionsvorhaben bei Zuweisung der entsprechenden Aufträge an die der Faktion (dem Faktionsführer) gehörenden Unternehmen; die Förderung der politischen Karriere anderer Mitglieder durch Postenshacher; das Eintreten für Faktionsangehörige in juristischen Angelegenheiten usw. Durch diese Klientelstrukturen vermochte das KMK schon in der autoritären Ära eine wichtige Rolle in der taiwanesischen Lokalpolitik zu spielen und gewann nach der Einführung gesamtnationaler Wahlen für die Nationalversammlung und den

Legislativ Yuan auch auf der zentralen Ebene immer stärkeren Einfluß. Denn viele der direkt gewählten Abgeordneten dieser Gremien sind ebenfalls von ihrer lokalen Basis abhängig.

Obgleich die Funktionslogik der modernen Lokalfaktion somit noch immer weitgehend dem traditionellen Patron-Klientel-Modell entspricht, gilt dies für ihre "regionale Ausdehnung und allgemeinen Zuordnungskriterien in der Regel nicht mehr. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Führung einer Faktion, die *core faction*, zumeist aus einem reichen Unternehmer und seinen direkten Familienangehörigen besteht. Diese können ihrerseits unterschiedlichen Faktions-Subgruppen vorstehen, sind jedoch der Autorität des "Großen Alten" (*ta-lao*) unterworfen. Im modernen Taiwan reicht aber der Aspekt einer gemeinsamen Familien- oder Klanzugehörigkeit schon lange nicht mehr aus, um das primäre Faktionsinteresse - die Durchsetzung der "eigenen" Kandidaten bei Wahlen - zu garantieren. Die nach 1945 eingeführten neuen Wahlkreise, die die traditionellen Einflußbereiche der mächtigen Familien durchschneiden, die hohe soziale Mobilität der taiwanesischen Gesellschaft spätestens seit den 70er Jahren und die exorbitanten Wahlkampfkosten zwingen zunehmend zu einer Klientel- und Ressourcenrekrutierung nach erweiterten Kriterien. Es ist allerdings interessant zu beobachten, wie neben der relativ unsicheren Strategie des Stimmenkaufs die Familienbande auch heute noch instrumentalisiert werden können, um die Faktionsbasis zumindest kurzfristig zu vergrößern.<sup>200</sup> Auch ethnische Zugehörigkeitsmerkmale spiegeln sich in der Faktionslandschaft wider und können politisch-strategisch eingesetzt werden.<sup>201</sup>

Die Offenlegung der genauen Mechanismen zur Rekrutierung einer größeren Wählerklientel fällt schwer, da es sich um "informelle Kommunikationsströme" handelt. Mit anderen Worten: Es ist auch hier wenig darüber bekannt. Die folgende Passage einer Untersuchung von Lawrence W. Crissman verdeutlicht aber zumindest, daß die Zugehörigkeit zu einer Lokalfaktion als soziale Bezugsgröße in vielen Gegenden Taiwans intensiv erlebt wird. Das "gruppendynamische Paradigma" der chinesischen Gesellschaft findet hier eine weitere Bestätigung:

In those cases where a village is divided along factional lines, the social effects can be considerable. People won't speak to one another, women won't wash clothes in the same place at the same time, and children won't play together. Fights between village youths are common and each of the factions patronizes different village stores. Factional allegiance is also a prime determinant of which shops and businesses are patronized in the towns. Most businessmen attempt to avoid factional considerations, but none are completely successful... Ordinary people buy from shops aligned with their factions because of a feeling that they will be given a better price or because they can expect more credit... Marriages and friendships are also channeled by factional membership, and attendants at funerals and weddings is often determined likewise (zit. in Lerman 1978: 106f).

Lokalfaktionen konkurrieren häufig um dieselben Wählergruppen, da es in einem Wahlkreis zahlreiche verschiedene Gruppierungen geben kann. Dabei sind temporäre Allianzen zwischen verschiedenen Faktionen insbesondere dann nicht ausgeschlossen, wenn andere (und mitunter stärkere) Zuordnungsmerkmale - also etwa die Familienbande oder eine bestimmte organisatorische Zugehörigkeit - zu den Wahlkreisgrenzen "quer" liegen und sich vor allem kleinere Faktionen keine Hoffnung auf einen Sieg machen können.

#### Die Machtressourcen der Lokalfaktionen

Seit den 50er Jahren sind Lokalfaktionen maßgeblich an der Nominierung und Wahl von Lokalpolitikern beteiligt. Zwar wird nicht jeder Politiker von einer Lokalfaktion finanziert. Oft ist auch gar nicht genau festzustellen, wie weit der Einfluß einer solchen Faktion auf einen bestimmten Politiker tatsächlich geht. Dennoch ist ihre Unterstützung in jedem Fall eine kostengünstige und damit bequeme Möglichkeit für den Mandatsbewerber, zu Amt und Würden zu gelangen. Das finanzielle "backing" einer Faktion und die von ihr kontrollierten Wählergruppen garantieren eine erfolgreiche Kandidatur. Aus diesen Gründen bemühte sich das KMT-Regime bereits sehr früh um eine enge Kooperation mit den Lokalfaktionen bzw. den dahinter stehenden Unternehmern.

Weil das Privatkapital in der autoritären Ära jedoch politisch noch schwach war, wurde diese Allianz von der KMT dominiert. Ihre Kontrolle über alle ökonomischen Ressourcen, auf die die lokalen Unternehmer angewiesen waren, drückte sich in einer weitgehenden Steuerungskapazität gegenüber den lokalen Interessengruppen aus. Im Notfall konnte ihnen Wohlverhalten oktroyiert werden. Nach Lerman (1978: 50ff) trug außerdem die harte Konkurrenz zwischen den einzelnen Gruppierungen untereinander der KMT in den ersten Dekaden ihrer Herrschaft einen strategischen Vorteil als politischer Vermittler ein. Vor wichtigen Lokalwahlen handelten die örtlichen Parteikomitees mit den Faktionsführern die Nominierung von Kandidaten für bestimmte Posten aus und wählten damit das Machtgleichgewicht zwischen den einzelnen Faktionen. Diese Schiedsrichterfunktion der Partei zeigte, daß das KMK zwar ein wichtiger Partner, letztlich aber doch nur Juniorpartner im herrschenden Bündnis strategischer Gruppen war.

Seit den späten 70er Jahren hat sich dieses Kräfteverhältnis jedoch allmählich verändert. Außerlich sichtbar wurde dies dadurch, daß die örtlichen Parteikomitees ihre politische Bedeutung und Mediator-Rolle bei der Kandidatenkür einbüßten. Faktionskandidaten erkannten, auch gegen eine offizielle Nominierung durch die KMT mit Erfolg antreten zu können. Die KMT-Parteispitze muß heute nahezu jeden Kandidaten akzeptieren, der von den Lokalfaktionen ins Rennen geschickt wird. Dieser Tatbestand stellt ein überaus ernstes Problem für

die Parteidisziplin an der lokalen Basis dar. Um die Macht der Lokalfaktionen zu brechen, wird daher in der KMT-Spitze seit längerem darüber nachgedacht, die abtrünnigen Kandidaten mit einem Parteiausschluß zu bestrafen. Die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme muß jedoch bezweifelt werden, weil die ideologische Bindung der Lokalpolitiker an die KMT relativ gering ist. Sie fungiert viel eher als Machtvehikel, auf das man notfalls auch verzichten kann, wenn nur die Unterstützung einer Lokalfaktion und damit eines Unternehmers stark genug ist. Dahinter steht die Tatsache, daß das Konfliktpotential des KMK - wie oben beschrieben - beträchtlich gewachsen ist und deshalb auch seine Repräsentanten selbstbewußter gegenüber der Regierungspartei auftreten können.

**Tabelle 3-32: Gewählte Faktions- und Nicht-Faktionskandidaten insgesamt und mit KMT-Parteimitgliedschaft bei den Wahlen zur Provinzversammlung (1954-1985)**

Jahr	Insgesamt		KMT-Mitglieder	
	Faktion	Nicht-Faktion	Faktion	Nicht-Faktion
1954	38	16	27	11
	70,4%	29,6%	71,1%	28,9%
1957	37	26	28	13
	58,7%	41,3%	68,3%	31,7%
1960	42	28	29	15
	60,0%	40,0%	65,9%	34,1%
1963	40	31	32	21
	56,3%	43,7%	60,4%	39,6%
1968	38	29	27	19
	56,7%	43,3%	58,7%	41,3%
1972	39	30	23	21
	56,5%	43,5%	52,3%	47,7%
1977	46	27	32	13
	63,0%	37,0%	71,1%	28,9%
1981	51	22	25	6
	69,9%	30,1%	80,6%	19,4%
1985	43	30	34	17
	58,9%	41,1%	66,7%	33,3%
1989	40	32	30	16
	55,6%	44,4%	65,2%	34,8%
Total	414	271	287	152
	60,4%	39,6%	65,4%	34,6%

Quelle: Huang Teh-fu 1990a, b.

Der Einfluß der Lokalfaktionen wird durch die wenigen taiwanesischen Untersuchungen, die sich mit ihrer Bedeutung in lokalen und nationalen Wahlen wissenschaftlich auseinandergesetzt haben, eindrucksvoll bestätigt. Dabei ist zu bedenken, daß alle folgenden Angaben mit hoher Wahrscheinlichkeit nach oben korrigiert werden müssen, da nicht jede Faktionszugehörigkeit eines Kandidaten zweifelsfrei nachgewiesen werden kann. Die folgenden Statistiken sind also lediglich als grobe Annäherung an die Wirklichkeit zu verstehen.

Die taiwanesische Provinzversammlung ist das ranghöchste Parlament auf der Ebene der lokalen Selbstverwaltung und ein wichtiges Handlungsfeld der Sachwalter von lokalen Faktionsinteressen. Huang Teh-fu zeigt in seiner 1990 durchgeführten Untersuchung, daß im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1989 60,4 Prozent (414) aller direkt gewählten Kandidaten einer Lokalfaktion angehörten. Das gleiche galt für 65,4% (287) aller erfolgreichen KMT-Kandidaten (vgl. Tab. 3-32).<sup>202</sup>

**Tabelle 3-33: Gewählte Faktions- und Nicht-Faktionskandidaten insgesamt und mit KMT-Parteimitgliedschaft bei den Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan (1972-1986)**

Jahr	Insgesamt		KMT-Mitglieder		Total
	Faktion	Nicht-Faktion	Faktion	Nicht-Faktion	
1972	12 57,1%	9 42,9%	10 52,6%	9 47,4%	19 100,0%
1975	13 59,1%	9 40,9%	10 55,6%	8 44,4%	18 100,0%
1980	15 39,5%	23 60,5%	9 50,0%	9 50,0%	18 100,0%
1983	20 51,3%	19 48,7%	17 54,8%	14 45,2%	31 100,0%
1986	19 46,3%	22 53,7%	14 46,7%	16 53,3%	30 100,0%
1989	31 54,6%	27 46,6%	24 58,5%	17 41,5%	41 100,0%
Total	110 49,1%	109 50,9%	84 53,5%	73 46,5%	157 100,0%

Quelle: Huang Teh-fu 1990a, b.

Für die seit 1972 durchgeführten Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan - die erste nationale Gesamtwahl Ende 1992 konnte noch nicht erfaßt werden - liegen die Ergebnisse etwas anders. Erfolgreiche Faktionskandidaten sowohl ohne als auch mit KMT-Parteimitgliedschaft wurden mit ungefähr derselben Häufigkeit gewählt als die entsprechenden Nicht-Faktionskandidaten beider Kategorien (vgl. Tab. 3-33).<sup>203</sup> - auf den ersten Blick ein Beleg dafür, daß der Einfluß der Lokalfaktionen in den nationalen Parlamenten (Legislativ Yuan, Nationalversammlung und Kontroll Yuan) tendenziell etwas geringer ist als an der lokalen Basis.

Ein Blick auf Tabelle 3-34 zeigt allerdings, daß ihr Einfluß auch hier steigt. Zwar beträgt der Anteil jener Parlamentarier aller drei Zentralparlamente, die vor den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1992 eindeutig einer Lokalfaktion zuzuordnen waren, bezogen auf alle Verwaltungs- bzw. Wahlkreise, lediglich 32,8 Prozent. Da es jedoch für einige von ihnen keine eindeutigen (oder nur widersprüchliche) Informationen gab und sie deshalb ausgeklammert wurden, liegt der tatsächliche Anteil wahrscheinlich weit höher. Allein auf die zwölf hier erfaßten Kreise bzw. Städte ungerechnet, erhöht sich das Quorum jener Abgeordneten mit einer Faktionsbasis auf 62,8 Prozent und entspricht damit den Ergebnissen für die von den Lokalfaktionen weitgehend kontrollierte Provinzversammlung.

Damit wird deutlich, daß neben dem Großkapital auch das KMK bei voranschreitender Demokratisierung zunehmend an Einfluß gewinnt und ebenfalls nationale Parlamentarier an sich zu binden in der Lage ist. Nur dem Militär mit eigenen Kooptierungsstrategien (vgl. Punkt 3.5.3) und der zivilen Funktionärselite durch den obersten Nominierungsausschuß der KMT sowie die Zuweisung von finanziellen Ressourcen aus den Parteientnahmen (vgl. Punkt 3.3) gelingt es, der neuen Macht der Unternehmerschaft etwas entgegenzusetzen. Seit 1991 gibt es zudem Parteilisten mit indirekter Mandatsverteilung entsprechend dem Stimmenproporz für die Nationalversammlung und den Legislativ Yuan, so daß zahlreiche Vertreter der alten strategischen Gruppen in die Parlamente gebracht werden können. Auf den untergeordneten Verwaltungsebenen ist die Macht der Lokalfaktionen jedoch nahezu vollkommen.<sup>204</sup>

Die Tatsache, daß stets ein höherer Anteil von Kandidaten mit als ohne Faktionszugehörigkeit Wahlen gewinnt, zwingt mittlerweile auch viele DFP-Politiker zu einem Umdenken. Bisher hat die Opposition weitgehend auf Distanz zu den Lokalfaktionen gehalten und deren mit Geld begründete Einflußnahme als korruptive Dekadenz taiwanesischer Politik gebrandmarkt.<sup>205</sup> Ohne die Unterstützung des Privatkapitals ist aber auch für die Opposition ein Wahlsieg gegen die KMT nur sehr schwer möglich. Deshalb ließ eine Stellungnahme des DFP-Vorsitzenden Hsu Hsin-liang Ende Juli 1993 allgemein aufhorchen. Im Zusammenhang mit dem Ende des Jahres stattfindenden Kreisvorsteher- und Bürgermeisterwahlen äußerte er:

**Tabelle 3-34: Faktionszugehörigkeit von Abgeordneten aller Zentralparlamente (Nationalversammlung, Legislativ Yuan, Kontroll Yuan) nach Kreisen und Städten (Stand 1. Dezember 1992)**

Kreis/ Stadt	Anzahl der Mandatsträger	Anzahl der wichtigsten Lokalfaktionen	Zugehörigkeit zu einer Lokalfaktion	Anteil der	
				Mandatsträger mit Faktionszugehörigkeit	Faktionszugehörigkeit
Taipei-Kreis	50	12	22	44,0%	
Taipei-Stadt <sup>3</sup>	34	7	1	—	—
Kaohsiung-Stadt	33	4	14	42,4%	
Penghua-Kreis	33	2	24	72,7%	
Taichung-Kreis	21	4	15	71,4%	
Tainan-Kreis	21	4	1	—	—
Kaohsiung-Kreis	20	3	16	80,0%	
Pingtung-Kreis	17	2	8	47,0%	
Taichung-Stadt	15	4	8	53,3%	
Yunlin-Kreis	14	4	11	78,6%	
Tainan-Stadt	13	9	—	—	—
Kinmen/Penghu/ Matsu	11	4 <sup>2</sup>	1	—	—
Nantou-Kreis	10	3	1	—	—
Chiayi-Kreis	9	3	8	88,9%	
Miaoli-Kreis	9	6	7	77,8%	
Ilan-Kreis	8	4	3	37,5%	
Chiayi-Stadt	6	—	1	—	—
Hualien-Kreis	6	2	1	—	—
Hsinchu-Stadt	6	—	1	—	—
Hsinchu-Kreis	5	5	3	60,0%	
Keelung-Stadt	5	3	1	—	—
Taoyuan-Kreis	5	8	1	—	—
Taitung-Kreis	2	6	1	—	—
Total	353	95	139	32,8%	(62,8%)

- 1) Keine expliziten Angaben über Verbindungen zu einer Lokalfaktion.
  - 2) Angaben nur für Penghu.
  - 3) In Taipei-Stadt gibt es im Prinzip keine Interessengruppe mit Faktionscharakter. Allerdings üben auch hier in einzelnen Wahlbezirken einflussreiche Familien einen ähnlichen Einfluß aus. Nicht wenige von ihnen haben Verwandte in den Parlamenten und verfügen daher auch über die notwendigen politischen Beziehungen, ihnen genehme Kandidaten durchzusetzen. Dies gilt z.B. für die Familien der Chengs, Ch'ens und Hsus im Wan-hua-Distrikt; die Kaos im Wen-shan-Distrikt; und die Lins und Chous im Ta-an-Distrikt (vgl. speziell hierzu *Hsin Hsin-Wen*, 28.11-4.12.1992).
- Quelle: *Hsin Hsin-Wen* 1991/92, Nr. 258ff; Ch'en Ming-t'ung 1989; Gespräche mit Prof. Huang Teh-fu, Nationale Chengchi-Universität.

Wenn wir am Jahresende gewinnen wollen, müssen wir unbedingt ein Schlachtfeld im Rücken unserer Feinde eröffnen. Diese Methode war früher nicht möglich, heute ist sie es. Denn jetzt ist die KMT nicht nur an der Spitze, sondern auch an der lokalen Basis gespalten. Die Kontrolle des Zentrums über die Basis ist bereits schwächer geworden. Wenn die DFP jetzt nicht reagiert, wird sich das Wahlverhalten der Lokalfaktionen immer noch nicht ändern; wenn wir aber reagieren, dann wird es zu anderen Ergebnissen kommen.<sup>206</sup>

Sollte sich diese Haltung durchsetzen, bedeutet dies im Klartext, daß die kritischen Professionals der DFP mit dem KMK zukünftig gemeinsame Sache machen wollen. Die Frage ist dabei, bis zu welchem Grad sich dieses aus der herrschenden Regimekoalition herausrechnen läßt. Nach Meinung des DFP-Vorsitzenden ist die politische Unterstützung der KMT durch die Lokalfaktionen nur taktischer Natur:

Die Faktionen sind eine völlig lokale Kraft, sie sind taiwanesisch, sie sind *grassroots*-Organisationen. (...) Die Faktionen gehören nicht zur KMT. Aber weil die KMT an der Regierung ist, arbeiten sie natürlich mit ihr zusammen.<sup>207</sup>

Diese Aussage wird durch eine andere wissenschaftliche Studie gestützt. Sie konnte nachweisen, daß Lokalfaktionen von spezifischen Parteibindungen nicht abhängig, ihr Einfluß also prinzipiell parteiunabhängig ist (Ch'en Ming-t'ung 1989: 15). Tatsächlich dürfte der hohe Unterstützungsgrad der Faktionen für die KMT noch eher ein Legat der autoritären Ära sein, in der das KMK völlig von der Wirtschaftspolitik der Planungstechnokratie in der Regimespitze abhängig war. Wieviel Spielraum hier für die Opposition tatsächlich besteht, muß die Zukunft zeigen. Da aber die Unternehmerschaft grundsätzlich an einer Verbesserung und Absicherung ihrer Profiterwartungen interessiert ist, dürfte dieser Spielraum in dem Maße größer werden, wie die DFP sich auf der wirtschaftspolitischen Ebene als glaubwürdige Alternative zur KMT profilieren kann. Aber es weiß auf der anderen Seite auch ein jeder in der Opposition, daß die Lokalfaktionen zahlreiche Gegenleistungen für ihre Unterstützung verlangen. Diese Erfahrung macht die Regierungspartei bereits seit Jahrzehnten.

Wie profitabel die Kooperation mit dem KMT-Regime für die Lokalfaktionen in der Vergangenheit tatsächlich war und bis heute noch immer ist, wird indirekt durch Tabelle 3-35 belegt. 49,4 Prozent aller KMT-Kandidaten für die Provinzversammlung zwischen 1951 und 1985 hatten Zugang zu den staatlich kontrollierten, lokalen Wirtschaftsmonopolen<sup>208</sup> - von ihnen gehörten aber 87,8 Prozent einer Lokalfaktion an. Demgegenüber konnten nur 11,2 Prozent jener KMT-Kandidaten ohne Faktionszugehörigkeit ebenfalls von den Wirtschaftsmonopolen profitieren. 88,8 Prozent dieser Gruppe blieben die entsprechenden Türen je-

**Tabelle 3-35: Besitz-/Teilhabe von Faktions- und Nicht-Faktionskandidaten an lokalen Wirtschaftsmonopolen (1951-1985)**

	Gesamtzahl	Besitz/Teilhabe	Nicht-Teilhabe
Faktionskandidaten (insg.)	518	442 (85,3%)	76 (14,7%)
Nicht-Faktionskandidaten (insg.)	846	72 (8,5%)	774 (91,5%)
KMT-Faktionskandidaten	402	353 (87,8%)	49 (12,2%)
KMT-Nicht-Faktionskandidaten	403	45 (11,2%)	358 (88,8%)
KMT-Kandidaten (insg.)	805	398 (49,4%)	407 (50,6%)
Tang-wai-Faktionskandidaten	50	38 (76,0%)	12 (24,0%)
Tang-wai-Nicht-Faktionskandidaten	304	9 (3,0%)	295 (97,0%)
Tang-wai-Kandidaten (insg.)	354	47 (13,3%)	307 (86,7%)

Quelle: Ch'ien Ming-t'ung 1989: 62, Tab. 13; 64, Tab. 15-4, 15-5.

doch verschlossen. Tendenziell das gleiche läßt sich für die politische Opposition sagen. Obwohl nur 13,3 Prozent aller ihrer Kandidaten Zugriff auf die "regionalen Wirtschaftsmonopole hatten, waren es immerhin 76 Prozent ihrer Amtsbewerber mit lokaler Faktionszugehörigkeit. Die Nicht-Faktionsmitglieder der Opposition konnten sich so gut wie gar nicht aus diesen Töpfen bedienen. Weite Bereiche der öffentlichen Hand werden somit von den Lokalfaktionen kontrolliert und ihren Interessen nutzbar gemacht.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß sich die heutigen Beziehungen zwischen den elektoralen Lokalfaktionen Taiwans und der regierenden KMT zwar noch immer als klientelistisch strukturiert bezeichnen lassen. Dabei haben sich die Gewichte seit den 50er Jahren jedoch erheblich verlagert. Während in der autoritären Ära die Ausgangsformel eines solchen Modells noch stimmte, derzufolge Patron (das festlandchinesische KMT-Regime) und Klientel (das junge Privatkapital) prinzipiell am gegenüberliegenden Ende des sozioökonomischen Machtgefüges stehen und daher politische Loyalität problemlos mit materiellen Privilegien erkaufte werden kann (vgl. z.B. Wu Nai-teh 1987: 14-15), so sieht die Realität heute anders aus. Fast scheint es so, als ob die Regierungspartei auf dem besten Wege ist, zur Klientel einflußreicher Lokalfaktionen (bzw. mächtiger Großunternehmer) zu degenerieren. Die lokalen Interessengruppen lassen sich nicht mehr von der KMT instrumentalisieren und haben seit der Einleitung der politischen Demokratisierung und ökonomischen Liberalisierung alle Mittel an der Hand, ihre Macht verstärkt auch der Opposition zugute kommen zu lassen. Eine solche Tendenz ist zwar derzeit noch nicht deutlich erkennbar, dennoch muß das Regime fortan mit dieser Gefahr leben.

### 3.6.5 Ergebnisse

Die taiwanesische Unternehmerschaft, die jahrzehntelang in einer ungleichen Allianz mit den alten strategischen Gruppen des KMT-Regimes verbunden war, hat sich in den 80er Jahren zu einer eigenständigen politischen Kraft emanzipiert. Die veränderte außenpolitische Großwetterlage im Gefolge der zweiten Ölkrise und des starken US-amerikanischen Drucks auf Taipei, seine Märkte zu liberalisieren, zwang die Planungstechnokraten in der Regierung erstens zu einer verstärkten Integration von Unternehmerinteressen in die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung. Zweitens besaß die Unternehmerschaft mit der 1987 geschaffenen Möglichkeit, Kapital ins Ausland zu transferieren, eine neue politische Ressource, um seine Interessenrealisierung in der Regimekoalition definitiv anzumahnen. Seit Einleitung der Transitionsphase 1986 profitiert das Privatkapital drittens von der Öffnung der politischen Institutionen und hat es dabei verstanden, Politiker der KMT (und teilweise auch der DFP) durch die Zuweisung finanzieller Ressourcen auf informellem Wege zu seinen Lobbyisten zu machen. Auch die Möglichkeit einer stärkeren Unterstützung der Opposition hat die relative Machtposition des Privatkapitals verbessert.

Die großen Wirtschaftsverbände und vor allem ihre nationalen Dachorganisationen fungieren heute - anders als früher - als veritable Interessensorganisationen des Großkapitals. Hier wird nicht nur die staatliche Wirtschaftspolitik auf die Präferenzen der Unternehmerschaft abgestimmt. Die Verbände dienen auch als Kommunikationsorgane, in denen lukrative Geschäftsbeziehungen zwischen den großen taiwanesischen Konzernen und den von der alten Funktionärselite und den Planungstechnokraten verwalteten Partei- und Staatsunternehmen auf- bzw. ausgebaut werden.

Das KMK steht erst am Anfang einer effektiveren Organisation in eigenen Verbänden. In den derzeit bestehenden Vereinigungen kann es sich kaum gegen das Großkapital durchsetzen. Allerdings sichert es seine Interessen durch die Kontrolle über die taiwanesischen Lokalfaktionen ab. Was sich in der autoritären Ära dabei noch auf die lokale Ebene beschränkte, greift heute auf die nationale Ebene über. Die Lokalfaktionen haben längst schon über "regionalen Einfluß, was verdeutlicht, daß auch das KMK seine relative Machtposition in der Regimekoalition verstärken konnte. Noch verfügt die KMT allerdings über einige Sanktionspotentiale, die gegen ein allzu selbstbewußtes Privatkapital eingesetzt werden können. Noch immer hat die Planungstechnokratie mit ihrem wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumentarium die Möglichkeit, die Profiterwartungen einzelner Unternehmen erheblich zu steigern oder zu trüben.<sup>209</sup> Auch die "Unternehmer-Politiker", also die vom Privatkapital kooptierten modernen Profesionals, dürfen sich nicht zu weit von den anderen Regimefraktionen entfernen, wenn sie nicht ein Opfer des KMT-Nominierungsausschusses werden wollen.

Es bleibt abschließend zu konstatieren, daß die taiwanesische Unternehmerrschaft eher von der Transition profitierte, als daß sie selbst initiativ - etwa durch die Unterstützung der politischen Opposition - zu ihr beitrug. Vielmehr schlug sie aus der Legitimationskrise der KMT in den frühen 80er Jahren im buchstäblichen Sinne Kapital und avancierte binnen kurzer Zeit - neben den modernen Professionals - zur mächtigsten strategischen Gruppe auf Taiwan. Eine wichtige Bedeutung kommt dem Privatkapital jedoch im weiteren Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozeß auf der Insel zu. Bisher hat es diesen in erster Linie als grandiose Wirtschaftsliberalisierung mit ungeahnten neuen Profitmöglichkeiten begriffen. "Demokratischen Idealismus" kennen Taiwans Unternehmer nicht.<sup>210</sup>

Doch indem sie für fortgesetzte Wirtschaftsreformen (weitere Liberalisierung des Chinahandels und Privatisierung) eintreten und ihre finanziellen Ressourcen zukünftig, wenn auch nur taktisch bedingt, stärker der Opposition zur Verfügung stellen, werden Taiwans Unternehmer zu einem entscheidenden Pluralisierungsfaktor aufsteigen. Vielleicht etabliert sich dadurch tatsächlich eine weitere Spielart der "korrupten Demokratie" japanischer oder auch südkoreanischer Provenienz - aber eine Rückkehr zu den autoritär-korporatistischen Strukturen der Zeit vor 1986 dürfte als politische Perspektive ausscheiden.

## 4 Ressourcen- und Interessenanalyse II: Unabhängige Professionals, soziale Protestbewegungen und die Arbeiterschaft - die konfliktfähigen Gruppen der politischen Opposition

### 4.1 Einleitende Bemerkungen

In diesem Kapitel wird die Ressourcenanalyse auf die politische Opposition Taiwans ausgedehnt. Wie die Elitenprofilanalyse bereits zeigte, spielen unabhängige Professionals dabei eine zentrale Rolle. Ihr Konfliktpotential beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Schlagkraft der *Demokratischen Fortschrittspartei* (DFP). Auch innerhalb der außerparlamentarischen Opposition bilden Professionals die wichtigste konfliktfähige Gruppe. Sie gehören zu den Führungseliten der sozialen Protestbewegungen und sind bei der Organisation der Arbeiterschaft an vorderster Front beteiligt. Ferner sind sie es, die den politischen Kampf "jenseits der Parlamente" koordinieren und die notwendige ideologische Arbeit leisten.

Die *neuen sozialen Protestbewegungen* fungieren als institutioneller Boden für weitere gesellschaftliche Gruppen mit dem Willen zu politischen Veränderungen. Sie sind ein Phänomen der 80er Jahre und insbesondere der Zeit nach 1986. So organisieren sich heute z.B. *Ureinwohner* und *Bauern* immer stärker, um für ihre speziellen Interessen zu kämpfen. Das gleiche gilt für Taiwans *Frauen*. *Umweltschützer* schließen sich ebenso zusammen wie Kernkraftgegner und Verbraucher-schützer. Eine längere Tradition des politischen Widerstandes weist die presbyterianische Kirche auf, die sich heute vor allem der Arbeiterfrage annimmt. Besonders bedeutungsvoll ist die Formierung der taiwanesischen *Arbeiterschaft* in eigenen unabhängigen Gewerkschaften, Interessenvereinigungen und - wenn gleich bisher nur rudimentär - politischen Parteien. Nach Jahrzehnten der korporatistischen Knebelung erwacht hier ein politisches Potential, das die Zukunft Taiwans erheblich mitbestimmen wird. Diese Entwicklung könnte darüber hinaus Signalwirkung für ein erwachendes Arbeiterbewußtsein in anderen ost- und südostasiatischen Ländern mit ähnlicher autoritärer Vergangenheit (oder Gegenwart) haben.

Die folgende Ressourcenanalyse lehnt sich an das Vorgehen in Kapitel 3 an. Am Anfang (Abschnitt 4.2) steht eine Erörterung der derzeitigen politischen Relevanz der taiwanesischen Unabhängigkeit (*Tai-tu*). Dies soll deshalb geschehen, weil die Haltung zu dieser Frage die gesamte politische Opposition Taiwans fraktioniert: Radikale *Tai-tu*-Befürworter stehen gemäßigten Kräften gegenüber, die eher auf einen Ausgleich mit dem Regime setzen und dafür die Unabhängigkeitsfrage in den Hintergrund zu stellen bereit sind. Es zeigt sich heute außer-

dem, daß *Tai-tu* nicht nur als oppositionelle Mobilisierungsressource gegen die KMT-Regierung eingesetzt wird, sondern auch als Instrument zu einer inneroppositionellen Blockbildung dient. Diese durchzieht nicht nur die DFP, sondern auch die gesamte außerparlamentarische Opposition und kann ohne ein tieferes Verständnis um die ideologischen und taktischen Implikationen von *Tai-tu* nicht erklärt werden.

Abschnitt 4.3 widmet sich den oppositionellen Professionals als wichtigster konfliktfähiger Gruppe Taiwans. Dabei steht zunächst die Fraktionierung der DFP, der wichtigsten institutionellen Basis der Professionals, im Mittelpunkt. Hier lassen sich die oben angesprochenen Lagerbildungen, wie sie für die gesamte Opposition Taiwans symptomatisch sind, "mikroskopisch" beobachten. Danach werden die wichtigsten außerparlamentarischen Organisationen beschrieben, in denen sich überwiegend oder ausschließlich Professionals, Intellektuelle und Studenten zusammengeslossen haben: die Professoren- und Studentenverbände sowie die verschiedenen Gruppierungen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung. Abschnitt 4.4 beschäftigt sich dann im einzelnen mit den neuen sozialen Protestbewegungen und den dahinter stehenden konfliktfähigen Gruppen. Analysiert werden ihre wichtigsten Organisationen, ihr generelles Mobilisierungspotential, ihre unterschiedlichen Interessen und ihre Führungseliten. Abschnitt 4.5 konzentriert sich auf die Untersuchung der taiwanesischen Arbeiterschaft, ihren augenblicklichen Organisationsgrad und ihre ideologischen Differenzen.

Am Ende dieses Untersuchungsblocks wird ein Allianzprofil erstellt (Abschnitt 4.6), das die organisatorische Vernetzung der politischen Opposition Taiwans nachzeichnet und ihr Konfliktpotential qualifiziert. Die hier zusammengefaßten Aussagen bilden - zusammen mit den Ergebnissen bezüglich der Machtressourcen und Interessenlagen innerhalb der Regimekoalition - die Grundlage für das Schlußkapitel, das sich vor dem Hintergrund der (Neu-)Figuretionen von strategischen und konfliktfähigen Gruppen um eine abschließende Erklärung und Bewertung des Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozesses auf Taiwan bemüht.

## 4.2 Zwischen Ideologie und Taktik: Das Problem der taiwanesischen Unabhängigkeit als Triebkraft von Differenzierungsprozessen in der politischen Opposition Taiwans

Die autoritäre Herrschaft des KMT-Regimes auf Taiwan war stets durch zwei politische Dimensionen geprägt. Es handelte sich nicht nur um Herrschaft im Sinne einer anti-demokratischen Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols. Es war - zumindest aus der Perspektive der einheimischen Inselbewohner -

darüber hinaus eine *Fremdherrschaft*, in der eine festlandchinesische Minderheit die taiwanesische Bevölkerungsmehrheit unterdrückte. Nach dem brutal niedergeschlagenen Aufstand vom 28. Februar 1947 (vgl. Punkt 1.1.1), als die Taiwanesen gegen das korrupte Nachkriegsregime des Gouverneurs Chen Yi aufbegehren, wurde der Kampf der politischen Opposition Taiwans deshalb mit einer (quasi-)ethnischen Komponente unterlegt.<sup>1</sup> Jubelte man 1945 den Truppen Chiang Kai-sheks noch zu und begrüßte die Wiederangliederung an das chinesische Mutterland, so wurde nun die jahrhundertlange de facto-Abkapselung Taiwans vom Festland<sup>2</sup> und die Existenz einer eigenen taiwanesischen Identität sowie eines eigenen nationalen Bewußtseins betont. *Tai-wan pu shi Chung-kuo*, "Taiwan ist nicht China", wurde zur Kernthese der politischen Opposition und ist es bis zum heutigen Tag geblieben. "Demokratie" und "Unabhängigkeit" avancierten damit zu Synonymen.

Seit den 70er Jahren und definitiv nach dem "Zwischenfall" von Kaohsiung 1979 schied sich an dieser Gleichsetzung innerhalb der *Teng-wai* jedoch die Geister. Eine gemäßigtere Fraktion plädierte für ein taktisches Zurückstellen der *Tai-tu*-Frage, zumal sich die KMT Anfang der 80er Jahre zunehmend zu politischen Reformen bereit zu finden schien. Zwar blieb auch für diese Kräfte die Unabhängigkeit Taiwans weiterhin ein politisches Ziel, sie sollte aber aus Gründen der politischen Machbarkeit zunächst in die zweite Reihe zurücktreten. Die gemäßigtere Strömung, angeführt von den Angehörigen und Strafverteidigern der inhaftierten "Acht von Kaohsiung", setzte sich zunächst durch und formulierte die Reformforderungen der politischen Opposition: freie und allgemeine Wahlen, Zulassung von Oppositionsparteien, Garantie der Pressefreiheit, Aufhebung des Ausnahmerechts, Pensionierung aller alten Abgeordneten, Freilassung aller politischen Gefangenen, Wahrung der Menschenrechte etc. Diese Forderungen wurden in den folgenden Jahren schrittweise vom KMT-Regime erfüllt und fanden mit der kompletten Neuwahl des Legislativ Yuan im Dezember 1992 einen gewissen vorläufigen Abschluß. Die Direktwahl des 1995 neu zu bestimmenden Präsidenten ist das letzte institutionelle Reformziel, dessen Verwirklichung die Opposition noch anstrebt.

Gleichzeitig hat das Regime an Legitimation gewonnen, denn innerhalb der breiten Bevölkerung Taiwans ist der gesamte Demokratisierungsprozeß eher als systematische Realisierung eines detaillierten Reformprogramms der Professionals um Präsident Lee Teng-hui denn als Erfolg einer hartnäckigen Opposition perzipiert worden. Auch durch die graduell stärkere Hinwendung zu den marginalisierten Gruppen der Gesellschaft (Bauern, Arbeiter, Eingeborene) und die Flexibilisierung seiner Außen- und Chinapolitik hat das Regime politischen Kredit gewonnen. Der Sieg der liberalen Kräfte in der KMT-Führung und der damit verbundene Legitimationsgewinn für die Gesamtpartei haben die DFP am Anfang der 90er Jahre somit in eine politische Defensive gezwungen. Sie steht heute in gewissem Sinne am Scheideweg: Soll sie die Unabhängigkeitsfrage neu thema-



tisieren und damit auf ihre - wie viele meinen - wirkungsvollste Mobilisierungsressource zurückgreifen, um ihr Unterstützungspotential nicht zu verlieren? Schließlich kann und will die ansonsten reformbereite KMT bei der Verwirklichung von *T'ai-tu* keine Zugeständnisse machen. Ist nicht zudem der Spielraum für die Erreichung dieses ultimativen Ziels heute größer als jemals zuvor? Schließlich hat sich auch das KMT-Regime von vielen dogmatischen Positionen verabschiedet und zuletzt sogar offiziell die Absicht verkündet, die volle Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu beantragen (vgl. unten). Obgleich dies unter der alten Bezeichnung "Republik China" erfolgen soll, ist damit auch von KMT-Seite her ein altes Tabu - nämlich die politische Eigenständigkeit Taiwans (unter welchem Namen auch immer) - endgültig begraben worden.

Die DFP muß sich, will sie die KMT ablösen, als langfristige politische Alternative profilieren. Dafür muß sie zunächst ihre finanziellen, organisatorischen und personellen Ressourcen ausbauen. Worin aber könnte heute inhaltlich eine solche Alternative, nach der Verwirklichung der meisten Reformforderungen, überhaupt bestehen? Hier ist in Erinnerung zu rufen, daß die DFP trotz der Federführung der gemäßigten Kräfte nach 1979 ihr Selbstverständnis als taiwanesisch *Unabhängigkeitspartei (tu-li-tang)* nie aufgegeben hat. Andere programmatische Ziele - etwa in der Sozial- und Umweltpolitik - sind dahinter lange Zeit zurückgetreten oder haben sich auf eine reine "Anti-KMT-Diktion" beschränkt (vgl. Reinhardt 1989: 87ff; DFP 1992). Es könnte also überspitzt formuliert werden: Wo kann die DFP heute wirklich ein scharfes Profil zeigen, wenn nicht in der Unabhängigkeitsfrage? Daran schließt sich die ganz grundsätzliche Überlegung an: Was ist *T'ai-tu*? Was für ein politisches Modell wird damit verknüpft? Gibt es ein solches Modell überhaupt?

Programmatisch hat sich die DFP in diesem Kontext vor allem durch die Verabschiedung eines Gesetzes über die Souveränität Taiwans (*T'ai-wan chu-chü-an*) im Oktober 1990, einen Gesetzentwurf für eine taiwanesisch Verfassung (*T'ai-wan hsien-fa ts'ao-an*) im August 1991 sowie zuletzt - und in der bisher politisch bedeutsamsten Form - auf ihrem 5. Ordentlichen Parteitag am 12./13. Oktober 1991 mit der Revision des Artikels 1 ihres Parteiprogramms geäußert. Dieser von der KMT mit strafrechtlichen Mitteln attackierte "Unabhängigkeitsartikel"<sup>3</sup> (*tu-i t'iao-k'uan*) faßt den in allen Dokumenten zum Ausdruck gebrachten Standpunkt der politischen Opposition zur *T'ai-tu*-Frage zusammen und soll hier mit einem längeren Zitat wiedergegeben werden:

Die Bestimmung der Souveränität des Staatsgebietes und des Status des Staatsvolkes gehört zu den Vorbedingungen eines modernen Staatswesens, im Innern eine politische und rechtliche Ordnung errichten und im Äußeren internationale Beziehungen entwickeln zu können. Ein souveränes und unabhängiges Taiwan, das weder zur VR China noch zum festlandchinesischen Kontinent gehört, ist eine geschichtliche und gegenwärtige Realität und

gleichzeitig die gemeinsame Auffassung der internationalen Gemeinschaft. Nur wenn Taiwan der Realität seiner Souveränität und Unabhängigkeit Rechnung trägt und eine Verfassung zum Zwecke des Staatsaufbaus erläßt, kann es die Würde und Sicherheit der Gesamtgesellschaft und jedes einzelnen Staatsbürgers garantieren und für den Freiraum jedes einzelnen sorgen, nach Freiheit, Demokratie, Reichtum, Gerechtigkeit und Selbstverwirklichung zu streben. Doch aufgrund der - trotz aller Einstimmigkeit (in der KMT, G.S.) - irreführenden Erfindung eines "Gesamtchinas mit nur einer legalen Regierung" hat sich die KMT lange Zeit eine antidemokratische Herrschaft und antidemokratische Privilegien gesichert. Die die Realität eines souveränen Taiwans mit ihrer Politik verletzende KMT implementiert nicht nur in die Sackgasse führende Verfassungsreformen im Innern, sondern verursacht auch heftiges Begehren der chinesischen Kommunisten im Äußeren; weil sie auf der internationalen Bühne das internationale Recht bricht und den internationalen politischen Realitäten nicht Rechnung trägt, ist sie unfähig, auf normale Weise der internationalen Gemeinschaft beizutreten; sie verursacht sogar eine Verwirrung der Staatsgesinnung des taiwanesischen Volkes und wird damit zum Hindernis für seine kulturelle Entwicklung. Deshalb befürworten wir:

- (1) entsprechend der Realität eines souveränen Taiwans die Errichtung eines unabhängigen Staates, die Verabschiedung einer neuen Verfassung, eine der gegenwärtigen taiwanesischen Gesellschaft entsprechende politische und rechtliche Ordnung und den Wiedereintritt in die internationale Gemeinschaft entlang den Prinzipien des internationalen Rechts;
- (2) eine neue Grenzziehung des souveränen Staatsgebietes Taiwans und eine Definition des von ihm umfaßten Staatsvolkes, so daß die Kontakte zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße entsprechend dem internationalen Recht eine rechtliche Grundlage erhalten und die Interessen der Völker beider Seiten bei gegenseitigen Kontakten gewahrt werden;
- (3) auf der Grundlage des gemeinsamen Gesellschaftskörpers Taiwan und des Prinzips der Wahrung eines kulturellen Pluralismus die Anpassung der Inhalte des staatlichen Erziehungswesens, um die natürliche Entwicklung eines gemeinsamen staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bewußtseins zur Reife zu führen und eine der Realität entsprechende Staatsideologie zu schaffen.

*Entsprechend dem Prinzip der Souveränität des Staatsvolkes soll die Errichtung einer souveränen, unabhängigen und freien Republik Taiwan und die Verabschiedung einer neuen Verfassung von allen taiwanesischen Bürgern per Volksentscheid beschieden werden (Hervorhebung G.S.). (DFP 1992: 12f.).<sup>4</sup>*

Aus diesem und den oben erwähnten anderen DFP-Dokumenten sowie unter Berücksichtigung der im Rahmen der seit 1991 intensiv geführten UNO-Debatte<sup>5</sup> vorgebrachten Argumente kann die derzeitige Haltung der DFP zur *T'ai-tu*-Frage folgendermaßen zusammengefaßt werden:<sup>6</sup>

1. Die *Ein-China*-Politik der KMT hat versagt. Taiwan ist heute ein auf der internationalen Bühne isoliertes Land. Nur wenige Länder (29) haben diplomatische Beziehungen zu ihm, der Zutritt zu wichtigen internationalen Organisationen - insbesondere zur UNO - bleibt Taiwan verwehrt. Das *Etn-Chinena*-Prinzip und die damit verbundene Forderung der KMT, nur unter der Bezeichnung "Republik China" in die UNO zurückzukehren, sind völlig unrealistisch. Die internationale Staatengemeinschaft erkennt Peking als den einzig rechtmäßigen Vertreter Gesamtchinas an, was unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse zwischen den "beiden Seiten der Taiwanstraße" auch absolut verständlich ist. Aus der weltfremden, dogmatischen Haltung der KMT erwachsen Taiwan jedoch diplomatische und ökonomische Nachteile, die nicht länger akzeptiert werden dürfen.

2. Taiwan ist de facto ein unabhängiger Staat. Dies ist eine historische Tatsache und auch die Ansicht der internationalen Staatengemeinschaft. Mit ihrer *Ein-China*-Politik sowie ihrem Festhalten an dem fünfstufigen Verfassungssystem verletzt die KMT die real gegebene, völkerrechtliche Souveränität Taiwans und führt nicht nur den inneren Reformprozeß in eine Sackgasse, sondern bestärkt die chinesischen Kommunisten sogar in ihrem Drang nach Einverleibung der Insel. Die KMT wird damit auch zum Haupthindernis für die Entwicklung einer taiwanesischen Identität sowie für die kulturelle Entfaltung des Landes.

3. Der heute von der KMT vorgeschobene wichtigste Grund für die Aufrechterhaltung des *Ein-China*-Prinzips ist die Drohung Pekings, im Falle einer Session militärisch zu intervenieren. Solange Taiwan an seinem internationalen Status nichts ändert, wird diese Drohung aber niemals entschärft werden können. Erst durch die Mitgliedschaft in der internationalen Staatengemeinschaft - insbesondere durch eine Unabhängigkeitserklärung sowie durch die Rückkehr in die UNO - kann die Insel vor einer willkürlichen Intervention geschützt werden. In diesem Falle nämlich steht Taiwan unter dem Schutz der UNO und ihres Prinzips der Nicht-Aggression gegenüber anderen souveränen Staaten. Erst dann wird auch Peking es nicht mehr wagen, gewaltsam gegen Taiwan vorzugehen.

4. Die KMT ist in ihrer eigenen Politik inkonsequent und heuchlerisch. So ist ihr Protest gegen eine Abweichung vom jetzigen Staatsnamen "Republik China" schon deshalb nicht verständlich, weil sie dies anderenorts - aus pragmatischen Erwägungen - bereits akzeptiert hat.<sup>7</sup> Die KMT hat mittlerweile

auch anerkannt, daß es sich im Falle von Taiwan und der VR China um zwei unterschiedliche *politische Entitäten* (*cheng-chih shih-t'i*) handelt, die unabhängig voneinander existieren und auf dieser Basis auch international zusammen auftreten und kooperieren können. Was aber sind zwei unterschiedliche "politische Entitäten" anderes als zwei souveräne, unabhängige Staaten?

5. Die KMT benutzt die hypothetische Bedrohung durch das Festland lediglich als Vorwand, um ihre politische Vormachtstellung zu perpetuieren. Sie muß daran gehindert werden, die Anhänger von *T'ai-tu* zu kriminalisieren und das politische System aus machtpolitischem Eigeninteresse zu manipulieren. Natürlich darf sie in einem demokratischen Taiwan ihre gesamtchinesischen Ziele weiterverfolgen - dann aber nur als "Gleicher unter Gleichen", in einem fairen Wettbewerb mit den Verfechtern von *T'ai-tu*. Nur eine den Prinzipien der Demokratie und Selbstbestimmung entsprechende freie Entscheidung der Bürger Taiwans über ihre Zukunft kann Richtschnur politischen Handelns und Legitimationsgrundlage politischer Autorität sein.

Schon aus dieser Aufstellung wird deutlich, daß die Opposition die Befürwortung von *T'ai-tu* weniger als politisches Alternativprogramm versteht. Vielmehr wendet sie sich gegen den Herrschaftsanspruch der KMT. Diese gefährde mit ihrer Chinapolitik die Sicherheit der Bürger und blockiere die Entwicklung einer taiwanesischen Identität. Sie zwingt die Insel psychologisch und - wäre es politisch möglich - auch physisch in einen gesamtchinesischen Herrschaftsverband, ohne sich um die Wünsche der Bevölkerung zu kümmern. Gleichzeitig liefere sie die Insel jedoch den Kommunisten aus, denn nur eine international verbürgte Unabhängigkeit könne Taiwan wirklich vor einer Intervention der VR China schützen. In dieser Sichtweise wird deutlich, daß die Opposition das Problem der taiwanesischen Unabhängigkeit heute anders akzentuiert als früher. Das Reformprogramm der KMT hat die alte *Tang-wai*-Gleichung "Unabhängigkeit<sup>8</sup> = Demokratie" in Frage gestellt. Sie ist deshalb gewissermaßen umgeschrieben worden und lautet heute "Unabhängigkeit = Überleben der Demokratie".

Die KMT-Führung hielt der Opposition in diesem Kontext zusammenfassend die folgenden Argumente entgegen:

1. Es kann nur eine einzige legitime Regierung für Gesamtchina geben, wozu Taiwan zweifelsfrei gehört. Zwar ist es eine Tatsache, daß die Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft das Vertretungsrecht (*tai-piao-ch'üan*) derzeit der VR China zuspricht und die Republik China auf Taiwan damit international weitgehend isoliert ist. Jedoch muß die KMT als die einzig glaubwürdige chinesische Revolutionspartei zum Wohle des gesamten chinesischen Volkes das Vermächtnis Sun Yat-sens wahren und deshalb auch das auf Gesamtchina ausgelegte Verfassungssystem in seinen Grundzügen beibehalten.

2. Das Argument, ein Eintreten in die UNO als unabhängige Republik Taiwan würde das Problem der militärischen Bedrohung seitens Peking lösen, ist in dieser Eindeutigkeit falsch. Die Taiwan-Frage ist für die UNO bislang eine innerchinesische Angelegenheit, die nicht den internationalen Prinzipien der zwischenstaatlichen Nicht-Aggression unterliegt. All jene Staaten, die heute zur VR China diplomatische Beziehungen unterhalten, haben die sog. "Taiwan-Klausel" unterschrieben und den Alleinvertretungsanspruch der Kommunisten untermauert. Bei der Lösung seines Sicherheitsproblems ist Taiwan auf sich allein gestellt. Es ist daher einerseits notwendig, die Beziehungen insbesondere zu den USA und Westeuropa - auch *unterhalb* der diplomatischen Ebene - zu intensivieren ("Prinzip der substantiellen Beziehungen"); andererseits müssen jedoch auch die Beziehungen zum chinesischen Festland auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts weiterentwickelt werden. Nur so kann langfristig die Gefahr einer militärischen Intervention durch die chinesischen Kommunisten verringert werden. Was in diesem Kontext die Antragstellung bei der UNO anbelangt, so muß es primär darum gehen, als rechtmäßiger Vertreter Gesamtchinas oder zumindest eines Teils von Gesamtchina durch die Völkergemeinschaft anerkannt zu werden (Modell Deutschland). Nur so können sich die chinesischen Kommunisten nicht auf einen taiwanesischen Sezessionismus berufen, der als Vorwand eines militärischen Eingreifens dienen würde.

3. Die Auffassung, unter der Bezeichnung "Souveräne Republik Taiwan" als neues Mitglied eher Aufnahme in die UNO zu finden als mit dem alten Namen "Republik China", ist ohnehin realitätsfremd. Erstens ist Taiwan kein unabhängiges Staatsgebilde. Seine völkerrechtliche Definition als Teil Chinas ist durch den Vertrag von Kairo (1943), die Potsdamer Erklärung (1945), den japanisch-amerikanischen Friedensvertrag von San Francisco (1951) und den chinesisch-japanischen Vertrag von 1952 klar festgeschrieben.<sup>9</sup> Damit behält auch die Bezeichnung "Republik China" ihre Gültigkeit. Zweitens wird kein Staat, der diplomatische Beziehungen zu Peking unterhält, mit Taiwan ebenfalls unter der Bezeichnung "Republik Taiwan" aufnehmen. Dies würde Peking mit dem Verweis auf eine von Taiwan betriebene Spaltung Chinas niemals zulassen; im übrigen besitzen die chinesischen Kommunisten als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates auch verfahrenstechnisch zahlreiche Möglichkeiten, die Aufnahme Taiwans in die UNO zu blockieren. Wer trotzdem eine Antragstellung unter der Bezeichnung "Republik Taiwan" verlangt, gefährdet unnötig und verfassungswidrig die Sicherheit und den Wohlstand der Bürger Taiwans. Das gilt ebenso für die ständigen oppositionellen Forderungen nach einem Volksentscheid über die Frage der Unabhängigkeit Taiwans.<sup>10</sup>

Mit dieser Argumentation ist die KMT jedoch in einer "strukturellen Defensive". Obgleich auch sie sich der politischen Realität bewußt ist und weiß, daß Taiwan heute de facto eine unabhängige "politische Entität" ist, kann und will sie das *Ein-China*-Prinzip nicht aufgeben. Der außenpolitische Druck der VR China und die innerparteilichen Machtverhältnisse lassen dies aus der Sicht der Regierungspartei nicht zu. So aber gelingt es der Opposition weiterhin mühelos, etwa mit ständigen Verweisen auf den 28. Februar 1947, an die Emotionen der Taiwanesen zu appellieren und die Erinnerung an die diktatorische "Fremdherrschaft" des - vor allem bei den älteren Taiwanesen - verhaßten Chiang-Regimes wachzuhalten. Und so kann sie auch deutlich auf den paradoxen Status Taiwans verweisen, einerseits ein unabhängiges Staatswesen zu sein, andererseits aber international diskriminiert zu werden - etwas, das kein patriotischer Chinese (oder Taiwanese) akzeptiert und dem Inselstaat zahlreiche politische und ökonomische Nachteile bringt.

Zudem ist das Schüren der Auseinandersetzung mit der KMT um die *T'ai-ü*-Problematik für die Opposition politisch kaum mehr riskant, weil nach der Revision des Strafrechtsparagrafen 100 die gewaltlose Propagierung der Unabhängigkeit prinzipiell erlaubt ist (vgl. Punkt 1.2.1). Und letztlich befindet sich die DFP nach wie vor in der Oppositionsrolle und wird wohl noch geraume Zeit auf eine Regierungsübernahme warten müssen,<sup>11</sup> so daß die direkte Auseinandersetzung mit Peking derzeit nicht geführt zu werden braucht. Die Forderung der Opposition, die Unabhängigkeit solle per Referendum entschieden werden, verweist ferner auf die Suche nach einer breiten innenpolitischen Basis für *T'ai-ü*.<sup>12</sup> Falls also die DFP die Unabhängigkeitsfrage in Zukunft wieder stärker thematisieren sollte, so wäre dies in erster Linie taktisch und nicht ideologisch zu begründen. Folgende eigene Überlegungen des Verfassers spielen dabei eine Rolle:

1. Die Forderung nach Unabhängigkeit und der Ausrufung einer souveränen Republik Taiwan übersteigt das kurzfristig politisch Machbare. Das weiß auch die DFP. Weil die KMT sich mit ihrer prinzipiell unverändert geltenden *Ein-China*-Politik jedoch politisch in der Defensive gegenüber der DFP befindet, kann die Opposition hier kostengünstig "Punkte sammeln" und von den Reformfolgen der KMT ablenken.
2. Die KMT hat durch ihr Reformprogramm und ihre Reputation als Garant des taiwanesischen "Wirtschaftswunders" eine noch immer (bzw. wieder) große Legitimation bei breiten Teilen der Bevölkerung. Nur ihre Unbeweglichkeit in der *T'ai-ü*-Frage könnte also langfristig einen Keil zwischen die Bevölkerung und die Regierungspartei treiben und der DFP auf diese Weise zu zusätzlichen Stimmen verhelfen. Diese Strategie muß die DFP wenigstens so lange verfolgen, bis sie organisatorisch, programmatisch und personell mit der KMT gleichziehen und Wahlen auch ohne ihr exklusives Image als Unabhängigkeitspartei gewinnen kann.

Diese sicherlich etwas überspitzt formulierte Sichtweise soll zwar nicht bedeuten, daß es in den Reihen der Opposition keine ideologisch orientierten *T'ai-tu*-Befürworter gibt, die sich von der Unabhängigkeit der Insel und der Begründung eines veritablen taiwanesischen Nationalismus nicht tatsächlich eine bessere Zukunft versprechen. Allerdings ergeben Analysen des DFP-Parteiprogramms und der verschiedenen Entwürfe für eine unabhängige Republik Taiwan nicht, wo konkret die Unterschiede zum KMT-regierten Taiwan der Gegenwart liegen.<sup>13</sup> Auch in der angestrebten Chinapolitik bestehen in den grundlegenden Forderungen an die Adresse Pekings bis hin zum konkreten *Procedere* der bilateralen Annäherung inhaltlich nur geringe Abweichungen.<sup>14</sup>

Zusammenfassend ist daher zu sagen, daß die Unabhängigkeitsfrage für die Opposition heute vorwiegend taktischen Charakter besitzt, weil sie als kostengünstige Mobilisierungsressource die Erfolge des KMT-Reformprogramms diskreditieren (helfen) kann. Gleichzeitig fungiert *T'ai-tu* als ideologisches Zuordnungskriterium einer inneroppositionellen Lagerbildung, die sowohl die DFP als auch die gesamte außerparlamentarische Opposition durchzieht. Nicht selten stehen dahinter eher machtpolitische Interessen, so daß *T'ai-tu* auch eine spezifische inneroppositionelle Mobilisierungsfunktion hat (vgl. unten). Solange aber die KMT - sei es aus ideologischer Überzeugung, aus Gründen der innenpolitischen Herrschaftslegitimation oder aus staatspolitischer Verantwortung - am *Ein-China*-Prinzip festhält, wird sie in der Frage des internationalen Status Taiwans gegenüber der politischen Opposition stets in der Defensive sein und ihren Druck aushalten müssen. Daran können auch die jüngsten UNO-Initiativen von Regierung und Präsident nicht viel ändern.

### 4.3 Die Professionals in der Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) und der außerparlamentarischen Opposition

#### 4.3.1 Loyale oder radikale Opposition? - Der Parteilationalismus in der DFP als Ausdruck einer prinzipiellen inneroppositionellen Fraktionierung

Der "Zwischenfall von Kaohsiung" vom Dezember 1979 (vgl. Punkt 1.1.2) führte zu grundlegenden Differenzierungen in der *Tang-wai*-Bewegung über das weitere politische Vorgehen. Die radikalen Politiker waren hinter Gittern verschwendet. Es stellte sich nunmehr die Frage, wie die führerlos gewordene Opposition reorganisiert werden müsse. Allmählich kristallisierten sich zwei Lager heraus, die unterschiedliche Strategien befürworteten. Diese bestimmen bis heute die innerparteilichen Auseinandersetzungen der DFP und darüber hinaus auch die Differenzierungsprozesse in der außerparlamentarischen Opposition.

In der *Tang-wai*-Bewegung standen sich seit den frühen 80er Jahren die jetzt gemäßigten Kräfte der Formosa-Fraktion (*Mei-ti-tao-p'ai*) einerseits und die radikalen Oppositionellen der New Tide-Fraktion (*hsin-ch'ao-tiu-p'ai*) andererseits gegenüber. Daneben gab es anfänglich noch einige Kleinfaktionen, deren Mitglieder sich um renommierte Einzelpolitiker scharten. Dazu gehörten vor allem die sog. K'ang-Fraktion (*K'ang-p'ai*) des erfahrenen (aber umstrittenen) *Tang-wai*-Aktivisten K'ang Ning-hsiang sowie die Fortschritt-Fraktion (*ch'ien-chin-p'ai*) des mittlerweile parteilosen Parlamentsabgeordneten Lin Cheng-chieh. Sie existieren allerdings nicht mehr. Von Bedeutung sind heute dagegen eine eigene, der *Alliance for Taiwan Independence* (*T'ai-tu tien-meng*) nahestehende Fraktion radikaler *T'ai-tu*-Befürworter sowie die in einer sog. Zentrum-Fraktion (*chung-chien-p'ai*) eher informell kooperierenden Politiker, die sich keiner der anderen Gruppierungen anschließen wollen.

Obleich einerseits die innere Fragmentierung der DFP durchaus ideologische Züge trägt, die sich entlang der jeweils unterschiedlichen Haltung zur Unabhängigkeitsfrage definieren, spiegelt sich darin andererseits auch ein innerparteilicher Machtkampf wider. In diesem Punkt unterscheidet sich die größte taiwanesische Oppositionspartei nicht wesentlich von der KMT. Während sich in der Regierungspartei der formale Faktionalismus jedoch auf den Legislativklub beschränkt und die Meinungsunterschiede in der Parteispitze mit der relativ unscharfen Dichotomie Hauptströmung - Anti-Hauptströmung umschrieben werden (vgl. Punkt 3.2.1), existiert in der DFP ein veritabler *Parteilationalismus*. Er durchzieht alle Gremien dieser Partei. Vor allem die beiden wichtigsten Fraktionen - Formosa und New-Tide - arbeiten teilweise sehr autonom, nominieren eigene Kandidaten für die Besetzung von Parteiorganen oder die Ernennungslisten für nationale Wahlen und pflegen unterschiedliche Kontakte zur außerparlamentarischen Opposition.

#### Die Formosa-Fraktion

Der Name dieser heute größten DFP-Fraktion geht auf die im August 1979 von einer Gruppe radikaler intellektueller gegründeten Zeitschrift gleicher Bezeichnung zurück. Diese Gruppe avancierte mit ihren damals sehr weitreichenden Aktivitäten<sup>15</sup> zu einer "pränatalen" Oppositionspartei und fungierte als Sammelbecken der gesamten *Tang-wai*-Bewegung. Ihre führenden Köpfe wurden in den Kaohsiung-Prozessen von 1980 für die bereits erwähnten Ausschreitungen in der südtaiwanesischen Hafenstadt verantwortlich gemacht und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Zu ihnen zählten Professionals, die heute einen großen Einfluß in der DFP besitzen, von ihrem früheren Aktivismus jedoch weitgehend abgerückt sind wie: Hsü Hsin-liang, von 1991-1993 Vorsitzender der DFP; Huang Hsin-chieh, sein Vorgänger; Chang Chün-hung, früherer Generalsekretär und ideologischer Vordenker der DFP; und Shih Ming-teh, langjähriger politi-

scher Gefangener und derzeitiger Vorsitzender.<sup>16</sup> Die drei letzteren sind heute Abgeordnete des Legislativ Yuan. Mit Ausnahme von Shih, der sich um eine neutrale Position im innerparteilichen Faktionskampf bemüht, gehören die ersten drei genannten Politiker unverändert zu den Führern der Formosa-Fraktion. Auch K'ang Ning-hsiang, der seit jeher gemäßigt denkende "Altvater" der taiwanesischen Oppositionsbewegung, steht ihr ideologisch nahe.

Die Formosa-Fraktion entschloß sich nach Kaohsiung, den Weg durch die Institutionen anzutreten. Sie setzte fortan Systemreformen (*ti-chih kai-ko*), nicht aber mehr die totale Reform des Systems (*kai-ko ti-chih*) an die Spitze ihrer politischen Ziele und akzeptierte damit den engen, von der KMT vorgegebenen Rahmen demokratischen Wettbewerbs. Auch heute, nach Vollendung der wichtigsten Reformziele, tritt die *T'ai-tu*-Frage bei Formosa aus taktischen und ideologischen Gründen weiter hinter eine stärkere Auseinandersetzung mit der Regierungspartei auf bestimmten Politikfeldern (etwa der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik) zurück:

Um sich als Regierungspartei überzeugend anbieten zu können, muß sich die DFP in hohem Maße professionalisieren. Es müssen Alternativen in einzelnen Politikfeldern angeboten werden. Wir brauchen glaubwürdige Programme, Projekte und Konzepte. Hier haben wir noch immer viele Defizite. Wenn es der DFP nicht gelingt, sich von einer aktivistischen Bewegung zu einer politisch-sozial-elitären Partei zu entwickeln, dann ist sie in wenigen Jahren bedeutungslos. Lee Teng-hui bemüht sich zur Zeit um ein neues Verhältnis zu Festlandchina. Im Prinzip hat auch er anerkannt, daß Taiwan unabhängig ist - aber mit einem so starken Land nebenan muß man sich eben arrangieren. Das ist nicht allein das Problem der KMT - das wäre auch das Problem der DFP, wären wir an der Regierung. Die DFP hat das noch nicht genügend durchdacht.<sup>17</sup>

Die Formosa-Fraktion kann somit als der "säkularisierte" Flügel der Partei gelten. Ihr wichtigster Kopf Hsü Hsin-liang<sup>18</sup> hatte zwar noch in den Monaten vor den Wahlen zur Nationalversammlung 1991 die *T'ai-tu*-Frage an die erste Stelle seiner politischen Prioritäten gesetzt und damit die Konfrontation mit der KMT zugespitzt. Nicht wenige Beobachter meinen jedoch, dies sei lediglich ein taktisches Vorgehen gewesen, um wichtige Stimmen aus dem radikalen Lager im Kampf um den Posten des Vorsitzenden auf dem 5. Parteitag der DFP (Oktober 1991) für sich zu gewinnen.<sup>19</sup> Die Anhänger der Formosa-Fraktion sind zu einem großen Teil mit einer soliden lokalen Unterstützungsbasis ausgestattet und gehören eher zu den "etablierten" Oppositionspolitikern. Dies unterscheidet sie von der stärker intellektuell geprägten New Tide-Fraktion, deren Mitglieder jünger sind und sehr oft im Ausland ausgebildet wurden.

### Die New Tide-Fraktion

Nachdem sich Anfang der 80er Jahre die Formosa-Fraktion als die stärkste politische Strömung innerhalb der *Tang-wai*-Bewegung zu etablieren schien, stieg die Unzufriedenheit bei den radikalen Kräften an. Sie formierten sich fortan um verschiedene neue Zeitschriften, worunter der von Lin Cheng-chieh herausgegebene *Fortschritt (Ch'ien-chin)* und die zitierte *New Tide (Hsin ch'ao-liu)* zu den wichtigsten gehörten. Es handelte sich bei diesen Gruppen um zumeist im westlichen Ausland ausgebildete und zurückgekehrte Intellektuelle, von denen nicht wenige in den Überseeorganisationen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung mitgearbeitet hatten. Es ist insofern vor allem die "zweite *Tang-wai*-Generation", die heute an der Spitze von New Tide steht.

Die radikalen Oppositionellen lehnten anfänglich die "Parlamentstrategie" (*i-hui tu-hsien*) der Formosa-Fraktion ab und setzten ihrerseits auf eine Politisierung der Bevölkerung durch aktivistische außerparlamentarische Aktionen (Huang Teh-fu 1990c: 12). Unabhängigkeit und Demokratisierung standen für sie in einem Wechselverhältnis zueinander, doch betonten die Radikalen die Notwendigkeit von *T'ai-tu* als Grundvoraussetzung für eine substantielle Demokratisierung des politischen Systems. Die New Tide-Fraktion gilt bis heute unverändert als der "ideologische Flügel" der DFP. Die Aufnahme des sog. Unabhängigkeitsstatuts in das Parteiprogramm im Oktober 1991 war vor allem das Ergebnis des von ihr ausgeübten Drucks.

New Tide ist aber nicht nur eine Parteifraktion, sondern geht weit darüber hinaus. Mit einem vom Parteiapparat unabhängigen "Außenbüro" (*hsin-ch'ao-liu pan-lung-shih*) bemühen sich die radikalen Oppositionellen seit einigen Jahren um den Ausbau von Kontakten und eine enge Kooperation mit den *T'ai-tu*-orientierten Organisationen und Protestbewegungen der außerparlamentarischen Opposition (vgl. Punkt 4.6). New Tide genießt zudem seit der Rückkehr vieler exilierter Separatisten nach Taiwan die verstärkte Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung. Die DFP-Mitglieder einer ihrer wichtigsten Gruppierungen - der "Alliance for Taiwan Independence" (*T'ai-tu lien-meng*) - sind also prinzipiell dem New Tide-System (*hsin-ch'ao-liu-hsi*) zuzurechnen.

Nach inoffiziellen Angaben gehören ca. 100 Aktivisten zum engeren Personenkreis der New Tide-Fraktion.<sup>20</sup> Als ihr Kopf gilt der derzeitige stellvertretende Generalsekretär der DFP Ch'iu I-jen, der Anfang der 80er Jahre mit seiner scharfen Kritik an den politisch gemäßigten Kräften die Spaltung der *Tang-wai*-Bewegung herbeigeführt hatte. Abgeordnete wie der Mediziner Hung Ch'ang, die frühere leitende Angestellte Yeh Ch'ü-lan und der Politikwissenschaftler Lü Hsiu-i haben sich als New Tide-Vertreter einen besonderen Namen gemacht. Auch die "Alt-Oppositionellen" Yao Chia-wen und Shih Ming-teh standen ihr ursprünglich politisch nahe, haben sich später jedoch mehr distanziert.

## Das Zentrum

Weil zahlreiche DFP-Politiker durch ihre unterschiedlich begründete Abneigung, sich zu einer der beiden großen Faktionen zu bekennen, innerparteilich bei der Ämtervergabe und Politikformulierung in die Defensive gerieten, strebten auch sie einen engeren Zusammenschluß an. Seit Ende 1991 spricht man auf Taiwan deshalb von einer Zentrumsfaktion (*chung-chien-p'ai*) unter der inoffiziellen Führung des ersten Parteivorsitzenden der DFP und heutigen Generalsekretärs Chiang P'eng-chien. Seit der Konstituierung des "Kampfbündnis für einen prosperierenden Staat Taiwan" (*Tai-wan fu-li-tao chan-hsien*) im September 1992 hat das Zentrum auch einen Namen. Ihm gehören neben Yao Chia-wen und Shih Ming-teh auch Chang Chün-hsiung, Hsieh Chang-yen und T'ien Tsai-t'ing an - allesamt prominente Abgeordnete im neuen Legislativ Yuan. Das Kampfbündnis strebt zwar eine breitere Verankerung in der außerparlamentarischen Bewegung an und definiert sich selbst keinesfalls als Zentrumsfaktion der DFP. Dennoch wird diese Funktion von seinen Mitgliedern durchaus gesehen:

New Tide und Formosa kontrollieren heute die gesamte innerparteiliche Machtverteilung. Sie nominieren ihre eigenen Kandidaten vor Wahlen. Wer nicht zu ihnen gehört, hat keine Chance. Der Kampf um die Macht wird zudem immer härter. Was also sollen die unabhängigen Parteimitglieder tun? Auch sie müssen sich organisieren.<sup>21</sup>

Tabelle 4-1a: Faktionsaufteilung innerhalb des Zentralen Exekutivkomitees (*chung-yang chih-hsing wei-yuan-hui*) der DFP

Jahr	Gesamtzahl	Formosa	New Tide	K'ang	Fortschritt	Zentrum	Nicht eindeutig
1986	31	6	10	12	3	-	-
1987	31	11	7	10	3	-	-
1988	31	16	15	-	-	-	-
1989	31	16	15	-	-	-	-
1991	31	14	7	-	-	7	3

Quelle: Huang Teh-fu 1990c; Informationen von Lin Cheng-chieh, unabhängiger Abgeordneter und früheres DFP-Mitglied, im Herbst 1991; eigene Recherche anhand verschiedener Zeitungsartikel im Zeitraum 1991-1993.

Bisher läßt sich das Zentrum weder in organisatorischer noch in programmatischer Hinsicht mit den anderen beiden Faktionen vergleichen. Das Kampfbündnis ist die Antwort auf innerparteiliche Machtkämpfe, denen sich bestimmte Politiker entziehen wollen, ohne ihre Macht einzubüßen. Ob das erklärte Ziel einer der Arbeit des "Außenbüros" von New Tide ähnlichen, engen Kooperation mit den sozialen Protestbewegungen, den Organisationen der Arbeiter- und Bauernschaft und sogar mit dem "politisch seit vierzig Jahren benachteiligten" Klein- und mittelständischen Privatkapital<sup>22</sup> Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Hinsichtlich der *T'ai-wu*-Frage liegt man zwar in offiziellen Verlautbarungen tendenziell auf "Formosa-Linie", dennoch stehen die meisten Mitglieder des Zentrums politisch eher der New Tide-Faktion nahe.

Die - allerdings auf den Legislativ Yuan beschränkte - "Gerechtigkeits-Allianz" (*Cheng-i lien-hsien*) unter der Führung des bekannten DFP-Abgeordneten Ch'en Shui-pien ist ebenfalls dem Zentrum zuzuordnen. Sie hat zuletzt massiv in die Auseinandersetzungen um die Parteinominierungen für die Besetzungslisten der Parlamentsausschüsse im neuen Legislativ Yuan eingegriffen.<sup>23</sup>

Tabelle 4-1b: Faktionsaufteilung im Ständigen Ausschuß des ZEK (*chung-ch'ang wei-yuan-hui*) der DFP

Jahr	Gesamtzahl	Formosa	New Tide	K'ang	Fortschritt	Zentrum	Nicht eindeutig
1986	11	1	4	6	-	-	-
1987	11	4	2	4	1	-	-
1988	11	6	5	-	-	-	-
1989	11	6	5	-	-	-	-
1991	11	4	3	-	-	3	1

Quelle: wie 4-1a.

Aus den Tabellen 4-1a-c geht hervor, daß die Professionals der moderaten Formosa-Faktion bisher immer - sowohl in den Parteispitzengremien als auch in den Parlamenten - in der Mehrheit waren. Die radikalere New Tide-Faktion sieht sich zudem seit Anfang der 90er Jahre einem Zentrum gegenüber, das in etwa ebenso stark ist wie sie. Weil auch das Zentrum trotz seiner Heterogenität eher Kräfte umfaßt, die einer ideologischen Radikalisierung der DFP nicht folgen und die "policy"-Orientierung der Partei in den Vordergrund rücken wollen, wird die DFP derzeit deutlich vom gemäßigten Lager dominiert. Das folgende Zitat gibt deshalb den aus den momentanen Kräfteverhältnissen hervorgehenden innerparteilichen Diskussionsstand und ideologischen Kompromiß der DFP-Faktionen am besten wieder:

**Tabelle 4-1c: Faktionsaufteilung in verschiedenen parlamentarischen Gremien und Parteikomitees (1986-1992):**

Gremium	Gesamtzahl	Formosa	New Tide	Zentrum	Nicht eindeutig
Nationalversammlung (1986-1991)	7	3	4	-	-
Legislativ Yuan (1989-1992)	18 (1)	10	8	-	-
Provinzversammlung (1989-)	16	11	3	-	2
Taipei-Stadtrat (1989-)	14	8	6	-	-
Kaohsiung-Stadtrat (1989-)	8	5	3	-	-
Stadt/Kreisregierungen (1989-)	6	3	3	-	-
Stadt/Kreis-Parteikomitees (1989-)	22	15	4	-	3
Legislativ Yuan 1992-	51	16	9	12	-
				└Gerechtigkeitsallianz: 7	
				└Tai-tu-Alliance: 7	

(1) Von den 1989 insgesamt 21 gewählten Abgeordneten der DFP gehörten im Mai 1991 nur noch 18 zur Fraktion. Ein Parlamentarier (Liu Wen-hsiung) verstarb, zwei weitere (Chu Kao-cheng, Lin Cheng-chieh) traten aus der DFP aus.

Quelle: wie 4-1a.

Wir wollen einerseits eine unabhängige Republik Taiwan schaffen, weil wir erst dadurch den für unsere nationale Sicherheit notwendigen internationalen Status erlangen können. Andererseits wollen wir die Demokratisierung Taiwans vorantreiben und die letzten Reste der autoritären KMT-Herrschaft beseitigen. Beide Probleme werden in unserer Partei gleichberechtigt diskutiert. Dabei gibt es einige, die eher den Provinzkonflikt zwischen Taiwan und Festländern in den Mittelpunkt stellen und andere, die sich mehr auf fortgesetzte innere Reformen konzentrieren. Das ist aber kein innerparteilicher Konflikt.<sup>24</sup>

#### Fazit

Die DFP, die wichtigste organisatorische Basis der Professionals, ist keine monolithische Partei. Vielmehr war sie seit ihrer Gründung in verschiedene Lager gespalten. Die wichtigste Trennungslinie wird dabei durch die Bedeutung von *Tai-tu* - prinzipiell ein von allen angestrebtes Ziel - in der jeweiligen politischen Strategie der verschiedenen Partefaktionen markiert. Die gemäßigte Formosa-Fraktion ist die derzeit einflussreichste innerparteiliche Kraft. Nach den Wahlen zum neuen Legislativ Yuan Ende 1992 hat sich dieser Trend bestätigt. Zudem wird deutlich, daß das sog. Zentrum an Boden gewinnt. Hier sind es vor allem einflussreiche DFP-Abgeordnete des Legislativ Yuan, die die Arbeit der Partei stärker entideologisieren und die Sachauseinandersetzung mit der KMT vorantreiben wollen.

Die offenkundige Vormachtstellung dieser gemäßigten Professionals darf angesichts der sehr aktiven außerparlamentarischen Arbeit und des dortigen Rückhalts der New Tide-Fraktion zwar nicht überbewertet werden (vgl. Punkt 4.6); allerdings ist seit den letzten Parlamentswahlen auch zu erkennen, daß nach dem Erfolg der DFP das *Tai-tu*-Thema etwas in den Hintergrund getreten ist. Dadurch wird ungeachtet der Tatsache, daß die DFP die Unabhängigkeitspartei Taiwans bleibt und ihr Hauptziel nicht aus den Augen verlieren dürfte, ein gewisser Trend zur "Säkularisierung" dieser wichtigsten Oppositionspartei bestätigt: Nachdem die *Tai-tu*-Frage in der *Tang-wai*-Ära einen hohen ideologischen Stellenwert hatte, gewann sie seit 1986 - im Zuge der Implementierung zahlreicher politischer Reformen - zunehmend strategisch-taktischen Charakter. So ist auch ihr kurzzeitiges "Aufblühen" Ende 1991 - vor dem Hintergrund des 5. Parteitagess der DFP im Oktober und den ersten freien Wahlen zur Nationalversammlung im darauffolgenden Dezember - zu verstehen.

Die verstärkte Hinwendung zu Fragen der öffentlichen Politik bzw. Programmatik (*kang-kang cheng-t's'e*) bei der DFP dürfte im wesentlichen zwei Gründe haben: Erstens hat *Tai-tu* bei der breiten Bevölkerung seine frühere Kraft als Mobilisierungsressource offenkundig eingebüßt. Denn zum einen betont die KMT heute selbst eine stärkere Eigenstaatlichkeit Taiwans, ohne dabei freilich an eine unabhängige Republik Taiwan zu denken; zum anderen aber ist mit

*Tai-tu* kein konkretes politisches Programm verbunden, so daß der politische Gewinn einer taiwanesischen Unabhängigkeit der breiten Bevölkerung nicht leicht zu vermitteln ist. So gelingt es der KMT oft problemlos - so z.B. vor den 1991er Wahlen zur Nationalversammlung - ihren politischen Gegner als nationale Sicherheitsgefahr zu diffamieren, der alle erreichten Reformen wegen seines "uneinsichtigen" Festhaltens an einer taiwanesischen Unabhängigkeit leichtfertig aufs Spiel setzt.

Zweitens haben viele oppositionelle Professionals in den Reihen der DFP den "Reiz" der politischen Machtausübung für sich entdeckt. Sie wollen diese Macht ausbauen und die Regierung übernehmen, aber mit einer übertriebenen *Tai-tu*-Strategie könnten sie sich um ihre durchaus nicht schlechten Chancen bringen. Eingedenk des Verhältnisses zur VR China und der Notwendigkeit, dem Bedürfnis der breiten Bevölkerung nach sozialer Stabilität zu genügen, schien ihnen deshalb eine Akzentverschiebung in der *Tai-tu*-Frage geboten - eine Erkenntnis, die im Vorfeld der Parlamentswahlen 1992 zu Konsequenzen führte. Im damaligen Wahlkampf konzentrierte sich die DFP auf Sachfragen und stellte *Tai-tu* zurück.

Gerade mit dieser Strategie könnte die DFP dem herrschenden KMT-Regime aber langfristig viel gefährlicher werden. Denn überzeugt sie eines Tages eine Mehrheit der Bevölkerung Taiwans von ihren sachpolitischen Programmen, so steht durchaus zu erwarten, daß die politische Legitimation dieser Partei als genuin taiwanesischer Kraft, die bewußt an die Tradition des Widerstandes gegen den "Weißen Terror" der 50er Jahre und an die Erinnerung an die Opfer des Februarmassakers von 1947 anknüpft, die KMT endgültig um ihre Macht bringt.

#### 4.3.2 Die Intelligenz zwischen traditioneller Autorität und modernem Selbstbewußtsein - Der Aufstieg unabhängiger Professoren- und Studentenverbände

##### 4.3.2.1 Vorbemerkungen

Die Intelligenz hat in China politisch schon immer einer besondere Rolle gespielt. In der elitären Tradition des kaiserlichen Beamtenmandarinats stehend, war sie es, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als die einzige gesellschaftliche Gruppe dazu berufen fühlte, China nach seinem durch die westliche "Halbkolonialisierung" erlittenen "Kulturschock" zu neuem Selbstbewußtsein und neuer Stärke zu verhelfen. Intellektuelle, vor allem Journalisten, Schriftsteller, Professoren und Studenten, waren es dann auch, die in der epochenmachenden "Bewegung des 4. Mai" 1919 eine umfassende Reformierung und Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft forderten (vgl. Wang 1966; Krüger 1991). Während die Intellektuellen nach 1949 in der VR China aufgrund ihres "revisionistischen Hintergrundes", mit wenigen temporären Unterbrechungen, politisch verfolgt wurden und - ungeachtet der seit 1978 gültigen Reformlinie - bis heute

zur ökonomisch depriviertesten sozialen Schicht zählen, büßten sie in Taiwan nie an gesellschaftlicher Reputation ein. Vielmehr erlangte das traditionell große soziale Prestige der Gelehrten (und jenen, die es bald sein würden) durch die Erfordernisse der taiwanesischen Modernisierungspolitik eine beständige Aufwertung, da das KMT-Regime - ganz im Gegensatz zu den chinesischen Kommunisten - das Primat der fachlichen Qualifikation und des Expertentums über die ideologische Linientreue setzte.<sup>25</sup> Die ein erstklassiges Fachwissen vermittelnde und mit entsprechenden akademischen Titeln dokumentierte Ausbildung ist auf Taiwan bis heute der Grundstein für einen hohen gesellschaftlichen Rang (also für "Gesicht") und somit ein allseits angestrebtes und akzeptiertes Ziel. Kaum notwendig ist es daher anzufügen, daß Akademiker in Taiwan durchweg besser bezahlt werden als in der VR China.

Das Bildungs- und Gelehrtenethos ermöglichte es den Intellektuellen Taiwans stets, bei der Bevölkerung Gehör zu finden und sich Respekt zu verschaffen. Weil dies so war, mußte in der autoritären Phase auch besonders hart gegen oppositionelle Geister aus ihren Kreisen vorgegangen werden. Die Fälle Lei Chen und Peng Ming-min oder das Schicksal der "Acht von Kaohsiung" (*kaohsiung-pa*) können hier exemplarisch genannt werden.<sup>26</sup> Nachdem 1986 die innenpolitischen Zügel gelockert wurden und die DFP - nun ein wichtiges Sammelbecken der oppositionellen Intelligenz des Landes - die KMT offen herausfordern konnte, begannen sich die Intellektuellen auch *jenseits* der Parteien zu formieren: Die (kritische) Professorenschaft und die politisch bisher weitgehend passiven Studenten schlossen sich in eigenen Organisationen zusammen. Obgleich sich in den Reihen der Professoren ein großer Teil um einen politischen Ausgleich mit der KMT bemüht und sich eher auf die Lösung von Einzelproblemen konzentriert, stehen die wichtigsten der Professoren- und alle Studentenverbände heute in klarer Opposition zum Regime. Dies gilt es im folgenden eingehender zu untersuchen.

##### 4.3.2.2 Die Professorenverbände

Eine zunehmende Politisierung der taiwanesischen Professorenschaft ist seit Einleitung der Transitionsphase unverkennbar. Die bereits vor dieser Zeit gegründeten Lehrerorganisationen waren unpolitisch in dem Sinne, daß sie sich aus der politisch-ideologischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition weitgehend heraushielten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß für eine akademische Karriere in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur die individuelle Qualifikation, sondern auch das Parteibuch entscheidend war - dies galt vor allem in den Spitzeninstituten und -hochschulen der Inselrepublik. An manchen Universitäten, so zum Beispiel an der Nationalen Chengchi-Universität, hat sich dieser Tatbestand bis heute nicht wesentlich geändert.<sup>27</sup>



Nach diversen Neugründungen seit 1987 lassen sich die verschiedenen Verbände innerhalb der organisierten Professorenschaft heute prinzipiell nach zwei Kriterien unterscheiden:

1. Organisationen einzelner Hochschulen, die unabhängig voneinander für mehr Bewegungsfreiheit in Forschung und Lehre, also für mehr Hochschulautonomie, eintreten. Diese Lehrervereinigungen (*chiaio-lien-hui*) konzentrieren sich in ihrer Arbeit jedoch allein auf die eigene Institution und vermeiden jede Einmischung in politische Fragen außerhalb von Wissenschaft und Erziehung. Vielmehr versuchen sie sich ein politisch neutrales Profil zu erhalten. Es kommt nicht von ungefähr, daß diese Organisationen von langjährigen KMT-Mitgliedern (oder der KMT nahestehenden Professoren) angeführt werden - allerdings nicht ausschließlich. Sollten ihre Mitglieder trotzdem an größeren politischen Protestaktionen teilnehmen, so tun sie dies nicht unter dem Namen ihrer Organisation, sondern stets "auf eigene Rechnung". Die Lehrervereinigungen bestehen heute an fast allen großen Universitäten des Landes, so z.B. an der Nationalen Taiwan-Universität, der Nationalen Chengchi-Universität und der National Taiwan Normal University in Taipei sowie der Chengkung-Universität in Tainan.

2. Überregionale Zusammenschlüsse, die sich nicht nur um die Belange von Forschung und Lehre kümmern, sondern darüber hinaus eine gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen wollen. Diese haben sich im Laufe des Reformprozesses bisher in drei Richtungen aufgespalten:

- a) *radikale* Organisationen, die sich zu einflußreichen Sprachrohren innerhalb der außerparlamentarischen Opposition Taiwans entwickelt haben;
- b) *liberal-gemäßigte* Organisationen, die eine "Strategie der Straße" weitgehend ablehnen, dennoch aber mit der Opposition sympathisieren und diese auf intellektueller Ebene unterstützen;
- c) KMT-orientierte (konservative) Organisationen, die sich von jeglicher "harter" Opposition gegen das Regime distanzieren, aber die Reformkräfte innerhalb derselben zu stärken bemüht sind.

Bei der Vorstellung der heute wichtigsten Professorenvereinigungen soll eher chronologisch als entsprechend der oben ausgeführten Einordnung vorgegangen werden, da sich die einzelnen Gründungen oft wechselseitig bedingten und den politischen Diskussionsverlauf innerhalb der kritischen taiwanesischen Intelligenz deshalb sehr gut nachzeichnen.

Eine der ersten regierungskritischen Gruppierungen war der im August 1987 unter der anfänglichen Führung des einflußreichen progressiven Pädagogen und DFP-Mitglieders Lin Yu-t'i gegründete *Veren der Professoren und Lehrer zur Förderung der Menschenrechte/VPLFM* (*chiao-shih jen-ch'üan t'su-chin-hui*). Er

hat heute über 1.000 Mitglieder - nicht nur Hochschulprofessoren, sondern auch Grund- und Mittelschullehrer - und ist in verschiedenen Städten der Insel mit Lokalbüros präsent. Der Verein verstand sich von Anfang an nicht als politische Gruppierung im Sinne einer auf gesamtgesellschaftliche Reformen ausgerichteten Anti-KMT-Koalition. Das ist nicht zuletzt damit zu begründen, daß in dieser Vereinigung sowohl radikale Reformen und Unabhängigkeitsbefürworter als auch gemäßigte Kräfte - von denen nicht wenige die chinesische Wiedervereinigung unterstützen - zusammenarbeiten. Auch gibt es hinsichtlich der Parteimitgliedschaft keine scharfen Grenzen.

Man versucht vor allem aktiv auf die Gesetzgebung im Bereich Erziehung und Hochschule Einfluß zu nehmen und kämpft in diesem Kontext seit Jahren für eine Novelle des Lehrgesetzes (*chiao-shih-fa*), das in seiner bisherigen Form allen beamteten Lehrern und Professoren das Streikrecht abspricht. Dieses vorrangige Ziel steht im Zusammenhang mit dem Bestreben, eine eigene nationale Lehrgewerkschaft zu gründen, die es nach dem Kenntnisstand des Verfassers bisher noch immer nicht gibt. So kam es auch zu einer Zusammenarbeit zwischen Teilen des VPLFM mit den für die forcierte Bildung unabhängiger Gewerkschaften eintretenden Organisationen der Arbeiterschaft. Aus diesem Grund haben sich in den letzten Jahren ideologische Gegensätze innerhalb dieses Professorenverbandes verschärft. Damit wird allerdings nur der Trend bestätigt, daß es im Zuge der Politisierung der Gesellschaft auch und besonders für die Intellektuellen zunehmend schwieriger wird, das "oppositionelle Schisma" (*T'ai-tu* oder *Tung-i*; Politik mit oder gegen die KMT) durch eine *issue-orientierte* Arbeit zu überbrücken. Insofern ist zweifelhaft, ob der politisch überaus heterogene Förderverein in seiner bisherigen Form noch lange bestehen wird.

Bereits im Dezember 1986 war eine andere Gruppierung gegründet worden: die *Faculty Association of National Taiwan University/ FANTU* (*T'ai-ta chia-shou lien-i-hui*), ein Zusammenschluß von Lehrkräften an der größten und renommiertesten Universität der Insel. Nach anfänglicher Skepsis hielt die KMT ihre an der *T'ai-da* lehrenden Parteigänger schließlich zur aktiven Mitgliedschaft in dieser Gruppierung an. Damit sollte eine größtmögliche Kontrolle über jene Teile des Kollegiums gewährleistet werden, die sich anschickten, die FANTU an die DFP und die außerparlamentarische Opposition zu binden. Die Wahl des Agrarwissenschaftlers und KMT-Mitglieders Ting I-ni zum ersten Vorsitzenden verweist auf einen Erfolg dieser Strategie. Aber schon unter seinem Vorgänger, dem ebenfalls konservativen P'eng Chin-p'eng, zogen seit Mitte 1988 die kritischeren Professoren aus der Gruppierung aus.<sup>28</sup> Sie sammelten sich in neuen Organisationen, die sich klar von der KMT absetzten und im folgenden noch näher betrachtet werden. Im Mai 1990 zählte FANTU aber immerhin noch 671 Mitglieder (FANTU 1987: 5). Ihre wichtigsten Programmpunkte sind sehr allgemein gehalten und konzentrieren sich auf eine Verbesserung der Autonomie und materiellen Bedingungen an den Hochschulen.<sup>29</sup>

- Förderung des Wissenschaftstransfers unter besonderer Berücksichtigung des Abbaus von qualitativen Disparitäten zwischen den verschiedenen Hochschulen;
- Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Wissenschaft, wozu auch die Verbesserung des Rekrutierungssystems für neue Professoren gehört;
- Verbesserungen des erzieherischen Umfeldes, insbesondere die Förderung einer liberalen Atmosphäre an den Hochschulen;
- Förderung des "Reichtums" der Mitglieder, womit die Schaffung einer Atmosphäre der gegenseitigen Harmonie und Kooperation sowie günstiger wissenschaftlicher Arbeitsbedingungen für einen jeden gemeint ist.

Die FANTU kooperiert bei ihren Aktivitäten oft mit der im Juni 1990 gegründeten *Chinese College Faculty Association/CCFA* (*Chung-hua min-kuo ta-chuan chiao-shih hsieh-hui*), die ebenfalls der KMT nahesteht. Zu den engsten Beratern dieser Vereinigung zählen so illustre Persönlichkeiten wie Ma Ying-chiu, früherer Vize-Direktor der Kommission für festlandchinesische Angelegenheiten (*ta-hu wei-yuan-hui*) und heute Justizminister, sowie Ch'en Chang-wen, früherer Generalsekretär der Stiftung für den Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße (kurz: *hai-chi-hui*); zudem gehören ihr als Mitglieder weitere KMT-Funktionäre an, die in der einflußreichen Wissenschaftsabteilung der Partei (*chih-ch'ing tang-pu*) arbeiten<sup>30</sup> sowie insgesamt sechs Abgeordnete der im Dezember 1991 neugewählten Nationalversammlung.

Die Ziele der CCFA sind identisch mit denen der FANTU, lediglich erweitert um den Zusatz einer Ablehnung des Streiks als Mittel der Interessenrealisierung.<sup>31</sup> So veranstalten beide Organisationen immer wieder Vortragsabende mit Regierungsmitgliedern und wichtigen KMT-Funktionären als Rednern; 1992 richteten sie gemeinsam eine Reise von Wissenschaftlern in die VR China aus. Ihre gemäßigten, KMT-nahe Position läßt sich bei allen gemeinsamen öffentlichen Auftritten mühelos erkennen.<sup>32</sup> Auch befürworten beide die chinesische Wiedervereinigung und die graduelle Reformpolitik der KMT.

Eine erste Gruppe der sich von der FANTU enttäuscht abwendenden Professoren wurde von Ho Teh-fen - Dozentin an der Rechtsfakultät der Nationalen Taiwan-Universität - im *Hochschulverband zur Förderung der Reform im Erziehungswesen/HFRE* (*ta-hsüeh chiao-yü kai-ko ts'u-chin-hui*) zusammengeführt, der sich im September 1990 konstituierte. Diese Vereinigung konzentrierte sich hauptsächlich auf zwei universitäre Themen: erstens die Revision des Hochschulgesetzes (*ta-hsüeh-fa*)<sup>33</sup> und zweitens die endgültige Abschaffung des dualen Kontroll-Systems (Militär und KMT) an den höheren Schulen und Universitäten. Weil die Mitglieder in dieser Frage gespalten sind, wird gerade das Problem der taiwanesischen Unabhängigkeit aber nicht angetastet und eine oppositionelle Ideologisierung des Verbandes bewußt vermieden - auch er versteht sich als

überparteilich. Dennoch markierte seine Gründung einen Wendepunkt in der Professorenbewegung, denn erstmals gingen Hochschullehrer auf die Straße und trugen ihren Protest heraus aus dem Campus bis vor den Legislativyan. Mit der Gründung der HFRE hatte zumindest ein Teil der Professorenschaft den Elfenbeinturm endgültig verlassen.

Am 17. April 1989 schlossen sich 21 - die Zahl erhöhte sich später auf rund 30 - der auf Taiwan bekanntesten und anerkanntesten kritischen Professoren zu einem Zirkel zusammen, der unter der Bezeichnung *Taipei Society* (*th'eng-she*) unzweifelhaft auf seiten der politischen Opposition steht.<sup>34</sup> Erst vor dem Hintergrund des Bildungsethos in der chinesischen Gesellschaft wird verständlich, warum diese kleine, linksliberal orientierte Gruppierung<sup>35</sup> ein solch hohes Ansehen genießt und auch spürbaren politischen Einfluß ausübt.<sup>36</sup> Die Taipei Society pflegt ein äußerst elitäres Selbstverständnis und versteht sich ganz offenkundig als das "demokratische Gewissen" der Gesellschaft. Mit Buchpublikationen, regelmäßig Kolumnen in regierungskritischen Zeitungen, Deklarationen und Appellen sowie durch wissenschaftliche Seminare und Fachkonferenzen versucht sie, den Reformprozeß voranzutreiben und aktiv mitzugestalten. Die Medienliberalisierung, die Reform der taiwanesischen Wirtschaftsverfassung sowie die innere Demokratisierung der KMT stellen ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte dar.

Zu ihren wichtigsten Forderungen zählt dabei die Bekämpfung der Verflechtung von Geld und Politik bzw. der Interessensymbiose zwischen den mächtigen Loyalisten, der neuen Unternehmerklasse und der Regierungspartei auf Kosten aller anderen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen. Die Taipei Society wendet sich in diesem Zusammenhang immer wieder gegen das privatwirtschaftliche Engagement der KMT und die ihrer Ansicht nach grassierende Beamtengkorrption. Bei der "Gretchenfrage" der taiwanesischen Unabhängigkeit jedoch hält sie sich zurück. Weil es in diesem Punkt in der Gruppierung selbst keine Einheitsfront gibt, beschränkt man sich auf einen Appell an die Überwindung jeglicher "ethnischer" Gegensätze:

Wir brauchen einen Nationalismus mit moralischen Prinzipien und eine rationale Politik, die es verhindert, daß politische Meinungsverschiedenheiten ethnische Gegensätze nach sich ziehen; erst dann können unnötige Konflikte und Leiden im Keim erstickt und gegenseitige Unterstützung und Harmonie befördert werden. Außerdem müssen wir mit der Umsetzung der Verfassung der Republik China einerseits das Gemeinschaftsgefühl und den Fortbestand des Volkes versinnbildlichen und andererseits politische Demokratie, Gleichheit und Freiheit verwirklichen; auf dieser Grundlage können wir an einer Veränderung des kommunistischen Systems auf dem Festland mitwirken und so von Grund auf den Konflikt und die schmerzliche Spaltung zwischen beiden Seiten (der Taiwanstraße, G.S.) überwinden (*Ch'eng-she* 1990: 11).

Nicht nur aus dieser Stellungnahme ist ersichtlich, daß sich die Taipei Society von einer nachhaltigen Demokratisierung der taiwanesischen Gesellschaft langfristig die Neutralisierung des "ethnischen" Konfliktes verspricht und außerdem auf eine Modellfunktion hofft, die das chinesische Festland unter Legitimationsdruck setzt. Zunächst geht es aber um ein stabiles und demokratisches Taiwan, was die Herstellung eines tragbaren "modus vivendi" in der Unabhängigkeitsfrage zwingend erforderlich macht.

Ogleich die Taipei Society sich anfänglich noch aktiv an den Protestkundgebungen der außerparlamentarischen Opposition beteiligte - so z.B. an den Demonstrationen gegen die Nominierung Hao Po-t's zum neuen Ministerpräsidenten im Mai 1990 -, pflegt sie heute einen weitgehend "traditionellen" Arbeitsstil. Man will über die intellektuelle Debatte Regierung und Opposition vom "besseren Weg überzeugen" und dabei eine unabhängige Position wahren. Mitglieder der Taipei Society dürfen kein politisches Amt bekleiden. An den Aktionen der sozialen Protestbewegungen und der DFP nehmen sie nur noch auf Einladung - etwa als Gastredner - teil. Somit hält man sowohl zur KMT als auch zur DFP Distanz, wenngleich die ideologische Nähe zu letzterer unverkennbar ist. Tatsächlich spielt die Taipei Society eine wichtige Rolle für die außerparlamentarische Opposition, weil ihre Arbeit theoretische Argumente liefert und aufgrund der Autorität der hier versammelten Intellektuellen eine nicht zu unterschätzende Legitimationsfunktion für oppositionelle Politik besitzt, der auch von Regierungskreisen Beachtung geschenkt wird.

Die Gründung der Taipei Society regte ihrerseits konservative Professoren dazu an, andere Zirkel ins Leben zu rufen, die nun wiederum die Reformlinie der KMT sowie deren China-Politik stärken sollte. Die *China Society (Chung-hua min-tao lun-cheng-she)* ist mit derzeit 130 Mitgliedern die wohl einflussreichste Organisation konservativer KMT-Intellektueller. Sie unterstützt die Anti-Hauptströmung und wendet sich in diesem Kontext gegen eine Neuschreibung der Verfassung, präsidentielle Direktwahlen und folgerichtig auch gegen eine unabhängige Republik Taiwan. Der politische Standort der China Society läßt sich schon daran erkennen, daß sie ihre Artikel hauptsächlich in der KMT-eigenen Tageszeitung *Central Daily News (Chung-yang jih-pao)* abdrucken läßt. Auch steht sie in dem Ruf, ihre finanziellen Aufwendungen hauptsächlich aus Mitteln der KMT zu bestreiten. Elf Mitglieder der Vereinigung sitzen für die Regierungspartei in der Nationalversammlung. Deshalb kann man bei der China Society, ebensowenig wie im Falle einiger ihr geistesverwandter Gruppierungen,<sup>37</sup> von tatsächlichem außerparlamentarischer Opposition sprechen.

Als die zweifellos wichtigste aller im Untersuchungszusammenhang relevanten oppositionellen Professorenverbände muß die *Taiwan Association of University Professors/TAUP (Tai-wan chiao-shou hsieh-hui)* betrachtet werden.<sup>38</sup> Sie wurde offiziell am 9. Dezember 1990 gegründet und hat mittlerweile weit über 100 Mitglieder. Zu ihrem ersten Vorsitzenden wurde Lin Yu-t'i gewählt, der schon bei der Gründung des bereits vorgestellten Vereins der Professoren und Lehrer

zur Förderung der Menschenrechte federführend beteiligt gewesen war. Weitere bekannte Mitglieder von TAUP sind die Professoren Hsu Yang-ming, Kuan Pi-ling, Ch'en I-shen, Liao Hsuan-en, Ch'en Shih-meng und Lin Shan-t'ien.<sup>39</sup> Die TAUP finanziert sich im wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden verschiedener sozialer Organisationen und Sympathisanten sowie aus den Verkaufseinnahmen einer eigenen Zeitschrift, dem Professorenforum (*Chiao-shou lun-t'an*).

Oberstes politisches Ziel der TAUP ist die Erlangung der taiwanesischen Unabhängigkeit. Des weiteren tritt sie für weitergehende Reformen in den Bereichen Wirtschaft (Privatisierung und Entflechtung) und Umweltschutz (z.B. gegen das vierte Atomkraftwerk) sowie einen Ausbau der Wissenschaftsfreiheit und mehr soziale Gerechtigkeit ein:

Der TAUP geht es heute zunächst darum, ein unabhängiges Taiwan im Bewußtsein der Leute zu schaffen. De facto, also an der politischen Realität gemessen, sind wir ja unabhängig. Dennoch kann die KMT jene kriminalisieren, die die Forderung nach einer unabhängigen Republik Taiwan aufstellen. Sie kann sich anmaßen, den Status dieser Insel zu bestimmen, ohne die Leute zu fragen. Das ist nicht richtig. Wir verneinen ja gar nicht, daß wir zum chinesischen Kulturkreis gehören. Aber wir sind in erster Linie Taiwanesen und nicht Chinesen. Kann man das nicht anhand des Beispiels Deutschlands und Österreichs deutlich machen? Auch hier bestehen aufgrund einer gemeinsamen Vergangenheit kulturelle Bande, aber es handelt sich doch trotzdem um zwei souveräne Staaten. Für die KMT ist das Argument der Bedrohung durch das Festland nur ein Vorwand. Sie versucht, ihre Macht gegen ein Volksvotum abzuschirmen. Sie kann ja ruhig als gesamtchinesische Partei existieren und auf gleichberechtigter Basis Politik machen. Dagegen haben wir nichts. Aber daß Andersdenkende politisch verfolgt und die Medien, das Wirtschaftssystem sowie die politischen Institutionen im Zeichen der KMT-Chinapolitik manipuliert werden, dagegen kämpfen wir an.<sup>40</sup>

Schon kurz nach ihrer Gründung zeigte sich, daß die TAUP in Ziel und Strategie weder den parteiübergreifenden *issue*-Organisationen mit ihren ausschließlich hochschulpolitischen Themen noch den Intellektuellenzirkeln mit ihrem elitären Selbstverständnis glich. Hier handelte es sich um eine Gruppe von idealistischen Professionals, die für ihre Ziele auf die Straße gingen und das Wort nicht an die politischen Parteien, sondern an die breite Bevölkerung richteten. Seit ihrer Gründung mischt die TAUP in jeder großen Protestdemonstration mit und ist dabei nicht selten selbst der Ausrichter und Chefkoordinator. Man arbeitet stets eng mit anderen Protestbewegungen zusammen, deren Führungseliten sich teilweise selbst unmittelbar aus Mitgliedern der TAUP rekrutieren (so z.B. im Falle der Umweltschutzbewegung).<sup>41</sup>

Natürlich steht die TAUP politisch der DFP - und hier v.a. der radikalen New Tide-Fraktion - sehr nahe, wenngleich Ende 1991 lediglich 11 ihrer rund 100 Mit-

glieder dieser Oppositionspartei auch direkt angehört.<sup>42</sup> Mit ihrem Aktionismus ist TAUP inselweit zur bekanntesten Professorenvereinigung aufgestiegen und übt einen spürbaren politischen Einfluß aus.<sup>43</sup> Nicht nur in Taipei, sondern auch in den Provinzhochburgen der DFP in Zentral- und Südtaiwan mit ihren fast ausschließlich einheimisch-taiwanesischen Bevölkerungsanteilen hat sich die TAUP einen Namen gemacht. Als einer der wenigen Professorenverbände ist sie landesweit an fast allen Universitäten organisiert - ein Sprungbreit, um vor Ort mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Mit ihrem im Minnan-Dialekt gesprochenen öffentlichen Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen zu *T'ai-tai* finden die Professoren der TAUP überall reges Gehör und tragen deshalb entscheidend zu einer fortschreitenden Politisierung der ländlichen Bevölkerung bei.

#### 4.3.2.3 Die Studentenverbände

Ganz im Gegensatz zu ihren südkoreanischen Kommilitonen, die schon zu Beginn der 60er Jahre am Sturz des Militärregimes Syngman Rhees entscheidenden Anteil hatten und bis heute den radikalsten Teil der südkoreanischen Opposition repräsentieren, waren die taiwanesischen Studenten politisch weitgehend passiv. Zwar kam es zu Beginn der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Tiao-yü-t'ai-Frage und dem Rückzug Taipeis aus der UNO (vgl. Punkt 1.1.2) zu einer Reformbewegung, die auch die Studentenschaft kurzzeitig mobilisierte; abgesehen davon, daß es sich dabei um eine kleine aktivistische Minderheit handelte, erreichte dieser Protest jedoch nie den für eine langfristige Arbeit notwendigen Institutionalisierungsgrad und vererbte ebenso wie die gesamte Reformbewegung selbst (Huang Mab 1976).

Die Gründe für die politische Apathie der taiwanesischen Studenten sind vielschichtig und nicht zuletzt im autoritären Erziehungssystem zu suchen, das den konfuzianischen Kulturkreis noch immer prägt. Ein wesentlicher Faktor ist jedoch die von der KMT implementierte und mit einer Vielzahl von Gesetzen abgesicherte obrigkeitsstaatliche Kontrolle über das gesamte Erziehungswesen.<sup>44</sup> Eine vollständige Autonomie der Schulen und Hochschulen ist auf Taiwan bis heute nicht eingeführt und bleibt daher eine essentielle Forderung aller Studenten- und Professorenverbände seit Mitte der 80er Jahre. Der Staat hat bis in die Gegenwart einen gewichtigen Einfluß auf die Personalpolitik und die Lehrpläne.

Noch effektiver als diese administrativen Einwirkungsmöglichkeiten dürfte in der Vergangenheit aber das von der KMT implementierte Kontroll- und Spitzelsystem gewesen sein, mit dem die höheren Schulen und Universitäten der Insel seit 1949 durchzogen wurden und das erst nach 1986 an Bedeutung verloren hat. So gab es an jeder Bildungsinstitution einen mit der Aufsicht über die Schüler und Studenten beauftragten Parteilader, der eine - aus KMT-Sicht - wichtige "pädagogische" Funktion auszuüben hatte. Kritische Studenten wurden von ihm in Einzelgesprächen eingeschüchtert und dazu "überredet", sich wieder ihrer eigent-

lichen Aufgabe - dem Lernen nämlich - zuzuwenden. Dieser psychologische Druck wurde oft durch ein Gespräch mit den Eltern verstärkt, denen auf diese Weise "Gesicht" genommen wurde und den betroffenen Studenten somit einem zusätzlichen Konformitätszwang unterwarf. Im schlimmsten Falle wurden Prüfungsergebnisse gefälscht oder die Entlassung von der Hochschule verfügt, womit der Student um jede Chance einer akademischen Karriere gebracht wurde. Ferner bemühte sich dieser "universitäre Politikkommissar" aktiv um die Rekrutierung der Studenten in die Regierungspartei. Als besonders gefährlich erwies sich für die Studenten jedoch die Denunziation durch ihre eigenen Kommilitonen, die im Auftrag der KMT handelten und dafür auch bezahlt worden sein sollen.<sup>45</sup> Man fühlt sich hier in fataler Weise an die Praxis der Kommunistischen Partei in der VR China nach dem "Tiananmen-Zwischenfall" von 1989 erinnert, obgleich sie natürlich auch vorher schon existierte.

Von studentischer Freiheit konnte somit auf Taiwan bis weit in die 80er Jahre hinein keine Rede sein. Die wenigen existierenden studentischen Gruppen wurden nahezu problemlos von der Hochschulverwaltung kontrolliert. Die Entstehung einer veritablen taiwanesischen Studentenbewegung war deshalb erst eine Folge der fortgesetzten Legitimationserosion des KMT-Regimes und der Öffnung des politischen Systems 1986.<sup>46</sup>

Im Oktober 1986 - also einen Monat nach der Gründung der DFP in Taipei - etablierte sich eine erste übergreifende studentische Organisation mit dem symbolträchtigen Namen *Freiheitsliebe (tsu-you chih ai)*, deren erklärtes Ziel es war, die Unabhängigkeit der Hochschulen - vor allem die Redefreiheit - herzustellen.<sup>47</sup> Einen wirklich Schritt nach vorn machte die Bewegung allerdings erst mit der im Juli 1987 ins Leben gerufenen Fördervereinigung zur Reform des Hochschulgesetzes (*ta-hsüeh-fa kai-ko ts'u-chin-hüi*), deren Name im Februar 1988 noch einmal in *Demokratische Studentenallianz (min-chu hsüeh-sheng lien-meng)* abgeändert wurde. Diese Organisation repräsentierte bereits mehr als zehn Hochschulen der Insel - vornehmlich die der Hauptstadt Taipei - und setzte sich nicht nur für eine Totalrevision des Hochschulgesetzes, sondern auch für die Ausschaltung jeglicher KMT-Kontrolle in den Universitäten und Fachschulen ein (Chang 1990: 80). Sie beteiligte sich im Laufe der Jahre immer wieder an Aktionen verschiedener sozialer Protestbewegungen und nahm hier eine wichtige Verstärkerfunktion wahr. Mit der Gründung der Demokratischen Studentenallianz traten die Hochschüler somit endgültig aus dem Schatten der Universitäten heraus und griffen breitere gesellschaftliche Themen auf. Seitdem versteht sich die Studentenbewegung als wichtiger Bestandteil der außerparlamentarischen Opposition gegen die KMT.

Im März 1990 konstituierte sich, zeitgleich mit den massiven Studentenprotesten im Zuge der Präsidentschaftswahlen (vgl. Punkt 1.2.1 und 3.2.1), der erste nationale Studentenbund Taiwans, die *National Student Mobilization Association/NSMA (ch'üan-kuo hsüeh-sheng yün-tung lien-meng)*. Das ursprüngliche Ziel

dieses Zusammenschlusses war es lediglich gewesen, die damaligen Aktionen besser zu koordinieren. Heute verfügt die NSMA bereits über eine rudimentäre nationale Organisationsstruktur und bemüht sich um deren Ausbau.<sup>48</sup> Der Verband thematisiert kaum noch universitäre Probleme, sondern will sich für die Beschleunigung des politischen Reformprozesses, den Kampf gegen die Verflechtung von Geld und Politik sowie die Interessen deprivilegiierter Randgruppen (Frauen, Ureinwohner) einsetzen.<sup>49</sup> Dabei ist er klar anti-KMT orientiert:

Das durch diese Partei den Taiwanesen zugefügte Leid ist nur sehr schwer zu tilgen. Wir glauben nicht daran, daß die KMT wirklich dazu in der Lage ist, sich selbst und das politische System so zu reformieren, daß dies zum Wohle des Volkes ist. Auf der wirtschaftlichen Seite kämpfen wir gegen die kapitalistische Ausbeutung. Die Aussagen von Marx treffen auch auf Taiwan zu. Hier gibt es eine Reihe von Kapitalisten, die die Politik in hohem Maße beeinflussen. Gegen diese Verwicklung von Wirtschaftsmacht und Politik gehen wir an. Außerdem wollen wir eine umweltverträgliche Wirtschaftspolitik. Deshalb lehnen wir Kernkraftwerke ab und beteiligen uns an entsprechenden Protestaktionen.<sup>50</sup>

Die alles entscheidende Frage zur taiwanesischen Unabhängigkeit hat die NSMA damit keinesfalls eindeutig beantwortet, und es wird auch offen eingestanden, daß sich die hier organisierten Hochschulguppen in diesem Punkt noch nicht zu einer gemeinsamen Haltung durchbringen konnten. Darin besteht ein klarer Unterschied zu den *T'ai-tu*-orientierten Studentengruppen der Nationalen Taiwan-Universität, die sich aus diesem Grund von der NSMA distanzieren und unabhängig arbeiten. Dies schwächt die Studentenbewegung natürlich. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines ersten Verfassungsreformpaketes durch die Nationalversammlung im Frühjahr 1991 schlossen sich die Studenten der *T'ai-ta* mit der TAUP zur *Taiwan Student and Professors' Association for the Drafting of a New Constitution* (*T'ai-wan hsiieh-sheng chia-shou chih-hsien tien-meng*) zusammen und vertraten eine unverblühte *T'ai-tu*-Linie. Dennoch handelte es sich hier mehr um eine lockere, rein themenbezogene Zusammenarbeit von unabhängigen Einzelorganisationen, wie es die TAUP und auch die Studentengruppen an der Eliteuniversität des Landes grundsätzlich bleiben wollen.

Einen weiteren Radikalisierungsschub erlebte die Studentenbewegung noch einmal im Zusammenhang mit der Verhaftung von vier mutmaßlichen Mitgliedern der *Association for an Independent Taiwan/AIT* (*tu-ti T'ai-wan-hui*) sowie mit dem daran gekoppelten Kampf gegen den Strafgesetzbuchparagrafen 100 im Mai 1991 (vgl. Punkt 1.2.1). Damals kam es in der NSMA zu einem ad-hoc-Bündnis mit anderen Hochschulguppen, die bisher noch nicht Mitglied gewesen waren. In den zahlreichen Protestdemonstrationen dieses Monats (vor allem am 20. Mai mit mehreren tausend Teilnehmern) etablierte sich die Studentenbewegung endgültig als feste Größe innerhalb der außerparlamentarischen Opposition Taiwans.<sup>51</sup>

Sicherlich ist es zu früh, die taiwanische Studentenbewegung mit der südkoreanischen und schon gar nicht mit den Gruppierungen in den westeuropäischen Ländern zu vergleichen. Ihr Organisationsgrad, ihr studentisches Unterstützungspotential und ihre finanziellen Ressourcen sind noch zu gering. Zumeist ist es nur eine kleine aktivistische Minderheit, die die verschiedenen Organisationen zusammenhält, während die große Mehrheit der Studenten politisch weiterhin zurückhaltend bis passiv und nur sporadisch mobilisierbar ist. Die Märzunruhen des Jahres 1990 haben bislang keine Fortsetzung gefunden. Studentischer Protest ist seitdem zumeist in breiter angelegte Aktionen der außerparlamentarischen Opposition eingebunden. Dennoch lassen sich Erfolge nicht leugnen: Nicht nur besitzen die Studenten Taiwans heute eine eigene politische Identität; auch das Kontrollsystem der KMT ist durch ihre wachsende Furchtlosigkeit weitgehend wirkungslos geworden.

#### 4.3.3 Neue Perspektiven für die Unabhängigkeitsbewegung?

Als Sammelbecken der radikalsten oppositionellen Professionals gilt seit den 50er Jahren die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung. Jahrzehntlang exiliert und politischer Verfolgung ausgesetzt, kehrten viele ihrer Aktivisten Anfang der 90er Jahre nach Taiwan zurück. Anfänglich wurden sie schon bei ihrer Ankunft am Flughafen von den Sicherheitsbehörden verhaftet, spätestens aber beim ersten öffentlichen Auftritt in einer Versammlung oder Kundgebung. Nach der Änderung des Strafrechtsartikels 100 im Mai 1992 - seitdem ist die Befürwortung von *T'ai-tu* nur noch in Verbindung mit Gewaltakten strafbar - wurden sie schließlich wieder auf freien Fuß gesetzt. Das gleiche galt auch für zahlreiche andere, schon früher inhaftierte oder unter Anklage stehende *T'ai-tu*-Aktivisten.<sup>52</sup> Mit der offiziellen Gründung eines Taiwan-Komitees durch die wichtigste internationale *T'ai-tu*-Dachorganisation, die *World United Formosans for Independence/WUFI*,<sup>53</sup> im Oktober 1991 hat sich die Unabhängigkeitsbewegung - nach Jahrzehnten eines fast wirkungslosen Aktivismus' im Ausland<sup>54</sup> - endgültig auf der Insel selbst etabliert. Die *Taiwan Alliance for Independence/TAFIS* (*T'ai-wan tu-ti tien-meng*), so der Name des neuen regionalen Zusammenschlusses, kann als Sammelbecken des radikalsten Flügels der außerparlamentarischen Opposition Taiwans bezeichnet werden.

Wie schon in der Vergangenheit im Exil, so werden WUFI und heute TAFI ausschließlich von Professionals angeführt. Bei den nach Taiwan zurückgekehrten WUFI-Aktivisten (vgl. Tabelle 4-2) handelt es sich in der Regel um in Japan oder den USA gut ausgebildete Akademiker und Intellektuelle, die als Studenten die Unabhängigkeitsbewegung im Exil aufbauten. Alle stammen aus Taiwan; alle haben wegen ihrer politischen Auffassungen lange Jahre auf der Schwarzen Liste der Regierung gestanden und konnten nicht legal nach Taiwan einreisen. Viele von ihnen haben heute eine zweite - zumeist die amerikanische - Staatsbürgerschaft, wollen aber fortan dauerhaft auf Taiwan leben.

TAFI, die mittlerweile mehrere hundert Mitglieder haben soll, wird allerdings nicht nur von den aus dem Exil zurückgekehrten Aktivisten gesteuert. Zahlreiche radikale Oppositionelle und ehemalige politische Gefangene aus der alten *Tang-wai*-Bewegung - u.a. Ch'en Wan-chen, Huang Hua, Ch'en San-hsing, Lin Yung-sheng und Yen Shih-lu - gehören dem Zentralkomitee der Organisation an. Und nicht zuletzt sind es viele DFP-Politiker der New Tide-Fraktion, die im Kontext ihrer Strategie eines engen Zusammenschlusses der *T'ai-tu*-orientierten außerparlamentarischen Opposition zwangsläufig auch den Kontakt zu TAFI suchen.<sup>56</sup> Die Überseekomitees in den USA (dem Hauptsitz von WUFI), Japan und Europa bestehen bis zur Erlangung des ultimativen Ziels - der Unabhängigkeit Taiwans - weiter. Insofern werden keineswegs alle Exil-Aktivist:innen, die teilweise schon jahrzehntelang im Ausland leben und sich dort eine Existenz aufgebaut haben, nach Taiwan zurückkehren.

Ebenfalls 1991, aber bereits einige Monate vor der Gründung von TAFI, wurde die *Association of Taiwan Nation-Building/ATNB (Tai-wan chien-kuo yün-tung tsu-chih)* ins Leben gerufen. Sie kooperiert eng mit TAFI, zumal ihre Präsident:innen, die langjährige Dissidentin und heutige DFP-Parlamentsabgeordnete Stella Chen (Ch'en Wan-chen), selbst zur Führungsspitze von TAFI gehört. Beide Organisationen treten für die Errichtung einer unabhängigen und souveränen Republik Taiwan ein. Inhaltlich unterscheiden sie sich damit kaum um radikalen Flügel der DFP. Zuallererst geht es auch ihnen um die Mobilisierung möglichst großer Bevölkerungsschichten durch konsequente Basisarbeit (*min-chung yün-tung*). Obgleich sie den gewaltsamen Kampf gegen das KMT-Regime aus-schließen - dies wäre auch ein Grund für die sofortige Auflösung nach dem bestehenden Sicherheitsgesetz<sup>57</sup> -, lehnt eine Mehrheit den "parlamentarischen Weg" (*i-hui lu-hsien*) der Professionals in der DFP ab. Damit stehen nicht unerhebliche Teile der Unabhängigkeitsbewegung ideologisch noch "links" von New Tide.<sup>57</sup> Allerdings hat es derzeit den Anschein, als ob die *T'ai-tu*-Organisationen im New Tide-System (vgl. Punkt 4.6) aufgehen und damit letztlich doch unter die Führungsschaft der Professionals in der DFP geraten. Es gibt kaum Spielraum für einen politischen Aktionismus jenseits von New Tide bzw. der DFP - weder ideologisch noch hinsichtlich eines breiten Mobilisierungspotentials innerhalb der Bevölkerung.<sup>58</sup>

Für Aufsehen sorgte die erste von Festlandchinesen (!) am 23. August 1992 gegründete *T'ai-tu*-Organisation, die *Vereinigung der Festlandchinesen für die Unabhängigkeit Taiwans/VFUT (wai-sheng-jen T'ai-wan tu-li hsieh-chin-hui)*. Ihr gehören in erster Linie kritische Intellektuelle (v.a. Hochschulprofessoren und -dozenten) der ersten und zweiten festlandchinesischen Generation an. Bei der Gründungsversammlung waren auch zahlreiche Abgesandte der TAFI sowie der DFP zugegen. Ziel der VFUT ist die Versöhnung zwischen Taiwanesen und Festlandchinesen nach dem "Zwischenfall vom 28. Februar 1947" und die Errichtung eines unabhängigen Taiwans.<sup>59</sup> Es ist davon auszugehen, daß diese Organisation einen besonderen Stellenwert innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung erlangen kann - waren doch die Festlandchinesen bisher die Bevölkerungsgruppe, die die Ein-China-Politik der KMT am nachhaltigsten unterstützt hat.

Tabelle 4-2: Hintergründe wichtiger aus dem Exil zurückgekehrter Mitglieder von TAFI (Stand: Anfang 1993)

Name	Alter	Ausbildungs-hintergrund	(früheres) Aufenthalts-/Exilland	(frühere) Funktion in WUFI
George Chang	57	Chemieingenieur; promoviert (USA)	USA	Präsident des Dachverbandes WUFI
Ch'en Chung-kuang	48	Elektroingenieur; promoviert (USA)	USA	Vizepräsident des Dachverbandes WUFI
Kuo Pei-hung	38	Bauingenieur; promoviert (USA)	USA	Präsident des US-Komitees von WUFI
Li Ying-yüan	40	Hygienetechniker promoviert (USA)	USA	Vize-Präsident des US-Komitees von WUFI
Ts'ai T'ung-jung	58	Politologe; promoviert (USA)	USA	M I T G L I E D E R
Kuo Jung-chieh	72	Mediziner; (Japan)	Japan	
Hsü Shih-k'ai	59	Jurist; promoviert (Japan)	USA	
Kuo Ch'ing-chiang	51	Flugzeugbauing.-; promoviert (USA)	USA	
Kuo Cheng-kuang	44	Chemieingenieur; promoviert (USA)	USA	
Ts'ai Cheng-chiang	49	Mechanikbauing.-; promoviert (USA)	USA	
Lin Ch'i-hsü	58	Politologe; MA (USA)	USA	
Ho Chao-ming	59	Ökonom; MA (Japan)	Japan	
Ch'en Jung-ju	62	examiniert (USA) k.näheren Angaben	USA	

Quelle: *Ch'ing-nien jii-pao*, 17. September 1991.

Auch die 1984 gegründete *Taiwan Human Rights Association/ THRA (Tai-wan jen-ch'üan ts'u-chün-hui)* muß der Unabhängigkeitsbewegung zugerechnet werden. Mit regelmäßig erscheinenden Menschenrechtsberichten (vgl. u.a. THRA 1990) sowie ihrem juristischen Engagement für (politische und andere) Gefan-

gene und soziale Randgruppen hat sie das KMT-Regime mehrfach scharf herausgefordert. Bei wichtigen Protestaktionen der außerparlamentarischen Opposition tritt auch die THRA in Erscheinung. Hier arbeiten, wenn auch eher unauffällig, bekannte und weniger bekannte Dissidenten der *Tang-wai*-Ara zusammen. Bis 1992 war Shih Ming-teh - der fast 25 Jahre aus politischen Gründen hinter Gittern verbrachte - Vorsitzender der THRA; heute ist es die nicht weniger renommierte Aktivistin Ch'en Ch'ü.

Die Unabhängigkeitsbewegung, die jahrzehntelang kriminalisiert worden ist und deren Anhänger der schärfsten politischen Verfolgung seitens des KMT-Regimes ausgesetzt waren, hat innerhalb kürzester Zeit auf Taiwan Fuß gefaßt. Sie bildet heute einen der Eckpfeiler des aktivistischen *T'ai-tu*-Flügels innerhalb der radikalen außerparlamentarischen Opposition, ohne daß ihre Führer die dortigen Diskussionen über die Verwirklichung einer souveränen Republik Taiwan dominieren oder die Strategiefestlegung bestimmen würden. Personell sind die einzelnen Organisationen vielfältig mit den sozialen Protestbewegungen sowie der New Tide-Fraktion innerhalb der DFP verbunden und ordnen sich meistens in die kollektiven Aktionen des New Tide-Systems ein. Dennoch ist hier zweifellos der harte Kern der radikalen Professionals zu vermuten, der die wenigsten Kompromisse mit der KMT zu machen bereit ist.<sup>60</sup>

#### 4.4 Zur Entfaltung von Protest und Widerstand in den 80er Jahren - Entstehung, Organisationsprofil und Führungskräften der sozialen Protestbewegungen Taiwans

##### 4.4.1 Vorbemerkungen

Die 80er Jahre, vor allem aber deren zweite Hälfte, können als die Dekade des Straßenprotests in die jüngere Geschichte Taiwans eingehen. Massenkundgebungen, "Sit-ins", polizeilich nicht genehmigte Vorträge (*yen-chiang*) und Diskussionen (*tsuo-far*) auf Straßenkreuzungen oder öffentlichen Plätzen, Sitzblockaden und sogar kleinere Hungerstreiks (mit großer propagandistischer Aufmachung) gehören seitdem zum politischen Alltag der Insel. Wer sich heute auf Taiwan aufhält, dem fällt es schwer, jene ernstzunehmenden, die noch immer kopfschüttelnd vom Straßenrand aus die lautstark vorbeiziehenden Demonstrationen beobachten und sich dabei ängstlich zur Seite umschauen. Mit einer Mischung aus Skepsis, innerer Anspannung und Stolz auf das, was heute möglich ist, wird von solchen Menschen immer wieder die Zeit "davor" beschrieben. Der "weiße Terror" der 50er Jahre, die Allgegenwart der Geheimpolizei und die willkürlichen Verhaftungen bis in die späten 70er Jahre hinein sind so schnell nicht aus dem Gedächtnis zu tilgen. Noch immer ist die taiwanesisch Staatssicherheit, die mit ihren Walkie-talkies, dunklen Sonnenbrillen und einem "unauffälligen Auftreten" problemlos erkannt wird, am Rande von Kundgebungen zwar zugegen - ihren früheren Schrecken hat sie jedoch verloren. Insbesondere die junge Gene-

ration fühlt sich herausgefordert, wenn der Staat durch seine paramilitärische Polizei oder die Sicherheitsbeamten in Zivil präsent ist. Allerdings hat sich das Regime mittlerweile an die neue Normalität des Straßenprotests gewöhnt und reagiert nur noch sehr selten nervös.

Tabelle 4-3a: Zahl der Teilnehmer an Protestkundgebungen (1983-1988)

Jahr	1983	1984	1985	1986	1987	1988	Total
Anzahl							
- 50	76	96	123	117	262	419	1093
51-100	28	23	68	58	117	189	483
101-500	20	24	24	40	95	157	360
501-1000	2	0	5	11	36	47	101
1000 -	0	3	1	15	21	40	80
Total	126	146	221	241	531	852	2117

1. Keine Angaben für 777 Fälle.  
Quelle: Wu 1990: 48.

Tabelle 4-3b: Durchschnittliche Zeitdauer der Protestkundgebungen (1983-88)

Jahr	1983	1984	1985	1986	1987	1988	Total
Zeit/Std.							
- 4	90	96	148	171	334	524	1 363
5 - 12	24	29	43	74	146	242	558
13 - 24	4	4	5	6	15	25	59
25 - 48	0	3	2	2	9	32	48
49 - 98	2	2	1	7	14	29	55
Total	120	134	199	260	518	852	2 083 <sup>1</sup>

1. Keine Angaben für 811 Fälle.  
Quelle: Wu 1990: 49.

Nach den Ergebnissen einer auf Taiwan durchgeführten Untersuchung (Wu Chieh-min 1990: 45) erhöhte sich in den Jahren zwischen 1983 und 1988 die Zahl der politischen Kundgebungen - sog. "Zwischenfälle" (*shih-chien*) - jährlich: Wurden 1983 nur 173 solcher Vorfälle registriert, so waren es fünf Jahre später schon 1.172.<sup>61</sup> Sowohl die Zahl der teilnehmenden Demonstranten als auch die durchschnittliche Zeitdauer einer Kundgebung stieg dabei kontinuierlich an.

Auch nahm die politische Bedeutung der Demonstrationen zu, da sie sich in immer stärkerem Maße gegen die zentralen politischen Institutionen richteten (vgl. Tab. 4-3a-c). Zudem zeigt sich, daß die sog. "Politischen Demonstrationen", in denen es um Forderungen nach demokratischen Reformen ging, keineswegs das Gros der Kundgebungen ausmachten. Vielmehr waren es eher *issue-bezogene* Aktionen der sozialen Protestbewegungen (vgl. unten), die das Geschehen auf der Straße in den 80er Jahren bestimmten (vgl. Tab. 4-3d).

Tabelle 4-3c: Adressat der Protestkundgebungen (1983-88)

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	Total
Zentralregierung	3	6	11	56	135	165	376
Provinzregierung	0	3	8	7	36	34	88
Kreis-/Stadt Ebene	7	3	14	32	50	63	169
Gemeinde-/Dorfebene	3	2	11	7	14	18	55
Andere	2	5	3	11	13	23	57
Total	15	19	47	113	248	303	745

Anmerkung: Der Chang-Studie liegt ein geringeres Sample zugrunde.

Quelle: Chang Mao-kui et al. 1991: 31.

Tabelle 4-3d: Teilnehmer nach Art des Protests und Anzahl der Protestaktionen (1983-1988)

Teilnehmer	Arbeiter	Umwelt	Bauern	Verbraucher	Behörden	Politischer	Sonst.	Total
- 50	192 (46,7)	213 (49,5)	30 (44,1)	464 (57,4)	62 (63,9)	88 (39,6)	46 (55,4)	1 095 (51,7)
51-100	97 (23,6)	108 (25,1)	21 (30,9)	199 (24,6)	13 (13,4)	25 (11,3)	20 (24,1)	483 (22,8)
101-500	102 (24,8)	79 (18,4)	10 (14,7)	114 (14,1)	12 (12,4)	32 (14,4)	11 (13,3)	360 (17,0)
501-1000	16 (3,9)	22 (5,1)	2 (2,9)	20 (2,4)	8 (8,2)	29 (13,1)	4 (4,8)	101 (4,8)
1000+	4 (1,0)	8 (1,9)	5 (7,4)	11 (1,4)	2 (2,1)	48 (21,6)	2 (2,4)	80 (3,8)
Total	411	430	68	808	97	222	83	2 119

Quelle: Wu 1990: 48.

Für eine westliche Demokratie nehmen sich diese Zahlen zwar bescheiden aus. Für ein Land ohne demokratische Tradition und unter - zumindest bis 1986 - überaus autoritären Bedingungen offenbart sich hier jedoch eine Entwicklungsdynamik, die die Einleitung der Transitionsphase nicht allein als eine vom Regime autonom durchgeführte "Prozesssteuerung" erkennen läßt. In den wichtigen Jahren direkt vor und nach Einleitung des Reformprozesses artikulierte sich auf

Taiwan zunehmend politischer Protest an der gesellschaftlichen Basis. Er hat sich seitdem nicht nur verstärkt, sondern schafft sich auch eine immer breitere institutionelle Basis. Seit den politischen Unruhen im Zuge der letzten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1990 (vgl. Punkt 1.2.1) sind auch Großkundgebungen mit mehreren zehntausend Menschen keine Seltenheit mehr. Kleinere Protestaktionen mit wenigen hundert Teilnehmern sind allerdings statistisch kaum mehr zu erfassen. Taiwan hat innerhalb kürzester Zeit eine Streitkultur entwickelt, die die vielzitierte Konfliktscheu der Chinesen - so diese nicht ohnehin schon immer ein Mythos einer bisweilen oberflächlichen Chinawissenschaft war - Lügen straft.

Gekoppelt war dieser oppositionelle Mobilisierungsschub an die Revitalisierung älterer und die Entstehung zahlreicher neuer Protestbewegungen, deren Organisationen insbesondere nach 1986 regelrecht wie Pilze aus dem Boden schossen. Sie avancierten zu den *pressure groups* neu politisierter Bevölkerungssegmente und stellen heute das Spiegelbild einer großen Interessen- und Organisationsvielfalt an der gesellschaftlichen Basis dar. Obgleich sie prinzipiell von der politischen Opposition getrennt untersucht werden sollten - nicht jede Bewegung befindet sich in offener Gegnerschaft zur KMT -, so sind die sozialen Protestbewegungen seit 1986 zunehmend zu einer wichtigen Mobilisierungsbasis der oppositionellen Professionals geworden. Andererseits haben sich hier auch neue konfliktfähige Gruppen organisiert, vor allem Arbeiter, Bauern, Fischer, Eingeborene und Frauen.

Die meisten dieser Organisationen kooperieren eng miteinander, und es sind sehr oft dieselben Führungseiten, die diese Zusammenarbeit koordinieren. Der folgende Querschnitt durch die neuen sozialen Protestbewegungen Taiwans muß zwangsläufig unvollständig bleiben. Das Bild ändert sich fast täglich, was die Vielfalt und Vielzahl der einzelnen Gruppierungen anbelangt. Es können insbesondere nur die wichtigsten Zusammenschlüsse vorgestellt werden, die unter Berücksichtigung ihres Institutionalierungsgrades und ihrer ideologischen Kohärenz mit hoher Wahrscheinlichkeit längerfristig in die politischen Auseinandersetzungen auf Taiwan eingreifen werden.

Zuvor soll jedoch kurz geklärt werden, was unter einer sozialen (Protest-)Bewegung zu verstehen ist. Grundsätzlich ist sie - wie bereits angedeutet - von jenen oppositionellen Bewegungen abzugrenzen, die mit ihren Forderungen das gegenwärtige System politischer Herrschaft als Ganzes in Frage stellen und insofern prinzipiell revolutionären Charakter haben. Die soziale Protestbewegung bemüht sich eher um eine partikuläre Interessenwahrnehmung auf dem Boden der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und ist somit reformistischer (oder: transformativer) Natur.<sup>62</sup> Weil sie bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen durch kollektive Aktionen diesseits der Systemfrage artikuliert, dient sie oft auch als "Stimmungsbarometer" für die politisch Mächtigen. Diese können anhand der Stärke des Mobilisierungspotentials sozialer Protestbewegungen eigene



Legitimationsdefizite lokalisieren und durch funktionierende Vermittlungsinstitutionen ausgleichen, sofern sie eine ausreichende Flexibilität dazu besitzen.

Oft wird das Entstehen von sozialen Protestbewegungen mit der sozioökonomischen Modernisierung (Urbanisierung, Industrialisierung, steigendes Bildungsniveau etc.) und sozialstrukturellen Ausdifferenzierung (Bildung von Mittelklassen oder -schichten) einer Gesellschaft begründet, weil sich dadurch die sozialen (oder Klassen-) Gegensätze verschärfen. Subjektiv unzufriedene Bevölkerungsssegmente, die sich in gleicher gesellschaftlicher Lage befinden, formieren sich zu politischem Widerstand (vgl. Turner/Killian 1972; Moore 1978). Dahinter steht zumeist eine kollektiv erlebte "relative Deprivation".<sup>63</sup> Somit ist klar, daß soziale Bewegungen nicht automatisch aus den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen. Notwendig ist vielmehr eine daran gekoppelte subjektive Reflexion über diese Verhältnisse und das Gefühl, sie durch organisierte Aktionen beeinflussen und verändern zu können. Zwar kann die "relative Deprivation" in Teilen einer sozialen Bewegung auch losgelöst von den tatsächlichen Gesellschaftsstrukturen erlebt werden. Dennoch wird, wie auch Raschke anmerkt (1988: 132), die zentrale Trägergruppe einer sozialen Bewegung immer auf sozialstrukturelle Differenzierungen "im kapitalistischen Gesamtsystem" zurückbezogen werden können.

Es ist vor allem die mit der Legitimationserosion autoritärer Herrschaft verbundene Öffnung (Liberalisierung) des politischen Systems, die in vielen Ländern zunächst eine zaghafte, dann aber oft explosionsartige Artikulation von organisiertem sozialen Protest induziert (für Lateinamerika vgl. z.B. O'Donnell et al. 1986: 40; Przeworski 1991: 54-66). Soziale Protestbewegungen wiederum beschleunigen den Machtverfall eines Regimes, indem sie immer größere Bevölkerungsteile politisch für ihre Interessen mobilisieren. Diese Wechselbeziehung ist auch für Taiwan nachweisbar und hat das KMT-Regime seit 1986 immer stärker unter Druck gesetzt. Dabei werden soziale Protestbewegungen nicht selten für andere politische Ziele als ihre eigenen instrumentalisiert. Weil sie dazu in der Lage sind, unzufriedene Bevölkerungsteile (mitunter in großem Maßstab) zu politisieren und zu organisieren, werden sie zum bevorzugten Ansprechpartner der demokratischen Opposition, mitunter aber auch des herrschenden Regimes. Oft sind es gerade von diesem kooperierte Professionals, die zu den Führungseliten einzelner Protestbewegungen gehören (vgl. hierzu auch Perrow 1979, Tilly 1982, Jenkins 1983) - ein Tatbestand, der auch für Taiwan Gültigkeit besitzt (vgl. unten).

Der folgende Schritt der Untersuchung bemüht sich um ein Profil der wichtigsten sozialen Protestbewegungen Taiwans und der hier wirkenden konfliktfähigen Gruppen. Nach Maßgabe des weitgehend selbst recherchierten Materials sollen Ziele, Strategien, finanzielle Ressourcen sowie die Zusammensetzung der Führungseliten der folgenden Bewegungen kurz dargestellt werden.<sup>64</sup>

1. Die Verbraucherschutzbewegung
2. Die Umweltschutzbewegung
3. Die Frauenbewegung
4. Die Eingeborenenbewegung
5. Die presbyterianische Kirche
6. Die Bauernbewegung

#### 4.4.2 Die Verbraucherschutzbewegung (*hsiao-fei-che yün-tung*)

Die Verbraucherschutzbewegung konstituierte sich als erste der sozialen Protestbewegungen Taiwans überhaupt - bereits 1969 wurde eine Nationale Verbrauchervereinigung (*Chung-hua hsiao-fei-che hsiieh-hui*) ins Leben gerufen. Doch erst mit der Gründung der Kultur- und Erziehungsstiftung der Konsumenten der Republik China (*Chung-hua min-kao hsiao-fei-che chiao-yü chi-chin-hui*) - im folgenden als Nationale Verbraucherschutzstiftung bezeichnet - im November 1980 trat die Bewegung aus ihrem Schattendasein heraus. Die Stiftung gibt seit Mai 1981 den "Wochenreport für Verbraucher" (*Hsiao-fei-che pao-tao yüe-k'an*) in einer Auflagenstärke von 20.000 heraus, dessen Verkauf neben den Mitgliedsbeiträgen und Spenden zur Deckung der Unkosten beiträgt. Vor allem seit 1986 haben sich weitere unabhängige Organisationen konstituiert, die wichtigsten davon in den Großstädten Taipei, Kaohsiung und Taichung (Chang 1990: 48).

Die Revitalisierung dieser Bewegung am Anfang der 80er Jahre fiel in eine Zeit, die nach dem "Zwischenfall von Kaohsiung" politisch besonders aufgeheizt war. Zudem erschwerten die restriktiven Kriegsrechtsbestimmungen bezüglich der Gründung privater Vereinigungen die Organisierung von Konsumenteninteressen zusätzlich. Dieser Tatbestand hat die Arbeit der Verbraucherschutzbewegung maßgeblich beeinflusst und prägt sie bis heute. So geht die Nationale Verbraucherschutzstiftung einer direkten politischen Konfrontation mit den Behörden in der Regel aus dem Weg. Im Unterschied zu allen anderen sozialen Protestbewegungen vermeidet die Verbraucherschutzbewegung bewußt die Ideologisierung ihrer Unterstützerguppen im Sinne einer gegen die KMT gerichteten politischen Strategie. Vielmehr versteht sie sich als Sprachrohr einer an der möglichst kooperativen Lösung konkreter Einzelfragen interessierten Öffentlichkeit.

Dieser Tatbestand ist jedoch auch mit der Zusammensetzung der Führungseliten in den Verbraucherschutzorganisationen zu erklären. Deren Mitglieder kommen nicht nur aus unterschiedlichen politischen Lagern, sondern rekrutieren sich überwiegend aus den etablierten (und ökonomisch saturierten) Mittelschichten. Renommiertere Wissenschaftler unabhängiger Forschungseinrichtungen, bekannte Hochschulprofessoren, aber auch zahlreiche mittelständische Unternehmer und Mitglieder der nationalen Industrie- und Handelsverbände stehen an der Spitze der einzelnen Gruppierungen (Chang 1990: 49). Dadurch ist die Bewegung einerseits genauso professionell wie sie sich andererseits auf eine weitgehende politische Neutralität verpflichtet. Ihre führenden Köpfe halten somit auf Abstand zur aktiven Politik und beteiligen sich nicht an politischen Wahlen. Allerdings greifen Politiker außerhalb der Bewegung seit Anfang der 80er Jahre immer häufiger auf ihre Themen zurück. Es gibt heute kaum mehr eine Wahlveranstaltung, auf der nicht der Verbraucher- und Umweltschutz thematisiert würden.

Durch ihr prinzipielles Bestreben, mit dem Regime gemeinsam den Konsumentenschutz auszubauen, ohne dafür politisch angefeindet zu werden, konnte sich die Verbraucherschutzbewegung - vor allem die o.g. Nationale Verbraucherchutzstiftung - außerordentlich profilieren. Heute verfügt sie über eine große gesellschaftliche Reputation. Sie enthüllte u.a. zahlreiche Gesetzesverletzungen bei der Produktion von Lebensmitteln und zwang die Behörden bereits in den frühen 80er Jahren - also noch in der autoritären Ära - zum Einschreiten. Dabei wurde auch vor staatlichen Produktionsbetrieben nicht halt gemacht. So klagte die Nationale Verbraucherschutzstiftung z.B. das von der Provinzregierung verwaltete Büro für Tabak und Wein - ein noch auf die japanische Kolonialzeit zurückgehendes Staatsmonopol - im Juli 1986 der unzulässigen Versetzung von Reiswein mit Zucker an (Tsai 1990: 119). Die Erstellung wissenschaftlicher Gutachten, die Publizierung von Erklärungen und Appellen, eine legalistische Strategie der systematischen Anklageerhebung gegen Rechtsverletzer und hartnäckige Forderungen nach Kompensationszahlungen für Geschädigte kennzeichnen die Arbeit der taiwanesischen Verbraucherschutzorganisationen.

Die weitgehende "politische Abstinenz" der Bewegung hat dazu geführt, daß sie auf einen organisatorischen Anschluß der zahlreichen, auf lokaler Ebene in den letzten Jahren neu entstandenen Vereinigungen verzichtete. Zwar schränkt dies ihr Mobilisierungspotential ein, doch offenkundig scheut man den Kontakt zu den Lokalfaktionen und -politikern, der in diesem Fall unvermeidlich wäre und die überparteiliche Position der Organisation in Gefahr brächte. Damit ist aber auch klar, daß der Verbraucherschutz auf der lokalen Ebene als Mobilisierungsressource durchaus auch übergeordneten politischen Interessen nutzbar gemacht wird.

#### 4.4.3 Die Umweltschutzbewegung (*huan-pao yün-tung*)

Die taiwanesische Umweltschutzbewegung wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre stark, als eine Vielzahl von - zumeist lokalen - Organisationen entstand. Ihren Durchbruch erlebte die Bewegung durch die erfolgreiche Anti-DuPont-Kampagne<sup>66</sup> (*Fan she-pang yün-tung*) in dem Küstenstädtchen Lukang, die die Insel in den Jahren 1985-86 in Atem hielt. Ihr Erfolg wurde von den Demonstranten - in der Hauptsache Bewohnern von Lukang - als eindeutiger Sieg gegen die KMT-Regierung perzipiert, die das erste Mal dem Protest der Straße weichen mußte. Dieser Rückzug hatte Signalwirkung. Die Widerstandsaktionen gegen den fünften und sechsten sog. "Naphta-Cracker" - es handelt sich dabei um Naphtalin-Anlagen zur Weiterverarbeitung von Rohöl - oder gegen das vierte Atomkraftwerk zwangen die Regierung immer wieder zu politischen Kompromissen, die von Standortverlagerungen und hohen Kompensationszahlungen bis hin zum "Einfrieren" der entsprechenden Projekte führten (vgl. Chang Mao-kui et al 1991: 75-94).

Die Umweltschutzbewegung war die erste der sozialen Protestbewegungen Taiwans, die systematisch und erfolgreich lokale Strukturen aufbaute und damit das für jede größere Mobilisierung nachteilige "Hauptstadtdgefälle" zwischen Stadt und Land überwinden konnte. Dies muß als Zeichen für ihren hohen Politisierungsgrad verstanden werden, der sie auch tatsächlich auszeichnet. Die Problematik des Umweltschutzes deckt für die Aktivisten der Bewegung, mehr als alles andere, die Widersprüche autoritärer Herrschaft in einer Entwicklungsgesellschaft auf.

Der Umweltschutz ist der skrupellosen Politik der KMT geopfert worden, der das Wohl der Taiwanesen egal war. Sie dachte immer nur an sich selbst. Deshalb sind wir nicht nur, aber auch eine politische Bewegung. Fragen des Umweltschutzes sind immer politische Fragen. Umweltschutz auf Taiwan impliziert den politischen Kampf gegen die KMT.<sup>67</sup>

Nach der aus ökologischer Perspektive unverantwortlichen Ausbeutung der Insel steht für die Umweltschutzbewegung außer Zweifel, daß nachhaltige Verbesserungen nur gegen die KMT, nicht aber mit ihr durchgesetzt werden können. Zu sehr ist deren Legitimation mit dem ständigen Wirtschaftserfolg Taiwans verbunden und wirkt sich insofern stark retardierend auf die ökologische Bewußtseinsbildung in der Regierungspartei aus - allen jüngeren Anstrengungen von offizieller Seite zum Trotz.<sup>68</sup> Deshalb geht es für die Organisationen der Umweltschutzbewegung - allen voran die im November 1987 gegründete Taiwan Environmental Protection Union/TEPU (kurz: *huan-pao lien-meng*)<sup>69</sup> als die größte nationale Vereinigung mit zahlreichen landesweiten Lokalbüros - nicht allein um den Kampf gegen Atomkraft<sup>70</sup> und chemische Umweltverschmutzung; vielmehr kämpft sie für eine zielgerichtete Bündelung des politischen Protestpotentials gegen die KMT.

An der Spitze der Umweltschutzbewegung stehen soziale Aktivisten, Studenten und kritische Professoren, Journalisten, Schriftsteller, Intellektuelle und Gewerkschafter. Viele gehören der DPP an und nahezu alle sind radikale Befürworter einer taiwanesischen Unabhängigkeit. Ausgewiesene Fachexperten überparteilicher Couleur (ähnlich der Verbraucherschutzbewegung) gehören hingegen nicht dazu (vgl. Hsiao 1987: 213-217). Obgleich ein Teil der Führungseliten ebenfalls den besserdienenden Mittelschichten zuzurechnen ist, zeichnen sie sich generell durch einen höheren Anteil sozial ungesicherter Professionals - hauptsächlich Studenten und unterbeschäftigter Akademiker bzw. Fachschulabsolventen - aus. Die lokale Verankerung der Bewegung bringt darüber hinaus ein hohes Maß der Integration weiterer gesellschaftlicher Schichten - vor allem kleine Angestellte, Arbeiter und Bauern - mit sich. Sie führt aber auch zu einer systematischen Unterwanderung der Organisationen durch "sachfremde" politische Interessen. Ganz im Gegensatz zur Verbraucherschutzbewegung engagieren sich Taiwans Umweltschützer mehrheitlich für die Arbeit und Ziele der politischen Opposition.

4.4.4 Die Frauenbewegung (*fu-nü yün-tung*)

Obgleich es auch mehr als zehn Jahre nach der Gründung der ersten Frauen- (rechts)gruppierung als etwas gewagt erscheint, von einem genuinen taiwanesischen Feminismus zu sprechen, steht ebenso unbestreitbar fest, daß Taiwans Frauen sich ihrer eigenen politischen Identität und Bedeutung zunehmend bewußt werden. Während allerdings in der Zeit vor 1986 die wenigen existierenden Gruppierungen sehr isoliert und auf einer personell und finanziell überaus schwachen Grundlage arbeiteten,<sup>71</sup> hat sich das Bild seitdem erheblich gewandelt. Die mit der Einleitung des Reformprozesses verbundene Möglichkeit zu offenen Protestaktionen führte 1987 zur Gründung von vier wichtigen Organisationen, die fortan Fraueninteressen nicht nur in intellektuellen Publikationen theoretisch definierten, sondern diese auch auf die Straße trugen. Im einzelnen handelte es sich dabei um die Vereinigung der Hausfrauen (*chu-fu tien-meng*), deren Führungsköpfe anfänglich aus der Verbraucher- und Umweltschutzbewegung kamen; die Vereinigung der fortschrittlichen Frauen (*chin-pu fu-nü tien-meng*), deren Rückgrat politisch aktive Frauen der DFP bilden; der Unterstützerverein taiwanesischer Frauen (*T'ai-wan fu-nü-hui*), in der viele regierungskritische Rechtsanwältinnen und Menschenrechtsaktivistinnen organisiert sind; und die Stiftung für Frauenwohlfahrt (*fu-nü fu-ti shi-yeh chi-chin-hui*). Insofern stehen an der Spitze der Frauenbewegung erfahrene soziale Aktivistinnen und weibliche Professionals mit oppositionellem Hintergrund.

An der Herkunft dieser Führungseliten ist leicht erkennbar, daß die taiwanesischen Frauenbewegung sich als Teil der politischen Opposition Taiwans versteht. Dabei spielt die Tatsache eine wesentliche Rolle, daß Frauenfragen (auch) auf Taiwan Minderheitsfragen sind, die mit anderen oppositionellen Forderungen gekoppelt werden müssen, um sich überhaupt effektiv artikulieren zu können. Mittlerweile ist es zu zahlreichen Neugründungen gekommen, die sich alle zumindest in dem einen Punkt gleichen, daß sie die enge Kooperation mit anderen sozialen Protestbewegungen suchen. Es gibt keine national führende Organisation, die eine zentrale Mobilisierungsfunktion - etwa nach dem Muster der Taiwan Environmental Protection Union oder der Nationalen Verbraucherschutzstiftung - ausüben könnte. Die Frauenbewegung Taiwans wirkt noch immer sehr zersplittert.

Es spricht dennoch einiges dafür, daß die Frauenfrage in der Zukunft noch wichtiger werden wird, denn das traditionelle Rollenverständnis der sozialen Beziehungen erodiert in der Inselrepublik mit beträchtlichem Tempo. Weggel zitiert verschiedene auf Taiwan 1990 durchgeführte Umfragen (1991: 254), denen zufolge eine unzweifelhafte Korrelation zwischen der Modernisierung der taiwanesischen Gesellschaft und einem Wertewandel bei den Frauen existiert, der sich immer mehr den Verhältnissen in den westlichen Industriestaaten angleicht. So kletterten z.B. die Scheidungsraten vor allem in den Jahren 1976-1990 an die Weltspitze und lagen 1990 bei 5,5 pro Tausend Ehepaaren (1969: 0,36). Zwar sind Frauen in Management-Positionen noch immer eine Seitenbahn, aber auch hier beginnt sich das Bild allmählich zu wandeln. In der Politik ist es ähnlich.

4.4.5 Die Eingeborenenbewegung (*yilan-chu-min yün-tung*)

Insgesamt gibt es derzeit auf Taiwan etwa 340.000 Ureinwohner (*yilan-chu-min*), was ca. 1,7 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Etwa 80.000 von ihnen wohnen in den Städten, die große Mehrheit jedoch lebt in staatlichen Nationalparks (z.B. im Gebiet um die Taroko-Schlucht in Osttaiwan oder am berühmten Jadeberg in Zentraltaiwan).

Tabelle 4-4: Bevölkerungszahlen der neun wichtigsten Ureinwohner-Stämme (Ende 1988)

Stamm	Gesamtzahl auf Taiwan	in Taipei	in Kaohsiung
Ami	128 628	2 617	3 654
Atayal	77 359	523	87
Faiwan	61 058	326	442
Bunun	36 294	168	210
Puyuma	8 574	85	48
Rukai	7 575	39	211
Tsao	7 540	50	13
Saisiyat	4 345	128	-
Yami	4 230	14	-
Total	335 603	3 950	4 665

Quelle: *Republic of China 1990: 27.*

Die jahrhundertlange Verfolgung dieser "Berg-Erde-Menschen" (*shan-ti-jen*) durch die han-chinesische Bevölkerungsmehrheit gehört zu den düstersten Kapiteln der Geschichte der Insel.<sup>72</sup> Heute leben sie an der gesellschaftlichen Peripherie und gehören fast ausschließlich den unteren sozialen Schichten an. Die wirtschaftliche Basis der Eingeborenen Taiwans ist somit überaus schlecht. Zusammen mit den immer zahlreicheren Fremdarbeitern aus Südostasien und der VR China verrichten sie Tätigkeiten, die die Taiwanesen in zunehmendem Maße meiden, sobald ihnen das möglich ist - v.a. im Baugewerbe und in der Schwerindustrie (vgl. Ch'uan 1987). Einige in den Nationalparks ansässige Stämme - wie z.B. die Ami in Osttaiwan - leben von einer bescheidenen Tourismusindustrie. Auf der anderen Seite arbeiten zahlreiche Frauen als Prostituierte in den Amüsiervierteln der großen Inselstädte.

Die gezielte und z.T. brutale Diskriminierung durch die holländischen, japanischen und chinesischen Kolonisatoren haben die Eingeborenen nicht nur politisch und ökonomisch marginalisiert, sondern ihnen auch einen psychologischen Minderwertigkeitskomplex eingeimpft. Nur selten wird man in Taipei auf einen Ureinwohner treffen, der sich offen zu seiner ethnischen Zugehörigkeit bekennt. Es überwiegt das Bestreben, sich möglichst taiwanesisch zu geben, nicht nur Mandarin, sondern auch den südchinesischen Dialekt (*Minnan-yu*) zu erlernen und offenen Konfrontationen mit der chinesischen Bevölkerungsmehrheit aus dem Weg zu gehen.<sup>73</sup>

Aus historischen, ethnisch-kulturellen, wirtschaftlich-sozialen und psychologischen Gründen ist die Lage der *shan-ti-jen* heute somit besonders prekär. Obwohl die jahrzehntelange Assimilierungs- und Diskriminierungspolitik der KMT-Regierung die Eingeborenenbewegung eigentlich schon sehr früh zu einer der politisch radikalsten sozialen Bewegungen hätte machen müssen, blieb dieses Bevölkerungssegment politisch weitgehend passiv. Die ethnische und sprachliche Zersplitterung sowie die geographische Isolierung der einzelnen Stämme voneinander - verstärkt durch die Stadtwanderung der jüngeren Generation - schob der Ausbildung eines eigenen politischen Bewußtseins oder gar einer größeren Interessenorganisation einen Riegel vor. Seit Mitte der 80er Jahre sind hier jedoch erste Ansätze erkennbar geworden, wobei vor allem die den Ureinwohnern zugehörenden Studenten eine führende Rolle spielten.

Sie gründeten 1984 die erste unabhängige Interessenvertretung der Eingeborenen, den Unterstützungsverein für die Rechte der Ureinwohner (*yüan-chu-min ch'üan-ti ts'u-chin-hui*). Diese Gruppierung arbeitete zwar eng mit der *Tang-wai*-Bewegung zusammen, fand allerdings kaum ein Echo bei den Ureinwohnern selbst. Zu groß war das soziale Gefälle zwischen den wenigen hier engagierten Intellektuellen und der weitgehend unpolitischen Masse der *shan-ti-jen* (Chang 1990: 69). 1987 änderte die Organisation ihren Namen geringfügig, doch markierte dies eine neue programmatische Schwerpunktsetzung. Es handelte sich nunmehr um den Unterstützungsverein für die Rechte der *Nation* der Ureinwohner (*yüan-chu min-tsu ch'üan-ti ts'u-chin-hui*). Ihm ging es nicht mehr nur um partikuläre Verbesserungen der sozioökonomischen Lage der Ureinwohner, sondern um ein eigenes politisches Bewußtsein, eine eigene Identität. Damit war eine Strategie der Ideologisierung und Politisierung der *shan-ti-jen* auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Die von der KMT kooptierten eingeborenen Berufspolitiker und Funktionäre<sup>74</sup> reagierten mit der Etablierung eigener Organisationen, um der Gefahr eines Verlustes ihrer Kontrolle über die *shan-ti-jen* entgegenzuwirken. Sie gründeten im Verlauf der Jahre 1987/88 u.a. die Nationale Aufbauvereinigung der Ureinwohner (*Chung-hua shan-ti chien-she hsieh-hui*), den Nationalen Unterstützungsverein für die Wohlfahrt der eingeborenen Landsleute (*Chung-hua min-kao shan-pao ts'u-chin-hui*) und die Vereinigung für die Entwicklung eines nationalen Bewußtseins der Ureinwohner Taiwans (*T'ai-wan yüan-chu min-tsu fa-chan hsieh-hui*). Schon die Namen verdeutlichen das Bestreben, die Frage einer eigenen Identität der Ureinwohner aufzugreifen, sie jedoch in den korporatistischen Rahmen der KMT einzubinden. Diese Organisationen gründeten zusätzlich eine Reihe lokaler Büros, die sich vor Ort verstärkt um die Interessen der Ureinwohner kümmern sollten. Allerdings muß man davon ausgehen, daß es den KMT-nahen Gruppierungen in erster Linie um Wählerstimmen geht, die klientelistisch gebunden werden sollen.

Von besonderer Bedeutung für den noch jungen Emanzipationskampf der Ureinwohner ist das Engagement der presbyterianischen Kirche (vgl. unten). Sie hat ein eigenes Büro eingerichtet, das sich nicht nur um die materiellen Belange, sondern auch um die politische Bildung der Ureinwohner kümmert. Auf der lokalen Ebene werden eingeborene Pfarrer herangebildet, die diese Arbeit dezentralisieren sollen. Wann immer die wenigen nicht KMT-kontrollierten Organisationen der Eingeborenenbewegung in Aktion treten, werden sie von der presbyterianischen Kirche unterstützt.

Noch ist die Eingeborenenbewegung auf Taiwan zersplittert und ohne schlagkräftige politische Basis. Sie ist daher relativ leicht von außen instrumentalisierbar, was durch die vielen Einzelorganisationen, geführt von politischen Amtsträgern der KMT, auch dokumentiert wird. Dennoch können ihre organisierten Segmente mit Blick auf die Zusammenarbeit verschiedener oppositioneller sozialer Bewegungen zukünftig eine wichtige Koalitionsfunktion ausüben, die ansatzweise auch schon erkennbar ist. Schreitet dieser Mobilisierungsprozeß voran und entwickeln die Ureinwohner tatsächlich ein gemeinsames politisches Bewußtsein, das die derzeit noch vorherrschende Tendenz zu Anpassung und Assimilierung umkehrt, so muß die Bewegung angesichts der unveränderten Diskriminierung und materiellen Deprivilegierung dieses Bevölkerungsteils als besonders radikal-sierbar eingestuft werden.

#### 4.4.6 Die presbyterianische Kirche

Die presbyterianische Kirche (PK) spielt innerhalb der sozialen Protestbewegungen heute eine besondere Rolle, da sie auf eine längere Geschichte der sozialen Organisation und politischen Opposition zurückblicken kann und insofern nicht erst in den späten 80er Jahren ins öffentliche Bewußtsein rückte. Allerdings hat sie seitdem den Ton gegen das Regime verschärft.<sup>75</sup>

In die Schlagzeilen geriet die PK erstmals mit ihrem "Public Statement on our National Fate" (*tui kuo-shih teh sheng-ming yü chien-i*) vom 29. Dezember 1971, in dem sie nachhaltig für demokratische Reformen eintrat und sich damit die Feindschaft der KMT zuzog (alle auch im folgenden angeführten Verlautbarungen in: General Assembly 1991). In "Our Appeal" (*wo-men teh hu-yü*) vom 18. November 1975 forderte sie die Regierung dazu auf, die Religionsfreiheit zu achten und zu schützen. Damit verband die Kirche implizit die Forderung, bei den Gottesdiensten den taiwanesischen Dialekt zuzulassen und explizit die Freigabe einer erstmals ins Taiwanesische übersetzten Bibleedition, die von den Behörden zuvor konfisziert worden war. Schließlich legte die PK mit ihrer am 16. August 1977 verabschiedeten "Declaration On Human Rights" (*jen-ch'üan hsüan-yet*) ein Bekenntnis zum taiwanesischen Nationalismus und damit auch zur Unabhängigkeit des Landes ab:

As we face the possibility of an invasion by Communist China we hold firmly to our faith and the principles underlying the United Nations Declaration of Human Rights. *We insist that the future of Taiwan shall be determined by the 17 million people who live there* (Hervorhebung G.S.)...we urge our government to face reality and to take effective measures whereby Taiwan may become a new and independent country. (General Assembly 1991: 15)

Zu diesem Zeitpunkt beschränkte sich die presbyterianische Kirche aber noch auf politische Äußerungen; weiterer Druck - etwa von der Straße - wurde nicht erzeugt. Zwar sympathisierten viele ihrer Anhänger und Geistlichen offen mit der *Tang-wai*-Bewegung und beteiligten sich auch an deren Aktionen. Dies geschah aber ohne die direkte Namensnennung der PK selbst. Nachdem die Demonstrationen in Kaohsiung 1979 gewaltsam aufgelöst worden waren und gleichzeitig die Verfolgung der gesamten Führungsriege der damaligen Opposition einsetzte, geriet auch die PK ins Fadenkreuz des Sicherheitsapparates. Zusammen mit einigen anderen Mitgliedern wurde ihr damaliger Generalsekretär C.M. Kao (Kao Chun-ming) 1980 verhaftet und bis zum August 1984 inhaftiert.<sup>76</sup>

Trotz Personenbeschattungen, Hausdurchsuchungen und Konfiszierungen von Ausbildungs- und Informationsmaterial geriet die PK vor 1986 niemals dermaßen in die Defensive, daß existenzielle Gefahren für ihre Arbeit auf Taiwan - also etwa die Ausweisung ihrer ausländischen Missionare oder die Schließung des Generalsekretariats - gedroht hätten. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, daß einige hohe politische Funktionäre und andere einflußreiche Persönlichkeiten aus der KMT zu ihren Anhängern zählten.<sup>77</sup>

Seit der Einleitung der Transitionsphase tritt die PK aktiv neben den sozialen Protestbewegungen Taiwans auf, verfolgt hier jedoch nicht mehr nur soziale, sondern auch klar politische Zielsetzungen. Als Schlüsseldatum kann der 19. Oktober 1987 gelten, als einige bekannte Mitglieder der PK während einer Kundgebung offen für die taiwanesischen Unabhängigkeit eintraten und sich dabei erstmals des vollen Namens der Kirche (Chinesisch: *T'ai-wan chi-fu ch'ang-lao chiao-hui*) bedienten. Danach wirkte die PK bei den meisten politischen Großdemonstrationen mit und schrieb sich dabei vor allem das nationale Selbstbestimmungsrecht der Taiwanen auf die Fahnen. Dieses wird heute - im Gleichklang mit einer souveränen Republik Taiwan - offensiv und öffentlichkeitswirksam eingefordert.<sup>78</sup> In diesem Zusammenhang beteiligte sich die PK auch intensiv an der seit dem Herbst 1991 innenpolitisch äußerst kontrovers geführten Diskussion um einen Antrag auf Neuaufnahme in die UNO.<sup>79</sup> Auch wenn sie sich als unabhängige Organisation versteht, die nur die Interessen der Taiwanen vertritt, so ist die politische Kooperation mit den radikalen Kräften innerhalb der DFP doch allenthalben unverkennbar. Zumindest Teile der PK arbeiten im New Tide-System (vgl. unten) mit und leisten dort wichtige Koordinierungsfunktionen.

Obleich eine große Gruppe ihrer Anhängerschaft aus den sozialen Unterschichten kommt - verantwortlich dafür ist nicht zuletzt der hohe Ureinwohneranteil auf dem Lande -, rekrutiert sich der politisch aktive Flügel der PK vornehmlich aus der städtischen Mittelklasse. Es sind Lehrer, Ärzte, mittelständische Unternehmer und Staatsbeamte, von denen ein jeweils überproportionaler Anteil der DFP angehört und fast alle zum ethnisch taiwanesischen Bevölkerungsanteil gehören.<sup>80</sup> Generell läßt sich sagen, daß diese Kräfte zum radikalen (Unabhängigkeits-) Flügel der taiwanesischen Opposition insgesamt gehören und den maßgebenden Einfluß der KMT-orientierten Anhänger mehr als neutralisieren. Allerdings war auffällig, daß nach der Wahl des taiwanesischen KMT-Vorsitzenden und PK-Mitgliedes Lee Teng-hui zum Präsidenten (Frühjahr 1990) die Kirchenleitung etwas mehr politische Zurückhaltung übte - offenkundig wollte man seine Reformpolitik nicht zu sehr attackieren.

Die PK verfügt auf Taiwan über erhebliche finanzielle Ressourcen, die sie politisch in hohem Maße unabhängig machen. Allein aus den von ihr privatwirtschaftlich betriebenen Ausbildungszentren und medizinischen Institutionen sowie anderweitigen Einkünften (z.B. aus Ausbildungsprogrammen und vergleichbaren Aktivitäten) erwachsen ihr im Jahre 1990 Bruttoeinnahmen von 8,4 Mrd. NT (ca. 525 Mio. DM). Insgesamt bezifferte das *Wealth Magazine* die Gesamteinnahmen der PK im selben Jahr auf nahezu zehn Milliarden NT, also rund 625 Mio. DM. Nach Abzug aller Ausgaben von rund 6,5 Mrd. NT (ca. 406 Mio. DM) blieb der PK somit ein Betrag von über 100 Mio. DM, der anderweitig, also auch in die politische Arbeit, investiert werden konnte.<sup>81</sup>

Das Gros ihrer Einnahmen bezieht die PK - wie bereits angemerkt - aus eigenen Institutionen und Zentren, die der theologischen oder einer anderweitigen schulischen bzw. akademischen Ausbildung junger Taiwanesen dienen.<sup>82</sup> Außerdem betreibt die PK drei Krankenhäuser sowie eine eigene Druckerei. Es wäre aber völlig falsch, die Kirche in die Nähe profitorientierter Unternehmen zu rücken. Ihr großes soziales Engagement ist unverkennbar. Politisch von Bedeutung sind dabei ihre auf der Basis der engen Zusammenarbeit mit anderen Protestbewegungen seit Mitte der 80er Jahre gegründeten Wohlfahrtsorganisationen. So rief die PK 1985 das Fishermen's Service Center in Kaohsiung ins Leben, das sich vor allem um Fortbildung und Rechtshilfe für die dort lebenden eingeborenen Fischer und Seeleute bemüht. Mit jeweils ähnlicher Zielsetzung gründete sie - ebenfalls in Kaohsiung - ein Labour Concern Center sowie ein Farmers' Concern Center. Das Women Development Center in Taipei fungiert als Krisenberatungsstelle für Frauen, und das 1986 begonnene Rainbow Project bemüht sich um die Wiedereingliederung eingeborener Prostituierten, die zumeist als Kinder von ihren Eltern an die zahlreichen "Barber Shops" und Nachtklubs der großstädtischen "Red-Light"-Distrikte verkauft werden, in ein ziviles Leben. Die Art dieser sozialen Engagements, das sich um die von vierzig Jahren KMT-Herrschaft deprivierten und deprivilegierten Randgruppen der Gesellschaft bemüht, prädestiniert die PK für eine Unterstützung der politischen Opposition.

Die PK ist - ihrer Geschichte und ihrem Selbstverständnis entsprechend - eine taiwanesisch-kirchliche Kirche. Dies unterscheidet sie wesentlich von der katholischen Kirche Taiwans. Weil deren Führungsebenen noch immer überwiegend von festlandchinesischen Geistlichen mit oft exzellenten Beziehungen zur Regierungspartei besetzt sind, genießen die auf den tieferen klerikalen Hierarchieebenen arbeitenden einheimischen Priester und Laien wenig politische Bewegungsfreiheit.<sup>83</sup> Die Kirche habe sich aus der Politik weitgehend herauszuhalten, heißt es hier. Das bedeutet zwar nicht, daß nicht auch die katholische Kirche in erheblichem Umfang soziale - und vor allem gewerkschaftliche - Arbeit auf Taiwan leistet (vgl. im einzelnen Punkt 4.5). Von der politischen Opposition hält sie sich jedoch fern.

#### 4.4.7 Die Bauernbewegung (*nung-min yüin-tung*)

Die Rolle der taiwanesischen Bauern für die Industrialisierung der Insel - vor allem die Finanzierung der Importsubstitutionspolitik in den 50er Jahren - ist heute unumstritten. Nach der erfolgreich durchgeführten Agrarreform (1949-53) waren es die im Durchschnitt kaum mehr als einen Hektar zählenden bäuerlichen Kleinbetriebe, die der Insel einen entscheidenden Modernisierungsschub gaben. Der primäre Sektor wurde von staatlicher Seite durch verschiedene ökonomische Anreizsysteme protegert und glänzte in den 50er und 60er Jahren mit immer höheren Exportüberschüssen. Die von der KMT initiierte Einrichtung bäuerlicher Genossenschaften<sup>84</sup> flankierte diese Entwicklungsabläufe, weil sie durch die Koordination der Produktions- und Verteilungsabläufe die privaten Einkommensmöglichkeiten der Eigentümerbauern maximieren half. Der Erfolg der Landreform und eine auf bäuerliches Gewinnstreben ausgerichtete Wirtschaftspolitik verhalf der KMT somit lange zu einer soliden Machtbasis innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe. Die nachfolgende Krise des primären Sektors hat diese Verhältnisse jedoch nachhaltig geändert. Sie deutete sich zwar schon in den 70er Jahren an, wurde aber erst in den 80er Jahren wirklich präkär. Verschiedene Faktoren waren dafür ausschlaggebend:

- Seit der Hinwendung zu einer Strategie der bedingungslosen Exportindustrialisierung in den frühen sechziger Jahren nahm die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft ab. Fortan gehörten die taiwanesischen Bauern zu den relativen Modernisierungsverlierern, und ein Stadt-Land-Gefälle bildete sich aus. Abwanderungen in den sekundären und tertiären Sektor sowie ein Auseinanderklaffen der Einkommensschere zuungunsten der taiwanesischen Landbevölkerung haben seitdem beständig zugenommen (vgl. Punkt 2.2.1). Verschiedene Untersuchungen zeigen, daß sich die bäuerlichen Einkommen in wachsendem Maße aus landwirtschaftlicher Lohnarbeit oder nicht-landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit speisen (Asche 1984; Liao et al. 1986). Auch wirkte sich die starke Parzellierung der Kultivierungsflächen blockierend auf die schon in den 70er Jahren als notwendig erkannte, neue Intensivierung der Landwirtschaft aus (vgl. hierzu Thorbecke 1979). Heute ist die relative Deprivation der Bauernschaft gegenüber den anderen Erwerbstätigen Gruppen deutlicher erkennbar denn je.

- Neben diese strukturellen Ursachen tritt jedoch seit Anfang der 80er Jahre ein weiteres Problem: Der steigende internationale Druck auf Taiwan zur Öffnung seiner Märkte für ausländische - vor allem US-amerikanische - Agrarprodukte, gegen den die Regierung machtlos ist. Er bedroht nunmehr auch die Einkommensbasis jener Bauern, die die durch endogene Faktoren verursachten Einbußen lange Zeit kompensieren konnten.

Obleich also die Bedingungen für einen bäuerlichen Unmut und Protest spätestens seit den 70er Jahren latent vorhanden waren, wurden sie erst in den 80er Jahren virulent. Seitdem ist eine wachsende Politisierung der taiwanesischen Bauern unverkennbar. Ende 1986 gründeten sich zahlreiche unabhängige Interessenverbände auf lokaler Ebene, bevor sich im Juni 1988 die ersten gesamtnationalen Organisationen konstituieren konnten. Allen voran müssen hier die Allianz für Bauernrechte (*nung-ch'üan lien-meng*) sowie der taiwanesisch-Verband für Bauernrechte (*Tai-wan nung-ch'üan tsung-hui*) genannt werden. Dieser Institutionalisierung ging nach zunehmenden Bauernprotesten seit Ende 1987 vor allem eine Massendemonstration voraus, die unter der Bezeichnung 5-2-0 (*wu-erh-ling*) Eingang in die jüngere Geschichte der taiwanesischen Oppositionsbewegung gefunden hat.<sup>85</sup> Sie zwang die Regierung erstmals zu wichtigen agrar- und sozialpolitischen Zugeständnissen an die Landwirte und gab der Bauernbewegung starken Auftrieb (vgl. Hsiao 1989b: 245ff). Gleichzeitig markierte diese Demonstration, bei der aufgebrachte Landwirte sogar den Legislativ Yuan zu stürmen versucht hatten, einen Wendepunkt im politischen Bewußtsein der taiwanesischen Bauernschaft insgesamt. Erstmals hatten sie der Regierungspartei definitiv zu Bewußtsein gebracht, daß eine ehemals "sichere Bank" ihres Unterstützungspotentials wegzubrechen drohte und sich damit eine strategisch bedeutsame "bargaining position" gesichert.

Allerdings ist seitdem auch deutlich geworden, daß die Organisationen der Bauernbewegung nicht autonom, sondern in einem hohen Maße von "externen" Kräften angeführt werden. Nach Chang (1990: 75) besteht die Führungselite des taiwanesischen Verbandes für Bauernrechte aus Professionals der radikalen New Tide-Fraktion der DPP sowie aus sozialen Aktivisten der Taiwan Association for Labour Movement (TALM) (vgl. Punkt 4.5.3). Auch in der Allianz für Bauernrechte sind DPP-Politiker federführend beteiligt. Hinzu kommen führende Funktionäre der Arbeiterparteien - in der Regel ungesicherte Professionals oder Gewerkschaftsführer - und Teile der organisierten Studentenschaft. In selteneren Fällen, und dann vor allem in den lokalen Zusammenschlüssen, beteiligen sich KMT-Politiker an den Aktionen der organisierten Bauern.

Damit zeigt sich, daß auch in der Bauernbewegung oppositionelle Professionals an entscheidender Stelle mitwirken, was für die Bewegung selbst sowohl Vor- als auch Nachteile birgt. Sicherlich wird ihr dadurch die Koordinierung mit anderen sozialen Protestbewegungen erleichtert, und ihre Aktionen erhalten eine breitere Unterstützerbasis. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund von Bedeutung, daß strukturelle Interessendivergenzen zwischen den Obst-, Getreide-, Reis- und Gemüsebauern die Bauernbewegung politisch fraktionieren und daher schwä-

chen. Während beispielsweise die Organisationen der Obstbauern vor allem eine anti-amerikanische Strategie verfolgen, kämpfen die Reisbauern für eine neue Agrarstrukturpolitik der Regierung und teilen die spezifischen Interessen der Obstbauern kaum. Aus diesem Grund ist die Bauernbewegung stärker als andere Bewegungen auf Unterstützung von außen angewiesen. Andererseits wird sie durch die Teilnahme von professionellen Politikern leichter für Ziele instrumentalisierbar, die mit den bäuerlichen Anliegen direkt nichts zu tun haben.

#### 4.5 Auf dem Weg zu einer "Klasse für sich"? - Die taiwanesisch- Arbeiterschaft formiert sich

##### 4.5.1 Vorbemerkungen

Von den zwanzig Millionen Einwohnern Taiwans sind heute knapp neun Millionen abhängig beschäftigt. Seit Anfang der 80er Jahre beträgt der Anteil der Industriearbeiterschaft durchweg mehr als vierzig Prozent an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen Taiwans und damit soviel wie in keiner der vorangegangenen Dekaden. Die Möglichkeit zu einer eigenen politischen Bewußtseinsbildung bestand für die taiwanesisch- Arbeiterschaft allerdings bis in die unmittelbare Vergangenheit nicht und wird auch heute - wenngleich mit geringerem Erfolg - noch immer systematisch bekämpft. Damit reiht sich Taiwan in die große Gruppe jener asiatischen Länder ein, deren Regime - wie auch Hongkong, Singapur, Südkorea, Malaysia und Indonesien - in einer unabhängig organisierten Arbeiterschaft eine Gefahr für wirtschaftliche, politische und soziale Stabilität zu erkennen glauben. Konflikten in den Arbeitsbeziehungen wurde in der autoritären Ära Taiwans durch korporatistische Strukturen einerseits sowie eine überaus diskriminierende und repressive Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzgebung (inklusive rigoroser Strafverfolgung) andererseits bereits im Ansatz das Wasser abgegraben. Hinzu kamen strukturelle Hindernisse, die vor allem mit der gerin-

Tabelle 4-5: Entwicklung der Arbeitskonflikte (1961-1990)

Zeitraum	Zahl der Konflikte (A)	Beteiligte Arbeiter (B)	Gesamterwerbstätigenzahl im Zeitraum (C)	B/A	B/C
1961-70	359	8 875	12 294 000	24,72	0,07
1971-80	4 048	106 408	26 732 000	26,29	0,40
1981-90	13 526	201 131	49 585 000	14,87	0,41

Quelle: Li 1991: 43

gen durchschnittlichen Betriebsgröße taiwanesischer Unternehmen zusammenhängen. Heute haben zwischen 90 und 95 Prozent der ca. 115.000 Firmen des verarbeitenden Sektors weniger als 30 Beschäftigte, wobei sich diese Tendenz in den 80er Jahren verschärft hat (Ying 1990). Dadurch wurde (und wird) eine gewerkschaftliche Organisierung erheblich erschwert.

Tabelle 4-6: Streitpunkte der Arbeitskonflikte (1977-1990)

Jahr	Zahl der Konflikte	Arbeitskontrakte	Gehälter	Altersabfindung/Sozialleistungen	Arbeitszeit/-versicherung/Management	Arbeitsunfälle/Sicherheit/Hygiene
1977	380	147	69	9	11	67
1978	506	227	101	11	39	84
1979	503	169	97	6	22	67
1980	626	194	174	55	61	57
1981	891	229	263	203	60	120
1982	1 153	573	261	173	37	93
1983	921	219	223	325	44	100
1984	907	205	187	330	77	106
1985	1 443	438	248	565	97	84
1986	1 485	281	278	594	148	138
1987	1 609	313	194	775	104	204
1988	1 314	278	208	409	179	163
1989	1 943	710	489	298	184	206
1990 <sup>a</sup>	1 960	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.

Zahl der teilnehmenden Arbeiter/Angestellten

Zahl der nicht durch Verhandlung oder Schlichtung beigelegten Fälle

Jahr	Gewerkschaften/Sonst	Zahl der teilnehmenden Arbeiter/Angestellten	Entlassungen	Zahl der nicht durch Verhandlung oder Schlichtung beigelegten Fälle
1977	77	4 047	---	---
1978	84	4 084	---	---
1979	143	11 529	---	---
1980	85	6 305	---	25
1981	16	7 053	---	57
1982	16	9 501	---	45
1983	10	12 344	---	63
1984	2	10 069	---	15
1985	11	15 986	---	5
1986	46	11 307	---	15
1987	19	15 654	1 614	3
1988	77	24 237	8 967	67
1989	54	62 391	24 157	85
1990	n.a.	34 089	n.a.	n.a.

a) Angaben nach Labour Rights Association (LRA) 1991: 18.  
Quelle: Li 1991: 43f.

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre jedoch scheint die Kontrolle der KMT über die taiwanesischen Arbeiterschaft abzunehmen. Dies zeigt sich bereits in der quantitativen Zunahme der Arbeitskonflikte und der daran beteiligten Arbeiter. Die ansteigenden Zahlen (vgl. Tab. 4-5, 4-6) weisen auf das Ende des "korporatistischen Zeitalters" in den Arbeitsbeziehungen hin.

Zwar wurden die meisten dieser Konflikte am Verhandlungstisch oder durch Schlichtung beigelegt. Aber abgesehen von dem - nicht zuletzt durch staatliche Intervention bedingten - Zwangscharakter, der hinter den allermeisten dieser Abkommen stand, stieg die Kampf- und Streikbereitschaft der Arbeiter trotzdem kontinuierlich an. Die ersten unabhängigen Arbeiterorganisationen entstanden Mitte der 80er Jahre, freie Gewerkschaften etablierten sich vor allem seit Aufnahme des Kriegsrechts im Juli 1987. Lokomotive dieser Entwicklung waren insbesondere religiöse Gruppen, die sich als erste zu den Fürsprechern der Arbeiter machten und damit eine Initialfunktion bei ihrer allmählichen politischen Formierung ausübten (Chang 1990: 58ff). Es handelte sich dabei um einige von der katholischen Kirche (bzw. bestimmten katholischen Orden) getragene Organisationen und die presbyterianische Kirche Taiwans (vgl. unten). Sinnvollerweise unterscheidet man in der freien Arbeiterbewegung heute zwischen überregionalen Arbeiterorganisationen und unabhängigen Gewerkschaften (*tu-ti kung-hui*). Letztere haben sich mittlerweile auch in landesweiten Verbänden zusammengeslossen.

Nachdem bei Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan und zur Nationalversammlung 1986 erstmals zwei von der DFP nominierte Arbeitnehmervertreter in den indirekten Verbandsahlen sich gegen ihre KMT-Kontrahenten durchsetzten,<sup>86</sup> nahm die Gefahr eines parteipolitischen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft für das KMT-Regime Konturen an. Dieses reagierte alarmiert und gründete am 1. August 1987 ein neues Regierungsorgan: die Kommission für Arbeiterfragen (*lao-kung wei-yüan-hui*). Auch etablierte man neue Parteiausschüsse mit lokalen Untergremien, vor allem in den Industriezentren von Kaohsiung und im Kreis Taipei, um die Arbeiterfrage weiterhin kontrollieren zu können. Letztlich wurde der Präsident der regierungsnahen National Confederation of Labour, Hsieh Shen-shan, zum Mitglied des Ständigen Ausschusses beim ZEK der KMT berufen. Trotz alledem formierte sich schon im Dezember 1987 mit der Workers' Party (*kung-tang*) die erste legale Arbeiterpartei auf Taiwan. Im März 1989 spaltete sich die Labour Party (*lao-tung-tang*) von ihr ab.

Im folgenden sollen der augenblickliche Institutionalisierungsgrad sowie die wichtigsten Organisationen der noch jungen taiwanesischen Arbeiterbewegung vorgestellt werden. In diesem Kontext wird zunächst die bis heute gültige restriktive Arbeitsgesetzgebung mit ihren zahllosen Fallstricken für eine von der KMT nicht dominierte Arbeiterorganisation dargestellt. Gerade die rechtliche Problematik einer freien Interessenvertretung für die abhängig Beschäftigten zeigt, was für ein Reizthema diese Frage für das KMT-Regime bis heute ist.

#### 4.5.2 Repressive Arbeitsgesetzgebung und korporatistische Gewerkschaften - die Gängelung der Arbeiterschaft nach 1949

Capital and labor shall, in accordance with the principle of harmony and cooperation, promote productive enterprises. Conciliation and arbitration of disputes between capital and labor shall be proscribed by law.

Artikel 154 der Verfassung der Republik China faßt die gesamte Gewerkschaftsgeschichte der Insel in wenigen Worten zusammen: Nach der Flucht des KMT-Regimes nach Taiwan fungierten die zugelassenen Gewerkschaften als Instrument der obrigkeitstaatlichen Konfliktsteuerung bzw. -vermeidung und waren insofern korporatistisch im besten Sinne des Wortes. Um die Bedeutung der Entstehung erster *unabhängiger* Arbeitnehmervertretungen auf Taiwan in der zweiten Hälfte der 80er Jahre richtig einschätzen zu können, muß daher ein kurzer Blick auf die Vergangenheit dieser Gewerkschaften<sup>87</sup> sowie die frühe Arbeitsgesetzgebung auf Taiwan geworfen werden.

Erste unabhängige Arbeiterorganisationen auf Taiwan waren zwar bereits Ende der 20er Jahre entstanden, wurden jedoch von den japanischen Behörden wegen ihrer hohen Streikbereitschaft zerschlagen. Insofern hatte die KMT leichtes Spiel, als sie 1949 den Aufbau neuer Strukturen selbst übernahm und zunächst per Gesetz die von ihr damals kontrollierten 268 öffentlichen und privaten Unternehmen des produzierenden Gewerbes und des Bergbaus dazu zwang, während eines Zeitraums von nur einem Jahr (zwischen Dezember 1951 und Oktober 1952) betriebseigene Gewerkschaften zu gründen (*Chung-tuo lao-tung yü-hüang-shih* 1959: 2014). In den folgenden Jahren forcierte die Regierung dann die Etablierung von Betriebsgewerkschaften und brancheneinheitlichen, überregionalen Industriegewerkschaften in den von ihr kontrollierten Monopolen (also z.B. innerhalb des Textilgewerbes, der Papiererzeugung, des Transportsektors, der Telekommunikation und des Postwesens). Hingegen durften (und dürfen) Staatsbeamte sowie die Beschäftigten der Rüstungsindustrie keine Gewerkschaft gründen.

Alle diese "staatlich verordneten" Gewerkschaften wurden Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes der Provinz Taiwan, der wiederum bis heute dem nationalen Gewerkschaftsdachverband der Republik China - der Chinese Federation of Labour/CFL (*Chung-hua ch'üan-tao tsung-tung-hui*) - untersteht. Die CFL wurde 1935 auf dem chinesischen Festland gegründet und seitdem finanziell und personell von der KMT gesteuert, was vor allem in den wichtigen Entwicklungsdekaden der 50er und 60er Jahre eine reibungslose Umsetzung der KMT-Wirtschaftspolitik garantierte. Alle Betriebs- und Industriegewerkschaften wurden dazu gezwungen, Mitglied der CFL zu werden und sich in deren Organisationsstruktur (nationale, Provinz-, und Lokalebene) einzuordnen (vgl. Asia Monitor Research Centre 1988). Offizielle Quellen beziffern die Anzahl aller in der CFL zusammengeschlossenen korporatistischen Gewerkschaften im Jahre 1991 auf 3.644 und die darin organisierten Beschäftigten auf insgesamt 2.630.641. Dies entspricht einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 42,7 Prozent und



verweist gleichzeitig auf die Tatsache, daß es bis heute in den meisten der mittelständischen Unternehmen keine offizielle Arbeitnehmervertretung gibt.<sup>88</sup> Die wichtigsten Positionen innerhalb der Gewerkschaften wurden von KMT-Partifunktionären wahrgenommen, bei denen kaum mit einer von der Parteilinie abweichenden Politik zu rechnen war. Aufgabe der staatlichen Gewerkschaften war die restlose Umsetzung von Parteidirektiven. Diese wiederum können zusammengefaßt werden als

Entwicklung gewerkschaftlicher Organisation, Streben nach hochwertiger Technologie, Förderung exzellenter Qualitätsleistung des Arbeiters, die Ermunterung patriotischer und die nationale Revolution unterstützender Arbeiter zum Parteieintritt sowie die Stärkung der Führungskraft der Partei zum Wohle des Volkes (Wu 1979: 76).

Wie wichtig eine "schweigende Arbeiterschaft" für die Regierung in den Jahrzehnten nach 1949 war, verdeutlicht auch die Infiltration der offiziellen Gewerkschaften mit Beamten der zahlreichen Sicherheitsorgane des Regimes. Nach inoffiziellen Schätzungen gab es schon 1960 mindestens 120.000 solcher Sicherheitsleute, die sämtliche sozialen Organisationen, alle Ausbildungseinrichtungen von der Mittelschule aufwärts und die - durch die Partezellen der KMT ohnehin bestens kontrollierten - Nachbarschaften in den kleinsten Gemeinden observierten. Natürlich fielen in einem solchen Netz auch die korporatistischen Gewerkschaften nicht durch die Maschen (Kuo 1988: 33). Alle Funktionäre wurden beständig auf ihre Loyalität zur Regierungspartei überprüft, jedwede oppositionelle Regung schon im Keim erstückt.

Vor allem waren es jedoch die restriktiven Gesetze, die die Entwicklung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung verhinderten. Die taiwanesischen Arbeitsgesetzgebung geht in wesentlichen Teilen auf die 20er Jahre zurück und wurde noch zu Lebzeiten Sun Yat-sens verabschiedet. So entstand 1924 ein Gewerkschaftsgesetz (*kung-hui-fa*), dessen Bestimmungen sich unter dem Eindruck der erfolgreichen kommunistischen Agitation und Arbeitermobilisierung in den großen Industriestädten Chinas schon in den 20er Jahren kontinuierlich verschärften. Nach ihrer Flucht implementierte die KMT diese Gesetzgebung auch auf Taiwan, wo sie in den folgenden Jahren systematisch arbeiterfeindlich ausgebaut wurde. Von Bedeutung ist ferner das Betriebsgesetz (*kung-ch'ang-fa*) in seiner revidierten Fassung von 1975, das u.a. sogar die Wahl von Betriebsräten vorsieht. Diese setzen sich allerdings aus Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zusammen und wurden jahrzehntelang zum "verlängerten Arm" der Kapitalseite degradiert. Zwar wird derzeit auf Taiwan eine längst überfällige Novellierung des Gewerkschaftsgesetzes - und übrigens auch des erst 1984 geschaffenen Labour Standards Law<sup>89</sup> (*lao-tung chi-chun-fa*) - im Parlament diskutiert und steht zur Verabschiedung an; unabhängig von der Umstrittenheit der neuen Bestimmungen gelten jedoch einstweilen die alten Regelungen weiter, deren wichtigste die folgenden sind:

- Prinzipiell muß die Belegschaft eines jeden Unternehmens -außer in speziellen, von der Regierung davon ausgenommenen Bereichen (z.B. im Telekommunikations- und Transportsektor) -ab einer Personalstärke von dreißig Beschäftigten eine Gewerkschaft gründen, sofern die Beschäftigten das 20. Lebensjahr vollendet haben. Es ist die Pflicht eines jeden Beschäftigten, Mitglied der Gewerkschaft zu werden (*closed shop*; Artikel 12GewGe). Nur eine Gewerkschaft ist pro Unternehmen erlaubt (Art. 6,8 GewGe). Trotz dieser Bestimmung gibt es längst nicht überall Arbeitnehmervertretungen. Die derzeit in der CFL zusammengeschlossenen ca. 2.300 offiziell registrierten Betriebsgewerkschaften Taiwans repräsentieren lediglich ein Drittel der Summe, die nach dem Gewerkschaftsgesetz - gemessen an der Gesamtzahl der in Frage kommenden Unternehmen - gegründet werden müßten. Abgesehen davon erreichen mehr als 95 Prozent aller taiwanesischen Firmen nicht die Grenze von dreißig Beschäftigten (Li 1991: 17).<sup>90</sup>

- Beim Antrag auf Gründung einer Gewerkschaft müssen Listen mit den Namen und biographischen Daten eines jeden Mitglieds an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden (Art. 9 GewGe). Damit konnte (und kann) eine nicht genehme Gewerkschaftsgründung schon im Ansatz unterbunden und der Antragsteller entsprechend sanktioniert werden. Die Androhung von Versetzungen und Entlassungen haben hier stets zu den effektivsten Gegenmaßnahmen gehört.

- Branchenübergreifende Gewerkschaftszusammenschlüsse sind verboten, es kann daher nicht zu horizontalen Organisationsbeziehungen kommen. Die überregionale Gewerkschaftsarbeit und -organisation muß auf *eine* Branche beschränkt bleiben, es kann immer nur *eine* Branchengewerkschaft geben (Art. 49 GewGe).

- Die Regierung hat das Recht zur Auflösung von Gewerkschaften, die "Ruhe und Ordnung" stören. Dieses Recht besteht auch dann, wenn sich Gewerkschaften widerrechtlich zusammenschließen oder sich in zwei (oder mehrere) Einzelgewerkschaften aufspalten (Art. 42 GewGe). Rechtsverstöße von Funktionären oder die von einer Arbeiterversammlung beschlossene Absetzung derselben müssen den Regierungsbehörden gemeldet werden (Art. 33 GewGe).

- Die regierungsamtlichen Stellen kontrollieren die Finanzen der Gewerkschaften (Art. 25 GewGe). Betriebsinterne Wahlen von Gewerkschaftsfunktionären werden sowohl von den Funktionären der übergeordneten Organisationen als auch von der Regierung direkt beaufsichtigt (Art. 9 GewGe).

Zusätzlich kann die Regierung eigene "betriebsfremde" Kandidaten bei den Wahlen platzieren und fast immer durchsetzen.<sup>91</sup> Besonders scharf aber intervenierte sie von jeher bei dem ureigensten Recht einer jeden Gewerkschaft: dem Streikrecht. Dieses wurde bis in die Transitionsphase hinein nicht nur durch das Gewerkschaftsgesetz selbst, sondern durch ein ganzes Sammelsurium zusätzli-

cher Gesetze ausgehöhlt, insbesondere durch die Bestimmungen des Kriegsbzw. Notstandsgesetzes (*chieh-yen-fa*), des Gesetzes über die Behandlung von Arbeitskonflikten (*lao-tzu cheng-i ch'u-li-fa*), die Methode zur Behandlung von Arbeitsstreitigkeiten im Rahmen der vorläufigen Bestimmungen zur Mobilmachung zwecks Niederwerfung der kommunistischen Rebellion (*tung-yuan k'ang-huan ch'i-chien lao-tzu chu-fen ch'u-li par-fa*) sowie das Gesetz zur allgemeinen Mobilmachung (*kuo-chia tsung-tung-yuan-fa*).<sup>92</sup>

- Widerrechtliche Streiks wurden von den obersten Kriegsverwaltungsbehörden des jeweiligen Verwaltungsgebietes - also einer regionalen Abteilung des Taiwan Garrison Command - geahndet (Artikel 11 des Notstandsgesetzes). Man konnte somit wegen Arbeitsniederlegungen oder Betriebsblockaden vor ein Kriegsgericht gestellt werden! Zudem wurde die Regierung rechtlich in die Lage versetzt, sich direkt in Konflikte einzuschalten und Arbeitskämpfe schlichtweg zu verbieten (Artikel 14 des Mobilmachungsgesetzes). Zuwiderhandlungen wurden mit Freiheitsstrafen bis zu sieben Jahren belegt.

- Auch konnten die Regierungsstellen als Zwangsschlichter auftreten, wenn Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festliefen. Die dann "verordneten" Abkommen mußten von beiden Seiten anerkannt werden. Während eines Schlichtungsverfahrens waren jegliche Streikhandlungen verboten. Auch durfte ein Streik einem Schlichtungsverfahren keinesfalls vorausgehen, sondern konnte erst dann von der Gewerkschaft beschlossen werden, wenn die Schlichtung gescheitert war (vgl. Li 1991: 18/19).

- Die öffentliche Ordnung durfte durch einen Streik nicht beeinträchtigt werden (Artikel 26 GewGe), eine Bestimmung, die so vage war, daß damit jedes Streikverbot durch die Regierung gerechtfertigt werden konnte (Cheng 1988: 50).

Die legale, institutionelle und personelle Kontrolle der KMT über die taiwanesische Arbeiterschaft in der autoritären Ära war damit umfassend. Wie bereits gesagt, gelten zumindest die Bestimmungen des Gewerkschaftsgesetzes noch immer uneingeschränkt und barren ihrer Revision. Die heute umkämpfte, rechtliche Absicherung der Bildung veritabler Kampfwerkstätten ist für das taiwanesische Privatkapital eine alpträumhafte Vorstellung. Andererseits läßt der mittlerweile erreichte Mobilisierungsgrad der Arbeiter eine Verstärkung des geltenden Rechts nicht mehr zu.

Die enge Bindung zwischen der CFL und der KMT wurde bis Ende 1991 noch dadurch verstärkt, daß die der CFL angeschlossenen Gewerkschaften über feste Abgeordnetenquoten verfügten. Somit wurde ihnen eine sichere Vertretung in den nationalen Parlamenten (Nationalversammlung und Legislativ Yuan) sowie in der Provinzversammlung garantiert. In der Realität konnten damit die Spitzenfunktionäre der CFL politisch kooptiert und somit noch stärker an die Regierung gebunden werden. Nur einmal - bei den Zusatzwahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1986 - setzten sich zwei nichtopportune Kandidaten innerhalb von der CFL kontrollierten Gewerkschaften durch (vgl. oben). Obwohl die o.g. Regelung mittlerweile nicht mehr gilt, wird heute bei der Nominierung

von Kandidaten - zuletzt bei den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1992 - seitens des Regimes weiterhin an die offiziellen Gewerkschaftsfunktionäre "gedacht". Kein Zweifel kann somit daran bestehen, daß die staatlichen Gewerkschaften unverändert von der KMT dominiert werden.

#### 4.5.3 Die Entstehung neuer Arbeitnehmervertretungen - überregionale Arbeiterorganisationen und unabhängige Gewerkschaften

##### 1. Die überregionalen Arbeiterorganisationen

Da bis 1989 die Gründung von privaten Vereinigungen gesetzlich verboten war<sup>93</sup> und zumindest bis 1986 - also bis zur (illegalen) Gründung der DFP - auch nicht toleriert wurde, war die Institutionalisierung von Arbeiterinteressen ein riskantes Unterfangen. Dennoch entstanden einige parteiähnliche Organisationen, die im Bereich der Rechtshilfe, der Informations- und Bildungsarbeit sowie der Koordinierung mit anderen sozialen Protestbewegungen Pionierarbeit leisteten. Diese Organisationen bestehen bis heute und haben sich nicht in die später gegründeten Arbeiterparteien integriert. Manche haben aus Strategiegründen derzeit auch keinerlei Interesse an ihrer Umwandlung in eine politische Partei. Die wichtigsten dieser überregionalen Arbeiterorganisationen sollen kurz vorgestellt werden.

Das vom Jesuitenorden getragene *Renun Novarium Labour Center/RNLC*<sup>94</sup> (*hsin-shih lao-kung chung-hsin*) steht für das bereits sehr frühe aktive Engagement der Kirchen in der Arbeiterfrage. Es entstand auf Betreiben des Ordenspaters José Ellacuria<sup>95</sup> bereits 1973 und kooperierte in den ersten zehn Jahren eng mit dem Gewerkschaftsdachverband der Provinz Taiwan (*Tai-wan-sheng tsung-kung-hui*) sowie der gesamtnationalen CFL - also mit den offiziellen Gremien und damit unter staatlicher Aufsicht. Deshalb war der Rahmen des aktiven Engagements in einem für das Establishment so sensiblen Bereich wie dem der Arbeitsbeziehungen natürlich überaus eng gefaßt. Auf der anderen Seite wäre zum damaligen Zeitpunkt ohne oder gar gegen die KMT-kontrollierten Gewerkschaften jede Initiative in der Sackgasse verlaufen - abgesehen von einem hohen Risiko der Internierung oder Ausweisung. Das RNLC organisierte anfänglich Ausbildungsseminare, in denen Gewerkschaftsfunktionäre mit der geltenden Gesetzgebung vertraut gemacht wurden. Auch galt das Zentrum als Anlauf- und Kontaktstelle sowie als sozialer Treffpunkt für die ansonsten ohne derlei Infrastruktur ausgestattete Arbeiterschaft im Raum Taipei. Es erfüllte insofern in erster Linie weiterbildende und wohlfürliche Funktionen. Die ersten Jahre, in denen das Zentrum finanziell erheblich von den Behörden unterstützt wurde, waren deshalb zwar politisch problemlos, aus ideeller Sicht aber überaus frustrierend. Teilnehmer der vom RNLC abgehaltenen Seminare waren zumeist gut ausgewählte Arbeiterfunktionäre aus KMT-Reihen, die kaum einen repräsentativen Querschnitt der Arbeiterschaft darstellten und zudem unter der ständigen Kontrolle sowohl des Arbeitgebers als auch der Parteizelle innerhalb ihres Betriebes standen.<sup>96</sup> Lehrinhalte und Durchführung der Seminare wurden vom Gewerkschaftsverband genauestens überprüft und durch spezielle Emissäre beobachtet. Diese "enge Zusammenarbeit" hielt ca. zwölf Jahre an.

Als sich Mitte der 80er Jahre das innenpolitische Klima zu entspannen begann, setzte sich Ellauria von der durch die offiziellen Stellen ausgegebenen Linie ab. Als führendes Mitglied (und Vertreter Taiwans) der *Brotherhood of Asian Trade Unions*, der asiatischen Regionalorganisation der World Confederation of Labour,<sup>97</sup> begann er nun verstärkt, für sein ursprüngliches Ziel des Aufbaus unabhängiger Arbeitergewerkschaften einzutreten. Schon 1984 kündigte die taiwanesische Provinzregierung daraufhin mit dem Hinweis auf "unruhhestiftendes Lehrmaterial" die Zusammenarbeit mit dem RNLC auf und entzog ihm wichtige finanzielle Mittel.<sup>98</sup> Der endgültige Bruch erfolgte 1986, als sich die taiwanesische Staatssicherheit des Zentrums annahm. Razzien mit Beschlagnahmenen, politische Verhöre und politischer Druck auf die wenigen Mitarbeiter wurden zum politischen Alltag.

We were accused of being communists and Marxists; of being foreigners (except one the whole staff is Taiwanese) and ignorant of the situation. We were under constant surveillance during somedime; interrogated by the police; our labour training courses were suspended by the political authorities, without giving any reason (RNCL 1991: 10).

Ellauria selbst erhielt 1989 nach einer Auslandsreise zunächst kein Visum zur Wiederreise nach Taiwan und konnte erst nach elf Monaten Wartezeit auf die Insel zurückkehren. Dennoch hat das RNLC durch die Unterstützung des Jesuitenordens und die von Chiang Ching-kuo eingeleitete Liberalisierung politisch und finanziell überlebt und wirkte im folgenden tatkräftig am Aufbau eines 1988 gegründeten unabhängigen Gewerkschaftsverbandes mit (vgl. unten). Seine Seminare versuchen heute in erster Linie, über die mangelhafte Arbeitsgesetzgebung aufzuklären und den Arbeitern ein Bewußtsein für die Notwendigkeit zu einem engeren Schulterschluss zu vermitteln.

Besondere Bekanntheit hat auch das *New Life Workers' Center (ai-sheng lao-kung chung-hsin)* in Taoyuan erlangt, das im August 1985 von dem irischen Missionar Neil Magill gegründet wurde. Magill, der in den Jahren 1975-1979 bereits aktiv an der Organisation der Arbeiterschaft Südkoreas beteiligt war, bemühte sich in seinen Seminaren und Protestaktionen um den Zusammenschluß unabhängiger gewerkschaftlicher Kräfte. Nach Aufhebung des Kriegsrechts unterstützte er entlassene Arbeiter bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit ihren ehemaligen Arbeitgebern. Sein Zentrum avancierte binnen kürzester Zeit zu einer wichtigen Koordinationszentrale der freien Gewerkschaften in den Betrieben Nordtaiwans und wurde von den staatlichen Geheimdiensten überwacht. Dennoch war die plötzliche Ausweisung des Geistlichen 1989, nach drei Jahren politischer Reformen, für die gesamte politische Opposition auf der Insel ein Schock.<sup>99</sup> Es waren nicht zuletzt die heftigen internationalen Reaktionen, die die Regierung in Taipei danach zu größerer Vorsicht zwangen. Sowohl das *New Life Workers' Center* als auch das *Rerum Novarum Labour Center* existieren weiter und haben an ihrem Arbeitsstil kaum etwas geändert. In beiden Fällen bestehen enge Kontakte zum unabhängigen nationalen Gewerkschaftsverband NAFTU sowie zur *Taiwanese Association for Labour Movement* (TALM), die im folgenden vorgestellt werden.<sup>100</sup>

Die Taiwanese Association for Labour Movement<sup>101</sup> (*T'ai-wan lao-tung chih-yuan-hui*) ist, neben der oben bereits erwähnten NAFTU, die derzeit wichtigste unabhängige und überregionale Arbeiterorganisation auf der Insel. Sie konstituierte sich bereits am 1. Mai 1984 um einen Kreis aus kritischen Intellektuellen und Rechtsanwälten,<sup>102</sup> oppositionellen Aktivisten und engagierten Arbeiterführern. Heute hat sie rund 300 Mitglieder, von denen etwa 80 Prozent Gewerkschaftsfunktionäre<sup>103</sup> sein sollen. Daneben arbeitet jedoch nach wie vor ein hoher Anteil von oppositionellen Wissenschaftlern, Juristen und aktiven DFP-Politikern mit, die entweder selbst zur TALM gehören oder sie in beratenden Funktionen unterstützen. Ein 15-köpfiges Exekutivkomitee steht an der Spitze der Organisation und trifft sich einmal pro Woche zu Beratungen. Die TALM verfügt neben ihrer Zentrale in Taipei über drei weitere Regionalbüros (in Kaohsiung, Tainan und Ilan), so daß sie schneller in lokale Arbeitskonflikte eingreifen kann. Ihr Budget speist sich aus Spenden der Mitglieder, wenngleich es mancherorts heißt, daß ein großer Teil aus Zuwendungen der DFP besteht.

Die TALM hat nur Einzelmitglieder und ist daher keine Gewerkschaftsföderation im eigentlichen Sinne. Tatsächlich ähnelt sie bereits stark einer politischen Partei, und es ist ihr - allerdings nicht offen ausgesprochenes - Ziel, zum passenden Zeitpunkt auch zu einer solchen zu werden. Allerdings sieht sie im momentanen Bewußtseinsstand und Organisationsgrad der taiwanesischen Arbeiterschaft keine ausreichende Grundlage gegeben, den Weg der frühzeitig etablierten (und relativ erfolglosen) Arbeiterparteien zu beschreiten. Die TALM setzt daher auf langfristige Basisarbeit in den Betrieben. Sie fungiert dabei weniger als Kampfgewerkschaft, sondern bemüht sich in Arbeitskonflikten eher um eine konsensuale Vermittlung mit den Unternehmern zugunsten der Belegschaft. Zu Streikaktionen ruft sie deshalb kaum auf, da dies nach ihrer Meinung für die noch jungen unabhängigen Gewerkschaften überaus gefährlich sein kann. Die gegenwärtige Rechtslage ermöglicht es den Behörden immer noch relativ problemlos, diese Arbeitnehmervertretungen wieder aufzulösen. Ferner wirkt die TALM als Gesetzes-Lobbyist und engagiert sich mit eigenen Vorlagen für eine Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung - so z.B. im Februar 1992 mit einem Gesetzesentwurf zur Neufassung des Labour Standards Law (TALM 1992). Außerdem leistet sie kostenlose Rechtsberatung und -hilfe und informiert mit ihren Publikationen über aktuelle Probleme der taiwanesischen Arbeiterschaft.

Wichtig ist aber vor allem ihre Funktion als Koordinationsgremium der außerparlamentarischen Opposition bei Protestaktionen und Massenkundgebungen gegen die KMT. Hier werden zwangsläufig auch Themen anderer Protestbewegungen aufgegriffen (z.B. gegen Atomkraft; gegen die Diskriminierung der Ureinwohner und der Frauen v.a. im Arbeitsbereich etc.), so daß die TALM heute mit einem weitaus breiteren Spektrum des sozialen Protests identifiziert wird, als nur mit ihrem primären Ziel, der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen.

Auch wenn die TALM auf ihre Unabhängigkeit pocht, profitiert sie doch erheblich von der politischen Nähe zu wichtigen Mitgliedern der radikalen New Tide-Fraktion innerhalb der DFP. Insbesondere bei den parlamentarischen Auseinan-

dersezungen um die revidierte Arbeitsgesetzgebung treten DFP-Professionals (z.B. Lü Hsiu-i, Hung Chi-ch'ang und Yeh Chi'ü-lan) immer wieder für die TALM ein und arbeiten mit der Organisation an der Formulierung von Änderungsanträgen oder ganzen Gesetzesvorschlägen eng zusammen. Bei der Koordinierung von außerparlamentarischen Protestaktionen läßt sich diese Verbindung ebenfalls nachweisen, da hier sowohl die TALM als auch New Tide-Fraktion Führungsrollen innehaben (vgl. unten).

Dieser Tatbestand weist auf eine eindeutige *T'ai-tu*-Orientierung der TALM hin. In der Tat unterstützt die große Mehrheit dieser Arbeiterorganisation die taiwanesishe Unabhängigkeit, obgleich die ideologischen Auseinandersetzungen mit anderen, weniger radikalen oder gar eine Politik der Wiedervereinigung unterstützenden Gruppierungen die Arbeiterschaft spaltet und unnötige Ressourcen bei ihrer Mobilisierung vergeudet. Die Tatsache, daß TALM-AktivistInnen eine effiziente Arbeitnehmervertretung nur *nach* der hergestellten Unabhängigkeit und vollständigen Demokratisierung Taiwans für möglich halten, stößt daher auch innerhalb der Organisation selbst auf Kritik.<sup>104</sup>

Eine andere bedeutsame Organisation ist die *Labour Rights Association / LRA*<sup>105</sup> (*lao-tung jen-ch'üan hsieh-hui*), die im August 1988 ins Leben gerufen wurde und der organisatorische Wegbereiter der ein gutes halbes Jahr später gegründeten Labour Party war (vgl. unten). In der LRA sammelten sich jene linksorientierten Intellektuellen, die sich nach kurzer Zeit enttäuscht von der Ende 1987 gegründeten Workers' Party abgewendet hatten, weil sie deren reformistische Strategie nicht mehr mittragen wollten (zur Spaltung der Workers' Party vgl. unten).<sup>106</sup> Insofern gehören fast alle Mitglieder der LRA auch der Labour Party an.

Die LRA veröffentlichte 1991 erstmals einen gut recherchierten Bericht über die Menschenrechtssituation der Arbeiter Taiwans (*T'ai-wan lao-tung jen-ch'üan pao-kao*), der vor allem auf die Problembereiche Arbeitssicherheit und -schutz, Arbeitskonflikte, die Revision des Labour Standards Law sowie die soziale Absicherung und Arbeiterwohlfahrt Bezug nimmt. Die Organisation arbeitet ähnlich wie die TALM. Sie leistet Rechtshilfe, engagiert sich aktiv in Arbeitskonflikten und Streiks auf seiten der Beschäftigten und organisiert Bildungsseminare sowie Informationsveranstaltungen zu bestimmten Schwerpunktthemen, wobei sie diese Aktivitäten mit der Labour Party koordiniert. Jedoch unterscheidet sie sich von der TALM in ihrer stärker ideologisch ausgerichteten Orientierung (z.B. Schaffung eines Arbeiterbewußtseins und Befürwortung eines spezifisch-chinesischen Sozialismus)<sup>107</sup> sowie durch ihr Plädoyer für eine Wiedervereinigung mit Festlandchina. Obgleich es in der Vergangenheit durchaus zu einigen gemeinsamen Aktionen von TALM und LRA gekommen ist, verhindert die unterschiedliche Position in der Unabhängigkeitsfrage eine kontinuierliche Zusammenarbeit beider Organisationen.

Die auf Betreiben des Mitbegründers und heutigen Vorsitzenden der Workers' Party (*lang-tang*), Wang I-hsiung, sowie des Arbeiterführers Yao Kuo-chien gegründete *Taiwanische Vereinigung für Arbeiterwohlfahrt / TVA* (*T'ai-wan lao-*

*kung fu-wu hsieh-hui*) entstand im Mai 1987 in Kaohsiung, dem schwerindustriellen Zentrum der Insel. Auch hier sind es an erster Stelle zahlreiche Intellektuelle, Professoren und Dozenten, die sich zu Fürsprechern der Arbeiter gemacht haben. Die TVA fungiert als "verdeckter Südbleger" der Workers' Party Wangs und betreibt vornehmlich die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter. Sie wird dabei aus taktischen Gründen sogar von zahlreichen Lokalpolitikern der Regierungspartei KMT unterstützt, die mit der Workers' Party ansonsten nichts zu tun haben wollen.

## 2. Die unabhängigen Gewerkschaften und ihre Organisationen

Nichts verdeutlicht das wachsende neue Bewußtsein der taiwanesischen Arbeitnehmer mehr als die unabhängige Gewerkschaftsbewegung (*lang-hui tsu-chu yüin-tung*), die sich seit etwa 1988 Bahn gebrochen hat. Eine Studie (Lin 1990: 14) belegt, daß von 243 auf Taiwan in den Jahren 1983-1987 registrierten Arbeitskonflikten lediglich 13 von einer institutionalisierten Arbeitnehmervertretung ausgefochten wurden. Beim überwiegenden Teil (167) waren es einzelne Arbeiter - bzw. von ihnen "ad hoc" mobilisierte Belegschaftsgruppen -, die gegen die Unternehmer antraten. Jüngere Zahlen sprechen für eine Trendwende. So heißt es an anderer Stelle (Hsiao 1989: 24), daß von 88 zwischen 1988 und 1989 ausgehenden Arbeitskonflikten 35 von Gewerkschaften und 42 von informellen Belegschaftsgruppen ausgetragen wurden. Zudem war die Kooperation mit den überregionalen Arbeiterorganisationen erkennbar intensiver als zuvor. Vor allem aber stieg die Kampfbereitschaft der Arbeiter deutlich an. Von den 243 zwischen 1983 und 1987 untersuchten Arbeitskonflikten konnten 120 durch Verhandlungen beigelegt werden, nur in 29 Fällen kam es zu unmittelbaren Streikaktionen (Lin 1990: 13-16). Ein Jahr später - zwischen 1988 und 1989 - konnten von 88 Konflikten nur noch 19 durch Verhandlungen gelöst werden. In 55 Fällen kam es zu Streiks und teilweise massiven Straßenprotesten (Hsiao 1989: 25).<sup>108</sup> Seit der Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaften 1987 hatte deren Zahl im Juli 1988 bereits 100 erreicht. Gegenüber weit mehr als 2.000 korporatistischen Gewerkschaften war dies freilich noch ein sehr bescheidener Anfang (Ying 1990: 40).

Die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften wird in Taiwan heute zumeist in einem Atemzug mit einer Reihe von Arbeitskämpfen genannt, die einen hohen nationalen Publizitätsgrad erzielten. So streikten Anfang 1988 eine Reihe neuer Gewerkschaften - so z.B. die Taoyuan Transport Company Union und die Taiwan Petroleum Workers' Union (eine Gewerkschaft in einem staatseigenen Betrieb) - erfolgreich für eine Erhöhung der Bonuszahlungen zum chinesischen Neujahr. Für Lohnerhöhungen streikten auch die Angestellten der privaten Transportgesellschaft in Miaoli (Zentraltaiwan) im August 1988 und erhielten dabei inselweite Unterstützung von anderen unabhängigen Gewerkschaften und der politischen Opposition. Im Mai 1989 legte die Belegschaft der Far Eastern Textile Company in Hsinchu die Arbeit nieder, mußte sich aber schließlich dem starken Druck der Lokalregierung und der korporatistischen Gewerkschaften fügen (Ying 1990).

Generell kann man seit 1987 zwischen vier verschiedenen Strategien der Arbeiterführer und der mit ihnen kooperierenden oppositionellen Professionals unterscheiden, die in den Betrieben zwecks Aufbau freier Arbeitnehmervertretungen propagiert und verfolgt werden:

1. Die Errichtung neuer (legaler) Betriebsgewerkschaften: Wie in der Einleitung zu diesem Kapitel bereits gesagt wurde, war es bis Mitte der 80er Jahre in vielen Unternehmen noch nicht einmal zur Gründung der vom Gesetz vorgesehenen Gewerkschaft gekommen. Das wird - oft im Wettlauf mit entsprechenden von der KMT geförderten Gruppierungen - heute vielerorts nachgeholt.
2. Die Unterwanderung der alten Betriebsgewerkschaften: Trotz großen Drucks der Unternehmer und KMT-Betriebsfunktionäre und häufig sanktioniert durch Einkommenseinbußen, Versetzungen und Entlassungen, gelang es unabhängigen Arbeiterführern bei Betriebswahlen nun immer öfter, in die bestehenden Gremien gewählt zu werden und die dortigen Machtverhältnisse zu verändern.<sup>109</sup>
3. Die Gründung "zusätzlicher" Gewerkschaften: Dies stellte auf der bestehenden Rechtsgrundlage zwar ein illegales Vorgehen dar, gegen das die Allianz der Unternehmer und KMT-Arbeiterfunktionäre auch vehement vorging. Dennoch sind es gerade diese Gewerkschaften, die das Rückgrat der "neuen" Arbeiterbewegung bilden.
4. Die Gründung unabhängiger, überregionaler Gewerkschaftsverbände. Heute gibt es bereits vier solche Organisationen, wobei sich allerdings nur ein einziger politisch neutral, also nicht direkt an eine Partei gebunden fühlt (vgl. unten).<sup>110</sup>

Die Regierung verfolgt die in diesen Strategien zum Ausdruck kommende Entwicklung mit großer Sorge, geht es ihr doch um die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Stabilität und eines investitionsfreundlichen Klimas. Die von ihr vorgeschlagene Novellierung des Gewerkschaftsgesetzes, welche noch immer ihrer Verabschiedung hart und von Arbeitnehmerseite auf das schärfste bekämpft wird, bestätigt ihre Furcht vor einer stärkeren Arbeiterschaft (vgl. Lifayuan 1990) und verweist auf zukünftig wohl noch härter geführte Auseinandersetzungen in den Arbeitsbeziehungen:

1. Noch immer soll es pro Betrieb nur *eine* Gewerkschaft geben können, deren Mitgliedschaft nummehr freiwillig ist. Branchengewerkschaften sowie die gewerkschaftliche Organisation innerhalb des Regierungs- und Erziehungsektors sowie in den für die nationale Verteidigung produzierenden Unternehmen bleiben verboten (Artikel 12 des Entwurfs).
2. Gewerkschaftsversammlungen müssen bei den Arbeitgebern angemeldet und den zuständigen Regierungsstellen zur Prüfung vorgelegt werden. Damit soll

u.a. sichergestellt werden, daß bei jeder dieser Zusammenkünfte speziell zu entscheidende Regierungsvertreter teilnehmen können.

3. Sofern die Entscheidung für einen Streik gefallen ist, muß der Arbeitgeber informiert und müssen den Regierungsstellen zehn Tage im voraus Angaben zu Streikziel, Streikführern, anvisiertem Zeitraum und Aktionsort gemacht werden. Die Gefährdung der öffentlichen Ordnung sowie Sachbeschädigungen - gemeint ist hier vor allem das Eigentum des Arbeitgebers - sind untersagt.
4. Die regierungsmittlichen Stellen können von den Bestimmungen abweichen, sofern gewerkschaftliche Zusammenkünfte und Aktionen die Arbeitszeit oder das Leben der Beschäftigten in unzumutbarer Weise beeinträchtigen (!).

Ungeachtet der bestehenden Restriktionen und einer in bezug auf die gesetzlich garantierte Freiheit zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften noch ungewissen Zukunft, schreitet deren Institutionalisierung jedoch voran. Am 1. Mai 1988 wurde - unter maßgeblicher Initiative und Unterstützung der TALM sowie der T'ao-Chu-Miao Brotherhood Union (*t'ao-chu-miao hsiung-ti kung-hui*) - erstmals ein unabhängiger nationaler Gewerkschaftsdachverband gegründet: die *National Federation of Independent Trade Unions/NAFTU*<sup>111</sup> (*ch'üan-kuo tsu-chu-tao-kung lien-meng*). Gerüchte über eine solche Gründung hatten wochenlang Schatten vorausgeworfen, so daß die KMT von diesem Schritt nicht überrascht wurde.<sup>112</sup> NAFTU können nur Einzelgewerkschaften angehören, die ihre Delegierten entsenden. Anfang 1992 waren 26 unabhängige Gewerkschaften mit insgesamt 11.000 Mitgliedern in dem Verband organisiert, was allerdings nur rund 0,15 Prozent der derzeit auf Taiwan abhängig Beschäftigten entspricht.

Entsprechend der Betriebsgröße entsendet jede Gewerkschaft eine bestimmte Zahl Delegierte in die Nationale Mitgliederversammlung, der ein Exekutivkomitee sowie ein Ständiger Ausschuß nachgeordnet sind. An der Spitze stehen ein Präsident (Ts'eng Mao-hsing), ein Vizepräsident (Ch'en Ch'ing-ts'ai) sowie ein Generalsekretär (Wu Yung-i). Sechs Unterabteilungen konzentrieren sich auf Einzelaspekte wie Frauenfragen, Fremdarbeiter, Organisation, Kooperation mit anderen Arbeiterorganisationen sowie internationale Kontakte. Der Verband führt Seminare und Informationsveranstaltungen zu Arbeitsrechtsproblemen und ideologischen Fragen durch, leistet Rechtshilfe und nimmt an Streikaktionen teil. Der Schwerpunkt seiner Arbeit in den letzten Jahren lag in der Bekämpfung der Regierungsnovellen zum Labour Standards Law und zum Gewerkschaftsgesetz sowie in der Aufklärung der Arbeiter über die Implikationen der von der Regierungs- und Unternehmerseite hier angestrebten Politik. Der kontinuierlichen Rekrutierung neuer unabhängiger Gewerkschaften durch NAFTU sind noch immer enge Grenzen gesetzt. Dies verdeutlicht die nach wie vor schwer überwindbaren strukturellen Grenzen einer Mobilisierung der Arbeiterschaft im heutigen Taiwan, die an anderer Stelle bereits kurz angesprochen worden waren:

1. Die einzelnen Arbeiterführer fühlen sich in erster Linie ihrer eigenen Gewerkschaft verpflichtet und entziehen dem Verband sehr oft dann ihre Unterstützung, wenn ein gemeinsames Vorgehen ihre Kompromißbereitschaft und Nachgeben in Sachfragen erfordert. Insofern mangelt es dem Verband an innerer Disziplin. Hier zeigt sich die Bedeutung der historischen Erfahrung einer Kooperation in überregionalen Organisationen, die NAFITU völlig fehlt. Gleichzeitig bemühen sich die von der KMT kontrollierten offiziellen Gewerkschaften und die Unternehmer um eine systematische Spaltung der unabhängigen Arbeitnehmerschaft. Mit der richtigen Mischung aus gezielten Entlassungen, geringfügigen Lohnerhöhungen und einer (gut dotierten) Koptierung in die eigenen Reihen sind sie bisher noch immer ungemein erfolgreich.
2. Die Finanzmittel von NAFITU sind überaus begrenzt. Die Beiträge der Mitgliedsgewerkschaften reichen bei weitem nicht aus, die angestrebten Ziele zu erreichen und den korporatistischen Gewerkschaften erfolgreich Paroli bieten zu können.

Insofern hängt auch die Zukunft dieser Organisation von der fortgesetzten Ausbildung eines genuinen Arbeiterbewußtseins ab, das sich nicht nur auf die kurzfristige Verbesserung materieller Bedingungen kapriziert, sondern die langfristige politische Absicherung von Arbeiterinteressen ins Auge faßt.

Wie bereits gesagt, haben sich in NAFITU unabhängige Gewerkschaften zusammengeschlossen. Daneben gibt es noch einige Organisationen, in denen Gewerkschafter und Arbeiterführer verschiedener Gewerkschaften auf einer individuellen Basis zusammenarbeiten. Von besonderer Bedeutung ist hier die *Taiwan Labour Federation/TLF (T'ai-wan kang-hien-hui)*, die aus der im April 1988 in Südtaiwan gegründeten Kaohsiung Federation of Labour (*Kao-hsiung kang-hien-hui*) hervorging und bis 1990 auch zahlreiche Funktionäre von unabhängigen Gewerkschaften aus Zentral- und Nordtaiwan aufnahm. Nach der Gründung der Workers' Party näherte sich die anfänglich parteipolitisch eher neutrale TLF dieser Partei an und setzte sich damit selbst schweren inneren Zerreißen aus. Diese führten letztlich zur Abspaltung DFP-naher Kräfte und im März 1991 zur Gründung der *Taiwan Workers' Alliance/TWA (T'ai-wan lao-kang hien-meng)*. Sowohl TLF als auch TWA verfolgen allerdings ungeachtet ihrer ideologischen Differenzen letztlich identische Ziele, vor allem die Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung, eine Erhöhung der Arbeiterquote in den betrieblichen Schlichtungsausschüssen sowie den Aufbau und die organisatorische Straffung unabhängiger Gewerkschaften.

#### 4.5.4 Die parteipolitische Basis der Arbeiterschaft - eine Bestandsaufnahme

In der mittlerweile arg zersplitterten Parteienlandschaft Taiwans - Ende 1991 existierten nicht weniger als 65 politische Parteien<sup>113</sup> - sind es vor allem deren drei, die sich die Arbeiterfrage auf die Fahnen geschrieben haben: die Demokratische Fortschrittspartei (DFP), die Workers' Party (WP) und die Labour Party (LP).

Von diesen dreien gilt die DFP jedoch nicht als genuine Arbeiterpartei, sondern als Interessenvertretung des Mittelstandes und der oppositionellen Intellektuellen. Aus dieser Tradition heraus ist sie entstanden, war doch die *Tang-wai*-Bewegung ein Ergebnis der Politisierung moderner Segmente der taiwanesischen Bevölkerung. Die Arbeiterfrage spielte für diese Partei insofern ideologisch eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl etablierte man als Reaktion auf die zunehmenden Arbeitskämpfe im März 1989 einen Unterausschuß für Arbeitsfragen im zentralen Parteiapparat. Daß dies erst etwa eineinhalb Jahre nach der Gründung der WP geschah, sagt einiges über den Stellenwert der Arbeiterschaft für die DFP in ihrer Anfangszeit aus. Man darf hierbei nicht außer acht lassen, daß diese das größte Wählerpotential auf der Insel darstellt. Das Problem besteht jedoch in ihrer politischen Mobilisierung, vor allem mit Blick auf die dann notwendige Emanzipation von der korporatistischen Bevormundung durch die KMT. Diesem Problem konnte und wollte sich die DFP anfänglich noch nicht stellen.

Die erste personelle Besetzung des oben erwähnten DFP-Ausschusses verdeutlichte die Entfernung der Partei von der Arbeiterschaft. Von den insgesamt neun Mitgliedern waren lediglich zwei aktive Gewerkschafter; außer einem Rechtswanwalt bekleideten alle anderen politische Ämter, waren also professionelle Politiker ohne wirkliche Basis in den Betrieben. Zwar kam es im Februar 1991 zu Umbesetzungen, so daß heute ausschließlich unabhängige Gewerkschaftsleiter in diesem Ausschuß sitzen. Dennoch definiert sich die DFP keinesfalls als Arbeiterpartei, sondern als Partei für Demokratie und Unabhängigkeit. Es bleibt abzuwarten, ob sich an dieser Schwerpunktsetzung angesichts der Dominanz von Professionals so schnell etwas ändern wird.

Mehr als die Partei als Institution sind es einige ihrer wichtigsten Abgeordneten, die innerhalb der jungen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielen. So unterhalten die Parlamentsabgeordneten Chang Chun-hsiung (Kaohsiung), Hung Chi-ch'ang (Tainan), Lü Hsiu-i (zusammen mit der Provinzabgeordneten Chou Hwei-ying in Taipei-Kreis) sowie der Abgeordnete der Nationalversammlung Weng Chin-chu (Penghua) allesamt lokale Servicebüros (*fu-wu-ch'u*), die sich um die Belange der Arbeiter kümmern und vor allem die Etablierung unabhängiger Gewerkschaften zu fördern bemüht sind. Zudem arbeitet die radikale New Tide-Fraktion der DFP über ihr unabhängiges Außenbüro mit der TALM zusammen. Weil es der DFP jedoch in den Augen vieler Arbeiterführer hauptsächlich darum geht, die Arbeiterschaft für ihre eigenen machtpolitischen Ziele zu instrumentalisieren, stößt sie mit ihrem Engagement vielerorts auf herbe Kritik. Sie sei, so ein Vorwurf ihrer besonders radikalen Kritiker, eine "degenerierte Partei des Mittelstandes".

Die Workers' Party<sup>114</sup> (*kung-tang*) wurde im Dezember 1987 als Sammelbecken aller linken Kräfte gegründet. Ihr wichtigster Mitbegründer und erster Vorsitzender, der Rechtsanwalt, Professor und frühere Parlamentsabgeordnete der DFP, Wang I-hsiung, war (und ist bis heute) ein einflußreicher Lokalpolitiker aus Kaohsiung und hatte sich dort einen Namen als Arbeiterführer gemacht.

Zunächst versammelte er in der von ihm am 1. Mai 1987 in Kaohsiung gegründeten taiwanesischen Vereinigung für Arbeiterhilfe (*T'ai-wan lao-kung fu-wu hsieh-hui*) zahlreiche aktive Gewerkschafter aus Südtaiwan um sich, bevor er zur Gründung einer eigenen Partei schritt. Zu seinen wichtigsten politischen Weggefährten innerhalb der WP zählten damals die bekanntesten Oppositionellen und Arbeiterführer Yao Kuo-chien und Lin Chun-fu. Hinter dem ebenfalls einflussreichen Gründungsmitglied Luo Mei-wen wiederum standen die Kräfte der ersten unabhängigen, überregionalen Gewerkschaftsvereinigung Taiwans, der T'ao-Chu-Miao Brotherhood Union, die sich im September 1987 im nördlichen Taiwan konstituiert hatte. Und schließlich wirkten auch die "alte Linke"<sup>115</sup> Taiwans, die sozialistisch-orientierten Intellektuellen und die frühere Zeitschrift *New Tide* (*Hsia-ch'ao*) und die im Mai 1987 gegründete China Tide-Association (*hsia-ch'ao lien-i-hui*) - hier vor allem Ch'en Ying-chen, Wang Tuo und Su Ch'ing-li - in der neuen Arbeiterpartei mit.

Nachdem sich die Arbeitskämpfe mit den Auseinandersetzungen um den sogenannten "Frühjahrsbonus"<sup>116</sup> um die Jahreswende 1987/88 verschärfte hatten, fand die WP zunächst ein weites Aktionsfeld zur Mobilisierung der Arbeiter. Sie schaltete sich als Vermittler in die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Beschäftigten ein und beteiligte sich an zahlreichen Protestaktionen. Allerdings litt die Partei seit ihrer Gründung unter aufreibenden ideologischen und machtpolitischen Grabenkämpfen. Schon um die Jahresmitte 1988 brach das heterogene Bündnis deshalb wieder auseinander. Der jetzt offen zutage tretende Konflikt offenbarte krasse interne Meinungsverschiedenheiten über das politische Selbstverständnis und die notwendigen Strategien einer Arbeiterpartei auf Taiwan. Damit eng verbunden war die persönliche Konfrontation und Konkurrenz zwischen den beiden Charismatikern Wang I-hsiung und Luo Mei-wen um die Führerschaft innerhalb der WP, der sich letzterer schließlich mit seinem Parteaustritt entzog. Sein politischer Flügel warf Wang vor, die Unterwanderung der WP mit KMT-treuen Funktionären und Spitzeln zugelassen und sich in den Dienst der Kapitalisten gestellt zu haben. Damit hatte sich die erste Arbeiterpartei Taiwans gespalten.

Der intellektuelle - und durchaus machtbewußte - Realpolitiker Wang I-hsiung verfolgte mit seiner Arbeiterpartei bewußt eine Strategie des Kompromisses mit der Arbeitgeberseite:

We perform the duty of a brake when participating in any dispute. We try to make the management's demands more reasonable, but we would also consider the fairness of those demands. If we only take side of labour, we will do harm to the society as a whole (zitiert nach Ying 1990: 81).

Es ging und geht Wang damit in erster Linie um die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der taiwanesischen Arbeiterschaft in einem prinzipiell für gut befundenen kapitalistischen Umfeld und nicht um die Schaffung eines gemeinsamen Arbeiterbewußtseins durch eine entsprechende ideologische Mobilisierung.<sup>117</sup> Mit den Arbeitgebern sollte es einen Ausgleich geben, der durch

kontinuierliche Verhandlungen zu erzielen war (Workers' Party 1987). Diese Haltung wurde vom linksradikalen Flügel der WP schlichtweg als Ausverkauf von Arbeiterinteressen verurteilt und trug der Gruppe um Wang den Vorwurf ein, sich in nichts von der Politik der DPP zu unterscheiden. Diese Sicht der Dinge fand schließlich im Parteiprogramm der LP ihren Niederschlag, die sich am 29. März 1989 konstituierte. In der revidierten Fassung vom Mai 1991 liest man u.a.:

Das unter der kapitalistischen Struktur existierende Produktions- und Allokationssystem verletzt das Prinzip fairer wirtschaftlicher Beziehungen, blockiert die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und beschädigt die menschliche Würde auf das schwerste (...). Die friedliche Emanzipation der Arbeiterklasse erfordert die Sympathie und Unterstützung aller gleichgesinnten fortschrittlichen sozialen Kräfte (...). (Labour Party 1991a)

An anderer Stelle heißt es:

Die Labour Party kämpft gegen den Imperialismus und Neo-Kolonialismus, die unsere Wirtschaft und Kultur aushöhlen. Wir sind dagegen, daß eine Minderheit von Privilegierten über das Motiv, privates Eigentum zu schaffen, die kollektiven Interessen der taiwanesischen Gesellschaft bestimmt. Die Labour Party hält an ihrer Auffassung fest, daß mit einer eindeutigen und klaren Politik eine unabhängige Wirtschaft und eine autonome Kultur entwickelt werden müssen. (Labour Party 1991b: 9)

Schon daraus erklärt sich, daß die LP grundsätzlich stärker klassenkämpferischen Positionen verhaftet ist als die WP. Es kann deshalb auch nicht verwundern, daß letztere sich nach der Abspaltung des radikalen Flügels kaum mehr an größeren Aktionen der Arbeiterbewegung beteiligte.<sup>118</sup> Sie arbeitet noch immer an ihrer organisatorischen Konsolidierung, die allerdings auch 1992 - so zumindest der Eindruck des Verfassers - kaum über das 1988 bereits erreichte Maß hinaus geht. Das reale politische Gewicht der WP auf der nationalen Ebene hat sich seit der Parterspaltung insofern auch nicht wesentlich verschlechtert - die politische Bedeutung der Arbeiterparteien ist unverändert stark begrenzt. Momentan gibt es keinen einzigen Abgeordneten in den Zentralparlamenten oder auf Provinzebene, der der WP oder der LP angehört. Allerdings verfügt Wang I-hsiung nach wie vor über einflussreiche Beziehungsnetze im Süden Taiwans, die sich für ihn bei einer fortschreitenden Formierung der Arbeiterschaft zukünftig noch einmal auszahlen könnten.

Nachdem die *China Tide*-Kräfte im August 1988 die LRA ins Leben gerufen hatten, formierte sich die LP im März des darauffolgenden Jahres. Dazu vermerkte der Generalsekretär der neuen Partei:

Die Gründung der Labour Party geschah eigentlich zu hastig. Die Bedingungen waren nicht reif. So besaßen wir keinerlei gewerkschaftliche Unterstützung oder Basis und konnten nur indirekt, über Publikationen und Seminare, wirken. Zwar haben wir unsere Organisationsstruktur seitdem ver-

bessert, doch sind wir noch immer weit von einer schlagkräftigen Arbeiterbewegung entfernt. Dennoch: Die DFP vertritt keine Arbeiterinteressen. Sie repräsentiert die liberaldemokratische und mittelklasseorientierte Opposition. Deshalb brauchen wir eine veritable Arbeiterpartei.<sup>119</sup>

Auch in der LP spielen intellektuelle eine wichtige Rolle, so daß der frühere Vorwurf ihrer führenden Köpfe an die Adresse Wang I-hsiung, zu "kopflastig" zu sein, nicht unbedingt stichhaltig ist. Viele ihrer Mitglieder haben eine lange Geschichte innerhalb der linken, sozialistisch-orientierten Opposition auf Taiwan und waren z.T. langjährig inhaftiert.<sup>120</sup> Die LP hat derzeit etwa 2.000 Mitglieder - etwa halb soviel wie die besonders in Südtaiwan noch immer starke WP - und ist mit sechs Bezirkskomitees inselweit vertreten.

Wie oben schon angedeutet, verfolgt die LP nach eigenem Bekunden zuvorderst eine Strategie der ideologischen Mobilisierung der Arbeiterschaft, da diesbezügliche Defizite als strukturelles Hindernis eines festeren Zusammenschlusses gesehen werden. Dabei will die Parteiführung jedoch nicht irgendeiner überlebten sozialistischen Doktrin - etwa nach osteuropäischen oder chinesischem Muster - nachhängen, sondern "den weltpolitischen und den spezifisch taiwanesischen Bedingungen Rechnung tragen".<sup>121</sup> Das privatwirtschaftliche System Taiwans wird auch von der LP prinzipiell bejaht. Es geht ihr nicht um eine sozialistische Revolution, sondern um die "demokratische Transformation der taiwanesischen Gesellschaft", in der eine bewußte und starke Arbeiterschaft auf dem Boden einer politischen Demokratie ihre Rechte durchsetzen kann. Aus diesem Grunde strebt die LP - ebenso wie die WP - den Einzug in die Parlamente an.

Die konkrete Parteilarbeit soll aber vor allem praxisorientiert sein und sich um eine breite Zustimmung in den Betrieben bemühen. Die unmittelbaren Probleme der Lebens- und Arbeitsbedingungen - Wohnraum, Ausbildung, medizinische Versorgung - bedürfen nach Ansicht der LP einer schnellen Lösung (Labour Party 1991b: 19). Die Rechte diskriminierter Frauen und Ureinwohner müssen ausgebaut und die Kooperation mit anderen oppositionellen Kräften gesucht werden (ebd.). Die chinesische Wiedervereinigung unter Beibehaltung einer weitgehenden Autonomie des fortgeschritteneren Taiwans (vgl. unten) steht ebenso im Parteiprogramm der LP wie die Notwendigkeit zur internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien und Kräften. Die Partei organisiert Seminare und Konferenzen - etwa zur ideologischen Schulung oder zu aktuellen Problemen wie der neuen Arbeitsgesetzgebung -, nimmt an ausgesuchten (aber wenigen) Aktionen der sozialen Protestbewegungen teil und bemüht sich um die Wahl ihrer Kader in Führungspositionen der Betriebsgewerkschaften.<sup>122</sup> Da viele unabhängige Gewerkschafter heute Mitglieder der LP sind, hat es mitunter den Anschein, als engagiere sich die Partei weitaus intensiver in Arbeitskämpfen und Tarifauseinandersetzungen als die WP.<sup>123</sup> Allerdings will man gerade in diesem Punkt besonders vorsichtig sein:

Wir verstehen uns eher als Bewegung, die einen Wahlkampf dazu nützt, in die Betriebe zu gehen und die Arbeiter aufzusuchen. An Streiks nehmen wir nur unter bestimmten Voraussetzungen teil. Die meisten dieser Aktionen

sind nämlich improvisiert, schlecht vorbereitet und können unserer Sache daher schaden.<sup>124</sup>

Abgesehen davon hat die LP rigoros gegen die seit wenigen Jahren von der Regierung in Angriff genommene neue Privatisierung der Staatsbetriebe Front gemacht. Immer wieder richten sich ihre Attacken auch gegen die Verflechtung von Geld und Politik (*chin-ch'üan*), wobei sie KMT und DFP gleichermaßen für die Korruption des politischen Systems verantwortlich macht.<sup>125</sup> Ihrer internationalistischen Linie folgend, bemüht sich die LP auch um den Aufbau von Kommunikationsstrukturen zu linken Kräften - Gewerkschaften und Parteien - im Ausland und hat in diesem Zusammenhang angeblich bereits Kontakte nach Japan, Korea und zu den Philippinen geknüpft.<sup>126</sup>

Nach dem bisher Gesagten wird deutlich, daß die Unterschiede zwischen den beiden taiwanesischen Arbeiterparteien so groß nicht sind. Tatsächlich ist es neben den zahlreichen persönlichen Antipathien zwischen führenden Funktionären beider Lager - insbesondere die Haltung zur Unabhängigkeitsfrage, die sie entzweit. Während die WP sich prinzipiell als taiwanesisch versteht und insofern *T'ai-wu* unterstützt, tritt die LP für die Wiedervereinigung mit dem Festland (*'t'ung-i*) ein. Dabei sollen die Interessen und der Wohlstand Taiwans allerdings gewahrt bleiben.<sup>127</sup> Der Grund für diese Schwerpunktsetzung bei der LP mag in der Tatsache begründet liegen, daß sie einen einflußreichen - wenn gleich auch kleinen - Anteil festlandchinesischer Mitglieder besitzt.

Die taiwanesischen Arbeiterparteien - außer den genannten beiden größeren gibt es noch einige Klein- und Kleinstparteien - haben bisher noch keinen nennenswerten politischen Einfluß ausüben können. Sie verfolgen das Ziel einer ideologischen Solidarisierung der Arbeiterschaft (Ausbildung einer eigenen Identität, also eines Klassenbewußtseins), für die es derzeit offenkundig noch keinen großen Nährboden gibt. Es verwundert daher nicht, daß viele Arbeiter auf Taiwan mit den Achseln zucken, wenn sie nach ihrer Meinung zur WP oder LP gefragt werden. Beide gelten als "abgehoben" und viel lebensferner als die rein praxisorientierten, überregionalen Arbeiterorganisationen und freien Gewerkschaften. Daran haben bisher auch die Aktionen dieser Parteien "vor Ort", also bei Streiks und Arbeitskämpfen in den Betrieben, nicht viel geändert.

Obgleich die taiwanesische Arbeiterschaft heute ohne Zweifel zu den relativen Modernisierungsverlierern zählt, so hat sie doch in den vergangenen Jahrzehnten einen Lebensstandard erreicht und ein Konsumverhalten entwickelt, das einer linksradikalsten Mobilisierung den Boden entzieht.<sup>128</sup> Der viel wesentlichere Punkt ist wohl aber der, daß die Arbeiterparteien nicht von Arbeiterführern mit einer langjährigen Erfahrung an der Basis angeführt werden, sondern von linken Intellektuellen und Professionals mit stark ideologischer Orientierung. Oft hat es den Anschein, als ob diese lediglich versuchen, über eine vordergründige Mobilisierung der Arbeiterschaft notwendige Wahlstimmen zu gewinnen, um in die Parlamente einzuziehen. Sicherlich ist dieses ein zu hartes Urteil, das den zweifellos vorhandenen Idealismus vieler Parteimitglieder und auch führender Funktionäre verletzt. Unberechtigt ist es aber nicht.



Allein die DFP vermag bisher größere Teile der Arbeiterschaft erfolgreich zu mobilisieren, obwohl gerade ihr von linkssozialistischer Seite immer wieder ideologischer Verrat und "Mittelklasse-Allüren" vorgeworfen werden. Entscheidender Grund dafür ist ihr rigoroses Eintreten für materielle Verbesserungen zugunsten der Arbeiterschaft und ihre guten Verbindungen zu den "säkularen" Arbeiterorganisationen (z.B. der T.A.L.M.) und der freien Gewerkschaftsbewegung. Hier haben die Arbeiterparteien ein nur sehr schwaches "standing". Darüber hinaus wird das wichtigste Ziel der DFP, *T'ai-tu*, von einem großen Teil der nahezu ausschließlich "ethnisch"-taiwanesischen Arbeiterschaft unterstützt.

#### 4.5.5 Ergebnisse

Die fortschreitende Politisierung und Organisierung der Arbeiterschaft Taiwans ist spätestens seit 1986 unverkennbar. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppierungen - überregionale Arbeiterorganisationen und Kommunikationszentren, unabhängige Gewerkschaften und politische Parteien -, die sich ihrer Interessen angenommen haben. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß es bislang erst relativ kleine Teile der abhängig Beschäftigten sind, die mobilisiert werden konnten. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Vierzig Jahre korporatistischer Kontrolle, eine repressive Arbeitsgesetzgebung und eine einseitig arbeitgeberfreundliche Wirtschaftspolitik (faktische Ausschaltung des Streikrechts, Verbot jeglicher Tarifautonomie) haben die Ausbildung eines Arbeiterbewußtseins auf Taiwan - und damit auch eine unabhängige Organisierung - effektiv verhindert. Einer autonom organisierten Interessenrealisierung der abhängig Beschäftigten fehlt jegliche historische Erfahrung. Daß eine Gewerkschaft von ihrem Wesen her ein Kampfinstrument in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, nicht aber eine Interessenvertretung zur vorbehaltlos friedlichen Schlichtung ist, muß der taiwanesischen Arbeiter erst noch lernen (Li 1991: 116).<sup>129</sup>

- Mit diesem Lernprozeß eng verbunden ist eine generelle Emanzipation von Denkschemata im Bereich der Arbeitsbeziehungen, die stark politisch-kulturell unterlegt sind.<sup>130</sup> So weisen Wang und Cheng (1990) darauf hin, daß die traditionelle Familienethik in den Köpfen der Arbeiter überwunden werden müsse, der zufolge der Unternehmer wie ein Vater angesehen wird, der für seine Kinder, also die Beschäftigten, sorgt und daher auch Loyalität einfordern kann.

- Als strukturelles Problem für eine machtvolle Organisation muß die in diesem Kontext sehr nachteilige Unternehmensstruktur der taiwanesischen Wirtschaft gelten, in denen Kleinbetriebe mit weniger als dreißig Beschäftigten vorherrschen. Dies zersplittert die Arbeiterschaft sehr stark und erschwert ihren Zusammenschluß in schlagkräftigen Gewerkschaften.

Sieht man einmal von den freien Gewerkschaften ab, werden die taiwanesischen Arbeiterorganisationen zu einem hohen Anteil von Intellektuellen und erfahrenen Aktivisten - sehr oft mit einer akademischen Ausbildung - angeführt. Sie entstammen überwiegend den Mittelschichten und besitzen daher meistens keinen Arbeiterhintergrund. Dies hat zu einer Ideologisierung und Zersplitterung der Arbeiterbewegung entlang der Konfrontationslinie zwischen radikalen *T'ai-tu*-Befürwortern, gemäßigten Kräften sowie den Protagonisten einer chinesischen Wiedervereinigung geführt und gleichzeitig oft von der Lösung genuiner Arbeiterprobleme weggeführt. Anstatt sich im Interesse einer starken Arbeiterschaft auf wenige, dafür aber wirkungsvolle Organisationsformen zu beschränken, nutzen oppositionelle Professionals die Arbeiterbewegung vielerorts als Vehikel zur Beförderung anderer politischer Ziele aus. Diese liegen entweder in der Schaffung einer Wählerbasis (WP, LP, aber auch DFP) oder aber in der Einbindung der Arbeiterschaft in eine breite außerparlamentarische Oppositionsbewegung (vor allem New Tide). Dieser Aspekt wird im anschließenden Kapitel genauer betrachtet. Lediglich die kirchlichen Gruppierungen und auch der unabhängige Gewerkschaftsverband NAFTU bemühen sich um eine politisch möglichst neutrale Haltung und konzentrieren sich vorbehaltlos auf die Arbeit in den Betrieben. Es ist nicht erstaunlich, daß in diesen Gruppierungen vor allem Arbeiter das Wort führen.

#### 4.6 Zusammenfassung - Ein Organisations- und Allianzprofil oppositioneller konfliktfähiger Gruppen in der Transitionsphase

Wie herausgestellt, wird die politische Opposition Taiwans von unabhängigen Professionals dominiert und differenziert sich in radikale und gemäßigte Segmente. Die radikale Opposition spaltet sich in einen Unabhängigkeits- (*T'ai-tu*) und einen Wiedervereinigungs- (*Tung-t*) Flügel. Bei der gemäßigten Opposition wiederum handelt es sich in bezug auf die *T'ai-tu*-Frage in aller Regel um Verfechter des Status quo oder um solche Kräfte, die dieser speziellen Problematik aus dem Weg gehen und sich auf sachpolitische Ziele konzentrieren wollen. Während in der oppositionellen DFP die gemäßigten Kräfte heute leicht überwiegen, wird die außerparlamentarische Opposition von radikalen Organisationsformen dominiert. Diese schließen sich immer enger zusammen und werden in vielen Fällen von radikalen DFP-Politikern angeführt. Durch ihren hohen Institutionalisierungsgrad, die gesellschaftliche Reputation ihrer Führungseliten und eine stark ideologische Kohärenz in bezug auf die Haltung zu *T'ai-tu* treiben vor allem sie die Politisierung der Bevölkerung voran. Die Interessendivergenz innerhalb der politischen Opposition und die damit verbundene systematische Einordnung ihrer konfliktfähigen Gruppen in radikale und gemäßigte Regimegegner bzw. liberale Regimebefürworter läßt sich somit anhand der folgenden Kriterien analysieren:

- Unterstützung von *Tai-tu*, *Tung-i* oder die Befürwortung des Status quo;
- Strikte Anti-KMT-Haltung oder aber Bereitschaft zum Kompromiß;
- Allgemeine, auf die Veränderung der Gesamtgesellschaft gerichtete Ziele (politische Reformen) oder partikuläre (*issue-gebundene*) Präferenzen.

Gemäß diesen Kriterien gehören zur *radikalen Opposition* vor allem jene Teile von konfliktfähigen Gruppen, die

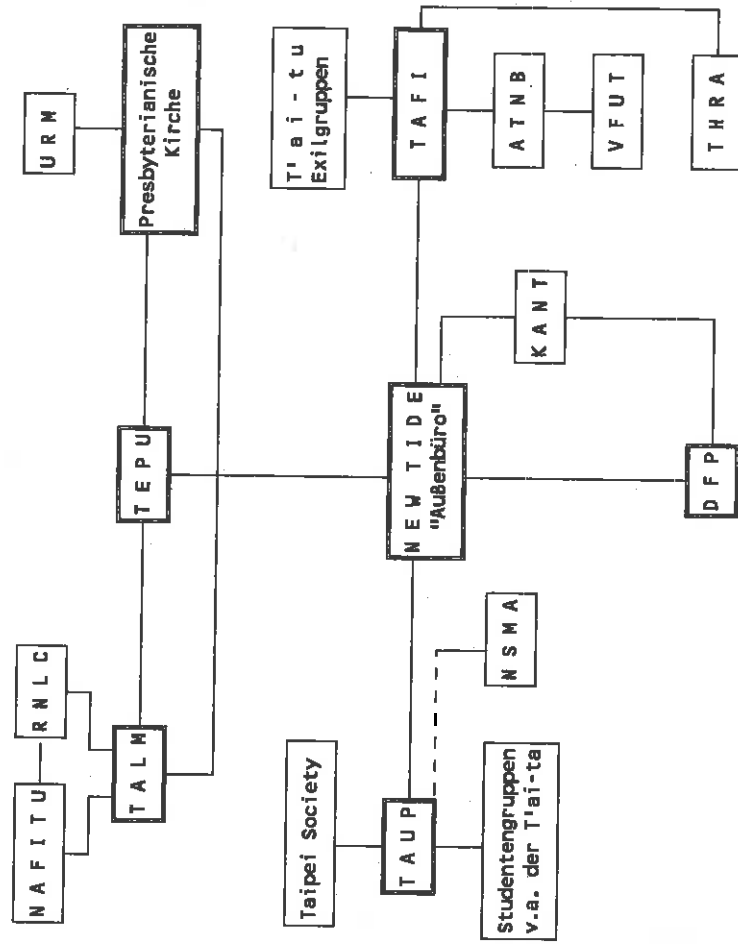
1. die KMT unbedingte von der Regierung verdrängen wollen,
2. kompromißlose Verfechter einer taiwanesischen Unabhängigkeit sind und die Ein-China-Politik der KMT rigoros ablehnen und
3. die einen Zusammenhang zwischen dem langfristigen Erfolg ihrer spezifischen Reformvorstellungen in Einzelfragen (Umweltschutz, Arbeiterrechte, soziale Gerechtigkeit etc.) mit der Erlangung einer taiwanesischen Unabhängigkeit herstellen. Für sie ist jede erfolgreiche politische Reform in letzter Konsequenz nur durch ein wirklich souveränes, eigenstaatliches Taiwan erreichbar.
4. Ebenfalls zur radikalen Opposition gehört ein sozialistisch orientierter *Tung-i*-Flügel, der sich selbst als "dritter Weg" zwischen KMT und DFP definiert.

Ohne Zweifel ist der *Tai-tu*-Flügel innerhalb der radikalen politischen Opposition Taiwans die derzeit mit Abstand stärkste und einflussreichste Kraft. Die hier führenden Professionals haben in den letzten Jahren ein solides Kommunikations- und Infrastrukturnetz aufgebaut, um gemeinsame Aktionen zu koordinieren. In fast jeder ihrer Organisationen gibt es eine Liaison-Abteilung, die den Kontakt zu anderen Gruppierungen aufrechterhält und für einen reibungslosen Informationsfluß sorgt. Durch die überlappende Mitgliedschaft der jeweiligen Führungseliten in verschiedenen Vereinigungen sowie zusätzlich in der DFP sind auch informelle Kommunikationsströme gewährleistet. Erkennbares Ziel dieses Flügels ist es, die einzelnen Organisationen noch enger zusammenzuschließen, wobei *Tai-tu* nicht nur letztes Ziel, sondern auch eine alle unterschiedlichen Partikularinteressen überlagernde, ideologische Klammer ist. Zudem wird der Aufbau von lokalen Strukturen von dieser Fraktion vorangetrieben, was vor allem die forcierte Mobilisierung der Bevölkerung Zentral- und Südtaiwans zum Ziel hat. Diese ist aus historischen und ethnischen Gründen einer taiwanesischen Unabhängigkeit besonders zugeneigt.<sup>131</sup>

Schaubild 4-1 skizziert das derzeitige Bündnis bzw. Verbindungsnetz der *Tai-tu*-orientierten radikalen Opposition auf Taiwan. Als zentrale Schaltstelle fungiert das "Außenbüro" der New Tide-Fraktion, das von deren Aktivisten bekanntlich speziell dafür eingerichtet wurde, den außerparlamentarischen Widerstand an den radikalen Flügeln innerhalb der DFP zu binden (vgl. Punkt 4.3.1). Dieses Büro arbeitet unabhängig von der Partei und wird deshalb auch von deren gemäßigter Formosa-Fraktion beargwöhnt. (allerdings keinesfalls bekämpft). New

Tide-Mitglieder arbeiten in beratender oder gar führender Position innerhalb der Taiwanese Association of Labour Movement (TALM) und der Taiwan Environmental Protection Union (TEPU) mit. Enge Verbindungen bestehen ferner zur Taiwan Association of University Professors (TAUP), zur presbyterianischen Kirche sowie zur Taiwan Alliance for Independence (TAFI). Diese fünf Organisationen bilden den Kern der radikalen außerparlamentarischen Opposition Taiwans.

Schaubild 4-1: Radikale Opposition I - Kernorganisationen des *Tai-tu*-orientierten New Tide-Systems



Die TAUP hat eine gewisse Führungsrolle innerhalb der Hochschulen übernommen und kooperiert besonders eng mit den radikalen Studentengruppen an der Nationalen Taiwan-Universität (*Tai-ta*). Zumindest in intellektueller Hinsicht wird sie auch von Taipei Society unterstützt. Einige der Mitglieder dieses Zirkels sind gleichzeitig auch bei der TAUP aktiv. Das Verhältnis dieses zum nationalen Studentenbund NSMA ist hingegen unklar. Eine Kooperation scheint es derzeit nicht zu geben. Dies hängt damit zusammen, daß man sich innerhalb der NSMA bisher nicht zu einer eindeutigen Haltung in der Unabhängig-

gigkeitsfrage durchgerungen hat und man sich insofern von der TAUP distanzieren. Noch schärfer ist die Konfrontation des NSMA mit den Studentengruppen der *T'ai-ta*, wenngleich hier persönliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Aktivisten wohl größer sein dürften als prinzipielle ideologische Unterschiede.<sup>132</sup> In Zukunft wird es jedoch zu einer Annäherung der NSMA an die TAUP kommen müssen, denn ohne die organisatorische und finanzielle Unterstützung dieser "core group" der radikalen außerparlamentarischen Opposition kann der nationale Studentenbund wenig bewirken.

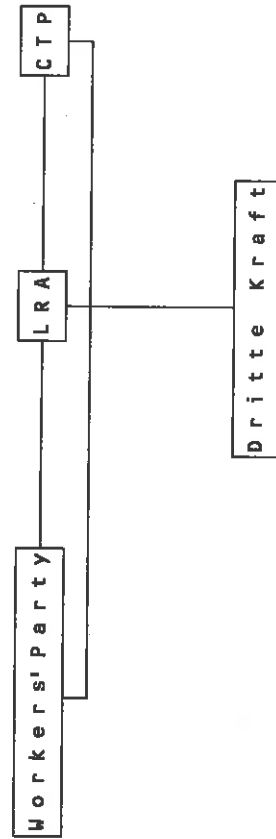
Die TEPU verfügt über gut ausgebaute Kommunikationsstrukturen in nahezu alle sozialen Protestbewegungen hinein - besonders aber zu den Organisationen, die eine radikale *T'ai-tu*-Linie mittragen. Sie arbeitet außerdem eng mit der TALM und der presbyterianischen Kirche zusammen. Die TALM, die die Gründung des unabhängigen Gewerkschaftsbundes NAFITU maßgeblich mitinitiierte, hat ein festes Standbein innerhalb der Arbeiterbewegung und kooperiert intensiv mit den unabhängigen Gewerkschaften. Die Arbeiterzentren der katholischen Kirche - v.a. das Rerum Novarum Labour Center (RNLC) - sowie die presbyterianische Kirche<sup>133</sup> mit ihren inselweiten Arbeiter-Basisorganisationen sind weitere Multiplikatoren der Mobilisierung der Arbeiterschaft.

Letztlich bestehen enge Verbindungen zwischen New Tide und den verschiedenen Organisationen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung, allen voran der Taiwan Alliance for Independence (TAFI), der Association of Taiwan Nation-Building (ATNB) und der Taiwan Human Rights Association (THRA). Eine herausragende Stellung nimmt dabei TAFI ein, die eine eigene Faktion innerhalb der DFP bildet, personell mit verschiedenen anderen sozialen Protestbewegungen verflochten ist und wahrscheinlich auch von der finanziellen Unterstützung ihrer zahlreichen Auslandskomitees profitiert. Wie erwähnt (vgl. Punkt 4.3.3), ist die Unabhängigkeitsbewegung durch die Konstituierung einer festländchinesischen *T'ai-tu*-Gruppierung, der Vereinigung der Festländchinesen für die Unabhängigkeit Taiwans (VFUT), zusätzlich aufgewertet worden.

Auch wenn die Kooperationsstrukturen der radikalen Opposition damit nur ausschnittartig erfaßt werden können, so stellt sich der hier institutionalisierte Protest - nur sieben Jahre nach Einleitung des Reformprozesses - bereits als beachtenswert gut organisiert dar. Dies wird ferner durch die Tatsache unterstrichen, daß sich mittlerweile auch übergreifende Kooperationsformen etablieren, die sich - ähnlich wie die unten noch genauer zu betrachtende Dritte Kraft des *T'ung-i*-Flügels - um die Zusammenfassung der einzelnen Kräfte innerhalb dieses *New Tide*-Systems bemühen.<sup>134</sup> Als Beispiel kann in diesem Kontext das Komitee für den Aufbau eines neuen Taiwans/KANT (*tsin T'ai-wan chung-chien wei-yuan-hui*) genannt werden, in dem sich seit Mitte Mai 1992 auch nicht zur New Tide-Fraktion gehörende DFP-Professionals um einen engeren Zusammen-schluß der außerparlamentarischen Opposition bemühen.<sup>135</sup> Ein Erfolg dieser Anstrengungen läßt sich derzeit allerdings noch nicht abschätzen.

Der *T'ung-i*-Flügel innerhalb der radikalen Opposition wird durch die Befürworter eines alternativen Modells zur Wiedervereinigung Chinas repräsentiert. Es handelt sich hier im wesentlichen um das sog. *China Tide*-System (*hsia-ch'ao hsi-t'ung*), also um das informelle Bündnis aus LP, LRA und der auf rein intellektuellem Gebiet arbeitenden *China Tide-Association* (CTA). Um eine Zusammenarbeit mit ihnen bemühten sich im Frühjahr 1992 allerdings auch Kräfte um den früheren DFP-Politiker Lin Cheng-chieh,<sup>136</sup> die die oppositionellen *T'ung-i*-Befürworter zu einem breiten Aktionsbündnis zusammenschließen wollten und dabei auch innerhalb der sozialen Protestbewegungen um Unterstützung warben (vgl. Schaubild 4-2).

Schaubild 4-2: Radikale Opposition II - Kernorganisationen des *T'ung-i*-orientierten China Tide-Systems



Während seines Forschungsaufenthaltes auf Taiwan konnte der Verfasser nur die Anfänge der Institutionalisierung dieses als Dritte Kraft (*i-san shih-ti*) bezeichneten Bündnisses mitverfolgen. Unklar war zu diesem Zeitpunkt noch, ob sich dieser Zusammenschluß zukünftig zu einer politischen Partei oder aber einer rein außerparlamentarischen Organisation entwickeln würde. Noch nicht einmal die Frage nach seiner politischen Überlebensfähigkeit konnte beantwortet werden. Da sich die Dritte Kraft allerdings bereits Ende 1992 um eigene Mandate für die Wahlen zum Legislativ Yuan bemühte, ist zumindest ihre langfristige parteipolitische Institutionalisierung nicht auszuschließen. Offenkundig will man eine Parlamentsstrategie (*i-hui hi-hsien*) verfolgen; damit könnte die von einigen Aktivisten dem Verfasser gegenüber geäußerte Vermutung bestätigt werden, hier handle es sich um den Vorläufer einer neuen parteipolitischen Basis für Lin Cheng-chieh.<sup>137</sup>

Dem Verfasser überlassene Sitzungsprotokolle weisen auf ein überaus heterogenes Bündnis hin, das sich in der Dritten Kraft zusammenzuschließen im Begriff ist. Neben Funktionären der LP sowie der LRA, dem Mitarbeiterstab Lin Cheng-chiehs sowie unabhängigen Professoren, Rechtsanwälten, Ärzten und Journalisten sind auch Aktivisten verschiedener sozialer Protestbewegungen vertreten.<sup>138</sup> Dabei ist allerdings zu bedenken, daß sie zu damaligen Zeitpunkt (Frühjahr 1992) nicht für ihre jeweilige Organisation, sondern nur für sich selbst sprachen. Schon daran ist zu erkennen, daß die Dritte Kraft bisher nicht einmal

ansatzweise den Institutionalisierungsgrad der im New Tide-System kooperierenden Organisationen erreicht hat. Programmatisch wendet sich die Dritte Kraft gegen die Korruption der KMT, die Machenschaften des mit der Regierungspartei verflochtenen taiwanesischen Großkapitals sowie - in diesem Zusammenhang - gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben und öffentlichen Immobilien. Heftige Kritik wird an den Änderungsvorschlägen der Regierung zu den Arbeitsgesetzen geübt und der direkte Flug-, Kommunikations- sowie Handelsverkehr mit Festlandchina gefordert.<sup>139</sup> Man will eine Politik, die sich mehr an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und damit aus der Sackgasse herausführt, in die - nach Auffassung der Dritten Kraft - KMT und DFP das Land mit ihrer ideologischen *Tung-tu*-Auseinandersetzung hineinmanövriert haben. Obwohl sich die Dritte Kraft des Einflusses des New Tide-Flügels innerhalb der außerparlamentarischen Opposition bewußt ist, so glaubt sie doch, dort genügend Unterstützung finden zu können:

In Wirklichkeit haben wir einen ziemlich großen Spielraum, uns mit den sozialen Basisgruppen zusammenzuschließen. Zwar kann nicht bezweifelt werden, daß jene Gruppierungen, die an der Unabhängigkeit festhalten, unter der Führung der New Tide-Fraktion stehen. Allerdings fühlen sich nicht wenige von ihnen, die nicht so dogmatisch an *Tai-tu* gebunden sind, von diesen Leuten benutzt. Sie grenzen sich allmählich von New Tide ab und sind die natürlichen Ansprechpartner der Dritten Kraft.<sup>140</sup>

Ungeachtet ihrer Überzeugung, nur mit einer aktiven China-Politik die wirtschaftliche und politische Zukunft eines wohlhabenden Taiwan sicherstellen und auf diesem Weg langfristig die Wiedervereinigung unter demokratischen Vorzeichen erreichen zu können, will sich die Dritte Kraft aus der Debatte um die taiwanesishe Unabhängigkeit zunächst heraushalten und den Blick auf Sachprobleme lenken. Falls sie wirklich das Ziel verfolgen sollte, sich langfristig als politische Partei zu konstituieren, so wären ihre Erfolgsaussichten zumindest aus der Sicht des Verfassers überaus gering. Hier können die negativen Erfahrungen der Sozialdemokratischen Partei Chu Kao-chengs mit ähnlichen Zielsetzungen und dem vergeblichen Bemühen, einen Weg zwischen KMT und DFP zu finden, Pate stehen. Es gibt in Taiwan derzeit auf der Oppositionsseite keine parteipolitische Alternative zur DFP.

Zusammenfassend können somit die konfliktfähigen Gruppen der radikalen Opposition Taiwans wie folgt benannt werden:

1. radikale, unabhängige Professionals, die als angesehenere Professoren, Wissenschaftler, Rechtsanwältinnen oder Ärzte zu den "etablierten" Regierungskritikern zählen; zu ihnen gehören auch viele der - vornehmlich in der New Tide-Fraktion zusammengeschlossenen - oder mit ihr sympathisierenden - DFP-Politiker, von denen die allermeisten ebenfalls einen professionellen Hintergrund haben;

2. soziale Aktivisten (viele freie Journalisten, Schriftsteller, Studenten und andere Intellektuelle) mit einem Mittelschichtintergrund, aber oft ohne geregelttes oder nur geringes Einkommen;
3. radikale Gewerkschafter bzw. Arbeiterführer mit einer eindeutigen politischen Nähe zur DFP.

Die unter Punkt zwei genannten Gruppen haben sich dabei als besonders bedeutsam erwiesen. Es ist zu beobachten, daß ein hoher Anteil der radikalen Opposition aus Aktivisten besteht, die sich in einer finanziell angespannten Situation befinden. Dem Verfasser selbst sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen sich Studenten nach abgeschlossener Ausbildung zusammenschlossen, um kleine Unternehmen oder Informationszentren zu gründen. Die Spannweite reicht dabei von Computerfirmen über Buchläden bis hin zu Sprachschulen und kleinen Forschungsinstituten, die sich z.B. mit der Geschichte Taiwans befassen. Aufgrund der hohen Wettbewerbsdichte gerade in der Hauptstadt Taipei ist diesen Aktivitäten in den seltensten Fällen wirtschaftlicher Erfolg beschieden. Andere radikale Aktivisten verdienen sich als Gelegenheitsarbeiter oder werden von ihren Familien unterstützt. In den seltensten Fällen können sie eine haupt- oder nebenamtliche Anstellung in der Organisation finden, in der sie sich engagieren, da die finanziellen Ressourcen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition überaus begrenzt sind. Somit rekrutiert sich die radikale Opposition Taiwans aus konfliktfähigen Gruppen, die

1. einkommenstatistisch aus den saturierten Mittelschichten kommen oder
2. bezüglich des Ausbildungshintergrundes und ihres sozialen Status zwar ebenfalls überwiegend den Mittelschichten zuzurechnen sind, sich aber in einer materiell ungesicherten und schwierigen Lage befinden.

Auch die vielen außerbetrieblichen Gewerkschaftsführer, die zumeist den überregionalen Arbeiterorganisationen angehören, entstammen oft nicht einem Arbeitermilieu, sondern rekrutieren sich ebenfalls aus den Mittelschichten. Es sind in erster Linie junge soziale Aktivisten, die sich der Arbeiterfrage angenommen haben. Sie werden damit eigentlich bereits von der oben aufgeführten zweiten Gruppe erfaßt. Allerdings schreitet die Rekrutierung der Arbeiter als aktive Mitglieder in der außerparlamentarischen Opposition voran. Ferner besetzen alle hier beschriebenen konfliktfähigen Gruppen nahezu ausschließlich aus ethnischen Taiwanesen. Auf vielen oppositionellen Veranstaltungen wird nur taiwanesisch gesprochen und in einigen Organisationen ist das Beherrschen dieses südchinesischen Dialektes sogar ein unausgesprochenes Aufnahmekriterium. Das Mobilisierungspotential der radikalen *Tai-tu*-orientierten Opposition ist weitaus größer als jenes der *Tung-i*-Befürworter, sie sind besser organisiert und verfügen mit der Forderung nach einer unabhängigen Republik Taiwan über eine politische Mobilisierungsressource, die ideologische Kohärenz in hohem Maße ermöglicht.

Auf der anderen Seite haben die linkssozialistischen (kommunistischen) Organisationen des China Tide-Systems sowie das neue heterogene Bündnis der Dritten Kraft starke organisatorische Schwächen. Auch ideologisch besteht das Problem, die chinesische Wiedervereinigung als Konzept jenseits der Ein-China-Politik der Regierung einer skeptischen Bevölkerung verständlich zu machen.<sup>141</sup> Selbst der erklärte Wille, von einer Überbetonung dieses *issues* abzusehen, erklärt noch nicht das eigentlich Originelle und Neue, das die Dritte Kraft auf Taiwan schaffen will. Es bleibt also abzuwarten, welche Entfaltungsmöglichkeiten die *Tung-i*-Protagonisten zukünftig haben werden, ohne von der Regierungspartei thematisch vereinnahmt und damit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt zu werden.

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die gemäßigte außerparlamentarische Opposition geworfen werden. Grundsätzlich ist zu sagen, daß sie über kein vergleichbares Aktionsbündnis verfügt wie die radikale Opposition, weil sie aufgrund der prinzipiellen Ablehnung von *Tai-tu* oder *Tung-i* als "ideologischer Klammer" ihre ansonsten überaus heterogene Interessenstruktur nicht überbrücken kann. Auch spaltet sie sich in prinzipielle Regimegegner (vor allem in Reihen der DFP) und liberale Regimebefürworter (so z.B. verschiedene konservative Professorenzirkel). Im zweiten Fall wird der Begriff "Opposition" allerdings bisweilen problematisch.

Als politisch gemäßigt gilt z.B. die Verbraucherschutzbewegung mit ihrer führenden Organisation, der Nationalen Stiftung für Verbraucherschutz. Wie bereits ausgeführt, konzentriert sie sich allein auf konkrete Einzelprobleme, deren rasche Lösung ohnehin eine Zusammenarbeit mit den Regierungsbehörden verlangt. Ähnlich *issue*-orientierte Gruppierungen findet man innerhalb der Professorenbewegung (z.B. die Faculty Association of National Taiwan University/FANTU oder der Hochschulverband zur Förderung der Reform im Erziehungswesen/HIFRE). Nicht wenige der hier vertretenen Oppositionellen wirken jedoch gleichzeitig in anderen, aktivistischeren Vereinigungen mit und bekennen sich damit zur radikalen Opposition.

Die gemäßigten Kräfte innerhalb der außerparlamentarischen Opposition unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zuordnung zu den konfliktfähigen Gruppen Taiwans nicht grundsätzlich vom radikalen Flügel. Sie entstammen vornehmlich der Gruppe der unabhängigen Professionals (Wissenschaftler, Professoren, Rechtsanwälte, Mediziner), die allerdings zu einem größeren Teil festlandchinesischer Abstammung und in vielen Fällen KMT-Parteimitglieder sind. In diesem Fall zählen sie natürlich zu den liberalen Regimebefürwortern mit reformerischen Zielen. Den für die radikale Opposition typischen, ungesicherten sozialen Aktivitäten (vgl. oben) wird man hier kaum finden. Vielmehr zeichnet sich die gemäßigte Opposition durch eine gewisse ökonomische Saturierung aus. Es handelt sich hier mit anderen Worten um den politisch-liberalen, "aufgeklärten" und materiell abgesicherten Mittelstand Taiwans, der eine soziale Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Mitunter sind hier auch kritische mittelständische Unternehmer organisiert (z.B. in der Verbraucherschutzbewegung).

Zusammenfassend wird somit deutlich, daß der Grad der Politisierung und Radikalisierung der oppositionellen konfliktfähigen Gruppen nicht unwesentlich durch ihre materielle Lage bestimmt ist. Je ungesicherter diese ist, desto wahrscheinlicher die Zugehörigkeit zur radikalen Opposition. Ob man innerhalb dieser dann zum *Tai-tu* oder *Tung-i*-Flügel gehört, entscheidet zumeist die "ethnische" Zugehörigkeit. Schon dieser Tatbestand erklärt die quantitative und qualitative Schwäche des *Tung-i*-Flügels. Die konfliktfähigen Gruppen der radikalen Opposition bestehen fast ausschließlich aus einheimischen Taiwanesen, aber es schließen sich ihr mittlerweile auch immer mehr Festlandchinesen an (vgl. die Gründung der VFUT). Dies ist ein Trend, der der KMT besonderes Kopferbereiten muß.

## 5 Evaluierung - Strategische und konfliktfähige Gruppen im Prozeß des politisch-sozialen Wandels auf Taiwan und ihre Bedeutung für die Konsolidierungsperspektiven der taiwanesischen Demokratie

Abschließend sollen nunmehr die folgenden zwei Fragestellungen zusammenfassend beantwortet werden:

1. In welchem Verhältnis steht der Demokratisierungsprozeß zur Entstehung, Formierung und Interaktion von strategischen und konfliktfähigen Gruppen auf Taiwan - m.a.W.: aus welchen Gründen hat das Kräfteverhältnis dieser Gruppen zueinander in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einen Demokratisierungsschub, nicht aber die Stabilisierung (oder Verschärfung) der autoritären Herrschaft induziert?
2. Welche Aussagen können - vor allem mit Blick auf das gegenwärtige Kräfteverhältnis der strategischen Gruppen in der Regimekoalition einerseits und der konfliktfähigen Gruppen in der politischen Opposition andererseits - hinsichtlich der Konsolidierungsperspektiven der jungen taiwanesischen Demokratie getroffen werden? Sind spätere Rückschläge zu erwarten?

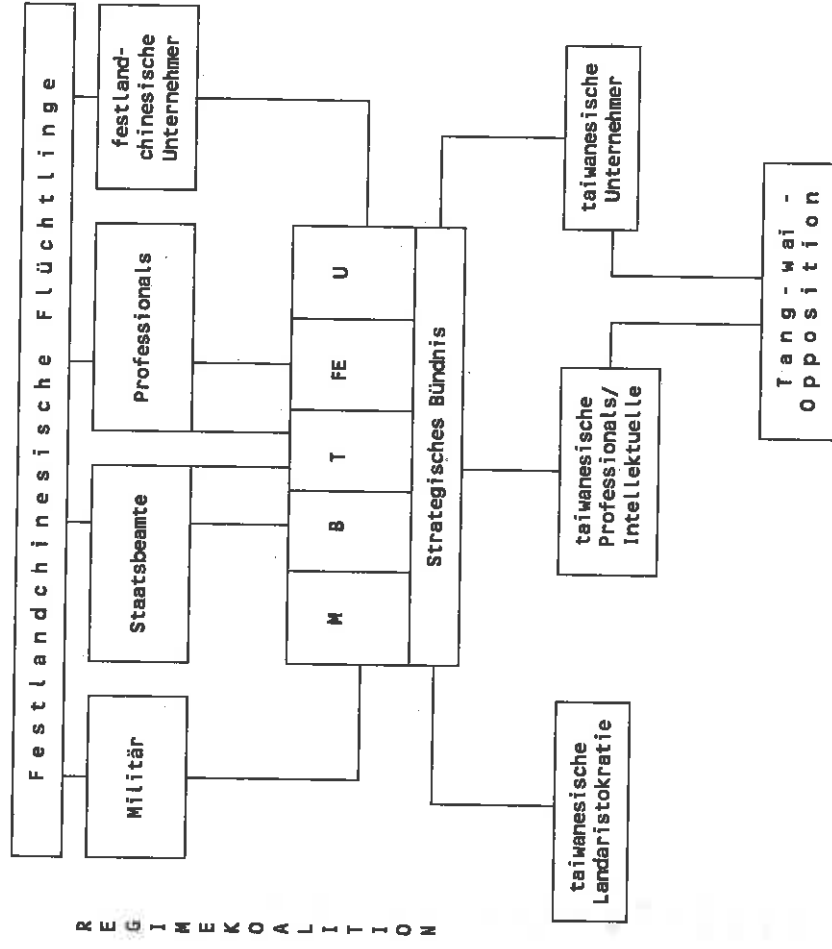
### 1. Die autoritäre Ära:

1949 übernahm ein strategisches Bündnis aus Militärs, einflußreichen Unternehmern, kooptierten Professionals (hauptsächlich die alte Funktionärselite, aber auch einflußreiche Technokraten im Regierungsapparat) und hohen Staatsbeamten (Technokraten) unter der Führung des charismatischen Generals Chiang Kai-shek als festlandchinesisches Minderheitsregime auf Taiwan die Macht. Diese zunächst klar von den Militärs dominierte Regimekoalition (vgl. Schaubild 5-1) entpuppte sich nach der katastrophalen Politik der Regierung Chen Yi im Anschluß an die japanische Kapitulation als überraschend entwicklungsorientiert und effizient. Gründe dafür dürften vor allem der neue US-amerikanische Einfluß nach dem Koreakrieg sowie das Bestreben des Chiang-Regimes gewesen sein, Taiwan zu einer militärisch und ökonomisch stabilen Operationsbasis mit Modellfunktion für die festlandchinesische Bevölkerung auszubauen.

Die von den Japanern übernommenen Staatsbetriebe sicherten der KMT eine intakte Ressourcenbasis, die sie in den folgenden Jahren beständig ausbaute. Sie wurde nicht nur der staatlichen Modernisierungspolitik nutzbar gemacht, sondern diente auch der "klientelistischen Anbindung" von ca. einer Million kleiner

und mittlerer Staatsbeamter sowie der zahlreichen aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Militärs in unteren Rängen. Mit der Besetzung der Schaltstellen innerhalb der gesamten Regierungsverwaltung durch diese *festlandchinesische Klientel* verfestigte das KMT-Regime seine Macht. Gleichzeitig zementierte es den im Volksaufstand von 1947 begründeten und bis heute nachwirkenden Gegensatz zwischen einheimischen Taiwanesen und zugewanderten Festländern sowie ihren Nachfahren, weil die Taiwanesen von jedweder administrativen Einflußnahme ausgeschlossen wurden.

Schaubild 5-1: Die Figuration der strategischen Gruppen in der autoritären Ära (1949-86)



- M = Militär
- B = Kleine und mittlere Beamte
- T = Technokraten
- FE = Funktionärselite
- U = Unternehmer

Das Massaker vom 28. Februar 1947 und die Agrarreform der Jahre 1949-53 schaltete die einzigen beiden konfliktfähigen Gruppen auf der Insel aus, die der KMT-Herrschaft hätten gefährlich werden können: die taiwanesischen Intelligenz und die alte Landaristokratie. Während die Intelligenz in großem Stil politisch verfolgt, umgebracht oder von der Insel vertrieben wurde, konnten die enteigneten Großgrundbesitzer - durch Industriebeteiligungen und die Bereitstellung politischer Ressourcen im Rahmen des Ausbaus der lokalen Selbstverwaltung - sogar zu strategischen Bündnispartnern des KMT-Regimes gemacht werden. Eine einheimische Unternehmerschaft gab es zu diesem Zeitpunkt nur rudimentär. Sie erfüllte in einem hohen Maße Zuliefererfunktionen für die großen Staatsbetriebe und hing daher völlig von der Industrie- und zukünftigen Wirtschaftstrukturpolitik des KMT-Regimes ab. Später sorgte eine subtile Strategie der Ressourcencallokation (Übervorteilung bestimmter Unternehmer durch die Vergabe regionaler Monopole; einseitige Privatisierungsmaßnahmen etc.) dafür, daß die wichtigsten Segmente der taiwanesischen Unternehmerschaft zu Partnern des Regimes wurden (vgl. unten). Alles in allem war Taiwan in den frühen 50er Jahren eine Agrargesellschaft mit einem kleinen kapitalistischen Sektor von marginaler gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und ähnelte damit jenem von Mao Tse-tung - für die VR China beschworenen - weißen Blatt, "auf dem man die schönsten Schriftzeichen malen kann".

Abgesehen von ohnmächtigen Aktionen einer kleinen Restgruppe kritischer Professionals und Intellektueller (v.a. Ärzte, Schriftsteller und Professoren) - von denen in den ersten beiden Jahrzehnten bezeichnenderweise ein großer Teil festlandchinesischer Herkunft war und die durch den "Weißen Terror" der Militärs brutal unterdrückt wurden - gab es nach 1947 keinerlei nennenswerten politischen Widerstand gegen die KMT mehr. Dennoch bemühte sich das Regime bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt zum Zwecke der langfristigen Machtabsicherung um eine rationale Politik der Legitimationserweiterung bei der taiwanesischen Bevölkerung. Vor allem die Parteireform von 1952 und die Einführung einer lokalen Selbstverwaltung etwa zur selben Zeit waren entscheidende Schritte zu einer ersten gesellschaftlichen Kooptierungsstrategie, mit denen die Herrschaftskoalition potentiell oppositionelle, konfliktfähige Gruppen an sich zu binden verstand. So wurden in den 50er und 60er Jahren - als die Wirtschaftspolitik erste Erfolge zeitigte (Stichwort: Importsubstitution/ Exportindustrialisierung) und zur rapiden Modernisierung und Stratifizierung der taiwanesischen Gesellschaft führte - sowohl große Teile des aufsteigenden Privatkapitals als auch eine neue Gruppe von modernen Professionals in die Regimekoalition kooptiert. Sie avancierten damit zu weiteren strategischen Gruppen des Herrschaftsbündnisses und trugen erheblich zur Legitimation der Gesamtkoalition bei, weil sie als taiwanesische Eliten gemeinsame Sache mit der von den "Festländern" dominierten Staats- und Parteiführung machten.

Erste Anzeichen einer Legitimationserosion für das KMT-Regime wurden Anfang der 70er Jahre erkennbar und waren in erster Linie exogen bedingt. Die

Auseinandersetzungen um die Tiao-yü-t'ai-Inselkette und der Verlust der UNO-Mitgliedschaft 1971, die sino-amerikanische Annäherung mit der Abfassung des Shanghaier Communiqués im Februar 1972 und schließlich der "Tanaka-Schock" mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VR China im September desselben Jahres offenbarten die außenpolitische Verwundbarkeit des KMT-Regimes. In der Reformbewegung der Jahre 1971-73 traten kritische Studenten und Professoren als neue konfliktbereite Gruppen auf den Plan und forderten das Regime heraus. Dieses antwortete einmal mehr mit einer Mischung aus Repression und Kooptierung. Die unveröhnlichsten Kritiker wurden beruflich kalgestellt und politisch isoliert, die anderen durch die sogenannte "Taiwanisierungspolitik" Chiang Ching-kuos an das Regime gebunden. Die Reformbewegung besaß weder die Ressourcen noch den Organisationsgrad, aber auch nicht den politischen Willen, das Machimonopol der KMT ernsthaft in Frage zu stellen. Ihr ging es um eine demokratische Transformation des Staates mit dem Regime. Dennoch hatte dieses durch die politischen Geschehnisse der frühen 70er Jahre erste Risse bekommen.

Unabhängige Professionals taiwanesischer Herkunft - (aus dem Ausland zurückgekehrte) ehemalige Studenten, zu Lokalpolitikern avancierte Rechtsanwälte und Ärzte oder aber ungesicherte Intellektuelle, Schriftsteller, Akademiker und soziale Aktivisten - waren es, die sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in steigendem Maße zu einer "unveröhnlichen" Opposition zusammenschlossen. Sie wurden zwar von einigen wenigen taiwanesischen Unternehmern finanziell unterstützt, doch zu einem größeren politischen Engagement des taiwanesischen Privatkapitals kam es damals noch nicht. Die oppositionellen Professionals blieben auf sich allein gestellt. Die Jahre 1975-79 waren die "Wachstumsjahre" der *Tang-wai*-Bewegung mit zahlreichen - und nach jedem Verbot immer wieder neu erscheinenden - kritischen Zeitschriften, Massenprotesten und einer zunehmenden Organisierung bis hin zu einer Quasi-Partei (vgl. Punkt 1.1.2). Dabei thematisierte die Opposition - neben ihren Forderungen nach umfassenden institutionellen Reformen - den "ethnischen Gegensatz" zwischen Taiwanesen und "Festländern" als Kern ihrer Mobilisierungsstrategie. Damit erschütterte sie die politische Legitimation der KMT in ihren Grundfesten, hielt diese doch an der Zugehörigkeit Taiwans und der Taiwanesen zu einem gesamtchinesischen Herrschaftsverband fest.

Die Regimekoalition hatte sich in den 70er Jahren zunächst auf das Reformprogramm Chiang Ching-kuos verständigt, indem vor allem die jüngeren kooptierten Professionals die Stimmen der konservativen Militärs und alten Parteifunktionsäre neutralisierten. Erst als mit dem gewaltsamen Zwischenfall von Chungli (1977) und dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Taipei und Washington im Dezember 1979 weitere Delegitimationsschübe die KMT erschütterten, gewannen die konservativen Fraktionen in der Regimekoalition wieder kurzzeitig die Oberhand. Die taiwanesische Variante der "Doktrin der nationalen Sicherheit" führte 1979/80 zur Verhaftung der gesamten *Tang-wai*-Führung und ihrer Verurteilung zu langjährigen Gefängnisstrafen. Dies war

zweifelloser ein schwerer Schlag gegen die politische Opposition im Lande und stellte alle bisherigen - wenn auch nur geringen - demokratischen Fortschritte in Frage (periodische Liberalisierung der Pressezensur; mehr Meinungsfreiheit; Aufstockung der frei gewählten Mandate in den nationalen Parlamenten etc.).

Es besteht hinreichend Grund zu der Annahme, daß es den reformorientierten KMT-Kräften bereits vor dem Zwischenfall von Kaohsiung klargeworden war, daß die Formierung oppositioneller konfliktfähiger Gruppen nicht mehr länger durch eine geschickte Rekrutierungspolitik manipuliert werden konnte. Die Kooptierungsfähigkeit des Staates ließ angesichts der sozial-strukturellen Differenzierung und der damit verbundenen Zunahme moderner gesellschaftlicher Gruppen (v.a. Professionals und Unternehmer) zwangsläufig nach. Deren Drängen auf politische Partizipation erschien somit quasi als unvermeidliche Konsequenz der eigenen Entwicklungsstrategie. Diese Gruppen zu isolieren barg ein erhebliches Gefahrenpotential. Obwohl die liberale Fraktion deshalb auf eine Reformpolitik als Machterhaltungsstrategie setzte, konnte sie sich zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht gegen die einflußreichen Militärs und dogmatischen alten Parteifunktionäre durchsetzen.

Obschon die Opposition Anfang der 80er Jahre ihrer Führung beraubt und geschwächt war, konnte sie politisch nicht ausgeschaltet werden. Dies wurde schon in den folgenden Wahlen (1980, 1983) deutlich, als vor allem die Familienangehörigen der politischen Häftlinge beachtliche Erfolge errangen. Im Verlauf der 80er Jahre änderte sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Regimekoalition zunehmend zugunsten der von liberalen Professionals und taiwanesischen Unternehmern dominierten Reformfraktion in der KMT. Sie fanden ausgerechnet in dem mit einer langen autoritären Vergangenheit belasteten Präsidenten Chiang Ching-kuo ihren wichtigsten Protagonisten. Er stellte das Bindeglied zu den Parteikonservativen dar und konnte qua seiner überragenden Stellung innerhalb der Regierungspartei eine Schiedsrichterfunktion ausüben.

Was die persönlichen Motive Chiangs waren, die ihn zu dieser Kursänderung veranlaßten, wird ein Geheimnis der Geschichte bleiben. Es mag richtig sein, daß er ganz einfach die Zeichen der Zeit erkannte und wußte, daß die Herrschaft seiner Partei nur noch unter großen innen- und außenpolitischen Legitimationsverlusten aufrecht zu erhalten war, sollten die sich formierenden konfliktfähigen Gruppen dauerhaft von jedweder Partizipation ausgeschlossen werden. Das südliche Nachbarland, die Philippinen, hatte in diesem Punkt gerade einen eindrucksvollen Beweis geliefert, und auch in Südkorea nahmen die innenpolitischen Spannungen ständig zu. Nicht abschließend geklärt ist in diesem Zusammenhang auch der hinter den Kulissen direkt ausgeübte Einfluß der USA nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Washingtons zu Taipei im Dezember 1979. Sicher ist jedoch, daß wachsende US-amerikanische Forderungen (und Sanktionsdrohungen) nach Maßnahmen zur Handelsliberalisierung und einer zügigen politischen Öffnung sowie die offene Unterliberalisierung und politischer Kreise im amerikanischen Senat für die *Tang-wai* seit Anfang der 80er Jahre erheblich auf die Herrschaftslegitimation des KMT-Regimes rückwirkte und deren Erosion beschleunigte.

Als im Gefolge der zweiten Ölkrise 1979 die weltweite Rezession Anfang der 80er Jahre Taiwan erreichte und das Regime nun auch von der ökonomischen Seite unter Druck geriet, setzten sich die Reformer durch. Der einflußreichste Militär, General Wang Sheng, wurde politisch entmachtet, der Dialog mit der sich rasch reformierenden *Tang-wai* gesucht und die erste veritable Oppositionspartei 1986 - ungeachtet ihres rechtlich illegalen Status - toleriert. Die Transitionphase war eingeleitet worden, ohne daß die mächtigen Parteikonservativen sich ihr wirksam entgegenstemmen konnten oder sie überhaupt mit letzter Konsequenz verhindern wollten. Warum aber waren den Anhängern der "autoritären Lösung" offenkundig die Hände gebunden und warum erwiesen sich die progressiven Kräfte als politisch stärker?

Der reformorientierte KMT-Flügel rekrutierte sich aus den aufsteigenden gesellschaftlichen Gruppen der Professionals und Unternehmer, die bereits seit den 70er Jahren als moderne strategische Gruppen verstärkt in die Regimekoalition kooptiert worden waren. Bei ihren Repräsentanten an der Staats- und Parteipitze handelte es sich zudem um überwiegend taiwanesishe Eliten, die sich folgerichtig auch ideologisch von den festlandchinesischen Doktrinen einer Wiedervereinigung und der unbedingten Vormachtstellung der KMT zu distanzieren begannen. Bei den Professionals spielten hierbei zwei Gründe ein Rolle: Zum einen neigten sie aufgrund ihres sehr oft westlich geprägten Sozialisationshintergrundes aus eher ideeller Überzeugung zu demokratischen Strategien des Legitimationserhalts und setzten in das "autoritäre Modell" keine Zukunft mehr. Zum zweiten - und dies ohne Zweifel vorrangig - sahen sie in einer breiten gesellschaftlichen Demokratisierung, die auch vor dem Parteiapparat der KMT nicht Halt machen konnte, die Chance zur Verbesserung ihrer Machtposition im herrschenden Bündnis. Sie attackierten folgerichtig den institutionellen Zentralismus der KMT und forderten mehr Mitspracherecht bei der parteiinternen Entscheidungsfindung. Sie machten ehemals einflußlose Akklamationsorgane, wie den Legislativ Yuan und die lokalen Vertretungsorgane, zu Plattformen ihres Kampfes gegen die von festlandchinesischen Militärs und alten Funktionären dominierte Partieführung. Und sie unterstützten den neuen taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui seit 1988 intensiv bei seinem Bemühen, sich eine eigene Machtbasis in der Regierungspartei aufzubauen. Dadurch beförderten sie zwar einerseits eine informelle Parteisplaltung (*Haupt- und Anti-Hauptströmung*), trugen andererseits jedoch wesentlich zur fortgesetzten Dezentralisierung der Machtstrukturen an der Regimespitze bei (vgl. Punkt 3.2).

Für die taiwanesischen Unternehmerschaft standen vor allem ökonomische Interessen im Vordergrund. Ein außenwirtschaftlich und politisch - vor allem von den USA - isoliertes Taiwan, zudem bedroht durch soziale Spannungen und Instabilität aufgrund der Auseinandersetzungen mit einer stärker werdenden Opposition, hätte zu ökonomischen Rückschlägen führen können. Damit wären die generellen Kapitalverwertungsinteressen der Unternehmerschaft aber unmittelbar bedroht gewesen. Zudem, so mußte insbesondere das Großkapital befürchten, stand bei einer kontinuierlichen Legitimationserosion der Regimekoalition insge-



samt auch die eigene politische Macht auf dem Spiel. Im Unterschied zum Klein- und mittelständischen Kapital, das erst in den 80er Jahren zu einer politisch relevanten Kraft aufstieg und bis dahin klientelistisch an das Regime gebunden war, waren die Vertreter der taiwanesischen Konzerne und Großunternehmen schon immer an führender Stelle in Staat und Politik vertreten gewesen und konnten dort einen begrenzten Einfluß ausüben.

Diese Aussichten - gekoppelt mit der Gefahr einer militärischen Isolierung und einer Verschlechterung des ohnehin prekären Verhältnisses zur VR China - haben ohne Zweifel auch zahlreiche mächtige Konservative an der Parteispitze - einschließlich Chiang Ching-kuo selbst - zum Einlenken bewegt. Mitte der 80er Jahre blieb somit der konservativen Fraktion aus alten Militärs, Parteifunktionären und Technokraten kaum etwas anderes übrig, als den "demokratischen Weg" zu gehen - wobei es das historische Verdienst der umstrittenen Persönlichkeit Chiang Ching-kuos ist, sie von dieser Notwendigkeit letztlich überzeugt und ihr sich selbst nicht in autoritärer Machtverblendung verschlossen zu haben.

## 2. Die Bedingungen der demokratischen Transition 1986-1993:

Zum Zeitpunkt der Gründung der DFP im September 1986 war somit die Entscheidung für einen Reformkurs in der Regierungspartei bereits gefallen. Ungeachtet der Formierung und wachsenden Organisierung der politischen Opposition seit den 70er Jahren und zunehmender sozialer Proteste seit Anfang der 80er Jahre ist es deshalb richtig zu konstatieren, daß die taiwanesischen Transition zunächst weniger "von unten" erstritten als "von oben" gewährt wurde. Die *Tangwai*-Bewegung erreichte - trotz kurzzeitiger Mobilisierungserfolge - politisch nur eine Minderheit der Bevölkerung und beschränkte sich auf eine relativ kleine Gruppe oppositioneller Aktivisten. Die Regimekoalition kontrollierte alle gesellschaftlichen Ressourcen (Stichwort: Staatsbetriebe, Privatwirtschaft, Lokalfaktionen), die Arbeiterschaft stand unter rigider korporatistischer Kontrolle, und die Mehrheit der Bevölkerung war - nicht zuletzt bedingt durch das Medien- und Kulturmonopol der KMT - politisch unaufgeklärt, wenn nicht gar apathisch.

Die Einleitung der Transitionsphase war deshalb erstens eine Folge von langfristigen Machtumschichtungen innerhalb der Regimekoalition selbst und wurde in diesem Kontext durch eine veränderte Gruppenfiguration innerhalb derselben - sichtbar in der veränderten Zusammensetzung der politischen Spitzeneliten - induziert. Sie war zweitens eine Folge exogener bedingter Delegitimierungsfaktoren (US-Einfluß; Umbruch in den Philippinen; Rezession), die den anpassungsbereiten Reformkräften unter dem Schutz Chiang Ching-kuos endgültig zum Durchbruch verhalfen. Dabei setzten sich reformorientierte (taiwanesischen) Professionals und Unternehmer gegen konservative (festlandchinesische) Militärs, Parteifunktionäre und Technokraten durch.

Sobald jedoch die "autoritären Fesseln" gelockert waren, gewann die politische Opposition rasch an Boden und nutzte die gewonnenen Freiräume konsequent zu ihrer weiteren Organisierung. Unabhängige Professionals spielten dabei die wichtigste Rolle und setzten sich an die Spitze einer nun erfolgreicher auf die Mobilisierung breiterer Bevölkerungsschichten gerichteten Oppositionsbewegung. Sie trieben die Gründung und Institutionalisierung der zahlreichen, besonders nach 1986 überall entstehenden, neuen sozialen Protestbewegungen voran, sie waren bei der Aktivierung und Organisierung einer selbstbewußter werdenden taiwanesischen Arbeiterschaft federführend. Besonders aktiv war eine Gruppe radikaler Professionals, die den Aufbau von politisierten intellektuellenverbänden und neuen Zellen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung auf der Insel organisierte. Innerhalb der jungen DFP bemühten sich diese Kräfte (Stichwort: *New Tide*) um eine ideologische Straffung und Koordinierung der außerparlamentarischen Opposition unter dem Banner von *Tai-ku*.

Durch diese Entwicklung geriet die Regimekoalition ihrerseits innerhalb nur weniger Jahre unter starken endogenen Druck, dem sie immer wieder nachgeben mußte. Die von ihr seit 1986 initiierten Reformen beeinflussten insofern nicht nur ihr "Außenverhältnis" zur Opposition, sondern wirkten auch direkt auf das eigene Herrschaftsbündnis zurück. Das Ausscheiden der "alten Abgeordneten" und die kompletten Neuwahlen von Nationalversammlung und Legislativ Yuan, das Erstarren einer taiwanesisch dominierten *Hauptströmung* um den einheimischen Präsidenten Lee Teng-hui im zentralen Parteiapparat und der Aufstieg moderner professioneller Funktionsebenen auch auf den untergeordneten Regierungsebenen illustrierten die Verlagerung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse von den alten, konservativen strategischen Gruppen zu den neuen, reformorientierten Kräften.

War also die Transition erst einmal eingeleitet, verstärkte sich der Einfluß der vornehmlich aus kooptierten, modernen Professionals und Privatunternehmern zusammengesetzten Hauptströmung noch mehr und geriet das konservative *Anführerströmungs-Lager* unter der Führung von hohen Militärs, alten Parteifunktionären und einflussreichen Technokraten immer stärker in die Defensive. Der Reformprozeß durchbrach das zentralistische Kaderprinzip der KMT und vergrößerte den institutionellen Raum der politischen Entscheidungsfindung. Obwohl die Konservativen auch heute noch in den politischen Spitzengremien der Regierungspartei eine starke Kraft darstellen, haben die reformorientierten, modernen Professionals und Unternehmer die aus ihrem "akklamatorischen Dämmerzustand" erwachten Parlamente erobert und drängen mittlerweile auf den Zugang zu den letzten Bastionen der Altvorderen - die Spitzengremien der Partei. Ohne Zweifel spiegelt der heutige Machtkampf in der KMT damit auch die veränderten gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wider.

Die Ziele der Reformen in der Regimekoalition waren und sind jedoch durchaus ambivalent. Wie oben bereits angemerkt, fungieren sie zwar einerseits aufgrund ihres modernen gesellschaftlichen Hintergrundes (Stichwort: Mittelschichten)

und einer entsprechenden politisch-ökonomischen Orientierung (Stichwort: westliches Demokratieverständnis; freier Handel - auch mit der VR China!) als "natürliche Demokratisierungsgagenten". Taiwan ist aber andererseits auch ein klassisches Beispiel dafür, wie die Repräsentanten moderner strategischer Gruppen den "demokratischen Weg" konsequent dazu nutzen, die Führung im herrschenden Bündnis zu übernehmen und dabei durchaus auch undemokratische Wege zu gehen bereit sind. Die Korruptionspraktiken des taiwanesischen Privatkapitals und die ebenso korruptiven lokalen Klientelnetze der Professionals (vgl. Punkt 3.6.4.1 u. 3.6.4.3) sind dafür Beispiele. Oft war der Begriff "Demokratisierung" (*min-chu-hua*) nur ein Slogan, hinter dem politische Ränkespiele ausgetragen wurden und in dem Professionals und Unternehmer deshalb das bessere Ende für sich hatten, weil sie das Wort "Demokratie" unvorbelasteter in den Mund nehmen konnten als die alte Parteilite.

Die Aufhebung bzw. Revision der Landesverratsartikel und des Artikels 100 des Strafbuchgesetzes, die Abschaffung der Ausnahmegesetzgebung, die Neudefinition der gesamten Außen- und Chinapolitik, das Bekenntnis zum "Zwischenfall vom 27. Februar" und die de facto-Legalisierung der Unabhängigkeitsbewegung waren deshalb auch nur scheinbar Elemente eines sorgsam erdachten und pedantisch umgesetzten Reformprogramms einer aufgeklärten und geläuterten Partei. Oft standen dahinter politische Winkelzüge der Reformier im Machtzentrum, die aufgrund einer hohen demokratischen Legitimation ihre konservativen Gegenspieler konsequent zu isolieren und gleichzeitig der politischen Opposition das Wasser abzugraben trachteten. Demokratische Reformen waren hier sehr oft - ohne sie damit abwerten zu wollen - ein strategisches Mittel zu machtpolitischen Zwecken.

Ungeachtet dieser regimereinternen Auseinandersetzungen war die taiwanesishe Transition anfangs jedoch eine bewußte politische Maßnahme mit dem Ziel des Legitimationserhalts zugunsten des herrschenden Bündnisses insgesamt. In ihrem Verlauf offenbarte sich schließlich ein Machtpatt zwischen den strategischen und konfliktfähigen Gruppen, das eine Manipulierung der demokratischen Reformen zugunsten einer Seite unmöglich machte und deshalb ihre anhaltende Institutionalisierung beförderte. Keine strategische Gruppe war (mehr) stark genug, dem politischen Prozeß eine Richtung aufzuzwingen, und konnte daher nur bestrebt sein, soviel Einfluß wie möglich in die "demokratische Ära" hinüberzureiten. Andererseits war auch der Handlungsspielraum der konfliktfähigen Gruppen begrenzt, vor allem weil sich die Mobilisierung immer breiterer Bevölkerungsschichten für oppositionelle Ziele durch eine tiefverwurzelte politische Apathie und die allgemein als glaubwürdig perzipierte Reformpolitik der KMT schwierig gestaltete. Es rollte somit nicht jene "demokratische Welle" über den Inselstaat hinweg, die das alte Regime einfach mit sich fortriß. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der Politisierungsgrad der Bevölkerung ließen dies nicht zu. Andererseits war es jenes "strukturelle Machtpatt" zwischen in etwa gleichstarken gesellschaftlichen "power brokers" auf der Regime- und Opposi-

tionssseite, das eine nahezu gewaltfreie Transition hervorbrachte und die taiwanesishe Demokratisierung nicht in ein politisches Nullsummenspiel der beteiligten Akteure, Gruppen und Interessen verwandelte.

### 3. Gegenwärtiger Konsolidierungsgrad und Zukunftsperspektiven der taiwanesischen Demokratie

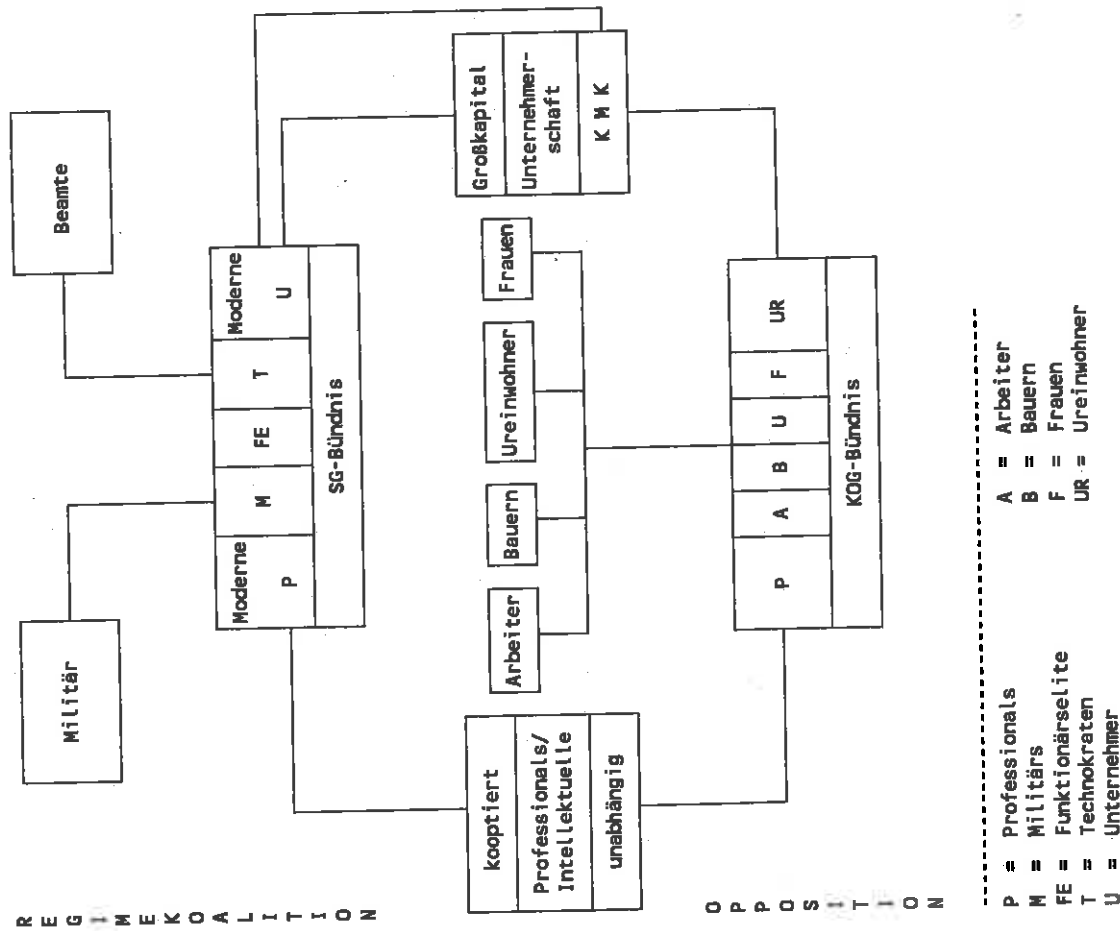
Was ist nun hinsichtlich des gegenwärtigen Konsolidierungsgrades und der Zukunft dieser noch jungen asiatischen Demokratie zu sagen? Welchen hauptsächlichsten Problemen und Gefahren sieht sie sich gegenüber? Dazu müssen zunächst noch einmal die - an den jeweiligen Ressourcenpotentialen gemessenen - derzeitigen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Regimekoalition und der politischen Opposition einerseits sowie zwischen beiden Lagern andererseits zusammenfassend betrachtet werden.

Innerhalb der Regimekoalition (vgl. Schaubild 5-2) sind die - ethnisch klar taiwanesisch dominierten - kooptierten modernen Professionals (der zweiten Politkergeneration nach 1949) und das taiwanesishe Privatkapital die heute führenden strategischen Gruppen. Sie stellen die übergroße Mehrheit der parlamentarischen Eliten auf allen Verwaltungsebenen und dominieren mittlerweile auch die KMT-Funktionärselite im zentralen Partei- und Regierungsapparat. Allerdings entfaltet sich die Macht der Unternehmer vor allem jenseits der politischen Institutionen (vgl. unten).

Obwohl die modernen Professionals an der Regimespitze lange Zeit im Schatten der Militärs, der Technokraten und der alten Funktionärselite standen, waren sie auf den untergeordneten politischen Ebenen - in der Provinzversammlung und den lokalen Parlamenten - schon in der autoritären Ära eine wichtige politische Kraft. Die erfolgreiche Kooptierung dieser Professionals, die zumeist in einflussreiche lokale Beziehungsgeflechte eingebunden waren (Stichwort: Lokalfaktoren), erleichterte dem KMT-Regime nicht nur die Implementierung seiner Politik bis an die lokale Basis. Da es sich hier in erster Linie um taiwanesishe Eliten handelte, wurde das Regime zusätzlich mit einer erheblichen (Wähler-) Legitimation ausgestattet. Zwar waren die Professionals somit Teil des herrschenden Bündnisses, doch war ihre relative Machtposition anfänglich eher schwach.

Die anhaltende Rekrutierung moderner Professionals in die politischen Spitzenorgane von Partei und Staat seit den frühen 70er Jahren führte dann jedoch allmählich zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Regimekoalition und zwar zum Nachteil der festlandchinesischen, alten strategischen Gruppen. Die modernen Professionals bildeten heute das Rückgrat der Hauptströmung um Präsident Lee Teng-hui, verhalfen aber teilweise auch der konservativen Anti-Hauptströmung zu ihrem immer noch beträchtlichen politischen Gewicht (vgl. unten). Dabei haben sich viele Professionals über nebenberufliche Manager- und

Schaubild 5-2: Gruppenfiguration in der Transitionsphase (1986-93)



Direktorenposten zu Interessensachwaltern des Großkapitals machen lassen oder kooperieren über ihre lokalen Faktionsbindungen eng mit dem Klein- und mittelständischen Kapital (KMK) (vgl. Punkt 3.6.4.1). Grund dafür ist vor allem die "freie" Wahlkampffinanzierung der parlamentarischen Professionals, die heute stärker als je zuvor von den Zuweisungen und Spenden der taiwanesischen

Unternehmenskraft abhängig sind. Allerdings konnten auch zahlreiche Professionals vom Privatkapital kooptiert werden, die ausschließlich als Partiefunktionsäre arbeiten. Im Ergebnis führt diese Kooperation zwischen Professionals und Unternehmern dazu, daß die staatlichen Institutionen privaten Geschäftsinteressen zunehmend nutzbar gemacht werden.

Ähnliches gilt für die alte Funktionsärselite mit ihrer Kontrolle über die privaten KMT-Unternehmen, die Planungstechnokraten mit ihrem Zugriff auf die Staatsunternehmen und das Militär mit seinem exklusiven Besitz an den der VACRS angegliederten Firmen: Der Staats- und Parteiapparat als gemeinsame institutionelle Basis der Regimekoalition wird auch in der demokratischen Ära nicht nur zur politischen Machtausübung, sondern ebenso als Instrument einer beispiellosen Kartellisierung der taiwanesischen Binnenwirtschaft zugunsten der herrschenden strategischen Gruppen genutzt (Stichwort: private Firmengründungen zwischen den Staatsunternehmen und dem Privatkapital, zwischen KMT-Unternehmen und der VACRS etc.; vgl. z.B. Punkte 3.3, 3.5.2). So gelingt es dem herrschenden Bündnis, den durch die politische Liberalisierung bedingten tendenziellen Machtverlust in den politischen Institutionen durch die Gewinnung umfangreicher materieller Ressourcen zu kompensieren und damit den politischen Prozeß wiederum in seinem Interesse zu beeinflussen (Stichwort: finanzielle Wahlkampffunterstützung; Einflußnahme auf die parlamentarische Ausschlußarbeit etc.). Hier hat die Opposition substantielle Nachteile zu überwinden - vier Jahrzehnte eines autoritären Korporatismus lassen sich nicht innerhalb von sieben Jahren überwinden und institutionell entflechten.

Dennoch ist es keinesfalls so, daß das KMT-Regime heute ein stabiles Bündnis der beteiligten strategischen Gruppen darstellt. Vielmehr toben innerhalb der Regimekoalition heftige Machtkämpfe, die nicht nur als "Oberflächenphänomene" - so z.B. in der Auseinandersetzung zwischen Haupt- und Anti-Hauptströmung im zentralen Parteiapparat der KMT oder in ihren Parlamentsfraktionen - dargestellt werden dürfen, sondern zunächst als prinzipielle Neufigurierung der "Allianz der Mächtigen" interpretiert werden müssen.

Bei diesen Konflikten präsentiert sich die Unternehmerschaft mittlerweile als die einflußreichste strategische (bzw. in Teilen auch konfliktfähige) Gruppe in Staat und Gesellschaft Taiwans. Der politische und ökonomische Einfluß des Großkapitals ist dabei als besonders hoch einzuschätzen, wie nicht nur die engen wirtschaftlichen Verflechtungen führender taiwanesischer Konzerne mit den Staats- und Parteunternehmen, sondern auch mit zahlreichen vom Militär kontrollierten Firmen zeigen. Zudem ist es das Großkapital, das heute den größten Druck auf die Regierung ausübt, den öffentlichen Sektor neu zu strukturieren. Während früher die Planungstechnokratie mit Hilfe der Staatsbetriebe die Wirtschaft Taiwans oligopolisierte und das noch junge binnenmarktorientierte Privatkapital durch die Übertragung von Teilmonopolen aus dem Staatssektor oder den Aufbau von Zuliefererindustrien klientelistisch an sich band, so steht dieses Verhältnis heute geradezu auf dem Kopf. Weil das Privatkapital insgesamt in der Re-

gimekoalition mittlerweile eine führende Rolle spielt, stehen die Staatsunternehmen und die staatlichen Monopole unter Privatisierungsdruck; dem Großkapital geht es in diesem Kontext einerseits darum, seine privilegierte binnenwirtschaftliche Position durch den Erwerb strategischer Staatsunternehmen auszubauen, andererseits das KMK aus bestimmten Marktbereichen (Stichwort: Bauwirtschaft) weiterhin auszuschließen - und in diesem Fall auch massiv Front gegen jede zu weitgehende Privatisierungspolitik zu machen. Mit anderen Worten: Die taiwanesischen Großunternehmer streben nach der exklusiven Übernahme der kompletten Macht auf dem taiwanesischen Binnenmarkt.

Aber auch das KMK hat seit den 80er Jahren aufgrund seiner hohen Legitimationsfunktion für das Regime - Taiwan ist heute stärker denn je von seiner Exportwirtschaft abhängig und die KMT braucht unverändert stark die Kooperation der Lokalfaktionen für ihre Wahlerfolge - ein politisches Mitspracherecht in der Regimekoalition erworben. Die durch US-amerikanischen Druck erzwungene Wirtschaftsliberalisierung - und hier vor allem die Implementierung eines freien Kapitalverkehrs mit der damit verbundenen "Legalisierung" von Kapitalflucht - hat die Machtressourcen des KMK beträchtlich erhöht. So wurde auch die Neuformulierung der taiwanesischen Chinapolitik vom KMK in jedem Fall indirekt beeinflusst, als es sich von allen Verboten und Appellen nicht abhalten ließ und seit Mitte der 80er Jahre eine Investitionsoffensive auf dem chinesischen Festland startete. Dadurch setzte es Fakten, die die konservative Parteiführung zur Adjustierung ihrer Politik gegenüber Peking zwingen und fortgesetzt zwingen.

Zwar haben sich Teile des KMK auch auf die Seite der politischen Opposition geschlagen, wobei nicht zuletzt die "politisierte Ethnizität" (R. Tetzlaff) - der Gegensatz zwischen Taiwanern und Festlandchinesen - eine entscheidende Rolle spielen dürfte. Vor allem in den Provinz-Hochburgen der DPP in Zentral- und Südtaiwan kann die Opposition mittlerweile auf die finanzielle Hilfe einiger taiwanesischer Unternehmer zählen. Allerdings geschieht dies bisher noch eher im Verborgenen und ist zudem primär taktisch bedingt: Die Gefahr nämlich, daß Teile der Unternehmensschaft durch eine Unterstützung oppositioneller Politiker das Regime weiter in die Defensive bringen könnten, stärkt die relative Machtposition des Privatkapitals im herrschenden Bündnis und wird daher auch systematisch als "Verhandlungsressource" eingesetzt.

Allerdings ist es nicht so, daß Taiwans Unternehmer diese Strategie "überreizen" können. Ungeachtet seiner neuen Bedeutung darf sich vor allem das KMK aufgrund seiner strukturellen Ressourcenknappheit - geringes Eigenkapital, hohe Sektormobilität, unzureichender organisatorischer Einfluß - politisch nicht zu weit von den anderen strategischen Gruppen entfernen. Zudem hat die Planungstechnokratie noch immer einige wirkungsvolle Instrumente (Kreditsteuerung, Exportquotierung, Steuerfahndung etc.) an der Hand, um politisches Wohlverhalten ratsam zu machen. Natürlich gilt dies weniger für das kapitalstarke und zu umfangreichen Auslandsinvestitionen fähige Großkapital, aber dessen Wunsch nach politischer und sozialer Stabilität und seine langjährigen Verbindungen zum KMT-Establishment machen es ohnehin zu einem konservativeren Faktor auf der Insel.

Zweifellos sind das Privatkapital und die "modernen" Professionals im Staats- und Parteiapparat prinzipiell an der Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses interessiert, dessen Einleitung sie schließlich selbst in der Regimekoalition durchgesetzt haben und dessen Implementierung sie ihren rasanten politischen Aufstieg in den letzten Jahren verdanken. Über Tempo und Richtung der damit verbundenen Reformen wird heute allerdings erhebelich gestritten. So gibt es mittlerweile eine einflussreiche Professional-Fraktion aus *Tung-i*-orientierten, zumeist festlandchinesischen Nachwuchspolitikern, die - zumindest in der Frage nach der politischen Zukunft der Insel - ideologisch dem Militär und der alten, konservativen Parteilite nahe stehen (Stichwort: New Kuomintang Alliance; Anti-Hauptströmung). Diese Allianz kann auf nicht unerhebliche privatwirtschaftliche (Stichwort: VACRS, vgl. Punkt 3.5.2) und politische (Stichwort: HFHTP, vgl. Punkt 3.5.3) Ressourcen zurückgreifen und besitzt daher noch immer (oder wieder?) einen beachtlichen Einfluß. Tendenziell wird sie wohl auch von Teilen der Planungstechnokratie und der taiwanesischen Beamten-schaft in der Regierungsverwaltung und den Staatsbetrieben unterstützt. Die hier anzutreffende, konservative Gesinnung hängt vor allem mit der von der Hauptströmung vorangetriebenen Privatisierung des öffentlichen Sektors und der personellen Stützung des öffentlichen Dienstes zusammen (vgl. Punkt 3.4): Für die Planungstechnokratie bedeutet dies eine Beschneidung ihrer ureigenen Ressourcenbasis und deshalb einen Verlust an Macht und Einfluß, für die untere und mittlere Beamtenschaft sind damit vor allem materielle Einbußen verbunden.

Allerdings verschließt sich auch das konservative Lager keinesfalls einer Demokratisierung des politischen Systems, zumal diese bereits 1986 definitiv entschieden worden ist. "Konservativ" im taiwanesischen Kontext bedeutet heute ohnehin vielmehr die Wahrung einer relativen Machtposition in einem sich neu figurierenden Herrschaftsbündnis als das Beharren auf alten ideologischen Positionen. Zwar markiert - ungeachtet der offiziell nach wie vor gültigen Ein-China-Politik der Regierung - der Gegensatz zwischen *T'ai-tu*-Sympathisanten bzw. Verfechtern einer Status-quo-Politik einerseits und *Tung-i*-Anhängern andererseits eine wichtige ideologische Scheidelinie sowohl in der Regimekoalition insgesamt als auch in der unmittelbaren Staats- und Parteispitze selbst; noch wichtiger scheint aber in diesem Kontext das tiefe Mißtrauen der von der völligen politischen Isolierung bedrohten festlandchinesischen Kräfte gegenüber der unaufhaltsamen "Taiwanisierung" von Staat und Gesellschaft zu sein. Wie bereits gesagt, handelt es sich bei den heute einflussreichsten strategischen Gruppen - der Unternehmerschaft und den modernen Professionals - nahezu ausschließlich um taiwanesische Kräfte.

Bei den konfliktfähigen Gruppen der politischen Opposition dominieren klar die unabhängigen Professionals. Nicht zuletzt die herausragende Bedeutung der Intelligenz in der chinesischen Gesellschaft kompensiert hier das - vor allem durch finanzielle Ressourcenknappheit bedingte - "strukturelle Defizit" des Konfliktpotentials breiter Teile dieser Gruppe. Professionals stehen an der Spitze der parlamentarischen (Stichwort: Demokratische Fortschrittspartei) und der immer

stärker sich entfaltenden außerparlamentarischen Opposition Taiwans. Ihr hohes Sozialprestige, ihre an demokratischen Prinzipien orientierte Weltansicht und eine daraus entspringende ideologische Kohärenz, aber auch ihre teilweise guten Verbindungen zur KMT und eine große Bereitschaft zu aktivem politischen Engagement sind dafür hauptsächlich verantwortlich. Sie haben sich in zahlreichen Intellektuellenverbänden organisiert (vgl. Punkt 4.3.2), dominieren die Unabhängigkeitsbewegung (vgl. Punkt 4.3.3) und stellen die Führungseliten der sozialen Protestbewegungen (vgl. Punkt 7.4). Nicht selten ist es dabei gerade in letzterem Falle so, daß die unmittelbaren Interessen von Bauern, Ureinwohnern, Frauen oder Umweltschützern weiterreichenden Zielen von Professionals untergeordnet werden und soziale Protestbewegungen insofern als Mobilisierungskanal für die reformpolitische Auseinandersetzung mit dem KMT-Regime fungieren.

Zwar beginnt sich auch die taiwanesishe Arbeiterschaft zu formieren und könnte in den nächsten Jahren zu einer eigenständigen politischen Kraft heranwachsen. Einstweilen jedoch werden ihre wenigen nicht-korporatistischen Organisationen - die freien Gewerkschaften und überregionalen Arbeiterorganisationen - von Professionals angeführt, die nur selten einen "proletarischen Hintergrund" besitzen.

Entscheidend für die Einschätzung des zukünftigen Einflusses der politischen Opposition auf den Demokratisierungsprozeß ist vor allem die ideologische Spaltung der Professionals in der Unabhängigkeitsfrage. Dabei hat sich in dieser Untersuchung gezeigt, daß sich der gemäßigste Flügel aus eher etablierten Professionals in gesicherter sozialer Lage - vor allem Hochschulprofessoren, akkreditierte Wissenschaftler, gutverdienende Rechtsanwälte, Ingenieure und Mediziner etc. - rekrutiert. Sie verfolgen in ihrer Interessenwahrnehmung dezidiert sachorientierte Ziele und bemühen sich deshalb auch um eine weitgehende Entideologisierung der Auseinandersetzung mit der KMT (Stichwort: Verbraucherschutzbewegung). Nicht selten unterstützen sie auch explizit deren reformorientierte Kräfte. Die gemäßigten Professionals sind quantitativ sicherlich die größte Gruppe in der politischen Opposition Taiwans, sowohl innerhalb der DFP als auch der außerparlamentarischen Organisationen. In bezug auf die letzteren führt jedoch eine sehr heterogene und partikuläre Interessenstruktur, eine auswegendere "ethnische Zusammensetzung", eine nicht selten anzutreffende parteipolitische Zugehörigkeit zur KMT sowie eine - aus all dem resultierende - unterschiedlich akzentuierte Haltung zur Unabhängigkeitsfrage dazu, daß übergreifende Aktionsbündnisse nicht zustande kommen.

Es fällt auf, daß an der Spitze des radikalen Flügels innerhalb der Opposition viele sozial ungesicherte Professionals (Studenten, unterbeschäftigte oder arbeitslose Akademiker, Intellektuelle und soziale Aktivisten) bzw. solche Akteure stehen, die sich - nicht zuletzt aufgrund politischer Verfolgung - früher einmal in dieser Situation befunden haben. Dazu gehören z.B. führende New Tide-Vertreter der DFP sowie der Unabhängigkeitsbewegung und großer Teile der sozialen

Protestbewegungen. Ungeachtet des gleichzeitig ebenfalls hohen Anteils etablierter Professionals in den Reihen der radikalen Opposition, scheint der Unterstützungsgang für *T'ai-tu* damit in einem Wechselverhältnis zur individuellen ökonomischen Situation der unabhängigen Professionals zu stehen. Anders ausgedrückt: Die von der staatlichen Kooperationspolitik am meisten ausgeschlossenen und (gleichzeitig) von staatlicher Repression früher am heftigsten betroffenen Aktivisten stellen die politische Legitimation der Regimekoalition - vermittelt über das *T'ai-tu issue* - auch am nachhaltigsten in Frage. Abgesehen davon trägt die Tatsache, daß der radikale Flügel hauptsächlich aus taiwanesischen Kräften besteht, weiterhin zu einer Polarisierung bei.

*T'ai-tu* kann dabei überaus "kostengünstig" und erfolgversprechend als oppositionelle Mobilisierungsressource instrumentalisiert werden, denn die Brisanz des nachwirkenden "ethnischen" Konfliktes auf Taiwan darf auch heute keinesfalls unterschätzt werden. Zwar haben sich die Modernisierungserfolge der KMT - nicht zuletzt durch deren jahrzehntelange "mediengerechte Aufarbeitung" ihrer Entwicklungsleistungen - im kollektiven Gedächtnis der Taiwanesen verankert, aber auch die Erinnerung an die Geschehnisse von 1947 und die anschließenden Repressionen in der Ära des "Weißen Terrors" sind auf der Insel präsent. Die Unterdrückung der einheimischen Mehrheit durch ein festlandchinesisches Minoritätsregime ist kein abgeschlossenes historisches Kapitel. *T'ai-tu* bewegt sich daher in einem gewissen Spannungsfeld von taktischer Mobilisierung und ideologischer Überzeugung. Weil jedoch der erste Aspekt mittlerweile überwiegt (vgl. Punkt 4.2), ist auch die Gefahr des politischen Extremismus auf Taiwan weitgehend gebannt.

Tatsächlich ist auch die radikale Opposition heute bereit, sich den vom Regime vorgegebenen "demokratischen Spielregeln" anzupassen. Von einer allzu forschen *T'ai-tu*-Rhetorik hat sich die New Tide-Fraktion der DFP spätestens nach den Parlamentswahlen von 1992 distanziert. Auch in ihren Reihen läßt sich das Wort "Status quo" heute öfters vernehmen. Die Unabhängigkeitsbewegung hat sich einer langfristigen Basisstrategie verschrieben, die friedlich um eine derzeit zweifellos noch fehlende - breite gesellschaftliche Unterstützung für eine unabhängige Republik Taiwan werben will. In letzter Zeit wird sie von den moderaten Kräften innerhalb der DFP sogar politisch unter Druck gesetzt und zur Auflösung aufgefordert - die Ziele seien die gleichen, warum also unnötig Kraft verschwenden? Letztlich geht es auch den radikalen, ideologischeren Organisationen der sozialen Protestbewegungen (v.a. der Umweltschutzbewegung und der Bauernbewegung) um praktische politische Verbesserungen, selbst wenn sie das Fehlen von *T'ai-tu* und einer wirklichen Souveränität der Taiwanesen immer wieder als das grundlegende Übel definieren, an dem sich alle sozialen Probleme Taiwans entzünden.

Es läßt sich daher mit einigem Recht sagen, daß die Unabhängigkeitsfrage derzeit einen "Säkularisierungsprozeß" durchläuft, der ihr politisches Mobilisierungspotential abschwächt. Zwar schließt sich der *T'ai-tu*-Flügel im *New Tide*-

System (vgl. Punkt 4.6) auf der außerparlamentarischen Ebene seit geraumer Zeit enger zusammen und wirkt damit dieser Säkularisierung entgegen; doch es besteht einiger Grund zu der Annahme, daß *T'ai-tu* in den Reihen der radikalen Opposition heute eine ähnliche Rolle spielt, wie sie für die Ein-China-Politik aufseiten der Regimekoalition angedeutet wurde - nämlich die einer ideologischen Verbrämung von intraelitären Machtinteressen. Sollte es z.B. der New Tide-Faktion gelingen, den *T'ai-tu*-orientierten, außerparlamentarischen Widerstand noch stärker zu bündeln, so wird dies zweifellos auf ihre Machtposition innerhalb der DFP rückwirken. Ob die DFP in der Folge die Unabhängigkeitsfrage tatsächlich stärker auf die Tagesordnung setzen würde als heute, ist hingegen eine offene Frage.

Die vor 1986 stark erodierende Herrschaftslegitimation des Regimes ist durch die politischen Reformen überraschend schnell wiederhergestellt worden. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern ist die KMT in der postautoritären Ära nicht abgewählt worden. Das hat ihre Bereitschaft erhöht, sich konsequent auf den "demokratischen Wettbewerb" einzulassen. Ohne Zweifel hat die radikale Opposition ihr politisches Gewicht verstärkt. Doch auch sie ist, wie gezeigt, offenkundig nicht bereit, den erreichten Grad an Freiheit und Demokratie durch eine kompromißlose *T'ai-tu*-Strategie zu gefährden. Zwar muß sie keinesfalls mehr die autoritäre Vergeltung der KMT-Konservativen fürchten, wohl aber eine militärische Intervention von der anderen Seite der Taiwan-Straße. In dieser Beziehung sitzen beide Seiten - Regime und Opposition - in einem Boot. Darüber sind sich Taiwans Politiker auch durchaus im klaren. Sollte sich das Verhältnis zur VR China also nicht dramatisch verschlechtern, so bestehen gute Aussichten für eine endgültige Konsolidierung der taiwanesischen Demokratie. Die Erfolge in der offiziellen Chinapolitik in den letzten Jahren (vgl. Punkt 1.2.2) sprechen - zumindest was die taiwanesischen Anstrengungen in dieser Richtung anbelangt - eigentlich dafür.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß sieben Jahre demokratischer Praxis - mit regelmäßigen und mittlerweile auch für alle politischen Gremien vollständig durchgeführten Wahlen, einem institutionalisierten Parteienpluralismus und einem den üblichen Kriterien genügenden Parlamentarismus, Presse- und Organisationsfreiheit sowie einer auch von Oppositionellen kaum mehr angezweifelten, unabhängigen Justiz - die taiwanesishe Demokratie schon heute bemerkenswert stabil erscheinen lassen. Entscheidend für ihre Solidität ist in erster Linie das relative "Machtpatt" zwischen den strategischen Gruppen der Regimekoalition und den konfliktfähigen Gruppen der Opposition. Keine Seite kann sich ohne die Gefahr ihrer eigenen Delegitimierung politisch zu weit nach vorne wagen, besitzt aber umgekehrt genügend Machtressourcen bzw. Konfliktpotentiale, ihre Interessen mit Aussicht auf Erfolg ins Rennen zu werfen. Gleiches gilt für das Verhältnis der einzelnen strategischen Gruppen innerhalb der Regimekoalition zueinander, deren Machtressourcen noch immer als wesentlich stärker als die der Opposition eingeschätzt werden müssen.

Es war das im Zuge der innerparteilichen Positionskämpfe an der Regimespitze entstehende Machtvakuum, das der politischen Opposition nach 1986 den entscheidenden Spielraum zu einer raschen gesellschaftlichen Formierung gab und sie heute sogar zu attraktiven Bündnispartnern von Teilen der KMT macht. Hier ist z.B. an die - zumeist taktisch bedingte - Mitwirkung vieler kooperierter Professionals der Regierungspartei in der außerparlamentarischen Opposition zu denken oder an die parlamentarische Zusammenarbeit von regierungskritischen KMT-Kräften mit der DFP, etwa bei der Verabschiedung des sog. Sonnenscheingesetzes (vgl. Punkt 3.6.4.1). Auch ist absehbar, daß das Privatkapital in zunehmendem Maße die DFP unterstützen wird, die aufgrund ihrer wachsenden Abgeordnetenquoten in den verschiedenen Parlamenten immer stärker den politischen Entscheidungsprozeß beeinflusst. All dies wird sich aufgrund der damit verbundenen machtpolitischen Dezentralisierungsprozesse positiv auf die Konsolidierung der taiwanesischen Demokratie auswirken.

Dennoch sollte man das Bild nicht zu rosig malen, denn es drohen unvermindert Gefahren jenseits der *T'ai-tu*-Problematik und der Bedrohung durch die VR China. In mancher Hinsicht muß nämlich die Behauptung einer austarieren Machtbalance der politischen Kräfte Taiwans mittlerweile eingeschränkt werden. Die relative Deprivation der taiwanesischen Arbeiterschaft, der Landbevölkerung und anderer sozialer Randgruppen (Ureinwohner, die kleinen Gewerbetreibenden des informellen Sektors etc.) schreitet voran. Die Einkommensschere klappt seit einigen Jahren weiter auseinander und droht die weltberühmte homogene Einkommensverteilung Taiwans auszuhebeln. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich somit, ohne daß diese Entwicklung derzeit bereits dramatisch zu nennen wäre. Dennoch liegt hier ein gesellschaftliches Spannungspotential verborgen, das sowohl KMT als auch DFP um der so dringend benötigten politischen Stabilität willen keinesfalls aus den Augen verlieren dürfen.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Verflechtung von Wirtschaftsinteressen und Politik. Das taiwanesishe Privatkapital schießt sich derzeit an, den gesamten politisch-ökonomischen Apparat der Insel seinen Interessen zu unterwerfen und schreckt dabei auch nicht vor illegalen Methoden zurück. Es wäre der Inselrepublik zu wünschen, einige "demokratische Auswüchse" japanischer und südkoreanischer Macht zu verhindern zu können, damit die Korruption nicht zur gängigen politischen Praxis wird. Letztlich - und hier ist nicht nur ein formaler Aspekt demokratischer Herrschaft berührt - muß auch die Frage nach dem zukünftigen Verfassungssystem Taiwans zügig geklärt werden. Derzeit ist immer noch nicht sicher, ob der nächste Präsident direkt oder - wie gehabt - indirekt gewählt werden soll. Dies wird jedoch unmittelbare Konsequenzen für das Machtverhältnis zwischen Exekutiv Yuan, Legislativ Yuan und Präsidialamt haben. Ist diese Frage beantwortet und damit die seit 1991 schrittweise durchgeführte Verfassungsreform zu ihrem Abschluß gebracht, könnten die Präsidentschaftswahlen 1996 - wenn sie nicht schon früher stattfinden - den endgültigen Schlußpunkt der demokratischen Transition Taiwans markieren.

## 6 Schlußbemerkungen

Vom 16. bis zum 22. August 1993 hielt die KMT ihren 14. Parteitag ab.<sup>1</sup> Wie erwartet, gingen die Kräfte der Hauptströmung um Präsident Lee Teng-hui gestärkt aus den Auseinandersetzungen dieser ereignisreichen Tage hervor. Dies hatte der Präsident jedoch bereits einige Monate vorher durch einen ebenso einfachen wie wirkungsvollen Schachzug sichergestellt, als er die direkte Nominierung von 700 sog. "natürlichen" Parteitagsdelegierten (*tang-jan tang-tai-piao*) durchsetzte. Bei ihnen handelte es sich um 500 gewählte Parlamentarier aller Verwaltungsebenen und die 200 vollen und alternierenden Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der KMT. Zwei Drittel dieser ohne jedes parteinterne Wahlverfahren ernannten, größtenteils taiwanesischen Delegierten galten als offene Befürworter der Politik Lees. Die Maßnahme genügte, um zusammen mit den der Hauptströmung zuzurechnenden Kräften innerhalb der restlichen 1.400 Kongreßteilnehmer, welche durch verschiedene Parteigremien gewählt wurden, eine ungefähre Stimmenmehrheit zu erlangen. Das zeigte sich vor allem bei den Wahlen zur Neubesetzung des ZEK und seines Ständigen Ausschusses.

Zunächst aber wurde Lee Teng-hui mit 1.686 Stimmen (82,5 Prozent) erneut - und erstmals in der Geschichte der KMT in geheimer Abstimmung - zum Parteivorsitzenden gekürt. Bei der Wahl des neuen ZEK konnten sich anschließend 159 (75,7 Prozent) der von ihm nominierten 210 Kandidaten durchsetzen. Nur 59 schafften es ohne seine Unterstützung. Über 50 Prozent der Mitglieder des neuen ZEK gelten als eindeutige Parteigänger Lees, nur 17,6 Prozent sind für ihre dezidiert kritische Haltung gegenüber dem Präsidenten bekannt. Zum Vergleich: Im letzten Zentralkomitee sah sich die Hauptströmung noch mit einer innerparteilichen Opposition von knapp vierzig Prozent konfrontiert.

Von besonderer Brisanz war die Wahl des Ständigen Ausschusses des ZEK, des höchsten beschlußfassenden Parteigremiums. Erstmals wurden 16 der 31 Mitglieder in geheimer Abstimmung vom Parteitag gewählt, während der Präsident die restlichen 15 ernennen konnte. Geht man davon aus, daß die sechzehn gewählten Politiker aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nur mit Unterstützung der Hauptströmung in den Ständigen Ausschuss einziehen konnten und nach dem Kenntnisstand dieses Verfassers wenigstens sechs<sup>2</sup> der von Lee ernannten Mitglieder eindeutig seinem Lager zugerechnet werden müssen, so wird der neue Ständige Ausschuß zu über siebzig Prozent von der Hauptströmung dominiert.

Hinsichtlich des Ausbildungs-, Tätigkeits- und Organisationshintergrundes der Mitglieder dieses höchsten Parteiorgans wird der Trend der letzten Jahre weitgehend bestätigt (vgl. Tab. 6-1). Die (modernen) Professionals, bei denen es sich in vielen Fällen um langjährige Abgeordnete handelt und die die Trägergruppe der Hauptströmung sind, haben ihren Einfluß stabilisiert. Insgesamt sind nach

dem 14. Parteitag nunmehr 17 Mitglieder (54,8 Prozent) dieser Gruppe zuzurechnen.<sup>3</sup> Neun Mitglieder (29 Prozent) sind ausgewiesene Parteifunktionäre oder gehören zur alten Parteilite.<sup>4</sup> Diese Gruppe ist damit deutlich stärker vertreten als im letzten Ständigen Ausschuß - ein Indiz für das Bestreben Lee Teng-huis, die innerparteiliche Entscheidungsfindung noch stärker zu zentralisieren als früher, um damit wohl auch selbst mehr Einfluß nehmen zu können. Nur zwei Politiker (6,5 Prozent) kommen aus der Wirtschaft.<sup>5</sup> Die geringe Repräsentanz der Unternehmer ist aufgrund des in dieser Arbeit konstatierten Machtzuwachses des taiwanesischen Privatkapitals zwar etwas erstaunlich, kann aber nicht den generellen Trend seiner stärkeren Einflußnahme verdecken. So kommen im neuen ZEK nunmehr 10,5 Prozent der Mitglieder aus der freien Wirtschaft - gegenüber nur 0,04 Prozent im 13. ZEK von 1988. Wie auch im letzten Ständigen Ausschuß sind zwei Mitglieder direkt dem Militär zuzuordnen,<sup>6</sup> im 14. ZEK reduzierte sich ihr Anteil jedoch

von 11,7 auf 2,9 Prozent. Nur ein Mitglied des Ständigen Ausschusses kann als typischer (moderner) Technokrat<sup>7</sup> bezeichnet werden. Mit einem Durchschnittsalter von 60,6 Jahren ist der neue Ständige Ausschuß zudem der jüngste seit 1963.

**Tabelle 6-1: Berufs- und Organisationshintergrund der Mitglieder des Ständigen Ausschusses 1988 (13. ZEK) und 1993 (14. ZEK)**

	13. ZEK	14. ZEK
Professionals	16 (51,6%)	17 (54,8%)
Technokraten	6 (19,4%)	1 (3,2%)
Unternehmer	2 (6,5%)	2 (6,5%)
Parteifunktionäre	4 (12,9%)	9 (29,0%)
Militär(vertreter)	3 (9,6%)	2 (6,5%)
Total	31 (100%)	31 (100%)

Quelle: Vgl. Anmerkung 1 sowie Tab. 2-49 dieser Arbeit.

Obwohl der 14. Parteitag Lee Teng-hui und der Hauptströmung somit einen klaren Sieg über ihre innerparteilichen Gegner im Lager der sog. Anti-Hauptströmung bescherte, kann dies trotzdem nicht über deren unveränderte Veto-Position hinwegtäuschen. Dies zeigte sich vor allem an der vom Präsidenten gegen den anfänglichen Widerstand der Parteitagsmehrheit durchgesetzten Wahl von vier stellvertretenden Vorsitzenden. Mit diesem Schritt wollte Lee der KMT weitere Belastungen durch die Auseinandersetzungen mit den Parteikonservativen und den festlandchinesischen Nachwuchspolitikern ersparen, die im Vorfeld

des Kongresses bereits zur Abspaltung einiger renommiertester KMT-Parlamentarier und zur Gründung einer neuen Partei geführt hatten (vgl. unten). So wurden der einflußreiche frühere Generalstabschef, Verteidigungsminister und Premier Hao Po-t's'un, sowie der Präsident des Justizyuan Lin Yang-kang, dem der Wille zu einer Präsidentschaftskandidatur 1995/96 nachgesagt wird, nominiert. Beide spielten eine Schlüsselrolle bei der gegen Lee Teng-hui gerichteten innerparteilichen Kampagne im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1990 (vgl. Punkt 3.2.1).

Allerdings war Lee Teng-hui vorsichtig genug, zwei weitere Stellvertreter zu plazieren, die als seine eigenen Parteigänger gelten: Li Yuan-tzu, Vize-Präsident der Republik China, und Lien Chan, der derzeitige Premierminister. Zwar ist noch immer völlig unklar, welche konkreten Aufgaben diese vier stellvertretenden Parteivorsitzenden zukünftig übernehmen und welche politische Rolle sie spielen werden. In jedem Fall wird bei einem Entscheidungspunkt die Stimme Lee Teng-huis den Ausschlag geben. Obwohl also auch in diesem Punkt das Übergewicht der Hauptströmung zutage tritt - politisch machtlos ist die Anti-Hauptströmung noch nicht.

Aufsehen erregte die am 10. August 1993 vollzogene Gründung der New China Party (*hsin-tang*).<sup>8</sup> Damit hatten einige der schärfsten innerparteilichen Gegner Lee Teng-huis und der Hauptströmung der KMT endgültig den Rücken gekehrt. Es verwunderte kaum jemanden, daß es sich dabei um die führenden Mitglieder der New Kuomintang Alliance handelte,<sup>9</sup> die längst die Grenzen einer reinen Parlamentsfraktion überschritten und schon seit geraumer Zeit - so z.B. durch ihre Registrierung als politische Vereinigung - eine breitere gesellschaftliche Verankerung angestrebt hatten (vgl. auch Punkt 3.2.3). Mit dem Vorwurf an die Adresse der KMT und vor allem ihrer Hauptströmung, keine parteinterne Demokratie zuzulassen und sich völlig von der Wirtschaft korrumpieren zu lassen, begründete man den Austritt. Tatsächlich stand hinter der Entscheidung der bekanntesten Parlamentarier jedoch die Erkenntnis, sich politisch in der Regierungspartei nicht mehr durchsetzen zu können - weder inhaltlich noch in Personal- und Postenfragen.

Ob die New China Party eine politische Zukunft hat, muß abgewartet werden. Ohne Zweifel hat ihren Gründern das japanische Beispiel Pate gestanden, doch ist die KMT heute noch weit von der Situation entfernt, in der sich die Liberal-demokratische Partei (LDP) Nippons kurz vor ihrer Abwahl befand. Obwohl Korruption ein Problem darstellt, sind Skandale südkoreanischer oder japanischer Größenordnung auf Taiwan noch nicht bekannt geworden. Zwar gibt es verschiedene innerparteiliche Lager, doch weder ist der Faktionismus so institutionalisiert wie in Japan, noch bedrohen die zentrifugalen Tendenzen die Regierungsfähigkeit der KMT in ihrem Kern. Damit ist zwar nicht gesagt, daß die KMT auch nur mittelfristig ihre Abwahl verhindern kann; wenn es aber so kom-

men sollte, würde das wohl weniger an ihrer inneren Zerrissenheit und Ineffizienz liegen als an der Attraktivität der politischen Opposition für den taiwanesischen Wähler.

Tatsächlich ist die DFP auf dem Weg, sich zu einer veritablen Alternative zur KMT zu entwickeln. Das Bemühen der Partei, ihren internen Faktionismus zu begrenzen und sich stärker zusammenzuschließen, ist unverkennbar. Entscheidend verantwortlich dafür ist die Arbeit ihres ersten Vorsitzenden Hsu Hsin-liang, der klar erkannt hat, daß innere Geschlossenheit die erste und wichtigste Voraussetzung dafür ist, die KMT von der Macht zu verdrängen. Zwar ist Hsu im Zusammenhang mit dem - nach eigener Auffassung - eher schlechten Abschneiden der DFP bei den Lokalwahlen vom November 1993 zurückgetreten; doch gilt es als sicher, daß seine Politik fortgesetzt wird.<sup>10</sup>

Die Abspaltung der New China Party von der KMT könnte der DFP in die Hände spielen, falls die KMT-Dissidenten sich wirklich parteipolitisch zu etablieren in der Lage sind. Sie würden dann zuvorderst das Stimmpotential der Regierungspartei spalten, denn mit ihrer zentralen Forderung nach einer chinesischen Wiedervereinigung dürfte sich zukünftig kaum ein DFP-Wähler für die New China Party entscheiden. In der letzten Zeit haben sich sogar Spekulationen über eine Koalitionsregierung gegen die KMT in den Medien Taiwans Raum verschafft, obgleich dieses Thema von den politisch Aktiven selbst mit sehr viel Vorsicht angefaßt wird. Es bedarf mehr Zeit, bevor solche Gedankenspiele ernsthaft diskutiert werden können. Die Möglichkeit jedenfalls, daß die KMT auf demokratischem Wege von der Macht verdrängt wird, ist eine reale - und daß die Regierungspartei dies auch zuläßt, ist ebenso wahrscheinlich.

Es bleibt die oft diskutierte These anzusprechen, ob die politische Entwicklung auf Taiwan eine Modellfunktion für die Menschen des kommunistisch regierten chinesischen Festlandes besitze. Tatsächlich hat Taiwan bewiesen, daß Demokratie in einer chinesischen Gesellschaft machbar ist. Doch den größten Einfluß in der VR China entfaltet der Inselstaat nicht durch den Export seiner demokratischen Ideen, sondern allein mit seinem Kapital. Taiwanesishe Investitionen sind es, die die Regionalisierung und Dezentralisierung der politischen Entscheidungsstrukturen in Kontinentalchina befördern helfen. Besonders die prosperierenden chinesischen Küstenprovinzen streben nach größerer politischer Autonomie, um ihre Entwicklung eigenverantwortlich voranzutreiben. Hier liegt Taiwans effektivste (indirekte) Einwirkungsmöglichkeit, denn Demokratie hat auf dem Festland wohl nur dann eine Chance, wenn nicht nur seine sozioökonomische Entwicklung voranschreitet, sondern ferner die Pekinger Zentrale mehr Verwaltungshoheit an die Provinzen abzutreten gezwungen ist.

Die Macht des Geldes ist es deshalb wohl auch, was die Pekinger Führung am meisten an ihrer "abtrünnigen Provinz" fürchtet. Am 31. August 1993 veröffentlichte das Taiwanbüro beim Nationalen Volkskongress ein sog. "Weißbuch zur



Taiwan-Frage und der chinesischen Wiedervereinigung" (*T'ai-wan wen-t'i yü Chung-kuo te t'ung-i pai-p'i-shu*), in dem - ungeachtet der jüngsten Annäherungsschritte zwischen beiden Seiten - die VR China wieder einmal mit einer gewaltsamen Intervention in dem Inselstaat droht.<sup>11</sup> So heißt es in dem Weißbuch, das eine Mitgliedschaft Taiwans in der UNO kategorisch ablehnt und erneut für die Wiedervereinigung nach dem Prinzip "Ein Land-Zwei Systeme" (*i-kuo liang-chih*) plädiert, unter anderem wörtlich:

Die friedliche Wiedervereinigung ist das bereits beschlossene Leitprinzip der chinesischen Regierung; jede souveräne Regierung hat das Recht zur Anwendung jedes ihr notwendig erscheinenden Mittels, *einschließlich einer militärischen Lösung* (Hervorhebung G.S.), seine Souveränität und territoriale Integrität zu wahren. Die Anwendung aller Maßnahmen seitens der chinesischen Regierung zur Regelung der inneren Angelegenheiten Chinas unterliegt keinem Rechtfertigungszwang gegenüber irgendeinem ausländischen Staat und ist an keinerlei Versprechungen gegenüber irgendwelchen chinesischen Separatisten gebunden.<sup>12</sup>

Die Botschaft aus Peking ist somit unverändert eindeutig: Kapitalismus und Demokratie auf Taiwan werden geduldet, nicht aber der Anspruch auf eine wie auch immer bezeichnete Form staatlicher Eigenständigkeit. Taiwan muß also weiterhin vorsichtig taktieren und in seiner Chinapolitik auf die Faktoren Zeit und Hoffnung setzen: Zeit, damit sich die Wirtschaftsreformen in China vertiefen können und in der Konsequenz jene konfliktfähigen Gruppen (aus den Mittelschichten) hervortreten lassen, die zum Träger einer Demokratisierung avancieren könnten; und letztlich die Hoffnung, daß sich nach dem Tode des Patriarchen Teng Hsiao-p'ing die politischen und sozialen Spannungen in der VR China nicht in einem gewaltsamen Sturm entladen, der auch die Inselrepublik erreichen und ihre demokratischen Errungenschaften bedrohen würde.

#### Anmerkungen zu Kapitel 1:

- 1) Auslöser des Aufstandes war die Verhaftung einer Taiwanessin, die Zigaretten auf dem Schwarzmarkt feilbot, durch Beamte des staatlichen Monopollamtes. Als sich Passanten über die ruppige Behandlung der Frau entrüsteten und die Beamten angriffen, schossen diese in die Menge. Dabei kam ein Taiwanese ums Leben. Am nächsten Tag, jenem 28. Februar, versammelten sich Hunderte von Demonstranten vor der Monopolbehörde und verwüsten ein angrenzendes Polizeirevier. Später zog die aufgebrachte Menge zum Regierungssitz, wo die Sicherheitskräfte das Feuer eröffneten. Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich die zunächst begrenzte Protestwelle zu einer die ganze Insel erfassenden Revolte gegen die KMT-Herrschaft. Bei den tagelangen Unruhen und dem anschließend von den Truppen Chiang Kaisheks an der Bevölkerung verübten Massaker kam eine nicht genau bekannte Zahl von Taiwanesen, teilweise aber auch Festländern, ums Leben. Die von verschiedenen Autoren genannten Angaben schwanken dabei zwischen 2.000 und 20.000 Menschen. Zu den Hintergründen und dem Verlauf des Massakers vgl. u.a. Kerr 1965, Peng 1972, Weggel 1991, Whitome 1991, Lee Hsiao-feng 1991. Im Februar 1992 wurde auf Taiwan der erste offizielle Bericht der Regierung (Exekutiv Yuan 1992) über die Geschehnisse von 1947 veröffentlicht. Vgl. dazu auch den fast zeitgleich von Ch'ien Yung-hsing (1992) herausgegebenen Sammelband, der eine Art Antwort der kritischen Intellektuellen auf die Regierungsversion darstellt. Zur kritischen Diskussion über den offiziellen Report vgl. auch *Tzu-li tsao-pao*, 24. Februar 1992 und *Lien-ho-pao*, 1. März 1992.
- 2) Zur japanischen Kolonialpolitik auf Taiwan vgl. Barclay 1954; Goddard 1966; Mendel 1970; Gold 1986. Der chinesischkundige Leser halte sich v.a. an die politisch umstrittene, wissenschaftlich aber brillante Studie von Shih Ming 1980.
- 3) Vgl. hierzu U.S. Department of Defense 1971: *United States - Vietnam Relations 1945-1967*, Band 8, Washington, S. 226-264.
- 4) Über den Umfang der zwischen 1950 und 1967/68 geleisteten Militär- und Wirtschaftshilfe gibt es unterschiedliche Angaben. Nach regierungsmittlichen Quellen (u.a. in TSDB 1993) belief sich die Unterstützung auf insgesamt rund 1,5 Mrd. US-Dollar - eine Zahl, die auch von Jacoby (1966: 266) bestätigt wird. Darin dürfte jedoch die Militärhilfe nicht erfasst sein. Ho (1978: 110f) spricht von insgesamt 4,1 Mrd. US-Dollar, davon alleine 2,4 Mrd. Dollar Militärhilfe. Wu Ts'ung-min (1988: 145ff) wiederum beziffert die zwischen 1955 und 1968 geleistete Wirtschaftshilfe auf 1,7 Mrd. und die Militärhilfe auf 2,3 Mrd. US-Dollar. Legt man diese Zahlen zugrunde, dann machte der Beitrag der amerikanischen Hilfe im gesamten Unterstützungszeitraum zwischen 1955 und 1968 20 Prozent des jährlichen BSP aus (vgl. TSDB 1993). Zur Rolle und Bedeutung der US-Hilfe für Taiwan vgl. v.a. Jacoby 1966 und Scott 1979.

- 5) Im August 1958 bombardierte die VR China mehrere Wochen lang die von den KMT-Streitkräften gehaltene und schwer befestigte Insel Quemoy (*Chiu-men*), nur 25 Kilometer vor der südchinesischen Hafenstadt Xiamen gelegen. Obgleich diese Aktion militärisch fast wirkungslos war, sorgte sie für erhebliche Besorgnis in den USA, die an Quemoy ein besonderes strategisches Interesse hatten. Sie garantierten ihren militärischen Schutz für die Insel. Die Bombardierungen dieses "Außenpostens" des KMT-Regimes wiederholten sich zwar noch einige Jahre sporadisch, nahmen jedoch den Charakter eines Rituals an, mit dem die VR China eher propagandistische Ziele im Inland verfolgte.
- 6) Die "Drei Volksprinzipien" gehen auf eine Reihe seit 1905 publizierter Schriften und einer zusammenfassenden Vortragsreihe aus dem Jahr 1924 - kurz vor dem Tode Sun Yat-sens - zurück. Zum genauen Inhalt vgl. Sun 1963, 1981; eine politische Kommentierung findet sich in Krüger 1991: 72ff.
- 7) "Nationalismus" stand für die Emanzipation von den westlichen Kolonialmächten, "Volkswohlfahrt" galt als Leitprinzip beim Aufbau eines staatlich gelenkten Kapitalismus.
- 8) Offiziell ist die Zentralregierung primär für die Bereiche militärische Sicherheit, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung sowie auswärtige Beziehungen verantwortlich, während die in Chungking (Nantou - Kreis, Zentraltaiwan) ansässige Provinzregierung im Erziehungswesen, der sozialen Wohlfahrt und der ländlichen Entwicklung zuständig sein soll (vgl. *Republic of China 1990*: 109ff; Yen 1990: 153f). Tatsächlich besaß letztere jedoch nie einen von Taipei unabhängigen Handlungsspielraum.
- 9) 1951 waren die KMT-Mitglieder landesweit in insgesamt ca. 30.000 solcher Parteizellen zusammengefaßt (Liu 1987: 33). Es gab sie u.a. in Regierungsabteilungen und -büros, Unternehmen, Schulen und im Militär. Schon 1954, zwei Jahre nach dem offiziellen Ende der Parteireform, waren zudem 210.000 Militärangehörige (35 Prozent) Parteimitglieder (Tien 1989: 68).
- 10) Solche Angaben sind jedoch mit einer gewissen Skepsis zu beurteilen. Chang (1992: 90) referiert in seiner Arbeit die Zahlen anderer taiwanesischer Studien, denen zufolge noch 1969 lediglich knapp 40 Prozent der KMT-Mitglieder ethnische Taiwanesen gewesen sein sollen. Bis 1980 habe sich dieses Verhältnis jedoch schrittweise zugunsten der Taiwanesen verkehrt, die in diesem Jahr 60,73 Prozent der Mitglieder stellten. Gegenwärtig hat die KMT ca. zwei Millionen Mitglieder, wobei nach Auskunft ihres Hauptquartiers ca. 85 Prozent von einheimischen Taiwanesen gestellt werden.
- 11) Taiwan ist unterhalb der Provinzebene in sechzehn Landkreise (*hsien*) und fünf kreisfreie Städte (*shih*) - Taipei, Kaohsiung, Keelung, Taichung und Tainan - aufgeteilt. Taipei (seit 1967) und Kaohsiung (seit 1979) haben den Status einer regierungsunmittelbaren Stadt und unterstehen der direkten Verwaltung durch die Zentralregierung. Dies bedeutet, daß ihre Bürgermeister nicht gewählt, sondern ernannt werden. Unterhalb der Landkreise sind 228 ländliche und 61 kleinstädtische Gemeinden (*hsiang chen*) angesiedelt,

- die ihrerseits wieder in Dörfer (*ts'un*) und Gemeinschaften (*li*) untergliedert sind. Die Kreisstädte zerfallen in Stadtbezirke (*ch'ü*); *ts'un*, *li* und *ch'ü* wiederum bilden Nachbarschaften (*lin*); vgl. auch *Republic of China 1990*: 142, Weggel 1991: 144).
- 12) Die anti-kommunistisch orientierte CJP wurde am 2. Dezember 1923 von chinesischen Studenten in Paris gegründet und verbündete sich 1937 im japanischen Abwehrkampf mit der KMT. Die DSP etablierte sich erst 1946 in Shanghai und kooperierte ebenfalls eng mit Chiang Kai-shek. Beide Parteien zerstritten sich nach 1949 zunehmend und gewannen nie ein eigenes Profil. Zwar gelang es ihnen immer wieder, einige wenige Abgeordnete in die Parlamente zu schicken; doch wäre selbst der Ausdruck "loyale Opposition" nicht ausreichend, um ihre Unterordnung unter die KMT angemessen zu charakterisieren (vgl. auch *Republic of China 1988*: 151).
- 13) Ein besonders bekanntes Beispiel für diese willkürliche Praxis ist das Schicksal des heutigen Vorsitzenden der DFP, Hsu Hsin-liang, der in den 70er Jahren - nachdem er aus der KMT ausgeschlossen worden war - überraschend die Kreisvorsteherwahlen in Taoyuan gewann. Als er im Frühjahr 1979 in dieser Eigenschaft an einer illegalen Kundgebung der Opposition teilnahm, wurde er vom Justizyuan angeklagt und anschließend für zwei Jahre seines Amtes enthoben (vgl. Hsu Ts'e 1989: 135f).
- 14) Allerdings "explodierte" das Pro-Kopf-Einkommen nach 1986 regelrecht und erhöhte sich Ende 1992 auf offiziell 9.332 US-Dollar (TSDB 1993).
- 15) 1990 stand Taiwan weltweit an 15. Stelle beim Gesamthandelsvolumen, an 12. Stelle bei den Exporten, an 11. Stelle beim Handelsvolumen pro Kopf der Bevölkerung und an 5. Stelle beim BIP-Anteil desselben. Legt man den Exportanteil am BIP zugrunde, wird Taiwan gegenwärtig weltweit nur noch von Hongkong übertroffen (Statistisches Bundesamt 1991). Die Devisenserven der Zentralbank des kleinen Landes betrugen Ende 1992 82,3 Mrd. US-Dollar. Damit stand Taiwan zu diesem Zeitpunkt weltweit nur noch hinter Deutschland (*China aktuell* 3/93, S. 222).
- 16) Die jährliche Inflationsrate bei den Konsumgütern, die 1949 bei 3.000 Prozent angelangt war (!), verringerte sich im Durchschnitt der Jahre 1952-1972 auf 4,8 Prozent und lag zwischen 1973 und 1986 bei 9,0 Prozent; in der Transitionsphase (hier erfaßt: 1986-1992) wurden gerade noch 2,73 Prozent gemessen; die Arbeitslosenquote stand im Zeitraum 1952-1986 bei 2,53 Prozent im Jahresdurchschnitt, fiel im Zeitraum 1971-86 mit 1,9 Prozent jedoch geringer aus und betrug in der Transitionsphase (hier erfaßt: 1986-92) 1,81 Prozent durchschnittlich (TSDB 1993; *China aktuell*, 11/92, S. 828).
- 17) Nur einmal wurde das KMT-Regime in den ersten zwanzig Jahren seiner Herrschaft wirklich herausgefordert, als kritische festlandchinesische Intellektuelle um die Zeitschrift *Freies China* (*Tzu-you Chung-kuo*) 1960 versuchten, eine oppositionelle Partei zu gründen. Der Kopf der Autorengruppe, Lei Chen, wurde kurzerhand verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, seine Zeitschrift verboten und die neue Chinesische Demokratische

Partei (*Chung-kuo min-chu tang*) aufgelöst. Zur "Lei Chen-Affäre" vgl. den entsprechenden Bericht in *China News Analysis*, 2. Dezember 1969, Nr. 351 sowie Li Hsiao-feng 1991: 55ff. Aufsehen erregte 1964 auch der Fall P'eng Ming-mins, damals Professor an der renommierten Nationalen Taiwan-Universität. Nach der Abfassung einer "Erklärung zur Bewegung für die Selbstrettung der Taiwanesen" (*T'ai-wan-jen tzu-chiu yün-tung hsian-yen*), in der er für ein taiwanesisches Selbstbestimmungsrecht votierte, wurde er zusammen mit zwei Studenten verhaftet und des Landesverrats angeklagt. Auf internationalen Druck sah sich das KMT-Regime gezwungen, seine zehnjährige Haftstrafe in Hausarrest umzuwandeln. 1971 gelang P'eng die Flucht nach Schweden und später in die USA, wo er zu einem Führer der exilierten taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung wurde. Im November 1992 kehrte der rehabilitierte P'eng nach Taiwan zurück (vgl. *Tzu-ü chou-pao*, 6. November 1992; zu seinen politischen Ansichten vgl. Peng 1972).

18) Diese Klausel - sie erklärt Taiwan zu einem integralen Bestandteil Chinas und die Lösung der Taiwan-Frage zu einer rein innerchinesischen Angelegenheit - muß von jedem Staat akzeptiert werden, will er diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnehmen.

19) Die unwirtlichen, felsigen *Tiao-ü-f'ai*-Inseln waren jahrhundertlang von chinesischen Fischern als Refugium genutzt worden. Als 1968/69 große Ölvorkommen in den umliegenden Gewässern entdeckt wurden, begannen sich Taiwan und Japan um ihre systematische Erschließung zu bemühen. Der Streit, in den sich später auch die VR China einschaltete, ist bis heute noch nicht endgültig beigelegt (vgl. Weggel 1991: 229f).

20) Tatsächlich wurden bereits 1969 erstmals neue Abgeordnete in den Legislativ Yuan und die Nationalversammlung gewählt. Dabei handelte es sich jedoch auch um feste Mandate, über die zukünftig nicht mehr abgestimmt werden sollte. Erst drei Jahre später fand sich die KMT dazu bereit, endgültig turnusmäßig durchzuführende Wahlen zuzulassen.

21) Dieser Begriff wurde erstmals von den beiden Herausgebern der kritischen Zeitschrift *Taiwan Political Review* (*Tai-wan cheng-tun*), K'ang Ning-hsiang und Huang Hsin-chieh, verwendet und sehr schnell von den Medien verbreitet.

22) Für eine ausführliche Analyse der Wahlen von 1977 vgl. *China aktuell*, 1/78, S. 64-66.

23) Das Gericht, in dem dortigen Wahllokal sei es zu Unregelmäßigkeiten gekommen, führte am 19. November zu einer Demonstration von ca. 10.000 Menschen gegen das nationalistische Regime. In ihrem Verlauf wurde die örtliche Polizeistation niedergebrannt, doch hielten sich die Sicherheitskräfte - höchstwahrscheinlich auf Anweisung Chiang Ching-kuos - auffallend zurück (vgl. u.a. McBeath 1978).

24) Allerdings trat gleichzeitig zum 1. Januar 1979 der *Taiwan Relations Act* in Kraft, der dem KMT-Regime vor allem umfangreiche Waffenlieferungen zur Aufrechterhaltung seiner Verteidigungsfähigkeit zusicherte und das

unveränderte Interesse der USA an "substantiellen" Beziehungen zu dem Inselstaat dokumentierte.

25) Vgl. die Ausführungen von Shih Ming-teh, des damaligen Chefredakteurs der Zeitschrift, in *Chung-kuo shih-pao*, 18. März 1980.

26) Zu den unterschiedlichen ideologischen Standpunkten beider Lager vgl. im einzelnen Punkt 4.3.1.

27) Im Frühjahr 1977 war die Pressezensur gelockert worden. Am 20. Dezember 1978 wurde vom Ständigen Ausschuß der KMT eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Vorschläge für Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen erarbeiten sollte. Partei- und Militärangelegenheiten standen dabei ebenso auf dem Programm wie Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Eine unmittelbare Konsequenz der im Januar 1979 ausgesprochenen Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe war die Unterstellung aller Gerichte unter den Justiz Yuan zum 1. Juli 1980. Damit war zumindest formal die Unabhängigkeit der Judikative hergestellt worden, denn zuvor befanden sich die Gerichte unter der Aufsichtsgewalt des Justizministeriums. Schließlich fand vom 16.-21. Juli 1979 eine "Nationale Aufbaukonferenz" unter Beteiligung zahlreicher ausländischer Wissenschaftler statt, in der das Regime eine relativ offene Diskussion über weitergehende Liberalisierungsmaßnahmen zuließ (vgl. Domes 1982: 37ff).

28) Die genauen Umstände des sog. "Zwischenfalls von Kaohsiung" (*Kao-hsiung shih-chien*), an dem zwischen zehn- und zwanzigtausend Menschen sowie knapp zweihundert Sicherheitspolizisten beteiligt gewesen sein sollen, sind bis heute nicht völlig geklärt. Das Militärgericht stützte sich bei seinen Urteilen hauptsächlich auf die Geständnisse der Hauptangeklagten, einen Aufstand angestachelt zu haben. Das Zustandekommen dieser Geständnisse stieß jedoch auf starke internationale Vorbehalte, vor allem in den USA. Bei den acht Hauptangeklagten handelte es sich um Hsu Hsin-liang, Huang Hsin-chieh, Lin I-hsiung, Shih Ming-teh, Chang Chun-hung, Yao Chia-wen, Lu Hsin-lien und Lin Hung-hsuan.

29) Zu den, an westlichen Kriterien gemessen, ausgesprochen restriktiven Bestimmungen dieses Wahlgesetzes vgl. Copper 1981.

30) Vgl. hierzu auch die sehr lesenswerte Aufarbeitung dieses mysteriösen Mordes von Kaplan 1993. Kaplan und viele andere vermuten, Chiang Hsiao-wu, Präsidentensohn und kurzzeitig als Bewerber um die Nachfolge Chiang-kuos in die Diskussion gebracht, sei Drahtzieher der Aktion gewesen. Chiang Hsiao-wu starb überraschend 1990, ohne daß ihm diesbezüglich je etwas nachgewiesen werden konnte.

31) Washington D.C., Government Printing Office 1982, zitiert nach Chang 1992:132.

32) Die Vorgänge um die Tenth Credit Cooperative Bank, die zum damals zweitgrößten taiwanesischen Unternehmenskonzern Cathay (*Kuo-f'ai*) gehörte, führten im Februar 1985 zum größten Finanzskandal in der taiwanesischen Geschichte. In seinem Verlauf mußten der Finanzminister und der

Wirtschaftsminister von ihren Ämtern zurücktreten. Hochrangigen Beamten im Wirtschaftsministerium und zahlreichen Politikern wurde der Prozeß gemacht, als bewiesen werden konnte, daß sie die schon länger bekannten Mißstände in der Kooperative gedeckt hatten und sich bestechen ließen. Vgl. hierzu die interessante Studie von Brecht 1990, die den Cathay-Skandal in den größeren Kontext des dual strukturierten taiwanesischen Finanzsektors mit seinem großen "grauen Kapitalmarkt" stellt.

- 33) Immerhin einigten sich die Gesprächspartner darauf, daß die TPPSA nicht aufgelöst werden sollte (zum "10. Mai-Dialog" vgl. Chiou 1986:26).
- 34) Im einzelnen ging es dabei v.a. um eine Reorganisation der drei Zentralparlamente mit dem Ziel des Ausbaus ihres repräsentativen Charakters; die Weiterentwicklung der lokalen Selbstverwaltung; die Ausarbeitung eines neuen Sicherheitsgesetzes als Ersatz für das umstrittene Kriegsrecht inklusive der Bedingungen für die Gründung neuer Parteien; sowie um soziale Reformen und eine Parteireform (vgl. Copper 1987, Lu 1989).
- 35) Meng Chia-kan, ein 70jähriger pensionierter Soldat aus der Provinz Kuangtung, mit dem der Verfasser eine Zeitlang zusammenzuleben das Vergnügen hatte, im Frühjahr 1991.
- 36) Das Sicherheitsgesetz besteht aus insgesamt zehn Artikeln. Art. 2 erlaubt Versammlungen oder die Gründung von Vereinigungen unter dem Vorbehalt, daß die Verfassung nicht verletzt und dem Kommunismus abgeschworen wird. Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Sicherheitsgesetzes wurde dekretiert, die Strafverfolgung der wegen politischer Vergehen Angeklagten auf die Zivilgerichtsbarkeit zu übertragen. Außerdem ist die Einreise aller Personen, die mehr als fünf Jahre außerhalb der VR China gelebt haben, legalisiert worden. Zum genauen Gesetzestext (chinesisch) vgl. Liu/Shih 1989: 21; eine Kommentierung findet sich in *China aktuell* 1987, Jg. 17, S. 141-147.
- 37) Vgl. *Republic of China 1990*: 199; anderen Zahlen zufolge sollen allein 1988 bereits 450.000, 1989 weitere 541.000 und 1990 schließlich sogar 900.000 Besuchsberechtigte in die VR China eingereist sein (vgl. *China aktuell* 2/89, S. 88; *China aktuell* 4/89, S. 248; *Free China Journal*, 13. Dezember 1992).
- 38) Seit November 1988 dürfen Bürger der VR China grundsätzlich dann nach Taiwan einreisen, wenn sie kranke Verwandte besuchen oder an deren Beerdigung teilnehmen wollen. Auch wurden im März 1989 Bestimmungen erlassen, nach denen ehemalige KMT-Soldaten, die 1949 die Flucht nach Taiwan nicht geschafft haben, sich mit ihren Verwandten auf der Insel ansiedeln dürfen. Allerdings müssen sie ihre Mitgliedschaft in der KPCh aufgeben, sofern sie eine solche besitzen. Nach offiziellen Angaben ist bis 1990 mindestens 450 dieser ehemaligen Parteisoldaten die Einreise erlaubt worden (vgl. *Ta-tu cheng-ts'e yü liang-an kuan-hsi* <Die Politik gegenüber der VR China und die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße>, Vorbereitungscommittee der Konferenz für nationale Angelegenheiten, Taipei, Juni 1990, S. 4). Ebenfalls seit 1989 dürfen renommierte Wissenschaft-

ler, Künstler und Sportler, Journalisten, in Übersee forschende und studierende Bürger der VR China sowie führende Aktivisten der Demokratiebewegung von 1989 nach Taiwan einreisen. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen Dezember 1988 und August 1992 insgesamt 980 solcher Einreiseanträge positiv beschieden (Kao K'ung-lien 1992: 44).

- 39) Vgl. Tan 1988: 6 sowie - in skeptischer Bewertung der neuen Medienfreiheit Taiwans - Seymour 1989: 59. Mitte der 80er Jahre - vor der endgültigen Aufhebung der Pressezensur - verfügte Taiwan über 33 Rundfunk- und Fernsehstationen (1985), 31 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 3,5 Mio. Exemplaren (1987) und rund 2.600 Magazine (1985; Tien 1989: 196ff). Allein die Zahl der Tageszeitungen stieg bis 1990 - mit einer Gesamtauflage von 5,7 Mio. täglich - auf 192 an; im selben Zeitraum etablierten sich 131 Presseagenturen und erschienen 4.000 neue Zeitschriften auf dem Markt (Weggel 1991: 262).
- 40) Demonstrationen, auf denen die taiwanische Unabhängigkeit gefordert wird, sind entsprechend diesem Gesetz daher prinzipiell illegal. Tatsächlich gab es aber in den zwei Jahren, die der Verfasser auf Taiwan forschte, kaum eine politische Kundgebung, auf der *Tai-tu* nicht unverblümt gefordert worden wäre. Konsequenzen hatte das nie, wenngleich Einzelpersonen immer wieder verhaftet und ins Gefängnis gesteckt wurden. Seit der Revision des Artikel 100 des Strafgesetzbuches (vgl. unten) ist die gewaltlose Unterstützung der Unabhängigkeit nicht mehr strafbar.
- 41) Das Echo auf dieses Gesetz war jedoch zunächst gering. Bis zum März 1989 hatten lediglich zwei der 199 auf dem Festland gewählten Parlamentarier des Legislativ Yuan und 111 der restlichen 777 "alten Abgeordneten" in der Nationalversammlung ihren Rücktritt erklärt. Im Kontroll Yuan fand sich sogar niemand bereit dazu (vgl. *China aktuell* 3/89, S. 202).
- 42) Zum Inhalt des 1. Verfassungszusatzes vgl. *Lien-ho-pao*, 19. April 1991, *Chung-kuo wan-pao*, 22. April 1991 sowie *China aktuell* 4/91, S. 241ff; ein kritischer verfassungsrechtlicher Kommentar findet sich in *Ssu-fa chow-pao* <Judicial Weekly>, Nr. 4/5, 10. April 1991, S. 1.
- 43) Die "Vorläufigen Bestimmungen" hatten nicht weniger als 150 Einzelgesetze eingeschränkt bzw. modifiziert. Das folgende Jahr war von einem beispiellosen Arbeitsaufwand in den zuständigen Gremien des Legislativ Yvans geprägt, hier "aufzuräumen" (vgl. auch *Lien-ho-pao*, 3. Mai 1991).
- 44) Vgl. hierzu auch die entsprechende Wahlanalyse des Verfassers in *Asien*, Nr. 43, 1991, S. 118-122.
- 45) Die DFP hatte heftig - und auch handgreiflich - gegen die Reformvorschläge der KMT demonstriert. Sie verlangte u.a. die Abschaffung der Nationalversammlung und des Kontroll Yvans (als Reikte einer anderen Zeit) sowie die Einführung von direkten Präsidentschaftswahlen. Für diesen letzten Vorschlag fand sich auch in den Reihen der Regierungspartei starke Unterstützung, so daß auf dem kurz vor der Nationalversammlung im März tagenden 3. Plenum des 13. ZEK der KMT nur durch die Aufschiebung der definiti-

- ven Entscheidung darüber ein offener Bruch verhindert werden konnte (vgl. hierzu auch Punkt 3.2.1). Eine Zusammenfassung des Inhalts sowie der Originaltext des 2. Verfassungszusatzes findet sich in *China aktuell* 5/92, S. 290ff, 310; vgl. auch *Tzu-li chou-pao*, 5. Juni 1992.
- 46) Vgl. u.a. *Lien-ho-pao*, 16. Mai und 31. Mai 1992; *Chung-yang jih-pao*, 15. Mai 1992; *Tzu-li chou-pao*, 22. Mai 1992 sowie für Einzelheiten Punkt 4.3.3.
- 47) Vgl. hierzu die Wahlanalyse von Schubert 1993.
- 48) Gegenwärtig (Mitte 1993) unterhält Taiwan offizielle Beziehungen zu insgesamt 29 - eher unbedeutenden - Ländern in Zentral- und Südamerika (15) Afrika (9), Pazifik-Ozeanien (4) und - in einem Fall - Europa (Vatikan). Das wichtigste Land ist derzeit Südafrika.
- 49) So besitzt Taipei heute Wirtschaftsbüros und quasi-konsularische Vertretungen u.a. in den Baltischen Republiken, Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen, der Ukraine und Rußland.
- 50) So wurde Taiwan 1992 von verschiedenen, hochkarätigen ministeriellen und sub-ministeriellen Delegationen aus der Europäischen Gemeinschaft und anderen westlichen Staaten besucht, die sein internationales "standing" erheblich aufwerteten und mit alten Traditionen der diplomatischen Ingnorierung brachen. Es befanden sich darunter u.a. der französische Minister für Außenhandel (Januar), der bundesdeutsche Postminister (Mai) und der Wirtschaftsminister (November), der kanadische Minister für internationalen Handel (September), der österreichische Wirtschaftsminister, der belgische Minister für internationalen Handel und der australische Minister für Tourismus (alle Oktober) (Domes 1993: 55).
- 51) Vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 13. November 1991.
- 52) Seit September 1992 besitzt Taiwan einen Beobachterstatus im GATT.
- 53) Vgl. Lee Teng-hui in *Chung-kuo shih-pao*, 4. Juni 1989.
- 54) Zum Inhalt und Hintergrund der chinapolitischen Auffassungen Pekings vgl. Chao 1987b; Schubert 1991.
- 55) Aber auch im eigenen Lager gab es Stimmen, die gegen die Linie Lee Teng-huis aufbegehrten, weil sie einen Ausverkauf des legitimen Gesamtvertretungsanspruchs der Republik China oder harte Reaktionen Pekings befürchteten. Aus diesem Grund brachte z.B. der konservative Premier Hao Po-ts'un im Herbst 1990 die Sprachregelung "Ein Land - zwei Regionen" (*i-kuo liang-ch'ü*) in die Diskussion, um den Tatbestand einer völkerrechtlichen Anerkennung der VR China verbal zu verschleiern (vgl. *Lien-ho-pao*, 1. September 1990).
- 56) Vgl. *China Post*, 30. Januar 1991.
- 57) Zur Geschichte und den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen dieser Gremien vgl. im einzelnen Schubert 1991.
- 58) Zum genauen Text vgl. *Chung-yang jih-pao*, 6. März 1991.
- 59) Der genaue Wortlaut in Chinesisch ist abgedruckt in *Chung-yang jih-pao*, 6. März 1991.

- 60) Tatsächlich hält Taiwan nach wie vor an seinen alten Prinzipien fest: Peking soll jeder Gewaltanwendung gegenüber Taiwan entsagen, seine Strategie der internationalen Isolierung der Insel aufgeben, seine Wirtschaftsreformen vorantreiben und Demokratie endlich zulassen. Kurz und gut - wie es ein taiwanesischer Freund dem Verfasser gegenüber einmal formulierte - China muß so werden "wie wir".
- 61) Dabei ist zu bedenken, daß die VR China eine militärische Intervention zur "Befreiung" Taiwans unter fünf Voraussetzungen für legitim hält:
- Taiwan verbündet sich mit Moskau gegen Peking;
  - Taiwan entwickelt nukleare Waffen;
  - Taiwan erklärt seine Unabhängigkeit;
  - Taiwan wird durch innerstaatliche Unruhen erschüttert;
  - Taiwan weigert sich fortgesetzt, über die Wiedervereinigung zu verhandeln.

#### Anmerkungen zu Kapitel 2:

- 1) Auch in den folgenden Jahren setzte sich die Fluchtbewegung nach Taiwan fort, so daß sich gesicherte Angaben über die tatsächliche Gesamtzahl der in der direkten Folge des chinesischen Bürgerkriegs emigrierten "Festländer" kaum machen lassen.
- 2) Tatsächlich differenziert sich die einheimische Bevölkerung in mindestens zwei weitere hanchinesische Sprach- und Volksgruppen: eine Mehrheit der das sog. *Minanyu* sprechenden Fukien-Chinesen sowie eine kleinere Gruppe von Hakka-Chinesen. Beide zusammen werden als *Taiwanesen* bezeichnet und stellen ca. 18 der insgesamt 21 Millionen Menschen zählenden Inselbevölkerung. Als "Festländer" gelten die seit 1949 zugewanderten Chinesen und ihre Nachkommen, die heute einen Bevölkerungsanteil zwischen zwei und 2,5 Millionen ausmachen. Schließlich existiert eine Minderheit sog. Ureinwohner (*shan-ti-jen*), die vorwiegend proto-malaischen Ursprungs sind und ca. 300.000 Menschen umfassen.
- 3) Zur japanischen Ausgrenzungspolitik gegenüber den Taiwanesen vgl. u.a. Chen 1970, Lamley 1970 und Shih Ming 1980.
- 4) Zu den heute einflußreichsten Unternehmer-Familien Taiwans zählen allerdings nicht wenige, die aus der alten Landaristokratie hervorgegangen sind - so z.B. die der Tycoone Koo Chen-fu und Lin Po-shou.
- 5) Nach der diesem Programm zugrunde liegenden Gesetzgebung wurden Grundbesitzer mit mehr als drei Hektar Land dazu gezwungen, dieses zu einem bestimmten Preis an die Regierung zu verkaufen. Dieser Preis durfte nur 2,5mal höher sein als der Wert des durchschnittlichen jährlichen Ertrags. Danach wurde das Land an die früheren Pächter weiterveräußert, die für die Rückzahlung jedoch zehn Jahre Zeit hatten. Aufgrund dieser Maßnahme stieg der Anteil der Eigentümerbauern allein zwischen 1952 und 1953 von 38 auf 55 Prozent (Clark 1989: 160).

- 6) Die existentielle Bedrohung durch US-amerikanische Einfuhren von Ge-  
flügel und Obst bildete Mitte der 80er Jahre den Ausgangspunkt für eine  
stärkere bäuerliche Organisierung in Interessenverbänden (vgl. Punkt 4.4.7).
- 7) Diese Zeit scheint allerdings vorbei zu sein. Im Mai 1993 kam es zu einigen  
Großdemonstrationen, in denen solche unabhängigen Vereinigungen für die  
Angleichung der Arbeiterlöhne in den Staatsunternehmen an die normalen  
Beamtengehälter kämpften (vgl. *Tzu-yu chou-pao*, 28. Mai 1993). Freie  
Gewerkschaften gibt es heute demnach in wenigstens 14 staatlichen Unter-  
nehmen, u.a. bei Taiwan Power, Taiwan Tobacco & Wine Monopoly Bu-  
reau, Taiwan Railway Administration und Taiwan Petrol.
- 8) Vgl. hierzu Evers/Schiel 1988: 231ff, die sich explizit auf Northcote Parkin-  
son beziehen. Dieser habe für jede bürokratische Organisation zwei Grund-  
eigenschaften definiert: 1. Jeder Beamte ist bestrebt, die Anzahl seiner Un-  
tergebenen zu erhöhen. 2. Beamte schaffen (unnötige) Arbeit füreinander.  
Bürokratien expandieren also, ohne daß es dafür verwaltungstechnische  
Notwendigkeiten gäbe.
- 9) Das soll jedoch nicht heißen, es gäbe in Taiwan nicht doch noch genügend  
Spielraum zur "Ausschöpfung von Kapazitätsreserven" im Beamtenapparat.  
Unvergessen wird dem Verfasser der Tag bleiben, an dem er seinen Wohn-  
sitz in einer örtlichen Polizeidienststelle registrieren ließ. An einem riesigen  
Tisch saßen ca. 30 Angestellte vor Stapeln von Papieren. Mehrere von ihnen  
mußten die Meldekarte gegenlesen und abstempeln. Statt Computern tat  
hier noch eine alte chinesische Schreibmaschine ihren Dienst. Computerlos,  
aber "beamtenreich" sind auch noch immer viele Orts- und Finanzämter auf  
der Insel. Es ist eine unausgesprochene Tatsache, daß vor allem auf den  
unteren Ebenen des öffentlichen Dienstes verdeckte Arbeitslosigkeit "ge-  
parkt" wird.
- 10) Entsprechende Angaben für die nur auf Taiwan ausgebildeten Studenten  
gibt es leider nicht.
- 11) Im Chinesischen wird der Begriff *chieh-chi* sowohl in der Bedeutung von  
"Klasse" als auch von "Schicht" verwendet. Unterschiede in der Übersetzung  
ergeben sich für den Wissenschaftler erst nach einer Betrachtung der jeweils  
angewendeten Forschungsmethode.
- 12) Directorate General of Budget, Accounting & Statistics (kurz: *chu-chi-ch'u*),  
das "Statistische Bundesamt" Taiwans.
- 13) Seine Ergebnisse veröffentlichte der Autor erstmals 1987. Sofern nicht an-  
ders vermerkt, wird hier vor allem auf die zwei Jahre später erschienene  
Fassung Bezug genommen, die sich - mit etwas modifizierter Kriteriensei-  
zung - insbesondere auf die Größe und Struktur der Mittelschichten konzen-  
triert.
- 14) Der Autor legt seinen Untersuchungen die berufsspezifische Kategorisie-  
rung der DGBAS-Studie zugrunde. Orientiert an den einkommensstatisti-  
schen Angaben, faßt er die in der 1987er Studie angegebenen 12 unter-  
schiedlichen Berufsgruppen zu vier bzw. fünf Klassen zusammen und korre-

liert diese danach mit verschiedenen Variablen auf der Basis unterschiedli-  
cher statistischer Methoden, um die Schichtstruktur aufzufächern und zu  
beschreiben.

- 15) Bezogen auf die nach *Art der ausgeübten Tätigkeit* vorgenommene Einteilung  
in der DGBAS-Studie von 1987, differenziert der Autor zwischen einer *Ka-  
pitalklassenklasse* (alle großen Arbeitgeber außerhalb des primären Sektors),  
einer *Managerklasse* (alle leitenden Angestellten und Beamten außerhalb  
des primären Sektors), einer *Selbstständigeklasse* (alle kleinen Unternehmer  
außerhalb des primären Sektors), einer *Arbeiterklasse* (alle kleinen Händler,  
Angestellten und mittleren Beamten sowie alle angestellten Landarbeiter)  
und einer *Bauernklasse* (alle kleinen Eigentümerbauern) (1989: 59).
- 16) Das Sample der Untersuchung umfaßte dabei 29.468 Einzelpersonen.
- 17) Auch auf die einzelnen Haushalte als Bezugskategorie umgerechnet - das  
Sample umfaßte hierbei 4.185 Einzelhaushalte -, ist die Berufsgruppe der  
kleinen Händler und Handwerker mit 37,3 Prozent die größte innerhalb der  
Mittelschichten, es folgen Professionals/Spezialisten (23,1 Prozent) sowie  
mittlere Beamte und Angestellte (21,7 Prozent). Das Verwaltungsspitzen-  
personal liegt an vierter Stelle (10,4 Prozent), während die kleinen Ange-  
stellten des tertiären Sektors die kleinste Berufsgruppe (7,4 Prozent) bilden  
(Hsu 1989: 65). 75,5 Prozent der Mittelschichten sind männlichen Ge-  
schlechts (1989: 64,70), während die 31-40jährigen die stärkste Altersgrup-  
pe (ebd.: 64,71). 35,4 Prozent der Mittelschichten haben eine universitä-  
re oder fachhochschulgleiche Ausbildung (ebd.: 65,72), und 47 Prozent ver-  
dienen zwischen 20.000 und 40.000 NT monatlich (ebd.: 65,73).
- 18) Die Studie bezieht sich ihrerseits auf regierungsamtliche Wahlenanalysen, in  
denen das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher Berufsgruppen unter-  
sucht wurde. Verschiedene Berufsgruppen wurden zuvor zu den Mittel-  
schichten bzw. den Klassen der Arbeiter und Bauern zusammengefaßt.
- 19) Ein weiteres Ergebnis der Wu/Lin-Studie legt einen relativ hohen Unter-  
stützungsgrad innerhalb der Mittelschichten für die politische Demokratie  
nahe, welcher anhand bestimmter diesbezüglicher Fragestellungen (Präfe-  
renz für ein Mehrparteiensystem, für konkurrierende Meinungen und Orga-  
nisationen, für ein Rechtssystem) ermittelt wurde. Demzufolge sind 60,5  
Prozent der Mittelschichten eher "demokratisch gesinnt", aber nur 43,6  
Prozent innerhalb der Klasse der Arbeiter und Bauern (1989: 228).
- 20) Eine genauere Betrachtung der Tabelle 2-24 zeigt, daß der Beitrag des  
sekundären Sektors zum BSP seit Mitte der 70er Jahre abzunehmen begon-  
nen hat, aber erst Anfang der 90er Jahre vom tertiären Sektor übertroffen  
wurde. Die Wertschöpfung des tertiären Sektors wird in höherem Maße von  
öffentlichen als von privaten Dienstleistungen getragen. Die Restkategorie  
(Sonst) verweist u.a. auf die Wirtschaftsleistung des informellen Sektors, der  
auf Taiwan noch immer erstaunlich groß ist.
- 21) In diesem Zusammenhang spielt sicherlich auch eine Rolle, daß viele füh-  
rende KMT-Funktionäre festlandchinesischer Herkunft sind und deshalb bei  
der taiwanesischen Bevölkerungsmehrheit politisch isoliert bleiben.

- 22) Die CSDP schloß sich im November 1993 mit der New China Party, einer Abspaltung der KMT, zusammen. Dabei gab sie ihren eigenen Namen - und wohl auch den größten Teil ihrer politischen Ambitionen - auf. Die folgenden Ausführungen können somit bereits als zeithistorisch gelten.
- 23) Zu den parteiinternen Strukturen der CSDP vgl. P'eng Huai-en 1991b; zu ihren - eher pessimistisch eingeschätzten - politischen Zukunftsperspektiven Cheng 1991.
- 24) Der mit einem Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Universität Bonn (Philosophie) promovierte Chu Kao-cheng sorgte nach seiner Wahl zum Abgeordneten des Legislativ Yuan 1986 für ein völlig neues Klima in diesem Gremium. Das Ausreißen von Mikrofonen und Umwerfen von Tischen und Stühlen, sogar tätliche Angriffe gegen seine KMT-Kontrahenten gehörten zum aufsehenerregenden Repertoire des Politikers. Ideologische und persönliche Differenzen mit der DFP führten in den folgenden Jahren jedoch zum Bruch und veranlaßten den populären Chu zur Gründung der CSDP. Bei den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1992 war er als einziger Kandidat seiner Partei erfolgreich und wurde in seinem Amt bestätigt.
- 25) Die meisten der rund siebenzig übrigen Gruppierungen sind lediglich *issue-orientiert* oder haben sich allein deshalb konstituiert, um in den Genuß damit verbundener steuerlicher Vorteile und finanzieller Zuwendungen durch den Staat zu kommen.
- 26) Vgl. CSDP 1991. Die CSDP bemüht sich unter der Führung Chu Kao-chengs, der die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingehend studiert hat, um ein sozialdemokratisches Profil nach deutschem Vorbild. Außerdem befürwortet sie die chinesische Wiedervereinigung, was den entscheidenden Unterschied zur DFP ausmacht.
- 27) Chu Kao-cheng im Gespräch mit dem Verfasser am 13. November 1991.
- 28) Chu Kao-cheng, 13. November 1991.

### Anmerkungen zu Kapitel 3:

- 1) Diese Begriffsschöpfung ist eine "Erfindung" der taiwanesischen Printmedien und wird von den politischen Funktionsträgern selbst so gut wie nie verwendet. Sie wird von ihnen mitunter sogar vehement abgelehnt. Dennoch hat sie sich auf Taiwan sehr schnell eingebürgert.
- 2) Auch die greise Witwe Chiang Kai-sheks, Madame Soong May-ling, soll damals ihre Stimme erhoben haben. Sie hatte schon im Februar 1988 verblich versucht, die Wahl Lee Teng-huis zum neuen Parteichef der KMT zu verhindern. Heute spielt die weit über neunzigjährige May-ling aber keine politische Rolle mehr (vgl. auch *Far Eastern Economic Review*, 11. Februar 1988).

- 3) *Tzu-ti tsao-pao*, 12. Februar 1990.
- 4) *Lien-ho-pao*, 12. Februar 1990.
- 5) Ch'en Ch'in-fu, Journalist der *Chung-kuo shih-pao* <China Times> im März 1991 in einem Gespräch mit dem Verfasser.
- 6) Vgl. *Tzu-ti tsao-pao*, 1. März 1990.
- 7) Die Proteste gegen die Nationalversammlung verschärfen sich am 14. März. Ein Vorbereitungsausschuß hatte dem Plenum verschiedene Entschließungen zur Annahme vorgelegt, die die Macht des Gremiums vergrößern sollten. Besonders umstritten waren die - letztlich vergeblichen - Forderungen nach einem Vetorecht gegen Gesetze des Legislativ Yuan und einer Aufstockung der Abgeordentendäten von 52.000 NT auf 200.000 NT (vgl. u.a. *China Post*, 19./21. März; *Lien-ho-pao*, 20. März 1991; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 159, 26. März-1. April 1990, S. 20ff).
- 8) Am 2. März berief Lee acht ihm nahestehende KMT-"heavyweights" in eine spezielle Vermittlungsgruppe, die Lin Yang-kang und Chiang Wei-kuo zur Aufgabe ihrer Kandidatur überreden sollten. Dazu gehörten Hsieh Tung-min, Huang Shao-ku, Yuan Shou-ch'ien, Ni Wen-ya, Ch'en Li-fu, Li Kuoting, Chiang Yen-shih und Koo Ch'en-fu. Diese trafen sich am 5. März mit Lee Huan, Hao Po-t's'un, Lin Yang-kang und Chiang Wei-kuo zu einem Kompromißgespräch. Die Kontakte hielten in den folgenden Tagen an (vgl. u.a. *Lien-ho-pao*, 3./5. März 1990; *Tzu-ti tsao-pao*, 6. März 1990).
- 9) *Lien-ho-pao*, 22. März 1990.
- 10) Vgl. u.a. *China Post*, 21./30. Mai 1990.
- 11) Prof. Lin Chia-cheng, Soochow-Universität, in einem Gespräch mit dem Verfasser im März 1991.
- 12) Vgl. hierzu u.a. *Lien-ho-pao*, 10., 15. und 17. März 1992.
- 13) Zur verfassungsrechtlichen Problematik vgl. den interessanten Aufsatz von Chu Kao-cheng in *Lien-ho-pao*, 13. März 1992.
- 14) Vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 16. März 1992. Die loyale KMT-Mehrheit in der Nationalversammlung segnete den Kompromiß am 27. Mai fast wortgleich ab. Mittlerweile ist es allerdings Konsens, daß die kommenden Präsidentschaftswahlen entweder Ende 1994 oder Anfang 1995 stattfinden werden.
- 15) Vgl. u.a. *Hsin Hsin Wen*, 28. November-4. Dezember 1992, S. 22ff.
- 16) Vgl. *Tzu-ti chou-pao*, 15., 22. Januar 1991; zur rechtlichen Problematik des Verhältnisses zwischen Regierung, Parlament und Präsident vgl. Schubert 1993.
- 17) Vgl. u.a. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 314, 14.-20. März 1993 und Nr. 315, 21.-27. März 1993.
- 18) Bei den neu nominierten Mitgliedern handelt es sich mehrheitlich um Anhänger der Hauptströmung. Zur Besetzungsliste des Kabinetts Lien Chan vgl. *Tzu-ti chou-pao*, 5. März 1993.
- 19) Beachte im asiatischen Kontext vor allem die zwar älteren, aber sehr ergiebigen Studien von Yang (1959), Gallin (1968), Scott (1972) und Pasternak (1972). Pye (1968, 1985) hat das Patron-Klientel-Modell auf die Staatsebene

Zunächst versammelte er in der von ihm am 1. Mai 1987 in Kaohsiung gegründeten taiwanesischen Vereinigung für Arbeiterhilfe (*T'ai-wan lao-kung fu-wu hsieh-hui*) zahlreiche aktive Gewerkschafter aus Südtaiwan um sich, bevor er zur Gründung einer eigenen Partei schritt. Zu seinen wichtigsten politischen Weggefährten innerhalb der WP zählten damals die bekanntesten Oppositionellen und Arbeiterführer Yao Kuo-chien und Lin Chun-fu. Hinter dem ebenfalls einflussreichen Gründungsmitglied Luo Mei-wen wiederum standen die Kräfte der ersten unabhängigen, überregionalen Gewerkschaftsvereinigung Taiwans, der Tao-chu-miao Brotherhood Union, die sich im September 1987 im nördlichen Taiwan konstituiert hatte. Und schließlich wirkten auch die "alte Linke"<sup>115</sup> Taiwans, die sozialistisch-orientierten Intellektuellen um die frühere Zeitschrift *New Tide* (*Hsia-ch'ao*) und die im Mai 1987 gegründete China Tide-Association (*hsia-ch'ao tien-i-hui*) - hier vor allem Ch'en Ying-chen, Wang Tuo und Su Ch'ing-li - in der neuen Arbeiterpartei mit.

Nachdem sich die Arbeitskämpfe mit den Auseinandersetzungen um den sogenannten "Frühjahrsbonus"<sup>116</sup> um die Jahreswende 1987/88 verschärfte hatten, fand die WP zunächst ein weites Aktionsfeld zur Mobilisierung der Arbeiter. Sie schaltete sich als Vermittler in die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und den Beschäftigten ein und beteiligte sich an zahlreichen Protestaktionen. Allerdings litt die Partei seit ihrer Gründung unter aufreibenden ideologischen und machtpolitischen Grabenkämpfen. Schon um die Jahresmitte 1988 brach das heterogene Bündnis deshalb wieder auseinander. Der jetzt offen zutage tretende Konflikt offenbarte krasse interne Meinungsverschiedenheiten über das politische Selbstverständnis und die notwendigen Strategien einer Arbeiterpartei auf Taiwan. Damit eng verbunden war die persönliche Konfrontation und Konkurrenz zwischen den beiden Charismatikern Wang I-hsiung und Luo Mei-wen um die Führerschaft innerhalb der WP, der sich letzterer schließlich mit seinem Partiaustritt entzog. Sein politischer Flügel warf Wang vor, die Unterwanderung der WP mit KMT-treuen Funktionären und Spitzeln zugelassen und sich in den Dienst der Kapitalisten gestellt zu haben. Damit hatte sich die erste Arbeiterpartei Taiwans gespalten.

Der intellektuelle - und durchaus machtbewusste - Realpolitiker Wang I-hsiung verfolgte mit seiner Arbeiterpartei bewußt eine Strategie des Kompromisses mit der Arbeitgeberseite:

We perform the duty of a brake when participating in any dispute. We try to make the management's demands more reasonable, but we would also consider the fairness of those demands. If we only take side of labour, we will do harm to the society as a whole (zitiert nach Ying 1990: 81).

Es ging und geht Wang damit in erster Linie um die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der taiwanesischen Arbeiterschaft in einem prinzipiell für gut befundenen kapitalistischen Umfeld und nicht um die Schaffung eines gemeinsamen Arbeiterbewußtseins durch eine entsprechende ideologische Mobilisierung.<sup>117</sup> Mit den Arbeitgebern sollte es einen Ausgleich geben, der durch

kontinuierliche Verhandlungen zu erzielen war (Workers' Party 1987). Diese Haltung wurde vom linksradikalen Flügel der WP schlichtweg als Ausverkauf von Arbeiterinteressen verurteilt und trug der Gruppe um Wang den Vorwurf ein, sich in nichts von der Politik der DFP zu unterscheiden. Diese Sicht der Dinge fand schließlich im Parteiprogramm der LP ihren Niederschlag, die sich am 29. März 1989 konstituierte. In der revidierten Fassung vom Mai 1991 liest man u.a.:

Das unter der kapitalistischen Struktur existierende Produktions- und Allokationssystem verletzt das Prinzip fairer wirtschaftlicher Beziehungen, blockiert die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und beschädigt die menschliche Würde auf das schwerste (...). Die friedliche Emanzipation der Arbeiterklasse erfordert die Sympathie und Unterstützung aller gleichgesinnten fortschrittlichen sozialen Kräfte (...). (Labour Party 1991a)

An anderer Stelle heißt es:

Die Labour Party kämpft gegen den Imperialismus und Neo-Kolonialismus, die unsere Wirtschaft und Kultur aushöhlen. Wir sind dagegen, daß eine Minderheit von Privilegierten über das Motiv, privates Eigentum zu schaffen, die kollektiven Interessen der taiwanesischen Gesellschaft bestimmt. Die Labour Party hält an ihrer Auffassung fest, daß mit einer eindeutigen und klaren Politik eine unabhängige Wirtschaft und eine autonome Kultur entwickelt werden müssen. (Labour Party 1991b: 9)

Schon daraus erklärt sich, daß die LP grundsätzlich stärker klassenkämpferischen Positionen verhaftet ist als die WP. Es kann deshalb auch nicht verwundern, daß letztere sich nach der Abspaltung des radikalen Flügels kaum mehr an größeren Aktionen der Arbeiterbewegung beteiligte.<sup>118</sup> Sie arbeitet noch immer an ihrer organisatorischen Konsolidierung, die allerdings auch 1992 - so zumindest der Eindruck des Verfassers - kaum über das 1988 bereits erreichte Maß hinaus geht. Das reale politische Gewicht der WP auf der nationalen Ebene hat sich seit der Parteisplaltung insofern auch nicht wesentlich verschlechtert - die politische Bedeutung der Arbeiterparteien ist unverändert stark begrenzt. Momentan gibt es keinen einzigen Abgeordneten in den Zentralparlamenten oder auf Provinzebene, der der WP oder der LP angehört. Allerdings verfügt Wang I-hsiung nach wie vor über einflussreiche Beziehungsnetze im Süden Taiwans, die sich für ihn bei einer fortschreitenden Formierung der Arbeiterschaft zukünftig noch einmal auszahlen könnten.

Nachdem die *China Tide*-Kräfte im August 1988 die LRA ins Leben gerufen hatten, formierte sich die LP im März des darauffolgenden Jahres. Dazu vermerkte der Generalsekretär der neuen Partei:

Die Gründung der Labour Party geschah eigentlich zu hastig. Die Bedingungen waren nicht reif. So besaßen wir keinerlei gewerkschaftliche Unterstützung oder Basis und konnten nur indirekt, über Publikationen und Seminare, wirken. Zwar haben wir unsere Organisationsstruktur seitdem ver-



bessert, doch sind wir noch immer weit von einer schlagkräftigen Arbeiterbewegung entfernt. Dennoch: Die DFP vertritt keine Arbeiterinteressen. Sie repräsentiert die liberaldemokratische und mittelklassorientierte Opposition. Deshalb brauchen wir eine veritable Arbeiterpartei.<sup>119</sup>

Auch in der LP spielen Intellektuelle eine wichtige Rolle, so daß der frühere Vorwurf ihrer führenden Köpfe an die Adresse Wang I-hsiung, zu "kopflastig" zu sein, nicht unbedingt stichhaltig ist. Viele ihrer Mitglieder haben eine lange Geschichte innerhalb der linken, sozialistisch-orientierten Opposition auf Taiwan und waren z.T. langjährig inhaftiert.<sup>120</sup> Die LP hat derzeit etwa 2.000 Mitglieder - etwa halb soviel wie die besonders in Südtaiwan noch immer starke WP - und ist mit sechs Bezirkskomitees inselweit vertreten.

Wie oben schon angedeutet, verfolgt die LP nach eigenem Bekunden zuvorderst eine Strategie der ideologischen Mobilisierung der Arbeiterschaft, da diesbezügliche Defizite als strukturelles Hindernis eines festeren Zusammenenschlusses gesehen werden. Dabei will die Parteiführung jedoch nicht irgendeiner überlebten sozialistischen Doktrin - etwa nach osteuropäischen oder chinesischem Muster - nachhängen, sondern "den weltpolitischen und den spezifisch taiwanesischen Bedingungen Rechnung tragen".<sup>121</sup> Das privatwirtschaftliche System Taiwans wird auch von der LP prinzipiell bejaht. Es geht ihr nicht um eine sozialistische Revolution, sondern um die "demokratische Transformation der taiwanesischen Gesellschaft", in der eine bewußte und starke Arbeiterschaft auf dem Boden einer politischen Demokratie ihre Rechte durchsetzen kann. Aus diesem Grunde strebt die LP - ebenso wie die WP - den Einzug in die Parlamente an.

Die konkrete Parteiarbeit soll aber vor allem praxisorientiert sein und sich um eine breite Zustimmung in den Betrieben bemühen. Die unmittelbaren Probleme der Lebens- und Arbeitsbedingungen - Wohnraum, Ausbildung, medizinische Versorgung - bedürfen nach Ansicht der LP einer schnellen Lösung (Labour Party 1991b: 19). Die Rechte diskriminierter Frauen und Ureinwohner müssen ausgebaut und die Kooperation mit anderen oppositionellen Kräften gesucht werden (ebd.). Die chinesische Wiedervereinigung unter Beibehaltung einer weitgehenden Autonomie des fortgeschritteneren Taiwans (vgl. unten) steht ebenso im Parteiprogramm der LP wie die Notwendigkeit zur internationalen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien und Kräften. Die Partei organisiert Seminare und Konferenzen - etwa zur ideologischen Schulung oder zu aktuellen Problemen wie der neuen Arbeitsgesetzgebung -, nimmt an ausgesuchten (aber wenigen) Aktionen der sozialen Protestbewegungen teil und bemüht sich um die Wahl ihrer Kader in Führungspositionen der Betriebsgewerkschaften.<sup>122</sup> Da viele unabhängige Gewerkschafter heute Mitglieder der LP sind, hat es mitunter den Anschein, als engagiere sich die Partei weitaus intensiver in Arbeitskämpfen und Tarifaufeinandersetzungen als die WP.<sup>123</sup> Allerdings will man gerade in diesem Punkt besonders vorsichtig sein:

Wir verstehen uns eher als Bewegung, die einen Wahlkampf dazu nützt, in die Betriebe zu gehen und die Arbeiter aufzusuchen. An Streiks nehmen wir nur unter bestimmten Voraussetzungen teil. Die meisten dieser Aktionen

sind nämlich improvisiert, schlecht vorbereitet und können unserer Sache daher schaden.<sup>124</sup>

Abgesehen davon hat die LP rigoros gegen die seit wenigen Jahren von der Regierung in Angriff genommene neue Privatisierung der Staatsbetriebe Front gemacht. Immer wieder richten sich ihre Attacken auch gegen die Verflechtung von Geld und Politik (*chin-ch'üan*), wobei sie KMT und DFP gleichermaßen für die Korruption des politischen Systems verantwortlich macht.<sup>125</sup> Ihrer internationalistischen Linie folgend, bemüht sich die LP auch um den Aufbau von Kommunikationsstrukturen zu linken Kräften - Gewerkschaften und Parteien - im Ausland und hat in diesem Zusammenhang angeblich bereits Kontakte nach Japan, Korea und zu den Philippinen geknüpft.<sup>126</sup>

Nach dem bisher Gesagten wird deutlich, daß die Unterschiede zwischen den beiden taiwanesischen Arbeiterparteien so groß nicht sind. Tatsächlich ist es neben den zahlreichen persönlichen Antipathien zwischen führenden Funktionären beider Lager - insbesondere die Haltung zur Unabhängigkeitsfrage, die sie entzweit. Während die WP sich prinzipiell als taiwanesisch versteht und insofern *Tai-tu* unterstützt, tritt die LP für die Wiedervereinigung mit dem Festland (*t'ung-i*) ein. Dabei sollen die Interessen und der Wohlstand Taiwans allerdings gewahrt bleiben.<sup>127</sup> Der Grund für diese Schwerpunktsetzung bei der LP mag in der Tatsache begründet liegen, daß sie einen einflußreichen - wenn gleich auch kleinen - Anteil festlandchinesischer Mitglieder besitzt.

Die taiwanesischen Arbeiterparteien - außer den genannten beiden größeren gibt es noch einige Klein- und Kleinstparteien - haben bisher noch keinen nennenswerten politischen Einfluß ausüben können. Sie verfolgen das Ziel einer ideologischen Solidarisierung der Arbeiterschaft (Ausbildung einer eigenen Identität, also eines Klassenbewußtseins), für die es derzeit offenkundig noch keinen großen Nährboden gibt. Es verwundert daher nicht, daß viele Arbeiter auf Taiwan mit den Achseln zucken, wenn sie nach ihrer Meinung zur WP oder LP gefragt werden. Beide gelten als "abgehoben" und viel lebensfremder als die rein praxisorientierten, überregionalen Arbeiterorganisationen und freien Gewerkschaften. Daran haben bisher auch die Aktionen dieser Parteien "vor Ort", also bei Streiks und Arbeitskämpfen in den Betrieben, nicht viel geändert.

Obgleich die taiwanesische Arbeiterschaft heute ohne Zweifel zu den relativen Modernisierungsverlierern zählt, so hat sie doch in den vergangenen Jahrzehnten einen Lebensstandard erreicht und ein Konsumverhalten entwickelt, das einer linksradikalsten Mobilisierung den Boden entzieht.<sup>128</sup> Der viel wesentlichere Punkt ist wohl aber der, daß die Arbeiterparteien nicht von Arbeiterführern mit einer langjährigen Erfahrung an der Basis angeführt werden, sondern von linken Intellektuellen und Professionals mit stark ideologischer Orientierung. Oft hat es den Anschein, als ob diese lediglich versuchen, über eine vordergründige Mobilisierung der Arbeiterschaft notwendige Wahlstimmen zu gewinnen, um in die Parlamente einzuziehen. Sicherlich ist dieses ein zu hartes Urteil, das den zweifellos vorhandenen Idealismus vieler Parteimitglieder und auch führender Funktionäre verletzt. Unberechtigt ist es aber nicht.

Sieht man einmal von den freien Gewerkschaften ab, werden die taiwanesischen Arbeiterorganisationen zu einem hohen Anteil von Intellektuellen und erfahrenen Aktivisten - sehr oft mit einer akademischen Ausbildung - angeführt. Sie entstammen überwiegend den Mittelschichten und besitzen daher meistens keinen Arbeiterhintergrund. Dies hat zu einer Ideologisierung und Zersplitterung der Arbeiterbewegung entlang der Konfrontationslinie zwischen radikalen *T'ai-tu*-Befürwortern, gemäßigten Kräften sowie den Protagonisten einer chinesischen Wiedervereinigung geführt und gleichzeitig oft von der Lösung genuiner Arbeiterprobleme weggeführt. Anstatt sich im Interesse einer starken Arbeiterschaft auf wenige, dafür aber wirkungsvolle Organisationsformen zu beschränken, nutzen oppositionelle Professionals die Arbeiterbewegung vielerorts als Vehikel zur Beförderung anderer politischer Ziele aus. Diese liegen entweder in der Schaffung einer Wählerbasis (WP, LP, aber auch DFP) oder aber in der Einbindung der Arbeiterschaft in eine breite außerparlamentarische Oppositionsbewegung (vor allem New Tide). Dieser Aspekt wird im anschließenden Kapitel genauer betrachtet. Lediglich die kirchlichen Gruppierungen und auch der unabhängige Gewerkschaftsverband NAFTU bemühen sich um eine politisch möglichst neutrale Haltung und konzentrieren sich vorbehaltlos auf die Arbeit in den Betrieben. Es ist nicht erstaunlich, daß in diesen Gruppierungen vor allem Arbeiter das Wort führen.

#### 4.6 Zusammenfassung - Ein Organisations- und Allianzprofil oppositioneller konfliktfähiger Gruppen in der Transitionsphase

Wie herausgestellt, wird die politische Opposition Taiwans von unabhängigen Professionals dominiert und differenziert sich in radikale und gemäßigte Segmente. Die radikale Opposition spaltet sich in einen Unabhängigkeits- (*T'ai-tu*) und einen Wiedervereinigungs- (*T'ung-i*) Flügel. Bei der gemäßigten Opposition wiederum handelt es sich in bezug auf die *T'ai-tu*-Frage in aller Regel um Verfechter des Status quo oder um solche Kräfte, die dieser speziellen Problematik aus dem Weg gehen und sich auf sachpolitische Ziele konzentrieren wollen. Während in der oppositionellen DFP die gemäßigten Kräfte heute leicht überwiegen, wird die außerparlamentarische Opposition von radikalen Organisationsformen dominiert. Diese schließen sich immer enger zusammen und werden in vielen Fällen von radikalen DFP-Politikern angeführt. Durch ihren hohen Institutionalisierungsgrad, die gesellschaftliche Reputation ihrer Führungseliten und eine stark ideologische Kohärenz in bezug auf die Haltung zu *T'ai-tu* treiben vor allem sie die Politisierung der Bevölkerung voran. Die Interessendivergenz innerhalb der politischen Opposition und die damit verbundene systematische Einordnung ihrer konfliktfähigen Gruppen in radikale und gemäßigte Regimegegner bzw. liberale Regimebefürworter läßt sich somit anhand der folgenden Kriterien analysieren:

#### 306 Die konfliktfähigen Gruppen der politischen Opposition

Allein die DFP vermag bisher größere Teile der Arbeiterschaft erfolgreich zu mobilisieren, obwohl gerade ihr von linkssozialistischer Seite immer wieder ideologischer Verrat und "Mittelklasse-Allüren" vorgeworfen werden. Entscheidender Grund dafür ist ihr rigoroses Eintreten für materielle Verbesserungen zugunsten der Arbeiterschaft und ihre guten Verbindungen zu den "säkularen" Arbeiterorganisationen (z.B. der TALM) und der freien Gewerkschaftsbewegung. Hier haben die Arbeiterparteien ein nur sehr schwaches "standing". Darüber hinaus wird das wichtigste Ziel der DFP, *T'ai-tu*, von einem großen Teil der nahezu ausschließlich "ethnisch"-taiwanesischen Arbeiterschaft unterstützt.

#### 4.5.5 Ergebnisse

Die fortschreitende Politisierung und Organisierung der Arbeiterschaft Taiwans ist spätestens seit 1986 unverkennbar. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppierungen - überregionale Arbeiterorganisationen und Kommunikationszentren, unabhängige Gewerkschaften und politische Parteien -, die sich ihrer Interessen angenommen haben. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß es bislang erst relativ kleine Teile der abhängig Beschäftigten sind, die mobilisiert werden konnten. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Vierzig Jahre korporatistischer Kontrolle, eine repressive Arbeitsgesetzgebung und eine einseitig arbeitgeberfreundliche Wirtschaftspolitik (faktische Ausschaltung des Streikrechts, Verbot jeglicher Tarifautonomie) haben die Ausbildung eines Arbeiterbewußtseins auf Taiwan - und damit auch eine unabhängige Organisierung - effektiv verhindert. Einer autonom organisierten Interessenrealisierung der abhängig Beschäftigten fehlt jegliche historische Erfahrung. Daß eine Gewerkschaft von ihrem Wesen her ein Kampfinstrument in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, nicht aber eine Interessenvertretung zur vorbehaltlos friedlichen Schlichtung ist, muß der taiwanesischen Arbeiter erst noch lernen (Li 1991: 116).<sup>129</sup>
- Mit diesem Lernprozeß eng verbunden ist eine generelle Emanzipation von Denkschemata im Bereich der Arbeitsbeziehungen, die stark politisch-kulturell unterlegt sind.<sup>130</sup> So weisen Wang und Cheng (1990) darauf hin, daß die traditionelle Familienethik in den Köpfen der Arbeiter überwunden werden müsse, der zufolge der Unternehmer wie ein Vater angesehen wird, der für seine Kinder, also die Beschäftigten, sorgt und daher auch Loyalität einfordern kann.
- Als strukturelles Problem für eine machtvolle Organisation muß die in diesem Kontext sehr nachteilige Unternehmensstruktur der taiwanesischen Wirtschaft gelten, in denen Kleinbetriebe mit weniger als dreißig Beschäftigten vorherrschen. Dies zersplittert die Arbeiterschaft sehr stark und erschwert ihren Zusammenschluß in schlagkräftigen Gewerkschaften.

- Unterstützung von *Tai-tu*, *Tung-i* oder die Befürwortung des Status quo;
- Strikte Anti-KMT-Haltung oder aber Bereitschaft zum Kompromiß;
- Allgemeine, auf die Veränderung der Gesamtgesellschaft gerichtete Ziele (politische Reformen) oder partikuläre (*issue*-gebundene) Präferenzen.

Gemäß diesen Kriterien gehören zur *radikalen Opposition* vor allem jene Teile von konfliktfähigen Gruppen, die

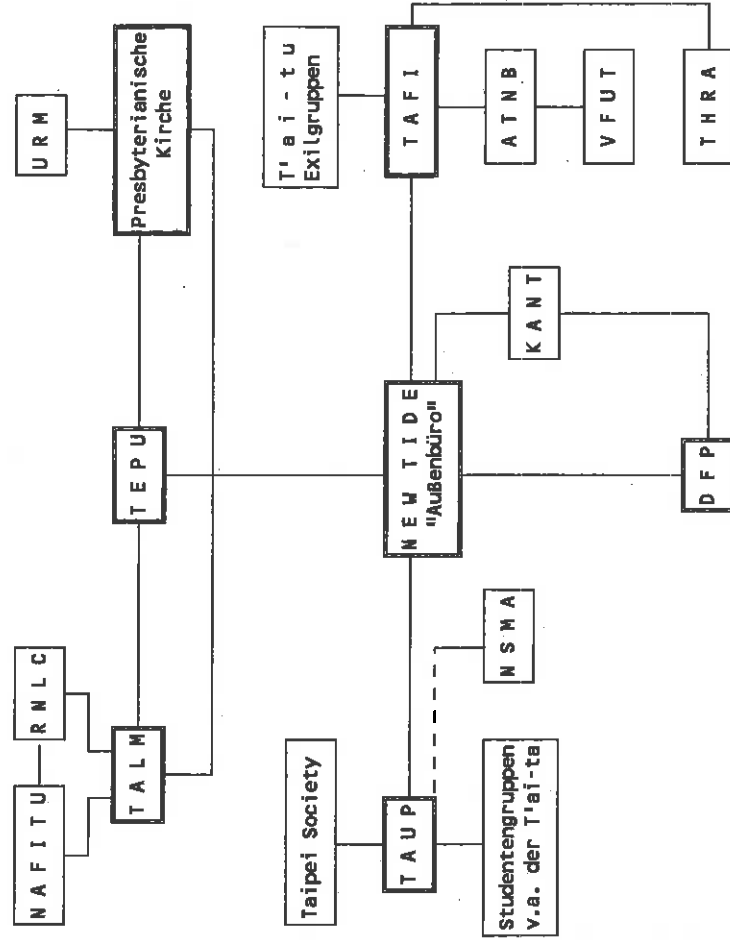
1. die KMT unbedingt von der Regierung verdrängen wollen,
2. kompromißlose Verfechter einer taiwanesischen Unabhängigkeit sind und die Ein-China-Politik der KMT rigoros ablehnen und
3. die einen Zusammenhang zwischen dem langfristigen Erfolg ihrer spezifischen Reformvorstellungen in Einzelfragen (Umweltschutz, Arbeiterrechte, soziale Gerechtigkeit etc.) mit der Erlangung einer taiwanesischen Unabhängigkeit herstellen. Für sie ist jede erfolgreiche politische Reform in letzter Konsequenz nur durch ein wirklich souveränes, eigenstaatliches Taiwan erreichbar.
4. Ebenfalls zur radikalen Opposition gehört ein sozialistisch orientierter *Tung-i*-Flügel, der sich selbst als "dritter Weg" zwischen KMT und DFP definiert.

Ohne Zweifel ist der *Tai-tu*-Flügel innerhalb der radikalen politischen Opposition Taiwans die derzeit mit Abstand stärkste und einflußreichste Kraft. Die hier führenden Professionals haben in den letzten Jahren ein solides Kommunikations- und Infrastrukturnetz aufgebaut, um gemeinsame Aktionen zu koordinieren. In fast jeder ihrer Organisationen gibt es eine Liaison-Abteilung, die den Kontakt zu anderen Gruppierungen aufrechterhält und für einen reibungslosen Informationsfluß sorgt. Durch die überlappende Mitgliedschaft der jeweiligen Führungseliten in verschiedenen Vereinigungen sowie zusätzlich in der DFP sind auch informelle Kommunikationsströme gewährleistet. Erkennbares Ziel dieses Flügels ist es, die einzelnen Organisationen noch enger zusammenzuschließen, wobei *Tai-tu* nicht nur letztes Ziel, sondern auch eine alle unterschiedlichen Partikularinteressen überlagernde, ideologische Klammer ist. Zudem wird der Aufbau von lokalen Strukturen von dieser Fraktion vorangetrieben, was vor allem die forcierte Mobilisierung der Bevölkerung Zentral- und Südtaiwans zum Ziel hat. Diese ist aus historischen und ethnischen Gründen einer taiwanesischen Unabhängigkeit besonders zugeneigt.<sup>131</sup>

Schaubild 4-1 skizziert das derzeitige Bündnis bzw. Verbindungsnetz der *Tai-tu*-orientierten radikalen Opposition auf Taiwan. Als zentrale Schaltstelle fungiert das "Außenbüro" der New Tide-Fraktion, das von deren Aktivisten bekanntlich speziell dafür eingerichtet wurde, den außerparlamentarischen Widerstand an den radikalen Flügel innerhalb der DFP zu binden (vgl. Punkt 4.3.1). Dieses Büro arbeitet unabhängig von der Partei und wird deshalb auch von deren gemäßigter Formosa-Fraktion beargwöhnt. (allerdings keinesfalls bekämpft). New

Tide-Mitglieder arbeiten in beratender oder gar führender Position innerhalb der Taiwanese Association of Labour Movement (TALM) und der Taiwan Environmental Protection Union (TEPU) mit. Enge Verbindungen bestehen ferner zur Taiwan Association of University Professors (TAUP), zur presbyterianischen Kirche sowie zur Taiwan Alliance for Independence (TAFI). Diese fünf Organisationen bilden den Kern der radikalen außerparlamentarischen Opposition Taiwans.

Schaubild 4-1: Radikale Opposition I - Kernorganisationen des *Tai-tu*-orientierten New Tide-Systems



Die TAUP hat eine gewisse Führungsrolle innerhalb der Hochschulen übernommen und kooperiert besonders eng mit den radikalen Studentengruppen an der Nationalen Taiwan-Universität (*Tai-ta*). Zumindest in intellektueller Hinsicht wird sie auch von Taipei Society unterstützt. Einige der Mitglieder dieses Zirkels sind gleichzeitig auch bei der TAUP aktiv. Das Verhältnis der TAUP zum nationalen Studentenbund NSMA ist hingegen unklar. Eine Kooperation scheint es derzeit nicht zu geben. Dies hängt damit zusammen, daß man sich innerhalb der NSMA bisher nicht zu einer eindeutigen Haltung in der Unabhängig-

gigkeitsfrage durchgerungen hat und man sich insofern von der TAUJ distanziert. Noch schärfer ist die Konfrontation des NSMA mit den Studentengruppen der *T'ai-ta*, wenngleich hier persönliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Aktivisten wohl größer sein dürften als prinzipielle ideologische Unterschiede.<sup>132</sup> In Zukunft wird es jedoch zu einer Annäherung der NSMA an die TAUJ kommen müssen, denn ohne die organisatorische und finanzielle Unterstützung dieser "core group" der radikalen außerparlamentarischen Opposition kann der nationale Studentenbund wenig bewirken.

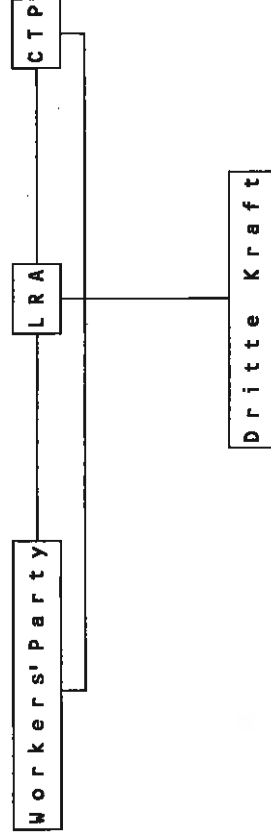
Die TEPU verfügt über gut ausgebaute Kommunikationsstrukturen in nahezu alle sozialen Protestbewegungen hinein - besonders aber zu den Organisationen, die eine radikale *T'ai-tu*-Linie mittragen. Sie arbeitet außerdem eng mit der TALM und der presbyterianischen Kirche zusammen. Die TALM, die die Gründung des unabhängigen Gewerkschaftsbundes NAFITU maßgeblich mitinitiierte, hat ein festes Standbein innerhalb der Arbeiterbewegung und kooperiert intensiv mit den unabhängigen Gewerkschaften. Die Arbeiterzentren der katholischen Kirche - v.a. das Rerum Novarum Labour Center (RNLC) - sowie die presbyterianische Kirche<sup>133</sup> mit ihren inselweiten Arbeiter-Basisorganisationen sind weitere Multiplikatoren der Mobilisierung der Arbeiterschaft.

Letztlich bestehen enge Verbindungen zwischen New Tide und den verschiedenen Organisationen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung, allen voran der Taiwan Alliance for Independence (TAFI), der Association of Taiwan Nation-Building (ATNB) und der Taiwan Human Rights Association (THRA). Eine herausragende Stellung nimmt dabei TAFI ein, die eine eigene Faktion innerhalb der DFP bildet, personell mit verschiedenen anderen sozialen Protestbewegungen verflochten ist und wahrscheinlich auch von der finanziellen Unterstützung ihrer zahlreichen Auslandskomitees profitiert. Wie erwähnt (vgl. Punkt 4.3.3), ist die Unabhängigkeitsbewegung durch die Konstituierung einer festlandchinesischen *T'ai-tu*-Gruppierung, der Vereinigung der Festlandchinesen für die Unabhängigkeit Taiwans (VFUT), zusätzlich aufgewertet worden.

Auch wenn die Kooperationsstrukturen der radikalen Opposition damit nur ausschnittartig erfasst werden können, so stellt sich der hier institutionalisierte Protest - nur sieben Jahre nach Einleitung des Reformprozesses - bereits als beachtenswert gut organisiert dar. Dies wird ferner durch die Tatsache unterstrichen, daß sich mittlerweile auch übergreifende Kooperationsformen etablieren, die sich - ähnlich wie die unten noch genauer zu betrachtende Dritte Kraft des *T'ung-i*-Flügels - um die Zusammenfassung der einzelnen Kräfte innerhalb dieses *New Tide*-Systems bemühen.<sup>134</sup> Als Beispiel kann in diesem Kontext das Komitee für den Aufbau eines neuen Taiwans/KANT (*hsin T'ai-wan ch'ung-chien wei-yuan-hui*) genannt werden, in dem sich seit Mitte Mai 1992 auch nicht zur *New Tide*-Faktion gehörende DFP-Professionals um einen engeren Zusammenschluß der außerparlamentarischen Opposition bemühen.<sup>135</sup> Ein Erfolg dieser Anstrengungen läßt sich derzeit allerdings noch nicht abschätzen.

Der *T'ung-i*-Flügel innerhalb der radikalen Opposition wird durch die Befürworter eines alternativen Modells zur Wiedervereinigung Chinas repräsentiert. Es handelt sich hier im wesentlichen um das sog. *China Tide*-System (*hsia-ch'ao hsi-t'ung*), also um das informelle Bündnis aus LP, LRA und der auf rein intellektuellem Gebiet arbeitenden *China Tide-Association* (CTA). Um eine Zusammenarbeit mit ihnen bemühten sich im Frühjahr 1992 allerdings auch Kräfte um den früheren DFP-Politiker Lin Cheng-chieh,<sup>136</sup> die die oppositionellen *T'ung-i*-Befürworter zu einem breiten Aktionsbündnis zusammenschließen wollten und dabei auch innerhalb der sozialen Protestbewegungen um Unterstützung warben (vgl. Schaubild 4-2).

Schaubild 4-2: Radikale Opposition II - Kernorganisationen des *T'ung-i*-orientierten *China Tide*-Systems



Während seines Forschungsaufenthaltes auf Taiwan konnte der Verfasser nur die Anfänge der Institutionalisierung dieses als Dritte Kraft (*i-i-san shih-ti*) bezeichneten Bündnisses mitverfolgen. Unklar war zu diesem Zeitpunkt noch, ob sich dieser Zusammenschluß zukünftig zu einer politischen Partei oder einer rein außerparlamentarischen Organisation entwickeln würde. Noch nicht einmal die Frage nach seiner politischen Überlebensfähigkeit konnte beantwortet werden. Da sich die Dritte Kraft allerdings bereits Ende 1992 um eigene Mandate für die Wahlen zum Legislativ Yuan bemühte, ist zumindest ihre langfristige parteipolitische Institutionalisierung nicht auszuschließen. Offenkundig will man eine Parlamentsstrategie (*i-hui lu-hsien*) verfolgen; damit könnte die von einigen Aktivisten dem Verfasser gegenüber geäußerte Vermutung bestätigt werden, hier handele es sich um den Vorläufer einer neuen parteipolitischen Basis für Lin Cheng-chieh.<sup>137</sup>

Dem Verfasser überlassene Sitzungsprotokolle weisen auf ein überaus heterogenes Bündnis hin, das sich in der Dritten Kraft zusammenzuschließen im Begriff ist. Neben Funktionären der LP sowie der LRA, dem Mitarbeiterstab Lin Cheng-chiehs sowie unabhängigen Professoren, Rechtsanwälten, Ärzten und Journalisten sind auch Aktivisten verschiedener sozialer Protestbewegungen vertreten.<sup>138</sup> Dabei ist allerdings zu bedenken, daß sie zum damaligen Zeitpunkt (Frühjahr 1992) nicht für ihre jeweilige Organisation, sondern nur für sich selbst sprachen. Schon daran ist zu erkennen, daß die Dritte Kraft bisher nicht einmal

ansatzweise den Institutionalisierungsgrad der im New Tide-System kooperierenden Organisationen erreicht hat. Programmatisch wendet sich die Dritte Kraft gegen die Korruption der KMT, die Machenschaften des mit der Regierungspartei verflochtenen taiwanesischen Großkapitals sowie - in diesem Zusammenhang - gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben und öffentlichen Immobilien. Heftige Kritik wird an den Änderungsvorschlägen der Regierung zu den Arbeitsgesetzen geübt und der direkte Flug-, Kommunikations- sowie Handelsverkehr mit Festlandchina gefordert.<sup>139</sup> Man will eine Politik, die sich mehr an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und damit aus der Sackgasse herausführt, in die - nach Auffassung der Dritten Kraft - KMT und DFP das Land mit ihrer ideologischen *Tung-tu*-Auseinandersetzung hineinmanövriert haben. Obwohl sich die Dritte Kraft des Einflusses des New Tide-Flügels innerhalb der außerparlamentarischen Opposition bewußt ist, so glaubt sie doch, dort genügend Unterstützung finden zu können:

In Wirklichkeit haben wir einen ziemlich großen Spielraum, uns mit den sozialen Basisgruppen zusammenzuschließen. Zwar kann nicht bezweifelt werden, daß jene Gruppierungen, die an der Unabhängigkeit festhalten, unter der Führung der New Tide-Fraktion stehen. Allerdings fühlen sich nicht wenige von ihnen, die nicht so dogmatisch an *Tai-tu* gebunden sind, von diesen Leuten benutzt. Sie grenzen sich allmählich von New Tide ab und sind die natürlichen Ansprechpartner der Dritten Kraft.<sup>140</sup>

Ungeachtet ihrer Überzeugung, nur mit einer aktiven China-Politik die wirtschaftliche und politische Zukunft eines wohlhabenden Taiwan sicherstellen und auf diesem Weg langfristig die Wiedervereinigung unter demokratischen Vorzeichen erreichen zu können, will sich die Dritte Kraft aus der Debatte um die taiwanesischen Unabhängigkeit zunächst heraushalten und den Blick auf Sachprobleme lenken. Falls sie wirklich das Ziel verfolgen sollte, sich langfristig als politische Partei zu konstituieren, so wären ihre Erfolgsaussichten zumindest aus der Sicht des Verfassers überaus gering. Hier können die negativen Erfahrungen der Sozialdemokratischen Partei Chu Kao-chengs mit ähnlichen Zielsetzungen und dem vergeblichen Bemühen, einen Weg zwischen KMT und DFP zu finden, Pate stehen. Es gibt in Taiwan derzeit auf der Oppositionsseite keine parteipolitische Alternative zur DFP.

Zusammenfassend können somit die konfliktfähigen Gruppen der radikalen Opposition Taiwans wie folgt benannt werden:

1. radikale, unabhängige Professionals, die als angesehene Professoren, Wissenschaftler, Rechtsanwälte oder Ärzte zu den "etablierten" Regierungskritikern zählen; zu ihnen gehören auch viele der - vornehmlich in der New Tide-Fraktion zusammengeschlossenen - oder mit ihr sympathisierenden - DFP-Politiker, von denen die allermeisten ebenfalls einen professionalen Hintergrund haben;

2. soziale Aktivisten (viele freie Journalisten, Schriftsteller, Studenten und andere intellektuelle) mit einem Mittelschichtintergrund, aber oft ohne geregeltes oder nur geringes Einkommen;
3. radikale Gewerkschafter bzw. Arbeiterführer mit einer eindeutigen politischen Nähe zur DFP.

Die unter Punkt zwei genannten Gruppen haben sich dabei als besonders bedeutsam erwiesen. Es ist zu beobachten, daß ein hoher Anteil der radikalen Opposition aus Aktivisten besteht, die sich in einer finanziell angespannten Situation befinden. Dem Verfasser selbst sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen sich Studenten nach abgeschlossener Ausbildung zusammenschlossen, um kleine Unternehmen oder Informationszentren zu gründen. Die Spannweite reicht dabei von Computerfirmen über Buchläden bis hin zu Sprachschulen und kleinen Forschungsinstituten, die sich z.B. mit der Geschichte Taiwans befassen. Aufgrund der hohen Wettbewerbsdichte gerade in der Hauptstadt Taipei ist diesen Aktivitäten in den seltensten Fällen wirtschaftlicher Erfolg beschieden. Andere radikale Aktivisten verdingen sich als Gelegenheitsarbeiter oder werden von ihren Familien unterstützt. In den seltensten Fällen können sie eine haupt- oder nebenamtliche Anstellung in der Organisation finden, in der sie sich engagieren, da die finanziellen Ressourcen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition überaus begrenzt sind. Somit rekrutiert sich die radikale Opposition Taiwans aus konfliktfähigen Gruppen, die

1. einkommensstatistisch aus den saturierten Mittelschichten kommen oder
2. bezüglich des Ausbildungshintergrundes und ihres sozialen Status zwar ebenfalls überwiegend den Mittelschichten zuzurechnen sind, sich aber in einer materiell ungesicherten und schwierigen Lage befinden.

Auch die vielen außerbetrieblichen Gewerkschaftsführer, die zumeist den überregionalen Arbeiterorganisationen angehören, entstammen oft nicht einem Arbeitermilieu, sondern rekrutieren sich ebenfalls aus den Mittelschichten. Es sind in erster Linie junge soziale Aktivisten, die sich der Arbeiterfrage angenommen haben. Sie werden damit eigentlich bereits von der oben aufgeführten zweiten Gruppe erfaßt. Allerdings schreitet die Rekrutierung der Arbeiter als aktive Mitglieder in der außerparlamentarischen Opposition voran. Ferner bestehen alle hier beschriebenen konfliktfähigen Gruppen nahezu ausschließlich aus ethnischen Taiwanesen. Auf vielen oppositionellen Veranstaltungen wird nur Taiwanesisch gesprochen und in einigen Organisationen ist das Beherrschen dieses südchinesischen Dialektes sogar ein unausgesprochenes Aufnahmekriterium. Das Mobilisierungspotential der radikalen *Tai-tu*-orientierten Opposition ist weitaus größer als jenes der *Tung-i*-Befürworter, sie sind besser organisiert und verfügen mit der Forderung nach einer unabhängigen Republik Taiwan über eine politische Mobilisierungsressource, die ideologische Kohärenz in hohem Maße ermöglicht.

Zusammenfassung wird somit deutlich, daß der Grad der Politisierung und Radikalisierung der oppositionellen konfliktfähigen Gruppen nicht unwesentlich durch ihre materielle Lage bestimmt ist. Je ungesicherter diese ist, desto wahrscheinlicher die Zugehörigkeit zur radikalen Opposition. Ob man innerhalb dieser dann zum *T'ai-tu* oder *T'ung-i*-Flügel gehört, entscheidet zumeist die "ethnische" Zugehörigkeit. Schon dieser Tatbestand erklärt die quantitative und qualitative Schwäche des *T'ung-i*-Flügels. Die konfliktfähigen Gruppen der radikalen Opposition bestehen fast ausschließlich aus einheimischen Taiwanesen, aber es schließen sich ihr mittlerweile auch immer mehr Festlandchinesen an (vgl. die Gründung der VFUT). Dies ist ein Trend, der der KMT besonderes Kopferbrechen bereiten muß.

### 314 Die konfliktfähigen Gruppen der politischen Opposition

Auf der anderen Seite haben die linkssozialistischen (kommunistischen) Organisationen des China Tide-Systems sowie das neue heterogene Bündnis der Dritten Kraft starke organisatorische Schwächen. Auch ideologisch besteht das Problem, die chinesische Wiedervereinigung als Konzept jenseits der Ein-China-Politik der Regierung einer skeptischen Bevölkerung verständlich zu machen.<sup>141</sup> Selbst der erklärte Wille, von einer Überbetonung dieses *issues* abzusehen, erklärt noch nicht das eigentlich Originelle und Neue, das die Dritte Kraft auf Taiwan schaffen will. Es bleibt also abzuwarten, welche Entfaltungsmöglichkeiten die *T'ung-i*-Protagonisten zukünftig haben werden, ohne von der Regierungspartei thematisch vereinnahmt und damit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt zu werden.

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die gemäßigte außerparlamentarische Opposition geworfen werden. Grundsätzlich ist zu sagen, daß sie über kein vergleichbares Aktionsbündnis verfügt wie die radikale Opposition, weil sie aufgrund der prinzipiellen Ablehnung von *T'ai-tu* oder *T'ung-i* als "ideologischer Klammer" ihre ansonsten überaus heterogene Interessenstruktur nicht überbrücken kann. Auch spaltet sie sich in prinzipielle Regimegegner (vor allem in Reihen der DFP) und liberale Regimebefürworter (so z.B. verschiedene konservative Professorenzirkel). Im zweiten Fall wird der Begriff "Opposition" allerdings bisweilen problematisch.

Als politisch gemäßigt gilt z.B. die Verbraucherschutzbewegung mit ihrer führenden Organisation, der Nationalen Stiftung für Verbraucherschutz. Wie bereits ausgeführt, konzentriert sie sich allein auf konkrete Einzelprobleme, deren rasche Lösung ohnehin eine Zusammenarbeit mit den Regierungsbehörden verlangt. Ähnlich *issue*-orientierte Gruppierungen findet man innerhalb der Professorenbewegung (z.B. die Faculty Association of National Taiwan University/FANTU oder der Hochschulverband zur Förderung der Reform im Erziehungswesen/HFRE). Nicht wenige der hier vertretenen Oppositionellen wirken jedoch gleichzeitig in anderen, aktivistischeren Vereinigungen mit und bekennen sich damit zur radikalen Opposition.

Die gemäßigten Kräfte innerhalb der außerparlamentarischen Opposition unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zuordnung zu den konfliktfähigen Gruppen Taiwans nicht grundsätzlich vom radikalen Flügel. Sie entstammen vornehmlich der Gruppe der unabhängigen Professionals (Wissenschaftler, Professoren, Rechtsanwälte, Mediziner), die allerdings zu einem größeren Teil festlandchinesischer Abstammung und in vielen Fällen KMT-Parteimitglieder sind. In diesem Fall zählen sie natürlich zu den liberalen Regimebefürwortern mit reformerischen Zielen. Den für die radikale Opposition typischen, ungesicherten sozialen Aktivitäten (vgl. oben) wird man hier kaum finden. Vielmehr zeichnet sich die gemäßigte Opposition durch eine gewisse ökonomische Saturierung aus. Es handelt sich hier mit anderen Worten um den politisch-liberalen, "aufgeklärten" und materiell abgesicherten Mittelstand Taiwans, der eine soziale Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Mitunter sind hier auch kritische mittelständische Unternehmer organisiert (z.B. in der Verbraucherschutzbewegung).

Die gemäßigten Kräfte innerhalb der außerparlamentarischen Opposition unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zuordnung zu den konfliktfähigen Gruppen Taiwans nicht grundsätzlich vom radikalen Flügel. Sie entstammen vornehmlich der Gruppe der unabhängigen Professionals (Wissenschaftler, Professoren, Rechtsanwälte, Mediziner), die allerdings zu einem größeren Teil festlandchinesischer Abstammung und in vielen Fällen KMT-Parteimitglieder sind. In diesem Fall zählen sie natürlich zu den liberalen Regimebefürwortern mit reformerischen Zielen. Den für die radikale Opposition typischen, ungesicherten sozialen Aktivitäten (vgl. oben) wird man hier kaum finden. Vielmehr zeichnet sich die gemäßigte Opposition durch eine gewisse ökonomische Saturierung aus. Es handelt sich hier mit anderen Worten um den politisch-liberalen, "aufgeklärten" und materiell abgesicherten Mittelstand Taiwans, der eine soziale Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Mitunter sind hier auch kritische mittelständische Unternehmer organisiert (z.B. in der Verbraucherschutzbewegung).

## 5 Evaluierung - Strategische und konfliktfähige Gruppen im Prozeß des politisch-sozialen Wandels auf Taiwan und ihre Bedeutung für die Konsolidierungsperspektiven der taiwanesischen Demokratie

Abschließend sollen nunmehr die folgenden zwei Fragestellungen zusammenfassend beantwortet werden:

1. In welchem Verhältnis steht der Demokratisierungsprozeß zur Entstehung, Formierung und Interaktion von strategischen und konfliktfähigen Gruppen auf Taiwan - m.a.W.: aus welchen Gründen hat das Kräfteverhältnis dieser Gruppen zueinander in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einen Demokratisierungsschub, nicht aber die Stabilisierung (oder Verschärfung) der autoritären Herrschaft induziert?
2. Welche Aussagen können - vor allem mit Blick auf das gegenwärtige Kräfteverhältnis der strategischen Gruppen in der Regimekoalition einerseits und der konfliktfähigen Gruppen in der politischen Opposition andererseits - hinsichtlich der Konsolidierungsperspektiven der jungen taiwanesischen Demokratie getroffen werden? Sind spätere Rückschläge zu erwarten?

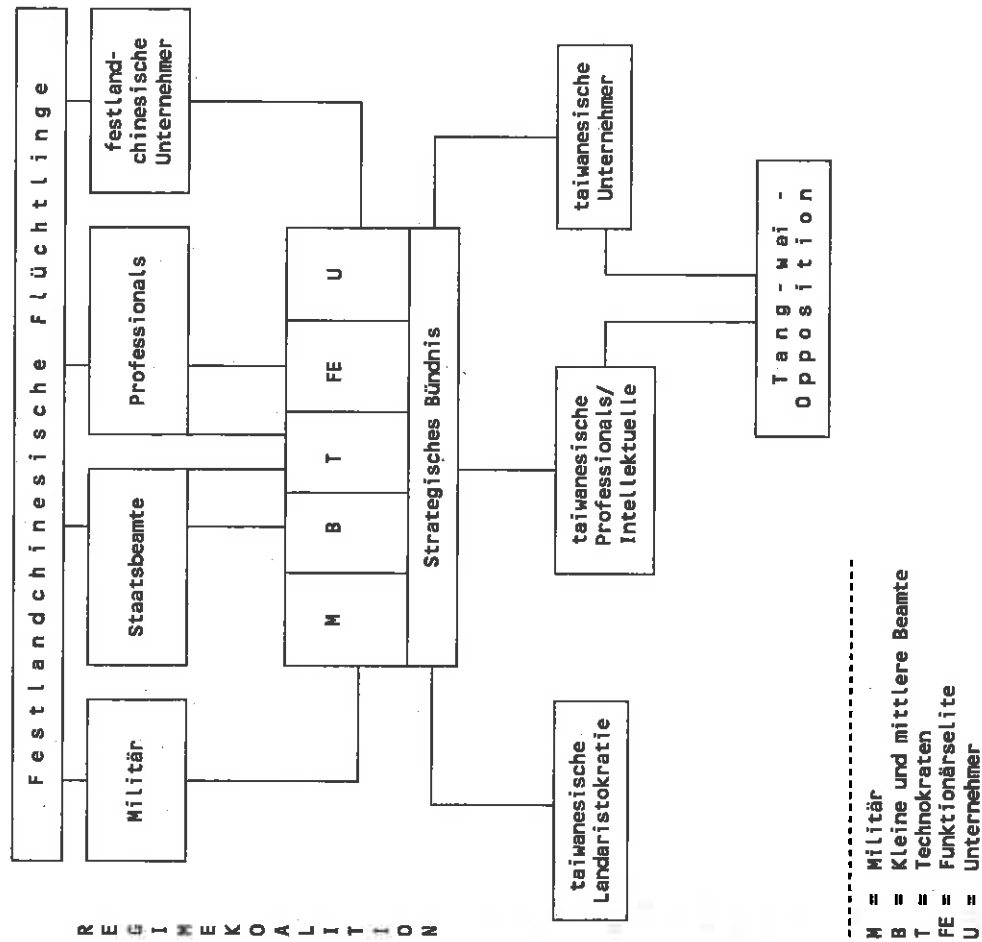
### 1. Die autoritäre Ära:

1949 übernahm ein strategisches Bündnis aus Militärs, einflussreichen Unternehmern, kooptierten Professionals (hauptsächlich die alte Funktionärselite, aber auch einflussreiche Technokraten im Regierungsapparat) und hohen Staatsbeamten (Technokraten) unter der Führung des charismatischen Generals Chiang Kai-shek als festlandchinesisches Minderheitsregime auf Taiwan die Macht. Diese zunächst klar von den Militärs dominierte Regimekoalition (vgl. Schaubild 5-1) entpuppte sich nach der katastrophalen Politik der Regierung Chen Yi im Anschluß an die japanische Kapitulation als überraschend entwicklungsorientiert und effizient. Gründe dafür dürften vor allem der neue US-amerikanische Einfluß nach dem Koreakrieg sowie das Bestreben des Chiang-Regimes gewesen sein, Taiwan zu einer militärisch und ökonomisch stabilen Operationsbasis mit Modellfunktion für die festlandchinesische Bevölkerung auszubauen.

Die von den Japanern übernommenen Staatsbetriebe sicherten der KMT eine intakte Ressourcenbasis, die sie in den folgenden Jahren beständig ausbaute. Sie wurde nicht nur der staatlichen Modernisierungspolitik nutzbar gemacht, sondern diente auch der "klientelistischen Anbindung" von ca. einer Million kleiner

und mittlerer Staatsbeamter sowie der zahlreichen aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Militärs in unteren Rängen. Mit der Besetzung der Schaltstellen innerhalb der gesamten Regierungsverwaltung durch diese *festlandchinesische Klientel* verfestigte das KMT-Regime seine Macht. Gleichzeitig zementierte es den im Volksaufstand von 1947 begründeten und bis heute nachwirkenden Gegensatz zwischen einheimischen Taiwanesen und zugewanderten Festländern sowie ihren Nachfahren, weil die Taiwanesen von jedweder administrativen Einflußnahme ausgeschlossen wurden.

Schaubild 5-1: Die Figuration der strategischen Gruppen in der autoritären Ära (1949-86)



Das Massaker vom 28. Februar 1947 und die Agrarreform der Jahre 1949-53 schaltete die einzigen beiden konfliktfähigen Gruppen auf der Insel aus, die der KMT-Herrschaft hätten gefährlich werden können: die taiwanesischen Intelligenz und die alte Landaristokratie. Während die Intelligenz in großem Stil politisch verfolgt, umgebracht oder von der Insel vertrieben wurde, konnten die enteigneten Großgrundbesitzer - durch Industriebeteiligungen und die Bereitstellung politischer Ressourcen im Rahmen des Ausbaus der lokalen Selbstverwaltung - sogar zu strategischen Bündnispartnern des KMT-Regimes gemacht werden. Eine einheimische Unternehmerschaft gab es zu diesem Zeitpunkt nur rudimentär. Sie erfüllte in einem hohen Maße Zuliefererfunktionen für die großen Staatsbetriebe und hing daher völlig von der Industrie- und zukünftigen Wirtschaftstrukturpolitik des KMT-Regimes ab. Später sorgte eine subtile Strategie der Ressourcenallokation (Überverteilung bestimmter Unternehmer durch die Vergabe regionaler Monopole; einseitige Privatisierungsmaßnahmen etc.) dafür, daß die wichtigsten Segmente der taiwanesischen Unternehmerschaft zu Parteigängern des Regimes wurden (vgl. unten). Alles in allem war Taiwan in den frühen 50er Jahren eine Agrargesellschaft mit einem kleinen kapitalistischen Sektor von marginaler gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und ähnelte damit jenem von Mao Tse-tung - für die VR China beschworenen - weißen Blatt, "auf dem man die schönsten Schriftzeichen malen kann".

Abgesehen von ohnmächtigen Aktionen einer kleinen Restgruppe kritischer Professionals und Intellektueller (v.a. Ärzte, Schriftsteller und Professoren) - von denen in den ersten beiden Jahrzehnten bezeichnenderweise ein großer Teil festlandchinesischer Herkunft war und die durch den "Weißen Terror" der Militärs brutal unterdrückt wurden - gab es nach 1947 keinerlei nennenswerten politischen Widerstand gegen die KMT mehr. Dennoch bemühte sich das Regime bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt zum Zwecke der langfristigen Machtabsicherung um eine rationale Politik der Legitimationserweiterung bei der taiwanesischen Bevölkerung. Vor allem die Parteireform von 1952 und die Einführung einer lokalen Selbstverwaltung etwa zur selben Zeit waren entscheidende Schritte zu einer ersten gesellschaftlichen Kooptierungsstrategie, mit denen die Herrschaftscoalition potentiell oppositionelle, konfliktfähige Gruppen an sich zu binden verstand. So wurden in den 50er und 60er Jahren - als die Wirtschaftspolitik erste Erfolge zeitigte (Stichwort: Importsubstitution/ Exportindustrialisierung) und zur rapiden Modernisierung und Stratifizierung der taiwanesischen Gesellschaft führte - sowohl große Teile des aufsteigenden Privatkapitals als auch eine neue Gruppe von modernen Professionals in die Regimekoalition kooptiert. Sie avancierten damit zu weiteren strategischen Gruppen des Herrschaftsbündnisses und trugen erheblich zur Legitimation der Gesamtkoalition bei, weil sie als taiwanesische Eliten gemeinsame Sache mit der von den "Festländern" dominierten Staats- und Parteiführung machten.

Erste Anzeichen einer Legitimationserosion für das KMT-Regime wurden Anfang der 70er Jahre erkennbar und waren in erster Linie exogen bedingt. Die

Auseinandersetzungen um die Tiao-yü-t'ai-Inselkette und der Verlust der UNO-Mitgliedschaft 1971, die sino-amerikanische Annäherung mit der Abfassung des Shanghaier Kommuniqués im Februar 1972 und schließlich der "Tanaka-Schock" mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VR China im September desselben Jahres offenbarten die außenpolitische Verwundbarkeit des KMT-Regimes. In der Reformbewegung der Jahre 1971-73 traten kritische Studenten und Professoren als neue konfliktbereite Gruppen auf den Plan und forderten das Regime heraus. Dieses antwortete einmal mehr mit einer Mischung aus Repression und Kooptierung. Die unversöhnlichsten Kritiker wurden beruflich kaltgestellt und politisch isoliert, die anderen durch die sog. "Taiwanisierungspolitik" Chiang Ching-kuos an das Regime gebunden. Die Reformbewegung besaß weder die Ressourcen noch den Organisationsgrad, aber auch nicht den politischen Willen, das Machtmonopol der KMT ernsthaft in Frage zu stellen. Ihr ging es um eine demokratische Transformation des Staates mit dem Regime. Dennoch hatte dieses durch die politischen Geschehnisse der frühen 70er Jahre erste Risse bekommen.

Unabhängige Professionals taiwanesischer Herkunft - (aus dem Ausland zurückgekehrte) ehemalige Studenten, zu Lokalpolitikern avancierte Rechtsanwälte und Ärzte oder aber ungesicherte Intellektuelle, Schriftsteller, Akademiker und soziale Aktivisten - waren es, die sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in steigendem Maße zu einer "unversöhnlichen" Opposition zusammenschlossen. Sie wurden zwar von einigen wenigen taiwanesischen Unternehmern finanziell unterstützt, doch zu einem größeren politischen Engagement des taiwanesischen Privatkapitals kam es damals noch nicht. Die oppositionellen Professionals blieben auf sich allein gestellt. Die Jahre 1975-79 waren die "Wachstumsjahre" der *Tang-wai*-Bewegung mit zahlreichen - und nach jedem Verbot immer wieder neu erscheinenden - kritischen Zeitschriften, Massenprotesten und einer zunehmenden Organisierung bis hin zu einer Quasi-Partei (vgl. Punkt 1.1.2). Dabei thematisierte die Opposition - neben ihren Forderungen nach umfassenden institutionellen Reformen - den "ethnischen Gegensatz" zwischen Taiwanesen und "Festländern" als Kern ihrer Mobilisierungsstrategie. Damit erschütterte sie die politische Legitimation der KMT in ihren Grundfesten, hielt diese doch an der Zugehörigkeit Taiwans und der Taiwanesen zu einem gesamtchinesischen Herrschaftsverband fest.

Die Regimekoalition hatte sich in den 70er Jahren zunächst auf das Reformprogramm Chiang Ching-kuos verständigt, indem vor allem die jüngeren kooptierten Professionals die Stimmen der konservativen Militärs und alten Parteifunktionäre neutralisierten. Erst als mit dem gewaltsamen Zwischenfall von Chungli (1977) und dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Taipei und Washington im Dezember 1979 weitere Delegitimationsschübe die KMT erschütterten, gewannen die konservativen Fraktionen in der Regimekoalition wieder kurzzeitig die Oberhand. Die taiwanesische Variante der "Doktrin der nationalen Sicherheit" führte 1979/80 zur Verhaftung der gesamten *Tang-wai*-Führung und ihrer Verurteilung zu langjährigen Gefängnisstrafen. Dies war



zweifellos ein schwerer Schlag gegen die politische Opposition im Lande und stellte alle bisherigen - wenn auch nur geringen - demokratischen Fortschritte in Frage (periodische Liberalisierung der Pressezensur; mehr Meinungsfreiheit; Aufstockung der frei gewählten Mandate in den nationalen Parlamenten etc.).

Es besteht hinreichend Grund zu der Annahme, daß es den reformorientierten KMT-Kräften bereits vor dem Zwischenfall von Kaohsiung klargeworden war, daß die Formierung oppositioneller konfliktfähiger Gruppen nicht mehr länger durch eine geschickte Rekrutierungspolitik manipuliert werden konnte. Die Kooptierungsfähigkeit des Staates ließ angesichts der sozial-strukturellen Differenzierung und der damit verbundenen Zunahme moderner gesellschaftlicher Gruppen (v.a. Professionals und Unternehmer) zwangsläufig nach. Deren Drängen auf politische Partizipation erschien somit quasi als unvermeidliche Konsequenz der eigenen Entwicklungsstrategie. Diese Gruppen zu isolieren barg ein erhebliches Gefahrenpotential. Obwohl die liberale Fraktion deshalb auf eine Reformpolitik als Machterhaltungsstrategie setzte, konnte sie sich zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht gegen die einflußreichen Militärs und dogmatischen alten Parteifunktionäre durchsetzen.

Obschon die Opposition Anfang der 80er Jahre ihrer Führung beraubt und geschwächt war, konnte sie politisch nicht ausgeschaltet werden. Dies wurde schon in den folgenden Wahlen (1980, 1983) deutlich, als vor allem die Familienangehörigen der politischen Häftlinge beachtliche Erfolge errangen. Im Verlauf der 80er Jahre änderte sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Regimekoalition zunehmend zugunsten der von liberalen Professionals und taiwanesischen Unternehmern dominierten Reformfraktion in der KMT. Sie fanden ausgerechnet in dem mit einer langen autoritären Vergangenheit belasteten Präsidenten Chiang Ching-kuo ihren wichtigsten Protagonisten. Er stellte das Bindeglied zu den Parteikonservativen dar und konnte qua seiner überragenden Stellung innerhalb der Regierungspartei eine Schiedsrichterfunktion ausüben.

Was die persönlichen Motive Chiangs waren, die ihn zu dieser Kursänderung veranlaßten, wird ein Geheimnis der Geschichte bleiben. Es mag richtig sein, daß er ganz einfach die Zeichen der Zeit erkannte und wußte, daß die Herrschaft seiner Partei nur noch unter großen innen- und außenpolitischen Legitimationsverlusten aufrecht zu erhalten war, sollten die sich formierenden konfliktfähigen Gruppen dauerhaft von jedweder Partizipation ausgeschlossen werden. Das südliche Nachbarland, die Philippinen, hatte in diesem Punkt gerade einen eindrucksvollen Beweis geliefert, und auch in Südkorea nahmen die innenpolitischen Spannungen ständig zu. Nicht abschließend geklärt ist in diesem Zusammenhang auch der hinter den Kulissen direkt ausgeübte Einfluß der USA nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Washingtons zu Taipei im Dezember 1979. Sicher ist jedoch, daß wachsende US-amerikanische Forderungen (und Sanktionsdrohungen) nach Maßnahmen zur Handelsliberalisierung und einer zügigen politischen Öffnung sowie die offene Unterstützung mächtiger politischer Kreise im amerikanischen Senat für die *Tang-wai* seit Anfang der 80er Jahre erheblich auf die Herrschaftslegitimation des KMT-Regimes rückwirkte und deren Erosion beschleunigte.

Als im Gefolge der zweiten Ölkrise 1979 die weltweite Rezession Anfang der 80er Jahre Taiwan erreichte und das Regime nun auch von der ökonomischen Seite unter Druck geriet, setzten sich die Reformen durch. Der einflußreichste Militär, General Wang Sheng, wurde politisch entmachtet, der Dialog mit der sich rasch reformierenden *Tang-wai* gesucht und die erste veritable Oppositionspartei 1986 - ungeachtet ihres rechtlich illegalen Status - toleriert. Die Transformationsphase war eingeleitet worden, ohne daß die mächtigen Parteikonservativen sich ihr wirksam entgegenstemmen konnten oder sie überhaupt mit letzter Konsequenz verhindern wollten. Warum aber waren den Anhängern der "autoritären Lösung" offenkundig die Hände gebunden und warum erwiesen sich die progressiven Kräfte als politisch stärker?

Der reformorientierte KMT-Flügel rekrutierte sich aus den aufsteigenden gesellschaftlichen Gruppen der Professionals und Unternehmer, die bereits seit den 70er Jahren als moderne strategische Gruppen verstärkt in die Regimekoalition kooptiert worden waren. Bei ihren Repräsentanten an der Staats- und Parteispitze handelte es sich zudem um überwiegend taiwanesische Eliten, die sich folgerichtig auch ideologisch von den festlandchinesischen Doktrinen einer Wiedervereinigung und der unbedingten Vormachtstellung der KMT zu distanzieren begannen. Bei den Professionals spielten hierbei zwei Gründe eine Rolle: Zum einen neigten sie aufgrund ihres sehr oft westlich geprägten Sozialisationshintergrundes aus eher ideeller Überzeugung zu demokratischen Strategien des Legitimationserhalts und setzten in das "autoritäre Modell" keine Zukunft mehr. Zum zweiten - und dies ohne Zweifel vorrangig - sahen sie in einer breiten gesellschaftlichen Demokratisierung, die auch vor dem Parteiapparat der KMT nicht Halt machen konnte, die Chance zur Verbesserung ihrer Machtposition im herrschenden Bündnis. Sie attackierten folgerichtig den institutionellen Zentralismus der KMT und forderten mehr Mitspracherecht bei der parteiinternen Entscheidungsfindung. Sie machten ehemals einflußlose Akklamationsorgane, wie den Legislativ Yuan und die lokalen Vertretungsorgane, zu Plattformen ihres Kampfes gegen die von festlandchinesischen Militärs und alten Funktionären dominierte Parteiführung. Und sie unterstützten den neuen taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui seit 1988 intensiv bei seinem Bemühen, sich eine eigene Machtbasis in der Regierungspartei aufzubauen. Dadurch beförderten sie zwar einerseits eine informelle Parteispaltung (*Haupt-* und *Anti-Hauptströmung*), trugen andererseits jedoch wesentlich zur fortgesetzten Dezentralisierung der Machtstrukturen an der Regimespitze bei (vgl. Punkt 3.2).

Für die taiwanesischen Unternehmerschaft standen vor allem ökonomische Interessen im Vordergrund. Ein außenwirtschaftlich und politisch - vor allem von den USA - isoliertes Taiwan, zudem bedroht durch soziale Spannungen und Instabilität aufgrund der Auseinandersetzungen mit einer stärker werdenden Opposition, hätte zu ökonomischen Rückschlägen führen können. Damit wären die generellen Kapitalverwertungsinteressen der Unternehmerschaft aber unmittelbar bedroht gewesen. Zudem, so mußte insbesondere das Großkapital befürchten, stand bei einer kontinuierlichen Legitimationserosion der Regimekoalition insge-

samt auch die eigene politische Macht auf dem Spiel. Im Unterschied zum Klein- und mittelständischen Kapital, das erst in den 80er Jahren zu einer politisch relevanten Kraft aufstieg und bis dahin klientelistisch an das Regime gebunden war, waren die Vertreter der taiwanesischen Konzerne und Großunternehmen schon immer an führender Stelle in Staat und Politik vertreten gewesen und konnten dort einen begrenzten Einfluß ausüben.

Diese Aussichten - gekoppelt mit der Gefahr einer militärischen Isolierung und einer Verschlechterung des ohnehin prekären Verhältnisses zur VR China - haben ohne Zweifel auch zahlreiche mächtige Konservative an der Parteispitze einschließlich Chiang Ching-kuo selbst - zum Einlenken bewegt. Mitte der 80er Jahre blieb somit der konservativen Fraktion aus alten Militärs, Parteifunktionären und Technokraten kaum etwas anderes übrig, als den "demokratischen Weg" zu gehen - wobei es das historische Verdienst der umstrittenen Persönlichkeit Chiang Ching-kuos ist, sie von dieser Notwendigkeit letztlich überzeugt und ihr sich selbst nicht in autoritärer Machverblendung verschlossen zu haben.

## 2. Die Bedingungen der demokratischen Transition 1986-1993:

Zum Zeitpunkt der Gründung der DFP im September 1986 war somit die Entscheidung für einen Reformkurs in der Regierungspartei bereits gefallen. Ungeachtet der Formierung und wachsenden Organisation der politischen Opposition seit den 70er Jahren und zunehmender sozialer Proteste seit Anfang der 80er Jahre ist es deshalb richtig zu konstatieren, daß die taiwanesischen Transition zunächst weniger "von unten" erstritten als "von oben" gewährt wurde. Die *Tangwai*-Bewegung erreichte - trotz kurzzeitiger Mobilisierungserfolge - politisch nur eine Minderheit der Bevölkerung und beschränkte sich auf eine relativ kleine Gruppe oppositioneller Aktivisten. Die Regimekoalition kontrollierte alle gesellschaftlichen Ressourcen (Stichwort: Staatsbetriebe, Privatwirtschaft, Lokalfaktionen), die Arbeiterschaft stand unter rigider korporatistischer Kontrolle, und die Mehrheit der Bevölkerung war - nicht zuletzt bedingt durch das Medien- und Kulturmonopol der KMT - politisch unaufgeklärt, wenn nicht gar apathisch.

Die Einleitung der Transitionsphase war deshalb erstens eine Folge von langfristigen Machtschichtungen innerhalb der Regimekoalition selbst und wurde in diesem Kontext durch eine veränderte Gruppenfiguration innerhalb derselben - sichtbar in der veränderten Zusammensetzung der politischen Spitzeneliten - induziert. Sie war zweitens eine Folge exogener bedingter Delegitimierungsfaktoren (US-Einfluß; Umbruch in den Philippinen; Rezession), die den anpassungs-bereiten Reformkräften unter dem Schutz Chiang Ching-kuos endgültig zum Durchbruch verhalfen. Dabei setzten sich reformorientierte (taiwanesischen) Professionals und Unternehmer gegen konservative (festlandchinesische) Militärs, Parteifunktionäre und Technokraten durch.

Sobald jedoch die "autoritären Fesseln" gelockert waren, gewann die politische Opposition rasch an Boden und nutzte die gewonnenen Freiräume konsequent zu ihrer weiteren Organisierung. Unabhängige Professionals spielten dabei die wichtigste Rolle und setzten sich an die Spitze einer nun erfolgreicher auf die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten gerichteten Oppositionsbewegung. Sie trieben die Gründung und Institutionalisierung der zahlreichen, besonders nach 1986 überall entstehenden, neuen sozialen Protestbewegungen voran; sie waren bei der Aktivierung und Organisierung einer selbstbewußter werdenden taiwanesischen Arbeiterschaft federführend. Besonders aktiv war eine Gruppe radikaler Professionals, die den Aufbau von politisierten intellektuellenverbänden und neuen Zellen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung auf der Insel organisierte. Innerhalb der jungen DFP bemühten sich diese Kräfte (Stichwort: *New Tide*) um eine ideologische Straffung und Koordinierung der außerparlamentarischen Opposition unter dem Banner von *Tai-tu*.

Durch diese Entwicklung geriet die Regimekoalition ihrerseits, innerhalb nur weniger Jahre unter starken endogenen Druck, dem sie immer wieder nachgeben mußte. Die von ihr seit 1986 initiierten Reformen beeinflussten insofern nicht nur ihr "Außenverhältnis" zur Opposition, sondern wirkten auch direkt auf das eigene Herrschaftsbündnis zurück. Das Ausscheiden der "alten Abgeordneten" und die kompletten Neuwahlen von Nationalversammlung und Legislativ Yuan, das Erstarren einer taiwanesisch dominierten *Hauptströmung* um den einheimischen Präsidenten Lee Teng-hui im zentralen Parteiapparat und der Aufstieg moderner professioneller Funktionsebenen auch auf den untergeordneten Regierungsebenen illustrierten die Verlagerung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse von den alten, konservativen strategischen Gruppen zu den neuen, reformorientierten Kräften.

War also die Transition erst einmal eingeleitet, verstärkte sich der Einfluß der vornehmlich aus kooptierten, modernen Professionals und Privatunternehmern zusammengesetzten Hauptströmung noch mehr und geriet das konservative *Anti-Hauptströmungs-Lager* unter der Führung von hohen Militärs, alten Parteifunktionären und einflußreichen Technokraten immer stärker in die Defensive. Der Reformprozeß durchbrach das zentralistische Kaderprinzip der KMT und vergrößerte den institutionellen Raum der politischen Entscheidungsfindung. Obwohl die Konservativen auch heute noch in den politischen Spitzengremien der Regierungspartei eine starke Kraft darstellen, haben die reformorientierten, modernen Professionals und Unternehmer die aus ihrem "akklamatorischen Dämmerzustand" erwachten Parlamente erobert und drängen mittlerweile auf den Zugang zu den letzten Bastionen der Altvorderen - die Spitzengremien der Partei. Ohne Zweifel spiegelt der heutige Machtkampf in der KMT damit auch die veränderten gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wider.

Die Ziele der Reformen in der Regimekoalition waren und sind jedoch durchaus ambivalent. Wie oben bereits angemerkt, fungieren sie zwar einerseits aufgrund ihres modernen gesellschaftlichen Hintergrundes (Stichwort: Mittelschichten)

und einer entsprechenden politisch-ökonomischen Orientierung (Stichwort: westliches Demokratieverständnis; freier Handel - auch mit der VR China!) als "natürliche Demokratisierungsenten". Taiwan ist aber andererseits auch ein klassisches Beispiel dafür, wie die Repräsentanten moderner strategischer Gruppen den "demokratischen Weg" konsequent dazu nutzen, die Führung im herrschenden Bündnis zu übernehmen und dabei durchaus auch undemokratische Wege zu gehen bereit sind. Die Korruptionspraktiken des taiwanesischen Privatkapitals und die ebenso korruptiven lokalen Klientelnetze der Professionals (vgl. Punkt 3.6.4.1 u. 3.6.4.3) sind dafür Beispiele. Oft war der Begriff "Demokratisierung" (*min-chu-hua*) nur ein Slogan, hinter dem politische Ränkespiele ausgeführt wurden und in dem Professionals und Unternehmer deshalb das bessere Ende für sich hatten, weil sie das Wort "Demokratie" unvorbelasteter in den Mund nehmen konnten als die alte Parteilite.

Die Aufhebung bzw. Revision der Landesverratsartikel und des Artikels 100 des Strafgesetzbuches, die Abschaffung der Ausnahmegesetzgebung, die Neudefinition der gesamten Außen- und Chinapolitik, das Bekenntnis zum "Zwischenfall vom 27. Februar" und die de facto-Legalisierung der Unabhängigkeitsbewegung waren deshalb auch nur scheinbar Elemente eines sorgsam erdachten und pedantisch umgesetzten Reformprogramms einer aufgeklärten und geläuterten Partei. Oft standen dahinter politische Winkelzüge der Reformier im Machtzentrum, die aufgrund einer hohen demokratischen Legitimation ihre konservativen Gegenspieler konsequent zu isolieren und gleichzeitig der politischen Opposition das Wasser abzugraben trachteten. Demokratische Reformen waren hier sehr oft - ohne sie damit abwerten zu wollen - ein strategisches Mittel zu machtpolitischen Zwecken.

Ungeachtet dieser regimentären Auseinandersetzungen war die taiwanesische Transition anfangs jedoch eine bewußte politische Maßnahme mit dem Ziel des Legitimationserhalts zugunsten des herrschenden Bündnisses insgesamt. In ihrem Verlauf offenbarte sich schließlich ein Machtpakt zwischen den strategischen und konfliktfähigen Gruppen, das eine Manipulierung der demokratischen Reformen zugunsten einer Seite unmöglich machte und deshalb ihre anhaltende Institutionalisierung beförderte. Keine strategische Gruppe war (mehr) stark genug, dem politischen Prozeß eine Richtung aufzuzwingen, und konnte daher nur bestrebt sein, soviel Einfluß wie möglich in die "demokratische Ära" hinüberzuzureiten. Andererseits war auch der Handlungsspielraum der konfliktfähigen Gruppen begrenzt, vor allem weil sich die Mobilisierung immer breiterer Bevölkerungsschichten für oppositionelle Ziele durch eine tiefverwurzelte politische Apathie und die allgemein als glaubwürdig perzipierte Reformpolitik der KMT schwierig gestaltete. Es rollte somit nicht jene "demokratische Welle" über den Inselstaat hinweg, die das alte Regime einfach mit sich fortriß. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der Politisierungsgrad der Bevölkerung ließen dies nicht zu. Andererseits war es jenes "strukturelle Machtpatt" zwischen in etwa gleichstarken gesellschaftlichen "power brokers" auf der Regime- und Opposi-

tionssseite, das eine nahezu gewaltfreie Transition hervorbrachte und die taiwanesische Demokratisierung nicht in ein politisches Nullsummenspiel der beteiligten Akteure, Gruppen und Interessen verwandelte.

### 3. Gegenwärtiger Konsolidierungsgrad und Zukunftsperspektiven der taiwanesischen Demokratie

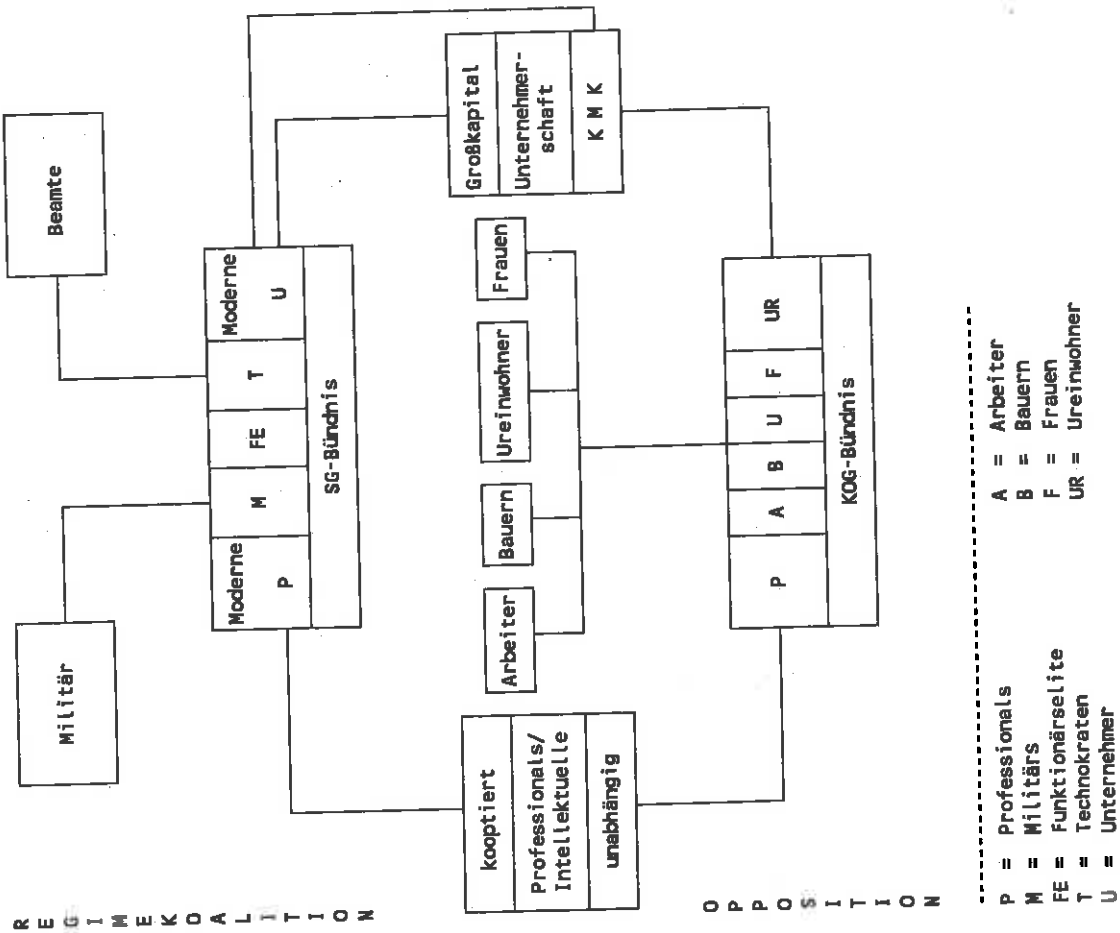
Was ist nun hinsichtlich des gegenwärtigen Konsolidierungsgrades und der Zukunft dieser noch jungen asiatischen Demokratie zu sagen? Welchen hauptsächlichsten Problemen und Gefahren sieht sie sich gegenüber? Dazu müssen zunächst noch einmal die - an den jeweiligen Ressourcenpotentialen gemessenen - derzeitigen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Regimekoalition und der politischen Opposition einerseits sowie zwischen beiden Lagern andererseits zusammenfassend betrachtet werden.

Innerhalb der Regimekoalition (vgl. Schaubild 5-2) sind die - ethnisch klar taiwanesisch dominierten - kooptierten modernen Professionals (der zweiten Politikergeneration nach 1949) und das taiwanesisches Privatkapital die heute führenden strategischen Gruppen. Sie stellen die übergroße Mehrheit der parlamentarischen Eliten auf allen Verwaltungsebenen und dominieren mittlerweile auch die KMT-Funktionärselite im zentralen Partei- und Regierungsapparat. Allerdings entfaltet sich die Macht der Unternehmer vor allem jenseits der politischen Institutionen (vgl. unten).

Obwohl die modernen Professionals an der Regimespitze lange Zeit im Schatten der Militärs, der Technokraten und der alten Funktionärselite standen, waren sie auf den untergeordneten politischen Ebenen - in der Provinzversammlung und den lokalen Parlamenten - schon in der autoritären Ära eine wichtige politische Kraft. Die erfolgreiche Kooptierung dieser Professionals, die zumeist in einflußreiche lokale Beziehungsgeflechte eingebunden waren (Stichwort: Lokalfaktio- nen), erleichterte dem KMT-Regime nicht nur die Implementierung seiner Politik bis an die lokale Basis. Da es sich hier in erster Linie um taiwanesisches Eliten handelte, wurde das Regime zusätzlich mit einer erheblichen (Wähler-) Legitimation ausgestattet. Zwar waren die Professionals somit Teil des herrschenden Bündnisses, doch war ihre relative Machtposition anfänglich eher schwach.

Die anhaltende Rekrutierung moderner Professionals in die politischen Spitzenorgane von Partei und Staat seit den frühen 70er Jahren führte dann jedoch allmählich zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Regimekoalition und zwar zum Nachteil der festlandchinesischen, alten strategischen Gruppen. Die modernen Professionals bilden heute das Rückgrat der Hauptströmung um Präsident Lee Teng-hui, verhalfen aber teilweise auch der konservativen Anti-Hauptströmung zu ihrem immer noch beträchtlichen politischen Gewicht (vgl. unten). Dabei haben sich viele Professionals über nebenberufliche Manager- und

Schaubild 5-2: Gruppenfiguration in der Transitionsphase (1986-93)



Direktorenposten zu Interessensachwaltern des Großkapitals machen lassen oder kooperieren über ihre lokalen Faktionsbindungen eng mit dem Klein- und mittelständischen Kapital (KMK) (vgl. Punkt 3.6.4.1). Grund dafür ist vor allem die "freie" Wahlkampffinanzierung der parlamentarischen Professionals, die heute stärker als je zuvor von den Zuweisungen und Spenden der taiwanesischen

Unternehmenskraft abhängig sind. Allerdings konnten auch zahlreiche Professionals vom Privatkapital kooptiert werden, die ausschließlich als Parteifunktionsäre arbeiten. Im Ergebnis führt diese Kooperation zwischen Professionals und Unternehmern dazu, daß die staatlichen Institutionen privaten Geschäftsinteressen zunehmend nutzbar gemacht werden.

Ähnliches gilt für die alte Funktionärselite mit ihrer Kontrolle über die privaten KMT-Unternehmen, die Planungstechnokraten mit ihrem Zugriff auf die Staatsunternehmen und das Militär mit seinem exklusiven Besitz an den der VACRS angegliederten Firmen: Der Staats- und Parteiapparat als gemeinsame institutionelle Basis der Regimekoalition wird auch in der demokratischen Ära nicht nur zur politischen Machtausübung, sondern ebenso als Instrument einer beispiellosen Kartellisierung der taiwanesischen Binnenwirtschaft zugunsten der herrschenden strategischen Gruppen genutzt (Stichwort: private Firmengründungen zwischen den Staatsunternehmen und dem Privatkapital, zwischen KMT-Unternehmen und der VACRS etc.; vgl. z.B. Punkte 3.3, 3.5.2). So gelingt es dem herrschenden Bündnis, den durch die politische Liberalisierung bedingten tendenziellen Machtverlust in den politischen Institutionen durch die Gewinnung umfangreicher materieller Ressourcen zu kompensieren und damit den politischen Prozeß wiederum in seinem Interesse zu beeinflussen (Stichwort: finanzielle Wahlkampffunterstützung; Einflußnahme auf die parlamentarische Ausschlußarbeit etc.). Hier hat die Opposition substantielle Nachteile zu überwinden - vier Jahrzehnte eines autoritäreren Korporatismus lassen sich nicht innerhalb von sieben Jahren überwinden und institutionell entflechten.

Dennoch ist es keinesfalls so, daß das KMT-Regime heute ein stabiles Bündnis der beteiligten strategischen Gruppen darstellt. Vielmehr toben innerhalb der Regimekoalition heftige Machtkämpfe, die nicht nur als "Oberflächenphänomene" - so z.B. in der Auseinandersetzung zwischen Haupt- und Anti-Hauptströmung im zentralen Parteiapparat der KMT oder in ihren Parlamentsfraktionen - dargestellt werden dürfen, sondern zunächst als prinzipielle Neufigurierung der "Allianz der Mächtigen" interpretiert werden müssen.

Bei diesen Konflikten präsentiert sich die Unternehmerschaft mittlerweile als die einflußreichste strategische (bzw. in Teilen auch konfliktfähige) Gruppe in Staat und Gesellschaft Taiwans. Der politische und ökonomische Einfluß des Großkapitals ist dabei als besonders hoch einzuschätzen, wie nicht nur die engen wirtschaftlichen Verflechtungen führender taiwanesischer Konzerne mit den Staats- und Parteunternehmen, sondern auch mit zahlreichen vom Militär kontrollierten Firmen zeigen. Zudem ist es das Großkapital, das heute den größten Druck auf die Regierung ausübt, den öffentlichen Sektor neu zu strukturieren. Während früher die Planungstechnokratie mit Hilfe der Staatsbetriebe die Wirtschaft Taiwans oligopolisierte und das noch junge binnenmarktorientierte Privatkapital durch die Übertragung von Teilmonopolen aus dem Staatssektor oder den Aufbau von Zuliefererindustrien klientelistisch an sich band, so steht dieses Verhältnis heute geradezu auf dem Kopf. Weil das Privatkapital insgesamt in der Re-

Zweifellos sind das Privatkapital und die "modernern" Professionals im Staatsapparat prinzipiell an der Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses interessiert, dessen Einleitung sie schließlich selbst in der Regimekoalition durchgesetzt haben und dessen Implementierung sie ihren rasanten politischen Aufstieg in den letzten Jahren verdanken. Über Tempo und Richtung der damit verbundenen Reformen wird heute allerdings erheblich gestritten. So gibt es mittlerweile eine einflussreiche Professional-Fraktion aus *Tung-i*-orientierten, zumeist festlandchinesischen Nachwuchspolitikern, die - zumindest in der Frage nach der politischen Zukunft der Insel - ideologisch dem Militär und der alten, konservativen Parteien nahe stehen (Stichwort: New Kuomintang Alliance; Anti-Hauptströmung). Diese Allianz kann auf nicht unerhebliche privatwirtschaftliche (Stichwort: VACRS, vgl. Punkt 3.5.2) und politische (Stichwort: HFHTP, vgl. Punkt 3.5.3) Ressourcen zurückgreifen und besitzt daher noch immer (oder wieder?) einen beachtlichen Einfluss. Tendenziell wird sie wohl auch von Teilen der Planungstechnokratie und der taiwanesischen Beamtenschaft in der Regierungsverwaltung und den Staatsbetrieben unterstützt. Die hier anzutreffende, konservative Gesinnung hängt vor allem mit der von der Hauptströmung vorangetriebenen Privatisierung des öffentlichen Sektors und der personellen Stützung des öffentlichen Dienstes zusammen (vgl. Punkt 3.4): Für die Planungstechnokratie bedeutet dies eine Beschneidung ihrer ureigenen Ressourcenbasis und deshalb einen Verlust an Macht und Einfluss, für die untere und mittlere Beamtenschaft sind damit vor allem materielle Einbußen verbunden.

Allerdings verschließt sich auch das konservative Lager keinesfalls einer Demokratisierung des politischen Systems, zumal diese bereits 1986 definitiv entschieden worden ist. "Konservativ" im taiwanesischen Kontext bedeutet heute ohnehin vielmehr die Wahrung einer relativen Machtposition in einem sich neu figurierenden Herrschaftsbündnis als das Beharren auf alten ideologischen Positionen. Zwar markiert - ungeachtet der offiziell nach wie vor gültigen Ein-China-Politik der Regierung - der Gegensatz zwischen *Tai-tu*-Sympathisanten bzw. Verfechtern einer Status-quo-Politik einerseits und *Tung-i*-Anhängern andererseits eine wichtige ideologische Scheidelinie sowohl in der Regimekoalition insgesamt als auch in der unmittelbaren Staats- und Parteispitze selbst; noch wichtiger scheint aber in diesem Kontext das tiefe Mißtrauen der von der völligen politischen Isolierung bedrohten festlandchinesischen Kräfte gegenüber der unaufhaltsamen "Taiwanisierung" von Staat und Gesellschaft zu sein. Wie bereits gesagt, handelt es sich bei den heute einflussreichsten strategischen Gruppen - der Unternehmerschaft und den modernen Professionals - nahezu ausschließlich um taiwanesisische Kräfte.

Bei den konfliktfähigen Gruppen der politischen Opposition dominieren klar die unabhängigen Professionals. Nicht zuletzt die herausragende Bedeutung der Intelligenz in der chinesischen Gesellschaft kompensiert hier das - vor allem durch finanzielle Ressourcenknappheit bedingte - "strukturelle Defizit" des Konfliktpotentials breiter Teile dieser Gruppe. Professionals stehen an der Spitze der parlamentarischen (Stichwort: Demokratische Fortschrittspartei) und der immer

Regimekoalition mittlerweile eine führende Rolle spielt, stehen die Staatsunternehmen und die staatlichen Monopole unter Privatisierungsdruck; dem Großkapital geht es in diesem Kontext einerseits darum, seine privilegierte binnenwirtschaftliche Position durch den Erwerb strategischer Staatsunternehmen auszubauen, andererseits das KMK aus bestimmten Marktbereichen (Stichwort: Bauwirtschaft) weiterhin auszuschließen - und in diesem Fall auch massiv Front gegen jede zu weitgehende Privatisierungspolitik zu machen. Mit anderen Worten: Die taiwanesischen Großunternehmer streben nach der exklusiven Übernahme der kompletten Macht auf dem taiwanesischen Binnenmarkt.

Aber auch das KMK hat seit den 80er Jahren aufgrund seiner hohen Legitimationsfunktion für das Regime - Taiwan ist heute stärker denn je von seiner Exportwirtschaft abhängig und die KMT braucht unverändert stark die Kooperation der Lokalfaktionen für ihre Wahlerfolge - ein politisches Mitspracherecht in der Regimekoalition erworben. Die durch US-amerikanischen Druck erzwungene Wirtschaftsliberalisierung - und hier vor allem die Implementierung eines freien Kapitalverkehrs mit der damit verbundenen "Legalisierung" von Kapitalflucht - hat die Machtressourcen des KMK beträchtlich erhöht. So wurde auch die Neuformulierung der taiwanesischen Chinapolitik vom KMK in jedem Fall indirekt beeinflusst, als es sich von allen Verboten und Appellen nicht abhalten ließ und seit Mitte der 80er Jahre eine Investitionsoffensive auf dem chinesischen Festland startete. Dadurch setzte es Fakten, die die konservative Parteiführung zur Adjustierung ihrer Politik gegenüber Peking zwingen und fortgesetzt zwingen.

Zwar haben sich Teile des KMK auch auf die Seite der politischen Opposition geschlagen, wobei nicht zuletzt die "politisierte Ethnizität" (R. Tetzlaff) - der Gegensatz zwischen Taiwanesen und Festlandchinesen - eine entscheidende Rolle spielen dürfte. Vor allem in den Provinz-Hochburgen der DFP in Zentral- und Südtaiwan kann die Opposition mittlerweile auf die finanzielle Hilfe einiger taiwanesischer Unternehmer zählen. Allerdings geschieht dies bisher noch eher im Verborgenen und ist zudem primär taktisch bedingt: Die Gefahr nämlich, daß Teile der Unternehmerschaft durch eine Unterstützung oppositioneller Politiker das Regime weiter in die Defensive bringen könnten, stärkt die relative Machtposition des Privatkapitals im herrschenden Bündnis und wird daher auch systematisch als "Verhandlungsressource" eingesetzt.

Allerdings ist es nicht so, daß Taiwans Unternehmer diese Strategie "überreizen" können. Ungeachtet seiner neuen Bedeutung darf sich vor allem das KMK aufgrund seiner strukturellen Ressourcenknappheit - geringes Eigenkapital, hohe Sektormobilität, unzureichender organisatorischer Einfluß - politisch nicht zu weit von den anderen strategischen Gruppen entfernen. Zudem hat die Planungstechnokratie noch immer einige wirkungsvolle Instrumente (Kreditsteuerung; Exportquotierung; Steuerfahndung etc.) an der Hand, um politisches Wohlerhalten ratsam zu machen. Natürlich gilt dies weniger für das kapitalstarke und zu umfangreichen Auslandsinvestitionen fähige Großkapital, aber dessen Wunsch nach politischer und sozialer Stabilität und seine langjährigen Verbindungen zum KMT-Establishment machen es ohnehin zu einem konservativeren Faktor auf der Insel.

Protestbewegungen. Ungeachtet des gleichzeitig ebenfalls hohen Anteils etablierter Professionals in den Reihen der radikalen Opposition, scheint der Unterstützunggrad für *T'ai-tu* damit in einem Wechselverhältnis zur individuellen ökonomischen Situation der unabhängigen Professionals zu stehen. Anders ausgedrückt: Die von der staatlichen Kooperationspolitik am meisten ausgeschlossenen und (gleichzeitig) von staatlicher Repression früher am heftigsten betroffenen Aktivisten stellen die politische Legitimation der Regimekoalition - vermittelt über das *T'ai-tu issue* - auch am nachhaltigsten in Frage. Abgesehen davon trägt die Tatsache, daß der radikale Flügel hauptsächlich aus taiwanesischen Kräften besteht, weiterhin zu einer Polarisierung bei.

*T'ai-tu* kann dabei überaus "kostengünstig" und erfolgversprechend als oppositionelle Mobilisierungsressource instrumentalisiert werden, denn die Brisanz des nachwirkenden "ethnischen" Konfliktes auf Taiwan darf auch heute keinesfalls unterschätzt werden. Zwar haben sich die Modernisierungserfolge der KMT - nicht zuletzt durch deren jahrzehntelange "mediengerechte Aufarbeitung" ihrer Entwicklungsleistungen - im kollektiven Gedächtnis der Taiwanesen verankert, aber auch die Erinnerung an die Geschehnisse von 1947 und die anschließenden Repressionen in der Ära des "Weißen Terrors" sind auf der Insel präsent. Die Unterdrückung der einheimischen Mehrheit durch ein festlandchinesisches Minoritätsregime ist kein abgeschlossenes historisches Kapitel. *T'ai-tu* bewegt sich daher in einem gewissen Spannungsfeld von taktischer Mobilisierung und ideologischer Überzeugung. Weil jedoch der erste Aspekt mittlerweile überwiegt (vgl. Punkt 4.2), ist auch die Gefahr des politischen Extremismus auf Taiwan weitgehend gebannt.

Tatsächlich ist auch die radikale Opposition heute dazu bereit, sich den vom Regime vorgegebenen "demokratischen Spielregeln" anzupassen. Von einer allzu forschen *T'ai-tu*-Rhetorik hat sich die New Tide-Fraktion der DFP spätestens nach den Parlamentswahlen von 1992 distanziert. Auch in ihren Reihen läßt sich das Wort "Status quo" heute öfters vernehmen. Die Unabhängigkeitsbewegung hat sich einer langfristigen Basisstrategie verschrieben, die friedlich um eine derzeit zweifellos noch fehlende - breite gesellschaftliche Unterstützung für eine unabhängige Republik Taiwan werben will. In letzter Zeit wird sie von den moderaten Kräften innerhalb der DFP sogar politisch unter Druck gesetzt und zur Auflösung aufgefordert - die Ziele seien die gleichen, warum also unnötig Kraft verschwenden? Letztlich geht es auch den radikalen, ideologischeren Organisationen der sozialen Protestbewegungen (v.a. der Umweltschutzbewegung und der Bauernbewegung) um praktische politische Verbesserungen, selbst wenn sie das Fehlen von *T'ai-tu* und einer wirklichen Souveränität der Taiwanesen immer wieder als das grundlegende Übel definieren, an dem sich alle sozialen Probleme Taiwans entzünden.

Es läßt sich daher mit einigem Recht sagen, daß die Unabhängigkeitsfrage derzeit einen "Säkularisierungsprozeß" durchläuft, der ihr politisches Mobilisierungspotential abschwächt. Zwar schließt sich der *T'ai-tu*-Flügel im *New Tide*

stärker sich entfaltenden außerparlamentarischen Opposition Taiwans. Ihr hohes Sozialprestige, ihre an demokratischen Prinzipien orientierte Weltanschauung und eine daraus entspringende ideologische Kohärenz, aber auch ihre teilweise guten Verbindungen zur KMT und eine große Bereitschaft zu aktivem politischen Engagement sind dafür hauptsächlich verantwortlich. Sie haben sich in zahlreichen Intellektuellenverbänden organisiert (vgl. Punkt 4.3.2), dominieren die Unabhängigkeitsbewegung (vgl. Punkt 4.3.3) und stellen die Führungseliten der sozialen Protestbewegungen (vgl. Punkt 7.4). Nicht selten ist es dabei gerade in letzterem Falle so, daß die unmittelbaren Interessen von Bauern, Ureinwohnern, Frauen oder Umweltschützern weiterreichenden Zielen von Professionals untergeordnet werden und soziale Protestbewegungen insofern als Mobilisierungskanal für die reformpolitische Auseinandersetzung mit dem KMT-Regime fungieren.

Zwar beginnt sich auch die taiwanesishe Arbeiterschaft zu formieren und könnte in den nächsten Jahren zu einer eigenständigen politischen Kraft heranwachsen. Einstweilen jedoch werden ihre wenigen nicht-korporatistischen Organisationen - die freien Gewerkschaften und überregionalen Arbeiterorganisationen - von Professionals angeführt, die nur selten einen "proletarischen Hintergrund" besitzen.

Entscheidend für die Einschätzung des zukünftigen Einflusses der politischen Opposition auf den Demokratisierungsprozeß ist vor allem die ideologische Spaltung der Professionals in der Unabhängigkeitsfrage. Dabei hat sich in dieser Untersuchung gezeigt, daß sich der gemäßigtere Flügel aus eher etablierten Professionals in gesicherter sozialer Lage - vor allem Hochschulprofessoren, akkreditierte Wissenschaftler, gutverdienende Rechtsanwälte, Ingenieure und Mediziner etc. - rekrutiert. Sie verfolgen in ihrer Interessenwahrnehmung dezidiert sachorientierte Ziele und bemühen sich deshalb auch um eine weitgehende Entideologisierung der Auseinandersetzung mit der KMT (Stichwort: Verbraucher-schutzbewegung). Nicht selten unterstützen sie auch explizit deren reformorientierte Kräfte. Die gemäßigten Professionals sind quantitativ sicherlich die größte Gruppe in der politischen Opposition Taiwans, sowohl innerhalb der DFP als auch der außerparlamentarischen Organisationen. In bezug auf die letzteren führt jedoch eine sehr heterogene und partikuläre Interessenstruktur, eine auswegendere "ethnische Zusammensetzung", eine nicht selten anzutreffende parteipolitische Zugehörigkeit zur KMT sowie eine - aus all dem resultierende - unterschiedlich akzentuierte Haltung zur Unabhängigkeitsfrage dazu, daß übergreifende Aktionsbündnisse nicht zustande kommen.

Es fällt auf, daß an der Spitze des radikalen Flügels innerhalb der Opposition viele sozial ungesicherte Professionals (Studenten, unterbeschäftigte oder arbeitslose Akademiker, Intellektuelle und soziale Aktivisten) bzw. solche Akteure stehen, die sich - nicht zuletzt aufgrund politischer Verfolgung - früher einmal in dieser Situation befunden haben. Dazu gehören z.B. führende *New Tide*-Vertreter der DFP sowie der Unabhängigkeitsbewegung und großer Teile der sozialen

System (vgl. Punkt 4.6) auf der außerparlamentarischen Ebene seit geraumer Zeit enger zusammen und wirkt damit dieser Säkularisierung entgegen; doch es besteht einiger Grund zu der Annahme, daß *T'ai-tu* in den Reihen der radikalen Opposition heute eine ähnliche Rolle spielt, wie sie für die Ein-China-Politik aufseiten der Regimekoalition angedeutet wurde - nämlich die einer ideologischen Verbrämung von intraelitären Machtinteressen. Sollte es z.B. der New Tide-Faktion gelingen, den *T'ai-tu*-orientierten, außerparlamentarischen Widerstand noch stärker zu bündeln, so wird dies zweifellos auf ihre Machtposition innerhalb der DFP rückwirken. Ob die DFP in der Folge die Unabhängigkeitsfrage tatsächlich stärker auf die Tagesordnung setzen würde als heute, ist hingegen eine offene Frage.

Die vor 1986 stark erodierende Herrschaftslegitimation des Regimes ist durch die politischen Reformen überraschend schnell wiederhergestellt worden. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern ist die KMT in der postautoritären Ära nicht abgewählt worden. Das hat ihre Bereitschaft erhöht, sich konsequent auf den "demokratischen Wettbewerb" einzulassen. Ohne Zweifel hat die radikale Opposition ihr politisches Gewicht verstärkt. Doch auch sie ist, wie gezeigt, offenkundig nicht bereit, den erreichten Grad an Freiheit und Demokratie durch eine kompromißlose *T'ai-tu*-Strategie zu gefährden. Zwar muß sie keinesfalls mehr die autoritäre Vergeltung der KMT-Konservativen fürchten, wohl aber eine militärische Intervention von der anderen Seite der Taiwan-Straße. In dieser Beziehung sitzen beide Seiten - Regime und Opposition - in einem Boot. Darüber sind sich Taiwans Politiker auch durchaus im klaren. Sollte sich das Verhältnis zur VR China also nicht dramatisch verschlechtern, so bestehen gute Aussichten für eine endgültige Konsolidierung der taiwanesischen Demokratie. Die Erfolge in der offiziellen Chinapolitik in den letzten Jahren (vgl. Punkt 1.2.2) sprechen - zumindest was die taiwanesischen Anstrengungen in dieser Richtung anbelangt - eigentlich dafür.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß sieben Jahre demokratischer Praxis - mit regelmäßigen und mittlerweile auch für alle politischen Gremien vollständig durchgeführten Wahlen, einem institutionalisierten Parteienpluralismus und einem den üblichen Kriterien genügenden Parlamentarismus, Presse- und Organisationsfreiheit sowie einer auch von Oppositionellen kaum mehr angezweifelten, unabhängigen Justiz - die taiwanesishe Demokratie schon heute bemerkenswert stabil erscheinen lassen. Entscheidend für ihre Solidität ist in erster Linie das relative "Machtpat" zwischen den strategischen Gruppen der Regimekoalition und den konfliktfähigen Gruppen der Opposition. Keine Seite kann sich ohne die Gefahr ihrer eigenen Delegitimierung politisch zu weit nach vorne wagen, besitzt aber umgekehrt genügend Machtressourcen bzw. Konfliktpotentiale, ihre Interessen mit Aussicht auf Erfolg ins Rennen zu werfen. Gleiches gilt für das Verhältnis der einzelnen strategischen Gruppen innerhalb der Regimekoalition zueinander, deren Machtressourcen noch immer als wesentlich stärker als die der Opposition eingeschätzt werden müssen.

Es war das im Zuge der innerparteilichen Positionskämpfe an der Regimespitze entstehende Machtvakuum, das der politischen Opposition nach 1986 den entscheidenden Spielraum zu einer raschen gesellschaftlichen Formierung gab und sie heute sogar zu attraktiven Bündnispartnern von Teilen der KMT macht. Hier ist z.B. an die - zumeist taktisch bedingte - Mitwirkung vieler kooperierter Professionals der Regierungspartei in der außerparlamentarischen Opposition zu denken oder an die parlamentarische Zusammenarbeit von regierungskritischen KMT-Kräften mit der DFP, etwa bei der Verabschiedung des sog. Sonnenscheingesetzes (vgl. Punkt 3.6.4.1). Auch ist abschbar, daß das Privatkapital in zunehmendem Maße die DFP unterstützen wird, die aufgrund ihrer wachsenden Abgeordnetenquoten in den verschiedenen Parlamenten immer stärker den politischen Entscheidungsprozeß beeinflusst. All dies wird sich aufgrund der damit verbundenen machtpolitischen Dezentralisierungsprozesse positiv auf die Konsolidierung der taiwanesischen Demokratie auswirken.

Dennoch sollte man das Bild nicht zu rosig malen, denn es drohen unvermindert Gefahren jenseits der *T'ai-tu*-Problematik und der Bedrohung durch die VR China. In mancher Hinsicht muß nämlich die Behauptung einer austarierten Machtbalance der politischen Kräfte Taiwans mittlerweile eingeschränkt werden. Die relative Deprivation der taiwanesischen Arbeiterschaft, der Landbevölkerung und anderer sozialer Randgruppen (Ureinwohner, die kleinen Gewerbetreibenden des informellen Sektors etc.) schreitet voran. Die Einkommensschere klappt seit einigen Jahren weiter auseinander und droht die weltberühmte homogene Einkommensverteilung Taiwans auszuhebeln. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich somit, ohne daß diese Entwicklung derzeit bereits dramatisch zu nennen wäre. Dennoch liegt hier ein gesellschaftliches Spannungspotential verborgen, das sowohl KMT als auch DFP um der so dringend benötigten politischen Stabilität willen keinesfalls aus den Augen verlieren dürfen.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Verflechtung von Wirtschaftsinteressen und Politik. Das taiwanische Privatkapital schiebt sich derzeit an, den gesamten politisch-ökonomischen Apparat der Insel seinen Interessen zu unterwerfen und schreckt dabei auch nicht vor illegalen Methoden zurück. Es wäre der Inselrepublik zu wünschen, einige "demokratische Auswüchse" japanischer und südkoreanischer Macht verhindern zu können, damit die Korruption nicht zur gängigen politischen Praxis wird. Letztlich - und hier ist nicht nur ein formaler Aspekt demokratischer Herrschaft berührt - muß auch die Frage nach dem zukünftigen Verfassungssystem Taiwans zügig geklärt werden. Derzeit ist immer noch nicht sicher, ob der nächste Präsident direkt oder - wie gehabt - indirekt gewählt werden soll. Dies wird jedoch unmittelbare Konsequenzen für das Machtverhältnis zwischen Exekutiv Yuan, Legislativ Yuan und Präsidialamt haben. Ist diese Frage beantwortet und damit die seit 1991 schrittweise durchgeführte Verfassungsreform zu ihrem Abschluß gebracht, könnten die Präsidentenchaftswahlen 1996 - wenn sie nicht schon früher stattfinden - den endgültigen Schlußpunkt der demokratischen Transition Taiwans markieren.

## 6 Schlußbemerkungen

Vom 16. bis zum 22. August 1993 hielt die KMT ihren 14. Parteitag ab.<sup>1</sup> Wie erwartet, gingen die Kräfte der Hauptströmung um Präsident Lee Teng-hui gestärkt aus den Auseinandersetzungen dieser ereignisreichen Tage hervor. Dies hatte der Präsident jedoch bereits einige Monate vorher durch einen ebenso einfachen wie wirkungsvollen Schachzug sichergestellt, als er die direkte Nominierung von 700 sog. "natürlichen" Parteitagsdelegierten (*tang-jan tang-tai-piao*) durchsetzte. Bei ihnen handelte es sich um 500 gewählte Parlamentarier aller Verwaltungsebenen und die 200 vollen und alternierenden Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der KMT. Zwei Drittel dieser ohne jedes parteiinterne Wahlverfahren ernannten, größtenteils taiwanesischen Delegierten galten als offene Befürworter der Politik Lees. Die Maßnahme genügte, um zusammen mit den der Hauptströmung zuzurechnenden Kräften innerhalb der restlichen 1.400 Kongreßteilnehmer, welche durch verschiedene Parteigremien gewählt wurden, eine ungefährende Stimmenmehrheit zu erlangen. Das zeigte sich vor allem bei den Wahlen zur Neubesetzung des ZEK und seines Ständigen Ausschusses.

Zunächst aber wurde Lee Teng-hui mit 1.686 Stimmen (82,5 Prozent) erneut - und erstmals in der Geschichte der KMT in geheimer Abstimmung - zum Parteivorsitzenden gekürt. Bei der Wahl des neuen ZEK konnten sich anschließend 159 (75,7 Prozent) der von ihm nominierten 210 Kandidaten durchsetzen. Nur 59 schafften es ohne seine Unterstützung. Über 50 Prozent der Mitglieder des neuen ZEK gelten als eindeutige Parteigänger Lees, nur 17,6 Prozent sind für ihre dezidiert kritische Haltung gegenüber dem Präsidenten bekannt. Zum Vergleich: Im letzten Zentralkomitee sah sich die Hauptströmung noch mit einer innerparteilichen Opposition von knapp vierzig Prozent konfrontiert.

Von besonderer Brisanz war die Wahl des Ständigen Ausschusses des ZEK, des höchsten beschlußfassenden Parteigremiums. Erstmals wurden 16 der 31 Mitglieder in geheimer Abstimmung vom Parteitag gewählt, während der Präsident die restlichen 15 ernennen konnte. Geht man davon aus, daß die sechzehn gewählten Politiker aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nur mit Unterstützung der Hauptströmung in den Ständigen Ausschuß einziehen konnten und nach dem Kenntnisstand dieses Verfassers wenigstens sechs<sup>2</sup> der von Lee ernannten Mitglieder eindeutig seinem Lager zugerechnet werden müssen, so wird der neue Ständige Ausschuß zu über siebenzig Prozent von der Hauptströmung dominiert.

Hinsichtlich des Ausbildungs-, Tätigkeits- und Organisationshintergrundes der Mitglieder dieses höchsten Parteiorgans wird der Trend der letzten Jahre weitgehend bestätigt (vgl. Tab. 6-1). Die (modernen) Professionals, bei denen es sich in vielen Fällen um langjährige Abgeordnete handelt und die die Trägergruppe der Hauptströmung sind, haben ihren Einfluß stabilisiert. Insgesamt sind nach

dem 14. Parteitag nunmehr 17 Mitglieder (54,8 Prozent) dieser Gruppe zuzurechnen.<sup>3</sup> Neun Mitglieder (29 Prozent) sind ausgewiesene Parteifunktionäre oder gehören zur alten Partielite.<sup>4</sup> Diese Gruppe ist damit deutlich stärker vertreten als im letzten Ständigen Ausschuß - ein Indiz für das Bestreben Lee Teng-huis, die innerparteiliche Entscheidungsfindung noch stärker zu zentralisieren als früher, um damit wohl auch selbst mehr Einfluß nehmen zu können. Nur zwei Politiker (6,5 Prozent) kommen aus der Wirtschaft.<sup>5</sup> Die geringe Repräsentanz der Unternehmer ist aufgrund des in dieser Arbeit konstatierten Machtzuwachses des taiwanesischen Privatkapitals zwar etwas erstaunlich, kann aber nicht den generellen Trend seiner stärkeren Einflußnahme verdecken. So kommen im neuen ZEK nunmehr 10,5 Prozent der Mitglieder aus der freien Wirtschaft - gegenüber nur 0,04 Prozent im 13. ZEK von 1988. Wie auch im letzten Ständigen Ausschuß sind zwei Mitglieder direkt dem Militär zuzuordnen,<sup>6</sup> im 14. ZEK reduzierte sich ihr Anteil jedoch

von 11,7 auf 2,9 Prozent. Nur ein Mitglied des Ständigen Ausschusses kann als typischer (moderner) Technokrat<sup>7</sup> bezeichnet werden. Mit einem Durchschnittsalter von 60,6 Jahren ist der neue Ständige Ausschuß zudem der jüngste seit 1963.

**Tabelle 6-1: Berufs- und Organisationshintergrund der Mitglieder des Ständigen Ausschusses 1988 (13. ZEK) und 1993 (14. ZEK)**

	13. ZEK	14. ZEK
Professionals	16 (51,6%)	17 (54,8%)
Technokraten	6 (19,4%)	1 (3,2%)
Unternehmer	2 (6,5%)	2 (6,5%)
Parteifunktionäre	4 (12,9%)	9 (29,0%)
Militär(vertreter)	3 (9,6%)	2 (6,5%)
Total	31 (100%)	31 (100%)

Quelle: Vgl. Anmerkung 1 sowie Tab. 2-49 dieser Arbeit.

Obwohl der 14. Parteitag Lee Teng-hui und der Hauptströmung somit einen klaren Sieg über ihre innerparteilichen Gegner im Lager der sog. Anti-Hauptströmung bescherte, kann dies trotzdem nicht über deren unveränderte Veto-Position hinwegtäuschen. Dies zeigte sich vor allem an der vom Präsidenten gegen den anfänglichen Widerstand der Parteimehrheit durchgesetzten Wahl von vier stellvertretenden Vorsitzenden. Mit diesem Schritt wollte Lee der KMT weitere Belastungen durch die Auseinandersetzungen mit den Parteikonservativen und den festlandchinesischen Nachwuchspolitikern ersparen, die im Vorfeld



des Kongresses bereits zur Abspaltung einiger renommiertester KMT-Parlamentarier und zur Gründung einer neuen Partei geführt hatten (vgl. unten). So wurden der einflussreiche frühere Generalstabschef, Verteidigungsminister und Premier Hao Po-t's'un, sowie der Präsident des Justizyuan Lin Yang-kang, dem der Wille zu einer Präsidentschaftskandidatur 1995/96 nachgesagt wird, nominiert. Beide spielten eine Schlüsselrolle bei der gegen Lee Teng-hui gerichteten innerparteilichen Kampagne im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1990 (vgl. Punkt 3.2.1.).

Allerdings war Lee Teng-hui vorsichtig genug, zwei weitere Stellvertreter zu plazieren, die als seine eigenen Parteigänger gelten: Li Yuan-tzu, Vize-Präsident der Republik China, und Lien Chan, der derzeitige Premierminister. Zwar ist noch immer völlig unklar, welche konkreten Aufgaben diese vier stellvertretenden Parteivorsitzenden zukünftig übernehmen und welche politische Rolle sie spielen werden. In jedem Fall wird bei einem Entscheidungspunkt die Stimme Lee Teng-huis den Ausschlag geben. Obwohl also auch in diesem Punkt das Übergewicht der Hauptströmung zutage tritt - politisch machtlos ist die Anti-Hauptströmung noch nicht.

Aufsehen erregte die am 10. August 1993 vollzogene Gründung der New China Party (*hsin-tang*).<sup>8</sup> Damit hatten einige der schärfsten innerparteilichen Gegner Lee Teng-huis und der Hauptströmung der KMT endgültig den Rücken gekehrt. Es verwunderte kaum jemanden, daß es sich dabei um die führenden Mitglieder der New Kuomintang Alliance handelte,<sup>9</sup> die längst die Grenzen einer reinen Parlamentsfraktion überschritten und schon seit geraumer Zeit - so z.B. durch ihre Registrierung als politische Vereinigung - eine breitere gesellschaftliche Verankerung angestrebt hatten (vgl. auch Punkt 3.2.3). Mit dem Vorwurf an die Adresse der KMT und vor allem ihrer Hauptströmung, keine parteiinterne Demokratie zuzulassen und sich völlig von der Wirtschaft korrumpieren zu lassen, begründete man den Austritt. Tatsächlich stand hinter der Entscheidung der bekanntesten Parlamentarier jedoch die Erkenntnis, sich politisch in der Regierungspartei nicht mehr durchsetzen zu können - weder inhaltlich noch in Personal- und Postenfragen.

Ob die New China Party eine politische Zukunft hat, muß abgewartet werden. Ohne Zweifel hat ihren Gründern das japanische Beispiel Pate gestanden, doch ist die KMT heute noch weit von der Situation entfernt, in der sich die Liberale demokratische Partei (LDP) Nippons kurz vor ihrer Abwahl befand. Obwohl Korruption ein Problem darstellt, sind Skandale südkoreanischer oder japanischer Größenordnung auf Taiwan noch nicht bekannt geworden. Zwar gibt es verschiedene innerparteiliche Lager, doch weder ist der Faktionismus so institutionalisiert wie in Japan, noch bedrohen die zentrifugalen Tendenzen die Regierungsfähigkeit der KMT in ihrem Kern. Damit ist zwar nicht gesagt, daß die KMT auch nur mittelfristig ihre Abwahl verhindern kann; wenn es aber so kom-

men sollte, würde das wohl weniger an ihrer inneren Zerrissenheit und Ineffizienz liegen als an der Attraktivität der politischen Opposition für den taiwanesischen Wähler.

Tatsächlich ist die DFP auf dem Weg, sich zu einer veritablen Alternative zur KMT zu entwickeln. Das Bemühen der Partei, ihren internen Faktionismus zu begrenzen und sich stärker zusammenzuschließen, ist unverkennbar. Entscheidend verantwortlich dafür ist die Arbeit ihres ersten Vorsitzenden Hsu Hsin-liang, der klar erkannt hat, daß innere Geschlossenheit die erste und wichtigste Voraussetzung dafür ist, die KMT von der Macht zu verdrängen. Zwar ist Hsu im Zusammenhang mit dem - nach eigener Auffassung - eher schlechten Abschneiden der DFP bei den Lokalwahlen vom November 1993 zurückgetreten; doch gilt es als sicher, daß seine Politik fortgesetzt wird.<sup>10</sup>

Die Abspaltung der New China Party von der KMT könnte der DFP in die Hände spielen, falls die KMT-Dissidenten sich wirklich parteilich zu etablieren in der Lage sind. Sie würden dann zuvorderst das Stimmenpotential der Regierungspartei spalten, denn mit ihrer zentralen Forderung nach einer chinesischen Wiedervereinigung dürfte sich zukünftig kaum ein DFP-Wähler für die New China Party entscheiden. In der letzten Zeit haben sich sogar Spekulationen über eine Koalitionsregierung gegen die KMT in den Medien Taiwans Raum verschafft, obgleich dieses Thema von den politischen Aktiven selbst mit sehr viel Vorsicht angefaßt wird. Es bedarf mehr Zeit, bevor solche Gedankenspiele ernsthaft diskutiert werden können. Die Möglichkeit jedenfalls, daß die KMT auf demokratischem Wege von der Macht verdrängt wird, ist eine reale - und daß die Regierungspartei dies auch zuläßt, ist ebenso wahrscheinlich.

Es bleibt die oft diskutierte These anzusprechen, ob die politische Entwicklung auf Taiwan eine Modellfunktion für die Menschen des kommunistisch regierten chinesischen Festlandes besitze. Tatsächlich hat Taiwan bewiesen, daß Demokratie in einer chinesischen Gesellschaft machbar ist. Doch den größten Einfluß in der VR China entfaltet der Inselstaat nicht durch den Export seiner demokratischen Ideen, sondern allein mit seinem Kapital. Taiwanische Investitionen sind es, die die Regionalisierung und Dezentralisierung der politischen Entscheidungsstrukturen in Kontinentalchina befördern helfen. Besonders die prosperierenden chinesischen Küstenprovinzen streben nach größerer politischer Autonomie, um ihre Entwicklung eigenverantwortlich voranzutreiben. Hier liegt Taiwans effektivste (indirekte) Einwirkungsmöglichkeit, denn Demokratie hat auf dem Festland wohl nur dann eine Chance, wenn nicht nur seine sozioökonomische Entwicklung voranschreitet, sondern ferner die Pekinger Zentrale mehr Verwaltungshoheit an die Provinzen abzutreten gezwungen ist.

Die Macht des Geldes ist es deshalb wohl auch, was die Pekinger Führung am meisten an ihrer "abträumigen Provinz" fürchtet. Am 31. August 1993 veröffentlichte das Taiwanbüro beim Nationalen Volkskongreß ein sog. "Weißbuch zur

Taiwan-Frage und der chinesischen Wiedervereinigung" (*T'ai-wan wen-t'i yü Chung-kuo te t'ung-i pai-p'i-shu*), in dem - ungeachtet der jüngsten Annäherungsschritte zwischen beiden Seiten - die VR China wieder einmal mit einer gewaltsamen Intervention in dem Inselstaat droht.<sup>11</sup> So heißt es in dem Weißbuch, das eine Mitgliedschaft Taiwans in der UNO kategorisch ablehnt und erneut für die Wiedervereinigung nach dem Prinzip "Ein Land-Zwei Systeme" (*i-kuo liang-chih*) plädiert, unter anderem wörtlich:

Die friedliche Wiedervereinigung ist das bereits beschlossene Leitprinzip der chinesischen Regierung; jede souveräne Regierung hat das Recht zur Anwendung jedes ihr notwendig erscheinenden Mittels, *einschließlich einer militärischen Lösung* (Hervorhebung G.S.), seine Souveränität und territoriale Integrität zu wahren. Die Anwendung aller Maßnahmen seitens der chinesischen Regierung zur Regelung der inneren Angelegenheiten Chinas unterliegt keinem Rechtfertigungszwang gegenüber irgendeinem ausländischen Staat und ist an keinerlei Versprechungen gegenüber irgendwelchen chinesischen Separatisten gebunden.<sup>12</sup>

Die Botschaft aus Peking ist somit unverändert eindeutig: Kapitalismus und Demokratie auf Taiwan werden geduldet, nicht aber der Anspruch auf eine wie auch immer bezeichnete Form staatlicher Eigenständigkeit. Taiwan muß also weiterhin vorsichtig taktieren und in seiner Chinapolitik auf die Faktoren Zeit und Hoffnung setzen: Zeit, damit sich die Wirtschaftsreformen in China vertiefen können und in der Konsequenz jene konfliktfähigen Gruppen (aus den Mittelschichten) hervortreten lassen, die zum Träger einer Demokratisierung avancieren könnten; und letztlich die Hoffnung, daß sich nach dem Tode des Patriarchen Teng Hsiao-p'ing die politischen und sozialen Spannungen in der VR China nicht in einem gewaltsamen Sturm entladen, der auch die Inselrepublik erreichen und ihre demokratischen Errungenschaften bedrohen würde.

#### Anmerkungen zu Kapitel 1:

- 1) Auslöser des Aufstandes war die Verhaftung einer Taiwanessin, die Zigaretten auf dem Schwarzmarkt feilbot, durch Beamte des staatlichen Monopollandes. Als sich Passanten über die ruppige Behandlung der Frau entrüsteten und die Beamten angriffen, schossen diese in die Menge. Dabei kam ein Taiwanese ums Leben. Am nächsten Tag, jenem 28. Februar, versammelten sich Hunderte von Demonstranten vor der Monopolbehörde und verwüsten ein angrenzendes Polizeirevier. Später zog die aufgebrachte Menge zum Regierungssitz, wo die Sicherheitskräfte das Feuer eröffneten. Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich die zunächst begrenzte Protestwelle zu einer die ganze Insel erfassenden Revolte gegen die KMT-Herrschaft. Bei den tagelangen Unruhen und dem anschließend von den Truppen Chiang Kaisheks an der Bevölkerung verübten Massaker kam eine nicht genau bekannte Zahl von Taiwanesen, teilweise aber auch Festländern, ums Leben. Die von verschiedenen Autoren genannten Angaben schwanken dabei zwischen 2.000 und 20.000 Menschen. Zu den Hintergründen und dem Verlauf des Massakers vgl. u.a. Kerr 1965, Peng 1972, Weggel 1991, Whitome 1991, Lee Hsiao-feng 1991. Im Februar 1992 wurde auf Taiwan der erste offizielle Bericht der Regierung (Exekutiv Yuan 1992) über die Geschehnisse von 1947 veröffentlicht. Vgl. dazu auch den fast zeitgleich von Ch'en Yung-hsing (1992) herausgegebenen Sammelband, der eine Art Antwort der kritischen Intellektuellen auf die Regierungsversion darstellt. Zur kritischen Diskussion über den offiziellen Report vgl. auch *Tzu-li tsao-pao*, 24. Februar 1992 und *Lien-ho-pao*, 1. März 1992.
- 2) Zur japanischen Kolonialpolitik auf Taiwan vgl. Barclay 1954; Goddard 1966; Mendel 1970; Gold 1986. Der chinesischkundige Leser halte sich v.a. an die politisch umstrittene, wissenschaftlich aber brillante Studie von Shih Ming 1980.
- 3) Vgl. hierzu U.S. Department of Defense 1971: *United States - Vietnam Relations 1945-1967*, Band 8, Washington, S. 226-264.
- 4) Über den Umfang der zwischen 1950 und 1967/68 geleisteten Militär- und Wirtschaftshilfe gibt es unterschiedliche Angaben. Nach regierungsmittlichen Quellen (u.a. in TSDB 1993) belief sich die Unterstützung auf insgesamt rund 1,5 Mrd. US-Dollar - eine Zahl, die auch von Jacoby (1966: 266) bestätigt wird. Darin dürfte jedoch die Militärhilfe nicht erfaßt sein. Ho (1978: 110f) spricht von insgesamt 4,1 Mrd. US-Dollar, davon alleine 2,4 Mrd. Dollar Militärhilfe. Wu Ts'ung-min (1988: 145ff) wiederum beziffert die zwischen 1955 und 1968 geleistete Wirtschaftshilfe auf 1,7 Mrd. und die Militärhilfe auf 2,3 Mrd. US-Dollar. Legt man diese Zahlen zugrunde, dann machte der Beitrag der amerikanischen Hilfe im gesamten Unterstützungszeitraum zwischen 15 und 20 Prozent des jährlichen BSP aus (vgl. TSDB 1993). Zur Rolle und Bedeutung der US-Hilfe für Taiwan vgl. v.a. Jacoby 1966 und Scott 1979.

- 5) Im August 1958 bombardierte die VR China mehrere Wochen lang die von den KMT-Streitkräften gehaltene und schwer befestigte Insel Quemoy (*Chin-men*), nur 25 Kilometer vor der südchinesischen Hafenstadt Xiamen gelegen. Obgleich diese Aktion militärisch fast wirkungslos war, sorgte sie für erhebliche Besorgnis in den USA, die an Quemoy ein besonderes strategisches Interesse hatten. Sie garantierten ihren militärischen Schutz für die Insel. Die Bombardierungen dieses "Außenpostens" des KMT-Regimes wiederholten sich zwar noch einige Jahre sporadisch, nahmen jedoch den Charakter eines Rituals an, mit dem die VR China eher propagandistische Ziele im Inland verfolgte.
- 6) Die "Drei Volksprinzipien" gehen auf eine Reihe seit 1905 publizierter Schriften und einer zusammenfassenden Vortragsreihe aus dem Jahr 1924 - kurz vor dem Tode Sun Yat-sens - zurück. Zum genauen Inhalt vgl. Sun 1963, 1981; eine politische Kommentierung findet sich in Krüger 1991: 72ff.
- 7) "Nationalismus" stand für die Emanzipation von den westlichen Kolonialmächten, "Volkswohlfahrt" galt als Leitprinzip beim Aufbau eines staatlich gelenkten Kapitalismus.
- 8) Offiziell ist die Zentralregierung primär für die Bereiche militärische Sicherheit, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung sowie auswärtige Beziehungen verantwortlich, während die in Chungking (Nantou - Kreis, Zentraltaiwan) ansässige Provinzregierung im Erziehungswesen, der sozialen Wohlfahrt und der ländlichen Entwicklung zuständig sein soll (vgl. *Republic of China 1990*: 109ff; Yen 1990: 153f). Tatsächlich besaß letztere jedoch nie einen von Taipei unabhängigen Handlungsspielraum.
- 9) 1951 waren die KMT-Mitglieder landesweit in insgesamt ca. 30.000 solcher Parteizellen zusammengefaßt (Liu 1987: 33). Es gab sie u.a. in Regierungsabteilungen und -büros, Unternehmen, Schulen und im Militär. Schon 1954, zwei Jahre nach dem offiziellen Ende der Parteireform, waren zudem 210.000 Militärangehörige (35 Prozent) Parteimitglieder (Tien 1989: 68).
- 10) Solche Angaben sind jedoch mit einer gewissen Skepsis zu beurteilen. Chang (1992: 90) referiert in seiner Arbeit die Zahlen anderer taiwanesischer Studien, denen zufolge noch 1969 lediglich knapp 40 Prozent der KMT-Mitglieder ethnische Taiwanesen gewesen sein sollen. Bis 1980 habe sich dieses Verhältnis jedoch schrittweise zugunsten der Taiwanesen verkehrt, die in diesem Jahr 60,73 Prozent der Mitglieder stellten. Gegenwärtig hat die KMT ca. zwei Millionen Mitglieder, wobei nach Auskunft ihres Hauptquartiers ca. 85 Prozent von einheimischen Taiwanesen gestellt werden.
- 11) Taiwan ist unterhalb der Provinzebene in sechzehn Landkreise (*hsien*) und fünf kreisfreie Städte (*shih*) - Taipei, Kaohsiung, Keelung, Taichung und Tainan - aufgeteilt. Taipei (seit 1967) und Kaohsiung (seit 1979) haben den Status einer regierungsumittelbaren Stadt und unterstehen der direkten Verwaltung durch die Zentralregierung. Dies bedeutet, daß ihre Bürgermeister nicht gewählt, sondern ernannt werden. Unterhalb der Landkreise sind 228 ländliche und 61 kleinstädtische Gemeinden (*hsiang chen*) angesiedelt,

- die ihrerseits wieder in Dörfer (*ts'un*) und Gemeinschaften (*ti*) untergliedert sind. Die Kreisstädte zerfallen in Stadtbezirke (*ch'ü*); *ts'un*, *li* und *ch'ü* wiederum bilden Nachbarschaften (*lin*); vgl. auch *Republic of China 1990*: 142, Weggel 1991: 144).
- 12) Die anti-kommunistisch orientierte CJP wurde am 2. Dezember 1923 von chinesischen Studenten in Paris gegründet und verbündete sich 1937 im japanischen Abwehrkampf mit der KMT. Die DSP etablierte sich erst 1946 in Shanghai und kooperierte ebenfalls eng mit Chiang Kai-shek. Beide Parteien zertritten sich nach 1949 zunehmend und gewannen nie ein eigenes Profil. Zwar gelang es ihnen immer wieder, einige wenige Abgeordnete in die Parlamente zu schicken; doch wäre selbst der Ausdruck "loyale Opposition" nicht ausreichend, um ihre Unterordnung unter die KMT angemessen zu charakterisieren (vgl. auch *Republic of China 1988*: 151).
- 13) Ein besonders bekanntes Beispiel für diese willkürliche Praxis ist das Schicksal des heutigen Vorsitzenden der DFP, Hsu Hsin-liang, der in den 70er Jahren - nachdem er aus der KMT ausgeschlossen worden war - überraschend die Kreisvorsteherwahlen in Taoyuan gewann. Als er im Frühjahr 1979 in dieser Eigenschaft an einer illegalen Kundgebung der Opposition teilnahm, wurde er vom Justizyuan angeklagt und anschließend für zwei Jahre seines Amtes enthoben (vgl. Hsu Ts'e 1989: 135ff).
- 14) Allerdings "explodierte" das Pro-Kopf-Einkommen nach 1986 regelrecht und erhöhte sich Ende 1992 auf offiziell 9.332 US-Dollar (TSDB 1993).
- 15) 1990 stand Taiwan weltweit an 15. Stelle beim Gesamthandelsvolumen, an 12. Stelle bei den Exporten, an 11. Stelle beim Handelsvolumen pro Kopf der Bevölkerung und an 5. Stelle beim BIP-Anteil desselben. Legt man den Exportanteil am BIP zugrunde, wird Taiwan gegenwärtig weltweit nur noch von Hongkong übertroffen (Statistisches Bundesamt 1991). Die Devisenreserven der Zentralbank des kleinen Landes betragen Ende 1992 82,3 Mrd. US-Dollar. Damit stand Taiwan zu diesem Zeitpunkt weltweit nur noch hinter Deutschland (*China aktuell* 3/93, S. 222).
- 16) Die jährliche Inflationsrate bei den Konsumgütern, die 1949 bei 3.000 Prozent angelangt war (!), verringerte sich im Durchschnitt der Jahre 1952-1972 auf 4,8 Prozent und lag zwischen 1973 und 1986 bei 9,0 Prozent; in der Transitionsphase (hier erfaßt: 1986-1992) wurden gerade noch 2,73 Prozent gemessen; die Arbeitslosenquote stand im Zeitraum 1952-1986 bei 2,53 Prozent im Jahresdurchschnitt, fiel im Zeitraum 1971-86 mit 1,9 Prozent jedoch geringer aus und betrug in der Transitionsphase (hier erfaßt: 1986-92) 1,81 Prozent durchschnittlich (TSDB 1993; *China aktuell*, 11/92, S. 828).
- 17) Nur einmal wurde das KMT-Regime in den ersten zwanzig Jahren seiner Herrschaft wirklich herausgefordert, als kritische festlandchinesische Intellektuelle um die Zeitschrift *Freies China (Tzu-yü Chung-tao)* 1960 versuchten, eine oppositionelle Partei zu gründen. Der Kopf der Autorengruppe, Lei Chen, wurde kurzerhand verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, seine Zeitschrift verboten und die neue Chinesische Demokratische

unveränderte Interesse der USA an "substantiellen" Beziehungen zu dem Inselstaat dokumentierte.

25) Vgl. die Ausführungen von Shih Ming-teh, des damaligen Chefredakteurs der Zeitschrift, in *Chung-kuo shih-pao*, 18. März 1980.

26) Zu den unterschiedlichen ideologischen Standpunkten beider Lager vgl. im einzelnen Punkt 4.3.1.

27) Im Frühjahr 1977 war die Pressezensur gelockert worden. Am 20. Dezember 1978 wurde vom Ständigen Ausschuss der KMT eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Vorschläge für Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen erarbeiten sollte. Partei- und Militärangelegenheiten standen dabei ebenso auf dem Programm wie Fragen der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik. Eine unmittelbare Konsequenz der im Januar 1979 ausgesprochenen Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe war die Unterstellung aller Gerichte unter den Justizyuan zum 1. Juli 1980. Damit war zumindest formal die Unabhängigkeit der Judikative hergestellt worden, denn zuvor befanden sich die Gerichte unter der Aufsichtsgewalt des Justizministeriums. Schließlich fand vom 16.-21. Juli 1979 eine "Nationale Aufbaukonferenz" unter Beteiligung zahlreicher ausländischer Wissenschaftler statt, in der das Regime eine relativ offene Diskussion über weitergehende Liberalisierungsmaßnahmen zuließ (vgl. Domes 1982: 37ff).

28) Die genauen Umstände des sog. "Zwischenfalls von Kaohsiung" (*Kao-hsiung shih-chien*), an dem zwischen zehn- und zwanzigtausend Menschen sowie knapp zweihundert Sicherheitspolizisten beteiligt gewesen sein sollen, sind bis heute nicht völlig geklärt. Das Militärgericht stützte sich bei seinen Urteilen hauptsächlich auf die Geständnisse der Hauptangeklagten, einen Aufstand angestachelt zu haben. Das Zustandekommen dieser Geständnisse stieß jedoch auf starke internationale Vorbehalte, vor allem in den USA. Bei den acht Hauptangeklagten handelte es sich um Hsu Hsin-liang, Huang Hsin-chieh, Lin I-hsiung, Shih Ming-teh, Chang Chun-hung, Yao Chia-wen, Lu Hsiu-lien und Lin Hung-hsuan.

29) Zu den, an westlichen Kriterien gemessen, ausgesprochen restriktiven Bestimmungen dieses Wahlgesetzes vgl. Copper 1981.

30) Vgl. hierzu auch die sehr lesenswerte Aufarbeitung dieses mysteriösen Mordes von Kaplan 1993. Kaplan und viele andere vermuten, Chiang Hsiao-wu, Präsidentensohn und kurzzeitig als Bewerber um die Nachfolge Chiang-kuos in die Diskussion gebracht, sei Drahtzieher der Aktion gewesen. Chiang Hsiao-wu starb überraschend 1990, ohne daß ihm diesbezüglich je etwas nachgewiesen werden konnte.

31) Washington D.C., Government Printing Office 1982, zitiert nach Chang 1992:132.

32) Die Vorgänge um die Tenth Credit Cooperative Bank, die zum damals zweitgrößten taiwanesischen Unternehmenskonzern Cathay (*Kuo-t'ai*) gehörte, führten im Februar 1985 zum größten Finanzskandal in der taiwanesischen Geschichte. In seinem Verlauf mußten der Finanzminister und der

Partei (*Chung-kuo min-chu tang*) aufgelöst. Zur "Lei Chen-Affäre" vgl. den entsprechenden Bericht in *China News Analysis*, 2. Dezember 1969, Nr. 351 sowie Li Hsiao-feng 1991: 55ff. Aufsehen erregte 1964 auch der Fall P'eng Ming-ming, damals Professor an der renommierten Nationalen Taiwan-Universität. Nach der Abfassung einer "Erklärung zur Bewegung für die Selbstrettung der Taiwanesen" (*T'ai-wan-jen tu-chiu yün-tung hsüan-yen*), in der er für ein taiwanesisches Selbstbestimmungsrecht votierte, wurde er zusammen mit zwei Studenten verhaftet und des Landesverrats angeklagt. Auf internationalen Druck sah sich das KMT-Regime gezwungen, seine zehnjährige Haftstrafe in Hausarrest umzuwandeln. 1971 gelang P'eng die Flucht nach Schweden und später in die USA, wo er zu einem Führer der exilierten taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung wurde. Im November 1992 kehrte der rehabilitierte P'eng nach Taiwan zurück (vgl. *Tzu-li chou-pao*, 6. November 1992; zu seinen politischen Ansichten vgl. Peng 1972).

18) Diese Klausel - sie erklärt Taiwan zu einem integralen Bestandteil Chinas und die Lösung der Taiwan-Frage zu einer rein innerchinesischen Angelegenheit - muß von jedem Staat akzeptiert werden, will er diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnehmen.

19) Die unwirtlichen, felsigen *Tiao-yü-t'ai*-Inseln waren jahrhundertlang von chinesischen Fischern als Refugium genutzt worden. Als 1968/69 große Ölvorkommen in den umliegenden Gewässern entdeckt wurden, begannen sich Taiwan und Japan um ihre systematische Erschließung zu bemühen. Der Streit, in den sich später auch die VR China einschaltete, ist bis heute noch nicht endgültig beigelegt (vgl. Weggel 1991: 229f).

20) Tatsächlich wurden bereits 1969 erstmals neue Abgeordnete in den Legislativyuan und die Nationalversammlung gewählt. Dabei handelte es sich jedoch auch um feste Mandate, über die zukünftig nicht mehr abgestimmt werden sollte. Erst drei Jahre später fand sich die KMT dazu bereit, endgültig turnusmäßig durchzuführende Wahlen zuzulassen.

21) Dieser Begriff wurde erstmals von den beiden Herausgebern der kritischen Zeitschrift *Taiwan Political Review* (*Tai-wan cheng-lün*), K'ang Ning-hsiang und Huang Hsin-chieh, verwendet und sehr schnell von den Medien verbreitet.

22) Für eine ausführliche Analyse der Wahlen von 1977 vgl. *China aktuell*, 1/78, S. 64-66.

23) Das Gerücht, in dem dortigen Wahllokal sei es zu Unregelmäßigkeiten gekommen, führte am 19. November zu einer Demonstration von ca. 10.000 Menschen gegen das nationalistische Regime. In ihrem Verlauf wurde die örtliche Polizeistation niedergebrannt, doch hielten sich die Sicherheitskräfte - höchstwahrscheinlich auf Anweisung Chiang Ching-kuos - auffallend zurück (vgl. u.a. McBeath 1978).

24) Allerdings trat gleichzeitig zum 1. Januar 1979 der *Taiwan Relations Act* in Kraft, der dem KMT-Regime vor allem umfangreiche Waffenlieferungen zur Aufrechterhaltung seiner Verteidigungsfähigkeit zusicherte und das

ler, Künstler und Sportler, Journalisten, in Übersee forschende und studierende Bürger der VR China sowie führende Aktivisten der Demokratiebewegung von 1989 nach Taiwan einreisen. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen Dezember 1988 und August 1992 insgesamt 980 solcher Einreiseanträge positiv beschieden (Kao K'ung-lien 1992: 44).

- 39) Vgl. Tan 1988: 6 sowie - in skeptischer Bewertung der neuen Medienfreiheit Taiwans - Seymour 1989: 59. Mitte der 80er Jahre - vor der endgültigen Aufhebung der Pressezensur - verfügte Taiwan über 33 Rundfunk- und Fernsehstationen (1985), 31 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 3,5 Mio. Exemplaren (1987) und rund 2.600 Magazine (1985; Tien 1989: 196ff). Allein die Zahl der Tageszeitungen stieg bis 1990 - mit einer Gesamtauflage von 5,7 Mio. täglich - auf 192 an; im selben Zeitraum etablierten sich 131 Presseagenturen und erschienen 4.000 neue Zeitschriften auf dem Markt (Weggel 1991: 262).
- 40) Demonstrationen, auf denen die taiwanesishe Unabhängigkeit gefordert wird, sind entsprechend diesem Gesetz daher prinzipiell illegal. Tatsächlich gab es aber in den zwei Jahren, die der Verfasser auf Taiwan forschte, kaum eine politische Kundgebung, auf der *Tai-tu* nicht unverblümt gefordert worden wäre. Konsequenzen hatte das nie, wenngleich Einzelpersonen immer wieder verhaftet und ins Gefängnis gesteckt wurden. Seit der Revision des Artikel 100 des Strafgesetzbuches (vgl. unten) ist die gewaltlose Unterstützung der Unabhängigkeit nicht mehr strafbar.
- 41) Das Echo auf dieses Gesetz war jedoch zunächst gering. Bis zum März 1989 hatten lediglich zwei der 199 auf dem Festland gewählten Parlamentarier des Legislativ Yuan und 111 der restlichen 777 "alten Abgeordneten" in der Nationalversammlung ihren Rücktritt erklärt. Im Kontroll Yuan fand sich sogar niemand bereit dazu (vgl. *China aktuell* 3/89, S. 202).
- 42) Zum Inhalt des 1. Verfassungszusatzes vgl. *Lien-ho-pao*, 19. April 1991, *Chung-kuo wan-pao*, 22. April 1991 sowie *China aktuell* 4/91, S. 241ff; ein kritischer verfassungsrechtlicher Kommentar findet sich in *Ssu-fa chou-pao* <Judicial Weekly>, Nr. 4/5, 10. April 1991, S. 1.
- 43) Die "Vorläufigen Bestimmungen" hatten nicht weniger als 150 Einzelgesetze eingeschränkt bzw. modifiziert. Das folgende Jahr war von einem beispiellosen Arbeitsaufwand in den zuständigen Gremien des Legislativ Yvans geprägt, hier "aufzuräumen" (vgl. auch *Lien-ho-pao*, 3. Mai 1991).
- 44) Vgl. hierzu auch die entsprechende Wahlanalyse des Verfassers in *Asien*, Nr. 43, 1991, S. 118-122.
- 45) Die DFP hatte heftig - und auch handgreiflich - gegen die Reformvorschläge der KMT demonstriert. Sie verlangte u.a. die Abschaffung der Nationalversammlung und des Kontroll Yvans (als Relikte einer anderen Zeit) sowie die Einführung von direkten Präsidentschaftswahlen. Für diesen letzten Vorschlag fand sich auch in den Reihen der Regierungspartei starke Unterstützung, so daß auf dem kurz vor der Nationalversammlung im März tagenden 3. Plenum des 13. ZEK der KMT nur durch die Aufschiebung der definiti-

Wirtschaftsminister von ihren Ämtern zurücktreten. Hochrangigen Beamten im Wirtschaftsministerium und zahlreichen Politikern wurde der Prozeß gemacht, als bewiesen werden konnte, daß sie die schon länger bekannten Mißstände in der Kooperative gedeckt hatten und sich bestechen ließen. Vgl. hierzu die interessante Studie von Brecht 1990, die den Cathay-Skandal in den größeren Kontext des dual strukturierten taiwanesischen Finanzsektors mit seinem großen "grauen Kapitalmarkt" stellt.

- 33) Immerhin einigten sich die Gesprächspartner darauf, daß die TPPSA nicht aufgelöst werden sollte (zum "10. Mai-Dialog" vgl. Chiou 1986:26).
- 34) Im einzelnen ging es dabei v.a. um eine Reorganisation der drei Zentralparlamente mit dem Ziel des Ausbaus ihres repräsentativen Charakters; die Weiterentwicklung der lokalen Selbstverwaltung; die Ausarbeitung eines neuen Sicherheitsgesetzes als Ersatz für das umstrittene Kriegsrecht inklusive der Bedingungen für die Gründung neuer Parteien; sowie um soziale Reformen und eine Parteireform (vgl. Copper 1987, Lu 1989).
- 35) Meng Chia-kan, ein 70jähriger pensionierter Soldat aus der Provinz Kuangtung, mit dem der Verfasser eine Zeitlang zusammenzuleben das Vergnügen hatte, im Frühjahr 1991.
- 36) Das Sicherheitsgesetz besteht aus insgesamt zehn Artikeln. Art. 2 erlaubt Versammlungen oder die Gründung von Vereinigungen unter dem Vorbehalt, daß die Verfassung nicht verletzt und dem Kommunismus abgeschworen wird. Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Sicherheitsgesetzes wurde dekretiert, die Strafverfolgung der wegen politischer Vergehen Angeklagten auf die Zivilgerichtsbarkeit zu übertragen. Außerdem ist die Einreise aller Personen, die mehr als fünf Jahre außerhalb der VR China gelebt haben, legalisiert worden. Zum genauen Gesetzestext (chinesisch) vgl. Liu/Shih 1989: 21; eine Kommentierung findet sich in *China aktuell* 1987, Jg. 17, S. 141-147.
- 37) Vgl. *Republic of China 1990*: 199; anderen Zahlen zufolge sollen allein 1988 bereits 450.000, 1989 weitere 541.000 und 1990 schließlich sogar 900.000 Besuchsberechtigte in die VR China eingereist sein (vgl. *China aktuell* 2/89, S. 88; *China aktuell* 4/89, S. 248; *Free China Journal*, 13. Dezember 1992).
- 38) Seit November 1988 dürfen Bürger der VR China grundsätzlich dann nach Taiwan einreisen, wenn sie kranke Verwandte besuchen oder an deren Beerdigung teilnehmen wollen. Auch wurden im März 1989 Bestimmungen erlassen, nach denen ehemalige KMT-Soldaten, die 1949 die Flucht nach Taiwan nicht geschafft haben, sich mit ihren Verwandten auf der Insel ansiedeln dürfen. Allerdings müssen sie ihre Mitgliedschaft in der KPCh aufgeben, sofern sie eine solche besitzen. Nach offiziellen Angaben ist bis 1990 mindestens 450 dieser ehemaligen Parteisoldaten die Einreise erlaubt worden (vgl. *Ta-tu cheng-t's'e yü liang-an kuan-hsi* <Die Politik gegenüber der VR China und die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße>, Vorbereitungskomitee der Konferenz für nationale Angelegenheiten, Taipei, Juni 1990, S. 4). Ebenfalls seit 1989 dürfen renommierte Wissenschaft-

- ven Entscheidung darüber ein offener Bruch verhindert werden konnte (vgl. hierzu auch Punkt 3.2.1). Eine Zusammenfassung des Inhalts sowie der Originaltext des 2. Verfassungszusatzes findet sich in *China aktuell* 5/92, S. 296f, 310; vgl. auch *Tzu-ti chow-pao*, 5. Juni 1992.
- 46) Vgl. u.a. *Lien-ho-pao*, 16. Mai und 31. Mai 1992; *Chung-yang jih-pao*, 15. Mai 1992; *Tzu-ti chow-pao*, 22. Mai 1992 sowie für Einzelheiten Punkt 4.3.3.
- 47) Vgl. hierzu die Wahlanalyse von Schubert 1993.
- 48) Gegenwärtig (Mitte 1993) unterhält Taiwan offizielle Beziehungen zu insgesamt 29 - eher unbedeutenden - Ländern in Zentral- und Südamerika (15) Afrika (9), Pazifik-Ozeanien (4) und - in einem Fall - Europa (Vatikan). Das wichtigste Land ist derzeit Südafrika.
- 49) So besitzt Taipei heute Wirtschaftsbüros und quasi-konsularische Vertretungen u.a. in den Baltischen Republiken, Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen, der Ukraine und Rußland.
- 50) So wurde Taiwan 1992 von verschiedenen, hochkarätigen ministeriellen und sub-ministeriellen Delegationen aus der Europäischen Gemeinschaft und anderen westlichen Staaten besucht, die sein internationales "standing" erheblich aufwerteten und mit alten Traditionen der diplomatischen Ingnorierung brachen. Es befanden sich darunter u.a. der französische Minister für Außenhandel (Januar), der bundesdeutsche Postminister (Mai) und der Wirtschaftsminister (November), der kanadische Minister für internationalen Handel (September), der österreichische Wirtschaftsminister, der belgische Minister für internationalen Handel und der australische Minister für Tourismus (alle Oktober) (Domes 1993: 55).
- 51) Vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 13. November 1991.
- 52) Seit September 1992 besitzt Taiwan einen Beobachterstatus im GATT.
- 53) Vgl. Lee Teng-hui in *Chung-kuo shih-pao*, 4. Juni 1989.
- 54) Zum Inhalt und Hintergrund der chinapolitischen Auffassungen Pekings vgl. Chao 1987b; Schubert 1991.
- 55) Aber auch im eigenen Lager gab es Stimmen, die gegen die Linie Lee Teng-huis aufgebehrten, weil sie einen Ausverkauf des legitimen Gesamtvertretungsanspruchs der Republik China oder harte Reaktionen Pekings befürchteten. Aus diesem Grund brachte z.B. der konservative Premier Hao Po-ts'un im Herbst 1990 die Sprachregelung "Ein Land - zwei Regionen" (*i-kuo liang-ch'ü*) in die Diskussion, um den Tatbestand einer völkerrrechtlichen Anerkennung der VR China verbal zu verschleiern (vgl. *Lien-ho-pao*, 1. September 1990).
- 56) Vgl. *China Post*, 30. Januar 1991.
- 57) Zur Geschichte und den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen dieser Gremien vgl. im einzelnen Schubert 1991.
- 58) Zum genauen Text vgl. *Chung-yang jih-pao*, 6. März 1991.
- 59) Der genaue Wortlaut in Chinesisch ist abgedruckt in *Chung-yang jih-pao*, 6. März 1991.

60) Tatsächlich hält Taiwan nach wie vor an seinen alten Prinzipien fest: Peking soll jeder Gewaltanwendung gegenüber Taiwan entsagen, seine Strategie der internationalen Isolierung der Insel aufgeben, seine Wirtschaftsreformen vorantreiben und Demokratie endlich zulassen. Kurz und gut - wie es ein taiwanesischer Freund dem Verfasser gegenüber einmal formulierte - China muß so werden "wie wir".

61) Dabei ist zu bedenken, daß die VR China eine militärische Intervention zur "Befreiung" Taiwans unter fünf Voraussetzungen für legitim hält:

- Taiwan verbündet sich mit Moskau gegen Peking;
- Taiwan entwickelt nukleare Waffen;
- Taiwan erklärt seine Unabhängigkeit;
- Taiwan wird durch innerstaatliche Unruhen erschüttert;
- Taiwan weigert sich fortgesetzt, über die Wiedervereinigung zu verhandeln.

#### Anmerkungen zu Kapitel 2:

- 1) Auch in den folgenden Jahren setzte sich die Fluchtbewegung nach Taiwan fort, so daß sich gesicherte Angaben über die tatsächliche Gesamtzahl der in der direkten Folge des chinesischen Bürgerkriegs emigrierten "Festländer" kaum machen lassen.
- 2) Tatsächlich differenziert sich die einheimische Bevölkerung in mindestens zwei weitere hanchinesische Sprach- und Volksgruppen: eine Mehrheit der das sog. *Minanyu* sprechenden Fukien-Chinesen sowie eine kleinere Gruppe von Hakka-Chinesen. Beide zusammen werden als *Taiwanesen* bezeichnet und stellen ca. 18 der insgesamt 21 Millionen Menschen zählenden Inselbevölkerung. Als "Festländer" gelten die seit 1949 zugewanderten Chinesen und ihre Nachkommen, die heute einen Bevölkerungsanteil zwischen zwei und 2,5 Millionen ausmachen. Schließlic existiert eine Minderheit sog. Ureinwohner (*shar-ti-jer*), die vorwiegend proto-malaischen Ursprungs sind und ca. 300.000 Menschen umfassen.
- 3) Zur japanischen Ausgrenzungspolitik gegenüber den Taiwanesen vgl. u.a. Chen 1970, Lamley 1970 und Shih Ming 1980.
- 4) Zu den heute einflußreichsten Unternehmer-Familien Taiwans zählen allerdings nicht wenige, die aus der alten Landaristokratie hervorgegangen sind - so z.B. die der Tycoone Koo Chen-fu und Lin Po-shou.
- 5) Nach der diesem Programm zugrunde liegenden Gesetzgebung wurden Grundbesitzer mit mehr als drei Hektar Land dazu gezwungen, dieses zu einem bestimmten Preis an die Regierung zu verkaufen. Dieser Preis durfte nur 2,5mal höher sein als der Wert des durchschnittlichen jährlichen Ertrags. Danach wurde das Land an die früheren Pächter weiterveräußert, die für die Rückzahlung jedoch zehn Jahre Zeit hatten. Aufgrund dieser Maßnahme stieg der Anteil der Eigentümerbauern allein zwischen 1952 und 1953 von 38 auf 55 Prozent (Clark 1989: 160).

- 6) Die existentielle Bedrohung durch US-amerikanische Einfuhren von Getreide und Obst bildete Mitte der 80er Jahre den Ausgangspunkt für eine stärkere bäuerliche Organisierung in Interessenverbänden (vgl. Punkt 4.4.7).
- 7) Diese Zeit scheint allerdings vorbei zu sein. Im Mai 1993 kam es zu einigen Großdemonstrationen, in denen solche unabhängigen Vereinigungen für die Angleichung der Arbeiterlöhne in den Staatsunternehmen an die normalen Beamtengehälter kämpften (vgl. *Tzu-you chou-pao*, 28. Mai 1993). Freie Gewerkschaften gibt es heute demnach in wenigstens 14 staatlichen Unternehmen, u.a. bei Taiwan Power, Taiwan Tobacco & Wine Monopoly Bureau, Taiwan Railway Administration und Taiwan Petrol.
- 8) Vgl. hierzu Evers/Schiel 1988: 231ff, die sich explizit auf Northcote Parkinson beziehen. Dieser habe für jede bürokratische Organisation zwei Grundeigenschaften definiert: 1. Jeder Beamte ist bestrebt, die Anzahl seiner Untergebenen zu erhöhen. 2. Beamte schaffen (unnötige) Arbeit füreinander. Bürokratie expandieren also, ohne daß es dafür veraltungstechnische Notwendigkeiten gäbe.
- 9) Das soll jedoch nicht heißen, es gäbe in Taiwan nicht doch noch genügend Spielraum zur "Ausschöpfung von Kapazitätsreserven" im Beamtenapparat. Unvergessen wird dem Verfasser der Tag bleiben, an dem er seinen Wohnsitz in einer örtlichen Polizeidienststelle registrieren ließ. An einem riesigen Tisch saßen ca. 30 Angestellte vor Stapeln von Papieren. Mehrere von ihnen mußten die Meldekarte gegenlesen und abstempeln. Statt Computern tat hier noch eine alte chinesische Schreibmaschine ihren Dienst. Computerlos, aber "beamtenreich" sind auch noch immer viele Orts- und Finanzämter auf der Insel. Es ist eine unausgesprochene Tatsache, daß vor allem auf den unteren Ebenen des öffentlichen Dienstes verdeckte Arbeitslosigkeit "geparkt" wird.
- 10) Entsprechende Angaben für die nur auf Taiwan ausgebildeten Studenten gibt es leider nicht.
- 11) Im Chinesischen wird der Begriff *chieh-chi* sowohl in der Bedeutung von "Klasse" als auch von "Schicht" verwendet. Unterschiede in der Übersetzung ergeben sich für den Wissenschaftler erst nach einer Betrachtung der jeweils angewendeten Forschungsmethode.
- 12) Directorate General of Budget, Accounting & Statistics (kurz: *chu-chi-chu*), das "Statistische Bundesamt" Taiwans.
- 13) Seine Ergebnisse veröffentlichte der Autor erstmals 1987. Sofern nicht anders vermerkt, wird hier vor allem auf die zwei Jahre später erschienenen Fassung Bezug genommen, die sich - mit etwas modifizierter Kriteriensetzung - insbesondere auf die Größe und Struktur der Mittelschichten konzentriert.
- 14) Der Autor legt seinen Untersuchungen die berufsspezifische Kategorisierung der DGBAS-Studie zugrunde. Orientiert an den einkommensstatistischen Angaben, faßt er die in der 1987er Studie angegebenen 12 unterschiedlichen Berufsgruppen zu vier bzw. fünf Klassen zusammen und korre-

- liert diese danach mit verschiedenen Variablen auf der Basis unterschiedlicher statistischer Methoden, um die Schichtstruktur aufzufächern und zu beschreiben.
- 15) Bezogen auf die nach *Art der ausgeübten Tätigkeit* vorgenommene Einteilung in der DGBAS-Studie von 1987, differenziert der Autor zwischen einer *Kapitalistenklasse* (alle großen Arbeitgeber außerhalb des primären Sektors), einer *Managerklasse* (alle leitenden Angestellten und Beamten außerhalb des primären Sektors), einer *Selbständigenklasse* (alle kleinen Unternehmer außerhalb des primären Sektors), einer *Arbeiterklasse* (alle kleinen Händler, Angestellten und mittleren Beamten sowie alle angestellten Landarbeiter) und einer *Bauernklasse* (alle kleinen Eigentümerbauern) (1989: 59).
- 16) Das Sample der Untersuchung umfaßte dabei 29.468 Einzelpersonen.
- 17) Auch auf die einzelnen Haushalte als Bezugs-kategorie umgerechnet - das Sample umfaßte hierbei 4.185 Einzelhaushalte -, ist die Berufsgruppe der kleinen Händler und Handwerker mit 37,3 Prozent die größte innerhalb der Mittelschichten, es folgen Professionals/Spezialisten (23,1 Prozent) sowie mittlere Beamte und Angestellte (21,7 Prozent). Das Verwaltungsspitzenpersonal liegt an vierter Stelle (10,4 Prozent), während die kleinen Angestellten des tertiären Sektors die kleinste Berufsgruppe (7,4 Prozent) bilden (Hsu 1989: 65). 75,5 Prozent der Mittelschichten sind männlichen Geschlechts (1989: 64,70), während die 31-40-jährigen die stärkste Altersgruppe stellen (ebd.: 64,71). 35,4 Prozent der Mittelschichten haben eine universitäre oder fachhochschulreife Ausbildung (ebd.: 65,72), und 47 Prozent verdienen zwischen 20.000 und 40.000 NT monatlich (ebd.: 65,73).
- 18) Die Studie bezieht sich ihrerseits auf regierungssamtliche Wahlanalysen, in denen das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher Berufsgruppen untersucht wurde. Verschiedene Berufsgruppen wurden zuvor zu den Mittelschichten bzw. den Klassen der Arbeiter und Bauern zusammengefaßt.
- 19) Ein weiteres Ergebnis der Wu/Lin-Studie legt einen relativ hohen Unterstützungsgang innerhalb der Mittelschichten für die politische Demokratie nahe, welcher anhand bestimmter diesbezüglicher Fragestellungen (Präferenz für ein Mehrparteiensystem, für konkurrierende Meinungen und Organisationen, für ein Rechtssystem) ermittelt wurde. Demzufolge sind 60,5 Prozent der Mittelschichten eher "demokratisch gesinnt", aber nur 43,6 Prozent innerhalb der Klasse der Arbeiter und Bauern (1989: 228).
- 20) Eine genauere Betrachtung der Tabelle 2-24 zeigt, daß der Beitrag des sekundären Sektors zum BSP seit Mitte der 70er Jahre abzunehmen begonnen hat, aber erst Anfang der 90er Jahre vom tertiären Sektor übertroffen wurde. Die Wertschöpfung des tertiären Sektors wird in höherem Maße von öffentlichen als von privaten Dienstleistungen getragen. Die Restkategorie (Sonst) verweist u.a. auf die Wirtschaftsleistung des informellen Sektors, der auf Taiwan noch immer erstaunlich groß ist.
- 21) In diesem Zusammenhang spielt sicherlich auch eine Rolle, daß viele führende KMT-Funktionäre festlandchinesischer Herkunft sind und deshalb bei der taiwanesischen Bevölkerungsmehrheit politisch isoliert bleiben.

- 22) Die CSDP schloß sich im November 1993 mit der New China Party, einer Abspaltung der KMT, zusammen. Dabei gab sie ihren eigenen Namen - und wohl auch den größten Teil ihrer politischen Ambitionen - auf. Die folgenden Ausführungen können somit bereits als zeitlich historisch gelten.
- 23) Zu den parteiinternen Strukturen der CSDP vgl. P'eng Huai-en 1991b; zu ihren - eher pessimistisch eingeschätzten - politischen Zukunftsperspektiven Cheng 1991.
- 24) Der mit einem Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Universität Bonn (Philosophie) promovierte Chu Kao-cheng sorgte nach seiner Wahl zum Abgeordneten des Legislativ Yuan 1986 für ein völlig neues Klima in diesem Gremium. Das Ausreißen von Mikrophonen und Umwerfen von Tischen und Stühlen, sogar tätliche Angriffe gegen seine KMT-Kontrahenten gehörten zum aufsehenerregenden Repertoire des Politikers. Ideologische und persönliche Differenzen mit der DFP führten in den folgenden Jahren jedoch zum Bruch und veranlaßten den populären Chu zur Gründung der CSDP. Bei den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1992 war er als einziger Kandidat seiner Partei erfolgreich und wurde in seinem Amt bestätigt.
- 25) Die meisten der rund siebzig übrigen Gruppierungen sind lediglich *issue-orientiert* oder haben sich allein deshalb konstituiert, um in den Genuß *den* mit verbundener steuerlicher Vorteile und finanzieller Zuwendungen durch den Staat zu kommen.
- 26) Vgl. CSDP 1991. Die CSDP bemüht sich unter der Führung Chu Kao-chengs, der die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingehend studiert hat, um ein sozialdemokratisches Profil nach deutschem Vorbild. Außerdem befürwortet sie die chinesische Wiedervereinigung, was den entscheidenden Unterschied zur DFP ausmacht.
- 27) Chu Kao-cheng im Gespräch mit dem Verfasser am 13. November 1991.
- 28) Chu Kao-cheng, 13. November 1991.

## Anmerkungen zu Kapitel 3:

- 1) Diese Begriffsschöpfung ist eine "Erfindung" der taiwanesischen Printmedien und wird von den politischen Funktionsträgern selbst so gut wie nie verwendet. Sie wird von ihnen mitunter sogar vehement abgelehnt. Dennoch hat sie sich auf Taiwan sehr schnell eingebürgert.
- 2) Auch die greise Witwe Chiang Kai-sheks, Madame Soong May-ling, soll damals ihre Stimme erhoben haben. Sie hatte schon im Februar 1988 vergeblich versucht, die Wahl Lee Teng-huis zum neuen Parteichef der KMT zu verhindern. Heute spielt die weit über neunzigjährige May-ling aber keine politische Rolle mehr (vgl. auch *Far Eastern Economic Review*, 11. Februar 1988).

- 3) *Tzu-ii tsao-pao*, 12. Februar 1990.
- 4) *Lien-ho-pao*, 12. Februar 1990.
- 5) Ch'en Chin-fu, Journalist der *Chung-kuo shih-pao* <China Times> im März 1991 in einem Gespräch mit dem Verfasser.
- 6) Vgl. *Tzu-ii tsao-pao*, 1. März 1990.
- 7) Die Proteste gegen die Nationalversammlung verschärfen sich am 14. März. Ein Vorbereitungsausschuß hatte die Macht des Gremiums vergrößern sollen. Besonders umstritten waren die - letztlich vergeblichen - Forderungen nach einem Vetorecht gegen Gesetze des Legislativ Yuan und einer Aufstockung der Abgeordnetenanzahl von 52.000 NT auf 200.000 NT (vgl. u.a. *China Post*, 19./21. März; *Lien-ho-pao*, 20. März 1991; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 159, 26. März-1. April 1990, S. 20ff).
- 8) Am 2. März berief Lee acht ihm nahestehende KMT-"heavyweights" in eine spezielle Vermittlungsgruppe, die Lin Yang-kang und Chiang Wei-kuo zur Aufgabe ihrer Kandidatur überreden sollten. Dazu gehörten Hsieh Tung-min, Huang Shao-ku, Yuan Shou-ch'ien, Ni Wen-ya, Ch'en Li-fu, Li Kuoming, Chiang Yen-shih und Koo Ch'en-fu. Diese trafen sich am 5. März mit Lee Huan, Hao Po-tsun, Lin Yang-kang und Chiang Wei-kuo zu einem Kompromißgespräch. Die Kontakte hielten in den folgenden Tagen an (vgl. u.a. *Lien-ho-pao*, 3./5. März 1990; *Tzu-ii tsao-pao*, 6. März 1990).
- 9) *Lien-ho-pao*, 22. März 1990.
- 10) Vgl. u.a. *China Post*, 21./30. Mai 1990.
- 11) Prof. Lin Chia-cheng, Soochow-Universität, in einem Gespräch mit dem Verfasser im März 1991.
- 12) Vgl. hierzu u.a. *Lien-ho-pao*, 10., 15. und 17. März 1992.
- 13) Zur verfassungsrechtlichen Problematik vgl. den interessanten Aufsatz von Chu Kao-cheng in *Lien-ho-pao*, 13. März 1992.
- 14) Vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 16. März 1992. Die loyale KMT-Mehrheit in der Nationalversammlung segnete den Kompromiß am 27. Mai fast wortgleich ab. Mittlerweile ist es allerdings Konsens, daß die kommenden Präsidentschaftswahlen entweder Ende 1994 oder Anfang 1995 stattfinden werden.
- 15) Vgl. u.a. *Hsin Hsin Wen*, 28. November-4. Dezember 1992, S. 22ff.
- 16) Vgl. *Tzu-ii chou-pao*, 15., 22. Januar 1991; zur rechtlichen Problematik des Verhältnisses zwischen Regierung, Parlament und Präsident vgl. Schubert 1993.
- 17) Vgl. u.a. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 314, 14.-20. März 1993 und Nr. 315, 21.-27. März 1993.
- 18) Bei den neu nominierten Mitgliedern handelt es sich mehrheitlich um Anhänger der Hauptströmung. Zur Besetzungliste des Kabinetts Lien Chan vgl. *Tzu-ii chou-pao*, 5. März 1993.
- 19) Beachte im asiatischen Kontext vor allem die zwar älteren, aber sehr ergiebigen Studien von Yang (1959), Gallin (1968), Scott (1972) und Pasternak (1972). Pye (1968, 1985) hat das Patron-Klientel-Modell auf die Staatsebene



übertragen und auf dieser Basis das paternalistische Autoritäts- und Herrschaftsverständnis in asiatischen Gesellschaften erklärt.

- 20) Die Geschichte der alten Partei- und Parlamentsfraktionen nach der Flucht Chiang Kai-sheks auf die Insel Taiwan ist weitgehend unerforscht (vgl. Yang Hsi-sheng 1985; Ch'en Chen-nung 1987; für die besser dokumentierte Zeit auf dem chinesischen Festland vgl. u.a. T'ien 1972). Die mächtigsten dieser innerparteilichen Gruppierungen waren der "Central Club" (*CC-p'ai*) und die mit diesem konkurrierende "Seminar Faction" (*tso-t'an-hui-p'ai*).
- 21) Huang Chu-wen, Vorsitzender der Wisdom Coalition, in einem Gespräch mit dem Verfasser am 30. April 1991.
- 22) Huang Chu-wen, 30. April 1991.
- 23) Vgl. *Lien-ho-pao*, 4. Oktober 1991. Die Bedeutung von "politischen Vereinigungen" (*cheng-chih t'uan-t'i*) ist in erster Linie finanzieller Natur, da diese Anspruch auf staatliche Gelder und Steuererleichterungen haben. Der Schritt der Wisdom Coalition sollte daher nicht zuletzt als Versuch gewertet werden, notwendige finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, ohne sich dem Ruf einer allzu sehr mit der Privatwirtschaft verflochtenen Interessengruppe auszusetzen. Natürlich wurde zudem ein Ausbau der personellen Basis angestrebt, da nunmehr auch Nicht-Parlamentarier Mitglieder der Gruppe werden können. Im März 1993 ließ sich auch die New Kuomintang Alliance als "politische Vereinigung" registrieren (vgl. *Tzu-li chou-pao*, 12. März 1993).
- 24) Der jährliche Finanzaufwand der Wisdom Coalition soll rund 10 Mio. NT (ca. 625.000 DM) betragen (vgl. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 245, 18.-24. November 1991, S. 43).
- 25) So wurde z.B. Ch'en Che-nan vom Disziplinarausschuß der KMT kurz vor den Wahlen mit dem Parteiausschuß bestraft. Ch'en trat trotzdem an und setzte sich in Kaohsiung gegen mächtige KMT-Konkurrenz durch (vgl. hierzu *Tzu-li chou-pao*, 20. November 1992).
- 26) Anfang 1993 diskutierten die Mitglieder der Wisdom Coalition mit den Vertretern der neuen Jadeberg-Fraktion (*yu-shan-p'ai*) um den gerade ins Parlament gewählten, schwerreichen taiwanesischen Unternehmer Ts'eng Chen-nung über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit. Im September 1993 gründete sich schließlich offiziell der New Policy Club (*Hsin-cheng-hui*), in dem sich die nach den 1992er Wahlen übriggebliebenen Mitglieder der Wisdom Coalition und andere "geistesverwandte" Parlamentarier zusammenschlossen (vgl. *Tzu-li chou-pao*, 17. September 1993).
- 27) Der Abgeordnete Yü Mu-ming in einem Gespräch mit dem Autor am 15. Mai 1991.
- 28) Als die Mitglieder der NKA Anfang 1993 im südlichen Kaohsiung, einer Oppositionshochburg, ein Diskussionsforum zum Zwecke der Erklärung ihrer Standpunkte veranstalten wollten, wurden sie von aufgebrachten Anhängern der DFP tätlich angegriffen (*Tzu-li chou-pao*, 19. Februar 1992; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 315, 21.-27. März 1992, S. 24ff).

- 29) *China Post*, 6. März 1993; *Tzu-li tsao-pao*, 12. März 1993.
- 30) Der Abgeordnete Lee Sheng-feng im Gespräch mit dem Verfasser am 20. Juni 1991.
- 31) Die New Kuomintang Alliance formierte sich im August 1993 zur New China Party. Vgl. hierzu im einzelnen Kapitel 6.
- 32) So sind z.B. die Abgeordneten Li Tsung-chen und Shen Shih-hsiung Vize-Direktoren der Politischen Koordinationsabteilung der KMT.
- 33) Der Abgeordnete Shen Shih-hsiung, früherer Vorsitzender des RRC und Vize-Präsident des Legislativ Yuan, in einem Gespräch mit dem Autor am 24. April 1991.
- 34) *Tzu-yü shih-pao*, 1. Januar 1991.
- 35) In einem Gespräch mit dem Autor am 30. April 1991.
- 36) Dies erschloß sich auch aus den Begleitumständen des Gesprächs des Verfassers mit Huang Ho-ch'ing. Dieser erschien mit seinem Geschäftsassistenten (!) - nicht etwa mit seinem Parlamentssekretär - in der Kaffeestube des Legislativ Yuan.
- 37) Der Abgeordnete Ch'en Li-chien in einem Gespräch mit dem Verfasser am 12. Juni 1991 in Taipei.
- 38) *Hsieh-ho chi-chin*, Zeitschrift des Harmony Clubs, 30. Januar 1991, S. 1.
- 39) Zwar wirkten nominell auch vierzehn Vertreter der Wisdom Coalition im PFRC mit, allerdings änderte dies nichts an seinem gegen diese Fraktion gerichteten grundsätzlichen Charakter. Auch gehörten die vierzehn Abgeordneten nicht zu den maßgeblichen Leuten in der Wisdom Coalition (vgl. *Lien-ho-pao*, 5. Oktober 1991).
- 40) Vgl. die Stellungnahme Yü Mu-mings in *Chung-kuo shih-pao*, 7. Oktober 1991.
- 41) Im Gespräch mit dem Verfasser am 15. Oktober 1991 in Taipei.
- 42) Kao Tzu-min (Mitglied der Unabhängigen-Fraktion) und Ts'ai Fen-tou (Mitglied in der Wisdom Coalition). Dem Global Club gehörten neben 21 KMT-Mitgliedern fünf Parteilose sowie ein Vertreter der Young China Party an.
- 43) Der Abgeordnete Tso Kuang-hsian, Vorsitzender des Global Club, in einem Gespräch mit dem Autor am 23. Mai 1991.
- 44) Die Abgeordnete Ko Yü-ch'in, Vorsitzende der *Chin Ch'ai Meng-Fraktion*, im Gespräch mit dem Verfasser am 30. Mai 1991.
- 45) Auch die parteilosen Parlamentarier schlossen sich 1990 zu einer "Vereinigung der Unabhängigen" (*yu-tang-chieh lien-i-hui*) zusammen und bemühen sich seitdem um ein eigenes Profil zwischen KMT und DFP.
- 46) Ko Yü-ch'in, Gespräch am 30. Mai 1991.
- 47) Der Abgeordnete Chang Chih-min in einem Gespräch mit dem Autor am 14. Juni 1991.
- 48) Im vorangegangenen Legislativ Yuan bekleideten lediglich sechs Abgeordnete wichtige Parteiämter, darunter einen Sitz im Ständigen Ausschuß der KMT (Hsieh Shen-shan), vier stellvertr. Direktorenposten bei der politischen Koordinationsabteilung der KMT (Shen Shih-hsiung, Wang Chin-ping, Li

Tsung-jen, Hung Yü-ch'in) sowie die Position eines stellvert. Direktors der Internationalen Abteilung der KMT (Liao Fu-pen). Daran hat sich auch nach den Dezemberwahlen 1992 nichts Wesentliches geändert (vgl. *Lien-ho-pao*, 28. Juli 1991; *Tzu-ti chow-pao*, 12. März 1993).

- 49) So gibt es neben dem Fraktionsführer und seinen Stellvertretern mittlerweile drei Gremien, die für eine Abstimmung zwischen der vorgegebenen Parteipolitik und der KMT-Gesamtfraktion im Legislativ Yuan sorgen sollen: die Koordinationsabteilung (*cheng-ts'e-hui*) der KMT, eine Arbeitsgruppe Legislativ Yuan (*ti-fa-yuan kung-tso-hui*) und einen Parteivermittlungsausschuß (*tang hsieh-tiao-hui*).
- 50) Diese werden hier unter der Sparte "private KMT-Unternehmen" behandelt. Hierunter fallen allerdings auch solche Firmen, in denen der Staat - in Gestalt eines Regierungsorgans in eigener Rechtskörperschaft - mit weniger als 50 Prozent beteiligt ist. Nach der derzeit gültigen Rechtslage gelten nur die Unternehmen als öffentlich, in denen der Staatsanteil über 50 Prozent liegt. Nur solche werden auch in dieser Untersuchung als öffentlich bezeichnet und entsprechend untersucht.
- 51) Eine genaue Aufstellung in Chinesisch findet sich in Wu Juo-yü 1992: 4ff.
- 52) An der China Brokerage & Finance, einer privaten Aktienbeteiligungsgesellschaft, kann diese Praxis beispielhaft verdeutlicht werden: Aktionäre sind die Staatsunternehmen China Petrochemical Development Corp. (5,19 Prozent), Taiwan Power (5,75 Prozent), die Bank of Communications (10,38 Prozent) sowie der Exekutiv Yuan (36,70 Prozent), die insgesamt 58,02 Prozent des Stammkapitals auf sich vereinen. Ähnliche Verhältnisse lassen sich für wenigstens zwanzig weitere Privatfirmen dokumentieren (vgl. hierzu *Chung-kuo shih-pao*, 3. November 1990).
- 53) So haben die staatliche China Petroleum Co. sowie die Taiwan Sugar Co. Ltd. jeweils fünf Firmen mit der KMT - d.h. auf den Namen eines hohen Funktionärs - gegründet. Neun Kooperationen unterhält die Farmer's Bank of China, die jetzt allerdings privatisiert werden soll, mit der KMT. Der Exekutiv Yuan hat sieben Firmenverträge mit der Regierungspartei abgeschlossen. Auch einzelne Ministerien sind Partner der KMT. Die Aktivitäten konzentrieren sich dabei in vielen Fällen auf die Gründung gemeinsamer Banken sowie profitabler Investment- und Aktiengesellschaften, aber auch auf die Entwicklung neuer Technologien (z.B. im Umweltschutz und in der Schwerindustrie) und den Aufbau von lukrativen Handelsgesellschaften (vgl. *Ts'ai-hsün*, Nr. 117, Dezember 1990, S. 126).
- 54) Die Bruttofixkapitalbildung beschreibt die Akkumulation von Investitionen für Ausrüstungen und Bauten und taucht in der volkswirtschaftlichen Verwendungsrechnung auf. Je höher der Anteil dieser Investitionen zugunsten der Staatsunternehmen ist - so läßt sich prinzipiell sagen -, desto größer ihre volkswirtschaftliche Bedeutung.
- 55) Im internationalen Vergleich lagen die taiwanesischen Staatsbetriebe 1990 bei der Bruttofixkapitalbildung weit vor den USA (3,5 Prozent), Japan (6,2

Prozent), Großbritannien (6,5 Prozent) und Australien (13,3 Prozent), jedoch hinter Norwegen (13,8 Prozent) und Indien (24,5 Prozent) (vgl. Wu Juo-yü 1992: 4).

- 56) Ein typisches Beispiel hierfür ist die staatliche Taiwan Railway Administration, deren Defizite sich in den Jahren 1988-90 von 2,1 Mrd. auf 5,4 Mrd. NT (ca. 337,5 Mio. DM) erhöhten. Hauptursache dafür waren unverhältnismäßig hohe Personalkosten bzw. hohe, an ehemalige Mitarbeiter überwiesene Rentenzahlungen (vgl. *Shang-yeh chow-k'an*, Nr. 161, 23. Dezember 1990, S. 56f).
- 57) So liegen u.a. die Produktion und der Vertrieb von Tabak, Alkohol, Zucker, Salz und Düngemitteln bis heute ausschließlich in den Händen staatlicher Monopole.
- 58) Gegenteiliger Auffassung sind in diesem Punkt Kao Hsi-chün/Li Cheng (1991: 314f), die sich in ihrer Untersuchung allerdings nur auf die zehn unter der Verwaltung des Wirtschaftsministeriums stehenden Staatsbetriebe beziehen. Diese schneiden z.B. bei den Investitionsraten für Fixkapital (jährliche Zuwachsraten von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) und den Aufwendungen für Personal deutlich schlechter ab als die 500 führenden Privatunternehmen. Einen noch kritischeren Standpunkt zum wirtschaftlichen Stellenwert der Staatsunternehmen vertritt Yen Chi-li (1989: 119-138).
- 59) Vgl. *Yearbook of Financial Statistics*, verschiedene Jahrgänge; *Far Eastern Economic Review*, 30. April 1982.
- 60) Vgl. entsprechende Angaben in *Tzu-ti chow-pao*, 9. April 1993, in der eine Zahl von 95 genannt wird.
- 61) Einzelaufstellungen der Parteunternehmen und ihrer Verflechtungen mit dem Staat finden sich in *Ts'ai-hsün*, Nr. 74, Mai 1988, S. 113ff und Nr. 92, November 1989, S. 5ff sowie in Ch'en Shih-meng et al. 1991: 74ff. Nach Angaben der *Tzu-ti wan-pao* vom 26. Januar 1992 waren 72 dokumentierte Privatunternehmen mit KMT-Beteiligung in folgenden Bereichen aktiv: Agro- und Fischereindustrie; 2; Kunststoffherstellung; 4; Fiberglasherstellung; 4; Gummierherstellung; 1; Textilherstellung; 1; Elektronik; 9; Hochtechnologie; 4; Schiffsverschrottung; 1; Stahlerzeugung; 2; Chemische Produkte; 2; Baufirmen; 5; Zementherstellung; 1; Erdgas; 11; Forschung und anderes; 2; Hotels; 4; Medien; 8; Transport; 1; Handel; 3; Kredit- und Investment; 9.
- 62) Auch an den beiden anderen wichtigen Sendern (Taiwan Television Corporation und Chinese Television Services) ist die Partei beteiligt. CTS wird vom Militär kontrolliert.
- 63) So z.B. im Badeort K'en-ting an der Südspitze Taiwans und in der berühmten Taroko-Schlucht im Osten der Insel.
- 64) Vgl. *Tzu-ti isao-pao*, 28. Januar 1992 und *Lien-ho-pao*, 20. März 1992.
- 65) Vgl. *Ts'ai-hsün*, Nr. 117, Dezember 1991, S. 109ff.
- 66) Dabei wurden die Anlage- und Brokerfirmen von der Untersuchung zunächst ausgeklammert, da es für sie keine gesicherten Statistiken oder Bilanzen gab. Unter ihrer und der Berücksichtigung der KMT-Unternehmen

im Medienbereich schätzt die Studie die Höhe der Gewinne für 1990 sogar auf umgerechnet 4 Mrd. NT (ca. 250 Mio. DM) (*Ts'ai-hsiün*, Nr. 117, S. 110). Vgl. *Ts'ai-hsiün*, Nr. 117, S. 113. Nach neueren Untersuchungen dieser gut informierten Zeitschrift hält die KMT ein Investitionskapital von insgesamt umgerechnet 4,5 Mrd. US-Dollar (zit. in *Free China Journal*, 3. September 1993).

- 68) Vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 23. Januar 1992.  
 69) So z.B. eine 10prozentige Beteiligung an dem Hongkonger Konsortium ATP Satellite Co. unter der Führung verschiedener festlandchinesischer Unternehmen (*China Post*, 7. Mai 1993; vgl. zum selben Thema auch *Hsin Hsin Wen*, Nr. 303, 10.-16. Januar 1993; *Tzu-ti chou-pao*, 4. Juni 1993).  
 70) Liang Yung-hsiün, Chefredakteur der Zeitschrift *Ts'ai-hsiün (Wealth Magazine)*, gegenüber dem Verfasser am 27. Januar 1992.  
 71) Hierzu einige wenige Beispiele: Der Präsident des Legislativ Yuan Liu Sung-pan, der Präsident des Nationalen Gewerkschaftsbundes und Abgeordnete des Legislativ Yuan Hsieh Shen-shan, der Vorsitzende der einflußreichen Democracy Foundation und Abgeordnete des Legislativ Yuan Kuan Chung sowie der frühere KMT-Fraktionsführer im Legislativ Yuan Jao Ying-ch'i sind allesamt Direktoriumsmitglieder des parteiigenen Radiosenders Broadcasting Corporation of China/BCC; der Vorsitzende der Koordinationsabteilung der KMT und renommierte Altfunktionär Lin Tung ist Vorstandsvorsitzender bei Taiwan Petrochemicals; der Präsident der KMT-nahen Chengchi-Universität, Chang Ching-yu, ist Mitglied im Vorstand der *Hongkong Times* usw.  
 72) Vgl. *Free China Journal*, 12. März 1993.  
 73) Natürlich wurde den "Altorderen" ihre wirtschaftspolitische "Abstinenz" mit hohen Militärbudgets, stattlichen Pensionen und gutdotierten (aber einflußlosen) Posten in den Staats- und Parteiunternehmen vergütet. So erklärt sich auch, daß an der Spitze vieler wichtiger Organisationen und Staatsunternehmen bis heute Namen auftauchen, die der Planungstechnokratie nicht zugeordnet werden können.  
 74) Es handelt sich dabei um die wichtigsten Wirtschaftsplanungsbehörden der ersten beiden Jahrzehnte. Der CIECD war der historische Vorläufer des 1978 gegründeten Council of Economic Planning and Development (CEPD).  
 75) Zehn der dreizehn Wirtschaftsminister zwischen 1950 und 1985 waren Ingenieure oder Naturwissenschaftler.  
 76) Kurzbiographien der Planungstechnokraten finden sich in den "Who is Who"-Rubriken der *China Yearbooks*, die bis Anfang der 80er Jahre vom Government Information Office (in Englisch) herausgegeben wurden und dann durch die Publikation *Republic of China* ersetzt wurden.  
 77) Unter dem Verdacht des Amtsmissbrauchs und der persönlichen Bereicherung mußte z.B. Yin Chung-jung, der auf Taiwan als der "Vater der Textilindustrie" bezeichnet wird, kurzzeitig zurücktreten. Eine vom Kontroll Yuan

- gegen ihn eingeleitete Untersuchung verlief später ergebnislos im Sande. Nicht nur aufgrund der Tatsache, daß Yin bei seinem Tode keinerlei Reichtümer hinterließ, können hinter dieser Affäre andere Gründe vermutet werden. Es war bekannt, daß das offensiv vertretene marktwirtschaftliche Credo dieses Technokraten vielen altgedienten Parteifunktionären viel zu weit ging. Wade (1990: 217) nennt lediglich fünf Namen für die Zeit der frühen 60er bis zur Mitte der 80er Jahre, die die Wirtschaftspolitik Taiwans steuerten: C.Y. Yen, K.T. Li, P.Y. Hsu, K.H. Yu und Y.S. Sun.  
 78) Diese These wird u.a. durch den Fall des ehemaligen Finanzministers Wang Chien-hsiün, eines Technokraten par excellence, belegt. Dieser trat im Herbst 1992, nachdem die von ihm geplante Einführung einer Steuer auf Immobilientransaktionen am Widerstand vieler Parteifreunde scheiterte, von seinem Amt zurück. Im Dezember wurde der als unbestechlich geltende, überaus populäre Wang mit dem landesweit zweitbesten Ergebnis in den Legislativ Yuan gewählt (vgl. *Lien-ho-pao*, 8. Oktober 1992, *Hsin Hsin Wen*, Nr. 292, 10.-16. Oktober 1992, S. 26ff).  
 80) Der CEPD ist 1978 gegründet worden und historisch aus dem *Council for International Economic Cooperation* (CIEC) hervorgegangen. Er fungiert als ein unabhängiges Beratungsgremium des Kabinetts und ist vor allem für die Formulierung der über ein, vier und zehn Jahre laufenden Wirtschaftspläne Taiwans verantwortlich. Auch obliegt ihm die Evaluierung von Investitionsprojekten der Staatsunternehmen. Exekutive Befugnisse besitzt er jedoch nicht. Nach Wade (1990: 197) sind rund 250 Akademiker im CEPD beschäftigt, davon 20 Prozent mit einem naturwissenschaftlichen Abschluß, 40 Prozent Ökonomen und der Rest mit statistischer, banktechnischer oder betriebswirtschaftlicher Ausbildung.  
 81) Der IDB wurde 1970 gegründet. Vor 1981 bestand dieses Gremium ausschließlich aus Ingenieuren, die auch heute noch die überwältigende Mehrheit der etwa 200 Mitarbeiter ausmachen. Der IDB formuliert und kontrolliert die gesamte taiwanische Industriepolitik, wobei seine Entscheidungskompetenz bei der Implementierung von Importrestriktionen bzw. -liberalisierungen besonders bedeutsam ist. Auch auf die taiwanische Zollpolitik, die Bewilligung von Auslandsinvestitionen und die Gewährung von Investitionskrediten übt der IDB einen entscheidenden Einfluß aus (Wade 1990: 205f).  
 82) Das DGBAS wacht vor allem über die Aufstellung der Haushaltspläne und steuert deren Abstimmung mit der gesamtwirtschaftlichen Lage. Es ist das "Statistische Bundesamt" Taiwans und zudem mit den Aufgaben eines Rechnungshofes betraut.  
 83) Der BFT ist zusammen mit dem semioffiziellen China External Trade Development Council (CETRA) eine Organisation für "export promotion", hat jedoch keinerlei direkte exekutive Befugnisse.  
 84) Die soziale Absicherung eines Arbeitnehmers in der privaten Wirtschaft ist auf Taiwan noch immer sehr unbefriedigend. So gibt es weder eine allgemeine Arbeitslosenversicherung noch ein staatliches Rentensystem. Immer-

hin steht ein Gesetzesentwurf über die Einführung einer staatlich garantierten Krankenversicherung mit Selbstbeteiligung (nach deutschem Muster) zur Verabschiedung an (*Tzu-li chow-pao*, 15. Oktober 1993). Hingegen existieren bereits mindestens acht unterschiedliche Versicherungspakete für Beamte und ihre Angehörigen sowie eine kostenlose medizinische Versorgung für pensionierte Militärs!

85) Für die Spitzenpositionen in der Staatsbürokratie gilt dies jedoch so nicht durchgängig. Wade (1990: 219) konstatiert bei den Staatsbeamten der zentralen Regierungsbürokratie sogar eine Gehaltslücke von 30-50 Prozent gegenüber der Privatwirtschaft. Tatsächlich werden die Spitzenpositionen im Staatsdienst immer unattraktiver, weil die auf vergleichbaren Qualifikationsstufen gezahlten Gehälter in der freien Wirtschaft ständig steigen. Insgesamt betrachtet, machen die soziale Absicherung und berufliche Sicherheit eines Staatsbeamten den öffentlichen Dienst dennoch sehr attraktiv.

86) Vgl. *Ts'ai-hsün*, Nr. 120, März 1992, S. 108ff.

87) Auch die ungewöhnlich großzügigen Regelungen gegenüber den beamteten Mitarbeitern der Staatsbetriebe im Rahmen der regierungsamtlichen Privatisierungspolitik werden vor diesem Hintergrund verständlich (vgl. Punkt 3.6.3). Hier droht schließlich der größte Dissens, da in den nächsten Jahren mit zahlreichen Entlassungen gerechnet werden muß. Die Abfindungs- und Pensionsregelungen stellen in einigen Fällen sogar die Wirtschaftlichkeit der zu entstaatlichenden Betriebe in Frage.

88) Am deutlichsten wurde dies mit der Auflösung des gefürchteten Taiwan Garrison Command. Diese 1948 gegründete militärische Behörde galt jahrzehntlang als der institutionelle Inbegriff des "weißen Terrors" (*pai-se kung-pu*) der Sicherheitsorgane. Sie urteilte eine unbekannt große Zahl politischer Gefangener ab und kontrollierte bis zur Aufhebung des Kriegsrechts 1987 die gesamte zivile Gerichtsbarkeit auf Taiwan. Am 1. August 1992 wurde das Kommando in die Coastal Patrol General Headquarters (*hai-an hsün-fang szu-ling-pu*) umgewandelt und dem Generalstab unterstellt. Die Aufgaben dieses Organs liegen nunmehr vornehmlich im militärischen Küstenschutz, während sämtliche strafrechtlichen und geheimdienstlichen Kompetenzen vom Verteidigungs- bzw. vom Justizministerium übernommen wurden.

89) Vgl. hierzu *Hsin Hsin Wen*, Nr. 167, 21.-27. Mai 1990, S. 23ff. Frühere Militärs arbeiten heute z.B. im Präsidialamt, im DGBAS des Exekutiv Yuan, im Außenministerium, im Kontroll Yuan, im Prüfung Yuan, beim Verfassungsgerichtshof, bei der Zentralbank sowie in verschiedenen Regierungskommissionen.

90) Am 2. September 1991 verkündete Präsident Bush die Entscheidung der amerikanischen Regierung, 150 F-16 Kampfflugzeuge mit einem Gesamtwert von 6 Mrd. Dollar als "defensive Waffen" nach Taiwan zu liefern. Nur zwei Wochen später legten die USA noch einmal nach und gaben den Export von zwölf Anti-U-Boot-Hubschraubern im Wert von 161 Mio. Dollar bekannt. Nach diesem "Präzedenzfall" genehmigte auch die französische

Regierung die Lieferung von 60 Mirage 2000-5 Kampfflugzeugen. Der Antrag eines norddeutschen Werftenkonsortiums, der Lieferung von zwanzig Kriegsschiffen mit einem Gesamtwert von 12,5 Mrd. Dollar zuzustimmen, wurde jedoch am 28. Januar 1993 vom Bundessicherheitsrat abgelehnt (vgl. *China aktuell* 9/92, S. 618f und 1/93, S. 27f; *Free China Journal*, 25. Dezember 1991; *Frankfurter Rundschau*, 22. Januar und 15. Februar 1993).

91) So hat Taiwan ein eigenes Kampfflugzeug, den *Indigenous Defense Fighter* (IDF), entwickelt, das jedoch offenkundig noch viele Mängel besitzt. In den Jahren 1990 und 1991 ereigneten sich bei der Erprobung des Flugzeugs zahlreiche Unfälle. Erfolgreicher scheint die Entwicklung von eigenen Luftabwehraketen zu sein, die mittlerweile auch stationiert worden sind.

92) Der größte Teil der taiwanesischen Kampftruppen entfällt mit 255.000 Soldaten (53,91%) auf das Heer; zu Luftwaffe und Marine gehören jeweils 68.000 Mann (14,37%). Die restlichen 82.000 dürften den sog. Combined Service Forces angehören, die vor allem die Logistik für die drei Teilstreitkräfte unterhalten (*Republic of China 1990*: 213). Hinzu kommen noch etwa 17.000 Zivilangestellte. Es herrscht allgemeine Wehrpflicht, die abhängig von der Waffengattung entweder zwei oder drei Jahre dauert. Die entsprechenden Zahlen für die VR China lauten: Heer: 2,3 Mio; Luftwaffe: 260.000; Marine: 470.000 (*Verteidigungsreport 1992*: 221).

93) Vgl. *Ts'ai-hsün*, Nr. 120, März 1992, S. 134.

94) Die VACRS wurde im November 1954 mit dem vorrangigen Ziel gegründet, den aus dem aktiven Militärdienst ausscheidenden Soldaten eine neue Beschäftigung zu vermitteln. Sie kontrolliert mittlerweile 98 angegliederte Organisationen, die der Aus- und Weiterbildung sowie der medizinischen und sonstigen Versorgung der "Armeeveteranen" dienen und ihnen zumeist kostenlos zur Verfügung stehen. Die VACRS stellt zudem Arbeitsplätze in ihren Betrieben zur Verfügung und vermittelt Tätigkeiten im Staatsdienst. In den ersten 30 Jahren ihres Bestehens (1954-84) ermöglichte sie auf diese Weise rund 250.000 pensionierten Soldaten den Wiedereintritt ins Berufsleben (vgl. VACRS 1984; *Republic of China 1990*: 218).

95) Im Frühjahr 1990 wurde ein neues Gesetz über Entschädigungsleistungen für nicht einlösbare Ansprüche alter Kriegsveteranen auf Grund und Boden in der VR China eine Bestimmung angehängt, nach der die VACRS in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren ihren Unternehmensbesitz privatisieren muß. Ende 1992 war diese Privatisierung noch nicht in Gang gekommen und dürfte von der VACRS auch nicht besonders forciert werden.

96) *Ts'ai-hsün*, Nr. 122, Mai 1992, S. 265.

97) Vgl. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 167, 21.-27. Mai 1990, S. 17.

98) Im Jahresbericht 1992 nennt die VACRS eine Mitarbeiterzahl von 19.122, die allesamt als "ausgeschiedene" Soldaten bezeichnet werden (*Tsai-hsün*, Nr. 122, Mai 1992, S. 267). Abgesehen davon, daß es sich auch dabei mehrheitlich um Zivilisten handelte, wurde lediglich die Mitarbeiterschaft der offiziellen Unterorganisationen, nicht aber jene der Privatunternehmen erfaßt.

- 99) Nach Berechnungen der ROCCIFRD werden rund 30 Prozent aller öffentlichen Bauprojekte ganz ohne Ausschreibung an die RSEA vergeben. Von den übrigen 70 Prozent gehen wiederum nur 30 Prozent tatsächlich als Aufträge an die private Bauwirtschaft. Den Rest übernehmen andere Staatsunternehmen. In den Jahren 1986-1991 wurde der RSEA auf diese Weise ein Auftragsvolumen in Höhe von 126,389 Mrd. NT (ca. 79 Mrd DM) zugeschanzt (ROCCIFRD 1990: 9ff, S. 30).
- 100) Die ROCCIFRD wurde im September 1987 von einer Gruppe privater Unternehmer gegründet. Sie versteht sich als Lobby der privaten Bauwirtschaft und setzt sich für die gesetzliche Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für die taiwanesischen Bauunternehmen ein. Das impliziert vor allem den Kampf gegen die Privilegien der RSEA der VACRS und insbesondere für eine Neufassung des oben zitierten Paragraphen 8.
- 101) Angaben von Chiang Chin-shan, leitender Direktor der privaten Baufirma Continental Engineering Corp. und führendes Mitglied der ROCCIFRD, am 25. Februar 1992. Bei allen im folgenden nicht näher bezeichneten Angaben beruft sich der Verfasser auf Chiang. Die private Bauwirtschaft sieht sich neben der RSEA und seinen Unternehmen zusätzlich noch der Konkurrenz der staatlichen bzw. von der Provinzregierung verwalteten "Bauriesen" China Construction und Tang Eng Iron Works ausgesetzt. Zusammen mit der RSEA teilen diese sich den taiwanesischen Hoch- und Tiefbaumarkt quasi untereinander auf, wobei der größte Batzen auf die vom Militär kontrollierte RSEA entfällt.
- 102) Chiang Chin-shan, 25. Februar 1992. Ein entsprechendes Änderungsgesetz lehnte der Legislativ Yuan zuletzt Anfang 1990 mit 118:109 Stimmen ab. Das knappe Ergebnis zeigte jedoch, daß die parlamentarische Opposition gegen die Privilegierung der RSEA wächst.
- 103) Gespräch mit Kan Ch'uan-lin, Direktor der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit der VACRS am 19. Februar 1992.
- 104) So z.B. zwischen dem früheren stellvert. Verteidigungsminister und hochrangigen Führungsoffizier General Ch'en Shou-shan und den Familien Wang (Formosa Plastics), Koo (Taiwan Cement) und Ts'ai (Cathay).
- 105) Wenn es kleinen und mittelständischen Unternehmen tatsächlich gelingt, lukrative Aufträge des Militärs für sich zu gewinnen, dann geschieht dies selten ohne "spezielle Zuwendungen" an die entsprechenden Entscheidungsträger in den Führungsstäben der Streitkräfte. Solche Firmen müssen sich auch für das Fortlaufen bestehender Verträge immer wieder erkenntlich zeigen (*Hsin Hsin Wen*, Nr. 167, 21.-27. Mai 1990, S. 27f; vgl. auch *Shang-yeh chou-k'an*, Nr. 129, 14. Mai 1990, S. 24ff).
- 106) Der Begriff kann kaum adäquat übersetzt werden. "Huang" bezeichnet einen chinesischen Familiennamen, der in diesem Zusammenhang lediglich auf den gemeinsamen militärischen Hintergrund der Mitglieder verweisen soll. *Fu-hsing* wird allgemein als "Wiedergeburt" übersetzt und steht in der

- politischen Terminologie der KMT für die Wiedereroberung und Erneuerung des chinesischen Festlandes. *Tang-pu* bedeutet schlicht "Partei-Abteilung".
- 107) Diese und die folgenden, nicht näher bezeichneten Angaben gehen auf längere Gespräche mit dem DFP-Abgeordneten des Legislativ Yuan und Militärexperten Ch'en Shui-pien am 9. Februar 1992 sowie verschiedene Zusammenreffen mit Prof. Ch'en Hsin-min von der academia sinica und Prof. Wu Tung-yeh vom Institute of International Relations (Nationale Chengchi-Universität) im Laufe der Jahre 1991/92 zurück. Vgl. auch *Hsin Hsin Wen*, 9.-15. August 1992, S. 22ff sowie 28. November-4. Dezember 1992, S. 35f.
- 108) Der Vorsitzende des HFHTP ist zumeist gleichzeitig Direktor der VACRS. Im Prinzip unterscheiden sich beide Organisationen nur durch ihren Standort - Partei hier, Regierung dort -, wohingegen ihre Führungseliten und politischen Ziele weitgehend identisch sind.
- 109) Vgl. hierzu *Chiu-shih nien-tai (The Nineties)*, März 1992 sowie *Tzu-li tsao-pao*, 2. März 1992.
- 110) Vor allem die Hauptströmung innerhalb der KMT machte kurz nach den Wahlen gegen das HFHTP Front und forderte eine Refomierung des lokalen Nominierungssystems. Zukünftig sollen alle Kandidaten die ungeteilte Zustimmung der Parteiführung besitzen und die Militärabteilung ihr Stimmenpotential voll in den Dienst der Gesamtpartei stellen. Es sei nicht einzusehen, daß einer bestimmten Abgeordnetengruppe der Vorteil des exklusiven Stimmenpotentials des Militärs zukommen könne. Auch die Nominierung von Parteitagsdelegierten, bei der dem Militär bisher ähnliche Privilegien zustehen, soll reformiert werden (vgl. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 316, 28. März-3. April 1993, S. 12f; *Tzu-li chou-pao*, 11. Februar 1993).
- 111) Immerhin wurden bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1991 von 24 aufgestellten HFHTP-Kandidaten 20 gewählt. Bei den Parlamentswahlen ein Jahr später waren es 16 von 22 (*Ts'ai-hsin*, Nr. 122, Mai 1992, S. 112; *Chung-kuo shih-pao*, 20. Dezember 1992).
- 112) *Hsin Hsin Wen*, 9.-15. August 1992, S. 20.
- 113) Das gilt z.B. für das der Nationalen Chengchi-Universität angehörende sozialwissenschaftliche Institute of International Relations und verschiedene naturwissenschaftliche Institute an der Chiaotung- und der Nationalen Taiwan-Universität.
- 114) Vor den abschließenden Beratungen drohten rund 100 Studenten sogar das Parlament zu stürmen (vgl. *China Post*, 8. Dezember 1993).
- 115) Hierzu zählen z.B. Gen. Huang Hsing-ch'iang (stellvert. Generalstabschef), Gen. Luo Pen-li (Kommandant der Combined Service Forces, Gen. Ch'eng Pang-chih (stellvert. Generalstabschef) und Gen. Wang Tuo-chih (Direktor der Armed Forces University).
- 116) Frei übersetzt nach *Ts'ai-hsin*, Nr. 122, Mai 1992, S. 112.

- 117) Lee äußerte sich zwar nicht öffentlich, ihm wurde jedoch eine Unterstützung der Einführung direkter Wahlen nachgesagt. Vgl. hierzu u.a. *Hsin Hsin Wen*, 10.-16. Mai 1992, S. 18ff sowie *Lien-ho-pao* und *Chung-yang jih-pao*, 25. April 1992.
- 118) Liang Yung-huang, *Wealth Magazine*, im Gespräch mit dem Verfasser am 27. Januar 1992.
- 119) Großes öffentliches Aufsehen erregte z.B. im August 1991 der von der DFP-Abgeordneten Yeh Ch'ü-lan erhobene Vorwurf, Premier Hao ver-sammle regelmäßig wichtige Militärführer um sich und liebe sich von ihnen exklusiv über militärische Probleme und Strategien berichten. Der Präsident sei von diesen Beratungen ausgeschlossen. Obgleich offenkundig nicht allzuviel hinter diesen "Geheimtreffen" steckte, wurde dem konservativen Hao damit eindringlich vor Augen geführt, wie eng sein Handlungsspielraum geworden war (vgl. *Hsin Hsin Wen*, 5.-11. August 1991).
- 120) Vgl. hierzu u.a. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 246, 25. November-1. Dezember 1991, S. 10ff sowie *Ts'ui-hsin*, Nr. 117, Dezember 1991, S. 79ff. Seitdem spricht man auf Taiwan sogar von einer Lee- und einer Hao-Fraktion im Militär, wengleich diese Terminologie die Meinungsunterschiede und Lagerbildung in der Armee zu überspitzen dürfte.
- 121) Zuletzt geschah dies im Juli 1993 mit der Ablösung der Generäle Ch'en T'ing-ch'ung (Oberbefehlshaber des Heeres) und Huang Hsing-ch'iang (stellvertr. Generalstabschef), die als enge Vertraute Hao Po-ts'uns gelten. Im selben Monat mußte auch der Direktor des Büros für Nationale Sicherheit, Sung Hsin-lien, dem Lee-Mann Gen. Yin Tsung-wen Platz machen (vgl. *Tzu-ti chou-pao*, 9. Juli 1993; *Chung-yang jih-pao*, 29. Juli 1993; zum selben Themenkomplex vgl. auch *Hsin Hsin Wen*, Nr. 291, 3.-9. Oktober 1992).
- 122) Prof. Ch'en Hsin-min gegenüber dem Verfasser, 31. Januar 1992. Sicherlich muß man bei solchen Äußerungen auch vorsichtig sein. Jedenfalls ist die politische Opposition bei den Militärs keinesfalls wohlgehten. Immer wieder werden Nachrichten verbreitet, in denen von Diskriminierungen gegenüber DFP-Sympathisanten in der Armee die Rede ist. In einem besonders populären Fall wurden noch Ende 1991 zwei Offiziere auf ent-fernte Außenposten versetzt, weil sie sich offen zur DFP und zur taiwanesischen Unabhängigkeit bekannten. Immerhin war dies besser als die physi-schen Drangsalierungen, denen regimekritische Soldaten noch vor wenigen Jahren ausgesetzt waren.
- 123) Kan Ch'üan-lin, VACRS, gegenüber dem Verfasser am 19. Februar 1992.
- 124) Ch'en Shui-pien im Gespräch mit dem Verfasser am 9. Januar 1992.
- 125) Als wichtigste Gründe werden dabei in unterschiedlicher Gewichtung die folgenden genannt: der US-amerikanische Einfluß mit dem Bestreben, Taiwan in ein kapitalistisches Bollwerk gegen den chinesischen Bollwerk gegen den chinesischen Kommunismus zu verwandeln; die durch Chiang gegen den chinesischen Kommunismus zu verhandeln; die westlich ausgebildete Kai-shek abgesicherte Handlungsfreiheit für die westlich ausgebildete

- Planungstechnokratie; die Bedeutung der *Drei Volksprinzipien* Sun Yat-sens, die für China das Szenario eines "gelenkten Kapitalismus" entworfen hatten; die Überzeugung, es *anders* und *besser* machen zu müssen als die Kommunisten, um die Festlandbevölkerung wieder auf die eigene Seite zu ziehen usw.
- 126) Diese Fragen werden einerseits von der "neoklassischen", andererseits von der dem "Development State"-Ansatz verpflichteten Literatur zu Taiwan thematisiert. Wichtige Arbeiten sind hier u.a. Ho 1978, Amsden 1979, Fei et al. 1979, Galenson 1981, Balassa 1981, Kuo 1981, Gold 1986, Deyo 1987, Johnson 1987, Lin Chung-yuan 1988, Wade 1990, Kao Hsi-chün/Lee Cheng (Hrsg.) 1991.
- 127) Hiermit ist jene Forschung gemeint, die eine hohe Affinität der politischen Kultur Chinas (Taiwan) zur privatkapitalistischen Initiative nahelegt (vgl. u.a. Weggel 1988, 1992; Liu 1990).
- 128) 1949 erwirtschafteten die ehemaligen japanischen Staatsbetriebe, die sich nun im Besitz der Republik China befanden, 72,5 Prozent des industriellen Outputs dieses Jahres (Chu Yün-han 1989: 157).
- 129) Von rund 530.000 privaten Unternehmen mit einem Kapital von über 200.000 Yen, die vor dem Krieg existierten, hielten die Taiwanesen einen nominellen Anteil von nur 8,3 Prozent sowie einen Kapitalanteil von 9 Prozent. Immerhin waren einige der heute mächtigsten Unternehmer Tai-wans schon damals im Geschäft, wie z.B. Koo Chen-fu (Taiwan Cement Corporation), Chen Mou-pang (Sampo Corporation), Wang Yung-ch'ing (Formosa Plastics), Chang Kuo-an (San Yan Industry) und Huang Lieh-huo (Wei Chuan Food Corporation) (Ch'en Shih-meng 1991: 28).
- 130) Zur Zeit der japanischen Kapitulation existierten 22 japanische Staatsbetriebe auf Taiwan (vgl. Lin 1973: 27f).
- 131) Dies war besonders in in den ersten vier Jahren nach der Angliederung Taiwans an die chinesische Republik der Fall. Zwischen 1945 und 1949 stiegen die Warenpreise um 700 Prozent für Nahrungsmittel, 1.400 Prozent für Treibstoff und Baumaterialien sowie um 25.000 Prozent für Düngemittel (Mendel 1970: 29).
- 132) Der übersetzte Originaltext findet sich in Sun 1981. Für historische Analysen zu den "Drei Volksprinzipien" vgl. Hsu 1933, Kindermann 1963 und Linebarger 1973. Mit dem in bezug auf die Wirtschaftsmo-dernisierung besonders relevanten dritten Kapitel über die "Volkswohlfahrt" beschäftigten sich Gregor et al. 1981.
- 133) Es wird nicht ohne Grund darüber spekuliert, ob es den Inselstaat ohne diesen "historischen Zufall" heute überhaupt noch gäbe. Tatsächlich waren die USA nach dem endgültigen Scheitern Chiang Kai-sheks im chinesi-schen Bürgerkrieg von ihrem ehemaligen Schützling abgerückt und hatten sich Anfang 1950 in der Chinafrage auf eine neutrale Position festgelegt. Zu Recht unterstreicht Weggel (1991: 101f), daß in der Zeit zwischen Januar und Juni 1950, als der Korea-Krieg schließ-flich ausbrach, das Schick-sal Taiwans am seidenen Faden hing.

- 134) Dabei wurden nach Jacoby (1966: 51ff) allerdings nur sechs Prozent der amerikanischen Hilfgelder für die direkte Förderung von Privatunternehmen eingesetzt. Der entscheidende Impuls kam vielmehr vom Ausbau der Infrastruktur, in den 37 Prozent der Unterstützungsfonds flossen. Für genaue quantitative Angaben der US-Hilfe vgl. Punkt 1.1.1.
- 135) Zudem drängten die vor Ort tätigen US-Berater auf die rasche Implementierung kapitalistischer Strukturformen. Ihre Mitwirkung ist u.a. bei der Währungsreform von 1958 sowie bei den Entscheidungen für eine Strategie der Exportindustrialisierung und die Öffnung für ausländisches Kapital in den frühen 60er Jahren dokumentiert (vgl. u.a. Haggard 1983). Auch waren die Amerikaner entschiedene Gegner einer Ausweitung des Staatssektors, wie sie von nicht wenigen KMT-Funktionären gefordert wurde.
- 136) Zur KMT-Politik der Förderung der Privatinitiative aus taiwanesischer Sicht vgl. u.a. Li Kuo-ting 1978 und 1988 sowie Pang Chih-chia 1983.
- 137) Zu den damals (und bis heute) vom Regime besonders privilegierten bzw. protegierten Unternehmen gehören z.B. Far Eastern Textile und Nan Fang Textile (Textilien), Taiwan Cement Corp. und Asia Cement Corp. (Zementherstellung) sowie Taiwan Glass Ind. Corp. (Glasherstellung) usw. (vgl. Peng Huai-en 1991: 248).
- 138) Yamaha (Taiwan), Sanyang und Kwanyang beherrschen heute zusammen 90 Prozent des gesamten taiwanesischen Motorradmarktes. Auf dem Automarkt streichen Ford Lio-Ho-Mazda, China Motor-Mitsubishi, Kuozui Motors-Toyota, Yulon-Motor-Nissan und Sanyang-Honda 80 Prozent der Gewinne ein, während sich fünfzig weitere Anbieter den Rest teilen. Nan Ya Plastics Corp., Far Eastern Textile Ltd. und Hualon-Tejran Corp. wiederum monopolisieren 70 Prozent des Marktes für Kunststofffasern (*China Post*, 12. April 1993).
- 139) Die Entstehung der großen taiwanesischen Unternehmen und Firmengruppen kann hier im einzelnen nicht nachgezeichnet werden, obwohl sie aus forschungsgeschichtlicher und auch entwicklungstheoretischer Perspektive reizvoll ist. Als Beispiel für die Rolle des Staates bei der Ausbildung der taiwanesischen "Textilriesen" vgl. Gold 1989.
- 140) Von 89 betrachteten Lokalfaktionen besitzen oder kontrollieren nach den Ergebnissen von Ch'en Ming-fung (1989: 18) heute 60 (67,4%) lokale Banken, 52 (58,4%) lokale Kreditgenossenschaften, 50 (56,2%) die Kreditabteilungen der Bauernvereinigungen, 18 (20,2%) lokale Transportgesellschaften und 7 (7,8%) die Kreditabteilungen der Fischervereinigungen. 81 dieser Faktionen waren an mehr als einem der hier genannten regionalen Monopole beteiligt.
- 141) Schive weist aber auch darauf hin, daß zwischen 1974 und 1982 Firmen mit Auslandsbeteiligung bzw. in 100prozentigem ausländischen Besitz rund 20 Prozent der taiwanesischen Exporte bestritten; außerdem lag ihr Beitrag zur Beschäftigung im produzierenden Sektor bei einem Anteil zwischen 8,79 und 16 Prozent im Zeitraum 1977 bis 1985 (1990: 4). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Amsden 1991b: 1124; vgl. zum selben Thema weiterhin Amsden 1978.
- 142) Auch das Taiwanisierungsprogramm Chiang Ching-kuos, mit dem Anfang der 70er Jahre zahlreiche Taiwanesen in die bis dahin fast ausnahmslos von Festlandchinesen besetzte Regierung und Staatsbürokratie berufen wurden, zielte anfangs noch am Privatkapital vorbei. Die Kooptierung von Professionals ohne gesellschaftliche Macht- oder Ressourcenbasis außerhalb der KMT war für die Regierungspartei weitaus ungefählicher als die Integration von Unternehmern mit einflußreichen lokalen Klientelnetzen (vgl. auch Huang Mab 1976: 89ff).
- 143) Der Autor zitiert hier eine Regierungsstudie von 1982.
- 144) In den Jahren 1982-85 wies Taiwan einen Handelsbilanzüberschuß von 36,3 Mrd. Dollar gegenüber den USA auf. Südkorea, Taiwans schärfster Konkurrent auf dem amerikanischen Markt, hatte dagegen "nur" einen positiven Saldo von 11,3 Mrd. Dollar (Lin Chia-cheng 1989: 246). Fast die Hälfte seiner Exportprodukte verkaufte Taiwan zu dieser Zeit in den USA. 1991 waren es dagegen nur noch knapp 30 Prozent.
- 145) Schon Ende 1985 wurden auf 192 amerikanische Produkte Zollsenkungen von 20 Prozent gewährt, nachdem eine Delegation amerikanischer Senatoren im August desselben Jahres nach Taiwan gereist war. Eine genaue Darstellung der einzelnen Schritte der Importliberalisierung Taipeis seit 1985 liefert Chou 1992.
- 146) Im Juli 1985 wurde ein Gesetz über geistiges Eigentum erlassen, das dem für jeden ausländischen Besucher so lukrativen "Raubkopie-Paradies" Taiwan ein Ende machte - wenigstens z.B. der Vertrieb von illegalen Filmpapieren noch in den frühen 90er Jahren die Beziehungen zwischen Taiwan und den USA belasteten.
- 147) Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 26. März 1987.
- 148) Einen guten Überblick über die seit Anfang der 80er Jahre von der Planungstechnokratie ins Leben gerufenen Einrichtungen gibt die Studie von Chu 1992: 139-142.
- 149) Welchen Einfluß das Privatkapital allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits auf die Politik gewonnen hatte, machten verschiedene Skandale um die Cathay-Firmengruppe 1985 deutlich, in deren Verlauf der amtierende Finanz- und Wirtschaftsminister zurücktreten mußten. Dabei hatten die Cathay-Besitzer Geld aus einer angegliederten Investmentgesellschaft in dubiose Immobiliengeschäfte umgelenkt und, um sich abzusichern, KMT-Funktionäre und Abgeordnete bestochen (vgl. Punkt 1.1.2).
- 150) Chu (1992: 142) beziffert die bei den 1989er Wahlen zum Legislativ Yuan pro Abgeordneten aufgebrachte durchschnittliche Gesamtsumme auf 30-40 Mio. NT (ca. 2-2,5 Mio. DM). Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1991 sollen einzelne Kandidaten bis zu 50 Mio. NT (ca. 3,1 Mio. DM) ausgegeben haben (*China Post*, 20. Dezember 1991). Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1991 sollen nach Informationen des Verfassers bis

"schlucken". Bewiesen werden könnte dies allerdings nur mit einer speziellen Untersuchung zur Beschäftigungsentwicklung in allen zu diesen Konglomeraten gehörenden Einzelfirmen.

156) Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Mai 1992.

157) Die First Bank, die Chang Hwa Bank und die Hwa Nan Bank, die bereits im April 1990 an der Börse ausgeschrieben wurden, hatten im März 1993 das Großkapital die Gründung eigener Banken der Übernahme ehemaliger staatlicher Geldinstitute vor. Andere "Paradeunternehmen" wie z.B. China Steel verkauften sich zwar gut, doch fiel gleichzeitig der Wert ihrer Aktien beträchtlich (vgl. *Far Eastern Economic Review*, 4. März 1993, S. 38f).

158) Dabei sind die im revidierten Privatisierungsstatut vom Februar 1992 festgeschriebenen Vereinbarungen für die Mitarbeiter der Staatsunternehmen geradezu fürstlich. Zwar verlieren sie ihren Beamtenstatus, doch können sie in der Regel ihren Arbeitsplatz behalten. Werden sie gekündigt, erhalten sie neben stattlichen Pensionen eine Abfindung in Höhe von sieben Monatsgehältern. Diese Regelungen sind auf erhebliche Kritik gestoßen. Nach Berechnungen der regierungsamtlichen Commission of National Corporations müßte z.B. das Wirtschaftsministerium für seine zehn Unternehmen etwa 60 Mrd. NT (ca. 3,8 Mrd. DM) an Abfindungs- und Kompensationszahlungen aufbringen.

159) Die hinter den Mitte 1991 zugelassenen 15 neuen Privatbanken stehenden Hauptfinanziers lesen sich wie das "Who is Who" der führenden taiwanesischen Wirtschaftskonglomerate, so z.B. die Pacific-Gruppe, China-Rebar, Formosa Plastics, Evergreen, die Cathay-Gruppe, Far Eastern, Sampo, Prince Motors etc. (vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 27. Juni 1991). Deshalb wird mittlerweile befürchtet - oder gehofft, je nach Sichtweise -, daß sich die Privatbanken zu den "Scharnierern" eines auf Taiwan bisher noch unbekanntem *Keiretsu*-Typs wirtschaftlicher Macht entwickeln könnten, der dem Großkapital einen großen politischen Einfluß sichern würde (Chu 1992: 154).

160) *Free China Review*, Nr. 38, 11. November 1988.

161) Biggs (1988: 3-4) hat errechnet, daß im Zeitraum 1966-86 die Zahl der registrierten Firmen auf Taiwan um 313 Prozent zunahm, während die durchschnittliche Betriebsgröße lediglich um 15 Prozent anstieg. Dies steht in krassem Gegensatz zur Entwicklung Südkoreas, wo im selben Zeitraum nur zehn Prozent mehr Einzelunternehmen entstanden, aber eine durchschnittlich 300prozentige Zunahme der Betriebsgröße registriert wurde.

162) Taiwan exportiert hauptsächlich synthetische Garne und Stoffe sowie weiterverarbeitete Produkte aus den Bereichen Elektronik, Elektrotechnik und Maschinenbau in die VR China, während vom Festland vor allem landwirtschaftliche Primärprodukte und industrielle Rohmaterialien importiert werden (vgl. auch *Republic of China 1990: 202*).

163) *China aktuell*, 11/93, S. 1110.

zu 60 Mio. NT (3,8 Mio. DM) für ein Mandat aufgebracht worden sein. Diese Zahlen wurden nach inoffiziellen Angaben bei den Parlamentswahlen Ende 1992 noch einmal übertroffen. Bereits in deren Vorfeld hatten Kandidaten auf die Frage nach den voraussichtlichen Kosten für einen Wahlerfolg wenigsten zehn, einige sogar 15 Mio. DM (sic!) veranschlagt (*Tzu-ii chou-pao*, 14. August 1992).

151) Das heißt jedoch nicht, daß in diesen Wirtschaftszweigen kein taiwanesisches Großkapital aktiv wäre. In der aktuellen Rangliste der 500 umsatzstärksten Unternehmen (einschließlich Unternehmensgruppen und Staatsunternehmen) rangieren z.B. China Stock and Investment Co. auf Rang drei, Cathay Life Insurance Co. Ltd. auf Rang 4 und Taiwan Cement Corporation auf Rang 30. Mehr Beispiele ließen sich anführen (vgl. Chung-hua cheng-hsin-suo 1992).

152) So gab es 1983 in Südkorea insgesamt 50 Firmengruppen, während es auf Taiwan mit 96 fast doppelt so viele waren. Gleichzeitig gehörten in Südkorea viel weniger Einzelfirmen (552) dazu als auf Taiwan (745). Arbeiteten in Südkorea durchschnittlich 1.140 Beschäftigte pro Firma innerhalb eines *Chaebol*, so waren es in Taiwan lediglich 444 (vgl. Hamilton/ Orru 1989). Auch zeichnet sich der taiwanesische Markt in absoluter und relativer Hinsicht durch eine geringere Konzentration auf wenige Großunternehmen aus, als dies in Japan und Südkorea der Fall ist (vgl. u.a. Hamilton/Biggart 1988 sowie Hamilton/Zeile/Kim 1990).

153) Außerdem fungieren die Großunternehmen als wichtiger Kreditgeber des KMK, das durch die öffentliche Hand noch immer benachteiligt wird. Die bis zur ersten Bankenprivatisierung von 1991 durchweg vom Staat kontrollierten großen Geldinstitute hielten sich - aufgrund der persönlichen Rechenhaftspflicht ihrer Verantwortlichen - bei der Kreditvergabe an das ressourcenschwache KMK stets zurück. Biggs (1988) hat errechnet, daß in den Jahren 1965-82 ca. 50 Prozent der Kreditnachfrage des KMK unbeantwortet blieb. Dadurch bildete sich ein berüchtigter "grauer Kapitalmarkt" mit zahlreichen dubiosen Kreditgenossenschaften und Investmentgesellschaften heraus, der viele Kleinunternehmer in die Illegalität zwang (vgl. hierzu v.a. Brecht 1990).

154) 1984 wurden fast 50 Prozent der industriellen Wertschöpfung von KMB erwirtschaftet. Schätzungsweise 70 Prozent ihre Profite entsprangen dem Export. Sie stellten 56,1 Prozent aller Erwerbstätigen und 62 Prozent der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie (Wu/Chou 1988; als KMB definieren die Autoren dabei Unternehmen mit 300 oder weniger Beschäftigten).

155) Vgl. hierzu v.a. Tab. 3-26a und 3-26b: In allen Betriebsgrößengruppen ist ein systematischer Abwärtstrend zu erkennen, der sich in dem Maße verstärkt, wie die Betriebsgröße zunimmt. Dies deutet darauf hin, daß die größten Konzerne eine zunehmende Zahl von kleineren Unternehmen



- 164) So beschloß die Kommission des Exekutiv Yuan für die Angelegenheiten Festlandchinas Anfang 1993, Direktinvestitionen auf dem Festland bis zu einer Höhe von einer Million US-Dollar ohne Registrierung zuzulassen (vgl. *Free China Journal*, 8. Januar 1993).
- 165) *Free China Journal*, 4. Juni 1993. Zwischen 1984 und 1992 haben nach offiziellen Angaben insgesamt 12.000 taiwanesishe Unternehmen rund 11 Mrd. US-Dollar auf dem chinesischen Festland investiert (*Free China Journal*, 15. Oktober 1993).
- 166) Einige Schätzungen gehen allein für die erste Hälfte des Jahres 1993 von einem Gesamt-Investitionsvolumen von 15 Mrd. US-Dollar aus (vgl. *Free China Journal*, 4. Juni 1993). Gegen das "Festlandfieber" und illegale Direktinvestitionen der taiwanesischen Exportwirtschaft - es wird dabei über eine Größenordnung von bis zu fünf Mrd. US-Dollar (Mitte 1993) spekuliert - hilft somit auch nicht die regierungsamtliche Androhung von Geldstrafen in Höhe von mehreren 100.000 US-Dollar.
- 167) Ein Investitionsschutzabkommen zugunsten taiwanesischer Unternehmer war z.B. Gegenstand der sog. Koo-Wang-Gespräche zwischen Vertretern Taiwans und der VR China vom 27.-29. April 1993 in Singapur.
- 168) Obwohl die Liste endlos ist und ihre Aktualisierung zahllose Journalisten beschäftigt, sollen einige Beispiele angeführt werden: Der Generalsekretär der Nationalversammlung Hsieh Lung-sheng und der Vizepräsident des Legislativ Yuan Wang Chin-p'ing halten wichtige Direktorenposten innerhalb des Acer-Konzerns. Der bekannte festlandchinesische Abgeordnete im Legislativ Yuan, Yu Mu-ming, bekleidet eine ähnliche Position bei der Hualong-Gruppe. Der frühere Präsident des Legislativ Yuan, Shen Shih-hsiung, hält Beraterposten in verschiedenen Unternehmen und mischt seit seinem Ausscheiden aus dem Parlament in einem von verschiedenen Großunternehmen getragenen privaten Bankenkonsortium mit.
- 169) Die Rede ist hier von den direkt oder indirekt auf Taiwan gewählten Abgeordneten. Die 27 von ihnen jeweiligen nationalen Organisationen gewählten Überseechinesen sind nicht erfasst, obgleich auch sie in vielen Fällen reiche Unternehmer sind.
- 170) Vgl. *Shang-yeh chou-k'an*, 1. Februar 1988.
- 171) 38 der Parlamentarier saßen als Direktoren und Aufsichtsräte in den Chefetagen der größten Unternehmen, die ihnen eigene Assistenten und Chauffeure zur Verfügung stellten (*Shang-yeh chou-k'an*, 22. September 1991).
- 172) Vgl. *Shang-yeh chou-k'an*, 11. Dezember 1989. Von den im selben Jahr gewählten und ebenfalls sehr einflußreichen 24 Gemeindevorstehern und Bürgermeistern auf Kreisebene erhielten 18 finanzielle Unterstützung von einer oder mehreren Firmen bzw. Firmengruppen (Chang, zit. nach Chu 1992: 143).
- 173) Völlig überraschende Niederlagen mußten so z.B. Wang Ling-lin (jüngster Sohn des Präsidenten der Rebar-Gruppe), Shen Shih-hsiung (damals amtierender Vizepräsident des Legislativ Yuan) und Chang P'ing-chao (ein-

flußreicher Geschäftsmann im Kredit- und Anlagegewerbe) einstecken. Andere, wie z.B. der als einer der zehn reichsten Männer Taiwans geltende Ts'eng Chen-nung, schafften es nur außerordentlich knapp.

- 174) Zu den bekanntesten zählen hierbei Wen Ta-ming (Kapitaleigner des Hualong-Konzerns), Liu Sung-pan (Präsident des Legislativ Yuan) und Wang Chin-p'ing (Vizepräsident des Legislativ Yuan). Nur vier dieser "goldenen Kühe" gehörten nicht der KMT an. Für eine genauere Auflistung der "Firmenunterstützung" der einzelnen Abgeordneten vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 20. Dezember 1992 sowie *Hsin Hsin Wen*, 21.-27. Dezember 1992, S. 18ff).
- 175) Für eine Auflistung der größten taiwanesischen Anlagegesellschaften und Baufirmen, die einen oder mehrere Kandidaten unterstützten, vgl. *Shang-yeh chou-k'an*, 11. Dezember 1991, S. 37ff.

176) Bei einer unter insgesamt 1.130 taiwanesischen Managern im August 1991 durchgeführten Umfrage wurde nach den sechzehn politisch einflußreichsten Unternehmen gefragt. Es lohnt sich, einen Blick auf die daraus hervorgegangene Liste zu werfen. Es sind immer die gleichen Namen, die in solchen Diskussionen auftauchen:

Platz	Name	Präsident	Enge Beziehungen in die Politik
1	China Trust	Chen Koo-fu	97,60%
2	Hualong	Wen Ta-ming	97,30%
3	Rebar	Wen You-ts'eng	94,56%
4	Far Eastern	Hsu Hsu-tung	93,99%
5	Yue Loong	Wu Shun-wen	90,88%
6	Evergreen	Chang Jung-fa	90,33%
7	Shin Kong	Wu Tung-chin	89,38%
8	Tatung	Lin T'ing-sheng	89,11%
9	Pacific	Sun Fa-min	87,90%
10	Acer	Lin Jung-san	85,71%
11	Pres. Enterp.	Kao Ch'ing-kan	84,24%
12	Lin Yuan	Ts'ai Wan-lin	83,85%
13	San Yang	Huang shih-hui	77,44%
14	Yuen Foong Yu	Ho Ch'ou-ch'uan	74,25%
15	Wei Chuan	Huang Nan-t'u	73,25%
16	Form. Plastics	Wang You-ch'ing	72,82%

Quelle: *Shang-yeh chou-k'an*, 11. August 1991.

- 177) Nach Angaben von Lin Chao-ts'an, Direktor der internationalen Abteilung beim ZEK der KMT, finanziert die Regierungspartei zehn Prozent der Wahlkampfausgaben eines Abgeordneten, wobei die Unterstützung jedoch durchaus unterschiedlich gestreut wird. Anlässlich der Lokalwahlen im November 1993 soll die KMT ihren Kandidaten umgerechnet 82,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt haben (vgl. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 344, 10.-16. Oktober 1993, S. 16ff).

- wird die politische Bedeutung der Lokalpolitiker weiter stärken und infolgedessen auch die Einflußnahme regionaler Unternehmerinteressen intensivieren.
- 183) Hiervon weichen allerdings regierungsamtliche Angaben ab, denen zufolge es Ende 1989 336 nationale und 5.982 lokale Handelsorganisationen mit einer Gesamtmitgliedschaft von 4.930.000 gab (*Republic of China 1990*: 485).
- 184) Die CNFI wurde bereits 1942 auf dem chinesischen Festland gegründet und umfaßt derzeit 138 Vereinigungen der verarbeitenden Industrie auf nationaler, Provinz- und kommunaler Ebene, die ihrerseits ca. 80.000 Einzelfirmen vertreten.
- 185) Die CNAIC wurde 1952 auf Taiwan gegründet und vertrat Mitte 1990 insgesamt 390 Verbände, Unternehmen und Finanzinstitutionen sowie 843 Einzelmitglieder, zumeist einflußreiche Geschäftsleute. Neben dem mächtigen "Tycoon" Koo Chen-fu gehören dazu u.a. Yen Shun-wen (Präsidentin von Yue Loong Motors Co.), Hsui Sheng-fa (Präsident von Prince Motors Co.), Huang Shih-hui (Präsident von San Yang Industrial Co.), Douglas Hsu (Präsident von Far Eastern Textile Co.) und Kao Chin-yuan (Vizepräsident von President Enterprise Corp.). Die CNAIC gilt aufgrund ihrer exklusiven Mitgliedschaft gemeinbin als die wichtigste der drei genannten Organisationen (vgl. Chu 1992: 134).
- 186) Die ROCCOC wurde am 1. November 1946 in Nanking ins Leben gerufen - ein Tag, der auf Taiwan seitdem als "Tag der Kaufleute" gefeiert wird. Wie die CNFI wurde also auch die ROCCOC von den Nationalisten nach Taiwan "importiert". Sie umfaßt heute 12 nationale Handelsverbände, 21 regionale Exportverbände sowie drei lokale Handelskammern.
- 187) Mittlerweile gibt es einen weiteren nationalen Verband, die Reconstruction & Research Federation of Industry and Commerce (*Kung-shang chien-yen-hui*) unter der Führung von Hung Ming-ch'ang. Hier haben sich junge, KMT-nahe Unternehmer zusammengeschlossen und streben eine Emanzipation von den etablierten Organisationen an.
- 188) Dies gilt z.B. für den renommierten Großindustriellen Koo Chen-fu (Taiwan Cement Corp., China Investment & Trust Co.). Er arbeitete schon in den 40er Jahren mit der KMT zusammen und stieg 1988 zum persönlichen Berater des Präsidenten auf. Koo ist seit 1958 Präsident der CNAIC und stand in den Jahren 1981-87 gleichzeitig an der Spitze der CNFI. Seit 1981 gehört er dem SA des ZEK der KMT an. Auch der derzeitige Präsident der CNFI Hsui Sheng-fa (Prince Motors Corp.) verfügt als Mitglied im SA des ZEK der KMT sowie als ehemaliger Abgeordneter des Legislativ Yuan über ausgezeichnete Verbindungen in den zentralen Parteiapparat (vgl. u.a. *Republic of China 1990*; *Shang-yeh chou-k'an*, 18. August 1991).
- 189) Informationen von Liang Yung-huang, Chefredakteur des *Wealth Magazine*, am 27. Januar 1992 in einem Gespräch mit dem Autor.
- 190) Zum Hintergrund vgl. *China aktuell*, 10/92, S. 705f.

- 178) Huang Hsin-chiehs gute Verbindungen zu solchen "Tycoons" wie Wen Ta-ming (Hualoong), Chang Jung-fa (Evergreen) oder Wang Yung-ch'ing (Formosa Plastics) halfen ihm in seiner Amtszeit als Vorsitzender (1988-91), über 100 Mio. NT (ca. 16 Mio. DM) für die DFP zu sammeln. Hinzu kam eine unbekannt Summe, die er aus seinem eigenen Vermögen beisteuerte. Die DFP besitzt - mit Ausnahme eines kleinen Verlanges - keine parteieigenen Unternehmen und kann mit ihren gut 25.000 Mitgliedern derzeit auf lediglich rund 60 Mio. NT (ca. 3,75 Mio. DM) jährlicher Beiträge zurückgreifen (vgl. hierzu *Ts'ai-hsin*, Nr. 117, Dezember 1991, S. 140f und *Hsin Hsin Wen*, 12.-18. April 1992, S. 58f).
- 179) Vgl. z.B. die entsprechende Diskussion in *Free China Review*, Juli 1991.
- 180) Vgl. hierzu die Vorlagen von Wang Ling-in und Lin Cheng-chieh, die relativ einhellig Obergrenzen für Wahlkampf- und sonstige Spenden an einzelne Abgeordnete, Parteien sowie politische Stiftungen und andere Vereinigungen forderten. Lediglich ein dritter Entwurf von Wu Teh-mei nannte auch konkrete Zahlen. Eine nicht näher zu bezeichnende private Einzelspende an einen Abgeordneten sollte demnach nicht mehr als 100.000 NT (6.250 DM), zum Zwecke der Unterstützung einer bestimmten Gesetzesvorlage nicht mehr als 500.000 NT (31.250 DM) betragen (vgl. *Legislativ Yuan 1991a,b* sowie *Tzu-i wan-pao*, 22. Januar 1992).
- 181) Das "Gesetz über die Veröffentlichung des finanziellen Vermögens von Personen in öffentlichen Ämtern (*kung-chih jen-yuan ts'ai-ch'an shen-pao-fa*)" erfaßt insgesamt über 23.000 Beamte und öffentliche Angestellte. Es dekretiert, daß diese sowohl ihre eigenen als auch die Konten ihrer Ehefrauen und Kinder unter 18 Jahren offenlegen müssen. Betroffen von dem neuen Gesetz sind 14.044 leitende Beamte der Polizei und der öffentlichen Verwaltung, 1.988 Richter und Staatsanwälte, alle gewählten Abgeordneten von der Kreis- und Stadtebene aufwärts (1.497), alle gewählten Gemeindevorsteher von der Dorfebene aufwärts (340), alle Direktoren öffentlicher Schulen (3.424) und die Spitzenbeamten aller Regierungsorgane und Staatsunternehmen (1.264). Damit sind auch der Präsident und Vizepräsident der Republik China sowie die Präsidenten aller fünf Verfassungsorgane erfaßt. Die Reichweite dieses neuen Gesetzes übersteigt deutlich eine fast gleichzeitig in Südkorea beschlossene Maßnahme und dürfte wohl weltweit ihresgleichen suchen (vgl. *Free China Journal*, 18. Juni 1993; *Tzu-i chou-pao*, 16. und 25. Juni 1993; *Far Eastern Economic Review*, 24. Juni 1993 mit Berichten zu Taiwan und Südkorea).
- 182) Dieser Prozeß hat sein Ende noch lange nicht erreicht. Wenn demnächst die Ämter des Gouverneurs der Provinz Taiwan sowie der Bürgermeister der regierungsmittelbaren Städte Taipei und Kaohsiung in freien Wahlen bestimmt werden, sind weitere wichtige Posten dem direkten Einfluß des Privatkapitals preisgegeben. Außerdem soll den lokalen Parlamenten in der Zukunft eine größere Eigenverantwortung, insbesondere bezüglich der Verwaltung des staatlichen Steueraufkommens, übertragen werden. Dies

- 191) Auf die Problematik des Begriffes "Faktion" wurde bereits unter Punkt 3.2.3 hingewiesen. Im folgenden geht es hauptsächlich um das kultur-anthropologisch ausgerichtete *Patron-Klientel-Modell*, in dem der moderne taiwanische *Lokalfunktionalismus* seine historischen Wurzeln hat.
- 192) Bei zahlreichen Interviews mit Abgeordneten gab es keinen einzigen Gesprächspartner, der diesem Verfasser gegenüber die Verbindung zu einer Lokalfaktion eingestanden hätte, auch wenn er hinreichend dafür bekannt war. Entweder wurde eine entsprechende Frage entschieden verneint, oder es wurde unverfänglich von vielen hilfreichen "Freunden" gesprochen, die aus ehrwürdigen Motiven handelten und mittels ihrer finanziellen Unterstützung nur an einer "Verbesserung der politischen Verhältnisse" (*kai-hao cheng-chih ch'ing-kuang*) mitwirken wollten.
- 193) Allerdings wirkte der Konfuzianismus andererseits auch auf die sozialen Beziehungen innerhalb der Familie ein und verstärkte die hier gültigen Normen interdependenter Sozialbeziehungen. So können die Kindespietät und der elterliche Respekt, aber auch die Fürsorgepflicht des Familienoberhauptes - allesamt Wesenszüge der traditionellen chinesischen Gesellschaft und auch heute noch wichtige sozio-kulturelle Anforderungen an jeden einzelnen - nicht ausschließlich wirtschaftshistorisch erklärt werden.
- 194) Pye (1968) und Solomon (1971) betonen vor allem die erzieherische Rolle der Familie im Sozialisationsprozeß des Chinesen und begründen damit seine typische Konfliktsticheu. In der Chinawissenschaft gilt die Familie bis heute als der Transmissionsriemen für ein spezifisches Konfliktverständnis, das die offene, (gesetzlich) normierte Konfliktaustragung zwischen Individuen stigmatisiert und damit einen deutlichen Gegensatz zum Selbstverständnis der okzidentalischen Gesellschaft markiert.
- 195) Klientelistisch war nach konfuzianischer Auffassung auch der Staat strukturiert, der in letzter Konsequenz eine transzendente Großfamilie darstellte. Kaiser und Staatsvolk waren wechselseitig voneinander abhängig, indem der Kaiser seine Herrschaftslegitimation nur in dem Maße vom Staatsvolk einfordern konnte, wie er die Belange seiner Untergebenen fürsorglich berücksichtigte.
- 196) Warum es allerdings für die alte chinesische Landaristokratie von Vorteil gewesen sein sollte, mit den Pachtbauern anders umzugehen als der europäische Feudaladel, ist auf den ersten Blick nicht einsichtig. Scott (1972: 93, 108) und Fried (1953: 104f, 195ff, 219ff, 224) verweisen darauf, daß die Bauern dem Despotismus der Grundbesitzer deshalb nicht schutzlos ausgeliefert gewesen seien, da letztere kaum auf das staatliche Gewaltmonopol zurückgreifen und sich nicht hinter Stadt- oder Burgmauern verschanzten konnten. Sie hätten daher Sanktionen der Pächter (Bauernrevolutionen) fürchten und Kompromisse schließen müssen.
- 197) Allerdings bemühten sich gerade in den Anfangsjahren der KMT-Herrschaft auf Taiwan einige ehemalige Großgrundbesitzer durchaus erfolgreich um ein politisches Amt (vgl. die entsprechenden Wahlstatistiken unter Punkt 2.3). Zu ähnlichen Aussagen kommt auch Yang 1970: 492ff.
- 198) Einige dieser alten Lokalfaktionen existieren noch heute und sind z.T. sehr mächtig. Zu den einflussreichsten Gruppierungen zählen die Halber Berg (Pan-shan-Faktion, die T'ai-chung-Faktion, die Ah-hai-Faktion, die San-chung-pang-Faktion, die T'ai-nan-pang-Faktion und die Neuer Berg (Hsin-shan)-Faktion. Jede dieser Faktionen ist wiederum in verschiedene Sub-Faktionen differenziert, die nach den Namen ihrer jeweiligen Führungsköpfe benannt wurden (so z.B. die Sub-Netze der Halber Berg-Faktion unter der Führerschaft der einflussreichen Lokalpolitiker und KMT-Funktionäre Huang Hu-ch'in, Li Wan-chü, Lien Chen-tung und Wang Min-ning). Zu einer der diese Funktionen am effektivsten ausfüllenden Lokalfaktionen gehört die Rote Faktion (Hung-p'ai) in Taichung. Ihr werden nicht weniger als zwei Abgeordnete des Legislativ Yuan, acht Abgeordnete der Nationalversammlung, je vier Provinzabgeordnete, Kreismagistrate und Vorsitzende von Stadt/Kreisparlamenten, 33 Kreistagsabgeordnete sowie 18 Funktionäre in verschiedenen Bauernkooperativen zugerechnet (vgl. Hsin Hsin Wen, 28. November/4. Dezember 1992).
- 200) Nicholas (1965: 29) schildert die Anstrengungen der Familie Ch'en, in der Gemeinde Kuan-hsi ihre Wählerbasis zu vergrößern, da sich das Potential des eigenen Klans bei ca. 2.000 Personen erschöpfte. Jedes einzelne Mitglied wurde angehalten, seine persönlichen "Beziehungen" (*kuan-hsi*, man beachte den phonetischen Gleichklang mit der o.g. Gemeinde) einzusetzen und somit noch mehr Stimmen an die Ch'ens zu binden. Daraufhin sah sich der Konkurrent des Ch'en-Kandidaten tatsächlich bald zur Aufgabe gezwungen. Zwar konnte es sich dabei nur um eine temporäre Vergrößerung der Faktionsbasis des Ch'en-Klans handeln, dennoch wird hier die strategische Bedeutung individueller Beziehungsgeflechte und das positive soziale Antwortverhalten auf ihre Instrumentalisierung dokumentiert.
- 201) Obwohl es z.B. im Kreis Miaoli keine "reine" Hakka-Faktion gibt, können die Hakkas leicht als Wählerblock mobilisiert werden, wenn es einer Miaoli-Faktion um einen Kandidaten geht, der dieser Volksgruppe angehört.
- 202) Die entsprechenden Zahlen für die insgesamt angetretenen (aber nicht alle gewählten) Kandidaten fielen dagegen anders aus. Lediglich 39,4 Prozent von ihnen gehörten einer Faktion an, 60,6 Prozent jedoch nicht. Hingegen waren - hier für den Zeitraum 1954-1985 - bereits 61,4 Prozent aller aufgestellten KMT-Kandidaten Mitglieder einer Lokalfaktion und nur 38,6 Prozent nicht.
- 203) Dennoch zeigt sich im Vergleich zu allen angetretenen Kandidaten, daß die Wahlgewinner zu einem entschieden größeren Teil einer Lokalfaktion angehörten: Lediglich 32,3 Prozent aller aufgestellten Kandidaten wurden von einer Lokalfaktion unterstützt, 67,8 Prozent aber nicht. Was die KMT anbelangt, hatten 50,4 Prozent ihrer aufgestellten Kandidaten eine Faktionsbasis, 49,6 Prozent jedoch nicht. Hier entsprach also die Nominierung weitgehend dem Endergebnis (wiederrum ohne 1989).

- 204) Es gibt nach dem Kenntnisstand dieses Verfassers keine Studie, die sich mit der Faktionsinfiltration von Gemeinderäten und Bürgermeister auf Kleinstadt- oder Dorfebene beschäftigt. Sie bräuchte nach einhelliger Auffassung der Gesprächspartner des Verfassers auch gar nicht durchgeführt zu werden, da es hier wohl keinen einzigen Amtsträger gibt, der nicht in mehr oder minder direkter Verbindung zu einer Lokalfaktion steht.
- 205) So Yao Chia-wen am 29. Januar 1992 in einem Gespräch gegenüber dem Verfasser. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, daß es von der Provinzebene abwärts auch zahlreiche DFP-Parlamentarier gibt, die an eine Lokalfaktion gebunden sind. So "sauber" wie die DFP sich selbst gern darzustellen pflegt, ist sie nicht.
- 206) Hsu Hsin-liang in *Tzu-ü chow-pao*, 30. Juli 1993.
- 207) Hsu Hsin-liang, ebd.
- 208) Der "Zugang zu den lokalen Wirtschaftsmonopolen" (*ch'ü-ch'eng-hsing lien-ho tu-chan ching-chü*) impliziert im Kontext der Untersuchung von Ch'en Ming-t'ung (1989: 17) enge personelle Verbindungen zu jenen Bereichen des Staatssektors, die schon in der 50er Jahren der lokalen Verwaltung übertragen wurden (vor allem die lokalen Transportgesellschaften, die bäuerlichen Kreditkooperativen und verschiedene lokale Banken). Diese Organisationen sorgen nicht nur für die Bereitstellung finanzieller Mittel, sondern eignen sich für die KMT ferner als Instrumente der Umleitung von Parteigeldern in private Kassen.
- 209) Gern zitiert wird in diesem Zusammenhang die Steuerpolitik der Regierung (vgl. Chu 1992: 149). In der Tat gibt es auf Taiwan wohl kaum ein Unternehmen, das sich nicht der Steuerhinterziehung strafbar gemacht hat. Im großen und ganzen weiß man im Wirtschaftsministerium genau, wen man empfindlich treffen kann. Große Skandale, in denen einzelne Unternehmer oder ihre Firmen plötzlich als schwarze Schafe ins Rampenlicht treten, müssen daher meistens in einen übergeordneten politischen Kontext eingeordnet werden. Kaum trifft es einen nur deshalb, weil er gegen das geltende Steuerrecht verstoßen hat.
- 210) Der taiwanesischer Professor Wang Chen-huan schrieb in einem Zeitschriftenbeitrag mit Hinweis auf die neue Allianz zwischen Politik und Wirtschaft, daß "günstige Investitionsbedingungen" und eine "stabile Gesellschaft" die wichtigsten Fragen seien, die Taiwans "Kapitalisten" interessieren; die Institutionalisierung von Demokratie spiele für sie keine Rolle und würde leichthin für eine lohnende Partnerschaft mit der KMT geopfert (vgl. *Tzu-ü chow-pao*, 26. Juni 1992).

## Anmerkungen zu Kapitel 4:

- 1) In der nicht-chinesischsprachigen Literatur wird diese Problematik immer wieder mit Begriffen wie "ethnische Bias" oder "ethnic conflict" übersetzt. Eine solche Terminologie ist allerdings überaus problematisch, weil es sich

weder bei den "Festländern" noch bei den "Einheimischen" um Ethnien handelt und damit eher ein ideologischer Konflikt verbal ausgekleidet wird. Die entsprechenden chinesischen Begriffe - *wai-sheng-jen* für "die aus den externen/festlandchinesischen Provinzen" und *pen-sheng-jen* für "die aus der eigenen/hiesigen Provinz" sowie *sheng-chi tui-k'ang* für "Provinz-Konflikt" oder "Konfrontation" sind zweifellos treffendere Bezeichnungen.

- 2) Taiwan wurde vom chimesischen Kaiserreich viele Jahrhunderte lang überhaupt nicht "wahrgenommen", bis es im frühen 17. Jahrhundert von den Holländern kolonisiert wurde. Als die Ming-Dynastie 1644 zugrunde ging, blieb Taiwan für einige Jahrzehnte ein Widerstandsnest unter der Verwaltung des legendären Piraten Koxinga und seines Sohnes, bevor es 1683 der Ch'ing-Dynastie einverleibt wurde. 1895, nach der Niederlage Pekings im chinesisch-japanischen Krieg (1894-95), fiel Taiwan dann für 50 Jahre unter japanische Kolonialherrschaft.
- 3) Nach einer Entscheidung der sog. Aufsichtskommission für politische Parteien (*cheng-tang shen-i wei-yuan-hui*) des Exekutiv Yuan vom 1. November 1991 verletzt das neue Parteiprogramm der DFP den Paragraphen 54 des Gesetzes über zivile Körperschaften (*jen t'uan-fa*), der Sezessionismus unter Strafe stellt. Die DFP wurde ultimativ aufgefordert, ihre Unabhängigkeitsklausel zu revidieren. Dies führte im folgenden zu einer heftigen Debatte über die Verfassungsmäßigkeit der Kommission (vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 2. November 1991). Nach den für die KMT erfolgreichen Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1991 verlief die Untersuchung im Sande.
- 4) Der Zusatz "per Volksentscheid" wurde erst während des Parteitagess als Sonderantrag eingebracht und fehlte im ursprünglichen, von den Radikalförnern eingebrachten Änderungsentwurf. In ihm forderte die DFP die sofortige Errichtung einer taiwanesischen Republik *ohne* die Konsultierung der Bürger. Politischer Druck von außen und die Gefahr eines offenen innerparteilichen Bruchs in dieser Frage führten am Ende jedoch zu einem Kompromiß mit den moderaten Kräften (vgl. auch *Chung-kuo shih-pao*, 14. Oktober 1990).
- 5) Im Vorfeld der ersten freien Wahlen zur Nationalversammlung heizte die Opposition im Sommer und Frühherbst 1991 eine heftig geführte innenpolitische Diskussion über die Voraussetzungen eines Wiedereintritts Taiwans in die UNO an. Dies führte zu zahlreichen Großdemonstrationen und am 30. September 1991 zum ersten je ausgestrahlten TV-Rededuell zwischen dem DFP-Abgeordneten Frank C.Y. Yen und dem stellvertretenden Außenminister Chang Hsiao-yen (*Chung-kuo shih-pao*, 1. Oktober 1991). Nach der regierungsamtlichen Anklündigung im Mai 1993, nimmehr auch von offizieller Seite die Mitgliedschaft in der UNO anzustreben, hat die Diskussion an Aktualität gewonnen. So veröffentlichte das Außenministerium am 17. Mai 1993 eine Erklärung, in der die Rückkehr der Republik China in die UNO als vorrangiges Ziel der Regierung deklariert wurde. Am 9. Juni äü-

Berte sich auch Präsident Lee Teng-hui öffentlich dazu und bestätigte die neue Linie (vgl. hierzu im einzelnen *China aktuell*, 6/93, S. 563f sowie *Lien-ho-pao*, 16. Juni 1993).

- 6) Alle im folgenden angeführten offiziellen Argumente von DFP und KMT zur UNO-Problematik gehen aus den oben genannten Quellen hervor. Eine exemplarische Zusammenfassung findet sich auch in *Tzu-ü chou-pao*, 16. Juni 1993, wo eine Diskussion zwischen verschiedenen Regierungsnahen und oppositionellen Intellektuellen zum Themengegenstand dokumentiert ist. So z.B. unter der Bezeichnung *Taipei, China* in der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) sowie "zollfreies Wirtschaftsgebiet Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu" im Aufnahmeantrag für das GATT.
- 7) Allerdings durften die Aktivisten der *Tang-wai* in der autoritären Ära niemals offen von Unabhängigkeit reden, wollten sie nicht ihre Inhaftierung riskieren. Oft verbargen sie den Begriff daher hinter verklausulierten Formulierungen, so z.B. "Selbstbestimmung des Volkes" (*jen-min tzu-chüet*).
- 9) Dies jedenfalls erklärte der Direktor für politische Angelegenheiten im Außenministerium, Chang Hsiao-yen, in dem weiter oben zitierten TV-Streitgespräch mit dem DFP-Abgeordneten Frank C.Y. Hsieh am 30. September 1991.
- 10) Vgl. hierzu auch die Auseinandersetzung zwischen Premier Hao Po-t's'un und einigen DFP-Abgeordneten im Rahmen eines "parlamentarischen Kreuzverhörs" in *Tzu-ü tsao-pao*, 23. Oktober 1992.
- 11) Es war - auch nach Ansicht vieler seiner Parteifreunde - zumindest zum damaligen Zeitpunkt schon abenteuerrich, als der auf dem 5. Parteitag neugewählte Vorsitzende der DFP, Hsu Hsin-liang, erklärte, die Partei könne innerhalb der nächsten zwei Jahre an die Macht gelangen (vgl. *Lien-ho-pao*, 10.8.91). Allerdings ist diese Perspektive nach dem guten Abschneiden der DFP bei den letzten Parlamentswahlen 1992 und angesichts der fortgesetzten Machtkämpfe in der KMT heute schon viel realistischer zu nennen.
- 12) Besonders im Vorfeld der 1991er Wahlen zur Nationalversammlung wurden einige Umfragen vorgenommen, die den Unterstützungsgang für *T'ai-tu* messen sollten. Die Ergebnisse sind so unterschiedlich wie nichtssagend. So wies eine von der seriösen Zeitung *Chung-kuo shih-pao* beim nationalen "Ableger" von Gallup im September im Auftrag gegebene Studie 71,9 Prozent der Befragten als *T'ai-tu*-Befürworter aus. Im Dezember wurde die Untersuchung wiederholt - jetzt waren es nur noch 4,1 Prozent. Offenkundig hatte die mit großem Aufwand geführte Kampagne der KMT gegen die "Unruhestifter" der DFP Wirkung gezeigt. Allzu ernst darf man solche Erhebungen aber nicht nehmen, wenn sich die Meinungen innerhalb so kurzer Zeit so drastisch ändern können (vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 21. September und 2. Dezember 1991). Der in Regierungskreisen angesehene Direktor des Instituts f. Internationale Beziehungen an der Nationalen Chengchi-Universität, Lin Bih-Jaw, nannte diesem Verfasser gegenüber eine Zahl von 5-10 Prozent der DFP-Wähler, die tatsächlich die Verwirklichung von *T'ai-tu*

befürworteten (Gespräch am 10. Januar 1991). Hingegen sprach der populäre DFP-Politiker Yao Chia-wen von 90 Prozent *T'ai-tu*-Unterstützern in der Bevölkerung (Gespräch am 29. Januar 1992)!

- 13) Außer der Forderung nach Unabhängigkeit verlangte die Opposition vor allem institutionelle Veränderungen: Direktwahl des Präsidenten, Abschaffung des Kontroll Yuan und der Nationalversammlung, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament etc. Der im August 1991 verabschiedete Gesetzentwurf für eine Verfassung Taiwans (*T'ai-wan hsien-fa ts'ao-an*; DFP 1991) legt darüber hinaus besonderen Wert auf die Abschaffung bzw. Revision des gesamten Strafrechts und den Schutz der Menschenrechte durch eine unabhängige Judikative. Weitere Punkte sind u.a. die Entmilitarisierung und Entpolitisierung der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Medien und die freie Organisation der Arbeiterschaft. Es handelt sich dabei überwiegend um Punkte, die bereits realisiert oder zumindest in Angriff genommen worden sind.
- 14) Das zeigt insbesondere ein Vergleich der am 23. Februar 1991 vom Rat für Nationale Wiedervereinigung verabschiedeten Nationalen Leitprinzipien zur Wiedervereinigung (*kuo-chia t'ung-i kang-ling*; vgl. hierzu auch Schubert 1991: 48ff) und der noch immer gültigen Chinapolitik der DFP im gegenwärtigen Stadium (*min-chün-tang hsien chieh-tuan Chung-kuo ta-tu cheng-t's'e*) in der Fassung vom April 1989 (DFP 1989). Auch die DFP strebt den Ausbau der beiderseitigen inoffiziellen Kontakte (z.B. verstärkte Verwandtenbesuche, Kulturaustausch, Tourismus) und einer gegenseitigen Vertrauensbasis an. Eine engere Wirtschaftskooperation wird befürwortet. Ebenso wird Peking aufgefordert, sich jeder Gewaltanwendung gegenüber Taiwan zu enthalten und die Inselrepublik nicht länger international zu isolieren. Auch im derzeit geltenden Parteiprogramm der DFP finden sich diese Punkte wieder (DFP 1992: 22-25).
- 15) Allein zwischen Ende September und Ende November 1979 veranstaltete "Formosa" nicht weniger als fünfzehn oppositionelle Versammlungen mit Vorträgen, Kundgebungen, Diskussionen und der Verteilung von Propagandamaterial. Die Zeitschrift gründete landesweit fünfzehn "Außenbüros" und eine Stiftung zur Finanzierung ihrer Arbeit. Zu den Aktivitäten und der Ideologie von Formosa vgl. u.a. Domes 1982, Halbeisen 1982 und Chiou 1986.
- 16) Andere wiederum, wie der Rechtsanwalt und heutige Parlamentsabgeordnete Yao Chia-wen, sind in ihrem politischen Denken radikaler geblieben. Zu den überaus interessanten politischen Biographien der wichtigsten DFP-Politiker vgl. v.a. Hsü 1989.
- 17) K'ang Ning-hsiang im Gespräch mit dem Verfasser am 5. November 1991. K'ang, Mitbegründer der 1975 gegründeten kritischen Oppositionszeitschrift *Taiwan Political Review* (*T'ai-wan cheng-tun*), erfreute sich stets eines gewissen Wohlwollens seitens des Chiang-Regimes und wurde nie inhaftiert. Sein auf Ausgleich bedachtes Auftreten, wohl aber auch seine guten politischen

die im "Zwischenfall von Kaohsiung" kulminierenden und bis zur Einleitung des Reformprozesses reichenden Drangsalierungen der *Tang-wai* stellen ein bereitetes Zeugnis über das Gegenteil aus. Dennoch handelte es sich hier nicht um eine ideologisch motivierte Politik speziell gegen intellektuelle und Akademiker, sondern um die autoritäre Antwort des Staates auf die durch diese kritische Bevölkerungsgruppe aufgeworfene Machfrage im System.

Vgl. hierzu im einzelnen Punkt 1.1.1 und 1.1.2.

Die Chengchi-Universität wurde noch auf dem chinesischen Festland von der KMT gegründet und finanziert. Sie ist heute eine öffentliche Institution, allerdings verweist nicht zuletzt ihr konservativer Lehrkörper auf die unverändert enge Verbindung zur KMT. Fast alle Professoren sind Mitglieder der Regierungspartei und ihr renommierter Präsident Chang Ching-yuh ist ein früherer Direktor des Informationsministeriums (*hsin-wen-chi*). Sie gilt nach der Nationalen Taiwan-Universität als die Nr. 2 der Insel.

Zu den Hintergründen der Auseinandersetzung zwischen der KMT-Fraktion und der "kritischen (freien) Fraktion" (*tzui-you-p'ai*) bei FANTU vgl. Wen 1990.

Alle entsprechenden Informationen gehen auf ein Gespräch des Verfassers mit Ting I-ni am 13. März 1992 zurück; vgl. außerdem FANTU 1987: 23.

Es handelt sich dabei um Hung Wen-hsiang und Ko Yung-kuang.

Sämtliche Informationen zur CCFA stammen aus dem Verfasser von Prof. Ting I-ni zur Verfügung gestellten internen Materialien.

So wandte sich die CCFA im Herbst 1991 im Zusammenhang mit den Aktionen für eine Rückkehr Taiwans in die UNO gegen den Hungerstreik der Studenten und den Unterrichtsboykott der radikalen Lehrer und Professoren. Auch opponierte sie im Frühjahr 1992 gegen die Einführung der direkten Wahl des Staatspräsidenten. In beiden Fällen glichen die vorgebrachten Argumente denen der KMT.

Das Hochschulgesetz unterstellt alle Belange der Universitäten - z.B. die Berufung der Professoren und Dekane, die Aufstellung der Lehrpläne, das Prüfungswesen, das Budget - unter die Kontrolle oder den Zustimmungsvorbehalt des Erziehungsministeriums. Seine zahlreichen Kritiker werfen der Regierung vor, die Verfassung zu verletzen und aus der hier in Artikel 162 vorgesehenen "Aufsicht" (*chien-tu*) des Staates über die Hochschulen eine "Aufsichtsverwaltung" (*chien-kuan*) derselben durch den Staat gemacht zu haben. Vgl. hierzu auch Ho 1990.

So z.B. die Soziologen und Anthropologen Chang Mao-kui, Hsiao Hsin-huang, Wang Chen-huan und Wu Nai-teh; der Jurist Lin Shan-fien; die Ökonomen Chang Ch'ing-hsi, Ch'en Shih-meng und Lin Chung-cheng; der Psychologe Yang Kuo-shu. Der bekannte Soziologe Hu Fu gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Zirkels, trat aber kurze Zeit später - vermutlich aus ideologischen Gründen - aus der *Taipei Society* wieder aus.

Die meisten Informationen über die Taipei Society wurden dem Verfasser durch ihren damaligen Vorsitzenden, Professor Ch'u Hai-yuan von der Aca-

Verbindungen haben ihm wie keinem anderen Oppositionspolitiker schon in der autoritären Ära wichtige Kommunikationskanäle zur KMT geöffnet. Gerade dies brachte ihm jedoch auch das Mißtrauen vieler seiner oppositionellen Mitstreiter ein.

Hsiü Hsin-liang gehörte anfänglich zu den hoffnungsvollen Jungpolitikern der KMT, bevor er als Provinzabgeordneter in den 70er Jahren langsam zum Kritiker der Regierungspartei herangereifte. 1977 bewarb er sich gegen die offizielle Nominierung der KMT um den Posten des Kreisvorstehers von Taoyuan und wurde zur völligen Überraschung der politischen Beobachter gewählt. Schon vorher war er aus der KMT ausgeschlossen worden. Kurz vor dem "Zwischenfall" von Kaohsiung reiste er in die USA und konnte daher einer wahrscheinlichen Inhaftierung entgehen. Gleichwohl wurde der Formosa-Aktivist auf die "Schwarze Liste" gesetzt. 1989 kehrte er illegal nach Taiwan zurück, wurde inhaftiert und bald darauf, im Mai 1990, von Präsident Lee Teng-hui im Rahmen einer Generalamnestie begnadigt.

Die Formosa-Fraktion hatte Hsu nominiert, während die New Tide-Fraktion den renommierten Shih Ming-teh unterstützte. Mit seiner teilweise sehr aggressiven *T'ai-tu*-Rhetorik vermochte es der zunächst nicht unumstrittene Hsu offenkundig, die entscheidenden Delegierten auf seine Seite zu ziehen. Am 13. Oktober wurde er mit 180 zu 163 Stimmen gewählt (vgl. *Chung-kuo shih-pao*, 14. Oktober 1991).

Vgl. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 251, 30. Dezember 1991-4. Januar 1992, S. 16.

Shih Ming-teh im Gespräch mit dem Autor am 6. Januar 1992. Shih brachte fast 25 Jahre seines Lebens im Gefängnis. Nachdem er 1977 das erste Mal entlassen worden war, schloß er sich sofort der *Tang-wai*-Bewegung an und wurde zu einem der Wortführer der damals noch radikalen Formosa-Gruppe. In den Kaohsiung-Prozessen erhielt er als einziger der acht Hauptangeklagten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Mehrmals trat er in einen Hungerstreik und wurde schließlich am 21. Mai 1990 von Präsident Lee Teng-hui begnadigt. Mehr als die Hälfte seines Lebens verbrachte Shih wegen seiner politischen Ansichten (vgl. auch Shih Ming-teh 1990) hinter Gittern.

Vgl. die Gründungserklärung des Kampfbündnis in *Tzu-ti chou-pao*, 16. Oktober 1992.

Vgl. *Hsin Hsin Wen*, Nr. 307/8, 20. Januar-6. Februar 1993, S. 61ff.

Yao Chia-wen im Gespräch mit dem Autor am 29. Januar 1992. Der Rechtsanwalt Yao gehörte zu den acht Hauptangeklagten in den Kaohsiung-Prozessen und verbüßte eine mehrjährige Gefängnisstrafe, bevor auch er begnadigt wurde. Im November 1987 wurde er für die Dauer eines Jahres zum zweiten Vorsitzenden der DFP gewählt und sitzt seit Anfang 1993 für seine Partei im Legislativ Yuan.

Dennoch war auch die taiwanische Intelligenz immer wieder Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Das Februarmassaker 1947, der v.a. gegen oppositionelle Intellektuelle gerichtete *Weißer Terror* der 50er und 60er Jahre sowie

namhafte Professoren an, wie z.B. Wang Chen-huan, Hsieh Kuo-hsiung, Cheng Ts'un-ch'i, Ch'en Kuan-hsing. Sie unterstützt in ihren Artikeln häufig Aktionen der Studenten-, Bauern- und Arbeiterbewegung.

42) Angabe von Professor Lin Yu-t'i in einem Gespräch mit dem Verfasser am 12. Dezember 1991.

43) Kurz vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1991 veröffentlichte die TAUP einen eigens angefertigten Bericht, in dem 77 oppositionelle Kandidaten (davon 75 aus Reihen der DFP) den Wählern ausdrücklich empfohlen wurden. Sie alle hatten sich eindeutig für die Neuschreibung einer taiwanesischen Verfassung und *T'ai-tu* ausgesprochen. 41 von ihnen wurden gewählt, was exakt der Anzahl aller direkt erfolgreichen Kandidaten der DFP entsprach. Lin Yu-t'i erwähnte diesem Verfasser gegenüber mit einem Augenzwinkern, daß sich viele DFP-Kandidaten der TAUP geradezu angeeignet hätten, um in dem Bericht positiv berücksichtigt zu werden.

44) Als die wichtigsten, die akademische Freiheit einschränkende Gesetze müssen das Hochschulgesetz (*ta-hsüeh-fa*) in seiner - mittlerweile allerdings revidierten - Fassung vom 30. Juli 1971 sowie das Gesetz über private Schulen (*ssu-li hsiieh-hsiao-fa*) in seiner letzten Fassung vom 11. Januar 1973 gelten. Paragraph 3 des geltenden Organisationsgesetzes zum Exekutiv Yuan (*hsing-cheng-yuan tsu-chih-fa*) unterstellt die Kontrolle über das gesamte Ausbildungswesen dem Erziehungsministerium. Alle entsprechenden Gesetze bauen auf Artikel 162 der Verfassung auf: "Alle öffentlichen und privaten Bildungs- und Kultureinrichtungen unterstehen durch Ausführungsgesetze der Kontrolle des Staates." Sämtliche Gesetze einschließlich der geltenden Verfassung nachzulesen in: Liu/Shih 1989.

45) Diese Informationen wurden dem Verfasser während seines Aufenthaltes auf Taiwan von Studenten verschiedener Hochschulen vermittelt. Die hier erhobenen Vorwürfe werden von offizieller Seite stets vehement bestritten. Die Partei halte sich aus den Hochschulen heraus, heißt es.

46) Einen wichtigen Wendepunkt in den Beziehungen der Studenten zur Obrigkeit markierte im September 1987 ein Zwischenfall an der Nationalen Taiwan-Universität. Nachdem einige Studenten Proteste gegen den Konzern DuPont journalistisch verfolgt hatten, verfügte die Universitätsverwaltung die Schließung der Gesellschaft für Hochschulnachrichten (*ta-hsüeh hsin-wen-she*), ein studentischer Kleinverlag mit eigener Zeitung. Daraufhin setzte in den folgenden Wochen eine massive Protestwelle ein, die Rede- und Organisationsfreiheit an den Universitäten forderte und auch auf andere Hochschulen übergriff.

47) Schon vorher hatte es kleinere Zirkel von Studenten gegeben, die an ihrer jeweiligen Hochschule illegal kritische Schriften verbreiteten, so z.B. an der Nationalen Chengchi-Universität, der Nationalen Taiwan-Universität, der Fuijen-Universität und der Chunghsing-Universität.

48) Die in diesem Studentenbund organisierten Hochschulgruppen teilen sich auf drei Bezirke für Süd-, Zentral-, und Nordtaiwan auf. Weil der Nordbezirk mit der Hauptstadt Taipei und den zahlreichen dortigen Universitäten

demia Sinica, in einem Gespräch am 11. Dezember 1991 vermittelt. Vgl. ferner *Ch'eng-she* 1990.

36) Vor den 1989er Wahlen zum Legislativ Yuan und den gleichzeitig stattfindenden Lokalwahlen veröffentlichte die Taipei Society Listen, in denen die Qualifikation einzelner Kandidaten unter die Lupe genommen wurde. Fast alle darin genannten KMT-Politiker verloren später die Wahlen gegen ihre DFP-Kontrahenten und machten die Taipei Society maßgeblich dafür verantwortlich (vgl. *Wealth Magazine*, Nr. 119, Februar 1992, S. 230). Kurz vor den Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1992 schaltete sich die Taipei Society in die Diskussion um den umstrittenen Premier Hao Po-ts'un ein. Sie veröffentlichte einen Report mit Zitaten Haos, der ihn als anti-demokratischen, noch ganz der alten KMT-Ideologie verhafteten Parteikonservativen bloßstellen sollte (vgl. *Tzu-ti chow-pao*, 27. November 1992).

37) Weitere konservative, aber einflusslosere Gruppierungen sind die Nationale Wissenschaftsstiftung (*Chung-hua hsiieh-shu chi-chin-hui*) und die China-Vereinigung (*Chung-hua-hui*), die beide 1991 gegründet wurden. Sie sind personell eng mit der China Society verflochten und auch inhaltlich ergeben sich kaum Unterschiede.

38) Nicht anders kenntlich gemachte Informationen basieren auf Gesprächen des Verfassers mit Lin Yu-t'i, Professor für Pädagogik an der National Taiwan Normal University, am 12. Dezember 1991 sowie Hsieh Chih-wei, Professor für Deutsche Sprache an der National Tungwu-University, am 29. November 1991 sowie Anfang Februar 1992. Bei diesen Gelegenheiten wurde dem Verfasser umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung gestellt, welches hier nicht im einzelnen aufgeführt werden soll.

39) Ch'en Shih-meng und Lin Shan-t'ien sind Mitbegründer der am 21. September 1991 ins Leben gerufenen *Allianz 100* (100 *lien-meng*), die für die Abschaffung des Strafbuch-Paragrafen 100 kämpfte und eine wichtige Rolle im "heißen Herbst" 1991 spielte. Ch'en trat darüber hinaus im Frühjahr 1992 die Nachfolge Chang Chün-hungs als Generalsekretär der DFP an und hatte dieses Amt etwa ein halbes Jahr lang inne. Die meisten der Professoren kommen von der Nationalen Taiwan-Universität und der Academia Sinica, des renommiertesten Forschungsinstituts der Insel. Ende 1991 gehörte kein Professor von der Nationalen Chengchi-Universität der TAUP an. Die Aufnahme in die Vereinigung ist an eine Empfehlung anderer Mitglieder der sowie die politische Unterstützung von *T'ai-tu* gebunden.

40) Professor Hsieh Chih-wei, 29. November 1991.

41) In diesem Zusammenhang sollte auch noch eine weitere Gruppe von linken Professoren und Intellektuellen genannt werden, die die Zeitschrift "Untersuchungen zur taiwanesischen Gesellschaft" (*T'ai-wan she-hui yen-chiu*) herausgeben. Sie fungiert als ein wichtiges ideologisches Organ der außerparlamentarischen Opposition bzw. der *T'ai-tu*-Befürworter und bemüht sich um einen spezifisch taiwanesischen Nationalismus. Auch ihr gehören

der wichtigste ist, fungiert er auch als das Hauptquartier der NSMA. Dieses "Hauptquartier" befindet sich übrigens im dritten Stock eines kleinen, unscheinbaren Appartements im Zentrum der Stadt und wird auch als Wohnung genutzt.

- 49) So heißt es in einem Pamphlet von Anfang August 1991, in dem die NSMA zu einer Kundgebung aufruft: "Die schwachen Kräfte wie Frauen, Behinderte, Alte, Kinder, Arbeitslose und Schlechtverdienende bedürfen der Hilfe der Gesellschaft...Beenden wir die Ausbeutung und Vernachlässigung der schwachen Glieder durch die politisch Mächtigen...Ein jeder hat das Recht gegen die Beeinträchtigung unserer Lebensbedingungen, unserer Umwelt und unserer Gesundheit zu protestieren...Sichern wir die kollektiven Rechte und die Souveränität der Ureinwohner..." Damit ist fast die gesamte Interessenpalette der sozialen Protestbewegungen abgedeckt, die die Studenten unterstützen wollen.
- 50) Das Zitat sowie die meisten der Informationen zum Nationalen Studentenbund stammen aus einem Gespräch mit drei studentischen Aktivisten der Organisation am 13. Dezember 1991 im Hauptquartier der NSMA in Taipei.
- 51) Mit einer besonders spektakulären Aktion, der nächtlichen Besetzung des Taipeier Hauptbahnhofs, gewann dabei die NSMA die Sympathien eines großen Teils der Bevölkerung und vermochte für einige Tage eine politische Aufbruchstimmung zu suggerieren, die sich direkt auf die gesetzgeberischen Aktivitäten des Legislativ Yuan auswirken schienen: Er hob zeitgleich zahlreiche Landesverratsartikel auf (vgl. hierzu Punkt 1.2.1; zu den damaligen Protestaktionen der NSMA vgl. u.a. *Lien-ho-pao*, 21. Mai 1991).
- 52) Verhaftet wurden z.B. einige Führer der World United Formosans of Independence/WUFI: Kuo P'ei-hung, Li Ying-yüan und Wang K'ang-lu. Sie konnten deshalb nicht an der Gründungsversammlung des neuen Taiwan-Komitees von WUFI im Herbst 1991 teilnehmen. Spektakulär war die Rückkehr und Verhaftung des Präsidenten von WUFI, George Chang (Chang Ts'an-hung), im Dezember 1991. Chang blieb auch nach der Revision des Strafrechtsartikels 100 zunächst weiter in Haft. Ihm wurden die geistige Urhebererschaft und Organisation einer Reihe von Briefbombenanschlägen auf wichtige KMT-Politiker im Jahr 1976 vorgeworfen. Anfang 1993 wurde Chang gegen Kautions freigelassen, das Verfahren gegen ihn ist allerdings noch anhängig (vgl. u.a. *Lien-ho-pao*, 31. August 1991; *Chung-yang jih-pao*, 3. September 1991; *Chung-kuo shih-pao*, 5. September 1991; *Tzu-ti tsao-pao*, 16. Februar 1992).
- 53) In der überaus zersplitterten Landschaft der weltweit operierenden *T'ai-tu* Organisationen, Aktionszirkel, und Zeitschriften ging WUFI bereits 1970 aus einem Zusammenschluß verschiedener in Japan, Europa, den USA, Kanada und illegal auf Taiwan wirkender Gruppierungen hervor. Bereits kurz nach ihrer Gründung geriet WUFI in die internationalen Schlagzeilen, als eines ihrer Mitglieder, Huang Wen-hsiung, in New York ein mißglücktes

Attentat auf den damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Chiang Ching-kuo verübte. Fortan galt die Organisation als terroristische Vereinigung und ihre Aktivisten als Staatsfeinde der Republik China.

- 54) Die Geschichte der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung und ihrer verschiedenen Organisationen ist mittlerweile vor allem in chinesischer Sprache gut dokumentiert (vgl. u.a. Shih Ming 1980; Ch'en Ming-ch'eng 1992; Huang T'u 1992); im deutschen Sprachraum steht v.a. die - allerdings bereits ältere - Arbeit von Weth (1981) zur Verfügung.
- 55) Die ursprüngliche Bezeichnung des taiwanesischen Flügels von WUFI lautet Alliance for the Construction of an Independent Taiwan (*T'ai-wan tu-li chien-kuo lien-meng*), allerdings bürgerte sich der andere Name sehr schnell ein.
- 56) Vgl. hierzu auch *Chung-kuo shih-pao*, 21. Oktober 1991.
- 57) Mitglieder von TAFI bilden innerhalb der DFP eine eigene Faktion, die allerdings eng mit New Tide kooperiert (vgl. Punkt 4.3.1).
- 58) Tatsache ist, daß TAFI in dieser Frage mittlerweile in zwei Lager gespalten ist. Während die Anhänger der "harten Linie" unverändert an einer von der DFP separat geführten Strategie der Bevölkerungsmobilisierung festhalten, geht es der sog. Reformfraktion (*kai-ko-p'ai*) offenkundig um eine stärkere Kooperation mit der parlamentarischen Opposition (vgl. auch *Hsin Hsin Wen*, Nr. 332, 17.-24. Juli 1993). Die nicht zur New Tide-Fraktion gehörenden Professionals der DFP wiederum fordern mittlerweile offen die Auflösung von TAFI und die Integration ihrer Kräfte in die DFP. So erklärte Shih Ming-teh am 10. Juni 1993, TAFI habe seine "Übergangsrolle" in der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung erfüllt und unterscheide sich hinsichtlich ihrer Forderungen nicht mehr von der DFP. Um Kräfte zu sparen und zu bündeln, sollte sie sich mit der Oppositionspartei zusammenschließen (vgl. *China Post*, 16. Juli 1993).
- 59) Vgl. *Tzu-ti chou-pao*, 28. August 1992.
- 60) Der in diesem Abschnitt mit der Unabhängigkeitsbewegung gleichgesetzte WUFI-Strang ist zwar der politisch bedeutsamste, aber nicht der einzige. Erwähnenswert ist ferner die 1967 von dem Alt-Dissidenten und Historiker Shih Ming gegründete und in Japan ansässige Independent Taiwan Association/ITA (*tu-li T'ai-wan-hui*) mit einer sozialistisch-nationalistischen Orientierung. Wie stark diese - die Anwendung politischer Gewalt nicht ausschließende - Organisation auf Taiwan derzeit wirklich ist, läßt sich kaum abschätzen. Eine eher gemäßigte Strategie verfolgt die 1982 in Washington D.C. gegründete Formosan Association for Public Affairs/FAPA (*T'ai-wan kang-kung shih wu-hui*), die sich allerdings in erster Linie als "Überseevertretung" der *T'ai-tu*-Bewegung versteht und eine Übersiedlung nach Taiwan nicht anstrebt. Den Rückgriff auf Gewalt zur Lösung der Taiwan-Frage lehnt die FAPA ab.
- 61) 1984; 204, 1985; 274; 1986 337; 1987: 734; unter "Zwischenfall" versteht der zitierte Autor eine "Ansammlung von Personen mit einem gemeinsamen



weltschutzaufgaben die durch die gestiegenen Lohnkosten ohnehin sehr hoch liegende Schwelle betriebswirtschaftlicher Rentabilität nicht mehr erreicht würde.

- 69) Eine andere bekannte Gruppierung ist die Organisation Grüner Frieden (*ti-se ho-p'ing*), die im Oktober 1987 in Anlehnung an das deutsche Beispiel der Grünen gegründet wurde.
- 70) Besonders verbissen führt die TEPU in den letzten Jahren den Kampf gegen den Bau eines vierten Atomkraftwerks auf der Insel an. Die taiwanesisch-Anti-Atomkraft-Bewegung erlebte nach Gründung der TEPU ihre eigentliche Geburt (vgl. dazu auch *Hsin Hsin Wen*, 17.-23. Mai 1992).
- 71) Die Frauenbewegung wurzelt in der Zeit nach dem "Zwischenfall von Kaoshiung" im Dezember 1979. Es waren nicht zuletzt die Ehefrauen der verhafteten männlichen *Tang-wai*-Führungsriege, die deren politische Arbeit weiterführten. In der traditionell patriarchalischen chinesischen Gesellschaft avancierten sie damit nicht nur zu den Sympathieträgern der Opposition und schafften vielerorts den Sprung in die aktive Politik, sondern sie definierten darüber hinaus das traditionelle Rollenverständnis der Frau neu. Insofern war die frühe Frauenbewegung ein Ergebnis des politischen Kampfes gegen die autoritäre KMT-Herrschaft, während sie sich heute stärker auf feministische Themen konzentriert. Im Februar 1982 gründete sich die erste Organisation um die Zeitschrift *Awakening (Fu-nü hsin-chih)*, die bis heute existiert.
- 72) Über den Zeitraum der ersten Besiedlung Taiwans und die genaue Herkunft der Ureinwohner gehen die Meinungen auseinander. Die bis heute wohl beste Studie zur Geschichte Taiwans von Shih Ming verweist auf einen proto-malaiischen Ursprung. Die meisten der von Shih unterschiedenen neuen Stämme sind demnach einige tausend Jahre vor der ersten han-chinesischen Kolonisierungswelle im 17. Jahrhundert aus der südostasiatischen malayo-polynesischen Inselwelt nach Taiwan gelangt, wo sie geographisch isoliert voneinander - mit jeweils eigener Sprache und eigenen kulturellen Gebräuchen - als Jäger und Sammler oder Schwendbauern lebten (1980: 11ff; vgl. auch Weggel 1991: 37).
- 73) Einen offen erkennbaren taiwanesischen Rassismus gegen die Ureinwohner gibt es zwar heute nicht; allerdings ist dies wohl eher auf die ökonomische und geographische Randstellung und die Assimilierungsbestrebungen der Ureinwohner selbst zurückzuführen als auf eine prinzipielle Toleranz der taiwanesischen Bevölkerung. Außerdem sind sie eine zahlenmäßig kleine Gruppe und politisch bisher noch einflusslos genug, als daß es einen Grund für unverdeckte Ressentiments gäbe. Bekannte des Verfassers schilderten jedoch auch Begebenheiten, in denen ein latenter Han-Chaunimus Bestätigung findet.
- 74) Bis zum ersten Verfassungszusatz (April 1991) wurde den Ureinwohnern ein kleines Abgeordnetenquorum in der Nationalversammlung, dem Legislativ-Yuan und der Provinzversammlung garantiert. Auch heute bemüht sich die

Ziel, die über einen längeren Zeitraum in einer kollektiven Aktion sozialen Protests engagiert sind (1990: 45)". Vgl. auch die im Auftrag der Regierung durchgeführte Studie von Chang Mao-kui et al. 1991.

- 62) J. Raschke vermerkt zu den Zielen von sozialen Bewegungen in diesem Kontext: "Diese müssen keineswegs 'revolutionär' im Sinne eines kompletten Umsturzes des bestehenden Gesellschaftssystems sein. Das Handeln ist aber immer darauf gerichtet, mehr oder minder relevante Strukturen der Gesellschaft zu verändern oder - im Falle von Gegenbewegungen - deren Veränderung zu verhindern." (1988: 77) Soziale Bewegungen als soziologisches Phänomen wurden zuerst in den USA, seit den 80er Jahren auch stärker in Europa erforscht (neben der zitierten Raschke-Studie vgl. Oberschall 1973; Tilly 1975, 1978; Touraine 1983, 1985).
- 63) Zum Konzept der "relativen Deprivation", das nicht nur im Kontext der Marxschen Pauperismusthese diskutiert und angewendet werden darf, vgl. Raschke 1988: 147ff.
- 64) Andere Autoren differenzieren innerhalb der sozialen Protestbewegungen noch stärker. Zum Gegenstand vgl. u.a. den Sammelband von Hsu Cheng-kuan/Sung Wen-li 1989 sowie die sehr guten Arbeiten von Hsiao Hsiung-huang 1989b und Chang Mao-kuei 1990. Überaus interessante empirische Untersuchungen - so z.B. über die engen personellen Verflechtungen zwischen den sozialen Protestbewegungen und der lokalen Politik - sind v.a. am Institut für Ethnologie der Academia Sinica sowie am Institute of National Policy Research in Taipei entstanden.
- 65) Allein im Zeitraum zwischen März 1984 und November 1988 registrierte Chang die Gründung von 25 Umweltschutzverbänden (1990: 52).
- 66) Im August 1985 genehmigte die taiwanische Regierung den Bau einer Pestizid-Fabrik durch DuPont in Lukang. Dies war der Auftakt eines bis dahin noch nie dagewesenen Bürgerprotests. Lukang besitzt eine Vielzahl kultureller und historischer Sehenswürdigkeiten, die durch die Baupläne vom Abriß bedroht waren. Außerdem stand zu befürchten, daß durch die Pestizidproduktion die Küstengewässer unzumutbar hoch belastet werden würden. Im darauffolgenden Jahr nahm der Protest nationale Ausmaße an: Unterschriftenaktionen, Blockaden, Massenkundgebungen und ein kontinuierliches, überregionales Medieninteresse setzten die Regierung unter Druck. Im September 1986 schließlich gab DuPont seine Pläne auf und kündigte an, die Fabrik in Südkorea bauen zu wollen.
- 67) Liao Pin-liang, Generalsekretär der Taiwan Environmental Protection Union, am 12. März 1992 im Gespräch mit dem Verfasser.
- 68) So gibt es bereits seit einigen Jahren eine Kommission für Umweltschutz (*huan-pao-shu*) auf Regierungsebene. Dennoch leidet der amtliche Umweltschutz auf Taiwan an der prinzipiell sehr industriefreundlichen Regierungspolitik. Die Unternehmer drohen immer wieder erfolgreich mit Auslandsinvestitionen und dem Abzug von Kapital, wenn durch "unzumutbare" Um-

- KMT in parteiinternen Nominierungsverfahren, Vertreter der Ureinwohner in die Parlamente zu schicken. Hier kamen und kommen wohlverdiente KMT-Politiker zum Zuge, die die korporatistische Strategie der Regierungspartei auch auf diesen Teil der Bevölkerung ausdehnen helfen sollen. Die in der calvinistischen Tradition stehende PK etablierte sich bereits 1865 auf Taiwan. Sie verstand sich von Beginn an als Kirche der einheimischen Taiwanesen. Während der japanischen Besatzung widmete sich die PK v.a. der Bekehrung der Ureinwohner und verstärkte diese Anstrengungen nach dem zweiten Weltkrieg weiter. Nach ihren eigenen Angaben gehören heute ca. 30 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe der Kirche an. Insgesamt zählt sie ca. 220.000 Mitglieder und 1.130 Kirchen landesweit. Sämtliche im folgenden gemachte Angaben gehen auf formlose interne Aufsatzzmanuskripte der presbyterianischen Kirche sowie ein Interview mit dem schottischen Missionar, Tom Nicholson, am 17. Januar 1991 zurück.
- 76) Kao hatte dem Oppositionsführer Shih Ming-teh dabei geholfen, sich vor den Fahndern zu verbergen. Als Shih schließlich gefaßt wurde, wanderte auch der Geistliche ins Gefängnis. Kao, der heute kein offizielles Amt innerhalb der PK innehat, genießt ein großes nationales und internationales Ansehen. Er hält sich oft in den USA auf, wo er für seine Kirche und die Auslandsgruppierungen der demokratischen Opposition Taiwans politisch arbeitet.
- 77) So ist z.B. bekannt, daß Präsident Lee Teng-hui ein Mitglied der PK ist. Tatsächlich kommt der größte Teil der nicht wenigen Parteimitglieder innerhalb der PK aus der KMT. Der frühere Finanzminister und jetzige Parlamentsabgeordnete Wang Chien-hsüan, der Erziehungsminister Mao Kao-wen sowie der Präsident der Zentralbank Hsieh Sen-chung sind Mitglieder anderer protestantischer Freikirchen auf Taiwan. Überhaupt gehört ein bemerkenswert hoher Teil der "politischen Klasse" Taiwans christlich-religiösen Gemeinschaften an (vgl. auch *Ts'ai-hsün*, Nr. 121, April 1992, S. 117ff).
- 78) So heißt es in einem am 20. August 1991 veröffentlichten "Public Statement on Sovereignty of Taiwan": "In the face of the current urgent political situation here, the Presbyterian Church in Taiwan firmly proclaims that: 1) Taiwan is a sovereign country. Taiwan's sovereignty and land belong to the people in Taiwan. 2) Taiwan and China are two different sovereign countries." (General Assembly 1991: 23)
- 79) Die PK wurde 1991 Mitglied der Alliance for the Promotion of UN Membership for Taiwan (*T'ai-wan chia-ju ien-ho-kuo hsuan-ta-t'uan*), die sich aus diesem Anlaß konstituiert hatte und die wichtigsten Organisationen der radikalen Opposition Taiwans umspannt.
- 80) Zu den bekanntesten DFP-Mitgliedern zählen Hung Ch'i-ch'ang (Abgeordneter des Legislativ Yuan), Li Sheng-hsiung (ehemaliger Vorsitzender der Taiwanesischen Menschenrechtsvereinigung) und Hsu Jung-shu (Abgeordnete der Nationalversammlung und Ehefrau des früheren Generalsekretärs
- der DFP, Chang Chung-hung). Zu Angaben über weitere Mitglieder der PK aus Wirtschaft und Wissenschaft vgl. den Artikel "Die presbyterianische Kirche und Taiwan bilden eine Schicksalsgemeinschaft" (Ch'ang-lao chiaohui ho t'ai-wan shih ming-yün-t'i) in: *T'sai-hsün*, Nr. 121, April 1992, S. 187ff. Vgl. *T'sai-hsün*, Nr. 121, April 1992, S. 136ff. Hier werden teilweise von der PK selbst gemachte Angaben zitiert. Zum Vergleich: Die Brutto-Einkünfte der katholischen Kirche auf Taiwan beliefen sich im Zeitraum Mai 1990 bis April 1991 auf "lediglich" 6,2 Mrd. NT (ca. 413 Mio. DM). Es handelt sich hier um offizielle Zahlen, die dem Innenministerium auf der Basis von Steuererklärungen bekannt gemacht worden sind. Es besteht nach allgemeiner Auffassung allerdings durchaus Grund zu der Vermutung, daß damit keinesfalls alle Einkünfte der katholischen Kirche und ihrer Orden erfaßt worden sind.
- 82) Vier theologische Ausbildungszentren in Taipei, Tainan, Hualien und Hsin-chu; drei Mittel- und vier berufsqualifizierende Schulen u.a. in Tainan und Tamsui.
- 83) Besonders gilt dies übrigens für die katholischen Orden auf der Insel (Jesuiten, Steyler, Opus Dei etc.). Sie pflegten immer ein enges und von Vorsicht geprägtes Verhältnis zur KMT und mischten sich nur in den seltensten Fällen politisch ein. Eine Ausnahme bilden die Aktivitäten des Jesuiten José Ellacuria spätestens seit Mitte der 80er Jahre und des Columbianer-Paters Neil Magill bis zu seiner Ausweisung 1990 (vgl. Punkt 4.5.3).
- 84) Neben den offiziellen Bauernvereinigungen (*nung-hui*) gibt es heute auch Bauernkooperativen (*nung he-tso-she*) sowie Fischerverbände (*yü-hui*) und Bewässerungsvereinigungen (*shui-ti-hui*).
- 85) Im Dezember 1987 gingen die taiwanesischen Bauern erstmals auf die Straße, um gegen den Billigimport von amerikanischem Obst zu demonstrieren. Dies war der Beginn einer ganzen Reihe von Kundgebungen, die im Frühjahr des darauffolgenden Jahres in der sog. *Wu-erh-ling*-Kampagne kulminierten. An jenem 20. Mai 1988 kam es in der Innenstadt von Taipei zu schweren Ausschreitungen zwischen einigen tausend Demonstranten und Sicherheitskräften, bei denen 400 Menschen verletzt und 182 Personen verhaftet wurden. Anlaß war eine Demonstration von taiwanesischen Bauern, die einmal mehr gegen die Öffnung der Agrarmärkte für amerikanische Produkte protestierten und von der Regierung Subventionen sowie ein System sozialer Sicherung verlangten.
- 86) Es handelte sich um Wang Ts'ung-sung und Hsu Mei-ying.
- 87) Vgl. hierzu v.a. die in Hongkong erschienene, sehr gute Studie von Ying 1990, die die geschichtlichen Zusammenhänge der Entstehung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung auf Taiwan in knapper Form nachzeichnet.
- 88) Vgl. Labour Rights Association 1991: 17; hier werden offizielle Zahlen der Kommission für Arbeiterfragen beim Exekutiv Yuan zitiert. Nach dem Verfasser persönlich von der CFL übermittelten Informationen gehörten An-

- fang 1992 insgesamt 3.513 Einzelgewerkschaften mit 2.745.391 Mitgliedern dem Dachverband an. Dies entspräche einem Organisationsgrad von rund 31 Prozent, gemessen an den knapp 8,8 Mio. Beschäftigten dieses Jahres (TSDB 1993). Eine andere Quelle verweist auf einen entsprechenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad von lediglich 20 Prozent am Ende der 80er Jahre (Ying 1990: 14).
- 89) Das Labour Standards Law wurde nach zehnjähriger (!) Diskussion am 1. August 1984 durch den Legislativ Yuan verabschiedet. Es besteht aus 12 Abschnitten, die u.a. Arbeitsverträge, Löhne, Arbeits- und Urlaubszeiten, Kinder- und Frauenarbeit sowie Kompensationszahlungen bei Arbeitsunfällen bindenden rechtlichen Bestimmungen unterwerfen. Das Gesetz hat die Situation der Arbeiter zwar nachhaltig verbessert, erwies sich aber schon bald als unzureichend. Besonders der Streit um eine neue Renten- und Abfindungsregelung steht im Mittelpunkt der derzeit heftig geführten Auseinandersetzung um eine Revision.
- 90) Zwar heißt es in Art. 8 GewGe ferner, daß auch in Unternehmen mit weniger als 30 Beschäftigten Arbeitsvertretungen gegründet werden können, aber diese genießen nicht die vollen Rechte der regulären Betriebsgewerkschaften.
- 91) Zur KMT-Unterwanderungsstrategie in den Betriebsgewerkschaften vgl. auch Hsu 1989: 109.
- 92) Das Kriegsrecht wurde am 15. Juli 1987 nach 38 Jahren Gültigkeit aufgehoben. Auch die "Vorläufigen Bestimmungen" von 1948 haben seit der Beendigung des Ausnahmezustands am 1. Mai 1991 keinen Bestand mehr. Das Mobilmachungsgesetz von 1947 steht unter Revision. Da gleiches auch für das Gewerkschaftsgesetz gilt, kann man sagen, daß zu Beginn der 90er Jahre das gesamte Arbeitsrecht neu kodifiziert wird. Zur Zeit der Anfertigung dieser Studie lagen dem Legislativ Yuan Änderungsgesetze zum Gewerkschaftsgesetz und zum Labour Standards Law vor.
- 93) Ein entsprechendes Vereinigungsgesetz (*jen-min t'uan-ti-fa*) wurde erst im Januar 1989 vom Parlament verabschiedet.
- 94) Die Informationen zum RNCL verdankt der Verfasser einem längeren Gespräch mit Pater José Ellacuría am 10. Dezember 1991.
- 95) José Ellacuría wurde am 13. November 1928 in Nordspanien geboren. 1948 trat er in den Jeusitenorden ein und studierte Literatur, Philosophie und Theologie. Bereits 1956 gelangte er nach Taiwan, wo er 1962 zum Priester geweiht wurde.
- 96) So mußte das RNCL ständig Listen mit vollständigen Informationen über die an den Seminaren teilnehmenden Gewerkschafter und Referenten anfertigen und diese an die Behörden weiterleiten.
- 97) Die WCL ging 1920 aus der International Federation of Christian Trade Unions hervor. Der nationale Gewerkschaftsverband der Republik China, die Confederation of Labour Unions, ist Mitglied der International Confederation of Free Trade Unions, einem anderen internationalen Gewerkschaftsverband.

- 98) Vgl. hierzu auch die interessante Artikelserie "Die katholische Kirche greift in die Gewerkschaftsbewegung ein" ("T'ien-chu-chiao chieh-ju kung-hui yün-tung") in *Tzu-ti tsao-pao*, 5./6. April 1989.
- 99) Unter dem Vorwand, seine Aufenthaltsgenehmigung müsse erneuert werden, wurde Magill am 17.3.1989 in das Polizeihauptquartier in Taoyuan beordert, von dort in Begleitung von zwei Polizisten in Zivil direkt zum internationalen Flughafen gebracht und nach Hongkong ausgeflogen. Er arbeitet heute in Irland. Danach fanden sich die traditionell eher unkritischen katholischen Bischöfe auf einer Pressekonferenz am 19. März erstmals zu einer einhellig an der KMT geübten Kritik zusammen. Der Erzbischof von Taiwan und frühere Präsident der katholischen Fujen-Universität, Lo Kuang, verurteilte die Entscheidung der Regierung trotz seiner ausgezeichneten Beziehungen zum Establishment.
- 100) Es gibt noch zahlreiche weitere Arbeiterzentren der katholischen Kirche (z.B. in Panchiao, Tainan und Kaohsiung), die allerdings kleiner und auf rein lokale Aktivitäten beschränkt sind.
- 101) Alle nicht anders kenntlich gemachten Informationen über die TALM basieren auf Informationen aus einem Gespräch des Verfassers mit Chung Wei-ta, Chefredakteur der von der TALM herausgegebenen Zeitschrift *Der Arbeiter (Lao-tung-che)*, vom 2. März 1992.
- 102) Der ursprüngliche Name der TALM war deshalb auch *Taiwanese Association for Labour Rights (T'ai-wan lao-kung fa-tü chih-yuan-hui)* und wurde am 31.7.1988 in den heute gültigen geändert.
- 103) Drei Jahre nach ihrer Gründung erklärte die TALM, sie zähle sich zur freien Gewerkschaftsbewegung Taiwans (vgl. *Lao-tung-che*, 1987, Nr. 14).
- 104) Unabhängigkeit und Demokratie, so heißt es in einem Artikel unter Bezugnahme auf die Beispiele USA und Japan, bewirkten nicht unbedingt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, weshalb der Kampf für letztere vor weitergehenden politischen Zielen stehen müsse (vgl. *Lao-tung-che*, Nr. 51, Januar 1992, S. 5f).
- 105) Nicht anders kenntlich gemachte Informationen zu dieser Organisation basieren auf einem Gespräch des Verfassers mit Lai Ming-lie, Vorsitzender der LRA, am 4. März 1992.
- 106) Zur wichtigsten politischen Unterstützerguppe der Association for Labour Rights und der Labour Party gehören die linken Intellektuellen um die frühere Zeitschrift *China Tide (Hsia-ch'ao)*, die sich im Mai 1987 zur *China Tide-Association (hsia-ch'ao tien-i-hui)* zusammenschlossen und deren Mitglieder die schon auf den anti-japanischen Widerstand zurückgehende sozialistische Bewegung Taiwans repräsentieren. Die Zeitschrift selbst spielte eine wichtige Rolle innerhalb der *Tang-wai*-Bewegung in den 70er Jahren und propagierte einen spezifischen taiwanesischen Nationalismus (vgl. hierzu auch Chen 1982: 39ff). China Tide Association, LRA und Labour Party sind personell eng miteinander verflochten und haben ihre jeweiligen Zentralen im selben Stockwerk eines Gebäudekomplexes in Taipei Roosevelt Road.

- 107) So unterstrich Lai Ming-ieh: "Wir wollten dem Arbeiter von Anfang an ein Bewußtsein für seine soziale Position vermitteln, das über sein Interesse an wichtigen, aber partikularen Interessen - wie z.B. die Arbeitszeiten, Löhne und Rentenfonds - hinausgeht. Denn das ist für den Erfolg einer Arbeiterbewegung grundlegend (Gespräch vom 4. März 1992)". Zum Begriff des "spezifisch-chinesischen Sozialismus" vgl. die Ausführungen zur Labour Party weiter unten.
- 108) Zu den verschiedenen Reaktionen der Unternehmer auf diese Entwicklung - sie reichen vom industriellen Standortwechsel bis hin zu kalten Aussparungen und Entlassungen - vgl. Lin 1989: 21. Einem anderen Bericht zufolge wurden zwischen Januar 1989 und April 1990 bei 23 Arbeitskonflikten mehr als 140 Arbeiter entlassen (*Shou-tu isao-pao*, 1. Mai 1990).
- 109) Die wichtigsten Unternehmensgewerkschaften, die in den letzten Jahren von unabhängigen Arbeitnehmervertretern erfolgreich "unterwandert" wurden, waren die der staatseigenen China Petroleum Corp. sowie der privaten Nan-Ya Plastics Corp. und der Far Eastern Textile, LTD.
- 110) Neben NAFTU (vgl. unten) sind hier folgende Organisationen zu nennen: 1. Die im April 1988 gegründete Taiwanische Arbeitervereinigung (*T'ai-wan kung-lien-hui*), die der Workers' Party nahesteht und ihr Aktionszentrum im Süden Taiwans hat; 2. die im gleichen Monat entstandene Nationale Arbeiterallianz (*Chung-hua min-tao lao-kang lien-meng*), die sich an die KMT anlehnt; und 3. die eng mit der DPP kooperierende und erst im März 1991 etablierte Taiwanische Arbeiterallianz (*T'ai-wan lao-kang lien-meng*). Allen drei Verbänden ist im Unterschied zur NAFTU gemein, daß sie keine Gewerkschaften als Institutionen, sondern lediglich Einzelkämpfer als Mitglieder rekrutieren. Von den überregionalen Arbeiterorganisationen unterscheidet sie, daß hier nur gewählte Arbeitnehmervertreter organisiert sind und das Wort führen.
- 111) Nicht anders kenntlich gemachte Angaben basieren allesamt auf Informationen der NAFTU-Funktionäre Wu Yung-i und Chang Chao-pi in einem Gespräch mit dem Autor am 23. Januar 1991. Chang Chao-pi war bis 1988 beim Tatum-Konzern beschäftigt und wurde dort aufgrund seiner Aktivitäten zur Gründung einer unabhängigen Betriebsgewerkschaft entlassen. Wu Yung-i, heute Generalsekretär von NAFTU, war Journalist bei der *China Times*. Dort wurde ihm 1987 gekündigt, nachdem auch er sich um die Gründung einer unabhängigen Belegschaftsorganisation bemüht hatte.
- 112) Am 6. April hatte sich auf Betreiben der Regierungspartei bereits die Arbeiterallianz der Republik China (*Chung-hua min-tao lao-kang lien-meng*) konstituiert (vgl. *Tzu-ü isao-pao*, 8. April 1988). Die genauen Aktivitäten dieser Organisation sowie die Kompetenzabgrenzung zum ebenfalls KMT-kontrollierten nationalen Gewerkschaftsverband CFL sind bisher noch unklar.
- 113) Angabe des Innenministeriums in einer schriftlichen Mitteilung an den Verfasser im Dezember 1991. Diese Zahl hat sich bis September 1993 auf insgesamt 74 erhöht (vgl. *Tzu-ü chow-pao*, 3. September 1993).
- 114) Alle nicht anders kenntlich gemachten Informationen zur LP und zur WP basieren auf Gesprächen des Verfassers mit Wang Chin-p'ing (Generalsekretär der WP) am 30. Januar 1992 in Taipei, sowie Liu Wen Ch'ao (Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZEK der LP) am 4. März 1992 im Parteihauptquartier in Taipei.
- 115) Zur Geschichte der links-sozialistischen Kräfte auf Taiwan vgl. u.a. Lien Wen-ch'ing 1988.
- 116) Beim "Frühjahrsbonus" (*ch'u-nien tsung-chiang-chin*) handelt es sich um ein zusätzliches Monatsgehalt, das den Arbeitern v.a. wegen der kostspieligen Vorbereitungen für das chinesische Neujahrsfest gezahlt wird. 1988 war das erste Jahr, in dem wegen der Bonuszahlungen Arbeitskämpfe ausbrachen und die Beschäftigten - vielerorts bereits in freien Gewerkschaften organisiert - die einseitig vom Arbeitgeber festgesetzte Höhe nicht mehr akzeptierten.
- 117) Dieser Standpunkt wird auch im Parteiprogramm der WP vom November 1987 deutlich, in dem es u.a. heißt: "The Workers' Party proposes that with developments in economic productivity, production relationships should be adjusted and political reforms carried out. At present, the Workers' Party expresses its firm support for a proper system of private ownership and the market mechanism. We aim for a healthy and unified labour market, purged of all kinds of unreasonable bondage; we also encourage workers to use joint actions in negotiation for a fair deal with the industrialists (...)" (zitiert nach Ying 1990: 82).
- 118) So stand die WP bei den Bauernprotesten vom 16.3.1988 und der großen, zahlreiche Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften einschließenden, Arbeiterkundgebung vom 1.5.1988 noch an vorderster Front und demonstrierte gegen den "amerikanischen Imperialismus" und für den Zusammenschluß aller linken Kräfte Taiwans. Nachdem jedoch im März 1988 die *China Tide*-Kräfte sowie die radikalen Gewerkschafter um Luo Mei-wen aus der Partei ausschieden, fanden die folgenden großen Arbeitskämpfe - v.a. der aufsehenerregende Streik der Transportgewerkschaft von Miaoli (August 1988) - ohne die WP statt.
- 119) Wang Chin-p'ing, 30. Januar 1992.
- 120) So z.B. der Parteivizepräsident, Lin Shu-yang, der 34 Jahre im Gefängnis verbrachte und damit der am längsten von der KMT eingesperrte politische Gefangene Taiwans ist.
- 121) Mit dem letzteren Punkt bezog sich Wang Chin-p'ing vor allem auf die ökonomischen Unterschiede zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland. Auch die folgenden mit Anführungsstrichen versehenen Ausführungen stammen von ihm.
- 122) Wang Chin-p'ing erwähnte, daß Kader der LP als Funktionäre in der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und den regulären Betriebsgewerkschaften mitarbeiten, ohne ihre Parteimitgliedschaft zu offenbaren. Er begründete dies mit den besonderen Pressionen, denen solche Aktivisten noch immer durch die Unternehmer und die KMT ausgesetzt seien.

und hier vor allem den Großraum Taipei - konzentrieren. Hier wurden die großen Säuberungswellen der KMT in der Folge des "Zwischenfalls vom 28. Februar 1947" besonders grausam erlebt. Der Antagonismus und die Feindschaft zum KMT-Regime sind in der Provinz bis heute am ausgeprägtesten und bieten insofern einen guten Nährboden für die Arbeit der radikalen Opposition.

132) Darauf wurde der Verfasser von mehreren studentischen Gesprächspartnern der NSMA hingewiesen (13. Dezember 1991).

133) Im Zusammenhang mit der presbyterianischen Kirche ist auch auf die Rolle ihrer sog. Urban Rural Mission (URM) hinzuweisen. Es handelt sich dabei um ein Sozialzentrum im südlichen Tainan, das angeblich von der New Tide-Fraktion finanziell unterstützt wird und "Ausbildungskurse" für soziale Aktivisten abhält. In der Tat scheint die PK innerhalb der radikalen Opposition ein nicht zu verachtendes Maß an logistischer Unterstützungsarbeit zu leisten.

134) Der Begriff "New Tide-System" (*hsin-ch'ao-lü hsi-t'ung*) wird auf Taiwan in Oppositionskreisen zur generellen Bezeichnung des *T'ai-tu*-Flügels innerhalb der außerparlamentarischen Opposition verwendet. Im September 1992 kam es zu einem Treffen der wichtigsten hier kooperierenden Organisationen, in denen die gemeinsamen Ziele und angestrebten kollektiven Strategien Eingang in eine Abschlusserklärung fanden und wie folgt zusammengefaßt werden können: 1) Bekämpfung der "absurden" Chinapolitik der KMT; 2) Beförderung des Modells "Ein China-Ein Taiwan"; 3) Veranstaltung gemeinsamer Konferenzen und Seminare zwecks Verbreitung der eigenen politischen Ideen und Standpunkte; 4) Kontaktaufnahme zu weiteren Organisationen mit *T'ai-tu*-Orientierung; 5) verstärkte Mobilisierung der Bevölkerung (vgl. *Tzu-ti tsao-pao*, 4. September 1992).

135) Zur Führungsgruppe dieses Komitees gehören unter anderem die DFP-Spitzenpolitiker Chiang P'eng-chien (Zentrum) und Yao Chia-wen (tendenziell New Tide), Shih Ming-teh (Zentrum), Huang Hsin-chieh und Hsu Hsin-liang (Formosa) (vgl. *Tzu-ti chou-pao*, 11. Mai 1992).

136) Der bekannte Oppositionspolitiker und Parlamentsabgeordnete Lin Cheng-chieh trat Anfang Juni 1991 überraschend aus der DFP aus und ist seitdem unabhängiger Parlamentsabgeordneter. Er zog damit für sich die Konsequenzen aus seiner innerparteilichen Isolierung in der Unabhängigkeitsfrage. Lin, ein Festlandchinese zweiter Generation, ist dezidiert Gegner einer Abkapselung vom chinesischen Festland. Er ist Vorsitzender einer von ihm selbst gegründeten Kulturstiftung für die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße (*hsiang-an kuan-hsi wen-chiao chin-hui*). Zur politischen Karriere des Lin Cheng-chieh vgl. auch Lin 1989.

137) Lin hatte die Absicht, eine neue Partei zu gründen, bereits im Juli 1991 mit den Worten geäußert: "Die Leute warten auf eine gute Partei, sie warten schon seit einigen Jahrzehnten. Sie warten auf eine Partei, die sowohl Taiwan als auch China liebt, die Taiwan zur ersten Priorität Chinas und die

123) Im August 1990 wurde ein führendes Mitglied der LP, Yen Kun-ch'uan, zu einer knapp zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem er ca. 300 Arbeiter, die nach der Schließung einer Schuhfabrik in Kaohsiung ausstehende Gehalts- und Abfindungszahlungen einforderten, in einem Protestmarsch zur Kommission für Arbeitsfragen und zum Wirtschaftsministerium anführte.

124) Wang Chin-p'ing, 30. Januar 1992.

125) Vgl. hierzu die Ausgabe der Parteizeitschrift *Weitblick (Yüan-wang)*, Nr. 23, vom 1. September 1989.

126) So zumindest die Aussage von Liu Wen-ch'ao, 4. März 1992.

127) Daß es auf keinem Fall zu einer Vereinigung unter realsozialistischen Verhältnissen kommen soll, konzediert das Parteiprogramm explizit: "Die vierzig Jahre andauernde getrennte Entwicklung beider Seiten der Taiwanstraße hat Unterschiede in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft hervorgerufen. Obwohl die Labour Party (...) am Erfordernis der Wiedervereinigung festhält, richtet sie ihre volle Aufmerksamkeit auf die bestehenden Differenzen. Nach der Wiedervereinigung muß das Prinzip einer hohen Verwaltungsaufonomie für Taiwan implementiert werden." (Labour Party 1991a)

128) Dieses strukturelle Dilemma linker Strömungen auf Taiwan hat man bei der LP auch erkannt. Nach den Worten des Politbüro-Mitgliedes Liu Wen-ch'ao, ein an der Universität Regensburg ausgebildeter promovierter Jurist, sollte sich die LP eher um eine sozialdemokratische Politik nach deutschem Vorbild bemühen. Da aber eine Arbeiterbewegung auf Taiwan überhaupt keine Tradition hat, ist zweifelhaft, ob auch diese Variante überhaupt verstanden wird. Die bisherige "Performance" der sich explizit auf die bundesdeutsche Sozialdemokratie berufenden China Social Democratic Party (*Chung-hua she-hui min-chu-tang*) Chu Kao-chengs läßt jedenfalls auf das Gegenteil schließen (vgl. hierzu Punkt 2.3.4).

129) Ein Zitat José Ellacurias macht dieses deutlich: "If you can make 500 workers say that they would go out if you can't go in again and if you succeed in that - then there would be a tremendous change in Taiwan." (Gespräch mit dem Verfasser am 10. Dezember 1991)

130) Dieser Aspekt ist in der vorliegenden Untersuchung nicht gesondert behandelt worden, was mit einer gewissen Skepsis des Verfassers gegenüber der "konfuzianischen These" zusammenhängt. Ob der Formierung einer selbstbewußten Arbeiterschaft tatsächlich ein aus der politischen Kultur tradierteres Hindernis entgegensteht oder diese nicht eher durch viele Jahrzehnte der autoritären Unterdrückung verhindert wurde, bleibt eine offene Frage. Vgl. hierzu die eindrucksvolle Studie von Gates (1987), die prinzipiell beiden Interpretationsmöglichkeiten Raum läßt.

131) Zentral- und Südtaiwan werden fast ausschließlich von Taiwanesen (also hauptsächlich Fukienesen), einer kleinen Hakka-Minderheit und den Eingeborenen bewohnt, während sich die Festlandchinesen auf den Norden

China zur ersten Priorität der Welt erhebt. Was die augenblickliche Situation Taiwans anbelangt, sind die Bedingungen für die Gründung einer neuen Partei weitgehend gegeben." (*Lien-ho-pao*, 18. Juli 1991)

138) Hierzu zählen v.a. kleinere Basisgruppen und Mitglieder der Frauenbewegung, des unabhängigen Gewerkschaftsverbandes NAFITU, der "Schnecken ohne Häuser" (*wu-kou wo-niu t'uan-chieh tsu-chih*), sowie Aktivisten aus der Studentenbewegung. Die "Schnecken ohne Häuser" haben innerhalb nur weniger Jahre eine große Popularität auf Taiwan erlangt. Sie kämpfen mit z.T. spektakulären Aktionen (Sitzstreiks; Gebäudebesetzungen etc.) gegen die gewaltige Immobilienspekulation sowie für (immer knapper werdenden) bezahlbaren Wohnraum. In der Tat ist das durchschnittliche Mietniveau Taipeis eines der höchsten Ostasiens und wird nur noch von Tokio übertroffen.

139) Die dem Verfasser vorliegenden internen Unterlagen sind jedoch unvollständig. Programmatische Erklärungen zu anderen Bereichen (z.B. Erziehung, "Zwischenfall vom 28. Februar 1947") waren im Frühjahr 1992 noch nicht abschließend verfaßt. Ohnenin handelt es sich hier nicht um ein politisches Programm, sondern lediglich um "Ansichten der Dritten Kraft zu einigen augenblicklichen Problemen" (*ti-san shih-li tui tang-ch'ien chi-ke wen-t'i teh k'an-fu*).

140) Wang Chin-p'ing, inoffizielles Sitzungsprotokoll der 2. Vorbereitungssitzung der Dritten Kraft, 22. Februar 1992.

141) In der Tat werden z.B. die Mitglieder der LP, eine der Unterstützerguppen der Dritten Kraft, immer wieder danach gefragt, ob sie als *Tung-i*-Protagonisten nicht doch den chinesischen Kommunismus nach Taiwan übertragen wollen. Die Bemühungen, sich in der Wiedervereinigungs-Rhetorik von der KMT abzugrenzen, sind also schwierig. Auch dem Verfasser kommt das "alternative Modell" nicht genau erklärt werden, wemgleich man sowohl auf seiten des China Tide-Systems als auch der Dritten Kraft betont, man wolle ein "grün-sozialistisches" oder "sozialdemokratisches" vereinigtes China schaffen.

#### Anmerkungen zu Kapitel 6:

- 1) Für alle folgenden Informationen zum 14. Parteitag der KMT vgl. u.a. *Far Eastern Economic Review*, 2. September 1993, S. 15; *Free China Journal*, 20. August 1993; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 333, 25.-31. Juli 1993, S. 18 ff; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 337, 22.-28. August 1993, S. 18ff; *Tzu-ti chou-pao*, 27. August 1993; *Chung-yang jih-pao* 25. August 1993.
- 2) Dies sind Tsiang Yen-si, Generalsekretär des Präsidialamtes; Liu Sung-pan, Präsident des Legislativ Yuan; Sung Ch'u-yu, Provinzgouverneur; Hsu Shui-teh, Generalsekretär der KMT; Shih Chi'-yang, Präsident des Nationalen Sicherheitsrats; und Ch'ien Fu, Außenminister.

3) Kuan Chung, Abgeordneter des Legislativ Yuan; Huang Ta-chou, Bürgermeister von Taipei; Wu Tun-i, Bürgermeister von Kaohsiung; Wang Chin-p'ing, Vize-Präsident des Legislativ Yuan; Chien Ming-ching, Präsident der Provinzversammlung; Huang Kun-hui, Vorsitzender der Kommission für die Angelegenheiten Festlandchinas; Ch'ien Chien-chih, Vorsitzender des Stadtparlamentes von Taipei; Chang Hsiao-yen, Vorsitzender der Kommission für die Angelegenheiten der Überseechinesen; Li Chung-kui, Direktorin der Abteilung für Frauenfragen bei der KMT; Tsiang Yen-si, Generalsekretär des Präsidialamtes; Soong Ch'u-yu, Provinzgouverneur; Shih Chi'-yang, Präsident des Nationalen Sicherheitsrates; Wu Poh-hsiung, Innenminister; Kuo Wan-jung, Staatsministerin; Sun Chen, Verteidigungsminister; Ch'ien Fu, Außenminister; Ch'ien Mao-t'ien, Vorsitzender des Stadtparlamentes von Kaohsiung.

4) Hsieh Shen-shan, Vize-Generalsekretär der KMT; Hsieh Lung-sheng, Direktor der KMT-Koordinationsabteilung in der Nationalversammlung; Lee Huan, früherer Generalsekretär; Yu Kwo-hua, früherer Premierminister; Liu Sung-pan, Präsident des Legislativ Yuan; Ch'iu Chuang-huan, Präsident des Prüfung Yuan; Hsu Shui-teh, Generalsekretär der KMT; Ch'ien Chien-jung, Generalsekretär der Nationalversammlung; Hsu Li-teh, Vize-Premierminister.

5) Koo Ch'ien-fu, Präsident der National Association of Industry and Commerce, sowie Chang Shih-hsüan, Vorstandsdirektor des KMT-eigenen Unternehmens Yitai. Allerdings wird letzterer von Taiwans Printmedien nicht der Wirtschaft zugeordnet.

6) Soong Chang-chih, früherer Generalstabschef; Chou Shih-pin, Direktor der Vocational Assistance Commission of Retired Servicemen (VACRS).

7) Hsiao Wan-chang, Direktor des Council for Economic Planning and Development.

8) Zu allen folgenden Informationen über die New China Party vgl. u.a. *Far Eastern Economic Review*, 18. August 1993; *Tzu-ti chou-pao*, 6., 13., 20. und 27. August 1993; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 334, 1.-7. August 1993, S. 18ff; *Hsin Hsin Wen*, Nr. 336, 15.-21. August 1993, S. 46ff.

9) Die Gründungsmitglieder der New China Party waren die bekannten NKA-Abgeordneten Shao Shao-k'ang, Yu Mu-ming, Chou Ch'ian, Ch'ien Kueimiao, Li Ch'ing-hua sowie der frühere Parlamentarier Li Sheng-feng. Wenig später trat auch der Ex-Finanzminister und jetzige Abgeordnete des Legislativ Yuan, Wang Chien-hsüan, der neuen Partei bei.

10) Bei den Bürgermeister- und Kreisvorsteherwahlen konnte die DFP lediglich sechs Mandate gewinnen (KMT: 15; Unabhängige 2), was deutlich unter ihren Erwartungen lag. Hsu Hsin-liang hatte vorher angekündigt zurückzutreten, wenn die DFP nicht mindestens elf Posten gewinnen würde. Obwohl sie bei diesen Wahlen 41,05 Prozent der Stimmen bekam - ihr bestes bisher erzieltetes Wahlergebnis überhaupt (KMT: 47,45 Prozent; Unabhängige: 8,38

Prozent; New China Party: 3,06 Prozent) - trat der prinzipientreue Hsu zurück. Er wurde bis zu einem neuen Parteitag der DPP durch Shih Ming-teh ersetzt (vgl. *Tzu-ti chou-pao*, 3. Dezember 1993).

- 11) Der Text des Weißbuches findet sich (in Chinesisch) in *Chung-yang jih-pao*, 1. September 1993. Zu amtlichen Kommentaren von taiwanesischer Seite vgl. *Lien-ho-pao* und *Chung-kuo shih-pao*, 1. September 1993.
- 12) Zitat aus dem Originaltext des Weißbuches, *Chung-yang jih-pao*, 1. September 1993.

## Quellenverzeichnis

### 1. Andere als chinesischsprachige Quellen

#### Literatur:

- Ahern, E.M./Gates, H. (Hrsg.) 1981: *The Anthropology of Taiwanese Society*, Stanford
- Amsden, A.H. 1979: "Taiwan's Economic History: A Case of Etatism and Challenge to Dependent Theory", in: *Modern China*, Nr. 3, Juli, S. 341-380
- Amsden, A.H. 1991a: "Taiwan from an International Perspective", in: *Asian Affairs*, Jg. 18, Nr.2, S. 81-97
- Amsden, A.H. 1991b: "Big Business and Urban Congestion in Taiwan: The Origins of Small Enterprise and Regionally Decentralized Industry (Respectively)", in: *World Development*, Jg. 19, Nr. 9, S. 1121-1135
- Appleton, S. 1970: "Taiwanese and Mainlanders on Taiwan: A Survey of Student Attitudes", in: *The China Quarterly*, Nr. 44, S. 38-65
- Asche, H. 1984: *Industrialisierte Dritte Welt?*, Hamburg
- Asia Monitor Research Centre 1988: *Smashing the Iron Rice Pot. Workers and Unions in China's Market Socialism*, Hong Kong
- Balassa, B. 1981: *The Newly Industrializing Countries in the World Economy*, New York
- Baloyra, E. (Hrsg.) 1987: *Comparing New Democracies. Transition and Consolidation in Mediterranean Europe and the South Cone*, Boulder-London
- Barday, G.W. 1954: *Colonial Development and Population in Taiwan*, Princeton
- Belloni, F.P./ Beller, D.C. (Hrsg.) 1978: *Faction Politics: Political Parties and Factionalism in Comparative Perspective*, Santa Barbara-Oxford
- Berg-Schlosser, D. 1985: "Zu den Bedingungen von Demokratie in der Dritten Welt", in: PVS (*Politische Vierteljahresschrift*-Sonderheft, Nr. 16, S. 233-266
- Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hrsg.) 1987: *Politische Kultur in Deutschland*, PVS-Sonderheft, Nr. 18
- Biggs, T. 1988: Financing the Emergence of Small and Medium Enterprise in Taiwan. Financial Mobilization and the Flow of Domestic Credit to the Private Sector, Employment and Enterprise Policy Analysis. Discussion Paper Nr. 15, US Agency for International Development, Washington
- Brecht, M. 1990: *Taiwans "Cathay"-Skandal. Staatliche Reglementierung und privatwirtschaftlicher Mißbrauch*, Chinathemen Bd. 49, Bochum
- Chang Sai 1984: *Von der traditionellen Gesellschaft zum take-off*, Saarbrücken
- Chang, Y.C. 1992: Transition from Authoritarianism to Democracy in Taiwan. A View from Legitimacy, Dissertation, Institut f. Politikwissenschaft, Universität Hamburg

- Chao, C.M. 1987a: "From Limited to Extended Rights: Political Participation in the Republic of China", in: *Issues & Studies*, Jg. 23, Nr. 8, S. 26-49
- Chao, C.M. 1987b: "One Country, Two Systems: A Theoretical Analysis", in: *Asian Affairs*, Jg. 14, Nr. 2, S. 107-124
- Chen Cheng 1961: *Land Reform in Taiwan*, Taipei
- Chen, E.I.T. 1970: "Japanese Colonialism in Korea and Formosa: A Comparison of the Systems of Political Control", in: *Harvard Journal of Asiatic Studies*, Nr. 30, S. 126-158
- Chen G.Y. 1982: "The Reform Movement among Intellectuals in Taiwan since 1970", in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Jg. 14, Nr.3, S. 32-47
- Cheng, P.P.C. 1988: "Taiwan under Chiang Kai-shek's Era 1945-1976", in: *Asian Profile*, Jg. 16, Nr. 4, S. 299-315
- Cheng T.S. 1991: "Is there a Place for a Third Party in ROC Politics?", in: *Issues & Studies*, Jg. 27, Nr. 10, S.
- Cheng T.J./Haggard, S. 1987: *The Politics of Adjustment in the East Asian NICs*, Berkeley
- Cheng, T.J./Haggard, S. 1992: *Political Change in Taiwan*, Boulder
- Cheung K. H. 1989: Let Your Heart Be Bold. A Reflection Paper on Church-Workers and National Security, Center for the Progress of the People, Hongkong
- China Yearbook 1952-1982, Exekutiv Yuan, Taipei, verschiedene Jahrgänge (ab 1983: *Republic of China*)
- Chiou, C.L.: "Politics of Alienization and Polarization: Taiwan's Tangwai in the 1980s", in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Jg. 18, Nr. 3, S. 16-28
- Chou, Y.J. 1992: "Economic Dependence and Changes in Taiwan's Trade Policy, 1984-89", in: *Issues & Studies*, Jg. 28, Nr. 1, S. 96-118
- Chu, Y.H. 1987: "Government-Business Relations, Economic Planning and the Cycle of Domestic Investment in Two East-Asian NICs: A Research Note", in: *The Annals of the Chinese Association of Political Science*, Bd. 14
- Chu, Y.H. 1990: "Social Protests and Democratization in Taiwan", in: *Political Science Review*, Nr. 1, März S. 65-88
- Chu, Y.H. 1992: *Crafting Democracy in Taiwan*, Institute for National Policy Research, Taipei
- Clark, C. 1989: *Taiwan's Development. Implications for Contending Political Economy Paradigms*, New York-Westport-London
- Clough, R.N. 1978: *Island China*, Cambridge
- Cole, A.B. 1967: "Political Roles of Taiwanese Enterprises", in: *Asian Survey*, Jg. 7, Nr. 9, S. 645-654
- Copper, J.F. 1981: "Taiwan in 1980: Entering a New Decade", in: *Asian Survey*, Jg. 21, Nr. 10, S. 1029-1039
- Copper, J.F. 1987: "Political Developments in Taiwan in 1986", in: *China News Analysis*, Nr. 1327, S. 1-9
- Copper, J.F. 1989: "Taiwan: A Nation in Transition", in: *Current History*, Jg. 88, Nr. 537, April, Spezialausgabe
- Copper, J.F. 1990: *Taiwan: Nation-State or Province?*, Boulder
- Cremerius, R. et al. 1992: *Studentenprotest und Repression in China April-Juni 1989. Analyse, Chronologie, Dokumente*, 2. Auflage, Institut f. Asienkunde, Hamburg
- Dahl, R.A. 1971: *Polyarchy - Participation and Opposition*, New Haven
- Deyo, F.C. (Hrsg.) 1987: *The Political Economy of the New Asian Industrialism*, Ithaca-London
- Deyo, F./Haggard, S./Koo, H. 1990: "Labour in the Political Economy of East Asian Industrialization", in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Nr. 22, S. 42-53
- Diamond, L. et al. (Hrsg.) 1988/89: *Democracy in Developing Nations*, 4 Bände, Boulder
- Domes, J. 1981: "Political Differentiation in Taiwan: Group Formation within the Ruling Party and the Opposition Circles 1979-1980", in: *Asian Survey*, Jg. 21, Nr. 10, S. 1011-1028
- Domes, J. 1982: *Taiwan im Wandel. Politische Differenzierung und Opposition 1978-1980*, Frankfurt-Bern
- Domes, J. 1984: "Nachrückende politische Eliten in Taiwan", in: *Zeitschrift f. Politik*, Jg. 31, Nr. 2, S. 205-224
- Domes, J. 1993: "Taiwan in 1993. On the Verge of Democracy", in: *Asian Survey*, Jg. 33, Nr. 1, S. 54-60
- Evans, P./ Pang C.K. 1989: "State Structure and State Policy: Implications of the Taiwanese Case for Newly Industrializing Countries", in: Michael H. H. Hsiao et al. (Hrsg.), S. 3-30
- Evers, H.-D./Schiel, T. 1988: *Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt*, Berlin
- Evers, H.-D./Schiel, T. 1989: "Strategische Gruppen und Bürgerlicher Staat. Eine Antikritik aus Bielefeld", in: *Kölnner Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 41, Nr. 563-574
- Examination Yuan 1984: *The Chinese Civil Service Examination System A Historical View*, Taipei
- Examination Yuan 1989: *The Examination Yuan of the Republic of China*, Taipei
- Fei, J.C.H. et al.: *Growth with Equity. The Taiwan Case*, Washington
- Feldman, H. 1991: *Constitutional Reform in the Republic of China*, New York
- Feldman, H./Kim, I.J. (Hrsg.) 1988: *Taiwan in a Time of Transition*, New York
- Fischer, F. 1990: *Technocracy and the Politics of Expertise*, London-New Delhi
- Fried, M.H.: *Fabric of Chinese Society*, New York
- Gadbow, R.M./ Richards, T. 1988: *Intellectual Property Rights: Global Consensus, Global Conflict*, Boulder
- Galenson, W. (Hrsg.) 1979: *Economic Growth and Structural Change in Taiwan*, London
- Gallin, B. 1968: "Political Factionalism and Its Impact on Chinese Village Social Organization in Taiwan", in: Marc J. Swartz (Hrsg.), *Local-Level Politics*, Chicago



- Gates, H. 1979: "Dependency an the Part-time Proletariat in Taiwan", in: *Modern China*, Bd. 5, Nr. 3, S. 381-407
- Gates, H. 1981: "Ethnicity and Social Class", in: Ahern/Gates (Hrsg.), S. 241-281
- Gates, H. 1987: *Chinese Working-Class Lives. Getting By in Taiwan*, Ithaca-London
- Goddard, W.G. 1966: *Formosa. A Study in Chinese History*, East Lansing
- Gold, T.B. 1986: *State and Society in the Taiwan Miracle*, New York-London
- Gold, T.B. 1989: "Changing Relations Between the State and the Private Sector in Taiwan and Mainland China", in: H.H.M. Hsiao/W.Y. Cheng/H.S. Chan (Hrsg.), S. 59-87
- Grewe, R. 1992: "Naturschutzbewegung und Umweltproteste - Möglichkeiten eines Wertewandels in Taiwan", in: *Asien*, Nr. 45, Oktober, S. 5-16
- Haggard, S. 1983: Paths from Periphery: The Newly Industrialising Countries in the International System, Dissertation, Univ. of California, Berkeley
- Haggard, S./Cheng, T.J. 1987: "State and Foreign Capital in the East Asian NICs", in: F.C. Deyo (Hrsg.), S. 85-135
- Halbeisen, H. 1982: "Tangwai: Entwicklung und gegenwärtige Lage der Opposition in Taiwan", in: *Zeitschrift f. Politik*, Jg. 29, Nr. 2, S. 206-220
- Hamilton, G.G./Biggart, N.W. 1988: "Market, Culture, and Authority: A Comparative Analysis of Management and Organization in the Far East", in: *American Journal of Sociology*, Sonderheft, S. 52-94
- Hamilton, G.G./Ornu, M. 1989: "Organizational Structure of East Asian Companies", in: K.H. Chung/H.-C. Lee (Hrsg.), *Korean Managerial Dynamics*, New York
- Hamilton, G.G./Zeile, W./Kim W.J. 1990: "The Network Structures of East Asian Economies", in: S.R. Clegg/S.G. Redding (Hrsg.), *Capitalism in Contesting Cultures*, Berlin
- Hanisch, R./Tetzlaff, R. 1981 (Hrsg.): *Staat und Entwicklung. Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern*, Frankfurt/M.
- Hartmann, J. 1992: *Politik in Japan. Das Innenleben einer Wirtschaftsweltmacht*, Frankfurt/Main
- Ho, S.P.S. 1978: *Economic Development of Taiwan 1860-1970*, New Haven-London
- Ho, S.P.S. 1987: "Economics, Economic Bureaucracy, and Taiwan's Economic Development", in: *Pacific Affairs*, Jg. 60, Nr. 2, S. 226-247
- Ho, S.Y. 1988: "The More Things Change the More They Stay the Same: Some External Constraints on the ROC's Bureaucracy", in: *Issues & Studies*, Jg. 24, Nr. 5, S. 125-137
- Hsiao, H.H.M. 1981: *Government Agricultural Strategies in Taiwan and South Korea. A Macrosociological Assessment*, Academia Sinica, Institute of Ethnology, Taipei
- Hsiao, H.H.M. 1989: The Labor Movement in Taiwan: Retrospects and Prospects, Vortragsskript zur Konferenz "Beyond the Miracle: The Consequences of Recent Political Change for Taiwan in the 21st Century", 21 Century Foundation, Taipei

- Hsiao, H.H.M./Cheng, W.Y./Chan, H.S. (Hrsg.) 1989: *Taiwan. A Newly Industrialized State*, National Taiwan University, Taipei
- Hsiao, K.C. 1960: *Rural China: Imperial Control in the Nineteenth Century*, Seattle
- Hsieh, C.M./Lee, T.H. 1966: *Agricultural Development And Its Contributions to Economic Growth in Taiwan*, JCCR Economic Digest Series, Nr. 17, Taipei
- Hsu L.S. 1933: *Sun Yat-sen: His Political and Social Ideals*, Los Angeles
- Huang Mab 1976: *Intellectual Ferment for Political Reforms in Taiwan 1971-1973*, Michigan
- Huang T.F. 1990a: "Local Factions, Party Competition, and Political Democratization in Taiwan", in: *The Journal of National Chengchi University*, Bd. 61, S. 723-745
- Huang T.F. 1991: "Electoral Competition and Democratic Transition in the Republic of China", in: *Issues & Studies*, Jg. 27, Nr. 10, S. 97-123
- Huntington, S.P. 1991: *The Third Wave. Democratization in Late Twentieth Century*, Norman-London
- IISS (International Institute for Strategic Studies) 1990: *The Military Balance 1990-1991*, London
- Jacoby, N.H. 1966: *U.S. Aide to Taiwan. A Study of Foreign Help, Selfhelp and Development*, New York
- Jenkins, C. 1983: "Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements", in: R. Turner/J. Short (Hrsg.), *Annual Review of Sociology*, Nr. 9, S. 527-553
- Jessop, B. 1990: *State Theory. Putting Capitalist States in Their Place*, Cambridge
- Jiang, J.P.L./ Wu W.C. 1989: The Changing Roles of the KMT in the Political System of Taiwan, Manuskript zur Konferenz "Democratization in the Republic of China", Institute of International Relations (National Chengchi University) und Center for International Affairs (Harvard University), 9.-11. Januar, Taipei
- Johnson, C. 1987: "Political Institutions and Economic Performance: The Government-Business Relationship in Japan, South Korea and Japan", in: F.C. Deyo (Hrsg.), S. 136-164
- Kagan, R.C. 1982: "Martial Law in Taiwan", in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Jg. 14, Nr. 3, S. 48-54
- Kaplan, J. 1981: *The Court Martial of Kaohsiung Defendants*, Berkeley
- Kaplan, D.E. 1993: *Fires of the Dragon*, New York
- Karl, T.L./Schmitter, P. 1990: *Modes of Transition and Types of Democracy in Latin America, Southern and Eastern Europe*, Stanford
- Kerr, G. 1965: *Formosa Betrayed*, Boston
- Kindermann, G.K. 1963: *Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus*, Freiburg
- Kindermann, G.K. 1980: "Amerikas China-Politik im Spannungsfeld des innerchinesischen Systemkonflikts", in: ders. (Hrsg.), *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg: Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*, München

- Koch, C./Senghaas, D. 1970: *Texte zur Technokratiediskussion*, Frankfurt
- Korte, H./Schäfers, B. 1992: *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*, Opladen
- Krüger, P. 1991: *Die Intelligenz als Trägerin von Demokratisierung in China*, Hamburg
- Kuo, S.W.J. 1981: *The Taiwan Success Story. Rapid Growth with Improved Distribution in the Republic of China 1952-1979*, Boulder
- Kuo, S.W.J. 1983: *The Taiwan Economy in Transition*, Boulder
- Lamley, H.J. 1970: "The 1895 War of Resistance: Local Chinese Efforts Against a Foreign Power", in: Leonard H.D. Gordon, *Taiwan: Studies in Chinese Local History*, New York
- Lasars, W. 1993: "Die Wirtschaftsverfassung von Taiwan: Die Situation am Wendepunkt", in: *Verfassung und Recht in Übersee*, Jg. 26, 1. Quartal, S. 49-81
- Lee T.H. 1971: *Intersectoral Capital Flows in the Economic Development of Taiwan*, Ithaca
- Lenk, H. (Hrsg.) 1973: *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*, Stuttgart
- Lerman, A.J. 1977: "National Elite and Local Politician in Taiwan", in: *American Political Science Review*, Jg. 71, Nr. 2, S. 1406-1422
- Lerman, A.J. 1978: *Taiwan's Politics: The Provincial Assemblyman's World*, New York
- Li, K. T. 1988: *Economic Transformation of Taiwan (R.O.C.)*, London
- Lin C.C. 1989: The Transition of the Political Structure in Taiwan: From Authoritarianism to Democracy?, unveröff. Vortragskript, "International Conference on Elections and Democratization in East Asia", Institute for National Policy Research, Taipei
- Lin C.Y. 1973: *Industrialization in Taiwan 1946-72. Trade and Import Substitution Policies for Developing Countries*, New York
- Lin C.Y. 1988: "East Asia and Latin America as Contrasting Models", in: *Economic Development and Cultural Change*, Sommer, S. 153-197
- Lin C.C. 1990: The Current Development in Taiwan Labour Market, unveröff. Vortragskript, "Conference on Taiwan Economy & Trade", Taipei
- Linebarger, P.M.A. 1973: *The Political Doctrines of Sun Yat-sen*, Westport
- Linz, J./Stepan, A. (Hrsg.) 1978: *The Breakdown of Democratic Regimes*, Baltimore
- Liu, A.P.L. 1985: *The Political Basis of the Economic and Social Development in the Republic of China 1949-1980*, Occasional Papers/Reprint Series in Contemporary Asian Studies, University of Maryland, Nr. 1
- Liu, A.P.L. 1987: *Phoenix and the Lame Lion*, Stanford
- Liu, A.P.L. 1990: "Government Policy and Entrepreneurship: The Taiwan Case", in: *Asian Thought & Society*, Jg. 15, Nr. 45, S. 268-287
- Liu P. 1991: "Rejecting the Old Boy Network", in: *Free China Review*, Juli, S. 18-25
- Liu, L.S. 1992: Taiwan's Fair Trade Law And A New Era Of Competition Politics, Skript zur Konferenz "Impacts Of The Recent Developments In The R.O.C. - Laws And Related Activities On European Firms Doing Business In Taiwan", Euro-Asia Trade Organization, 9. Juni 1992, Taipei
- Liu, C.T./Liu, C.L. 1988: "A Comparison of Public and Private Sector Incomes in the Taiwan Area", Konferenzskript, 16./17. Januar, Department of Economy, Nationale Taiwan-Universität, Taipei
- Lu Y.L. 1989: "Party Politics in the Republic of China on Taiwan", in: K.Y. Chang, *Political and Social Changes in Taiwan and Mainland China*, Taipei
- McBeath 1978: "Taiwan in 1977: Holding the Reins", in: *Asian Survey*, Jg. 17, Nr. 1, S. 18-26
- Mendel, D. 1970: *The Politics of Formosan Nationalism*, Berkeley
- Mendel, D. 1974: "Formosan Nationalism in Crisis", in: Jo Yung-Iwan, (Hrsg.), *Taiwan's Future*, Temple, S. 144-160
- Menzel, U. 1985: *In der Nachfolge Europas: Entwicklung in den südostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan*
- Menzel, U./Senghaas, D. 1986: *Europas Entwicklung und die Dritte Welt*, Frankfurt/M.
- MEW (Marx-Engel-Werke) 1956, Band 4, Berlin (Ost), ehemalige DDR
- Moody, P.R. 1977: *Opposition and Dissent in Contemporary China*, Stanford
- Moody, P.R. 1992: *Political Change on Taiwan. A Study of Ruling Party Adaptability*, New York
- Moore, B. Jr. 1978: *Injustice. The Social Basis of Obedience and Revolt*, New York
- Nelson, J. 1990: *Economic Crisis and Policy Choice: The Politics of Adjustment in the Third World*, Princeton
- Nicholas, R.W. 1965: "Factions: A Comparative Analysis", in: Michael Banton (Hrsg.), *Political Systems and the Distribution of Power*, Association of Social Anthropologists, Monography Nr. 2, London, S. 21-61
- Nohlen, D. 1988: "Mehr Demokratie in der Dritten Welt", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25-26, Juni, S. 3-18
- Nummenkamp, P. 1980: *Zur Effizienz öffentlicher Industrieunternehmen in Taiwan*, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 112, Kiel
- Nyomarkay, J.L. 1965: "Factionalism in the Northern Socialist German Workers' Party, 1925-1926: The Myth and Reality of the Northern Faction", in: *Political Science Quarterly*, Nr. 80, März, S. 22-45
- Oberschall, A. 1973: *Social Conflict and Social Movement*, Englewood Cliffs
- O'Donnell, G. et al. 1986 (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy*, 4 Bände, Baltimore-London
- Offe, K. 1975: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie*, Frankfurt
- Pasternak, B. 1972: *Kinship and Community in Two Chinese Villages*, Stanford
- Peng M.M. 1972: *A Taste of Freedom. Memoirs of a Formosan Independence Leader*, New York

Schubert, G./Vennewald, W. 1992: "Einige Überlegungen zum Stand der politikwissenschaftlichen Demokratisierungsforschung", in: R. Tetzlaff (Hrsg.), *Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern*, S. 271-287

Schumpeter, J. 1947: *Capitalism, Socialism, and Democracy*, New York

Scott, J.C. 1972: "Patron-Client Politics and Political Change in Southeast Asia", in: *American Political Science Review*, Nr. 66, März, S. 91-113

Scott, M. 1979: "Foreign Trade", in: W. Galenson (Hrsg.), *Economic Growth and Structural Change in Taiwan*, London, S. 308-383 Seymour, J.D. 1989: "Taiwan in 1988: No More Bandits", in: *Asian Survey*, Jg. 29, Nr. 1, S. 54-63

Sheu, J.Y. 1989: "The Class Structure in Taiwan and Its Changes", in: Hsiao/Cheng/Chan (Hrsg.), S. 117-150

Silin, R.H. 1976: *Leadership and Values. The Organization of Large-Scale Taiwanese Enterprises*, Cambridge

Solomon, Richard 1971: *Mao's Revolution and the Chinese Political Culture*, Berkeley

Sun Yat-sen 1963: "Die Grundlehre vom Volkstum", in: G.-K. Kindermann (Hrsg.), *Konfuzianismus, Suryaisenismus, chinesischer Kommunismus*, Freiburg, S. 91-105

Sun Yat-sen 1981: *San Min Chu I. The Three Principles of the People*, Taipei

Tai, H.C. 1970: "The Kuomintang and Modernization", in: S. Huntington/C. Moore (Hrsg.), *Authoritarian Politics in Modern Society*, New York

Tan, S.L. 1988: "Can Taiwan Cope With Change", in: *Solidarity* (Philippinen), Nr. 120, S. 5-9

Tetzlaff, R. 1991a: "Demokratie in der Dritten Welt: Zwischen normativer Zustimmung und praktischen Entwicklungsproblemen", in: *Jahrbuch Dritte Welt* 1992, München, S. 38-48

Tetzlaff, R. 1991b: "Politische Herrschaft im Zeichen der afrikanischen Krise. Zwischen autoritärer 'Anpassungsdiktatur' und Versuchen zu demokratischer Legitimation", in: Dieter Neubert (Hrsg.), *Die Zukunft Afrikas - Überleben in der Krise*, Friedrich-Naumann-Stiftung, Entwicklungspolitische Texte, Kölnswinter, S. 33-64

Tetzlaff, R. (Hrsg.) 1992: *Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern*, Hamburg

Tetzlaff, R. et al. 1991: "Politiserte Ethnizität - eine unterschätzte Realität im nachkolonialen Afrika", in: *Afrika Spektrum*, Jg. 26, Nr. 1, S. 5-28

Thorbecke, E. 1979: "Agricultural Development", in: Walter Galenson (Hrsg.), *Economic Growth and Structural Change in Taiwan*, London, S. 132-205

Tien H.M. 1972: *Government and Politics in Kuomintang China 1927-37*, Stanford

Tien H.M. 1989: *The Great Transition. Political and Social Change in the Republic of China*, Stanford

Tilly, C. et al. 1975: *The Rebellious Century, 1839-1930*, Cambridge

Tilly, C. 1978: *From Mobilization to Revolution*, Reading/ Mass.

Tilly, C. 1982: *As Sociology Meets History*, New York: Academic Press

Perrow, C. 1979: "The Sixties Observed", in: M.A. Zald/ J.D.McCarthy (Hrsg.), *The Dynamics of Social Movements*, Cambridge, S. 192-211

Pye, L.W. 1968: *The Spirit of Chinese Politics*, Cambridge/Mass.

Pye, L.W. 1985: *Asian Power and Politics: The Cultural Dimensions of Authority*, Cambridge/Mass.

Raschke, J. 1988: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt-New York

Reinhardt, M. 1989: *Politische Opposition in Taiwan 1947-1988. Die Demokratische Fortschrittspartei*, Chinathemen, Bd. 40,

*Republic of China 1988*: Jahrbuch, Government Information Office, Taipei

*Republic of China 1990*: Jahrbuch, Government Information Office, Taipei

Riggs, F.W. 1972: *Formosa under Chinese Nationalist Rule*, New York

Robinson, T.W. (Hrsg.) 1991: *Democracy and Development in East Asia. Taiwan, South Korea, and the Philippines*, Washington

Rose, R. 1964: "Parties, Factions, and Tendencies in Britain", in: *Political Studies*, Jg. 12, Nr. 1, S. 33-46

Rubinstein, M.A. 1990: *The Protestant Community on Modern Taiwan*, New York

Rüland, J. 1986: "Staatliche Macht und politische Partizipation in Südostasien", in: H. Dürr/R. Hamisch (Hrsg.), *Südostasien. Tradition und Gegenwart*, Braunschweig, S. 72-86

Rüland, J./Wertz, N. 1985: "<Entwicklungsdiktatur > und Bedingungen von Demokratie", in: PVS-Sonderheft, Nr. 16, S. 211-232

Sartori, G. 1992: *Demokratietheorie*, Darmstadt

Schive, C. 1978: Direct Foreign Investment, Technology Transfer, and Linkage Effects: A Case Study of Taiwan, Dissertation, Univ. of Cleveland, Ohio

Schive, C. 1979: *Technology Transfer Through Direct Foreign Investment*, Honolulu

Schive, C. 1990: *The Foreign Factor. The Multinational Corporations' Contribution to the Economic Modernization of the Republic of China*, Stanford

Schmitter, P.C./Karl, T.L. 1991: "What Democracy is ...and is not", in: *Journal of Democracy*, Jg. 2, Nr. 3, S. 75-86

Schubert, G. 1989: Probleme der Demokratisierung der Republik China auf Taiwan, Diplomarbeit, Institut f. Politikwissenschaft, Universität Hamburg

Schubert, G. 1991: "Neues Konzept zur Wiedervereinigung? Jüngste Veränderungen in der taiwanesischen Chinapolitik", in: *Asien*, Nr. 41, Oktober, S. 42-56

Schubert, G. 1992: "Constitutional Politics in the Republic of China: The Rise of the Legislative Yuan", in: *Issues & Studies*, Jg. 28, Nr. 3, S. 21-37

Schubert, G. 1993: "Taiwan nach den ersten gesamtnationalen Parlamentswahlen - der neue Legislativ Yuan und seine zukunftsige Bedeutung im politischen System Taiwans", in: *Asien*, Nr. 47, S. 30-43

Schubert, G./Tetzlaff, R. /Vennewald, W. 1994 (i.V.): Demokratisierung und politischer Wandel - Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen. Ein Studienbuch (Titel vorbeh. Änderung), Münster-Hamburg

- Touraine, A. 1983: "Soziale Bewegungen: Spezialgebiet oder zentrales Gebiet soziologischer Analyse?", in: J. Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft*, Frankfurt-New York
- Touraine, A. 1985: "An Introduction to the Study of Social Movements", in: *Social Research*, Jg. 52, Nr. 4, Winter, S. 749-787
- Töpfer, B. 1990: "Die Frage der Demokratie in der Entwicklungstheorie. Kritisches Resümee von 40 Jahren Theoriegeschichte", in: *Peripherie*, Nr. 10, S. 127-160
- Trampedach, T. 1992: *China auf dem Weg zur Wiedervereinigung? Die Politik der Guomindang auf Taiwan gegenüber der Volksrepublik China seit 1987*, Institut f. Asienkunde, Hamburg
- Tsai H.C. 1989: "The Impact of Land Reform on Industrial Development, Local Politics and Taiwanese Intellectuals", in: Hsiao/Cheng/Chan (Hrsg.) 1989, S. 167-185
- Tsai Ling/Myers, R.H. 1992: "Surviving the Rough-and-Tumble Presidential Politics in an Emerging Democracy: The 1990 Elections in the Republic of China on Taiwan", in: *China Quarterly*, Nr. 192, März, S. 123-148
- Turner, R./ Killian, L. 1972: *Collective Behaviour*, 2. Ausgabe, New Jersey: Princeton Hall
- VACRS (Vocational Assistance Commission of Retired Servicemen) 1984: *Thirty Years of Veterans Assistance*, Sonderpublikation (zweisprachig), Taipei
- Vennewald, W. 1994: Herrschaft der Professionals und Technokraten - Ohnmacht der Demokratie? Grenzen und Möglichkeiten der Demokratisierung in einem südostasiatischen Schwellenland, Dissertation, Institut f. Politikwissenschaft, Universität Hamburg
- Wade, R. 1990: *Governing the Market. Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*, New Jersey
- Wang Y.C. 1966: *Chinese Intellectuals and the West 1872-1949*, Chapel Hill/N.C.
- Weber, M. 1956: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen
- Weggel, O. 1988: *China*, Beck'sche Reihe, 3. Auflage, München
- Weggel, O. 1990: "Taiwan - ein Portrait (4)", in: *China aktuell* 6/90, S. 450-483
- Weggel, O. 1991: *Die Geschichte Taiwans*, Köln-Weimar-Wien
- Weth, C.Y.P. 1981: Die taiwanesishe Unabhängigkeitsbewegung (Taidu) 1945-1978, Dissertation, Würzburg
- Whittome, G. 1991: *Taiwan 1947. Der Aufstand gegen die Kuomintang*, Institut für Asienkunde, Hamburg
- Winckler, E.A. 1981: "National, Regional and Local Politics", in: E.M. Ahern/H. Gates (Hrsg.), S. 13-37
- Winckler, E.A. 1984: "Institutionalization and Participation on Taiwan: From Hard to Soft Authoritarianism", in: *The China Quarterly*, Nr. 99, S. 481-499
- Winckler, E.A. Greenhalgh, S. 1988 (Hrsg.): *Contending Approaches to the Political Economy of Taiwan*, New York
- Wu N.T. 1987: The Politics of a Regime Patronage System: Mobilization and Control within an Authoritarian Regime, Dissertation, Department of Political Science, University of Chicago
- Wu, H.L./Chou, T.C. 1988: "Small and medium enterprises and economic development in Taiwan", in: *Industry of Free China*, März
- Yang, C.K. 1959: *A Chinese Village in Early Communist Transition*, Cambridge
- Yang, M.C. 1970: *Socio-Economic Results of Land Reform in Taiwan*, Honolulu
- Yen C.C.J. 1990: Consequences of Socio-Economic Development in Taiwan, Singapore, and South Korea: Democracy or a Continuation of Authoritarianism?, Dissertation, Purdue University, West Lafayette
- Ying, H.S. 1990: *Taiwan - After a Long Silence. The Emerging New Unions of Taiwan*, Asia Monitor Research Center, Hong Kong

## Dokumente:

- Chinese National Federation of Industries/CNFI 1991-93, Informationsbroschüre, Taipei
- Chinese National Federation of Industry and Commerce/CNAIC 1990, Informationsbroschüre, Taipei
- General Assembly of the Presbyterian Church 1991: Public Statements, Generalsekretariat, Taipei
- KMT 1989: The Charter of the Kuomintang of China, Sonderpublikation, Zentralkomitee der KMT, Taipei
- Republic of China - Chamber of Commerce/ROCCOC 1990-93, Informationsbroschüre, Taipei
- RNCL (Rerum Novarum Labor Center), Festschrift zum 20. Jubiläum, Taipei 1991

## Statistische Sammlungen:

- DGBAS (Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics) 1992a: *Statistical Abstract of National Income, Taiwan Area, Republic of China, 1991*, Taipei, zweisprachig
- DGBAS 1992b: *Social Indicators in Taiwan Area of the Republic of China*, Taipei
- MOEA (Ministry of Economic Affairs) 1991: *Economics Statistics Annual. Taiwan Area, Republic of China 1991*, Department of Statistics, Taipei (zweisprachig)
- Statistical Yearbook of the Republic of China*, Council for Economic Planning and Development (CEPD), Taipei (verschiedene Jahrgänge)
- Statistisches Bundesamt 1991: *Länderbericht Taiwan 1991*, Wiesbaden
- TSDB (*Taiwan Statistical Data Book*), Council for Economic Planning and Development (CEPD), Taipei (verschiedene Jahrgänge)
- YOFS (*Yearbook of Financial Statistics*) 1992, Department of Statistics, Ministry of Finance, Taipei, zweisprachig

## 2. Chinesischsprachige Quellen

## Literatur:

- Chang Mao-kui 1990: *She-hui yün-tung yü cheng-chih chuan-hua* (Soziale Bewegungen und politischer Wandel), National Policy Research Center, Taipei
- Chang Mao-kui et al. 1991: *Min-kuo ch'i-shih nien-tai T'ai-wan ti-ch'ü <Tzu-li chiu-chi>* shih-chien chih yen-chiu (Untersuchung zu den taiwanesischen Selbsthilfegruppen der 80er Jahre), Exekutiv Yuan
- Ch'ao Yung-mao 1978: *T'ai-wan ti-fang p'ai-hsi yü ti-fang chieh-shih kuan-hsi chih yen-chiu* (Studie über die taiwanesischen Lokalfaktionen und den Aufbau lokaler Beziehungsgeflechte), Kaohsiung
- Ch'en Cheng-tung: "Si-shih nien-lai i-ch'ang en-yüan" (Vierzig Jahre voll Dankbarkeit und Neid), in: *Hsin Hsin Wen*, 4.-10. Mai 1987, S. 34-39.
- Ch'en Min-ch'eng 1992: *Hai-wai T'ai-wan tu-li yün-tung ssu-shi-nien (40 Jahre taiwanische Unabhängigkeitsbewegung in Übersee)*, Taipei (Tzu-li wan-pao)
- Ch'en Ming-t'ung 1989: *Ch'ü-ch'eng-hsing lien-ho tu-chan ching-chi, ti-fang p'ai-hsi yü sheng-i-yüan hsüan-chü - i-hsien sheng-i-yüan hou-hsüan-jen pei-ching tu-liao teh fen-hsi (Lokale Wirtschaftsmonopole, Lokalfaktionen und die Wähler zur Provinzversammlung - eine Analyse des Hintergrundmaterials zu den Kandidaten der Provinzversammlung), unveröff. Manuskript der Ergebnisse des Projektes "Wahlpartizipation und politische Eliten auf Taiwan", National Science Council, Exekutiv Yuan, Taipei*
- Ch'en Shih-meng et al. 1991: *Chieh-kou tang-kuo tzu-pen chu-i (Den Kapitalismus des Parteienstaates entflechten)*, Ch'eng-she <Taipei Society>, Sonderpublikation, Taipei
- Ch'en Yang-teh 1986: *Chuan-pien-chung teh T'ai-wan ti-fang cheng-chih* (Taiwans Lokalpolitik im Wandel), Taipei
- Ch'en Yung-hsing 1992: *Er-er-pa hsüeh-shu yen-f'ao-hui lun-wen-chi 1991* (Aufsatzsammlung zur Forschungskonferenz 1991 über den 28. Februar), Taipei (Tzu-li wan-pao)
- Chou T'ien-ch'eng 1989: "Ch'üan-li pien-ch'ui teh chung-hsiao ch'i-yeh" (Die Machtgrenzen der Klein- und Mittelständischen Betriebe), in: *Wu Chung-chi et al.*, S. 97-118
- Chu Yün-han 1988: *Ts'ung tsung-t'i she-hui chieh-kou teh pien-i k'an tzu-li chiu-chi chieh-f'ou yün-tung teh ch'u-hsien* (Die Entstehung der Selbsthilfe-Protestbewegungen aus der Perspektive der Strukturveränderung der Gesamgesellschaft), Forschungsbericht, Mingteh-Foundation, Taipei
- Chu Yün-han 1989: "Kua-chan ching-chi yü wei-ch'üan cheng-chih t'i-chih" (Monopolistische Wirtschaft und autoritäres politisches System), in: *Wu Chung-chi et al.* 1989, 139-160
- Ch'uan Yang-chih 1987: "Tu-shih shan-pao teh she-ching ti-wei yü she-hui hsün-li ch'u-chung" (Die wirtschaftliche Stellung der städtischen Ureinwohner und ihr gesellschaftspsychologisches Dilemma), in: *Chung-kuo she-hui hsüeh-k'an*, Nr. 11, S. 55-79

- Chung-hua cheng-hsin-suo (China Credit Information Service) 1985: *T'ai-wan ti-ch'ü chi-t'uan ch'i-yeh yen-chiu* (Studie zu den Unternehmensgruppen Taiwans), Taipei (erscheint jährlich)
- Chung-hua cheng-hsin-suo (China Credit Information Service) 1992: *Chung-hua min-kuo ta-hsing ch'i-yeh p'ai-ming/ The Largest Corporations in the Republic of China*, Taipei, zweisprachig
- Chung-kuo lao-tung yün-tung shün* (Geschichte der Arbeiterbewegung Chinas), Taipei (Chung-kuo lao-tung fu-li), 1959
- Exekutiv Yuan 1988: *Chung-hua min-kuo cheng-fu tsu-chih yü kung-tso chien-chieh* (Eine Einführung in die Organisationen und die Arbeit der Regierung der Republik China), Regierungspublikation, Research, Development and Evaluation Commission, Taipei
- Ho Teh-fen (Hrsg.) 1990: *Ta-hsüeh chih tsai-sheng* (Die Wiederauferstehung der Universität), Taipei
- Hou Sheng Hui 1991: *Hou-tze min-sheng* (Prosperierende Volkswohlfahrt), Sonderpublikation, Hou Sheng Hui-Stiftung.
- Hsiao Hsin-huang 1987: "Wo-men chih you i-ko T'ai-wan" - *fan wu-chien, sheng-chi, pao-yü yü huan-ching yün-tung* ("Wir haben nur ein Taiwan" - die Anti-Umweltverschmutzungs-, Lebensqualitäts-, Kinderschutz- und Umweltbewegung), Taipei (Yuanfu)
- Hsiao Hsin-huang (Hrsg.) 1989a: *Pien-ch'ien chung T'ai-wan she-hui teh chung-ch'an chieh-chi* (Die Mittelklasse in der sich verändernden Gesellschaft Taiwans), Taipei (Chenliu)
- Hsiao Hsin-huang 1989b: *She-hui-li - T'ai-wan hsiang ch'ien k'an* (Gesellschaftliche Kräfte - Taiwan blickt nach vorn), Taipei (Tzu-li wan-pao)
- Hsu Cheng-kuang 1989: "Ts'ung i-hua tao tzu-chu: T'ai-wan lao-tung yün-tung teh chi-pen hsing-ko ho ch'u-shih" (Von Entfremdung zu Eigenverantwortung: Die grundsätzliche Natur und Richtung der Arbeiterbewegung Taiwans), in: *ders./Sung Wen-li* (Hrsg.), S. 103-125
- Hsu Cheng-kuang/Sung Wen-li (Hrsg.) 1989: *T'ai-wan hsin-hsing she-hui yün-tung* (Taiwans neu entstehende soziale Bewegungen), Taipei
- Hsu Chia-you 1987: "T'ai-wan chieh-chi chieh-kou" (Die Klassenstruktur Taiwans), in: *Chung-hua she-hui hsüeh-k'an*, Bd. 11 (Spring), S. 25-60
- Hsu Chia-you 1989: "T'ai-wan chung-ch'an chieh-chi teh ku-chi chi ch'i she-hui ching-chi t'e-hsing" (Quantifizierung der Mittelklasse Taiwans und ihre sozioökonomischen Besonderheiten), in: *Hsiao Hsin-huang* (Hrsg.), 1989a, S. 57-76
- Hsu Fu-ming 1984: *Chung-kuo kuo-min-tang teh kai-chao 1950-1952* (Die Reorganisation der KMT 1950-1952), Magisterarbeit, Nationale Taiwan-Universität, Taipei; 1986 auch erschienen im Cheng-Chung - Verlag, Taipei
- Hsu Ts'e 1989: *T'ai-wan ch'ien-t'u chu-tao jen-wu. Chiu-ling nien-tai* (Taiwans zukünftige Führer. Die neunziger Jahre), 2 Bände, Taipei (T'ien-hsiang)

- Hu T'ai-li 1989: "Ts'ung ch'a-ch'ang tao chieh-t'ou: lao-ping tzu-chi yün-tung kai-shu" (Vom Schlachtfeld auf die Straße: ein Überblick über die Selbstbewegung der Militärveteranen), in: Hsu Cheng-kuang/Sung Wen-li (Hrsg.), S. 157-173
- Huang Teh-fu 1990b: *Hsüan-chü, t'ü-fang p'ai-hsi yü cheng-chih chuan-hsing* (Wahlen, Lokalfaktionen und politischer Wandel), als Teil einer Aufsatzsammlung herausgegeben anlässlich der "Konferenz zu den nationalen Wahlen von 1989", Shih-pao wen-hsüeh-Stiftung, Taipei, S. 17-23
- Huang Teh-fu 1990c: *Min-chün-tang yü t'ai-wan ti-ch'ü teh cheng-chih min-chu-hua* (Die DFP und die politische Demokratisierung Taiwans), Konferenzmanuskript, Democracy Foundation, 11.-12. November, Taipei
- Huang T'u 1992: *T'ai-tu teh she-hui chen-shih yü hsin-wen chen-shi* (Die gesellschaftliche und die Medienwahrheit der taiwanesischen Unabhängigkeit), Taipei (Taohsiang)
- Kao Hsi-chün/Li Cheng (Hrsg.) 1991: *T'ai-wan ching-chi ssu-shih-nien 1949-1989* (Die Wirtschaft Taiwans in vierzig Jahren), Taipei
- Kao K'ung-lien 1992: *Kuo-t'ung kang-ling yü liang-an kuan-hsi* (Die Leitprinzipien zur nationalen Wiedervereinigung und die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße), Kommission für die Angelegenheiten Festlandchinas, Exekutiv Yuan, Taipei
- Kuo Cheng-liang 1988: *Kuo-min-tang cheng-ch'üan tsai T'ai-wan teh chuan-hua* (Der Wandel der politischen Macht der KMT auf Taiwan) 1945-1988, Magisterarbeit, Institut f. Soziologie, Nationale Taiwan-Universität, Taipei
- Kuo-fang pao-kao-shu (Verteidigungsreport), Weißbuch des Verteidigungsministeriums, Taipei, 1992
- Lang Yu-hsien 1964: *T'ai-wan ti-fang hsüan-chü* (Taiwans Lokalwahlen), Taipei
- Li Chien-ch'ang 1991: *Pa-shih nien-tai teh T'ai-wan lao-kung yün-tung - chieh-kou yü kuo-ch'eng teh fen-hsi* (Die taiwanesische Arbeiterbewegung der 80er Jahre - eine Struktur- und Prozeßanalyse), Magisterarbeit, Institut f. Soziologie, Nationale Taiwan-Universität, Taipei
- Li Hsiao-feng 1991: *T'ai-wan min-chu yün-tung 40 nien* (40 Jahre taiwanesische Demokratiebewegung, Taipei (Tzu-li wan-pao)
- Li Kuo-ting 1978: *T'ai-wan ching-chi k'uai-shu cheng-chang teh ching-yen* (Erfahrungen des schnellen Wirtschaftswachstums Taiwans), Taipei
- Li Ta 1989: *T'ai-wan ti-fang p'ai-hsi* (Die Lokalfaktionen Taiwans), Taipei (Feng-yün lun-t'án)
- Lien Wen-ch'ing 1988: *T'ai-wan cheng-chih yün-tung shih* (Die Geschichte der politischen Bewegungen Taiwans), Taipei
- Lin Cheng-chieh 1989: *Lü-shou-chih* (Der grüne Finger), Taipei
- Lin Chung-cheng 1989a: "Wei-ch'üan chu-i hsia juo-shih t'üan-t'i hsiang-hu pohsiieh teh hsün-huan - T'ai-wan ching-chi t'i-hsi teh chieh-p'o" (Der gegenseitige Ausbeutungszyklus gesellschaftlich schwacher Gruppen unter dem Autoritarismus), in: Wu Chung-chi et al., S. 161-196
- Lin Chung-cheng 1989b: *Kung-hui ching-chi-hsüeh: i-lun yü T'ai-wan ti-ch'ü chih shih-cheng* (Die Wissenschaft von der Ökonomie der Gewerkschaften: Theorie und Anwendung in Taiwan), Kommission für Arbeiterfragen, Exekutiv Yuan
- Lung-kung-ch'ü 1986: *Lung-min kung-ch'eng shih-yeh san-shih-nien* (30 Jahre Veteranen-Bauwirtschaft), VACRS (Vocational Assistance Commission of Retired Servicemen), Sonderpublikation, Taipei
- Pang Chih-chia 1983: *Min-ying ch'i-yeh teh fa-chan* (Die Entwicklung der Privatunternehmen), Taipei
- P'eng Huai-en 1986a: *T'ou-shih tang-wai tsu-tang* (Der Blick in die Organisationen der Tang-wai), Taipei (Feng-yün lun-t'án)
- P'eng Huai-en 1986b: *Ch'ao-hsiang kao-ts'eng chih lu - Chung-hua min-kuo teh nei-ko ching-ying* (Der Weg an die Spitze - die Kabinettseliten der Republik China), Taipei (Feng-yün lun-t'án)
- P'eng Huai-en 1991a: *T'ai-wan fa-chan teh ching-chi fen-hsi* (Polit-ökonomische Analyse der Entwicklung Taiwans), Taipei (Feng-yün lun-t'án)
- P'eng Huai-en 1991b: "T'ai-wan ti-ch'ü cheng-tang nei-pu chieh-kou chih fen-hsi - pi-chiao kuo-min-tang, min-chün-tang, chung-hua she-min-tang (Analyse der internen Strukturen der politischen Parteien Taiwans - KMT, DFP und CSDP im Vergleich)", in: Yang T'ai-shun (Hrsg.), S. 1-20
- RDEC (Research, Development, and Evaluation Commission) 1989: *Li-i t'üan-t'i ts'an-yü cheng-chih kuo-ch'eng chih yen-chiu* (Studie über die Beteiligung von Interessengruppen am politischen Prozeß), Exekutiv Yuan, Taipei
- ROCCIFRD (Republic of China Construction Industry Foundation for Research & Development) 1989: *Chai-ch'ü ying-tsoo-yeh teh chin-ku-chou* (Den bösen Fluch der Bauwirtschaft austreiben), Sonderpublikation, Taipei
- ROCCIFRD 1990: *Chieh-k'ai lung-kang ch'ü ch'ing-chieh teh mi-ssu* (Die Entwirrung des Rätsels der eng zusammenhaltenden Bauabteilung), Sonderpublikation, Taipei
- Shih Ming 1980: *T'ai-wan-jen ssu-pai-nien-shih* (Die vierhundertjährige Geschichte der Taiwanesen), 2 Bände, San José
- Shih Ming-teh 1990: *Ch'ü-shih chih ch'un* (Frühling im Gefängnis), Kaohsiung (Tun-li)
- Ts'ai Shu-ling 1977: *Ying-hsiang hsiang-ts'un jen-min she-hui chia-chih ch'ü-hsiang pien-hua yin-su chih t'an-t'ao* (Untersuchung des Faktors veränderter Wertvorstellungen in der ländlichen Gesellschaft), Magisterarbeit, Institut für Agrarwirtschaft, Nationale Taiwan-Universität
- Ts'ai Shu-ling 1989: "Chung-ch'án chieh-chi teh fen-hua yü jen-t'ung" (Spaltung und kollektive Identität der Mittelklasse), in: Hsiao Hsin-huang (Hrsg.) 1989a, S. 77-96
- Ts'ao Chün-han 1991 (Hrsg.): *Kuo-chia cheng-ts'e yü liang-an fa-chan* (Nationale Politik und die Entwicklung zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße), Democracy Foundation, Taipei

- Wang Wei-min 1972: T'ai-wan-sheng ti-fang hsiian-chü kung-chih hou-hsian-jen huo-tung fang-shih yen-chiu - chi-lung-shi ko-an fen-hsi (Studie über die Wahlkampagnen der Kandidaten zur taiwanesischen Provinzversammlung - Eine Einzelfallanalyse für Keelung-Stadt), Magisterarbeit, Nationale Cheng-chih-Universität, Taipei
- Wang Li-hsia/Cheng Ts'un-ch'i 1990: *Kung-yün chiang-kao ta-kang* (Entwurf eines Programms der Arbeiterbewegung), Fu-jen ta-hsüeh T'ai-wan wen-t'i yen-chiu-she (Forschungsgesellschaft für Taiwanfragen an der Fu-jen-Universität), Taipei
- Wei Tuan 1990: "Wo kuo-kung shih-yeh chih kung-hsien yü wei-lai chan-wang" (Leistungen und zukünftige Entwicklung der Staatsbetriebe Taiwans), in: *Ts'ai-shui yen-chiu*, Jg. 22, Nr. 3, S. 63-73
- Wei Yung 1985: "Wo-kuo chung-ch'an chieh-chi teh hsing-ch'i chi chi i-i" (Die Entstehung der Mittelklasse Taiwans und ihre Bedeutung), *Chung-kao shih-pao*, 23./24. März 1988
- Wen Wen-ching 1990: "Chi-chih hsien-ming teh tzu-you-p'ai chi-t'i t'ui-ch'u le chia-lien-hui" (Das prinzipientreue unabhängige Fraktionskollektiv verläßt die FANTU), in: Ho Teh-fen (Hrsg.), S. 393-397
- Wu Chieh-min 1990: Cheng-t'i chuan-hsing-ch'i teh she-hui k'ang-i: T'ai-wan 1980 nien-tai (Sozialer Protest in einer politisch neuen Ära: Taiwan in den 80er Jahren), Magisterarbeit, Institut f. Soziologie, Nationale Taiwan-Universität, Taipei
- Wu Chung-chi et al. 1989: *Lung-tuan yü po-hsiieh* (Kontrolle und Ausbeutung), T'ai-wan yen-chiu chi-chün-hui (Taiwan Research Foundation), Taipei
- Wu Nai-Teh/Lin Chia-lung 1989: "Chung-ch'an chieh-chi yü min-chu kai-ko: hsin-shih huo shen-hua" (Mittelklasse und Demokratisierung: Realität oder Mythos), in: Hsiao Hsin-huang (Hrsg.) 1989a, S. 217-232
- Wu Juo-yü 1992: *Chan-hou T'ai-wan kung-ying shih-yeh chih cheng-ching fen-hsi* (Eine polit-ökonomische Analyse der taiwanesischen Staatsunternehmen in der Nachkriegszeit), Taipei (Yeh-ch'i'ang)
- Wu Ts'ung-min 1988: "Mei-yüan yü T'ai-wan ching-chi fa-chan" (Die amerikanische Hilfe und Taiwans wirtschaftliche Entwicklung), in: *T'ai-wan yen-chiu chi-k'an*, 1. Quartal, S. 145-158
- Yang Hsü-sheng (Hrsg.) 1985: *P'ou-hsi kuo-min-tang p'ai-hsi* (Analyse der KMT-Faktionen), Taipei (Feng-yün lun t'an)
- Yang T'ai-shun (Hrsg.) 1991: *Cheng-tang cheng-chih yü T'ai-wan min-chu-hua* (Parteienpolitik und die Demokratisierung Taiwans), Democracy Foundation, Taipei
- Yen Chi-li 1989: "Kuo-ying sheng-ch'an shih-yeh, ch'en-hsing min-ying ch'i-yeh yü tzu-yüan shih-yung hsiao-lü" (Staatliche Produktionsbetriebe, private Großbetriebe und die Effizienz der Ressourcenverwendung), in: Wu Chung-chi et al., S. 119-138

## Dokumente:

- Chi'eng-she (Taipei Society) 1990, interne Informationsbroschüre der Taipei Society, Taipei
- Chiao-shou lun-t'an (Professorenforum), Publikation der T'aiwan chiao-shou hsieh-hui (Taiwan Association of University Professors), Nr.1 (Februar), Nr.3 (April), 1991, Taipei
- CSDP 1991: Chung-hua she-hui min-chu-tang - chi-pen kang-ling (Die Sozialdemokratische Partei Chinas - Grundsatzprogramm), Parteihauptquartier der CSDP, Taipei
- DFP 1989: Min-chin-tang hsien chieh-tuan Chung-kuo ta-lu cheng-ts'e (Die Chi-napolitik der DFP im jetzigen Stadium), Sonderpublikation, Zentrales Parteisekretariat, Taipei
- DFP 1991: T'ai-wan hsien-fa ts'ao-an (Geszentwurf für eine taiwanesishe Verfassung), Sonderpublikation, Zentrales Parteisekretariat, Taipei
- DFP 1992: Min-chu chin-pu-tang. Tang-chang - Tang-kang (Demokratische Fortschrittspartei. Parteistatut und Parteiprogramm), Sonderpublikation, Zentrales Parteisekretariat, Taipei
- Exekutivuan 1992: <Er-er-pa shih-chien > yen-chiu pao-kao (Forschungsbericht über den Zwischenfall vom 28. Februar 1947), Sonderpublikation, Taipei
- FANTU 1987: T'ai-wan chiao-shou lien-i-hui t'ung-hsin (Mitteilungen der Faculty Professors' Association of National Taiwan University), Nationale Taiwan-Universität, April
- FANTU 1990: T'ai-wan chiao-shou lien-i-hui chung-yao chi-shih - li-jen li-chien-shih ming-lu chi hui-you chuan-yeh yü yeh-yu hsing-ch'u shou-ts'e (Handbuch der Faculty Professors' Association of National Taiwan University: Wichtige Ereignisse - Mitgliedsliste - Fach-und Interessengebiete der Mitglieder), Nationale Taiwan-Universität, Mai
- Labour Party (Lao-tung-tang) 1991a: Tang-kang tang-chang (Parteiprogramm und Parteistatut), Sonderdruck, Zentralkomitee der Labour Party, Taipei
- Labour Party (Lao tung-tang) 1991b: Ti-erh-chü ch'üan-tang tang-yüan tai-piao ta-hui ta-hui shou-ts'e (Handbuch zum 2. Parteikongreß), April, Zentralkomitee der Labour Party, Taipei
- Labour Rights Association 1991: T'ai-wan lao-tung jen-ch'üan pao-kao (Bericht über die Menschenrechtssituation der Arbeiter Taiwans), 1. Mai, Taipei
- Lao-tung-che (The Labour)*, monatlich erscheinende Publikation der Taiwan Association of Labour Movement, monatliche Publikation, Taipei, verschiedene Ausgaben
- Lao-tung ping-lun* (Arbeiterkommentare), monatlich erscheinende Publikation der Labour Party, Zentralkomitee, Taipei, verschiedene Ausgaben
- Legislativuan 1990f: *Li-fe-yuan hui-ti ti po-shih-lü hui-ch'i shi-tu i-shih jih-ch'eng* (Die 86. Sitzung des Legislativuan - Parlamentsprotokolle <incl. Anhang zu Gesetzesanträgen >), Sonderpublikation der Bibliothek des Legislativuan, Taipei, verschiedene Ausgaben

- Legislativ Yuan 1991a: *Li-fa-yuan kung-pao* (Bulletin des Legislativ Yuan), Band 80, 56. Sitzung, 13. Juli 1991, Parlamentsprotokoll, Legislativ Yuan, Taipei, S. 22-27
- Legislativ Yuan 1991b: *Li-fa-yuan kung-pao* (Bulletin des Legislativ Yuan), Band 80, 91. Sitzung, 3. November 1991, Parlamentsprotokoll, Legislativ Yuan, Taipei, S. 144-159
- Liu Ch'ing-yuan/ Shih Mao-lin 1989: *Liu-fa ch'üan-shu* (Gesetzesammlung der Republik China), Tainan (T'ai-wei),
- T'ai-wan chia-shou hsieh-hui chang-ch'eng (Statut der Taiwan Association of University Professors), interne Publikation vom 30.12.1991, Taipei
- TALM 1992: Lao-tung chi-chun hsiu-fa hsiang-tui ts'ao-an (Gegenentwurf zur Novelle des Labour Standards Law), TALM-Sekretariat, Taipei
- Ti-san shih-li tui tang-ch'ien chi-ke wen-f'i teh k'an-fa (Ansichten der Dritten Kraft zu einigen augenblicklichen Problemen), Anhang zum Protokoll der 2. Vorbereitungsitzung, 22. Februar 1992, internes Informationsmaterial, Zentralkomitee der Labour Party, Taipei
- Workers' Party (Kung-tang) 1987: Parteiprogramm und Parteistatut, Sonderdruck, Zentralkomitee der Workers' Party, Taipei

#### Statistische Sammlungen:

- Kuo-fu tiao-ch'a tsung-ho pao-kao chai-yao* (Zusammenfassung der Erhebung über den Staatsreichtum), Directorate General of Budget Accounting & Statistics (DBGAS), Exekutiv Yuan, Oktober 1989
- ZWKI (Zentrale Wahlkommission des Innenministeriums):  
 < hier wurden neben zahlreichen inoffiziellen Aufstellungen u.a. die folgenden - in der Regel nur Regierungsinstitutionen zugänglich gemachten - umfangreichen Sammlungen ausgewertet: >
- *Hsüan-chü shih-lu* (Aktuelle Wahldokumentation), erscheint in einzelnen Ausgaben zu jeder nationalen und lokalen Wahl
  - *Hsüan-chü t'ung-chi t'i-yao san-shih-wu nien - ch'i-shih-liu nien* (Statistiksammlung zu den Wahlen zwischen 1946 und 1987)
  - *Ti-fang kung-chih jen-yüan hsüan-chü kai-k'uan hui-pien* (Generalausgabe zu den Wahlen für lokale Ämter), verschiedene Jahrgänge

#### 3. Verzeichnis der verwendeten chinesischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften (in alphabetischer Reihenfolge)

- Ch'ing-nien jih-pao*
- Chiu-shih nien-tai* (*The Nineties*)
- Chung-hua she-hui hsieh-k'an* (*Chinese Journal of Sociology*)
- Chung-kuo shih-pao* (*China Times*)
- Chung-kuo wan-pao* (*China Evening Times*)
- Chung-yang jih-pao* (*Central Daily News*)
- Hsin Hsin Wen* (*The Journalist*)
- Kuo-li cheng-chih ta-hsüeh hsieh-pao* (*The Journal of National Chengchi University*)
- Lien-ho-pao* (*United Daily News*)
- Shang-yeh chou-k'an* (*Business Weekly*)
- Shou-tu tsao-pao* (*Capital Morning Post*)
- Ssu-fa chou-pao* (*Judicial Weekly*)
- T'ai-wan ching-chi yen-chiu yüeh-k'an* (*Taiwan Economic Research Monthly*)
- T'ai-wan kung-hu-pao* (*Taiwan Tribune*)
- T'ien Hsia* (*Commonwealth*)
- Ts'ai-shui yen-chiu* (*Public Finance Review*)
- Tzu-li tsao-pao* (*Independent Morning Post*)
- Tzu-li wan-pao* (*Independent Evening Post*)
- Tzu-li chou-pao* (*Independent Weekly Post*)
- Tzu-you shih-pao* (*Liberty Times*)
- Ts'ai-hsün* (*Wealth Magazine*)



## Summary

### Taiwan - The Chinese Alternative. Democratization in an East Asian Newly Industrialising Country 1986-1993

Research in the field of democracy and democratization in Third World and Newly Industrialising Countries including the former Soviet bloc has gained new momentum since the end of the cold war. The present study is a contribution to the academic discussion about the problems underlying political and social change in general and democratization as one of its variables in particular. In this context the author deals with the small island republic of Taiwan, where in 1986 an impressing and steady-going reform process was initiated which has not been interrupted or delayed ever since. The pertinacious Weberian hypothesis that Confucian societies are incapable of capitalism and conflictive democracy, has been obviously disproved by Taiwan. This fact might support the idea that democracy, which is an exclusively western concept of political organization, can be indeed "internationalised" - even if there is constant opposition to this kind of thinking on the side of so many Asian and African leaders who claim a cultural incompatibility between political democracy and their countries' tradition.

Political science has so far delineated Taiwan's process of political change and democratization in a rather descriptive way, making more use of a bird's eye-view than of distinct and systematic analysis. The present study tries to avoid the shortcoming of such a descriptive approach and explains, for the first time, the recent political development of the island from a group-theoretical perspective. Not only the ruling KMT regime but also the Opposition is looked at in more detail and their specific political actors (or groups of actors) are identified. The focus is not on the *KMT, the government, the DPP* or *the opposition* but on (coalitions of) *strategic* and *conflictive groups* that determine the political agenda by specific power-resources and goal-motivation. Both aspects condition the acting of the different groups and have not only to be taken into account for explaining the past, but also to predict probable future developments. Due to limited space and the vast quantity of empirical data at hand, the theoretical concept of "Strategic and Conflictive Groups" that is applied in this study, will not be explained in detail. However, basic terminology and definitions are upheld and the reader may be referred to the forthcoming study "Democratization and Political Change in Developing and Newly Industrialising Countries. Theory and Application of the Concept of Strategic and Conflictive Groups", co-edited by the author. The following questions determine the analytical framework of the study:

- 1) Which were the specific reasons that worked for the introduction of democratic reforms in Taiwan in the mid-eighties? What specific significance did structural and behavioural, internal and external factors have and how do they have to be measured against one another?
- 2) What actors (or groups of actors) formulated and implemented the democratic transition and which were the motives and resources that helped them to attain their goals?
- 3) How much progress has democracy already achieved in this East Asian country? How far-reaching are the institutional re-arrangements of the political system and the economic and social reforms carried through since 1986?
- 4) What can be said about the mid- and long-term perspectives of democratic consolidation in Taiwan? Are there fundamental dangers which could become virulent to a degree that might even induce an authoritarian regression?

Chapter 1 broadly summarizes the political and economic development of Taiwan from 1949 to 1993. The determining pillars of KMT power in the authoritarian era (1949-1986) are depicted in detail. Two serious crises of KMT legitimacy in the beginning of the seventies and eighties that spurred the democratic pressure on the island, are closely watched. The overview of the era of democratic transition and reforms (1986-1993) includes extensive background information of the 'new ROC foreign and China policy which was formulated in 1989 and has developed with unexpected speed since then.

Chapter 2 deals with the relevant strategic and conflictive groups on Taiwan by analysing social stratification and political differentiation in historical perspective. At first, the author illustrates the group constellation in 1949 when a coalition of mainland Chinese military officers, party functionaries, state bureaucrats and rich entrepreneurs took over Taiwan. At that time, they did not face any serious resistance from indigenous power-brokers. Then follows a detailed statistical analysis of gradual changes in Taiwan's social structure and the formation of a new middle class dominated by Taiwanese businessmen and professionals. In the final part of this chapter the author compares these quantitative changes with the recruitment of new political elites since the 1950s, making clear that modern segments of Taiwanese society were steadily integrated into the political system long before 1986, helping to channel political protest upwards to the KMT leadership and to implement democratic reforms smoothly when they could no longer be avoided.

In the following two chapters, the reader finds a step-by-step resource and interest analysis of the strategic groups in the regime coalition and the conflictive groups in the opposition, respectively. Coopted professionals (including old party

functionaries) and businessmen, technocrats and military officers have been identified as ruling strategic groups. Chapter 3 concentrates at first on these groups' interests and fractionalization at the party's top, placing special emphasis on the *mainstream - anti-mainstream* dichotomy and the new KMT factionalism in the Legislative Yuan. Then follows a careful look at the economic empire of the KMT, i.e. the state enterprises and the party's private businesses. Both sectors must be regarded as special spheres of interest of the planning technocracy and the civil party elite, but they also serve as an affluent material basis for the regime coalition as a whole. The next part deals in particular with the political role of the state bureaucracy, divided into a group of top planning technocrats and the bulk of the middle and low civil servants in the national, provincial and local administration. A corresponding analysis of the historical and actual power and interests of Taiwan's officer corps in both military and political terms concludes this chapter.

Chapter 4 analyses the relevant conflictive groups in the opposition, i.e. the independent professionals, the social protest movements and Taiwan's workers in particular. In the first part, the study focuses on the problem of Taiwan independence which can be called the main pushing factor of inner-opposition differentiation. Is *T'wi-tu* as an ideological concept defining an alternative model of national identity and political organization bringing more democracy to Taiwan? Or is it rather a tactical means to force the KMT into a defensive position, but in fact lacking the ultimate determination to challenge the Chinese Communists whenever the opposition should take over the government by peaceful means? The reader learns then about the different organizational bases of the independent professionals and their specific internal problems and conflicts: the DFP, the Professors' and Students' Associations and the Taiwanese Independence Movement that has gradually returned to the island since the late 1980s. In the third part, the author looks at the recent development of the social movements that have unfolded rapidly after 1986. Although those movements are dominated by independent professionals at their top, the growing participation of women, farmers and aborigines shows that today new segments of Taiwanese society are being politicised helping to build up a veritable civil society on the island. The fifth section of chapter 4 centers on capital-labour relations and the workers' movement. Traditionally repressed by authoritarian corporatism, Taiwan's independent trade unions and workers' organizations - though not so much political parties - gain momentum and are at the point of becoming a substantial political factor. Finally, the chapter presents a profile of the most important organizations and their informal connections within the political opposition in Taiwan. It is shown that today's opposition is basically divided into a powerful radical-liberal fraction supporting Taiwan's independence and a weaker socialist fraction supporting Chinese unification.

Chapter 5 summarizes the study's results and explains Taiwan's democratization process and consolidation perspectives in the context of long-time conflict and alliance-building between the ruling strategic and opposition conflictive groups. It becomes clear that the democratic reforms have been granted mainly unilaterally by the KMT regime in anticipation of more opposition pressure from 'below' in the foreseeable future; because the opposition has been supported by the U.S. since the early eighties, it was much more advisable to give in to the reform demands than to risk a clash - both with the U.S. and the *Tang-wai* movement - that might destroy the rest of the regime's legitimacy. However, the ruling coalition was not able to control the reform process very long, because the opposition made use of its new freedom very quickly and accelerated its own formation and institutionalization in an unprecedented amount of non-parliamentary organizations and associations. Democratization on Taiwan became a dialectic process, which reflected a changing power balance between the different political actors, in which finally nobody could dominate the other because of a structural lack of overall resource (and therefore power) control. Taiwan's democracy, as it seems right now, could mostly be endangered by the unpredictable development of the relations with Mainland China and growing social disparities in its modernising society. Chapter 6 conclusively points at some more recent developments and happenings (i.e. the 14th Party Congress of the KMT, the founding of the New China Party, the local elections of November 1993).

The present study is providing the reader with details that modern research on Taiwan, at least in Germany, has rarely touched upon or so far not examined, e.g. modern KMT factionalism; the changing political role of Taiwan's businessmen; the significance of the military and the planning technocracy; the power of the local factions; the upcoming of new social movements and the independent organization of Taiwan's workers. The same can be said for the private enterprises of the KMT, the corruptive connections between business and the KMT elite, and the organizational network of the non-parliamentary opposition. In addition, the author summarizes recent Taiwanese research in the field of social structure and stratification and presents socio-demographic profiles of the leading political elites since the early 1950s. An extensive bibliography of the most recent Western and Chinese literature concerning the discussed topic completes the study.